

| Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft

| Società di Scienza Politica dell'Alto Adige

| Sozietà de scienza politica de Südtirol

Politika 11

Die Ereignisse des Jahres

Gli avvenimenti dell'anno

Das Jahr der Gemeinden: Wahlen 2010, Autonomie, Finanzierung

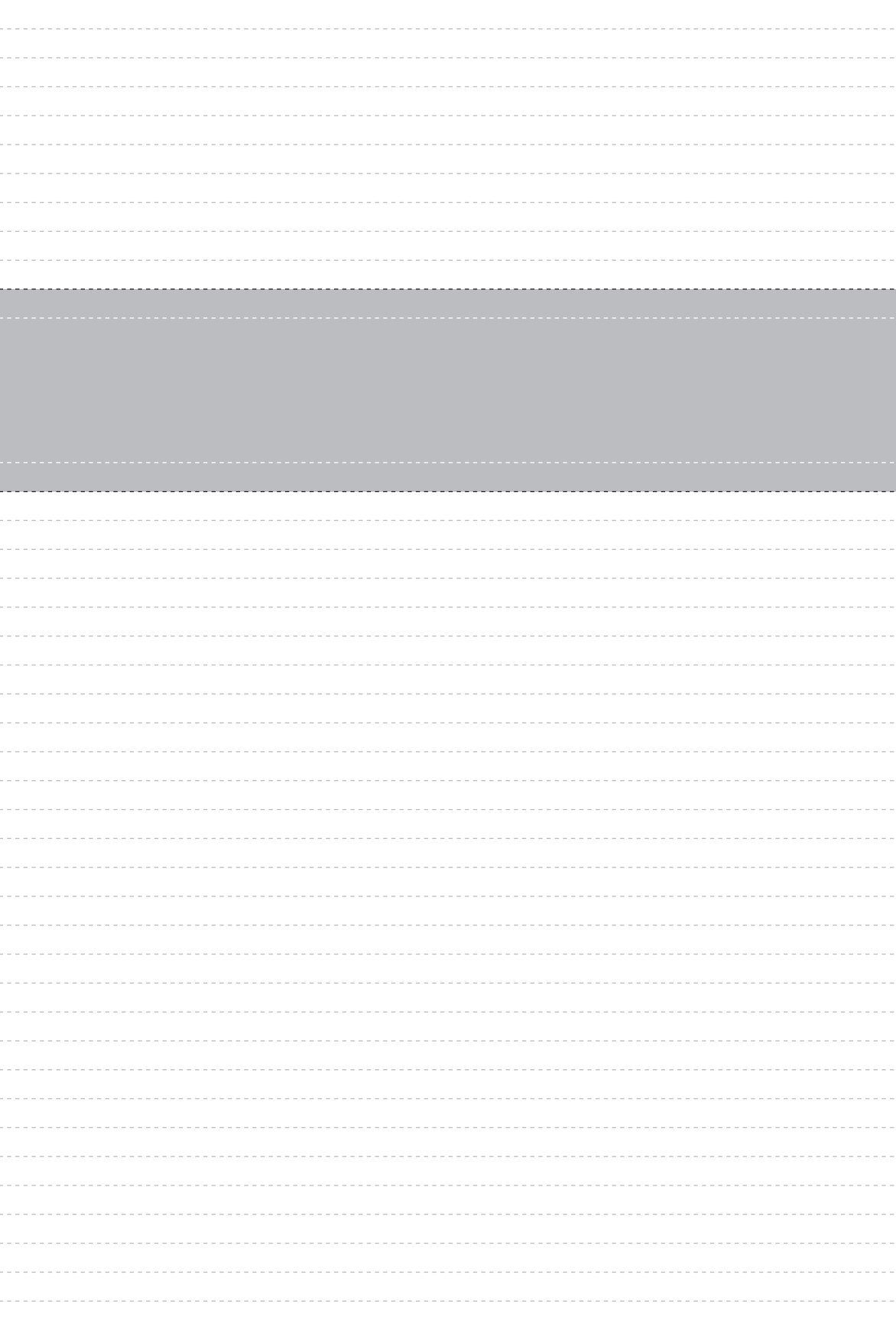
L'anno dei comuni: elezioni 2010, autonomia, finanziamento

Der Südtirolterrorismus 1961–2011

Gli anni del terrorismo sudtirolese 1961–2011

politika

Edition
RAETIA



Südtirol | Alto Adige

Politika11

| Jahrbuch für Politik
| Anuario di politica
| Anuer de pulitica

| Herausgegeben von – a cura di – dat ora da
| Günther Pallaver

 politik
Edizione
RAETIA

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol
sowie der Stiftung Südtiroler Sparkasse.

Stampato con il sostegno della Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige
e della Fondazione Cassa di Risparmio.

Stampà cun i contribuc dla Provinzia Autonoma de Bulsan - Südtirol
y dla Fundazion Cassa dl Sparani.

AUTONOME
PROVINZ
BOZEN
SÜDTIROL



PROVINCIA
AUTONOMA
DI BOLZANO
ALTO ADIGE



© Edition Raetia, © politika, Bozen 2011

Herausgegeben von politika – Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft
A cura di politika – Società di Scienza Politica dell'Alto Adige
Dat ora da politika – Società de scienza pulitica de Sudtiroi

Grafisches Konzept | Concetto grafico | Cunzet grafich: Dall'O & Freunde
Druckvorstufe | Prestampa | Prestampa: Typoplus

ISBN PDF: 978-88-7283-459-6
ISBN Print: 978-88-7283-388-9

www.raetia.com

www.politika.bz.it

Politika 11

1. Editorial	
Günther Pallaver	9
2. Die Ereignisse des Jahres	
Gli avvenimenti dell'anno	19
3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2010	
Saggio: Sintesi e interpretazione dell'anno politico 2010	
<i>Alessandro Piras</i>	92
4. Das Jahr der Gemeinden	
L'anno dei comuni	
<i>Arnold Schuler: Die Gemeinden Südtirols: Autonomie, Finanzierung, Partizipation. Eine kritische Bestandsaufnahme mit Überlegungen für die Zukunft</i>	137
<i>Andreas Obexer: Gemeinderatswahlen 2010: Vorwahlen, Mandatsbeschränkung und Zunahme der politischen Vielfalt</i>	167
<i>Andrea Di Michele/Günther Pallaver: Le elezioni comunali a Bolzano, tra frammentazione, personalizzazione e voto di protesta</i>	191
<i>Florian Castlunger/Hannes Vorhofer: Die Nachrichtenlogik bei den Gemeinderatswahlen 2010</i>	209
<i>Paolo Attanasio/Günther Pallaver: Integrarsi partecipando: le Consulte stranieri di Bolzano e di Merano</i>	241
<i>Marco Brunazzo: Verso una governance trentina multilivello?</i>	271
<i>Gilg Seeber/Christian Traweger: Die Kommunalwahlen 2010 in Tirol</i> ..	291

5. Außerhalb des Jahresthemas

Altri temi

<i>Maurizio Ferrandi</i> : Del perché gli italiani (e qualche sudtirolese) non hanno capito Silvius Magnago	305
<i>Joachim Gatterer</i> : Aus den Kriegstrümmern zur Demokratie	325
<i>Thomas Benedikter</i> : Südtirols Finanzen: Beginnen jetzt die mageren Jahre?	339

6. Der Südtirolterrorismus 1961–2011

Gli anni dal terrorismo sudtirolese 1961–2011

<i>Leopold Steurer</i> : Südtiroler Publikationen zu den Bombenjahren zwischen kritischer Analyse, Apologie und Verharmlosung	367
<i>Hans Karl Peterlini</i> : Das Unbehagen in der Geschichte	397
<i>Günther Pallaver</i> : Die Befriedung des Südtirol-Terrorismus	427

7. Politische Bildung

Educazione politica

<i>Paul Mecheril/Oscar Thomas-Olalde</i> , unter Mitarbeit von <i>Lore Hayek</i> : Migration und schulische Bildung. Tiroler und sonstige Facetten	456
--	-----

8. Politische Persönlichkeit des Jahres

Personaggio politico dell'anno

<i>Hannes Senfter</i> : Guido Bocher: Ein Bürgermeister mit Signalwirkung	482
---	-----

8. Rezensionen

Recensioni

<i>Friedrich Stepanek</i> : „Ich bekämpfte jeden Faschismus“. Lebenswege Tiroler Spanienkämpfer (Joachim Gatterer)	495
<i>Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver (Hg.)</i> : Politik in Tirol. Jahrbuch 2010. (Harald Knoflach)	498
<i>Gabriel N. Toggenburg/Günther Rautz</i> : ABC des Minderheitenschutzes in Europa (Günther Pallaver)	502
<i>Werner Kreisel/Flavio V. Ruffini/Tobias Reeh/Karl-Heinz Pörtge (Hg.)</i> : Südtirol – Alto Adige: Eine Landschaft auf dem Prüfstand/ Un paesaggio al banco di prova (Johanna Prader)	505

9. AutorInnen

Autori	510
---------------------	-----

1. Editorial

A series of horizontal dashed lines for writing.

Editorial

„Politika“ erscheint zum dritten Mal und präsentiert sich mit zwei Themenschwerpunkten: Die Gemeinderatswahlen sowie die 50. Wiederkehr des Südtirol-Terrorismus im Jahre 1961. Zuvor beschäftigt sich Alessandro Piras in seiner kritischen Rückschau mit den wichtigsten politischen Ereignissen des Jahres 2010. Es war auch für Südtirol ein Jahr der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Piras weist in seinem Beitrag recht klar darauf hin, dass im abgelaufenen Jahr in erster Linie die werktätige Bevölkerung die Wirtschaftskrise zu spüren bekommen und die Antwort der Landesregierung nicht immer den Vorstellungen der Gewerkschaften entsprochen hat.

Die Debatten über die Rolle der SVP im römischen Parlament bei den Vertrauensabstimmungen über die Regierung Berlusconi (14. Dezember 2010) sowie über den Misstrauensantrag gegen Kulturminister Sandro Bondi (26.1.2011) sind in diesem Jahrbuch nicht mehr behandelt. Die „Gegengeschäfte“ der Volkspartei für ihr der Regierung und dem Minister gegenüber wohlwollendes Verhalten und die damit verbundenen Fragen politischer Ethik werden aber in der nächstjährigen Ausgabe einer näheren Analyse unterzogen werden.

Das Kernthema der vorliegenden Ausgabe ist den Gemeinderatswahlen gewidmet, die im vergangenen Mai stattgefunden haben. Andreas Obexer nimmt einen analytischen Vergleich zwischen den Wahlen des Jahres 2010 und 2005 vor. Innerhalb von fünf Jahren haben sich einige markante Änderungen eingestellt. Das betrifft vor allem das Verhältnis Regierungsparteien/Opposition sowie das Geschlechterverhältnis. Die Mandatsbeschränkung, die gesetzlich geregelt erstmals angewandt wurde, hat größere personale Veränderungen hervorgebracht als je eine Wahl zuvor.

Andrea Di Michele und Günther Pallaver beschäftigen sich mit den Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt Bozen. Die internen Diadochenkämpfe des

Mitte-rechts-Bündnisses haben nicht nur zu einer zusätzlichen Parteienfragmentierung geführt, sondern auch zu einem Debakel der Berlusconi-Partei. Erstmals in ihrer Geschichte verzichtete die Südtiroler Volkspartei auf die Aufstellung eines eigenen Bürgermeisterkandidaten und verhalf so dem Kandidaten des Mitte-links-Bündnisses bereits beim ersten Wahldurchgang zum Sieg. Diese Entscheidung der Volkspartei war nicht unumstritten.

Florian Castlunger und Hannes Vorhofer von der Forschungsgruppe Media-Watch (Innsbruck) haben die mediale Berichterstattung während der Gemeinderatswahlen untersucht und kommen zum Schluss, dass es nach wie vor ein ethnisches *cleavage* bei der Berichterstattung gibt.

Der Landtagsabgeordnete Arnold Schuler, von 2005 bis 2010 Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, beschäftigt sich in seinem Beitrag über die Südtiroler Gemeinden mit Fragen ihrer Autonomie, Finanzierung und Partizipation. Sein Resümee: Die Gemeinden befinden sich in einer Phase des Umbruchs. Ihrer Forderung nach größerer (finanziellen) Autonomie stellt sich vielfach das Zentrum entgegen, Bozen nicht weniger als Rom.

Paolo Attanasio und Günther Pallaver geben einen Überblick über die Erfahrungen, die mit den Ausländerbeiräten in Bozen und Meran gemacht worden sind. Die Europäische Kommission vertritt seit jeher die These von Integration über Partizipation. Ein Rückblick über die ersten Erfahrungen in den beiden Südtiroler Städten ist allerdings etwas ernüchternd.

Den Block über die Gemeinderatswahlen schließen zwei Beiträge über die Nachbarregionen. Marco Brunazzo analysiert die Gemeinderatswahlen im Trentino, Gilg Seeber und Christian Traweger jene in Nordtirol. Die Vergleiche zwischen den drei Ländern bringen mehr Unterschiede als politische Gleichklänge hervor.

Das Jahr 2010 war durch den Tod von vier politischen Persönlichkeiten gekennzeichnet, die auf ihre Art die Geschichte Südtirols mitgeprägt haben. Silvius Magnago (1914–2010), langjähriger Landeshauptmann Südtirols, gilt als Vater der Südtirol-Autonomie; Alfons Benedikter (1918–2010), Magnagos langjähriger Stellvertreter an der Spitze der Landesregierung, gilt als juristischer Kopf, der die Autonomie umgesetzt hat; Egmont Jenny (1924–2010), Gründer der sozialdemokratisch inspirierten Sozialen Fortschrittspartei, hat mit Nachdruck die soziale Frage in den politischen Diskurs eingeführt, während Pietro Mitolo (1921–2010) als langjähriger Vertreter des neofaschistischen MSI die Antithese zu Magnago & Co. darstellte. Maurizio Ferrandi und Joachim Gatterer zeichnen die politischen Biographien dieser Männer nach und interpretieren deren Rolle bei der Verwirklichung der Südtirol-Autonomie.

Der zweite Block in diesem Jahrbuch kreist um die „Feuernacht“ des Jahres 1961, als anlässlich der Herz-Jesu-Feiern eine Reihe von Elektromasten in die Luft gesprengt wurden. Die Kontroverse um den Südtirol-Terrorismus hat am Tag der Attentate begonnen und setzt sich bis heute fort. Hans Karl Peterlini geht in seinem Beitrag auf eine Reihe von Punkten ein, die in der wissenschaftlichen Literatur und im politischen Diskurs kontrovers diskutiert werden. Insbesondere geht es um die Frage, ob der Terrorismus der Lösung der Südtirolfrage geschadet oder genutzt hat. Leopold Steurer analysiert eine Reihe jüngerer Publikationen, über die er nachzuweisen versucht, welcher politischer Duktus dahintersteckt, mit dem der Südtirol Terrorismus politisch legitimiert werden soll. Günther Pallaver stellt sich von einem internationalen Vergleich ausgehend die Frage, wie die politische Versöhnung nach den Terrorjahren in Südtirol erfolgt ist und weist auf die Friedensstiftung durch Konkordanzdemokratie hin.

In der Rubrik Politische Bildung besprechen Paul Mecheril, Oskar Thomas-Olalde unter Mitarbeit von Lore Hayek institutionelle und pädagogische Antworten auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, die sich mit dem Wort Migration in Österreich und speziell in Tirol wiedergeben lässt.

Die 4. Klasse „Spezialisierte Fachkraft für Multimediagegestaltung“ an der Landesberufsschule Gutenberg in Bozen hat unter Leitung der beiden Professoren Roby Attisano und Georg Mair Logos für die Gesellschaft für Politikwissenschaft erarbeitet. Nach der Vorstellung der einzelnen Entwürfe an der Berufsschule ist am 9. Dezember 2010 der Entwurf von Christoph Mich zum offiziellen Logo unserer Gesellschaft ausgewählt worden. Den beiden Kollegen, vor allem aber den Schülerinnen und Schülern, die an diesem Projekt teilgenommen haben, sei herzlich für ihr Engagement gedankt. Die einzelnen Entwürfe und die damit verbundenen Überlegungen, die dahinter stecken, sind am Ende dieser Ausgabe abgedruckt.

Günther Pallaver

Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft

Prefazione

“Politika” esce per la terza volta e si presenta con due tematiche centrali: le elezioni comunali e il cinquantenario dell’anno delle bombe in Alto Adige (1961). In apertura Alessandro Piras analizza i fatti politici di maggior rilievo del 2010, un anno di grosse difficoltà economiche anche per l’Alto Adige. Nel suo contributo Piras dimostra come sia stata anzitutto la popolazione lavorativa a toccare con mano la crisi economica, e come la risposta della Provincia non sia sempre stata corrispondente alle aspettative dei sindacati.

I dibattiti sul ruolo della Südtiroler Volkspartei a Roma nella votazione sulla fiducia al Governo Berlusconi (14 dicembre 2010) e sulla mozione di sfiducia contro il Ministro dei Beni e delle Attività Culturali Sandro Bondi (26 gennaio 2010) non hanno potuto essere trattati in questo numero. Le operazioni di “compensazione” e l’atteggiamento benevolo della Svp verso il Governo e il Ministro, e le conseguenti questioni di etica politica, verranno però sottoposte ad una analisi particolareggiata nella prossima edizione.

Il primo dei due temi centrali della presente edizione è costituito dalle elezioni comunali del maggio 2010. Andreas Obexer confronta analiticamente i risultati delle elezioni del 2010 e del 2005. Nell’arco di cinque anni si registrano notevoli cambiamenti che riguardano soprattutto il rapporto partiti al governo/opposizione, ma anche il rapporto uomini/donne. L’applicazione della limitazione del mandato, giuridicamente regolamentata ed applicata per la prima volta, ha comportato cambiamenti nel personale politico maggiori che non nelle elezioni precedenti.

Andrea Di Michele e Günther Pallaver si occupano delle elezioni per il Consiglio comunale nel capoluogo di Bolzano. Le faide interne alla coalizione di centro-destra hanno portato non solo ad una ulteriore frammentazione partitica, ma anche ad una disfatta per il partito di Berlusconi. Per la prima volta nella sua storia la

Südtiroler Volkspartei ha rinunciato a proporre un proprio candidato sindaco, propiziando in questo modo la vittoria del candidato di centro-sinistra già alla prima tornata elettorale. Questa decisione della Südtiroler Volkspartei non è stata priva di contestazioni.

Florian Castlunger e Hannes Vorhofer del gruppo di ricerca MediaWatch di Innsbruck analizzano i resoconti mediatici della campagna elettorale comunale e giungono alla conclusione che si è riconfermato un *ethnic cleavage*, una frattura etnica nella copertura informativa.

Il consigliere provinciale Arnold Schuler, Presidente del Consorzio dei Comuni altoatesini dal 2005 al 2010, si occupa dei Comuni e delle loro richieste di autonomia, finanziamento e partecipazione. La sua conclusione è che i Comuni si trovino in una fase di passaggio. Alle loro richieste di maggiore autonomia (finanziaria) si contrappongono spesso i centri decisionali, Bolzano non meno che Roma.

Paolo Attanasio e Günther Pallaver fanno un bilancio delle esperienze fatte a Merano e a Bolzano con le consulte per gli immigrati. La Commissione Europea porta avanti da sempre la tesi dell'integrazione attraverso la partecipazione, tuttavia uno sguardo in retrospettiva sulle prime esperienze nelle due città altoatesine si rivela abbastanza disincantato.

Concludono la sezione sulle elezioni comunali due contributi sulle regioni limitrofe. Marco Brunazzo analizza le elezioni comunali in Trentino, Gilg Seeber e Christian Traweger quelle nel Tirolo. La comparazione tra i tre territori mette in luce più differenze che somiglianze politiche.

Il 2010 è stato segnato dalla morte di quattro personalità politiche che, ciascuna a suo modo, hanno lasciato un segno nella storia dell'Alto Adige. Silvius Magnago (1914–2010), Presidente della giunta provinciale per tanti anni (1960–1989), è considerato il padre dell'autonomia altoatesina; Alfons Benedikter (1918–2010), il vicepresidente di Magnago, è ritenuto la mente giuridica che ha tradotto in pratica l'autonomia; Egmont Jenny (1924–2010), fondatore della Soziale Fortschrittspartei di ispirazione socialdemocratica, ha introdotto con vigore la questione sociale nel discorso politico; infine Pietro Mitolo (1921–2010) ha rappresentato, in qualità di pluriennale leader del partito neofascista Movimento Sociale Italiano, l'antitesi a Magnago & Co. Maurizio Ferrandi e Joachim Gatterer delineano le biografie politiche di queste personalità e danno un'interpretazione del ruolo da esse avuto nella realizzazione dell'autonomia per l'Alto Adige.

La seconda, corposa parte di questo annuario ruota attorno alla “notte dei fuochi” del 1961, quando in occasione della festa dei falò del Sacro cuore di Gesù, vennero fatti saltare in aria una serie di tralicci. La controversia in merito al terrori-

simo in Alto Adige è cominciata il giorno stesso degli attentati e prosegue ancora. Hans Karl Peterlini ripercorre punto per punto una serie di aspetti che vengono discussi in maniera controversa nella letteratura scientifica e nel discorso politico. In particolare ci si chiede se il terrorismo abbia nuociuto o giovato alla soluzione della questione altoatesina. Leopold Steurer analizza una serie di pubblicazioni recenti e prova a dimostrare quale sia il tratto politico distintivo che dietro di esse si cela e con il quale a suo avviso si cerca di legittimare politicamente il terrorismo altoatesino. Günther Pallaver, partendo da una comparazione internazionale, si pone infine la domanda di come sia avvenuta la riconciliazione politica dopo gli anni del terrorismo in Alto Adige e dimostra come la creazione della pace sia avvenuta tramite la democrazia consociativa.

Nella rubrica Formazione politica Paul Mecheril e Oskar Thomas-Olalde, con la collaborazione di Lore Hayek, discutono in merito alle risposte istituzionali e pedagogiche che in Austria e in particolar modo in Tirolo vengono date alla realtà sociale definita “migrazione”.

La IV. classe (indirizzo di formazione multimediale specializzata) della scuola professionale provinciale “Gutenberg” di Bolzano, guidata dai professori Roby Attisano e Georg Mair, ha rielaborato i loghi per la *Società di Scienza Politica dell’Alto Adige*. Dopo la presentazione dei singoli progetti presso la scuola, è stato scelto come logo ufficiale della nostra società il progetto di Cristoph Mich. Ringraziamo entrambi i docenti, ma soprattutto, per il loro impegno, gli alunni e le alunne che hanno partecipato a questo progetto. I singoli disegni e le relative spiegazioni sono pubblicati nella parte finale di questa edizione.

Günther Pallaver

Presidente della Società di Scienza Politica dell’Alto Adige

Parores danfora

La terza ediziun de „Politika“ jarà ite sòn döes tematices prinzipales: les lîtes comunales y i 50 agn dal terorism südtirolesc dl 1961. Alessandro Piras se dà jö te süa retrospectiva storica cun i avenimënc politics plü importanc dl 2010. Inçe por Südtirol él stè n ann de de gran dificoltês economiche. Al é dantadöt la popolaziun che laôra che à sintì de plü la crisa economica y les respöstes dl govern provincial n'è nia stades tres chères che i sindacac s'ess imaginé, insciö dij Piras tl pröm articul dl anuar.

La pert che la SVP à albü tl Parlamënt a Roma pro la litaziun da ti dè inant la crëta al govern Berlusconi (ai 14 de dezëmber 2010) y la moziun de desfidënza al minister dla cultura Sandro Bondi (26 de jenà 2011) n'è nia plü argomënt de discussiun te chèsc anuar. Les sciacarades y i „afars“ che la Volkspartei à arjunt cun le govern y le minister y la chestiun de etica politica gnarà analisà plü avisa tla prosima ediziun.

Le tema zentral de chësta ediziun é les lîtes comunales de mà dl ann passè. Andreas Obexer confrontëia y analisëia les lîtes dl 2010 y chères dl 2005.

Al é gnü a s'al dè de gran mudaziuns che reverda sides le raport danter i partis de govern y l'oposiziun, che inçe la proporziun danter i sesc. Cun l'aplicaziun por le pröm iade dla limitaziun di mandac s'al portè pro mudaziuns personales majeres co chères pro les lîtes che é stades cina ségn.

Andrea Di Michele y Günther Pallaver se dà jö cun les lîtes comunales tl comun de Balsan. Les batalies tla coaliziun de zënter-man dërta n'è nia ma portè a na maiù framentaziun di partis, mo inçe al colàs dl partì de Berlusconi. La SVP à renunzié por le pröm iade te süa storia a presentè n so candidat da ombolt, sostignin insciö le candidat dla coaliziun de zënter-man ciampa, che à davagné bele pro la pröma litaziun. Chësta dezijiun dla SVP n'è nia restada zënza contestaziuns.

Florian Castlunger y Hannes Vorhofer dl grup d'archirida MediaWatch (Desproch) à ejaminé la cronica mediala dles lîtes comunales y é rovà ala contlujiun che la cronica politica é sciöche denant caraterisada da na divijiun etnica (ethnischs cleavage).

L'aconsiadù provinzial Arnold Schuler, dal 2005 al 2010 presidënt dl Südtiroler Gemeindeverband, se dà jö cun les chestions dl'autonomia, dl finanziaimënt y dla pertezipaziun di comuns de Südtirol: i comuns é te n momënt de mudamënt radical. Cunta la ghiranza de autonomia (finanziara) da pert di comuns s'impunta got le zënter, Balsan nia demanco co Roma.

Paolo Attanasio y Günther Pallaver presentëia na panoramica dles esperiënzes fates a Balsan y a Maran dales consultes di imigrà. La Comisciun Europeica rapresentëia da dagnora incà la tesa dla integraziun tres la partezipaziun. La retrospectiva sön les prömes esperiënzes de chësc vers tles döes citês südtirolejes lascia pücia lerch ales ilujiuns.

La pert sön les lîtes comunales vëgn stlütä jö da dui articui sön dui raiuns vijins. Marco Brunazzo analisëia les lîtes comunales tl Trentin, Gilg Seeber y Christian Traweger chères tl Tirol dl nord. I confruné danter i trëi raiuns presentëia plü desfarënzies co armonies politiches.

Tl 2010 é l mort cater personalitês politiches che à influenzé, vignun te süa manira, la storia de Südtirol. Silvius Magnago (1914–2010), presidënt dla provinzia por tröc agn, vëgn conscidré le pere dl'autonomia de Südtirol; Alfons Benedikter (1918–2010), sostitut de Magnago a cé dl govern provinzial por tröc agn, vëgn conscidré le ponsadù iuridich dl'atuaziun dl'autonomia; Egmont Jenny (1924–2010), fondadù dla Soziale Fortschrittspartei Südtirols d'ispiraziun sozial-democratica, à porté ite tl discurs politich la chestiun sozuala cun gran forza, deperpo che Pietro Mitolo (1921–2010), rapresentant dl partì neofascist MSI por tröc agn, è l'antitesa de Magnago & Co. Maurizio Ferrandi y Joachim Gatterer ti va do ales biografies politiches de chisc personaji y dà na interpretaziun dl influus ch'ai à albü sön la realisaziun dl'autonomia de Südtirol.

La secunda pert dl anuar va ite sön la tematica dla „Feuernacht“ dl ann 1961, canch'al é gnü fat saltè ciarà deplü stanges dla löm en ocajiun dla festa dl Cör de Gejü. La controversia sön le terorism de Südtirol à metü man en chël dé y va inant ciamò al dedaincö. Hans Karl Peterlini va ite te so articul sön n valgönes chestions che vëgn tratades tla leteratöra scientifica y tl discurs politich te na manira controversa. Dantadöt nen vara dla chestiun sce le terorism é stè de dann o de üt l por la soluziun dla chestiun südtiroleja. Leopold Steurer analisëia n valgönes publicaziuns gnüdes fora ultimamënter, ti jon do ala ligna politica che é iadedô y cun chëra

che le terrorism südtirolesc dess gnì legitimé politicamënter. Günther Pallaver pëia ia da n confront a nivel internazional y se interroghëia sön co che la reconziliaziun a nivel politich do i agn de terrorism te Südtirol é gnüda a s'al dè, fajon referimënt ala democrazia de concordanza.

Tla rubrica „Formaziun Politica“ analisëia Paul Mecheril y Oskar Thomas-Olalde en colaboraziun cun Lore Hayek les respostes che les istituziuns y la pedagogia dà ala realté sozuala, conosciüda sciöche „migraziun“, tl'Austria y en particular tl Tirol.

La quarta tlassa de Spezialisierte Fachkraft für Multimedia Gestaltung dla Scora profesionala Gutenberg da Balsan à laurè fora sot ala direziun di professurs Roby Attisano y Georg Mair loghi por la *Gesellschaft für Politikwissenschaft/Sozietà de scienza pulitica*. Do la presentaziun dles propestes tla scora profesionala él gnü chirì fora ai 9 de dezëmbër 2010 la proposta de Christoph Mich sciöche logo ofizial de nosta sozieté. A trami i colegs, mo dantadöt ai scholars y ales scolares, che à tut pert a chësc proiet, i val n gran dilan de cör por so impëgn. Les propestes y les conscidraziuns do ia, vëgn presentades ala fin de chësta ediziun.

Günther Pallaver

Presidënt dla Sozietà de scienza pulitica de Sudtiroil

2. Die Ereignisse des Jahres

Gli avvenimenti dell'anno

A series of horizontal dashed lines for writing.

2010: Die Ereignisse des Jahres

Zusammengestellt von Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Maximilian Ghetta, Karl Hinterwaldner, Harald Knoflach, Martin Oberhofer, Thomas Ohnewein, Thomas Plank, Gebhard Platter, Harald Plieger, Arnold Sorg.

Januar

1. Januar. Der PdL-Kammerabgeordnete Giorgio Holzmann gibt bekannt, er sei bereit, für das Amt des Bozner Bürgermeisters zu kandidieren und zieht die Bildung einer eigenen Bürgerliste in Erwägung.

2. Januar. Michaela Biancofiore legt ihr Veto gegen eine Kandidatur von Holzmann ein. Derweil kündigt innerhalb der Mitte-links-Koalition der Sozialist Stefano Pagani an, er wolle, falls es zu Vorwahlen kommen sollte, als Vertreter des ökosozialen Flügels gegen Luigi Spagnolli antreten.

7. Januar. Eine in der in Innsbruck erscheinenden „Tiroler Tageszeitung“ publizierte Umfrage, derzufolge 52 Prozent der TirolerInnen gegen die Unabhängigkeit Südtirols sind, sorgt im Land für kontroverse Reaktionen.

8. Januar. Die Landesregierung versammelt sich im Ultental zu einer Klausurtagung.

Der Landeshauptmann gibt die Linie in der Energiepolitik vor: Wenn die Gemeinden die im Dezember ihr zugesprochenen Konzessionen anfechten sollten, wird die SEL dagegenhalten.

12. Januar. Bei der Parteiversammlung des Partito Democratico (PD) gibt Luigi Spagnolli bekannt, dass er wieder dazu bereit sei, für eine zweite Amtszeit als Bozner Bürgermeister zu kandidieren. Innerhalb der Partei stößt diese Entscheidung aber nicht auf ungeteilte Zustimmung.

13. Januar. Die Etschwerke AG kündigt an, sie wolle den Beschluss anfechten, mit dem die Konzessionen für neun Wasserkraftwerke der SEL AG zugesprochen worden waren. Der Widerstand gegen die *Südtiroler Elektrizitätsgesellschaft* weitet sich aus.

2010: Gli avvenimenti dell'anno

A cura di Marco Angelucci, Gabriele Di Luca, Mauro Fattor, Maximilian Ghetta, Karl Hinterwaldner, Harald Knoflach, Martin Oberhofer, Thomas Ohnewein, Thomas Plank, Gebhard Platter, Harald Plieger, Arnold Sorg.

Gennaio

1° Gennaio. Giorgio Holzmann, deputato del Popolo della libertà (Pdl), annuncia di essere pronto a candidarsi come sindaco di Bolzano e ipotizza la formazione di una lista civica.

2 Gennaio. Michaela Biancofiore pone il veto su Holzmann. Nel centrosinistra, che discute ancora di primarie, scende in campo il socialista Stefano Pagani che si offre di sfidare Luigi Spagnolli in rappresentanza del gruppo eco sociale.

7 Gennaio. La “Tiroler Tageszeitung” di Innsbruck pubblica un sondaggio sull'autodeterminazione del Sudtirolo: il 52 per cento dei tirolesi è contrario. In Alto Adige divampa la polemica.

8 Gennaio. La Giunta provinciale si riunisce in clausura in val d'Ultimo.

Il governatore detta la linea sull'energia: se i comuni impugneranno le concessioni assegnate a dicembre la Sel (Südtiroler Elektrizitätsgesellschaft) resisterà.

12 Gennaio. Alla riunione del Partito democratico (Pd) Spagnolli annuncia che scioglierà le sue riserve alla fine del mese su un'eventuale ricandidatura. Nel partito però non tutti sono convinti dell'ipotesi Spagnolli bis.

13 Gennaio. L'Azienda energetica annuncia l'impugnazione della delibera che assegna a Sel nove concessioni idroelettriche. Il fronte anti Sel si allarga.

14. Januar. Landesrat Michl Laimer gibt der Forderung der Abgeordneten Arnold Schuler und Josef Noggler nach und stimmt einer Vorladung der SEL-Spitze vor den Landtag zu.

15. Januar. Nach monatelangen Spannungen kommt es im Partito Democratico von Meran zum Bruch: Vizebürgermeister Diego Cavagna und sechs Gemeinderäte verlassen die Partei im Streit mit der Provinzleitung. Auslöser für das Zerwürfnis war der Fall des in die Kritik geratenen Präsidenten der Etschwerke, Giuseppe Avolia: Er und der Vizebürgermeister sind seit langem enge Vertraute, doch jetzt fordert ein Teil der Partei seine Abberufung.

16. Januar. Alberto Berger kündigt an, er wolle zu den Bozner Gemeinderatswahlen im Mai mit einer eigenen, dem PdL nahestehenden Bürgerliste antreten.

17. Januar. Die Untersuchung über die korrekte Beschriftung der Wegweiser in Südtirols Bergen, die durch eine Eingabe von Guido Margheri ins Rollen gekommen war, nimmt eine Wende: Einem an diesem Tag veröffentlichten Bericht der Carabinieri zufolge entsprechen 85 Prozent aller vom AVS angebrachten Schilder und Wegweiser nicht den gesetzlichen Vorgaben. Derweil bekräftigt Landeshauptmann Luis Durnwalder vor Journalisten, dass er auch in Zukunft nicht bereit sein werde, ausnahmslos alle Ortsnamen zu übersetzen.

18. Januar. Die Entscheidung über die von der Regionalassessorin Margherita Cogo vorgeschlagene Reform der Gemeindewahlordnung wird Sache des Regionalrates. Die SVP möchte die Passagen tilgen, die eine Mandatsbeschränkung für Bürgermeister und Landesräte zum Inhalt haben, aber die Opposition will dem notfalls mit einer Obstruktionspolitik entgegenreten; schließlich blockieren Andreas Pöder (Union für Südtirol) und Donato Seppi (Unitalia) die Verhandlungen.

20. Januar. Die Reform der Gemeindewahlordnung ist gescheitert. Für die SVP bedeutet das, dass zahlreiche ihrer Bürgermeister und Landesräte bei den anstehenden Gemeinderatswahlen nicht mehr werden kandidieren können.

Der Bozner Bürgermeister Luigi Spagnolli bildet mit seinen Koalitionspartnern eine Beratungsrunde, um bezüglich seiner eventuellen Wiederkandidatur zu einer Entscheidung zu finden.

14 Gennaio. Dopo le pressioni dei consiglieri Arnold Schuler e Josef Noggler l'Assessore Michael Laimer accetta che i vertici di Sel vengano convocati in Consiglio provinciale.

15 Gennaio. Nel Pd meranese esplodono le tensioni da mesi latenti. Il vicesindaco e sei consiglieri comunali lasciano il partito in polemica con la segreteria provinciale. Sullo sfondo la gestione del caso Giuseppe Avolio, Presidente dell'Azienda energetica e fedelissimo di Diego Cavagna che una parte del Pd vorrebbe silurare.

16 Gennaio. Alberto Berger annuncia che farà una propria lista alle elezioni di maggio. I popolari democratici nel Pdl.

17 Gennaio. L'inchiesta sulla toponomastica monolingue partita da un esposto di Guido Margheri è a una svolta. Viene diffuso un rapporto dei carabinieri secondo cui l'85 per cento dei cartelli messi dall'Avs (Alpenverein Südtirol) sarebbe illegale. Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder incontra i giornalisti e annuncia: certi nomi non li tradurrò mai.

18 Gennaio. In Consiglio regionale approda la riforma dei comuni proposta dall'assessora Margherita Cogo. L'Svp vorrebbe abolire i passaggi che istituiscono il limite dei tre mandati per sindaci e assessori ma le opposizioni minacciano l'ostruzionismo. Andreas Pöder (Union für Südtirol) e Donato Seppi (Unitalia) bloccano i lavori.

20 Gennaio. La riforma dell'ordinamento comunale salta. Centinaia di sindaci e assessori della Südtiroler Volkspartei (Svp) non potranno ricandidarsi alle comunali.

Il Sindaco di Bolzano Spagnolli avvia un giro di consultazioni con gli alleati per decidere sul bis.

21. Januar. Ein Richterspruch aus Rom verändert die politische Landschaft Südtirols: Das Kassationsgericht gibt dem Rekurs von Roberto Bizzo statt, wonach Finanzlandesrätin Barbara Repetto (PD) bei den Landtagswahlen als Mitglied des Verwaltungsrates der BLS (Business Location Südtirol) vom rechtlichen Standpunkt aus nicht wählbar gewesen sei. Bizzo, der der erste Nichtgewählte auf der PD-Liste war, wird seinerseits den freigewordenen Platz im Landtag einnehmen. Die Urteilsverkündung löst im Partito ein regelrechtes Erdbeben aus.

22. Januar. Die Gruppe rund um die scheidende Landesrätin Repetto macht sich bereit, den Partito Democratico zu verlassen. Alberto Stenico stellt die Bildung einer neuen Bürgerliste mit der Repetto-Fraktion in den Raum, welche aber weiterhin Luigi Spagnoli als Bürgermeisterkandidaten unterstützen würde. Derweil wendet sich PD-Sekretär Antonio Frena nach Meran, um hier die drohende Spaltung der Partei abzuwenden. Doch die Verhandlungen mit der Gruppe um Diego Cavagna scheitern, worauf dieser verkündet, eine Bürgerliste gründen zu wollen.

26. Januar. Guido Margheri von der Demokratischen Linken fordert offiziell Vorwahlen innerhalb der Mitte-links-Koalition. Die Gruppe um Barbara Repetto unterstützt dieses Anliegen.

27. Januar. Die Grünen fordern den Südtiroler Landtag dazu auf, die Wählbarkeit von dessen Präsidenten Dieter Steger zu überprüfen, der zum Zeitpunkt der Wahl Mitglied des Verwaltungsrates der Messe AG war. Auch für ihn gilt die Regelung, die Barbara Repetto ihr Amt gekostet hat.

Michaela Biancofiore lässt die Fotos verbreiten, die bei einem Treffen mit Ministerpräsident Silvio Berlusconi in dessen Villa in Arcore entstanden waren. Darauf ist Berlusconi beim Händedruck mit Mario Tagnin zu sehen, Biancofiores Wunsch Kandidaten für das Amt des Bozner Bürgermeisters.

29. Januar. Beamte der Finanzwache durchsuchen die Büros der Landesregierung und beschlagnahmen dabei alle Unterlagen, die die Vergabe der Konzessionen für die Südtiroler Wasserkraftwerke an die SEL AG betreffen.

30. Januar. Auch der Bürgermeister von Leifers, Giovanni Polonioli (PD), verkündet, dass er auf eine erneute Kandidatur im Mai womöglich verzichten werde. Es wird offenkundig, dass die Mitte-links-Koalition in den großen Gemeinden erheblichen Zentrifugalkräften ausgesetzt ist. Der PdL kann daraus bisher aber noch kein Kapital schlagen.

21 Gennaio. Sentenza choc della cassazione. L'assessora alle Finanze Barbara Repetto viene giudicata ineleggibile, al suo posto entra Roberto Bizzo, primo dei non eletti del Pd che aveva presentato il ricorso. La Repetto al momento del voto era membro del consiglio di amministrazione della Bls (Business Location Südtirol/Alto Adige). Nel Pd scoppia un vero e proprio terremoto.

22 Gennaio. Il gruppo vicino a Barbara Repetto si prepara ad uscire dal Pd. Alberto Stenico ipotizza la nascita di una lista civica con il gruppo Repetto a sostegno di Spagnoli. Il segretario del Pd Antonio Frena si reca a Merano per cercare di ricucire la scissione del gruppo Cavagna. Ma l'accordo fallisce e Cavagna annuncia la nascita di una lista civica.

26 Gennaio. Guido Margheri di Sinistra democratica chiede ufficialmente le primarie di coalizione. Favorevole il gruppo Repetto.

27 Gennaio. I verdi chiedono al Consiglio provinciale di verificare l'eleggibilità del Presidente Dieter Steger, al momento del voto membro del consiglio di amministrazione del Tis. Per lui vale la stessa norma che è costata il posto alla Repetto.

Michaela Biancofiore diffonde le foto dell'incontro avvenuto ad Arcore. Berlusconi stringe la mano a Mario Tagnin che la Biancofiore vorrebbe come candidato sindaco del Pdl a Bolzano.

29 Gennaio. La Guardia di Finanza perquisisce i palazzi della Provincia e sequestra tutti gli atti relativi all'assegnazione delle concessioni idroelettriche a Sel.

30 Gennaio. Anche il Sindaco di Laives Giovanni Polonioli (Pd) annuncia che potrebbe non ricandidarsi. Nei tre principali comuni della provincia il centrosinistra appare allo sbando ma il Pdl non riesce a mettersi d'accordo.

Februar

1. Februar. Die Landesregierung hat beschlossen, dass die Direktoren der Landesgesellschaften (SEL, SMG, Brennercom, SAD, TIS, BLS, Terme Meran, Museion, Freie Universität Bozen) in Zukunft nicht mehr verdienen sollen als die ranghöchsten Beamten der Landesverwaltung, die Ressortdirektoren.

2. Februar. Erst im vierten Wahlgang wählt der Landtag Roberto Bizzo (PD) in die Landesregierung. Bizzo, der bei den Landtagswahlen 2008 der erste Nichtgewählte auf der PD-Liste war, hatte zuvor seine Parteikollegin Barbara Repetto mit Verweis auf die Tatsache, dass diese als Verwaltungsrätin der BLS (Business Location Südtirol) laut Gesetz nicht wählbar war, aus dem Amt geklagt. Seinem Rekurs hatte das Kassationsgericht in Rom am 21. Jänner stattgegeben.

Landeshauptmann Luis Durnwalder und SVP-Parteiboss Richard Theiner haben bei einem Treffen mit dem österreichischen Außenminister Michael Spindelegger und dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter im Nordtiroler Ötztal den Wunsch nach einer doppelten Staatsbürgerschaft bekräftigt. Spindelegger bremste indes allzu hohe Erwartungen.

5. Februar. Giovanni Polonioli (PD), Bürgermeister von Leifers, kündigt an, bei den Gemeinderatswahlen im Mai 2010 nicht mehr anzutreten.

8. Februar. Die Landesregierung ernennt die 47-jährige Brixner Kunsthistorikerin und Kuratorin Marion Piffer Damiani zur neuen Präsidentin des Museion in Bozen.

10. Februar. Der EU-Ausschuss der Regionen hat den Landwirtschaftsbericht von Landeshauptmann Luis Durnwalder verabschiedet. Durnwalder betont darin, dass die Landwirtschaft gerade in Gegenden, die naturbedingt Nachteile aufweisen oder von Landflucht betroffen sind, besonders gefördert werden müsse.

12. Februar. Für den ehemaligen Präsidenten des österreichischen Bundesrates, den gebürtigen Südtiroler Helmut Kritzinger, wäre die doppelte Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen ein kräftiges Zeichen für die politische Vision einer regionalen Zusammengehörigkeit.

16. Februar. Handelskammerpräsident Michl Ebner hat die Diskussion über eine dritte Spur auf der Brennerautobahn wieder entfacht. Die Politik ist dagegen, während die Wirtschaft Ebners Vorstoß unterstützt.

Febbraio

1° Febbraio. La Giunta provinciale ha deliberato che i Presidenti delle Aziende provinciali (Sel, Smg, Brennercom, Sad, Tis, Bls, Terme di Merano, Museion, Libera Università di Bolzano) in futuro non potranno più avere stipendi equivalenti a quelli dei funzionari di livello più elevato, i direttori di ripartizione.

2 Febbraio. Il Consigliere provinciale Roberto Bizzo (Pd), vincitore al quarto scrutinio, vota nella Giunta provinciale. Bizzo, che nelle elezioni del 2008 era stato il primo non eletto della lista Pd, aveva richiesto che la collega di partito Barbara Repetto venisse estromessa dalla carica, in qualità di soggetto non eleggibile per legge, in quanto membro del consiglio di amministrazione della società Bls (Business Location Südtirol/Alto Adige). Il suo ricorso era stato accolto dalla Corte di cassazione a Roma il 21 gennaio.

Il Presidente dell'Alto Adige Luis Durnwalder e il Presidente della Svp Richard Theiner hanno confermato il desiderio dello status della doppia cittadinanza per gli altoatesini durante l'incontro nella Ötztal con il Ministro degli Esteri austriaco Michael Spindelegger e il Presidente del Land del Tirolo Günther Platter.

Tuttavia Spindelegger ha frenato aspettative troppo grandi.

5 Febbraio. Giovanni Polonioli (Pd), Sindaco di Laives annuncia che non si ricandiderà per le elezioni comunali del Maggio 2010.

8 Febbraio. La Giunta provinciale elegge nuovo Presidente del Museion di Bolzano Marion Piffer Damiani, quarantasettenne storica dell'arte e curatrice di Bressanone.

10 Febbraio. Il Comitato delle regioni della UE ha approvato la relazione agraria del Presidente della Provincia Luis Durnwalder. Durnwalder sottolinea come l'agricoltura presente in zone geograficamente svantaggiate o colpite da urbanizzazione debba essere particolarmente incentivata.

12 Febbraio. Secondo l'ex Presidente del Consiglio federale austriaco, l'altoatesino di nascita Helmut Kritzinger, la doppia cittadinanza per gli altoatesini sarebbe un forte segno a favore della visione politica di un'affinità regionale.

16 Febbraio. Il Presidente della Camera di commercio Michl Ebner ha riaperto la discussione in merito alla terza corsia nell'autostrada del Brennero. Il mondo politico è contrario, mentre quello economico appoggia l'iniziativa di Ebner.

18. Februar. Laut Eurostat ist Südtirol nach der Lombardei die zweitreichste Region Italiens. Im gesamteuropäischen Vergleich rangiert Südtirol auf Platz 26.

19. Februar. In Südtirol ist laut Fausta Di Grazia, der Vorsitzenden des Rechnungshofs in Bozen, ein verstärkter Trend zum Missachten rechtlicher Normen zu beobachten. Diesem wolle, so Di Grazia bei der Eröffnung des Gerichtsjahres, der Rechnungshof entgegenreten.

Am Vortag des 200. Todestages von Andreas Hofer sind in Innsbruck die Ehrenzeichen des Landes Tirol verliehen worden. Neben neun Männern und Frauen aus dem Bundesland Tirol sind mit Bischof Karl Golser, der Unternehmerin Maria Niederstätter und dem ehemaligen Generaldirektor der Landesverwaltung Adolf Auckenthaler auch drei SüdtirolerInnen unter den Ausgezeichneten.

20. Februar. Gemeinsam mit 1.500 Schützen haben die Landeshauptleute Günther Platter und Luis Durnwalder, der Trentiner Landesrat Franco Panizza, der österreichische Botschafter in Rom Christian Berlakovits und Mantuas Bürgermeisterin Fiorenza Brioni in Mantua das Gedenkjahr „200 Jahre Tiroler Freiheitskämpfe“ offiziell abgeschlossen. Das Land Südtirol hat im Gedenkjahr insgesamt 130 Projekte unterstützt und dafür vier Millionen Euro investiert.

Der Partito Democratico verwehrt dem Toponomastik-Gesetzesentwurf von Landeshauptmann Luis Durnwalder, der auf der Unterscheidung zwischen Mikro- und Makrotoponomastik basiert, seine Zustimmung.

22. Februar. Die SVP-Parteileitung hat ihren Grundsatzbeschluss von 2007 gegen die dritte Autobahnspur bestätigt. Für die Erhöhung der Sicherheit spricht sich die Partei für den Ausbau der Notspur von Salurn bis Bozen auf 3,5 Meter aus.

23. Februar. Die Dienste des Senders Bozen der Rai könnten bald zur Gänze vom Land finanziert werden. Die Sechserkommission hat sich diesbezüglich mit einer neuen Durchführungsbestimmung befasst. Die Finanzierung der regionalen Rai Programme soll 18 Millionen Euro kosten.

Herbert Lochs, Rektor der Medizinischen Fakultät der Universität Innsbruck, schwebt eine Euregio-Universität für Medizin mit einer Außenstelle der Uni Innsbruck in Bozen vor. Lochs kann sich eine Kooperation zwischen Padua, Bologna, Innsbruck und Bozen vorstellen.

18 Febbraio. Secondo l'Eurostat l'Alto Adige è la seconda regione più ricca d'Italia dopo la Lombardia. Complessivamente l'Alto Adige si trova in ventiseiesima posizione nella classifica europea.

19 Febbraio. Secondo Fausta Di Grazia, Presidente della Corte dei conti a Bolzano, in Alto Adige è in aumento la tendenza a non rispettare le norme giuridiche. Questo argomento, secondo quanto affermato dalla Di Grazia all'inaugurazione del nuovo anno giudiziario, verrà affrontato dalla Corte dei conti.

A Innsbruck, alla vigilia del duecentesimo anniversario della morte di Andreas Hofer sono state concesse le onorificenze del Land del Tirolo. Accanto a nove uomini e donne del Land tirolese, tra i premiati compaiono anche tre altoatesini: il Vescovo Karl Golser, l'imprenditrice Maria Niederstätter e l'ex Direttore generale dell'Amministrazione provinciale Adolf Auckenthaler.

20 Febbraio. Insieme a 1.500 Schützen, le personalità dell'Alto Adige Günther Platter e Luis Durnwalder, l'Assessore provinciale del Trentino Franco Panizza, l'Ambasciatore a Roma Christian Berlakovits e il Sindaco di Mantova Fiorenza Brioni, hanno concluso ufficialmente a Mantova l'anno commemorativo dei "200 anni dei Combattenti per la Libertà del Tirolo". L'Alto Adige ha appoggiato complessivamente 130 progetti e investito 4 milioni di euro nel corso dell'anno commemorativo.

Il Partito democratico nega la propria approvazione al progetto di legge del Presidente dell'Alto Adige Luis Durnwalder sulla toponomastica bilingue, che si basa sulla distinzione tra micro- e macrotoponomastica.

22 Febbraio. I vertici della Svp hanno confermato la loro decisione definitiva del 2007 contro la terza corsia autostradale. Per aumentare la sicurezza, la Svp si pronuncia a favore dell'ampliamento fino a 3,5 metri in più della corsia d'emergenza da Salorno a Bolzano.

23 Febbraio. Il servizio dell'emittente Rai Bozen potrebbe venire finanziato interamente dalla Provincia. La Commissione dei sei si è adoperata per avere una modalità di esecuzione in merito. Il finanziamento dei programmi Rai regionali costerà 18 milioni di euro.

Herbert Lochs, Rettore della Facoltà di Medicina dell'Università di Innsbruck pensa ad una Università della Euroregio per la facoltà di medicina, che sia dotata di una succursale dell'Università di Innsbruck a Bolzano. Lochs si immagina una collaborazione tra Padova, Bologna, Innsbruck e Bolzano.

24. Februar. Pietro Mitolo, legendäre Galionsfigur des italienischen Rechtsblocks in Südtirol, ist im Alter von 88 Jahren in Bozen verstorben. Mitolo hat nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit seinem Bruder Andrea die Partei MSI (Movimento Sociale Italiano) mit aufgebaut. Pietro Mitolo saß im Landtag, im Parlament in Rom, im Europaparlament in Brüssel und war bis zuletzt Mitglied des Bozner Gemeinderats.

26. Februar. Der Niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll trifft sich in Bozen mit Südtirols Landeshauptmann Durnwalder und SVP-Parteiboss Richard Theiner. In den Gesprächen geht es um die Strategien zur Abfederung der Wirtschaftskrise, um Forschung und Entwicklung, Großprojekte in der Verkehrspolitik und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene.

27. Februar. Günther Januth ist beim Parteitag der Meraner SVP zum Bürgermeisterkandidaten für die anstehenden Gemeinderatswahlen gekürt worden.

März

2. März. Die Abschaffung der zusätzlichen Einkommenssteuer kommt für Landeshauptmann Durnwalder nicht in Frage, eine dahingehende Forderung der Gewerkschaften weist er entschieden zurück. Die Umsetzung würde für das Land Einbußen von 62 Millionen Euro bedeuten – dieser Verlust wäre zu groß.

Bei den Begräbnisfeierlichkeiten für Pietro Mitolo, Gründerfigur der italienischen Rechten in Südtirol, tritt der PdL wieder geschlossen auf. Beim Trauergottesdienst in der Bozner Christ-Königs-Kirche versammeln sich Giorgio Holzmann, Michaela Biancofiore und Alessandro Urzì.

3. März. Rückzieher der Landesregierung bei der geplanten Abschaffung pflichtmäßiger Baukonzessionen. Landesrat Michl Laimer versichert, dass man, wenn die Gemeinden dagegen seien, diesbezüglich nichts weiter unternehmen werde.

5. März. Die geplante Übernahme der Finanzierung des Rai Sender Bozen durch das Land Südtirol führt zu einem Schlagabtausch zwischen Parteivertretern und Journalisten. Letztere sehen in diesem Schritt eine mögliche Gefahr für die Freiheit der Berichterstattung. Die SVP beschwichtigt und der Partito Democratico verspricht, die Entwicklung im Auge zu behalten.

24 Febbraio. Pietro Mitolo, leggendaria bandiera del blocco della destra italiana in Alto Adige, è morto all'età di 88 anni. Mitolo, dopo la seconda guerra mondiale aveva costituito il partito Msi (Movimento sociale italiano) con suo fratello Andrea. Pietro Mitolo era stato eletto nella Giunta provinciale, nel Parlamento di Roma, nell'Europarlamento di Bruxelles ed era infine membro del Consiglio comunale di Bolzano.

26 Febbraio. Il Presidente del Land della Bassa Austria Erwin Pröll si incontra a Bolzano con il Presidente dell'Alto Adige e con il segretario della Svp Richard Theiner. Nei colloqui si parla delle strategie per ammortizzare la crisi economica, di ricerca e sviluppo, dei grandi progetti nella politica del traffico e della collaborazione a livello europeo.

27 Febbraio. Durante il congresso della Svp Günther Januth viene eletto candidato sindaco per le previste elezioni del Consiglio comunale.

Marzo

2 Marzo. L'addizionale Irpef non si tocca. Durnwalder dice no alla richiesta di abolizione avanzata dai sindacati. Eliminarla significherebbe per la Provincia rinunciare a 62 milioni di euro. Troppi.

Il Pdl si ricompatta per l'addio a Pietro Mitolo. Clima di commozione per i funerali del leader storico della destra altoatesina. Alla messa di suffragio nella chiesa di Cristo Re a Bolzano, ci sono tutti: Alessandro Urzì, Giorgio Holzmann e Michaela Biancofiore.

3 Marzo. Marcia indietro della Provincia sull'abolizione delle concessioni edilizie. L'Assessore Michael Laimer rassicura le amministrazioni comunali: "Se sono contrari non ne faremo nulla".

5 Marzo. Botta e risposta tra partiti e giornalisti sulla norma di attuazione che prevede il finanziamento da parte della Provincia della sede Rai di Bolzano. Il rischio paventato è quello di una compressione della libertà di informazione del servizio pubblico. La Svp rassicura, il Pd promette che vigilerà.

7. März. In einem Interview mit der Tageszeitung „Alto Adige“ fordert der Bozner Bürgermeister Luigi Spagnoli für die Hauptstadt ein Sonderstatut und mehr finanzielle Autonomie.

8. März. An diesem Tag jährt sich zum ersten Mal der Amtsantritt von Bischof Karl Golser, der einmal mehr sein Anliegen bekräftigt, das Zusammenleben von Deutschen, Italienern, Ladinern und Immigranten zu fördern.

9. März. Wachablösung an der Freien Universität Bozen: Die Landesregierung gibt die Namen der fünf Mitglieder bekannt, die sie in den Universitätsrat entsenden wird. Neuer Präsident wird Konrad Bergmeister, sein Vize Pietro Borgo. Damit ist es jetzt die Welt der Wirtschaft, die in der Universitätsleitung den Ton angibt: Bergmeister ist Koordinator für den österreichischen Teil des Brenner-Basis-Tunnels, Borgo der Generaldirektor der Iveco Defense Vehicles.

12. März. Angesichts der näher rückenden Gemeinderatswahlen fordern die Bozner SVP-ArbeitnehmerInnen die Partei auf, den amtierenden Bürgermeister Luigi Spagnoli vom ersten Wahlgang an zu unterstützen.

14. März. Die neue Wahlordnung zwingt die SVP dazu, sich im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen personell zu reorganisieren. 54 der 103 SVP-Bürgermeister können aufgrund der Mandatsbeschränkung nicht noch ein weiteres Mal zur Wahl antreten. Die Volkspartei entscheidet sich dafür, die neuen Kandidaten in 91 der 111 Gemeinden, wo Wahlen anstehen, über Vorwahlen zu ermitteln.

16. März. Die Landesregierung hakt nach: Mit Blick auf den im Dezember mit Rom geschlossenen Stabilitätspakt fordert Landeshauptmann Durnwalder erneut, dass für die Gesellschaften, die von der Provinz kontrolliert werden, auch die Zuständigkeit, die zurzeit noch beim Rechnungshof liegt, an die Provinz übergehen soll. Zu diesen Einrichtungen gehören das Wohnbauinstitut, die Freie Universität Bozen und die Handelskammer, aber auch die Gemeinden wären von der Regelung betroffen.

18. März. Als Reaktion darauf, dass ein Gericht in Bozen ihm nachträglich die wahlrechtlichen Voraussetzungen für ein Landtagsmandat abgesprochen hat, verkündet Nach-Landesrat Christian Egartner, er werde für das Amt des Bürgermeisters von Sterzing kandidieren. Hier wird er gegen einen SVP-Parteikollegen, den Amtsinhaber Fritz Karl Messner, antreten.

7 Marzo. In un'intervista al quotidiano "Alto Adige", il Sindaco di Bolzano Spagnolli chiede uno statuto per il capoluogo e più autonomia finanziaria.

8 Marzo. Primo anniversario dell'insediamento del vescovo Karl Golser che rilancia "la sfida della convivenza e dell'accoglienza tra italiani, tedeschi, ladini e immigrati".

9 Marzo. Cambio della guardia alla Libera Università di Bolzano. La Giunta provinciale nomina i cinque membri che le spettano di diritto e indica in Konrad Bergmeister il nuovo presidente dell'ateneo altoatesino. Ad affiancarlo come vice sarà Pietro Borgo. È la rivincita del mondo dell'economia: il primo è amministratore delegato di BBT (Galleria di Base del Brenner) per la parte austriaca, il secondo è general manager di Iveco Defense Vehicles.

12 Marzo. Le elezioni comunali si avvicinano. Gli SVP-Arbeitnehmer bolzanini anticipano i tempi e chiedono alla Volkspartei di appoggiare fin dal primo turno il Sindaco uscente Spagnolli.

14 Marzo. La Volkspartei inizia a fare i conti al proprio interno in vista delle elezioni comunali. La legge elettorale costringe la Stella alpina ad un ricambio forzoso dei candidati: 54 i sindaci che non si possono ricandidare per raggiunti limiti di mandato nei 103 comuni in cui il partito è al governo. La Svp decide di procedere con le primarie in 91 comuni sui 111 in cui si andrà a votare.

16 Marzo. La Giunta provinciale torna alla carica. Nell'ambito del Patto di stabilità siglato a dicembre con il governo, Durnwalder chiede nuovamente che la competenza sulle società controllate dalla Provincia passi dalla Corte dei conti alla Provincia stessa. Tra gli enti interessati all'operazione anche l'Istituto per l'edilizia sociale, la Libera Università di Bolzano, la Camera di commercio e i comuni.

18 Marzo. Il Consigliere provinciale della Volkspartei Christian Egartner, in odore di esclusione dal consiglio per ineleggibilità, annuncia la sua candidatura a sindaco di Vipiteno. Sfiderà il rivale di partito Fritz Karl Messner, primo cittadino uscente.

20. März. Bei der Landesversammlung der SVP in Meran ist die Partei bemüht, im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen am 16. Mai ihre Reihen zu schließen. Obmann Richard Theiner bestätigt den eingeschlagenen Kurs, der auf einen Generationenwechsel ausgerichtet ist, und betont, dass man den Gemeinden in Zukunft größere Unabhängigkeit von der Landesregierung zugestehen und bei wichtigen Entscheidungen die Parteibasis stärker einbinden wolle.

22. März. Heute entscheidet sich, wer den PdL bei den Gemeinderatswahlen in Bozen als Bürgermeisterkandidat vertreten wird. Im Rennen sind Giorgio Holzmann, Mario Tagnin, Robert Oberrauch und Giovanni Benussi. Die Fronten zwischen diesen Kandidaten sind verhärtet; es herrscht eine von sich kreuzenden Vetos geprägte Patt-Situation und der Zusammenhalt innerhalb des Südtiroler PdL schwindet. Um in der Frage nach dem Bürgermeisterkandidaten Klarheit zu schaffen, hat die italienische Parteispitze eine Telefonumfrage angeordnet.

Landeshauptmann Durnwalder wiederholt vor der Zwölferkommission erneut seine Forderung nach einer Durchführungsbestimmung, mit der festgelegt werden soll, dass die Kontrolle über Gesellschaften mit Landesbeteiligung vom Rechnungshof an das Land übergeht.

25. März. Ein Ende der Querelen um den Bürgermeisterkandidaten des PdL ist weiterhin nicht in Sicht. In der Umfrage liegen Holzmann und Benussi vorne, aber die Partei findet zu keiner Entscheidung. Derweil lässt Oberrauch verlauten, dass er in jedem Fall kandidieren würde, notfalls mit einer eigenen Bürgerliste. Diese wäre dann als Forza Bolzano zwar autonom, würde aber weiterhin Teil des Mitte-rechts-Blocks bleiben

Elf Gewerkschaften – darunter die von Bozen, Meran und Leifers – verfassen einen offenen Brief an den Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes Arnold Schuler. Im Zentrum steht dabei die Kritik an der Reform der Berechnungsmethode, mit der die Quote der Pro-Kopf-Ausgaben für die Gemeinden im Hinblick auf die laufenden Spesen ermittelt wird. Sie werfen Schuler vor, der Vorschlag sei „ungerecht“ und die Vorgehensweise nicht transparent genug. Schuler räumt Fehler ein und verspricht, den Reformvorschlag zu überarbeiten.

26. März. Die von der Provinzleitung des Partito Democratico getroffene Entscheidung, Vanda Carbone bei den Gemeinderatswahlen in Meran nicht mehr auf die Kandidatenliste zu setzen, bringt den dortigen PD an den Rand einer Spaltung.

20 Marzo. Congresso della Volkspartei a Merano. Il partito rinserra le fila in vista delle elezioni comunali del 16 maggio. Il segretario Richard Theiner conferma la linea del ricambio generazionale, di maggiore autonomia dei comuni nei confronti della Provincia e del coinvolgimento della base nelle scelte che contano.

22 Marzo. Giornata decisiva nel Pdl per la scelta del candidato sindaco di Bolzano. In corsa Giorgio Holzmann, Mario Tagnin, Robert Oberrauch e Giovanni Benussi. Per superare la situazione di stallo e i veti incrociati che dilanano il partito in Alto Adige, viene commissionato dai vertici nazionali un sondaggio telefonico.

Il Presidente della Giunta provinciale Luis Durnwalder, davanti alla Commissione dei dodici, torna a chiedere una norma di attuazione che trasferisca dalla Corte dei conti alla Provincia il controllo sulle società partecipate.

25 Marzo. Pdl ancora in alto mare. Il sondaggio premia Holzmann e Benussi ma il partito non decide. Oberrauch fa sapere che andrà avanti in ogni caso e che arriverà all'appuntamento elettorale con una propria lista, "Forza Bolzano", autonoma ma organica al centrodestra.

Lettera aperta di undici sindaci – tra cui quelli di Bolzano, Merano e Laives – al Presidente del Consorzio dei comuni, Arnold Schuler. Al centro della discussione la riforma del sistema di calcolo della quota pro-capite ai comuni per le spese correnti. Gli undici contestano la bozza di riforma: "proposta iniqua e mancanza di trasparenza nel metodo". Schuler incassa e promette correttivi.

26 Marzo. Pd meranese sull'orlo della scissione per la decisione della segreteria provinciale di escludere Vanda Carbone dalle liste del partito in vista delle elezioni comunali.

27. März. Die Kammerabgeordnete Michaela Biancofiore unternimmt einen letzten Versuch um zu verhindern, dass der Bürgermeisterkandidat, der für Mitte-rechts ins Rennen gehen wird, aus dem Lager um Giorgio Holzmann und Giovanni Benussi kommt. In einem Schreiben an Ministerpräsident Berlusconi drängt sie darauf, dass Robert Oberrauch, der aus der Telefonumfrage als Verlierer hervorgegangen war, bei den Gemeinderatswahlen für PdL, Lega Nord und Unitalia antreten soll. Holzmanns Reaktion darauf fällt überaus hart aus, er spricht von „purem Irrsinn“. Der PdL zerfällt.

30. März. Brigitte Foppa und Patrizia Trincanato werden die Liste der Grünen bei den Bozner Gemeinderatswahlen anführen.

Alessandro Urzi und Maurizio Vezzoli aus dem Bozner Mitte-rechts-Lager treten eine Dienstreise nach Arcore an, um hier die Sache von Robert Oberrauch zu unterstützen. Bisher ist von offizieller Seite noch keine Entscheidung getroffen worden. Innerhalb des PdL ist die Spannung enorm.

Im Fall von Vanda Carbone macht die PD-Leitung einen Rückzieher. Die Parteiführung zieht ihr anfängliches Veto zurück und stimmt der Kandidatur von Carbone, die die Partei in Meran seit jeher vertreten hat, zu. Damit ist die Spaltung abgewendet.

31. März. Die PdL-Seifenoper dauert an: Benussi schreibt an Berlusconi und kündigt an, er wolle sich aus dem Wahlkampf zurückziehen.

Dem Meraner PD steht wieder Ärger ins Haus: Nach den parteiinternen Differenzen, die der Carbone-Eklat ans Licht gebracht hat, wirft der Bürgermeisterkandidat Paolo Micheli, Direktor des Pferderennplatzes Meran, das Handtuch.

April

2. April. Es kommt zu einer Auseinandersetzung zwischen dem CAI auf der einen und dem Land, insbesondere dem AVS, auf der anderen Seite über die einsprachig deutsche Beschriftung der Beschilderung auf Wander- und Bergwegen. Staatsanwalt Guido Rispoli schaltet den Rechnungshof ein.

6. April. Robert Oberrauch wird vom Partito della libertà (PdL) zum Bürgermeisterkandidaten für die Landeshauptstadt Bozen nominiert. Die Gemeinderatswahlen finden am 16. Mai statt.

27 Marzo. Nel centrodestra ultimo tentativo di stoppare l'asse Holzmann-Benussi nella corsa a sindaco di Bolzano. La deputata Michaela Biancofiore scrive a Berlusconi indicando in Robert Oberrauch, uscito sconfitto dal sondaggio, il candidato unitario di Pdl, Lega e Unitalia. Durissima la reazione di Holzmann: "Pura follia". Il Pdl si spacca.

30 Marzo. Brigitte Foppa e Patrizia Trincanato sono le capilista dei Verdi per le elezioni comunali di Bolzano.

Nel centrodestra Urzì e Vezzali vanno in trasferta ad Arcore per perorare la causa di Robert Oberrauch. Nessuna decisione ufficiale è stata ancora presa; dentro il partito la tensione è altissima.

Retromarcia del Pd su Vanda Carbone. L'assemblea provinciale del partito si rimangia il no iniziale e concede, in deroga, il nulla osta alla candidatura della storica esponente meranese del partito. Scissione evitata.

31 Marzo. La telenovela Pdl non è finita: Benussi scrive a Berlusconi e annuncia il suo ritiro dalla competizione elettorale.

Nel Pd meranese scoppia una nuova grana: dopo le spaccature messe a nudo dal "caso Carbone", il candidato sindaco del partito, Paolo Micheli, Direttore della Merano Maia, getta la spugna.

Aprile

2 Aprile. Si arriva alla contrapposizione tra il CAI da una parte e la Provincia e in particolare l'AVS (Associazione alpina sudtirolese) dall'altra, in merito alla segnaletica monolingue tedesca per i sentieri escursionistici di montagna. Il Pubblico Ministero Guido Rispoli fa intervenire la Corte dei conti.

6 Aprile. Robert Oberrauch viene nominato candidato sindaco per Bolzano dal Partito della libertà (Pdl). Le elezioni per il Consiglio comunale avranno luogo il 16 maggio.

Für die Funktion des Kinder- und Jugendanwalts kommen acht Anwärtinnen und Anwärter in die engere Auswahl. Wer den Zuschlag erhält, wird der Landtag im Mai entscheiden.

7. April. Die Freiheitlichen treten in 52 Gemeinden zur Wahl an. Dies bedeutet eine Verdreifachung gegenüber der Gemeinderatswahl 2005.

Die Südtiroler Volkspartei (SVP) beschließt, bei den Gemeinderatswahlen im Mai auf einen eigenen Bürgermeisterkandidaten in Bozen zu verzichten und den amtierenden Bürgermeister Luigi Spagnolli vom Partito Democratico (PD) bereits im ersten Wahlgang zu unterstützen.

9. April. Eine große Anzahl von Gemeinderatskandidaten legt seine Funktionen in Aktiengesellschaften, Gemeindekonsortien oder anderen Gremien nieder. Keiner der Kandidaten will Gefahr laufen, im Nachhinein als nicht wählbar befunden zu werden.

12. April. Im Vinschgau entgleist ein Zug, wobei neun Personen ums Leben kommen. Sofort beginnt eine Diskussion, ob auch politisches Versagen Ursache der Katastrophe sein könnte.

13. April. Die Kandidatenlisten aller Parteien für die Gemeinderatswahlen im Mai werden hinterlegt. Insgesamt kandidieren 5.150 Personen um 1.965 Sitze in 111 Südtiroler Gemeinden. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) kandidiert in allen 111 Gemeinden, die Freiheitlichen in 56, die Union für Südtirol (UfS) in 16, die Süd-Tiroler Freiheit in 21, die Grünen in fünf, die Lega Nord in neun, der Partito della Libertà (PdL) in elf und der Partito Democratico (PD) in neun Gemeinden. Einige Parteien kandidieren in manchen Gemeinden nicht mit dem eigenen Listenzeichen, sondern auf einer Bürgerliste.

14. April. Der Rat der Freien Universität Bozen wählt Konrad Bergmeister zum neuen Präsidenten der Universität. Er folgt auf Hanns Egger.

15. April. Innenminister Roberto Calderoli (Lega Nord) will das italienische Parlament reformieren. Laut seinem Entwurf säßen in der Abgeordnetenversammlung in Zukunft nur mehr 400 statt der 630 Abgeordneten und im Senat 200 statt 315. Für Südtirol könnte diese Reform bedeuten, nur mehr zwei Abgeordnete in die Kammern zu entsenden.

16. April. Die Landesregierung genehmigt einen Gesetzesentwurf, nach dem die Zahl der Vertreter in den Bezirksvertretungen von derzeit 232 auf 155 gesenkt werden soll.

Per la carica di Garante dell'infanzia e dell'adolescenza restano tra i possibili candidati ancora otto aspiranti tra uomini e donne. Il Consiglio provinciale deciderà a maggio chi otterrà la qualifica.

7 Aprile. I Freiheitlichen si presentano al voto in 52 comuni, triplicando la loro presenza rispetto alle elezioni comunali del 2005.

La Südtiroler Volkspartei (Svp) delibera che per le elezioni comunali a maggio rinuncerà ad un proprio candidato sindaco a Bolzano e che appoggerà già nella prima tornata elettorale il sindaco in carica Luigi Spagnolli del Partito democratico (Pd).

9 Aprile. Una grossa quota dei candidati per il Consiglio comunale rinuncia alle proprie funzioni in società per azioni, consorzi comunali o in altre commissioni; nessun candidato vuole correre il rischio di essere giudicato ineleggibile in seguito.

12 Aprile. In val Venosta deraglia un treno, nell'incidente muoiono nove persone. Comincia subito una discussione: ci si chiede se anche un errore politico non possa essere stato causa della tragedia.

13 Aprile. Vengono depositate le liste dei candidati di tutti i partiti per le elezioni del Consiglio comunale a maggio. Complessivamente si candidano 5.150 persone per 1.965 seggi in 111 comuni altoatesini. La Südtiroler Volkspartei (Svp) si candida in tutti e 111 comuni, i Freiheitlichen in 56, l'Union für Südtirol (Ufs) in 16, il Süd-Tiroler Freiheit in 21, i Verdi in cinque, La Lega nord in nove, il Partito della libertà (Pdl) in undici e il Partito democratico (Pd) in nove comuni. Alcuni partiti non si candidano in alcuni comuni con il proprio simbolo di lista, ma all'interno di una lista civica.

14 Aprile. Il Consiglio della Libera Università di Bolzano elegge Konrad Bergmeister come suo nuovo Presidente, che succede così a Hanns Egger.

15 Aprile. Il Ministro degli Interni Roberto Calderoli (Lega nord) vuole riformare il parlamento italiano. Secondo il suo progetto, in futuro siederebbero alla Camera dei deputati solo 400 parlamentari anziché i 630 attuali, e al Senato 200 anziché gli attuali 315. Per l'Alto Adige questa riforma significherebbe che solo due parlamentari sarebbero inviati alle Camere.

16 Aprile. La Giunta provinciale approva un disegno di legge, dopo che il numero dei rappresentanti dei comprensori deve essere abbassato dagli attuali 232 a 155.

17. April. Bei der Bundesversammlung der Südtiroler Schützen kommt es zum offenen Streit mit den Nordtiroler Schützen: Für die Nordtiroler Schützen sind die Südtiroler Kollegen zu polemisch.

19. April. Südtirols Schüler, ob deutscher, italienischer oder ladinischer Muttersprache, sollen die Geschichte ihres Landes aus einem gemeinsamen Geschichtsbuch lernen. Bereits im Herbst 2010 soll den SchülerInnen aller drei Unterrichtssprachen ein neues, gemeinsames Geschichtsbuch vorliegen. Mit der Ausarbeitung des Lernmaterials wurden die drei Pädagogischen Landesinstitute beauftragt.

Die Landesregierung beschließt, den Angehörigen der Zugkatastrophe im Vinschgau eine Sofort-Spende von 100.000 Euro zukommen zu lassen.

20. April. 19 Jugendliche aus dem Raum Meran stimmen Vergleichen über bedingte Haftstrafen zwischen acht Monaten und zwei Jahren zu. Den Jugendlichen wird der Verstoß gegen das Mancino-Gesetz vorgeworfen.

Jugendliche aus Nord-, Ost- und Südtirol stellen ein Projekt vor, mit dem sie Gleichaltrige zur Teilnahme an den Gemeinderatswahlen animieren wollen. Die zentrale Botschaft der Werbespots lautet „Meckern ist uncool. Mitreden und entscheiden: Nutz deine Chance.“ Neben Radiospots werden auch Kinospots und Plakate eingesetzt.

Der Regionalrat genehmigt ein Gesetz, mit dem die Gemeindesekretäre leichter kündbar werden.

22. April. Gegen die Lega Nord wird Anzeige erstattet, da ihre Wahlwerbung in Bozen gegen das Anti-Rassismus-Gesetz des italienischen Staates verstoßen soll. Der Einbringer der Anzeige, Guido Margheri (Südtiroler Elektrizitätsaktiengesellschaft/SEL), betont, dass im Spot andauernd die Worte „Genug Ausländer! Firmian bei 38 Prozent“ wiederholt würden.

23. April. Der Ministerrat in Rom genehmigt die Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut bezüglich des Zweisprachigkeitsnachweises. Dieser kann somit vom Land Südtirol neu geregelt werden.

Die „Initiative für mehr Demokratie“ fordert in einer Pressekonferenz, dass der Landtag das geltende Gesetz zur direkten Demokratie reformiert, und zwar unter Berücksichtigung der von der Initiative erarbeiteten „Mindestforderungen“.

17 Aprile. Durante il raduno federale degli Schützen altoatesini si apre un'esplicita discussione con gli Schützen del Tirolo settentrionale: per questi ultimi i colleghi altoatesini sarebbero troppo polemicici.

19 Aprile. Gli studenti dell'Alto Adige, che siano di madrelingua tedesca, italiana o ladina, devono apprendere la storia della loro terra da un libro di storia comune. Già nell'autunno 2010 deve essere a disposizione degli studenti un nuovo libro comune di storia in tutte e tre le lingue d'insegnamento. Per la preparazione del materiale didattico sono stati incaricati i tre istituti pedagogici provinciali.

La Giunta provinciale delibera di far pervenire una donazione immediata di 100.000 euro a chi è stato coinvolto nella tragedia del deragliamento del treno nella val Venosta.

20 Aprile. 19 giovani della zona di Merano si accordano in giudizio per condanne con la condizionale che vanno dagli otto mesi ai due anni di detenzione. I giovani sono accusati di avere infranto la legge Mancino.

Giovani dal Tirolo settentrionale, orientale e meridionale presentano un progetto con cui intendono incentivare la partecipazione degli altri coetanei alle elezioni per il Consiglio comunale. Il messaggio principale dell'iniziativa pubblicitaria è: "Brontolare non è figo, di la tua e decidi: sfrutta la tua chance". Gli spot pubblicitari radiofonici verranno affiancati da quelli al cinema e da manifesti.

Il Consiglio regionale autorizza una legge con la quale i segretari comunali sono più facilmente licenziabili.

22 Aprile. Viene sporta una denuncia contro la Lega nord, in quanto la sua campagna elettorale a Bolzano infrangerebbe la legge dello stato contro il razzismo. La denuncia è stata sporta da Guido Margheri (dipendente della Sel, la Società elettrica altoatesina S.p.A.), il quale sottolinea che nello spot elettorale venivano ripetute in modo insistente le parole: "Basta stranieri, Firmiano ne ha il 38 per cento".

23 Aprile. Il Consiglio dei ministri autorizza la norma di attuazione dello statuto di autonomia in riferimento al certificato di bilinguismo, che potrà quindi essere regolamentato ex-novo dalla Provincia dell'Alto Adige.

L'"iniziativa per una maggiore democrazia" chiede in una conferenza stampa che la Giunta provinciale riformi la legge in vigore per la democrazia diretta, in considerazione delle "richieste minime" elaborate dall'iniziativa.

24. April. Innerhalb Mai soll die Stiftung gegründet werden, die künftig das UNESCO-Welterbe Dolomiten zu verwalten hat. Oberstes Ziel der Stiftung wird es sein, die einheitliche Entwicklung des Welterbes Dolomiten sicherzustellen.

26. April. Landesrat Roberto Bizzo wird zum neuen Fraktionssprecher des Partito Democratico (PD) im Landtag ernannt. Er übernimmt diese Aufgabe von seinem Amtskollegen Christian Tommasini.

Über 200 Gewerkschaftsdelegierte protestieren vor dem Palais Widmann, da 30.000 öffentlich Bedienstete seit Jänner 2009 auf einen neuen bereichsübergreifenden Kollektivvertrag warten.

LadinerInnen, die ihre Schulausbildung bis zur Matura in Deutsch und Italienisch absolvieren, sollen automatisch den Zweisprachigkeitsnachweis B erhalten. Dies fordert die Südtiroler Landesregierung.

30. April. Arnold Schuler (SVP) tritt als Präsident des Gemeindenverbandes zurück. Bis zur Neuwahl im Oktober übernimmt Wilfried Battisti Matscher (SVP) dieses Amt.

Mai

1. Mai. Tony Tschenett, Vorsitzender der Gewerkschaft ASGB, beklagt bei der traditionellen Arbeiterfeier in Völs die Zunahme von sozialen Ungerechtigkeiten. Da die Lebenshaltungskosten steigen würden, sei auch die Kaufkraft von ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen dringend zu stärken.

3. Mai. Die Landesregierung beschließt den Verkauf des Telekommunikationsunternehmens Brennercom. Für die 42,35 Prozent, die das Land hält, rechnet sie mit einem Inkasso von 21 Millionen Euro.

6. Mai. Der Leiferer Unternehmer Stefan Pan wird Präsident des Unternehmerverbandes. Er folgt auf Christof Oberrauch. Pan fordert, dass die Steuern für die Unternehmen gesenkt, die Investitionen des Landes in Forschung und Entwicklung erhöht werden.

Der Landtag beschließt ein neues Naturschutzgesetz. Es regelt den Artenschutz, den Schutz des Lebensraumes und den Schutz vor gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

24 Aprile. Entro maggio deve essere istituita la fondazione che in futuro dovrà amministrare il patrimonio mondiale naturale delle Dolomiti per conto dell'Unesco. L'obiettivo principale della fondazione sarà di assicurare lo sviluppo unitario delle Dolomiti intese come patrimonio mondiale naturale.

26 Aprile. Il Consigliere provinciale Roberto Bizzo viene nominato nuovo portavoce del Partito democratico (Pd). Bizzo prende in consegna questo compito dal suo collega Christian Tommasini.

Oltre 200 delegati sindacali protestano davanti al Palazzo Widmann, poiché da gennaio 2009 oltre 30.000 impiegati pubblici aspettano un nuovo contratto collettivo di settore.

Secondo una richiesta della Giunta provinciale dell'Alto Adige, i ladini che portano a termine il loro percorso scolastico fino alla maturità in tedesco e italiano, devono ricevere automaticamente il certificato di bilinguismo B.

30 Aprile. Arnold Schuler (Svp) si dimette dalla sua carica di Presidente del Consorzio dei comuni. Fino alle nuove elezioni di ottobre la sua carica verrà assunta da Wilfried Battisti Matscher (Svp).

Maggio

1° Maggio. Tony Tschenett, Presidente del sindacato ASGB, l'Unione dei Sindacati Autonomi Altoatesini, deplora l'aumento del divario sociale durante la tradizionale festa del lavoro di Fiè allo Sciliar: dal momento che il costo della vita appare in crescita, anche il potere d'acquisto dei lavoratori e dei pensionati è da incrementare con sollecitudine.

3 Maggio. La Giunta provinciale delibera in merito alla vendita dell'azienda delle telecomunicazioni Brennercom. Per il 42,35 per cento posseduto dalla Provincia, si calcola un incasso di 21 milioni di euro.

6 Maggio. L'imprenditore di Laives Stefan Pan diventa Presidente dell'Associazione degli imprenditori, succedendo a Christof Oberrauch. Pan chiede che le tasse per le aziende vengano ridotte e che siano aumentati gli investimenti della Provincia in ricerca e sviluppo.

Il Consiglio provinciale delibera in merito ad una nuova legge di tutela ambientale che regoli la protezione delle specie biologiche e del biotopo, ossia l'ambiente naturale dove vivono organismi vegetali e animali, nonché la tutela dagli organismi geneticamente modificati.

Simon Tschager wird vom Landtag zum Kinder- und Jugendanwalt gewählt. Der Jurist aus Welschnofen kümmert sich fortan um die Rechte und Pflichten von Minderjährigen.

11. Mai. Die Gewerkschaften fordern bei einem Treffen mit dem Landeshauptmann die Abschaffung der Irpef-Steuer. Luis Durnwalder ist gegen eine generelle Abschaffung, kann sich aber eine Steuerbefreiung für Arbeitnehmer mit geringem Einkommen und für PensionistInnen vorstellen.

13. Mai. Beim Aufkleben von Plakaten für die Gemeinderatswahl in Bozen kommt es zwischen den beiden PdL-Kandidaten Giorgio Holzmann und Filippo Forest zu einer handfesten Auseinandersetzung. Die beiden gehören zwei unterschiedlichen Parteiflügeln an.

In Belluno wird die Stiftung Weltnaturerbe Dolomiten offiziell gegründet. Für Südtirol unterschreibt Umweltlandesrat Michl Laimer (SVP).

14. Mai. Wipptaler Bürgermeister blockieren die Südspur der Brennerautobahn. Sie protestieren damit gegen eine mögliche Verschiebung des Baus des Brennerbasistunnels.

In Meran beginnt offiziell der Bau der Nordwestumfahrung. Die Straße durch den Küchelberg soll Passeier direkt mit der Schnellstraße MeBo verbinden und Meran vom Durchzugsverkehr befreien.

16. Mai. In 111 Gemeinden wird ein neuer Gemeinderat gewählt. 5.259 Kandidaten auf 386 Listen stellen sich der Wahl. 53 amtierende Bürgermeister dürfen nicht mehr antreten. Bei ihnen wird die Mandatsbeschränkung wirksam, die auf drei Amtsperioden festgelegt ist.

Die Wahlbeteiligung beträgt im Landesdurchschnitt 74,7 Prozent. Im Vergleich zu 2005 ist das ein Minus von 4,7 Prozent. Die höchste Wahlbeteiligung gibt es in Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix mit 90,4 Prozent, die niedrigste in Meran mit 63,8 Prozent.

17. Mai. Die Auszählung der Stimmen bei den Gemeinderatswahlen ergibt zum Teil überraschende Ergebnisse: So schafft Bozens Bürgermeister Luigi Spagnolli bereits im ersten Wahlgang seine Wiederwahl, seine Kollegen Albert Pürgstaller (Brixen) und Günther Januth (Meran) müssen in die Stichwahl.

Simon Tschager viene eletto Garante dell'infanzia e dell'adolescenza dal Consiglio regionale. Il giurista di Nova Levante si occuperà d'ora in poi dei diritti e dei doveri dei minori.

11 Maggio. I sindacati chiedono l'abolizione dell'Irpef in un incontro con il Presidente della Provincia. Luis Durnwalder si pronuncia contro una generica abolizione, indicando come fattibile un'esenzione fiscale per i lavoratori a basso reddito e per i pensionati.

13 Maggio. I candidati Giorgio Holzmann e Filippo Forest, entrambi del Pdl, sono giunti ad un'aspra discussione nell'ambito dell'affissione di manifesti per le elezioni del Consiglio comunale a Bolzano. I due candidati appartengono a due diverse fazioni del partito.

A Belluno viene istituita ufficialmente la Fondazione Dolomiti Unesco, che viene sottoscritta a nome dell'Alto Adige dal Consigliere provinciale per l'ambiente Michl Laimer (Svp).

14 Maggio. I Sindaci dell'Alta Valle Isarco bloccano la corsia in direzione sud dell'autostrada del Brennero, in protesta contro un possibile spostamento del cantiere per la galleria di base del Brennero.

A Merano comincia ufficialmente la costruzione della circonvallazione nord-ovest. La strada attraverso il monte Küchelberg collegherà la val Passiria direttamente con la superstrada Merano-Bolzano, liberando così Merano dal traffico di transito.

16 Maggio. In 111 comuni sarà eletto un nuovo Consiglio comunale. 5.259 candidati su 386 liste si presentano al voto. 53 sindaci in carica non potranno più candidarsi, essendo in vigore la limitazione che vieta di superare i tre mandati.

La partecipazione al voto raggiunge il 74,7 per cento degli aventi diritto sulla media dell'intera provincia. In confronto al 2005 si tratta di un calo del 4,7 per cento. La più alta partecipazione al voto si è avuta a Senale-San Felice con il 90,4 per cento, la più bassa a Merano con il 63,8 per cento.

17 Maggio. Lo spoglio dei voti per le elezioni comunali dà risultati sorprendenti: il Sindaco di Bolzano Luigi Spagnoli ottiene già alla prima tornata elettorale la sua rinomina, mentre i suoi colleghi Albert Pürgstaller di Bressanone e Günther Januth di Merano devono andare al ballottaggio.

In Toblach und Eppan werden überraschend zwei Vertreter von Bürgerlisten Bürgermeister: Guido Bocher und Wilfried Trettl stechen die SVP-Kandidaten aus. Die SVP gehört landesweit gemeinsam mit den italienischen Parteien zu den Verlierern der Wahl, als Sieger dürfen sich die Freiheitlichen fühlen.

Neun Frauen schaffen es auf Anhieb ins Bürgermeisteramt – bisher waren es fünf gewesen. Sie gehören allesamt der SVP an: Gertrud Benin (Kaltern), Romana Stifter (Gais), Maria Gasser-Fink (Klausen), Angelika Wiedmer-Perkmann (Mölten), Monika Delvai-Hilber (Montan), Theresia Degasperi-Gozzi (Margreid), Rosmarie Pamer (St. Martin i. P.), Beatrix Mairhofer (Ulten) und Elisabeth Laimer (Dorf Tirol).

21. Mai. Altlandeshauptmann Silvius Magnago, 96, wird mit Fieber und Atembeschwerden in das Bozner Krankenhaus eingeliefert.

25. Mai. Silvius Magnago stirbt an einer Lungenentzündung im Bozner Krankenhaus.

Die österreichische Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) sagt im Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Trend“, dass der Beginn des Baus des Brennerbasistunnels wahrscheinlich verschoben werden müsse. Als Gründe dafür gibt sie fehlendes Geld, kein Finanzierungskonzept und verkehrspolitische Bedenken an.

30. Mai. Bei den Bürgermeister-Stichwahlen in Meran, Brixen und Leifers setzen sich die Favoriten durch. In Meran bleibt Günther Januth (SVP) erster Bürger, in Brixen Albert Pürgstaller (SVP) und in Leifers löst Liliana Di Fede (PD) Giovanni Polonioli ab, der nicht mehr angetreten war.

31. Mai. Landeshauptmann Luis Durnwalder kündigt an, sich gegen mögliche Kürzungen des Staates bei den Geldern für die Autonomen Provinzen zu wehren. Südtirol habe bereits mit dem Finanzabkommen von Mailand seine Schuldigkeit getan, indem sich das Land verpflichtet, jährlich 100 Millionen Euro einzusparen.

Regionenminister Raffaele Fitto (PdL) stellt auf Anfrage des Parlamentariers Giorgio Holzmann (PdL) klar, dass alle Schilder des Alpenvereins zweisprachig sein müssten.

Sorprendentemente, a Dobbiaco e Appiano diventano sindaci due candidati delle liste civiche: Guido Bocher e Wilfried Trettl soppiantano i candidati dell'Svp. L'Svp in tutta la provincia è tra gli sconfitti insieme ai partiti di lingua italiana, mentre i Freiheitlichen possono considerarsi i vincitori.

Nove donne ottengono al primo tentativo la carica di sindaco – finora i sindaci donne erano cinque – e appartengono tutte all'Svp: Gertrud Benin (Caldaro), Romana Stifter (Gais), Maria Gasser-Fink (Chiusa), Angelika Wiedmer-Perkmann (Meltina), Monika Delvai-Hilber (Montagna), Theresia Degasperri-Gozzi (Magrè), Rosmarie Pamer (S. Martino in Passiria), Beatrix Mairhofer (Ultimo) und Elisabeth Laimer (Tirolo).

21 Maggio. L'ex Presidente della Provincia Silvius Magnago, 96 anni, viene portato all'ospedale di Bolzano con febbre e difficoltà respiratorie.

25 Maggio. Silvius Magnago muore di polmonite all'ospedale di Bolzano.

Il Ministro delle Infrastrutture austriaco, Doris Bures (Spö) afferma in un'intervista con la rivista di economia "Trend", che l'inizio dei lavori della galleria di base del Brennero dovrà probabilmente essere rinviato. La Bures motiva la sua affermazione con la mancanza di fondi, l'assenza di un piano di finanziamento e considerazioni in merito alla politica del traffico.

30 Maggio. Nei ballottaggi per la carica di sindaco a Merano, Bressanone e Laives si affermano i favoriti. A Merano viene confermato primo cittadino Günther Januth (Svp), a Bressanone Albert Pürgstaller (Svp) e a Laives Liliana Di Fede (Pd) sostituisce Giovanni Polonioli, che non si era ricandidato.

31 Maggio. Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder annuncia che si opporrà ai possibili tagli dei finanziamenti per le province autonome da parte dello stato. L'Alto Adige aveva già fatto il proprio dovere con l'accordo di Milano, in base al quale la Provincia si impegna a risparmiare annualmente 100 milioni di euro.

Il Ministro per gli Affari regionali (Pdl) Raffaele Fitto chiarisce in merito all'interrogazione del Deputato Giorgio Holzmann (Pdl) che tutta la segnaletica dell'associazione alpina deve essere bilingue.

Juni

1. Juni. Der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP), zuständig für die Regionalpolitik, ist auf Besuch in Südtirol. In Bozen trifft er mit dem Tiroler Landeshauptmann Günther Platter, dem Trentiner Landeshauptmann Lorenzo Dellai und deren Südtiroler Amtskollegen Luis Durnwalder zu Gesprächen zusammen.

2. Juni. Die Unglücksstelle der Vinschger Bahn ist wieder passierbar.

Roland Lang von der Süd-Tiroler Freiheit fordert die Benennung einer Straße nach dem Land Österreich. In 24 italienischen Orten würde es eine „via Austria“ geben, nur in Südtirol nicht, zitiert Lang eine durchgeführte Erhebung.

3. Juni. Diskussion über die Notwendigkeit, alle sieben Spitäler in Südtirol weiter zu erhalten. Florian Zerzer, Direktor des Gesundheitsamtes, verteidigt die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung der Peripherie.

In der konstituierenden Sitzung des Bozner Gemeinderates beschließt dieser, dass der langjährige Gemeinderat und ehemalige Stadtrat Helmuth Rizzolli (SVP) unwählbar war. Rizzolli hatte vor der Wahl sein Amt als Präsident der Schlösserstiftung nicht zurückgelegt. Ins Rollen gebracht hatten die Affäre Rizzollis Parteikollegen Konrad Ausserer und Richard Franchi.

7. Juni. Die Landesregierung genehmigt den sogenannten Skipistenplan. Neben den beiden umstrittenen Projekten „Ried“ am Kronplatz sowie der Verbindung der Skigebiete Vals und Gitschberg, gab es auch ein Ja zum „Rotwand“-Projekt in Sexten, obwohl die Skipistenkommission und der UVP-Beirat dazu ein negatives Gutachten abgegeben hatten.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz fordern die Grünpolitiker Hans Heiss, Riccardo Dello Sbarba und Sepp Kusstatscher zusammen mit Sepp Noggler und Arnold Schuler von der SVP, dass die SEL ihre Verträge mit Enel und Edison offenlegen soll. Hintergrund der Aktion ist eine – nach Ansicht der Politiker – wenig transparente Lizenzvergabe. Von der Führungsspitze der SVP gab es scharfe Kritik am Ausscheren von Noggler und Schuler.

Nach den Gemeinderatswahlen im Mai steht die Zusammensetzung des Bozner Stadtrates fest und er wird von elf auf sieben Mitglieder verkleinert.

Giugno

1° Giugno. Il Commissario europeo per la Politica regionale, l'austriaco Johannes Hahn del partito ÖVP, è in visita in Alto Adige. A Bolzano incontra il Presidente del Land del Tirolo Günther Platter, il Presidente della Regione Trentino Lorenzo Dellai e il loro collega sudtirolese Luis Durnwalder.

2 Giugno. Il luogo della sciagura lungo la ferrovia della val Venosta è di nuovo transitabile.

Roland Lang, appartenente al partito Süd-Tiroler Freiheit, chiede che una via venga dedicata all'Austria, citando un'indagine effettuata in base alla quale in 24 località italiane vi sarebbe una "via Austria", mentre nemmeno una in Alto Adige.

3 Giugno. Discussione in merito alla necessità di mantenere tutti e sette gli ospedali altoatesini. Florian Zerzer, Direttore dell'Ufficio d'Igiene, difende la garanzia di assistenza medica nelle aree periferiche.

Durante la seduta costituente del Consiglio comunale di Bolzano viene deciso che il plu-riennale Consigliere comunale ed ex Assessore Helmuth Rizzolli (del partito SVP) era ineleggibile, in quanto prima del voto non aveva rinunciato alla sua carica di Presidente della Fondazione per la Tutela dei Castelli. I colleghi di partito Konrad Ausserer e Richard Franchi avevano avviato il caso Rizzolli.

7 Giugno. La Giunta provinciale autorizza il cosiddetto piano per le piste da sci. Oltre alle controversie in merito ai progetti di "Ried" a Plan de Corones e del collegamento delle zone sciistiche di Valles e Gitschberg, vi è stato anche un sì per quanto riguarda il progetto "Rotwand" a Sesto Pusteria, anche se le commissioni per le piste da sci e per la valutazione di impatto ambientale avevano dato un parere negativo.

In una conferenza stampa congiunta Hans Heiss, Riccardo dello Sbarba e Sepp Kusstatscher dei Verdi, insieme a Sepp Noggler e Arnold Schuler della Svp, chiedono che l'azienda Sel comunichi i suoi contratti con le aziende Enel e Edison. Tra i retroscena che hanno motivato la richiesta emerge – secondo i politici – una concessione di licenza poco trasparente. Dalla dirigenza della Svp è giunta un'aspra critica per l'azione autonoma condotta da Noggler e Schuler.

Dopo le elezioni di maggio per il Consiglio comunale si consolida la composizione della Giunta di Bolzano, che inoltre verrà ridotta da undici a sette membri.

Die Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen bezüglich der Buchführung des Südtiroler Alpenvereins (AVS) ein. In den Untersuchungen geht es um die Frage, mit welchen Geldern die umstrittenen einsprachigen Wegweiser auf Südtirols Wanderwegen bezahlt wurden.

9. Juni. Das 24-Milliarden-Euro-Sparpaket der Regierung Berlusconi stößt auf Kritik. Sowohl der Parlamentsabgeordnete Siegfried Brugger (SVP) als auch Landeshauptmann Luis Durnwalder äußern sich kritisch zu geplanten Kürzungen bei der Weiterbildung.

In Toblach stimmt der Gemeinderat über den Vorschlag von Bürgermeister Guido Bocher (Bürgerliste) zur Zusammensetzung des Gemeindeausschusses ab. Der Koalitionspartner SVP wie auch die Freiheitlichen stimmen für Bochers Vorschlag. Bocher ist der erste italienischsprachige Bürgermeister in einer von mehrheitlich deutschsprachigen BürgerInnen bewohnten Gemeinde.

Ministerpräsident Silvio Berlusconi erregt mit Aussagen über die Verfassung Aufsehen: „Es ist die Hölle, nach Maßgabe der Verfassung regieren zu müssen.“ („Un inferno governare rispettandola“).

Eine Umfrage des Logopädischen Dienstes des Krankenhauses Bozen bestätigt, dass 30 Prozent der Bozner Kinder unter vier Jahren mehrsprachig sind.

10. Juni. Der Senat in Rom verabschiedet unter Protesten der Opposition das sogenannte „Abhörgesetz“. Der Journalistenverband kündigt Streikmaßnahmen an. Manche Zeitungen erscheinen am Folgetag mit Trauerflor.

Die Carabinieri verhaften zwei leitende Beamte des Wohnbauinstituts (WOBI) und sieben Unternehmer. Die Vorwürfe lauten auf Korruption, Manipulation, Erpressung, Betrug und Wucher. Der zuständige Landesrat Christian Tommasini (PD) und WOBI-Präsident Albert Pürgstaller (SVP) versprechen lückenlose Aufklärung und untermauern ihr Vertrauen in die Justiz.

11. Juni. Der Schweizer Nationalrat Dominique Baettig (Schweizer Volkspartei) schlägt eine erleichterte Integration grenznaher Regionen als Schweizer Kantone vor. Konkret verlangt der Vorstoß eine Verfassungsänderung, dank der Gebiete in Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich den Beitritt zur Eidgenossenschaft beantragen könnten. Unter Baettigs Wunschkandidaten für einen Schweizbeitritt ist auch Südtirol. Hierzulande sorgte die Ankündigung für Verwunderung, Ablehnung, Heiterkeit, aber auch Zustimmung.

Il Pubblico Ministero avvia un'inchiesta relativa alla contabilità del Südtiroler Alpenverein (AVS), il club alpino sudtirolese. Lo scopo delle indagini è risalire al tipo di fondi usati per pagare la controversa segnaletica monolingue nei sentieri dell'Alto Adige.

9 Giugno. La manovra da 24 miliardi di euro del Governo Berlusconi incontra le prime critiche: sia il Parlamentare Sigfried Brugger (Svp) che il Presidente dell'Alto Adige Luis Durnwalder esprimono il proprio disappunto verso i progettati tagli ai corsi di aggiornamento e di perfezionamento.

A Dobbiaco il Consiglio comunale vota a favore della proposta del Sindaco Guido Bocher (Lista civica) per la composizione dell'amministrazione comunale. Bocher è il primo sindaco di lingua italiana in un comune abitato da una maggioranza di cittadini di lingua tedesca.

Il Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi suscita scalpore con le sue dichiarazioni sulla Costituzione affermando: "È un inferno governare rispettandola".

Un sondaggio del servizio logopedistico dell'ospedale di Bolzano conferma che il 30 per cento dei bambini della città sotto i quattro anni è poliglotta.

10 Giugno. La Camera del Senato approva tra le proteste dell'opposizione la cosiddetta "legge sulle intercettazioni". L'Ordine nazionale dei giornalisti annuncia l'intenzione di ricorrere a scioperi. Alcuni giornali compaiono il giorno seguente con la fascia del lutto.

I carabinieri arrestano due dirigenti dell'Istituto per l'Edilizia (WOBI/IPES) e sette imprenditori. Le accuse sono di corruzione, manomissione di dati, ricatto, truffa e usura. Il membro della Giunta provinciale competente Christian Tommasini (Pd) e il Presidente del WOBI/IPES Albert Pürgstaller (Svp) promettono una spiegazione esaustiva e confidano nella giustizia.

11 Giugno. Il Deputato del Consiglio nazionale svizzero Dominique Baettig (Schweizer Volkspartei) propone un'integrazione agevolata in qualità di nuovi Cantoni svizzeri alle regioni confinanti. In concreto l'iniziativa richiede una modifica alla Costituzione, grazie alla quale i territori in Francia, Germania, Italia e Austria possano fare richiesta di ingresso alla Confederazione Elvetica. Tra i candidati ideali di Baettig vi è anche l'Alto Adige. Qui da noi l'annuncio ha suscitato stupore, rifiuti, ilarità ma anche consenso.

14. Juni. Die Landesregierung verabschiedet einen Fünf-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus. Jugendeinrichtungen, Streetworker, Schulen, Gerichte und das Landesinstitut für Statistik sorgen für ein Frühwarnsystem, das vor allem Jugendliche vor dem Abgleiten in die rechte Szene bewahren soll.

Die Landesregierung gibt grünes Licht für den Technologiepark in Bozen Süd. Das Projekt kostet 90 Millionen Euro und soll 2013 fertiggestellt sein.

15. Juni. Die Konferenz der Regionen und Autonomen Provinzen verabschiedet einstimmig ein Dokument, das sich gegen das Sparpaket der Regierung Berlusconi ausspricht.

Gegen den Koordinator auf Staatsebene der PdL Denis Verdini werden Ermittlungen wegen Korruption eingeleitet.

Auf Antrag der Freiheitlichen spricht sich der Regionalrat gegen jenes Staatsgesetz aus, welches die Beschlagnahme und Versteigerung der Autos von alkoholisierten Lenkern vorsieht.

Liliana Di Fede (PD) leistet ihren Amtseid als Bürgermeisterin von Leifers. Sie ist somit offiziell die erste Frau an der Spitze einer Südtiroler Stadtgemeinde.

Der Versuch einer dreisprachigen Schule am Gymnasium „Carducci“ läuft mit 2011 aus und wird nicht fortgesetzt.

16. Juni. In Corvara kann Bürgermeister Robert Rottonara (SVP) auch im fünften Anlauf nicht die nötige Zustimmung der Liste Düc Adüm für seinen Gemeindevorstand gewinnen. Die gesetzliche Frist von einem Monat für die Bildung eines Ausschusses war somit verstrichen und es kommt zu Neuwahlen.

17. Juni. Regionenminister Raffaele Fitto (PdL) stellt in einem Brief an Landeshauptmann Luis Durnwalder ein Ultimatum. Bis zum Sommer müssten alle einsprachigen Wegweiser auf Südtirols Wanderwegen gegen zweisprachige ausgetauscht werden.

Das Kassationsgericht entscheidet als letzte Instanz über die Wählbarkeit oder Nicht-Wählbarkeit Christian Egartners (SVP) zum Zeitpunkt der Landtagswahlen 2008. (Die Entscheidung wird Mitte Juli veröffentlicht.)

Pat Cox, der Koordinator des Brennerbasistunnels, trifft sich zu Gesprächen mit den Landeshauptleuten Günther Platter (Tirol) und Luis Durnwalder.

14 Giugno. La Giunta provinciale approva un programma in cinque punti contro l'estremismo di destra. Le strutture giovanili, gli assistenti sociali streetworker, le scuole, i tribunali e l'Istituto provinciale di statistica provvederanno a creare un sistema di preallarme mirato ad impedire l'ingresso dei giovani nella "scena della destra radicale".

La Giunta provinciale dà il via al parco tecnologico a Bolzano-Sud. Il progetto costa 90 milioni di euro e sarà pronto nel 2013.

15 Giugno. La Conferenza delle Regioni e delle Province autonome approva all'unanimità un documento che si pronuncia contro la manovra economica del Governo Berlusconi.

Nei confronti del Coordinatore nazionale del Pdl Denis Verdini vengono avviate indagini per corruzione.

Su richiesta del partito dei Freiheitlichen il Consiglio regionale si pronuncia contro quelle leggi nazionali che prevedono il sequestro e la vendita all'asta dell'auto di chi viene trovato alla guida in stato di ebbrezza.

Liliana Di Fede (Pd) presta giuramento come Sindaco di Laives, diventando così ufficialmente la prima donna a capo di un comune altoatesino.

La tentata sperimentazione trilingue presso il liceo "Carducci" terminerà nel 2011 e non verrà proseguita.

16 Giugno. A Corvara il Sindaco Robert Rottonara (Svp) non è riuscito ad ottenere la necessaria approvazione della lista "Düc Adüm" per la sua amministrazione nemmeno al quinto tentativo. Il termine legale di un mese per la costituzione di un'amministrazione è così trascorso, si va a nuove elezioni.

17 Giugno. Il Ministro per gli Affari regionali (Pdl) Raffaele Fitto pone un ultimatum scritto al Presidente dell'Alto Adige Luis Durnwalder: entro l'estate tutte le indicazioni monolingui nei sentieri dell'Alto Adige devono essere cambiate con quelle bilingui.

La Corte di cassazione decide in ultima istanza in merito all'eleggibilità o ineleggibilità di Christian Egartner (Svp) riferita alle elezioni del Consiglio provinciale del 2008. (La decisione verrà resa nota a metà luglio).

Pat Cox, il coordinatore della galleria di base del Brennero incontra a colloquio i Presidenti del Tirolo Günther Platter e dell'Alto Adige Luis Durnwalder.

18. Juni. Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) übernimmt den Vorsitz der in Eppan tagenden Arge Alp, der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer. Tags zuvor legte sie am Grab von Alt-Landeshauptmann Silvius Magnago einen Kranz nieder.

Aldo Brancher (PdL) wird in Rom zum Minister für Föderalismus ernannt.

19. Juni. Italiens Außenminister Franco Frattini (PdL) heiratet in Badia Stella Coppi.

21. Juni. Landeshauptmann Luis Durnwalder kündigt an, dass innerhalb des Jahres 2010 ein Landesgesetz verabschiedet werden soll, welches die Toponomastik endgültig regelt.

Die Meraner SVP schließt ein Koalitionsabkommen mit der Mitte-links-Liste Civica per Merano und der Mitte-rechts-Liste Alleanza per Merano. Die Lega Nord wird die Mehrheitskoalition ebenfalls unterstützen. In Brixen wird hingegen in den kommenden fünf Jahren eine Koalition aus SVP, PD und Grünen die Geschicke der Stadt lenken.

22. Juni. Die PdL-Kammerabgeordnete Michaela Biancofiore bringt einen Gesetzesentwurf ein, der darauf abzielt, das Alpinidenkmal in Bruneck, den so genannten „Kapuziner Wastl“, einem Soldatenfriedhof gleichzustellen. Gegen Biancofiores Unterfangen regt sich in Südtirol heftiger Widerstand.

24. Juni. Die EU-Kommission mahnt Italien in Sachen Südtiroler „Ansässigkeitsklausel“ und fordert den Staat auf „die diskriminierende Behandlung von Bewerbern für öffentliche Stellen in der Provinz Bozen zu beenden“. Es würden EU-Rechtsvorschriften verletzt, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer garantieren und Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verbieten, heißt es in dem Schreiben aus Brüssel.

25. Juni. Verkehrsminister Altero Matteoli will am Bau des Brennerbasistunnels und seiner Zulaufstrecken festhalten. Dies bestätigte der Minister bei einem Treffen mit Landeshauptmann Luis Durnwalder und Vertretern anderer Provinzen, die vom Bau betroffen sind, in Rom.

Das Landesamt für Statistik (ASTAT) gibt bekannt, dass die Arbeitslosenquote in Südtirol erstmals im neuen Jahrtausend die Drei-Prozent-Marke überschritten hat.

Der Salurner Walter Pardatscher wird zum Präsidenten der Brennerautobahn AG gewählt.

18 Giugno. La Presidente del Land di Salisburgo Gabi Burgstaller (Spö) assume la presidenza della Comunità di lavoro delle regioni alpine (Arge Alp) riunita ad Appiano. Il giorno precedente aveva depresso una corona sulla tomba del Presidente dell'Alto Adige Silvius Magnago.

Aldo Brancher (Pdl) viene nominato a Roma Ministro per la Sussidiarietà e il Decentramento.

19 Giugno. Il Ministro degli Esteri Franco Frattini (Pdl) sposa a Badia Stella Coppi.

21 Giugno. Il Presidente dell'Alto Adige Luis Durnwalder rende noto che entro l'anno 2010 verrà varata una legge provinciale che regolerà definitivamente la questione della toponomastica.

Le sezione meranese del partito Svp stringe un accordo di coalizione con la lista di centro-sinistra "Civica per Merano" e la lista di centro-destra "Alleanza per Merano". Anche la Lega nord appoggerà la coalizione di maggioranza. Diversamente, Bressanone sarà guidata da una coalizione composta da Svp, Pd e Verdi nei prossimi cinque anni.

22 Giugno. La Deputata del Pdl Michaela Biancofiore presenta un disegno di legge mirante ad equiparare ai cimiteri di guerra il monumento degli alpini di Brunico, il cosiddetto "Kapuziner Wastl". L'impresa della Biancofiore incontra una forte resistenza in Alto Adige.

24 Giugno. La Commissione europea ammonisce l'Italia nell'ambito della "clausola di residenza" in Alto Adige e esige che lo stato "metta fine al trattamento discriminatorio dei candidati per i posti pubblici nella provincia di Bolzano".

25 Giugno. Il Ministro dei Trasporti Altero Matteoli dà grande rilievo alla costruzione della galleria di base del Brennero e ai suoi punti o "finestre" di accesso. Questa affermazione è stata confermata dal Ministro durante un incontro a Roma con il Presidente Luis Durnwalder e i rappresentanti delle altre province interessate dai lavori di costruzione.

L'Istituto provinciale di statistica ASTAT rende noto che la quota di disoccupazione in Alto Adige ha superato l'indice del 3 per cento per la prima volta nel nuovo millennio.

Walter Pardatscher di Salorno viene eletto Presidente dell'Autostrada del Brennero S.p.A.

28. Juni. Ein Fall von Kindesmissbrauch erschüttert Südtirol. Die Vergehen liegen bis zu 20 Jahre zurück. Ein Priester wird suspendiert. Bischof Karl Golser verspricht „Null-Toleranz“ bei Missbrauch.

29. Juni. Die römische Abgeordnetenkammer stimmt für eine Anhebung des Schwellenwertes für Ausschreibungen bei öffentlichen Arbeiten in Gemeinden unter 5000 EinwohnerInnen. Der Wert liegt nun bei einer Million Euro. Von der Regelung sind 91 der 116 Südtiroler Gemeinden betroffen.

Im Schilderstreit reicht der CAI eine Liste mit über 6000 italienischen Ortsbezeichnungen beim Präfekten und der Landesregierung ein.

Juli

1. Juli. Bis Ende Juni hätte die Landesregierung der römischen Regierung einen Vorschlag unterbreiten müssen, um das Problem der einsprachigen Wanderschilder in Südtirols Bergen zu lösen. Doch die von Regionenminister Raffaele Fitto in einem Schreiben an Landeshauptmann Luis Durnwalder festgesetzte Frist ist ereignislos verstrichen.

3. Juli. Robert Oberrauch, langjähriger Kapitän des Hockey Club Bozen (HCB), scheidet als Vizepräsident des Traditionsvereins aus. Laut Oberrauch wurde ihm nach den Gemeinderatswahlen von Bozen nahegelegt, sich zurückzuziehen.

4. Juli. Der Geheimagent, der nach den Attentaten im Jahre 1992 auf Sizilien die Verhandlungen zwischen Mafia und Staat geführt hatte, soll ein Mann aus Südtirol sein.

5. Juli. Christian Egartner setzt alles auf eine Karte und verzichtet auf das sichere Mandat im Sterzinger Gemeinderat zugunsten seines „Schleudersitzes“ im Südtiroler Landtag.

6. Juli. Die Wogen innerhalb der Freiheitlichen Partei gehen hoch. Nach den Austritten von Peter Lechner und Katrin Mall (Meran) sprechen die Landtagsabgeordneten Ulli Mair und Pius Leitner von Fahnenflucht. Sie vermuten einen politischen Deal mit der SVP bei der Zusammensetzung des Meraner Stadtrates.

28 Giugno. Un caso di abuso di minori scuote l'Alto Adige. Le violenze risalgono fino a 20 anni fa, un prete è stato sospeso. Il Vescovo Karl Golser promette "tolleranza zero" verso gli abusi.

29 Giugno. La Camera dei Deputati di Roma vota per l'aumento della soglia dei contributi per i bandi di gara dei lavori pubblici nei comuni al di sotto dei 5000 abitanti. I contributi finora erano di un milione di euro. Prima la regolamentazione riguardava 91 dei 116 Comuni altoatesini.

Nella controversia sulla segnaletica dei sentieri di montagna il Club Alpino Italiano (CAI) presenta ai Prefetti e alla Giunta provinciale una lista con oltre 6000 nomi italiani di località.

Luglio

1 Luglio. Scaduto alla fine del mese di giugno l'ultimatum del Ministro agli affari regionali Raffaele Fitto alla Giunta provinciale per regolarizzare la segnaletica monolingue sui sentieri di montagna. Dato che la Giunta di Bolzano non ha fatto pervenire a Roma nessuna proposta in merito ne scaturisce il dibattito che riempirà i mesi di luglio ed agosto.

3 Luglio. Lo storico capitano dell'Hockey Club Bolzano (HCB), Robert Oberrauch, non ricopre più la carica di vice-presidente del Club plurititolato. Secondo Oberrauch prima delle elezioni del Consiglio dell'HCB gli è stato detto che per il bene del Club sarebbe meglio se non si candidasse più. Semplicemente perché se bisogna andare in Comune o in Provincia a chiedere dei contributi, sarebbe meglio che non ci andasse chi ha sfidato il Sindaco e la Svp.

4 Luglio. L'agente segreto che ha condotto le trattative tra Stato e Mafia dopo gli attentati del 1992 in Sicilia sarebbe un uomo proveniente dall'Alto Adige.

5 Luglio. Christian Egartner punta tutto su un'unica carta e rinuncia al posto sicuro nel Consiglio comunale di Vipiteno a favore della poltrona assai insicura nel "Landtag".

6 Luglio. Forti polemiche all'interno dei Freiheitlichen. Dopo le dimissioni dal partito di Peter Lechner e Katrin Mall, i Consiglieri provinciali Ulli Mair e Pius Leitner puntano il dito e parlano di doppiogioco. Infatti quest'ultimi intravedono un patto con la Svp nella composizione della coalizione per la Giunta cittadina di Merano.

8. Juli. Landeshauptmann Luis Durnwalder trifft Regionenminister Raffaele Fitto zu einer Aussprache über die einsprachigen Wanderschilder. Die beiden Politiker streben eine Einigung im Schilderstreit bis zum 15. Juli an.

9. Juli. Dem Sterzinger PdL-Gemeinderat Davide Orfino, der von SVP-Bürgermeister Fritz Karl Messner zum Jugendbeauftragten ernannt wurde, wird eine rechtsradikale Vergangenheit vorgeworfen. SVP-Parteisekretär Philipp Achammer rät dem Bürgermeister, diese Zuständigkeit wieder zurückzuziehen.

11. Juli. SVP-Fraktionssprecher Elmar Pichler-Rolle lädt alle italienischen Parteien zum Dialog in der Causa „einsprachige Wanderschilder“ ein. Die Oppositionspolitiker sind zu einem Gespräch bereit, ihre Grundregel lautet: „Die Einhaltung des Autonomiestatus in Sachen Zweisprachigkeit muss gewährleistet bleiben. Dies gilt auch für die Wanderschilder.“

12.–13. Juli. Landeshauptmann Durnwalder unterstellt dem Alpenverein Südtirol (AVS) grobe Fehler beim Aufstellen der einsprachigen Wanderschilder. AVS-Vorsitzender Georg Simeoni räumt diese Fehler ein, beteuert jedoch, dass keineswegs eine „ethnische Flurbereinigung“ betrieben worden sei.

14. Juli. Für den SVP-Landtagsabgeordneten Christian Egartner tritt das *worst-case*-Szenario ein. Er wird vom Kassationsgericht in Rom hinsichtlich der Landtagswahlen 2008 für unwählbar erklärt. Zum Zeitpunkt der Landtagswahl war Egartner Präsident des Konsortiums „Conbau“. Deshalb muss er, nachdem er bereits auf sein Mandat im Sterzinger Gemeinderat verzichtet hat, nun doch auch seinen Sessel im Landtag räumen. Als erste Nichtgewählte auf der SVP-Liste rückt Julia Unterberger nach.

15. Juli. Die einsprachigen Wanderschilder interessieren nun auch die Gerichtsbarkeit. Staatsanwalt Guido Rispoli prüft, ob für das Anbringen der Schilder öffentliche Gelder verwendet worden sind.

16. Juli. Im Zuge des Bestechungsskandals beim Wohnbauinstitut (WOBI) kündigt Landesrat Christian Tommasini eine Reform an. Neu geregelt werden soll vor allem die Auftragsvergabe. Laut Tommasini war diese Reform jedoch bereits vor dem Skandal angedacht.

19. Juli. Landeshauptmann Luis Durnwalder spricht sich kategorisch gegen den Weiterbau der Alemagna-Autobahn aus.

8 Luglio. Incontro a Roma tra il Presidente della Giunta Luis Durnwalder e il Ministro delle Regioni Raffaele Fitto per discutere dei cartelli monolingui. I due politici si accordano per trovare una soluzione entro il 15 di luglio.

9 Luglio. Al Consigliere comunale di Vipiteno Davide Orfino (Pdl), incaricato dal Sindaco dell'Svp Karl Messner di seguire le questioni dei giovani, viene contestata l'appartenenza in passato a un gruppo di estrema destra. Il segretario dell'Svp Philipp Achammer consiglia al "suo" sindaco di ritirare tale incarico.

11 Luglio. Il capogruppo dell'Svp Elmar Pichler-Rolle cerca il dialogo con i partiti dell'opposizione italiana nella causa della segnaletica monolingue. Gli esponenti dei partiti italiani sono favorevoli al colloquio, premesso che venga rispettato un punto cardine dello statuto di autonomia: il bilinguismo. Questo va mantenuto anche per i cartelli in montagna.

12-13 Luglio. Il Presidente Durnwalder accusa l'Alpenverein Südtirol (AVS) di gravi errori nell'installazione della segnaletica in montagna. Il Presidente dell'AVS riconosce le colpe dell'associazione, ma non vuole che si parli di "cancellazione totale dei toponimi italiani".

14 Luglio. Si avvera lo scenario *worst-case* per il Consigliere provinciale Svp Christian Egartner. La Corte di cassazione lo giudica ineleggibile. Il motivo è la Presidenza del consorzio "Conbau" al momento delle elezioni provinciali nel 2008. Egartner deve lasciare la sua poltrona di deputato al primo non eletto sulla lista dell'Svp. Entra al suo posto nel Consiglio provinciale Julia Unterberger.

15 Luglio. Il caso della segnaletica monolingue ora interessa anche la Procura della Repubblica. Il Procuratore Guido Rispoli indaga sulla provenienza dei fondi che hanno permesso l'applicazione dei cartelli. Per la giustizia si pone la domanda se sono stati utilizzati fondi pubblici per finanziare suddette insegne.

16 Luglio. L'Assessore provinciale Christian Tommasini annuncia una riforma totale dell'Istituto per l'edilizia sociale (IPES) dopo lo scandalo corruzione che ha scosso l'Istituto. In special modo l'ufficio appalti verrà completamente rivisto. Comunque l'Assessore assicura che la riorganizzazione dell'IPES era programmata già prima che venisse aperta l'inchiesta.

19 Luglio. Un no categorico per quanto riguarda l'ampliamento dell'autostrada A12 arriva dal Landeshauptmann Luis Durnwalder.

20. Juli. Die Südtiroler Volkspartei kann erstmals seit 2003 wieder einen Anstieg ihrer Mitglieder verzeichnen. Zum 19. Juli sind 51.304 SüdtirolerInnen Mitglieder der Edelweiß-Partei.

56.453 Südtirolerinnen und Südtiroler stimmen bei den drei Referendums-Vorschlägen gegen Pläne der Berlusconi-Regierung über eine Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung.

21. Juli. Die Meraner Rechtsanwältin Julia Unterberger wird offiziell als Landtagsabgeordnete angelobt. Sie nimmt den Platz des für unwählbar erklärten Christian Egartner ein.

Vorerst kein Weiterbau der Alemagna-Autobahn. Rom lässt verlauten, dass die Straßenverwaltung ANSA derzeit kein Geld für einen Weiterbau habe. Ebenso seien keine offiziellen Gespräche mit den Nachbarländern Deutschland und Österreich geführt worden.

22. Juli. Die Lega Nord wechselt ihren Parteivorsitzenden in Südtirol aus. Auf den Trentiner Senator Sergio Divina folgt der Mailänder Maurizio Bosatra.

23. Juli. Der Verwaltungsrat des WOBI stimmt der Reform des Status zu. Um Korruption in Zukunft wirksam zu unterbinden, werden neue Abteilungen geschaffen (zum Beispiel Auftragsvergabe, Kosten- und Vergabecontrolling).

24. Juli. Landeshauptmann Luis Durnwalder kündigt an, das Thema der einsprachigen Wanderschilder mit Staatspräsident Giorgio Napolitano besprechen zu wollen.

25. Juli. Die ArbeitnehmerInnen in der SVP halten ihre alljährliche Klausurtagung ab. Der Vorsitzende Christoph Gufler sendet ein klares Signal an die Mutterpartei. „Ohne die Arbeitnehmer wird man keine Wahl mehr gewinnen.“

26. Juli. Durnwalder und die Südtiroler Volkspartei suchen im nicht abebbenden Schilderstreit das klärende Gespräch mit den italienischen Mitte-rechts-Parteien im Landtag. Ziel des Dialogs ist es, eine Blockade bei der Abstimmung zu verhindern.

Der Landtag befindet die Leitlinien zur Sanitätsreform, die von einer technischen Kommission erarbeitet wurden, für gut. Damit wird eine der bedeutendsten Reformen des Gesundheitswesens der letzten Jahrzehnte eingeläutet. Der Entwurf sieht die Beibehaltung aller sieben Krankenhausstrukturen vor, allerdings sollen einige Abteilungen verkleinert bzw. geschlossen werden.

20 Luglio. Per la prima volta dopo il 2003 la Südtiroler Volkspartei può annunciare una crescita dei propri membri. Al 19 di luglio 51.304 sudtirolesi hanno in tasca la tessera del partito della stella alpina.

Alle tre proposte di referendum 56.453 altoatesini votano contro i piani del Governo Berlusconi di privatizzare la fornitura di acqua corrente.

21 Luglio. L'avvocato meranese Julia Unterberger presta giuramento nel Consiglio provinciale. La Unterberger prende il posto di Christian Egartner, dichiarato ineleggibile la settimana precedente.

La discussione sull'ampliamento dell'autostrada Alemagna nella tratta in val Pusteria è messa agli atti. Da Roma arriva una dichiarazione che l'ente per la costruzione delle strade ANAS non abbia i fondi necessari, né tantomeno ci siano stati colloqui con i paesi confinanti Austria e Germania.

22 Luglio. La Lega nord cambia il proprio presidente altoatesino. Lascia il Senatore trentino Sergio Divina che viene rimpiazzato dal milanese Maurizio Bosatra.

23 Luglio. Il consiglio di amministrazione dell'IPES approva la riforma dello statuto. Per prevenire che in futuro si possa ripetere uno scandalo corruzione, l'Istituto crea nuove ripartizioni (per esempio: il servizio appalti, il controllo a campione e controlling).

24 Luglio. Il Presidente della Provincia Luis Durnwalder annuncia di volere parlare del tema della segnaletica monolingue con il Presidente della Repubblica Giorgio Napolitano.

25 Luglio. Gli Arbeitnehmer (ala sociale della Svp) tengono la loro consueta seduta di chiusura. Il Presidente Christoph Gufler manda un segnale molto chiaro al proprio partito. "Senza gli Arbeitnehmer non si vinceranno più alcune elezioni".

26 Luglio. Durnwalder e la Südtiroler Volkspartei cercano il colloquio chiarificatore con i partiti italiani di centro-destra nel Consiglio provinciale. Obiettivo del dialogo è di impedire il bloccaggio durante le votazioni in aula.

Il Consiglio provinciale approva le linee guida per la riforma della sanità elaborate da una commissione tecnica. In questo modo viene iniziata una delle riforme più sostanziali del sistema sanitario degli ultimi decenni. La bozza prevede il mantenimento di tutte e sette le strutture ospedaliere in provincia; però alcuni reparti dovranno essere ridimensionati o chiusi.

27. Juli. Die LadinInnen in Gröden und im Gadertal erhalten eine dreisprachige Identitätskarte. Das sieht eine Durchführungsbestimmung vor.

28. Juli. Landeshauptmann Durnwalder versenkt den Vorschlag zur Lösung des Schilderstreits von Regionenminister Fitto mit der Aussage, dass dieser Entwurf de facto die von Tolomei erfundenen Ortsnamen legalisieren würde.

29. Juli. Die Südtiroler Volkspartei stimmt bei der Vertrauensabstimmung gegen die Regierung Berlusconi. Begründet wird dieses Nein mit der fehlenden Einigung über die Verlängerung der A22-Konzession und den mangelnden Sicherheiten, was den Stabilitätspakt betrifft.

August

2. August. Die Auswirkungen des Zerwürfnisses zwischen Berlusconi und Fini auf gesamtstaatlicher Ebene sind im wieder zunehmenden Konflikt zwischen Michaela Biancofiore und Giorgio Holzmann auch in der Lokalpolitik zu spüren. Zudem gibt es Spekulationen um eine Unterstützung der Berlusconi-Regierung durch die SVP, welche dies in Abrede stellt.

3. August. Streit um einsprachige (deutsche) AVS-Schilder: Die öffentliche Diskussion über die mangelnde Zweisprachigkeit auf AVS-Wegeschildern geht den ganzen Sommer über auf verschiedensten Ebenen weiter – zwischen Tourismusorganisationen und Heimatpflegern, zwischen lokalen Parteien, zwischen Bozen und Rom. Der CAI macht Vorschläge. Am Ende gibt es einen Kompromiss im Schilderstreit zwischen der Landesregierung und der römischen Regierung (Regionenminister Fitto), der die Verwendung der italienischen Sprache vorsieht und einen Zeitrahmen für die Umsetzung vorgibt.

Das Keramikunternehmen Thun wollte am Bozner Virgl eine Erlebniswelt errichten und zieht sich zurück, nachdem das Projekt nicht die erwarteten positiven Reaktionen erhält. Das führt von Seiten der Landesregierung zu kritischen Tönen gegenüber der Gemeinde Bozen.

27 Luglio. Gli abitanti delle valli ladine Gardena e Badia otterranno una carta d'identità trilingue. Ciò è previsto nelle disposizioni decretate dalla Provincia.

28 Luglio. Il Landeshauptmann Durnwalder non accetta la proposta del Ministro Fitto con il commento: “la bozza di Fitto legalizzerebbe di fatto i toponimi inventati da Tolomei”. Inoltre, la proposta di Fitto è “politicamente non corretta e contro le sue convinzioni”.

29 Luglio. La Südtiroler Volkspartei non esprime la propria fiducia al Governo Berlusconi. La scelta di votare “no” viene spiegata con la mancata intesa per il rinnovo della concessione dell'A22 e nelle mancate sicurezze per quanto riguarda il patto di stabilità.

Agosto

2 Agosto. Le conseguenze della rottura tra Berlusconi e Fini a livello nazionale si fanno sentire anche nella politica locale con la crescente conflittualità sorta tra Michaela Biancofiore e Giorgio Holzmann. Vi sono inoltre speculazioni in merito all'appoggio del Governo Berlusconi da parte della Svp, voci smentite dalla stessa Svp.

3 Agosto. Per quanto riguarda la controversia in merito alla segnaletica monolingue (tedesca) dell'AVS, prosegue su più livelli e per tutta l'estate il pubblico dibattito sulla mancanza di bilinguismo nella segnaletica dei percorsi di montagna: tra organizzazioni del turismo e associazioni per la preservazione della cultura locale, tra partiti locali, tra Bolzano e Roma. Il Club Alpino Italiano fa varie proposte. Alla fine si giunge ad un compromesso tra la Giunta provinciale e il Governo di Roma (rappresentato dal Ministro per gli Affari regionali Fitto), che prevede l'uso della lingua italiana e stabilisce un limite temporale per la modifica.

L'azienda ceramica Thun voleva creare un parco tematico presso la funicolare del Virgolo, ma si ritira dall'impresa dopo che il progetto non raggiunge le reazioni positive che ci si aspettava, causando le critiche della Giunta provinciale verso il Comune di Bolzano.

6. August. Die Polemik um die Lizenzen für das Podini-Einkaufszentrum „Twenty“ in der Bozner Galileistraße zwischen Kaufleuteverband HDS-Unione und Landesregierung beginnt. In der Folge entspinnt sich eine Diskussion über Einkaufszentren und Einzelhandel in Südtirol. Die Landesregierung, die sich bereits für ein großes Landeseinkaufszentrum ausgesprochen hat, setzt am Ende eine Kommission ein. Das „Twenty Center“ wird auch als Landeseinkaufszentrum ins Spiel gebracht.

Oskar Peterlini verlässt die Politik: Er kündigt an, auf eine Kandidatur als SVP-Bezirksobmann des Unterlandes zu verzichten und wird auch bei den kommenden Parlamentswahlen nicht mehr antreten.

Unterschiedliche Nachrichten zur Finanzierung des Brenner-Basis-Tunnels (BBT) stehen wie so oft wieder auf der Tagesordnung: Absagen und Bestätigungen, Plus und Minus, Aussagen und Dementis. Schlussendlich wird immer wieder bestätigt, dass der BBT und seine Zulaufstrecken finanziert und gebaut werden.

7. August. Die begonnene Erschließung der Zwischenkofelalm in Antersac im Naturpark Puez-Geisler erregt die Gemüter und ruft vor allem Proteste von Natur- und Umweltschützern hervor. Schließlich wird über einen bereits begonnenen, halbfertigen Forstweg ein Baustopp verhängt.

12. August. Polemik um das Schulmerkheft der Süd-Tiroler Freiheit, das „Gesamt-Tiroler Merkheft“ für „echte Tiroler“, welches, gespickt mit Informationen über die „Freiheitskämpfer“ und die Geschichte des Landes Tirol, an alle Interessierten verteilt wird. Kritisiert wird die parteipolitische Vereinnahmung von SchülerInnen.

Traditionelle Sommerpressekonferenz von Luis Durnwalder im Pfalzner Sommersitz: Der Landeshauptmann zieht Bilanz und blickt in die Zukunft. Wie immer steht auch die Frage nach einem möglichen Nachfolger für dieses Amt im Raum, zumal Durnwalder erklärt, 2013 zu den Landtagswahlen nicht mehr antreten zu wollen.

18. August. Tod von Francesco Cossiga: Der ehemalige Ministerpräsident und Staatspräsident war ein Freund Südtirols und hatte hier starke freundschaftliche und politische Verbindungen zu einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten. Entsprechend einmütig fiel auch das Bedauern über Cossigas Ableben aus.

6 Agosto. Comincia la polemica tra l'associazione consumatori HDS-Unione e la Giunta provinciale in merito alle licenze del centro commerciale "Twenty" del gruppo Podini, situato in via Galilei a Bolzano. In seguito si sviluppa una discussione sui centri commerciali e il commercio al dettaglio in Alto Adige. La Giunta provinciale, che si era già pronunciata a favore di un grande centro commerciale per l'intera provincia, istituisce alla fine una commissione. Il "Centro Twenty" viene messo in gioco anche come centro commerciale a livello provinciale.

Oskar Peterlini abbandona la politica, annunciando di rinunciare ad una candidatura come rappresentante di circoscrizione per la Svp, così come di non presentarsi più alle prossime elezioni parlamentari.

Come sempre, in merito al finanziamento della galleria di base del Brennero (BBT), si trattano all'ordine del giorno diverse notizie: disdette e conferme, promesse e smentite, vantaggi e svantaggi. Alla fine viene riconfermato che il tunnel e i suoi punti di accesso verranno finanziati e costruiti.

7 Agosto. L'apertura dell'alpeggio Antersass nell'Antersass, presso il parco naturale Puez Odle scalda gli animi e chiama alla ribalta soprattutto le proteste degli ambientalisti. In conclusione viene decretato il blocco edile per un sentiero tra i boschi già in costruzione.

12 Agosto. Nascono le polemiche contro il quaderno scolastico del partito Süd-Tiroler Freiheit, il "quaderno dell'intero Tirolo", per "veri tirolesi", che, riempito di informazioni sui "combattenti tirolesi per la libertà" e sulla storia del Tirolo, viene distribuito a tutti gli interessati. Viene criticata la ricezione politica degli studenti.

Tradizionale conferenza stampa estiva di Luis Durnwalder nella residenza estiva di Falzes: il Presidente tira un bilancio e guarda al futuro. Come sempre resta in sospeso anche la questione di un possibile successore per la sua carica, specialmente perché Durnwalder spiega di non avere più intenzione di presentarsi alle elezioni provinciali del 2013.

18 Agosto. Morte di Francesco Cossiga: l'ex Presidente del Consiglio e Presidente della Repubblica era un amico dell'Alto Adige, avendo qui forti legami politici e di amicizia con un'intera schiera di personalità. Il cordoglio espresso per la sua morte è di conseguenza stato unanime.

20. August. Stefano Grando, Funktionär des Wohnbauinstituts, kommt aus der Untersuchungshaft frei: Die Staatsanwaltschaft vermutet ein System der Korruption, bei welchem WOBI-Funktionäre von Handwerkern und Bauunternehmen bestochen worden seien, um Aufträge zur Instandhaltung der WOBI-Häuser und -Wohnungen zu erhalten. Der Skandal im Wohnbauinstitut führt auch zur Einsetzung einer Untersuchungskommission des Landtags, die im August laufend über ihre Arbeiten berichtet – mit Kritik an der Führung des Wohnbauinstituts, vor allem über ein fehlendes Kontrollsystem. Präsident Albert Pürgstaller erklärt seinen Rückzug zum Ende des Jahres. Diesen Schritt hatte er bereits im Frühjahr angekündigt.

27. August. Mit einer Plakat- und Unterschriftenaktion startet die Süd-Tiroler Freiheit eine Initiative für die doppelte italienisch-österreichische Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen. Die Initiative zieht von allen Seiten zahlreiche Reaktionen nach sich: Ablehnung vor allem von italienischen Parteien und von der SVP.

September

2. September. Diskussion um die künftige Gestaltung des Siegesdenkmals (z.B. Mahnmal, Museum), dessen Sanierungsarbeiten 2011 abgeschlossen sein sollen – Rom will einen „Künstlerzaun“ und Erklärungstafeln anbringen und das Denkmal für das Publikum zugänglich machen. Im Zuge dieser Debatte wird auch eine mögliche Umbenennung des Siegesplatzes wieder zur Sprache gebracht.

Spekulationen um Neuwahlen in Rom führen in Südtirol zu Spekulationen über Kandidaturen. Interesse an einer solchen melden Landesregierungs- (Sabina Kasslatter-Mur, Hans Berger) und Landtagsmitglieder (Elmar Pichler Rolle) an.

Die Schulreform 2011 soll auf der Gliederung des Oberschulwesens in drei klar abgetrennte Bereiche beruhen: gymnasiale Ausbildung, technische Ausbildung und Berufsbildung.

3. September. Die deutsche Bildungs- und Wissenschaftsministerin Anette Schavan besucht Südtirol. Sie befürwortet einen Technologiepark für Forschung und Entwicklung, wie ihn das Land Südtirol mit dem TIS Innovation Park plant, in welchen rund 100 Millionen Euro investiert werden sollen. Dieser wird jedoch vor allem vom Unternehmerverband Südtirol kritisiert. Das Land richtet daraufhin einen runden Tisch mit Unternehmern ein, um über das Projekt zu diskutieren.

20 Agosto. Stefano Grando, funzionario dell'Istituto per l'edilizia IPES viene liberato dalla custodia preventiva: la Procura di Stato teme un giro di tangenti in cui funzionari dell'IPES siano stati corrotti da imprenditori edili e artigiani al fine di ricevere incarichi di manutenzione delle abitazioni IPES. Lo scandalo IPES porta anche all'istituzione di una commissione d'inchiesta della Giunta provinciale, che nel corso del mese di agosto compie una relazione in merito al suo lavoro, criticando i vertici dell'Istituto per l'edilizia, soprattutto per la mancanza di un sistema di controllo. Il Presidente Albert Pürgstaller dichiara il suo ritiro entro la fine dell'anno, dopo avere già annunciato la decisione in primavera.

27 Agosto. Con una raccolta di firme e un'azione di volantinaggio comincia l'iniziativa del partito Süd-Tiroler Freiheit a favore della doppia cittadinanza italiana e austriaca per gli altoatesini. L'iniziativa suscita una scia di numerose reazioni provenienti da ogni direzione, tra cui il rifiuto da parte dei partiti italiani e della Svp.

Settembre

2 Settembre. Discussioni per il futuro assetto del monumento alla vittoria (per esempio: in funzione commemorativa e di monito, museo), i cui lavori di restauro dovrebbero essere terminati nel 2011 – da Roma viene l'idea di una "recinzione artistica", di una targa illustrativa e di rendere il monumento accessibile al pubblico. Nel corso di questo dibattito viene trattato anche l'argomento di un possibile cambiamento del nome di Piazza della Vittoria.

Le voci sorte attorno alle eventuali nuove elezioni a Roma portano alle speculazioni circa le possibili candidature in Alto Adige; comunicano il proprio interesse a riguardo i membri della Giunta provinciale Sabina Kasslatter-Mur e Hans Berger, e del Consiglio provinciale Elmar Pichler Rolle.

La riforma scolastica del 2011 intende strutturare la scuola superiore in tre indirizzi chiaramente distinti: la formazione liceale, la formazione tecnica e quella professionale.

3 Settembre. Il Ministro tedesco dell'Istruzione e della Ricerca, Anette Schavan, è in visita in Alto Adige. Sostiene l'idea di un parco tecnologico per la ricerca e lo sviluppo, come progettato dalla Provincia altoatesina con il TIS Innovation Park, in cui devono essere investiti 100 milioni di euro. Il progetto viene però criticato dalla Assoimprenditori Alto Adige; la Provincia allestisce quindi una tavola rotonda con gli imprenditori per discutere in merito al progetto.

4. September. Das Stahlwerk der Valbruna in Bozen befindet sich in einer Dauerkrise. Die Gewerkschaften verhandeln mit dem Land und stellen Forderungen, um das Werk zu retten, die von der Landesregierung aber nicht angenommen werden.

6. September. Verleihung des großen Verdienstordens des Landes Südtirol an zwölf Persönlichkeiten von außerhalb Südtirols, die sich um das Land verdient gemacht haben: Herbert Batliner, Henri Chenot, Franz Fischler, Thomas Gruber, Hilde Hawlicek, Franz Matscher, Giorgio Moroder, Alois Partl, Romano Prodi, Josef Pühringer, Ivan Felice Resce, Hans Heinrich von Srbik.

11. September. Julia Unterberger (SVP) rückt im Landtag nach. Sie übernimmt den Sitz des Wipptalers Christian Egartner, der vom Gericht nachträglich als nicht wählbar erklärt worden war und deshalb vom Landtag ausscheiden musste. Geklagt hatte eine Gruppe von Bürgern und Bürgerinnen. In diesem Zusammenhang wurde Kritik am Wahlgesetz laut.

Landesrat Christian Tommasini und die Landesregierung wollen in Südtirol 1.000 Wohnungen für den Mittelstand schaffen.

13. September. Der Landeshaushalt wird 2011 um 200 Millionen schmaler ausfallen, kündigt Landeshauptmann Durnwalder an.

Vertreter der Regierung Berlusconi und des Bündnisses PdL suchen das Gespräch mit der SVP für eine mögliche Unterstützung der Regierung von außen. Es kommt zu einem Treffen mit Außenminister Franco Frattini und zu Gesprächen. Die SVP beharrt aber weiterhin auf eine Position „außerhalb der politischen Blöcke“.

16. September. Das Land hat die 137er-Autonomiekommission erneuert. Den Namen hat die Kommission von den 137 Paketmaßnahmen. Nun ist auch die Opposition vertreten.

17. September. Diskussion um die Sanitätsreform (klinische Reform) mit der Schaffung von Kompetenzzentren im Land. Vor allem in der Peripherie (Innichen, Sterzing, Schlanders) blickt man sorgenvoll auf die künftige Rolle der Kleinspitäler. Entsprechenden Druck machen die politischen Verantwortlichen und BürgerInnen vor Ort.

29. September. In der Diskussion um Integration und Sprachbeherrschung von AusländerInnen unterstreicht SVP-Obmann Richard Theiner, man wolle diese künftig auch besser in die deutsche Bevölkerung integrieren, und „nicht nur den Italienern überlassen“.

4 Settembre. L'acciaieria della Valbruna presso Bolzano è in crisi da lungo tempo. I sindacati trattano con la Provincia e, per salvare l'impianto, avanzano richieste che però non vengono accettate dalla Giunta provinciale.

6 Settembre. Si concede la grande decorazione dell'Ordine al Merito dell'Alto Adige a dodici personalità non altoatesine per i loro servizi alla Provincia: Herbert Batliner, Henri Chenot, Franz Fischler, Thomas Gruber, Hilde Hawlicek, Franz Matscher, Giorgio Moroder, Alois Partl, Romano Prodi, Josef Pühringer, Ivan Felice Resce, Hans Heinrich von Srbik.

11 Settembre. Julia Unterberger (Svp) subentra nella Giunta provinciale, assumendo il posto dell'isarchese Christian Egartner, che ha dovuto ritirarsi dopo essere stato dichiarato a posteriori non eleggibile dal tribunale. Le lamentele erano nate da un gruppo di cittadini. In questo contesto si sono avute forti critiche alla legge elettorale.

Il membro della Giunta Christian Tommasini e la Giunta provinciale sono intenzionati a creare 1.000 appartamenti per il ceto medio.

13 Settembre. Il Presidente Luis Durnwalder annuncia che per il 2011 il bilancio provinciale sarà di 200 milioni più esiguo.

I rappresentanti del Governo Berlusconi e della coalizione del Pdl cercano il dialogo con la Svp per un possibile appoggio esterno al Governo. Si giunge a un incontro con il Ministro degli Esteri Franco Frattini e a vari colloqui. La Svp persiste però sulle sue posizioni "al di fuori dei blocchi politici".

16 Settembre. La Provincia ha rinnovato i componenti della Commissione 137 per l'autonomia, che prende il nome dal pacchetto dei 137 provvedimenti. Adesso vi è rappresentata anche l'opposizione.

17 Settembre. Vi sono discussioni sulla riforma sanitaria (per quanto riguarda la riforma delle cliniche) e sulla creazione di centri di competenza in provincia. Soprattutto nelle aree periferiche (San Candido, Vipiteno, Silandro) si guarda preoccupati al futuro ruolo dei piccoli ospedali. I rappresentanti politici e i cittadini del luogo fanno pressioni di conseguenza.

29 Settembre. Nella discussione per l'integrazione e la padronanza linguistica degli stranieri interviene il Presidente della Svp Richard Theiner, sottolineando l'intenzione di volerli integrare ancora meglio nella popolazione tedesca in futuro, e "di non cederli soltanto agli italiani".

30. September. Südtirol will in Ergänzung zur Medizinischen Universität Innsbruck und in Kooperation mit Wien und Rom eine „Medical School“ zur Ärzteausbildung einrichten.

Oktober

4. Oktober. Paolo Romani vom PdL wird als neuer Industrieminister angelobt. Nach dem Rücktritt von Claudio Scajola (PdL) im Mai wurde das Ministerium interimistisch von Regierungschef Silvio Berlusconi geführt.

5,226 Milliarden Euro wird der Landeshaushalt 2011 laut Landeshauptmann Luis Durnwalder betragen, was durchschnittliche Kürzungen von 6 Prozent für die einzelnen Ressorts zur Folge hat.

Michaela Biancofiore spricht auf einer Pressekonferenz von einer neuen Qualität der Beziehungen zwischen der Regierung und der SVP. Die SVP könne im Falle von Neuwahlen sogar der Regierung Berlusconi das Vertrauen aussprechen. SVP-Obmann Theiner und Landeshauptmann Durnwalder dementieren eine angeblich neue Ausrichtung der SVP in Bezug auf Berlusconi und bestätigen ihre „Blockfreiheit“.

5. Oktober. Kammerpräsident Gianfranco Fini (PdL) stellt die Weichen für die Gründung seiner Partei Futuro e Libertà (Zukunft und Freiheit für Italien/FLI). Die Parteiführung soll Italo Bocchino übernehmen.

Die Opposition kritisiert die Abwesenheit der Landesregierungsmitglieder bei der aktuellen Fragestunde im Landtag.

6. Oktober. Die Wahl des Volksanwaltes im Landtag wird auf Antrag der SVP erneut verschoben, da zu viele SVP-Mandatare abwesend sind. Die Opposition kritisiert diese Vorgehensweise als Abwertung des Landtages, da für die Durchführung der Wahl insgesamt genügend Mandatare anwesend gewesen wären.

7. Oktober. Der italienische Ministerrat verabschiedet ein Dekret zur Finanzautonomie für die Einnahmen der Regionen und Provinzen.

30 Settembre. L'Alto Adige vuole allestire una "Medical School" per la formazione dei medici, che sia complementare all'Università Medica di Innsbruck e in cooperazione con Vienna e Roma.

Ottobre

4 Ottobre. Paolo Romani del Pdl viene elogiato in qualità di nuovo Ministro dello Sviluppo economico. Dopo le dimissioni di Claudio Scajola (Pdl) a maggio, il ministero era stato guidato ad interim dal Capo del Governo Silvio Berlusconi.

Il bilancio provinciale del 2011 ammonterà a 5.226 miliardi di euro, secondo Luis Durnwalder, la cosa avrà come conseguenza tagli del 6 per cento per le singole competenze.

Michaela Biancofiore parla in conferenza stampa di una nuova qualità delle relazioni tra il Governo e l'Svp. L'Svp potrebbe perfino esprimere la fiducia al Governo Berlusconi in caso di nuove elezioni. Theiner, il Presidente dell'Svp e il Presidente della Provincia Durnwalder smentiscono un presunto nuovo orientamento dell'Svp in relazione a Berlusconi e confermano la loro "libertà nei confronti degli schieramenti".

5 Ottobre. Il Presidente della Camera Gianfranco Fini (Pdl) manovra per la fondazione del suo partito Futuro e Libertà (Fli/Futuro e Libertà per l'Italia). La guida del partito viene assunta da Italo Bocchino.

L'opposizione critica l'assenza dei membri della Giunta provinciale durante l'attuale ora fissata per le interrogazioni nel Consiglio provinciale.

6 Ottobre. L'elezione del Difensore civico nel Consiglio provinciale viene nuovamente rinviata su richiesta dell'Svp, dal momento che troppi consiglieri dell'Svp sono assenti. L'opposizione critica questo modo di procedere atto a sminuire il Consiglio provinciale, in quanto sarebbe stato presente un numero sufficiente di consiglieri per l'attuazione del voto.

7 Ottobre. Il Consiglio dei Ministri approva un decreto per l'autonomia finanziaria in merito alle entrate di regioni e province.

Der Präsident des Landesverbandes der Handwerker (LVH), gegen den ein Misstrauensantrag anhängig ist, fordert in einer Pressekonferenz den Rücktritt von LVH-Direktor Hanspeter Munter und von Herbert Fritz, den Präsidenten der LVH-Servicegenossenschaft. Grund für die Rücktrittsforderung sind angeblich grobe Unstimmigkeiten bei der Erstellung der Bilanzen der Servicegenossenschaft in den vergangenen Jahren und die Verweigerung, die Bilanzen von externen, unabhängigen Experten überprüfen zu lassen.

9. Oktober. Auf einer Mitgliederversammlung sprechen sich über 600 Handwerker für den Verbleib von Walter Pichler an der Spitze des Verbandes aus. Dieser will, im Falle eines gewonnenen Misstrauensvotums, seine Gegner Hanspeter Munter und Herbert Fritz aus dem Handwerkerverband entfernen.

11. Oktober. Walter Pichler gewinnt die Misstrauensabstimmung mit 32 zu 28 Stimmen und bleibt somit im Amt. Die in den vorherigen Tagen angekündigte Absetzung einzelner Funktionäre bleibt vorerst aus.

Sieben Personen haben beim Bozner Landesgericht einen Antrag auf Unwählbarkeit von Landtagspräsident Dieter Steger gestellt. Steger könnte somit das nächste „Opfer“ des Wahlgesetzes sein. Steger war nämlich seit 2003 Mitglied des Verwaltungsrates der Messe Bozen AG und hat dieses Amt erst nach seiner Wahl in den Landtag niedergelegt.

Die Landesregierung ernennt Karl Rainer, langjähriger Präsidialdirektor der Landesregierung, zum ständigen Mitglied der sogenannten „Schilder-Kommission“. Den zweiten Posten teilen sich der ehemalige Autobahndirektor Ferdinand Willeit, der für Streitfragen mit deutschen und italienischen Namen zuständig sein wird, sowie der ehemalige Landesrat Hugo Valentin, der für die ladinischen Namen zuständig sein wird. Die Regierung hatte bereits Francesca De Carlini, Kabinettschefin im Regierungskommissariat, und Staatsadvokat Guido Denicolò benannt.

12. Oktober. Der Präsident des LVH, Walter Pichler, will nach dem überstandenen Misstrauensantrag nun doch die Konsequenzen ziehen, eine weitere Zusammenarbeit mit LVH-Direktor Hanspeter Munter ist für ihn nicht mehr vorstellbar.

13. Oktober. LVH-Präsident Pichler fordert auf einer Pressekonferenz den freiwilligen Rücktritt von neun Mitgliedern des Exekutiv-Ausschusses sowie von LVH-Direktor Hanspeter Munter. Die genannten Personen lehnen die Rücktrittsforderung ab.

Il Presidente dell'Associazione provinciale dell'artigianato (Apa), su cui pende una mozione di sfiducia, chiede in una conferenza stampa le dimissioni del Direttore dell'Apa Hanspeter Munter, e del Presidente della cooperativa di servizi dell'Apa, Herbert Fritz. I motivi della richiesta di dimissioni sono le presunte e vistose discrepanze dei bilanci della cooperativa di servizi negli anni scorsi e il rifiuto di lasciarli verificare da esperti esterni e indipendenti.

9 Ottobre. Oltre 600 artigiani si pronunciano, durante l'assemblea degli iscritti, a favore della permanenza di Walter Pichler ai vertici dell'associazione. Pichler vuole allontanare dall'associazione degli artigiani i suoi avversari Hanspeter Munter e Herbert Fritz, nel caso di un voto di sfiducia.

11 Ottobre. Walter Pichler ottiene la fiducia con 32 voti contro 28, rimanendo così in carica. La sostituzione di singoli funzionari annunciata nei giorni precedenti per il momento non avviene.

Sette persone hanno fatto una mozione di ineleggibilità per il Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger al tribunale provinciale. Steger potrebbe essere in questo modo la prossima "vittima" della legge elettorale. Dal 2003 Steger era infatti membro del consiglio d'amministrazione della fiera di Bolzano S.p.A. e aveva rinunciato alla carica dopo la sua elezione al Consiglio provinciale.

La Giunta provinciale nomina Karl Rainer, presidente pluriennale della Giunta provinciale, membro permanente della cosiddetta "commissione delle insegne". Le seconde nomine vanno all'ex Direttore dell'autostrada Ferdinand Willeit, responsabile per le controversie con le denominazioni tedesche e italiane, e all'ex Consigliere provinciale Hugo Valentin, responsabile per le denominazioni ladine. Il Governo aveva già nominato Francesca de Carlini Capo di gabinetto nel commissariato del governo, e Guido Denicolò avvocato di Stato.

12 Ottobre. Pichler, il Presidente dell'Apa, vuole adesso tirare le conclusioni in seguito al superamento della mozione di sfiducia; secondo lui un'ulteriore collaborazione con il Direttore dell'Apa Hanspeter Munter non è più immaginabile.

13 Ottobre. Durante una conferenza stampa il Presidente dell'Apa richiede le dimissioni volontarie di nove membri del comitato esecutivo e del Direttore dell'associazione Hanspeter Munter. Le persone nominate si rifiutano di dare le dimissioni.

Die Bozner Staatsanwaltschaft beschlagnahmt 800 Plakate, mit welchen die Partei Süd-Tiroler Freiheit auf den 90. Jahrestag der Annexion Südtirols an Italien aufmerksam machen wollte. Auf den Plakaten ist ein Besen dargestellt, der die italienische Fahne vor sich herschiebt und eine weiß-rote Tiroler Spur nach sich zieht. Der Titel des Plakates lautet: „Auf Italien kann Süd-Tirol verzichten!“. Gegen die Landtagsabgeordneten Eva Klotz und Sven Knoll wird wegen Schmähung der italienischen Fahne ermittelt.

Michele Santoro, Rai-Moderator der Politsendung „Annozero“ wird für zehn Tage vom Dienst suspendiert, weil er mit einem Schimpfwort den Berlusconi-freundlichen Generaldirektor Mauro Masi beleidigt hatte. Auch Berlusconi selbst wurde in den vergangenen Jahren immer wieder scharf kritisiert.

14. Oktober. Oppositionschef Pierluigi Bersani (PD) unternimmt erste Schritte für die Wiederbelebung der Mitte-links-Allianz Ulivo, die Ex-Premierminister Romano Prodi 1995 gegründet hatte und die im Fall vorgezogener Parlamentswahlen gegen Premierminister Silvio Berlusconi ins Rennen gehen soll.

Michaela Biancofiore (PdL) spricht bezüglich des geplanten Treffens von Landeshauptmann Durnwalder mit Außenminister Franco Frattini (PdL) von einem ersten Schritt eines neuen Verhältnisses zwischen Rom und Bozen.

15. Oktober. Die römische Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung gegen Ministerpräsident Silvio Berlusconi (PdL) und seinen Sohn wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Erwerb von TV- und Filmübertragungsrechten seiner TV-Gesellschaft Mediaset eingeleitet.

17. Oktober. Landeshauptmann Durnwalder trifft sich im Meraner Thermenhotel mit Außenminister Franco Frattini (PdL). Wichtige Anliegen Südtirols sollen endlich vorangebracht werden. Die Opposition kritisiert das Treffen mit dem Außenminister (für Südtirol wäre eigentlich der Regionenminister zuständig) und das Übergehen der Parlamentarier.

19. Oktober. Der Verfassungsausschuss des Parlaments stimmt dem Immunitätsgesetz „Lodo Alfano“, das rückwirkend angewendet werden kann, zu. Das Gesetz sieht vor, dass Kammer und Senat 90 Tage Zeit haben, um zu entscheiden, ob ein Gerichtsverfahren gegen einen hohen Staatsvertreter fortgesetzt oder bis zum Ende des Mandats ausgesetzt werden soll.

Bei der Konferenz der Landtagspräsidenten Österreichs in Bozen ist auch die Doppelstaatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen ein Thema. Die TeilnehmerInnen sprechen sich generell nicht dagegen aus, es sollte aber nichts übereilt werden.

Il Pubblico Ministero di Bolzano sequestra 800 manifesti, con i quali il partito Südtiroler Freiheit voleva richiamare l'attenzione sul novantesimo anniversario dell'annessione dell'Alto Adige. Sul manifesto è raffigurata una scopa che spazza via una bandiera italiana lasciandosi dietro una traccia dai colori tirolesi bianco-rossi. Lo slogan del manifesto è: "Il Sudtirolo può fare a meno dell'Italia!". I membri della Giunta provinciale Eva Klotz e Sven Knoll sono indagati per vilipendio alla bandiera.

Michele Santoro, moderatore della trasmissione politica "Anno Zero" della Rai, viene sospeso per dieci giorni per aver offeso con una parola ingiuriosa il Direttore generale e amico di Berlusconi Mauro Masi. Anche Berlusconi stesso, di regola, era stato aspramente criticato in questa sede negli anni scorsi.

14 Ottobre. Il capo dell'opposizione Pierluigi Bersani (Pd) intraprende i primi passi necessari intesi a rianimare l'alleanza di centro-sinistra dell'Ulivo, fondata dall'ex Presidente del Consiglio Romano Prodi nel 1995, per correre contro il Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi nel caso di elezioni anticipate.

Michaela Biancofiore (Pdl) parla, in occasione dell'incontro progettato tra il Presidente della Provincia Durnwalder e il Ministro degli Esteri Franco Frattini (Pdl), di un primo passo verso un nuovo tipo di rapporti tra Roma e Bolzano.

15 Ottobre. Il Pubblico Ministero di Roma ha avviato un'inchiesta nei confronti del Presidente del Consiglio Silvio Berlusconi (Pdl) e di suo figlio per evasione fiscale in relazione all'acquisto della concessione di diritti televisivi e cinematografici della sua azienda televisiva Mediaset.

17 Ottobre. Il Presidente della Provincia Durnwalder si incontra all'hotel delle terme di Merano con il Ministro degli Esteri Franco Frattini (Pdl). Le richieste più rilevanti dovranno finalmente essere portate avanti. L'opposizione critica l'incontro con il Ministro degli Esteri (per l'Alto Adige dovrebbe essere competente il Ministro per gli Affari regionali) e il cambiamento di rotta dei parlamentari.

19 Ottobre. La Commissione Affari costituzionali del Parlamento approva la legge per l'immunità "Lodo Alfano", che potrà essere utilizzato in maniera retroattiva. La legge prevede che Camera e Senato abbiano 90 giorni di tempo per decidere se un procedimento giudiziario contro un alto rappresentante dello Stato debba essere proseguito o rinviato alla fine del suo mandato.

Nella conferenza dei Presidenti dei Länder austriaci a Bolzano un tema trattato è quello della doppia cittadinanza per gli altoatesini. I partecipanti generalmente non si pronunciano contro di essa, affermano che non si devono però precipitare le cose.

20. Oktober. Nach dem Treffen zwischen Durnwalder und Frattini (PdL) bleibt der große Durchbruch zu offenen Fragen bezüglich der Übernahme neuer Kompetenzen durch das Land in der Sechser- und Zwölferkommission aus.

21. Oktober. Ministerpräsident Berlusconi kündigt an, seine Partei PdL reformieren zu wollen. Einzige Parteikoordinatorin nach dem Umstrukturierungsprozess soll Unterrichtsministerin Maria Stella Gelmini werden.

Der Präsident des Berufungsgerichts Mailand, Alfonso Marra, tritt wegen der Gerüchte um seine Verbindung zur Geheimloge P3 zurück.

22. Oktober. Die beiden SVP-Abgeordneten Josef Noggler und Arnold Schuler sprechen sich in der zuständigen Gesetzgebungskommission des Landtages gegen einen Artikel im Omnibus-Gesetz aus, der laut Opposition der Rettung der Landesenergiegesellschaft SEL gedient hätte. Durch die Gegenstimme von Noggler und die Stimmenthaltung von Schuler kann sich die SVP-Mehrheit in der Kommission nicht durchsetzen, der Artikel muss gestrichen werden.

Der Obmann der Sennereigenossenschaft Milkon, Alfons Alber, tritt zurück. Grund ist sein privates Engagement in einem Förderverein für einen Rennfahrer und damit verbundene Schuldenforderungen. Der Rücktritt soll die Milkon vor Schaden und Spekulationen schützen.

23. Oktober. Die österreichische Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) verkündet die Verschiebung des Baubeginns des Brennerbasis-Tunnels von 2011 auf 2016. Tirols Landeshauptmann Günther Platter widerspricht hingegen und geht, nach Rücksprache mit dem österreichischen Finanzminister, weiterhin von einem Baubeginn im Jahr 2011 aus.

25. Oktober. Für Landeshauptmann Durnwalder zählt bezüglich des Brennerbasistunnels das Wort des Vizekanzlers Pröll, er rechnet mit einem Baubeginn im Jahr 2011.

Nach Staatspräsident Napolitano äußert auch Kammerpräsident Fini Kritik am sogenannten „Lodo Alfano“, dem Immunitätsgesetz.

Kammerpräsident Fini (PdL) spricht sich für ein neues Gesetz aus, das die in der öffentlichen Verwaltung grassierende Korruption bekämpfen und abschreckende Maßnahmen vorsehen soll.

Landeshauptmann Durnwalder spricht sich gegen den von der SVP erarbeiteten Gesetzesentwurf zur direkten Demokratie aus.

20 Ottobre. Dopo l'incontro tra Durnwalder e Frattini (Pdl) resta ancora da affrontare, nella Commissione dei sei e in quella dei dodici, la grande questione insoluta del rilevamento delle nuove competenze da parte della Provincia.

21 Ottobre. Il Primo Ministro Berlusconi annuncia di voler riformare il suo partito, il Pdl. Dopo il processo di ristrutturazione la coordinatrice del partito unica sarà il Ministro dell'Istruzione Maria Stella Gelmini.

Il Presidente della Corte d'appello di Milano, Alfonso Marrasi si dimette dopo le voci in merito al suo legame con la loggia segreta P3.

22 Ottobre. I due Assessori dell'Svp Josef Noggler e Arnold Schuler si pronunciano contro un articolo della legge omnibus nella commissione legislativa competente della Giunta provinciale, che secondo l'opposizione era servito al salvataggio della società elettrica provinciale Sel. Con il voto contrario di Noggler e l'astensione di Schuler, la maggioranza dell'Svp non è in grado di affermarsi nella commissione, l'articolo deve quindi essere annullato.

Il Presidente del Consorzio caseifici Milkon, Alfons Alber, si dimette a causa del suo vincolo personale con l'associazione promotrice di un corridore con debiti annessi. Le dimissioni sono intese a proteggere la Milkon da speculazioni e danni d'immagine.

23 Ottobre. Il Ministro delle Infrastrutture austriaco Doris Bures (Spö) annuncia il rinvio dei lavori di inizio per la galleria di base del Brennero, che verranno spostati dal 2011 al 2016. Il Presidente del Land del Tirolo Günther Platter al contrario continua a promettere l'inizio dei lavori entro il 2011, dopo un colloquio con il Ministro delle Finanze.

25 Ottobre. Per il Presidente della Provincia Luis Durnwalder, in merito alla costruzione della galleria di base del Brennero, conta la parola del Vicecancelliere Pröll, considera quindi l'inizio dei lavori per il 2011.

Secondo il Presidente Napolitano anche il Presidente della Camera Fini muove critiche al cosiddetto "Lodo Alfano", la legge sull'immunità.

Fini (Pdl) si pronuncia a favore di una nuova legge che combatta la corruzione dilagante nella pubblica amministrazione e che preveda dei provvedimenti disciplinari.

Il Presidente della Provincia Durnwalder si pronuncia contro il disegno di legge preparato dall'Svp per la "democrazia diretta".

26. Oktober. Kammerpräsident Fini (PdL) schließt eine Regierungskrise wegen der Justizreform nicht mehr aus.

27. Oktober. Die EU-Kommission hält einen Baubeginn des Brennerbasistunnels im Frühjahr 2011 für machbar und verlängert die Finanzierungszusagen bis 2015. Sie macht dies jedoch von noch ausstehenden Entscheidungen über Teilprojekte auf italienischer Seite abhängig.

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel ist das Parlament zu einer dreiwöchigen Zwangspause gezwungen. Die Südtiroler Abgeordneten betonen, dass die Arbeit in den Kommissionen aber weitergeht.

28. Oktober. Der Völser Bürgermeister Arno Kompatscher ist der neue Chef des Gemeindenverbandes und der Vorsitzende des Rates der Gemeinden. Er setzte sich in der Direktwahl durch die 116 Bürgermeister gegen seinen Karneider Konkurrenten Albin Kofler durch.

29. Oktober. Ministerpräsident Berlusconi gerät wegen angeblicher Beziehungen zu einer Minderjährigen wieder unter Druck, auch wenn von Seiten der Mailänder Staatsanwaltschaft nicht gegen ihn direkt ermittelt wird.

Im LVH fordern einige Bezirksvertreter den Rücktritt von Präsident Pichler.

November

2. November. Mit dem Inkrafttreten der „vorbeugenden Luftqualitätsschutz-Maßnahmen“ gelten im Bozner Talkessel zu den Stoßzeiten wieder Fahrverbote für die Fahrzeuge der Klassen Euro 0 und Euro 1 sowie für alle Zweitaktmotorräder.

Die Grünen präsentieren in einem Grundsatzpapier 20 Leitsätze für die Ausarbeitung des Einwanderungsgesetzes des Landes.

26 Ottobre. Il Presidente della Camera Fini (Pdl) non esclude più una crisi di Governo, in seguito alla riforma sulla giustizia.

27 Ottobre. La commissione dell'Unione Europea considera fattibile un inizio dei lavori per la galleria di base del Brennero nella primavera del 2011 e prolunga i finanziamenti fino al 2015. Tuttavia subordina questo discorso alle decisioni non ancora pervenute sui progetti condivisi dalla parte italiana.

A causa dell'assenza dei mezzi finanziari, il parlamento è costretto a una pausa forzata di tre settimane. I parlamentari altoatesini sottolineano che il lavoro nelle commissioni prosegue.

28 Ottobre. Il Sindaco di Fiè allo Sciliar Arno Kompatscher è il nuovo Capo del Consorzio dei comuni e il Presidente del Consiglio dei comuni. Si è affermato nel voto diretto dei 116 sindaci contro il concorrente di Cornedo all'Isarco Albin Kofler.

29 Ottobre. Il Presidente del Consiglio Berlusconi si trova nuovamente in difficoltà a causa di una presunta relazione con una minorenne. Anche se da parte del Pubblico Ministero di Milano non è stata avviata un'inchiesta.

Presso l'Associazione provinciale dell'artigianato alcuni presidenti circondariali richiedono le dimissioni del Presidente.

Novembre

2 Novembre. Con l'entrata in vigore dei provvedimenti preventivi per la tutela della qualità dell'aria previsti dalla "missione aria pulita" sono validi nuovamente, nell'intera area di Bolzano, i divieti di circolazione nelle ore di punta per i veicoli delle classi Euro 0, Euro 1 e per i motocicli con motore a due tempi.

I Verdi presentano in una dichiarazione fondamentale venti criteri per l'elaborazione della legge provinciale sull'immigrazione.

3. November. Alfons Benedikter stirbt im Alter von 92 Jahren in Bozen. Benedikter gehörte zur Gründergeneration der SVP und war zehn Jahre lang deren Parteiobmannstellvertreter. In den 60er- und 70er-Jahren wird er Landesrat für geförderten Wohnbau, Raumordnung, Wirtschaftsprogrammierung und Landschaftsschutz. Unter Landeshauptmann Silvius Magnago wird er Landeshauptmannstellvertreter. Ende der 80er-Jahre spricht sich Benedikter gegen den Abschluss der Autonomieverhandlungen und gegen die Streitbeilegungserklärung Österreichs vor der UNO aus. Danach bricht er mit der SVP und wird Gründungsmitglied der Union für Südtirol, für die er bis 1998 im Südtiroler Landtag sitzt. Damit war Benedikter 50 Jahre im Landtag, davon 33 Jahre in der Landesregierung. Von 1953 bis 1959 war er auch Mitglied der Regionalregierung.

4. November. In der Bozner Regierungskoalition macht sich Unmut über das fehlende Regierungsprogramm breit. Ein Grundsatzpapier ist von Bürgermeister Luigi Spagnoli noch nicht vorgelegt worden.

5. November. Im Plenarsaal des Landtags tagt erstmals der neugewählte Rat der Gemeinden. Bisher in erster Linie Beratungsorgan für die Gesetzgebung des Landtags, kann der Rat der Gemeinden nach einer umfassenden Reform nun auch Gesetzesvorschläge vorlegen und Volksabstimmungen beantragen.

7. November. Mischa Seifert, ehemaliger SS-Aufseher im Bozner Durchgangslager, ist tot. Er war im Jahr 2000 wegen seiner Taten zu lebenslanger Haft verurteilt worden und verstarb am 6. November 86-jährig im Krankenhaus des Militärgefängnisses von Caserta.

In Laas wird eine Volksbefragung über eine Änderung der Gemeindegliederung durchgeführt. Das Quorum von 40 Prozent kann aber nicht erreicht werden, nur 29,88 Prozent der Wahlberechtigten geben ihre Stimme ab. Initiiert hatten die Volksbefragung die Bürgerliste Laas und ein Promotorenkomitee.

Die Volksbefragung in der Gemeinde Bruneck über die touristische Nutzung des Nordosthangs des Kronplatzes verfehlt mit 33,6 Prozent das Quorum von 40 Prozent. Die TeilnehmerInnen an der Volksbefragung stimmen mit 90,3 Prozent gegen den Ausbau.

8. November. Die Landesregierung beschließt die Reform des Südtiroler Gesundheitswesens.

3 Novembre. Muore a Bolzano all'età di 92 anni Alfons Benedikter. Benedikter apparteneva alla generazione fondatrice della Svp, di cui era stato per dieci anni Vicepresidente. Negli anni sessanta e settanta era diventato Assessore provinciale per l'Edilizia agevolata, la Programmazione economica, l'Urbanistica e la Tutela del Paesaggio. È stato Vicepresidente della Provincia sotto Silvius Magnago. Alla fine degli anni ottanta si era pronunciato contro la conclusione delle trattative sull'autonomia dell'Alto Adige e contro la dichiarazione liberatoria di disimpegno dalla controversia da parte dell'Austria davanti all'Onu. Dal 1953 al 1959 era stato anche membro della Giunta regionale.

4 Novembre. Nella coalizione alla guida della Giunta di Bolzano si allarga il malumore per l'assenza di un programma. Una dichiarazione fondamentale non è ancora stata presentata dal Sindaco Luigi Spagnolli.

5 Novembre. Nella sessione plenaria del Consiglio provinciale si riunisce per la prima volta il neo-eletto Gruppo Consigliare dei Comuni. Il Consiglio dei Comuni, finora essenzialmente organo consultivo per la legislazione del Consiglio provinciale, può adesso, dopo un'ampia riforma, presentare anche proposte di legge e fare domanda di referendum.

7 Novembre. È morto Mischa Seifert, ex guardiano SS nel campo di transito di Bolzano. Era stato condannato all'ergastolo nel 2000 per le sue azioni ed è morto ottantaseienne nell'ospedale del carcere militare di Caserta il 6 novembre.

A Lasa viene eseguita una consultazione popolare in merito alla modifica dello statuto comunale. Non si riesce però a raggiungere il quorum del 40 per cento, solo il 29,88 per cento degli aventi diritto esprime il proprio voto. Ad iniziare la consultazione era stata la Lista civica di Lasa e un comitato promotore.

La consultazione popolare nel comune di Brunico sull'utilizzo turistico del versante nord-est di Plan de Corones non raggiunge, con il 33,6 per cento dei voti, il quorum del 40 per cento. Il 90,3 per cento dei partecipanti alla consultazione ha votato contro l'ampliamento turistico.

8 Novembre. La Giunta provinciale delibera la riforma sanitaria per l'Alto Adige.

Die SVP berät über ein neues Volksabstimmungs-Modell. Diskutiert wird über die Beseitigung des Quorums, im Gegenzug soll die Anzahl erforderlicher Unterschriften für die Einleitung einer Volksabstimmung erhöht werden. Nach bayerischem Modell schlägt die Partei 39.000 Unterschriften vor. Das Ergebnis einer durchgeführten Volksabstimmung wäre danach bindend.

9. November. Alessandro Urzi kündigt an, die Leitung der PdL-Fraktion im Südtiroler Landtag niederzulegen. Grund dafür ist die nationale Parteispaltung. Urzi schließt sich Futuro e Libertà an.

10. November. Die Südtiroler Volksanwältin Burgi Volgger wird mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit in ihrem Amt bestätigt.

11. November. Alle Mitglieder der Landesregierung werden wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch in Zusammenhang mit der Vergabe von Kraftwerkskonzessionen in das Ermittlungsregister eingetragen.

12. November. Die Fraktionsvorsitzenden des Südtiroler Landtages werden sich über die ins Auge gefasste Erhöhung der Fraktionsgelder nicht einig. Mehrere Parteien wollten die seit 1996 eingefrorenen Beträge nach oben korrigieren.

15. November. Der Landtagsabgeordnete Alessandro Urzi stellt den Südtiroler Ableger der neuen Partei des italienischen Kammerpräsidenten Gianfranco Fini, Futuro e Libertà, vor. Einer der wichtigsten Programmpunkte der neuen Gruppierung ist die Förderung des Immersionsunterrichts an Südtiroler Schulen.

16. November. Die drei Schullandesräte Sabina Kasslatter Mur, Florian Mussner und Christian Tommasini stellen die drei neu geschaffenen Bildungsressorts vor. Ziel war es, aus spartechnischen Gründen Abteilungen und Ämter zusammenzulegen.

17. November. Land und Gemeindenverband einigen sich darauf, die Südtiroler Gemeinden mit 50 Prozent am Wasserzins zu beteiligen. Für das Jahr 2010 sind das 10,6 Millionen Euro. Zusätzlich werden in Zukunft die Gemeinden im Verwaltungsrat der Hydropower (SEL-Enel) und Hydros (SEL-Edison) vertreten sein.

18. November. Das interministerielle Komitee für die Wirtschaftsplanung (CIPE) hat den Brennerbasistunnel (BBT) zu einem grundlegenden Infrastrukturprojekt erklärt. Es wurden 4,6 Milliarden Euro für den BBT und 1,6 Milliarden Euro für die Strecke Waidbruck–Franzensfeste zugesichert.

La Svp si consulta in merito a un nuovo modello di referendum. Da un lato si discute sull'eliminazione del quorum, mentre dall'altro si dovrebbe innalzare il numero delle firme richieste per introdurre un referendum. La Svp propone le 39.000 firme del modello bavarese, in questo modo l'esito referendario sarebbe vincolante.

9 Novembre. Alessandro Urzi annuncia le dimissioni dalla guida del Pdl nel Consiglio provinciale, motivate dalla divisione all'interno del partito su scala nazionale, Urzi aderisce infatti a "Futuro e Libertà".

10 Novembre. Il Difensore civico Burgi Volgger viene confermato con una maggioranza di due terzi nella sua carica per l'Alto Adige.

11 Novembre. Tutti i membri della Giunta provinciale vengono iscritti nel registro degli indagati con l'accusa di abuso d'ufficio in relazione all'assegnazione di concessioni per la centrale elettrica.

12 Novembre. I capigruppo della Giunta provinciale altoatesina non sono concordi sull'aumento del finanziamento alle coalizioni di Giunta, già preso in considerazione. Diversi partiti volevano rettificare gli importi, congelati dal 1996.

15 Novembre. Il membro del Consiglio provinciale Alessandro Urzi presenta in Alto Adige il nuovo partito del Presidente della Camera Gianfranco Fini, "Futuro e Libertà". Uno dei punti programmatici più importanti del nuovo raggruppamento politico è la promozione dell' "immersione linguistica", l'integrazione linguistica delle scuole altoatesine.

16 Novembre. I tre Assessori provinciali per la Scuola Sabina Kasslater, Florian Mussner e Christian Tommasini presentano tre nuove ripartizioni per l'Istruzione e la Formazione. L'obiettivo è quello di ottimizzare uffici e dipartimenti per motivi tecnici.

17 Novembre. La Provincia e il Consorzio dei Comuni sono d'accordo nel coinvolgere i comuni altoatesini nel pagamento del canone per l'acqua nella misura del 50 per cento. Sono 10,6 milioni di euro per il 2010. In aggiunta i comuni saranno in futuro rappresentati nel consiglio d'amministrazione della Hydropower (Sel-Enel) e della Hydros (Sel-Edison).

18 Novembre. Il Comitato interministeriale per la pianificazione economica (CIPE) ha definito la galleria di base del Brennero (BBT) come un progetto infrastrutturale basilare. Sono stati assicurati 4,6 miliardi di euro per il BTT e 1,6 miliardi di euro per il tratto Ponte Gardena-Fortezza.

19. November. Die Zivilsektion des Landesgerichts hat dem Rekurs gegen die Wählbarkeit des Landtagspräsidenten Dieter Steger stattgegeben, womit dieser von seinem Amt zurücktreten muss. Wie die frühere Landtagsabgeordnete Barbara Repetto war auch Steger zum Zeitpunkt der Landtagswahlen Mitglied des Verwaltungsrates einer Gesellschaft mit Landesbeteiligung, nämlich der Messe Bozen.

Die parteiübergreifende Plattform „Landes-Einheit Tirol“ trifft sich mit dem FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer. Gemeinsam kritisiert man Hermann Gar (ÖVP), den Präsidenten des Österreichischen Südtirol-Unterausschusses, wegen Untätigkeit in der Causa „doppelte Staatsbürgerschaft für Südtiroler“.

21. November. In der Gemeinde Corvara werden Gemeinderatswahlen abgehalten. Der SVP-Kandidat Robert Rottonara kann sich mit 54,96 Prozent die Mehrheit sichern. An seinen Herausforderer, Hubert Dalponte von der Liste DücAdüm, gehen 45,04 Prozent der Stimmen. Bei den Gemeinderatswahlen am 16. Mai 2010 wurde zwar Rottonara bereits zum Bürgermeister gewählt, schaffte aber keine Mehrheit für den Gemeindeausschuss.

22. November. Die Landesenergiegesellschaft SEL gewinnt die Ausschreibung zur Konzessionsführung des Kraftwerks auf der Töll. Damit gehen die Etschwerke, die den Gemeinden Bozen und Meran gehören, leer aus.

23. November. Die Bewegung Süd-Tiroler Freiheit startet eine neue Selbstbestimmungs-Kampagne. Nach katalanischem Vorbild sollen auf Gemeindeebene Volksbefragungen abgehalten werden. Die erste wird voraussichtlich am 22. Januar 2011 in St. Johann im Ahrntal organisiert.

25. November. Außenminister Frattini äußert sich besorgt über den neuen Selbstbestimmungsvorstoß der Süd-Tiroler Freiheit.

29. November. Der Vizebürgermeister, Urbanistikstadtrat und SVP-Ortsobmann von Leifers, Georg Forti, nimmt Stellung zu den Polemiken rund um die geplante Sportzone. Forti geriet unter Druck, weil ein sich in seinem Eigentum befindendes Grundstück für den Bau einer Zufahrtsstraße zum geplanten neuen Fußballstadion enteignet werden sollte.

Die SVP-Leitung verabschiedet einen Gesetzesentwurf zur direkten Demokratie. Bei 38.000 gesammelten Unterschriften soll ohne Beteiligungsquorum ein bindendes Referendum abgehalten werden können. 26.000 Unterschriften bräuchte es für eine beratende Volksabstimmung. Diesem Entwurf nach könnte man in Zukunft auch über Beschlüsse der Landesregierung abstimmen.

19 Novembre. La sezione civile del Tribunale provinciale ha accolto il ricorso contro l'eleggibilità del Presidente del Consiglio provinciale Dieter Steger, che è quindi tenuto a dimettersi dalla sua carica. Come in precedenza era accaduto al membro del Consiglio provinciale Barbara Repetto, anche Steger, al momento delle elezioni per il Consiglio provinciale, era membro del consiglio d'amministrazione di una società che opera nella provincia, la fiera di Bolzano.

La piattaforma politica "Landes-Einheit Tirol", per un unico Land del Tirolo, trasversale ai partiti, si incontra con il portavoce per l'Alto Adige della Fpö Werner Neubauer. All'unanimità viene criticato Hermann Gar (Övp), Presidente del Sottocomitato austriaco per l'Alto Adige, per inattività nella questione della doppia cittadinanza per gli altoatesini.

21 Novembre. Nel Comune di Corvara si svolgono le elezioni comunali. Il candidato della Svp Robert Rottonara si assicura la maggioranza con il 54,96 per cento dei voti. Al suo sfidante Hubert Dalponte, della lista "DücAdüm" va il 45,04 per cento delle preferenze. In realtà Rottonara era già stato eletto sindaco nelle elezioni per il Consiglio comunale del 16 maggio 2010, non aveva però ottenuto la maggioranza per la Giunta comunale.

22 Novembre. La Sel, l'azienda elettrica altoatesina, ottiene il rilascio della concessione per la gestione della centrale elettrica presso Tel. In questo modo l'Azienda energetica consorziale, che appartiene ai Comuni di Bolzano e di Merano, resta a mani vuote.

23 Novembre. Il movimento politico Süd-Tiroler Freiheit comincia una nuova campagna per l'autodeterminazione. Secondo il modello catalano si terranno consultazioni popolari a livello comunale. La prima è prevista per il 22 gennaio 2011 a San Giovanni in Valle Aurina.

25 Novembre. Il Ministro degli Esteri esprime la propria preoccupazione per la nuova iniziativa di autodeterminazione della Süd-Tiroler Freiheit.

29 Novembre. Il Vicesindaco, Assessore all'Urbanistica e Presidente locale della Svp di Laives, Georg Forti, prende posizione contro le polemiche in merito alla progettata zona sportiva. Forti si trova in difficoltà perché una parte del terreno immobile di sua proprietà dovrebbe essere espropriata al fine di permettere la costruzione di una strada d'accesso per il nuovo campo da calcio in progettazione.

La dirigenza della Svp approva un progetto di legge per la democrazia diretta: con 38.000 firme raccolte deve poter avere luogo un referendum vincolante senza raggiungimento del quorum. Sarebbero necessarie 26.000 firme per un referendum consultivo. Secondo questo progetto in futuro si potrebbe decidere in merito alle delibere della Giunta provinciale.

Dezember

1. Dezember. Der Monat beginnt turbulent. Der Gesetzesantrag zum Erhalt der Kruzifixe in Südtirols Klassenzimmern, eingereicht von der Lega, der SVP und dem PdL, wird angenommen.

Der Handels- und Dienstleistungsverband schlägt Alarm: Es bestehe in Südtirol ein Defizit bezüglich des Standortfaktors Erreichbarkeit. Die Zwölferkommission verabschiedet die Durchführungsbestimmung zur Dreiteilung des Stilsferjoch Nationalparks zwischen den Provinzen Bozen, Trient und der Lombardei.

Landeshauptmann Luis Durnwalder unterschreibt in Venedig die Einverständniserklärung zur gemeinsamen Kandidatur Südtirols mit den nordöstlichen Provinzen Italiens als „Kulturhauptstadt Europas“ für das Jahr 2019.

2. Dezember. Das Wochenmagazin „ff“ widmet der Laurin-Stiftung die Titelseite und eine ausführliche Reportage. Der Artikel beschäftigt sich mit einigen steuerlichen und verwaltungstechnischen Fragen sowie mit der politischen Prägung und dem politischen Einfluss ihrer wichtigsten Mitglieder; einige davon sind ehemalige Terroristen der 60er-Jahre.

Spannungen im Bereich der Energiepolitik. Die Bürgermeister von Bozen und Meran, „Eigentümer“ der Etschwerke Netz AG, kündigen an, mit den Rekursen fortzufahren und fechten die Vergabe der Konzession des Vinschgauer Kraftwerks Töll an die SEL AG an.

5. Dezember. In einem Interview des österreichischen Fernsehsenders ORF kündigt Landeshauptmann Durnwalder das Fernbleiben der SVP-Parlamentarier bei der Vertrauensabstimmung über die Regierung Berlusconi, die am 14. Dezember stattfinden soll, an und spricht, zeitlich passend zur Verabschiedung neuer Durchführungsbestimmungen, von einem Klima der Entspannung.

6. Dezember. In der jährlichen Publikation des Wirtschaftsblattes „Il sole 24 ore“ liegt Südtirol mit seinen Wirtschaftsdaten an der Spitze Italiens vor der Provinz Trient.

Luis Durnwalder kündigt an, neben dem bereits existierenden italienischen Sprachtest für Einwanderer, die um eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung ansuchen, auch einen verpflichtenden Test in deutscher Sprache einführen zu wollen.

Dicembre

1° Dicembre. Il mese si apre con una fortissima nevicata. Sui giornali l'annuncio dell'approvazione da parte del Consiglio provinciale di una mozione presentata da Lega, Svp e Pdl al fine di tutelare la presenza dei crocifissi nelle aule scolastiche.

L'allarme dell'Unione commercio sul deficit di "raggiungibilità" del territorio provinciale; l'approvazione – da parte della Commissione dei dodici – della norma d'attuazione che prevede lo smembramento del Parco nazionale dello Stelvio tra Bolzano, Trento e la Lombardia.

A Venezia il Presidente Luis Durnwalder firma il protocollo d'intesa per candidare l'area del Nordest a "Capitale europea della cultura" per l'anno 2019.

2 Dicembre. Il settimanale "ff" dedica la copertina e un ampio servizio alla Fondazione Laurin (Laurin-Stiftung). In questione alcuni aspetti fiscali e amministrativi, ma più in generale l'ispirazione (e l'influenza) politica dei suoi principali attivisti, tra i quali alcuni ex terroristi degli anni sessanta.

Tensione sul versante della politica energetica. I sindaci di Bolzano e Merano – "proprietary" dell'Azienda energetica (Ae) – annunciano di procedere con i ricorsi e contestano l'assegnazione provinciale della centrale venostana di Tel alla Sel (Società energetica della Provincia).

5 Dicembre. In un'intervista concessa alla televisione austriaca (Orf), Durnwalder annuncia l'astensione dei parlamentari Svp alla fiducia sul Governo Berlusconi (prevista per il 14 dicembre) e parla di un "clima di disgelo" propizio all'approvazione di nuove norme di attuazione.

6 Dicembre. In base ai rilievi annuali pubblicati dal quotidiano economico "Il Sole 24 ore", Bolzano conquista la vetta della classifica precedendo Trento.

Durnwalder annuncia di voler introdurre test di conoscenza della lingua tedesca (oltre a quelli previsti dalla legge in lingua italiana) per gli immigrati che fanno richiesta di soggiorno a tempo indeterminato.

7. Dezember. Die internationale „Pisa-Studie“ misst die Kompetenzen der SchülerInnen in verschiedenen Fächern. Im Vergleich zur Studie aus dem Jahr 2006 wird in der Provinz Südtirol ein leichter Rückgang der Punktezahl festgestellt.

9. Dezember. Der Präsident des Unternehmerverbands, Stefan Pan, erläutert die künftigen Herausforderungen für Südtirol im Zusammenhang mit dem neuen Finanzgesetz der Provinz, das noch verabschiedet werden muss: Einsparungen in den Bereichen Personal und Sanität, Abbau von bürokratischen Hürden und Verminderung der Steuerlast für Unternehmen und Bürger; Verwendung der freigewordenen Ressourcen für Export und Innovation.

10. Dezember. Bei der Präsentation des Finanzgesetzes im Landtag verteidigt Durnwalder die Resultate seiner Regierungsperiode während einer schwierigen Konjunkturphase und weist die Vorwürfe der „Arroganz“ von Seiten einiger Unternehmer zurück.

14. Dezember. Die Vertrauensabstimmung in Rom übersteht die Regierung Berlusconi knapp mit nur drei Stimmen mehr als benötigt. Die zwei SVP-Abgeordneten Siegfried Brugger und Karl Zeller enthalten sich ihrer Stimmen. Die Opposition kritisiert die „blockfreie“ Politik der Sammelpartei und spricht von „käuflichen Stimmen“.

Nach zweimonatigen Verhandlungen präsentieren die Energieunternehmen Etschwerke und SEL ihr Kooperationsabkommen, das sich aus sechs Kernpunkten zusammensetzt. Die Etschwerke werden sämtliche Rekurse bezüglich der Vergabe der Landeskonzessionen für Wasserkraft (im Gesamtwert von 400 Millionen) gegen die SEL-Gruppe zurückziehen.

16. Dezember. Nach einer langen, von der Obstruktion der Opposition charakterisierten Sitzung, sind die Diskussion und die Verabschiedung des Haushalts (5,2 Milliarden) blockiert. Der Haushalt (19 Ja-Stimmen – SVP und PD – und acht Enthaltungen) sieht die Aussetzung der IRPEF-Steuer für Einkommen bis zu 12.500 Euro und für Steuerzahler mit zu Lasten lebenden Kindern bis hin zu einem Einkommen von 25.000 Euro jährlich vor.

17. Dezember. Der Ministerrat verabschiedet zwei Durchführungsbestimmungen bezüglich der Ordnungskräfte der Provinz Bozen und schließt die Verhandlungen um die Nachzahlungen des „veränderlichen Anteils an den Finanzierungen der Autonomie“ der Jahre 2000–2005 ab; Rom wird Südtirol in den nächsten fünf Jahren per annum 150 Millionen Euro zurückzahlen.

Die Ordnungskräfte der höchsten Funktionsebenen müssen nun über die Sprachnachweise A oder B verfügen. Zudem sei künftig der absolvierte Militärdienst keine Voraussetzung für Staatspolizei und Carabinieri mehr.

7 Dicembre. Lo studio internazionale “Pisa” – che valuta il livello di preparazione degli studenti – registra un leggero arretramento dei dati rilevati in provincia rispetto alla precedente verifica del 2006.

9 Dicembre. Il Presidente di Assoimprenditori, Stefan Pan, illustra le proposte per il futuro dell’Alto Adige in relazione alla legge finanziaria provinciale che dovrà essere approvata: risparmiare su sanità e personale, ridurre oneri burocratici e carico fiscale per imprese e cittadini, investire le risorse liberate per promuovere export e innovazione.

10 Dicembre. Nella relazione sulla legge finanziaria tenuta in Consiglio provinciale, Durnwalder replica alle critiche difendendo i risultati ottenuti dalla sua amministrazione in una congiuntura critica e accusa di “arroganza” alcuni esponenti del mondo imprenditoriale.

14 Dicembre. A Roma, il Governo Berlusconi scampa, per soli tre voti, alla sfiducia della Camera. I due Deputati Svp, Siegfried Brugger e Karl Zeller, si astengono. Le opposizioni criticano la politica “fuori dai blocchi” del partito di raccolta e parlano di “voto di scambio”.

Sul fronte della politica energetica, dopo due mesi di trattativa i vertici aziendali di Ae e Sel presentano un’intesa industriale, articolata in sei punti, e il ritiro dei ricorsi da parte di Ae contro le concessioni provinciali delle centrali idroelettriche per un valore complessivo di 400 milioni.

16 Dicembre. Dopo una lunghissima seduta, caratterizzata dall’ostruzione delle opposizioni, si sblocca in Consiglio provinciale la discussione e dunque l’approvazione della legge di bilancio (5,2 miliardi). Il documento (19 voti favorevoli – Svp e Pd – e otto astenuti) prevede, entro i primi sei mesi del nuovo anno, l’esenzione del pagamento dell’adizionale Irpef per redditi fino a 12.500 euro e per contribuenti con figli a carico che non superino un reddito di 25.000 euro.

17 Dicembre. Il Consiglio dei Ministri approva due norme di attuazione sulle forze dell’ordine attive in provincia e il via libera al pagamento in cinque anni dei 750 milioni di arretrati per la quota variabile del periodo 2000-2005.

Per quanto riguarda le forze dell’ordine, le nuove norme istituiscono l’obbligo del patentino A-B per le qualifiche più alte e, da parte del contingente bilingue, l’esenzione dei due anni preventivi di servizio militare.

19. Dezember. Der Kreis der Verdächtigen im Skandal um die Korruption im Institut für den sozialen Wohnbau in Bozen erweitert sich um Gianfranco Minotti, Ingenieur und Leiter des technischen Büros. Elmar Pichler Rolle von der SVP steht der Untersuchungskommission vor und unterstreicht die Notwendigkeit einer Reform des Wohnbauinstituts.

In Bozen stirbt der Politiker und Publizist Egmont Jenny an einem Herzinfarkt. Der 1924 in Rankweil (Vorarlberg) geborene und in einer mehrsprachigen Familie aufgewachsene Egmont Jenny wird als Vater der Südtiroler Sozialdemokratie bezeichnet. Sein Eintreten für Pluralismus und die Kultur des Dialogs ging Hand in Hand mit seiner Kritik an der SVP (aus der er in den 60er-Jahren ausgetreten war) und seinem Kampf gegen das „System Südtirol“.

21. Dezember. Der Präsident des Landtags, Dieter Steger (SVP), kündigt an, mit 25. Jänner 2011 sein Amt niederzulegen und nimmt somit das Urteil des Gerichts aus erster Instanz an, das ihn rückwirkend für nicht wählbar erklärte. Die Unvereinbarkeit für den Zeitpunkt des Wahltermins 2008 geht auf Stegers Sitz im Verwaltungsrat der Messe Bozen AG zurück, an der das Land Beteiligungen hält.

22. Dezember. Der Leiter der Abteilung „Arbeit“ der Provinz, Helmuth Sinn, teilt dem zuständigen Ministerium mit, dass Südtirol dieses Jahr auf sein Kontingent an ausländischen, außer-saisonalen Arbeitskräften verzichten wird.

Der Ministerrat beschließt das Legislativdekret, das die Führung des Stifiser Joch Nationalparks neu regelt: Die Leitung, vorher zentriert, wird nun auf die lokalen Verwaltungen aufgeteilt. Der Übergang wird von der Autonomen Provinz Bozen besonders befürwortet; die Verhandlungen zwischen Regierung und SVP konkretisieren sich nach der Vertrauensabstimmung vom 14. Dezember.

23. Dezember. In Bozen wird die 26. Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs Südtirols präsentiert. Die Daten der Studien beziehen sich großteils auf das vergangene Jahr und lassen Rekordzahlen für Südtirols Bruttoinlandsprodukt (35,0) erkennen (25,1 der Durchschnitt Europas, 26,2 jener Italiens, 30,2 jener Deutschlands).

28. Dezember. Der SVP-Politiker Seppl Lamprecht stirbt mit 41 Jahren an einem Herzinfarkt. Er war Landtagsabgeordneter, Vizepräsident des Regionalrates und Vizepräsident des Bauernbundes.

30. Dezember. Konrad Pfitscher, 20 Jahre lang der Bürgermeister von Sankt Leonhard in Passeier sowie Präsident der Energiegesellschaft SEL, wird neuer Präsident des Instituts für den Sozialen Wohnbau des Landes Südtirol. Damit folgt er auf Albert Pürgstaller.

19 Dicembre. Si allarga all'ingegner Gianfranco Minotti – capo dell'ufficio tecnico – il numero degli indagati nell'inchiesta sui casi di presunta corruzione emersi nella gestione degli appalti di manutenzione degli alloggi IPES. Sul caso complessivo, duro il giudizio della Commissione d'inchiesta del Consiglio provinciale guidata dal capogruppo Svp Elmar Pichler Rolle, che sottolinea l'esigenza di una riforma organizzativa dell'Istituto.

A Bolzano muore d'infarto Egmont Jenny. Nato a Rankweil (Voralberg) nel 1924 da una famiglia mistilingue, era considerato il patriarca della socialdemocrazia sudtirolese. Molto critico nei confronti della Svp (partito dal quale era fuoriuscito negli anni sessanta), la sua battaglia contro il "sistema Südtirol" si era basata sulla richiesta di maggiore pluralismo e sulla difesa della cultura del dialogo.

21 Dicembre. Il Presidente del Consiglio provinciale, Dieter Steger (Svp), annuncia che il 25 gennaio 2011 abbandonerà il suo ruolo a seguito alla sentenza del tribunale che lo aveva dichiarato ineleggibile al momento della sua candidatura alle elezioni per il rinnovo del Consiglio provinciale (all'epoca Steger era infatti un membro del consiglio di amministrazione della fiera, ente controllato dalla Provincia).

22 Dicembre. Il capo della ripartizione lavoro della Provincia, Helmuth Sinn, comunica al Ministero competente che l'Alto Adige rinuncerà alla sua quota di lavoratori extracomunitari non stagionali.

Il Consiglio dei Ministri approva il decreto legislativo che modifica la disciplina del Parco nazionale dello Stelvio smembrandone la gestione – sin qui unitaria – a favore delle amministrazioni locali. Il passaggio, caldeggiato in modo particolare dalla Provincia autonoma di Bolzano, si è concretizzato nell'ambito delle trattative tra Governo e Svp precedenti il voto sulla mozione di sfiducia del 14 dicembre.

23 Dicembre. Presentata a Bolzano la ventiseiesima edizione dell'annuario statistico della Provincia. I dati, riferiti in gran parte all'anno precedente, evidenziano una cifra da record (35,0) relativa al Pil pro-capite (25,1 la media europea; 26,2 quella italiana; 30,2 la tedesca).

28 Dicembre. Muore stroncato da un infarto, a soli 41 anni, il politico Seppl Lamprecht (Svp). Era Consigliere provinciale, vicepresidente del Consiglio regionale e vicepresidente del Bauernbund.

30 Dicembre. Konrad Pfitscher, per vent'anni Sindaco di San Leonardo in Passiria e Presidente della locale Azienda energetica, è nominato Presidente dell'Istituto per l'edilizia sociale (IPES) della Provincia di Bolzano. Sostituisce Albert Pürgstaller.

3. Essay: Kritische Bewertung des Jahres 2010
Interpretazione critica dell'anno politico 2010

A series of horizontal dashed lines spanning the width of the page, intended for writing the essay response.



Alessandro Piras

**2010: Südtirol im dritten Jahr der Krise
Eine Analyse aus Gewerkschaftssicht**

**2010: l'Alto Adige nel terzo anno della crisi
Un'analisi dal punto di vista sindacale**

1. Die Krise hat Bestand

Es liegt in der Natur der Gewerkschaftsarbeit, nach einer ständigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen ArbeitnehmerInnen und deren Familien sowie nach einem Ausbau der sozialen Vor- und Fürsorgemaßnahmen zu streben. Diese treibende Kraft des kollektiven Drucks, den die ursprünglichen Arbeitervereinigungen im 19. Jahrhundert auf die Herrschenden und Besitzenden und seit der Nachkriegszeit die modernen Gewerkschaften auf die Regierungen und die Arbeitgeberverbände sowie auf einzelne internationale Konzerne ausgeübt haben, hat in den vergangenen beiden Jahrhunderten zum Aufbau des Wohlfahrtsstaates in Europa geführt. Die Gewerkschaften konnten Siege in Form sozialer Errungenschaften feiern und die Lebenssituation der einzelnen ArbeiterInnen zunehmend verbessern.

Diese, wenn man so will, *offensive* Phase der Arbeitskämpfe ist seit Beginn der 90er-Jahre endgültig vorbei. Für Italien maßgebend ist hierfür das heute umstrittene Lohnkostenabkommen vom 23. Juli 1993, eine tripartistische Vereinbarung zwischen Staat, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zur Ankurbelung der Wirtschaft, vor allem durch die Eindämmung der Inflation. Ein zentraler Punkt darin war die zukünftige Anpassung der Löhne und Gehälter an die programmierte Inflation, womit die 1992 beschlossene Abschaffung des automatischen Inflationsausgleichs (*scala mobile*) endgültig besiegelt war. Dieser Mechanismus hatte die Kaufkraft der ArbeiterInnen und Angestellten durch die effektive und laufende Anpassung an die Preiserhöhungen bewahrt, gleichzeitig und vor allem bei den Mitgliedsstaaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) war die *scala mobile* aber als Inflationstreiber verschrien. Aus Sicht der lohnabhängigen Bevölkerung müssen wir nicht erst heute feststellen, dass sich das Lohnkostenabkommen von 1993 trotz der *guten Absichten* zu einem enormen Verlustgeschäft entwickelt hat. Dafür genügt ein Blick auf die zahlreichen Statistiken, die seitdem über die Entwicklung der lohnabhängigen Einkommen und der Unternehmensgewinne erstellt wurden.

Heute stehen die Gewerkschaften klar in der Defensive, nicht erst seit oder wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008, sondern eben bereits seit Mitte der 90er-Jahre, als die Regierungen der europäischen Länder immer mehr Gefallen an neoliberalistischen Grundsätzen zur Umformung des Sozialstaates gefunden haben. Der Staat erschien überreguliert und entwicklungshemmend, was auch bedeutete, dass die Gewerkschaften aus den staatlichen Institutionen zurückgedrängt werden sollten. Nach und nach wurden sozialstaatliche Strukturen und arbeits-

1. La crisi continua

Fa parte della natura del lavoro sindacale, impegnarsi per un miglioramento continuativo sia delle condizioni lavorative, che delle relazioni economiche dei lavoratori, delle lavoratrici e delle loro famiglie, ma anche della ristrutturazione dei provvedimenti previdenziali e assistenziali. Questa forza trainante della pressione collettiva, che è stata esercitata dalle prime associazioni operaie sui gruppi di potere e sui possidenti nel XIX secolo, poi dai moderni sindacati sui governi e sulle associazioni degli imprenditori, ma anche sui singoli gruppi industriali internazionali a partire dal dopoguerra, ha portato alla ristrutturazione dello stato sociale degli ultimi due secoli in Europa. I sindacati potevano sia festeggiare la vittoria sul piano delle conquiste sociali, che migliorare in misura crescente le condizioni di vita dei singoli lavoratori e delle singole lavoratrici.

Questa fase, se vogliamo “offensiva” delle lotte sindacali è terminata definitivamente dall’inizio degli anni ’90. Per l’Italia è stato determinante l’accordo sul costo del lavoro del 23 luglio 1993, oggi controverso, un’intesa tripartita tra stato, associazioni degli imprenditori e sindacati per rimettere in moto l’economia, soprattutto arginando l’inflazione. Un punto centrale in questa fase è stato il successivo adeguamento degli stipendi e dei salari all’inflazione programmata, con cui fu decisa definitivamente la decretata soppressione della scala mobile. Questo meccanismo aveva difeso il potere di acquisto degli operai e degli impiegati attraverso un effettivo e costante adeguamento all’aumento dei prezzi. Contemporaneamente la scala mobile era screditata, soprattutto tra i paesi membri della Comunità Europea (CE), in quanto fu considerato un mezzo che causava l’inflazione. Dal punto di vista della popolazione salariata si sarebbe dovuto constatare fin dall’inizio che l’accordo sul costo del lavoro del 1993, nonostante i “buoni propositi”, avrebbe portato ad un enorme deficit. A questo riguardo basta uno sguardo alle numerose statistiche che da allora sono state elaborate in merito allo sviluppo dei redditi da lavoro dipendente e dei profitti aziendali.

Oggi i sindacati sono chiaramente sulla difensiva, non solo a partire dalla crisi economica e finanziaria del 2008, o a causa di essa, ma già dalla metà degli anni ’90, quando i governi dei paesi europei hanno dimostrato crescente entusiasmo nei confronti dei principi neoliberalisti che hanno portato alla trasformazione dello stato sociale. Lo stato appariva sovraregolamentato e di intralcio allo sviluppo; superare questi ostacoli significava anche contenere l’azione dei sindacati, da parte delle istituzioni statali. Gradatamente le strutture dello stato sociale e le garanzie giuslavoriste, o di diritto del lavoro, furono indebolite contro la volontà dei sindacati.

rechtliche Garantien gegen den Willen der Gewerkschaften aufgeweicht. Heute werden wichtige Errungenschaften wegen des Spardiktats für die öffentlichen Haushalte in Frage gestellt.

Die Wirtschaftskrise hat auch im Jahr 2010 hierzulande die Diskussions- und Verhandlungstische von volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung bestimmt. Ob Medien, Forschungsinstitute, Politik oder Sozialpartner, überall wird mit der Krise argumentiert, werden die Maßnahmen darauf ausgerichtet. Die Krise hat auch in Südtirol Bestand, sie hat sich nur gewandelt im Vergleich zu den beiden Krisenjahren vorher: War es 2008 vor allem eine Finanzmarktkrise, die dann erwartungsgemäß schrittweise die einzelnen Wirtschaftsbereiche – Industrie, Handwerk und Dienstleistungen – erfasst hat, so haben wir es heute mit einer allgemeinen Wirtschaftskrise zu tun, die selbst den gesamten öffentlichen Dienst – Staat, Land und Gemeinden – erfasst hat. Nahezu jede – gewollte oder durch diese Umstände erforderte – Veränderung in der Wirtschaft und in der Gesellschaft, bis hinein in den einzelnen Familienhaushalt, wird heute auch in Südtirol an der Krise festgemacht.

Auch in Südtirol stehen die Gewerkschaften (Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund – ASGB, Allgemeiner Gewerkschaftsbund – AGB/CGIL, Südtiroler Gewerkschaftsbund – SGB/CISL, Südtiroler Gewerkschaftskammer – SGK/UIIL) mehr in der Defensive. Es geht in erster Linie darum, bei den Arbeitsplätzen zu retten, was zu retten ist, und zeitgleich die Politik davon abzuhalten, die öffentlichen Sparmaßnahmen allein auf Kosten jener durchzuführen, die die Steuerhaushalte weitestgehend finanzieren, nämlich die lohnabhängige Bevölkerung und die RentnerInnen. Es wäre treffender in Südtirol von Schadensbegrenzung der Krisenfolgen als von einer Bewältigung der Krise zu sprechen. Die globale Vernetzung lässt es heutzutage nicht mehr zu, dass ein Wirtschaftsstandort in der Größenordnung dieser Provinz mitten in Europa aus eigener Kraft *die Krise* überwindet und sich unabhängig davon wirtschaftlich erholt, während andere nationale und regionale Volkswirtschaften sich weiter in die Rezession arbeiten. Allerdings hätte Südtirol im Gegensatz zu anderen Provinzen die Mittel, um die negativen Folgen besser abzumildern.

Die Gewerkschaften haben im Kampf gegen die Krise von allen Interessenverbänden die ungünstigste Position: Die ArbeitnehmerInnen sind die Verlierer dieser Krise: Arbeitsplatzverlust, Kaufkraftverlust, Steuerdruck und Rentenkürzungen sind jene Realität, die die Arbeitskämpfe und die Gewerkschaftstätigkeit seit Mitte der 90er-Jahre prägen und heute noch mehr dazu beitragen, dass insgesamt das Wohlstandsniveau in den modernen europäischen Wohlfahrtsstaaten dramatisch ab-

Oggi, a causa del diktat del risparmio per i bilanci pubblici vengono messe in questione importanti conquiste.

La crisi economica ha determinato anche nel 2010 nella nostra provincia tavoli di trattativa e di discussione di rilievo politico-sociale e politico-economico. Che si tratti dei mass media, degli istituti di ricerca, del mondo politico o delle parti sociali, ovunque si dibatte sulla crisi, vengono presi in considerazione vari provvedimenti. La crisi continua anche in Alto Adige, si è solo trasformata rispetto ai due anni precedenti: nel 2008 era soprattutto una crisi dei mercati finanziari, che poi, secondo le aspettative, ha gradualmente coinvolto i singoli ambiti economici-industria, artigianato e servizi – cosicchè oggi ci troviamo ad interagire con una crisi economica generale, che ha coinvolto la stessa pubblica amministrazione nel suo complesso, ossia stato, provincia e comuni. Quasi ogni cambiamento – voluto o richiesto da queste circostanze – nell'economia e nella società, fino all'interno dei singoli bilanci familiari, oggi viene connesso alla crisi anche in Alto Adige.

Anche in Alto Adige i sindacati (l'Asgb, Unione dei Sindacati Autonomi Sudtirolesi; la Cgil, Confederazione Generale Italiana del Lavoro; la Cisl, Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori e la Uil, Unione del Lavoro) sono sulla difensiva più di prima. Si tratta in primo luogo di salvare il salvabile nell'ambito dell'occupazione, e contemporaneamente di impedire alla politica di emanare dei provvedimenti che vanno soltanto a carico di coloro che finanziano già abbondantemente i bilanci fiscali, vale a dire i lavoratori dipendenti e i pensionati. In Alto Adige sarebbe più appropriato parlare di limitazione dei danni causati dalle conseguenze della crisi, che di un superamento della crisi. Oggi la rete globale non permette più ad una economia locale al centro dell'Europa e delle dimensioni di questa provincia di superare "la crisi" con le proprie forze e di ristabilirsi economicamente, mentre altre politiche economiche nazionali e regionali si fanno strada nella recessione. Tuttavia l'Alto Adige avrebbe più mezzi di altre province per attenuare le conseguenze negative della crisi.

I sindacati occupano la posizione più svantaggiosa di tutti i gruppi d'interesse nella lotta contro la crisi, dal momento che i lavoratori sono gli sconfitti di questa crisi: la perdita del posto di lavoro, la perdita del potere d'acquisto, la pressione fiscale e le restrizioni in materia di pensioni sono realtà che hanno caratterizzato le lotte per l'occupazione e l'attività dei sindacati a partire dalla metà degli anni '90 e che oggi contribuiscono ancora di più ad abbassare drammaticamente il livello del benessere nei moderni stati sociali d'Europa. La forbice del benessere diverge sempre più e con una doppia azione: da una parte sempre più persone hanno sempre meno per vivere, dall'altra lo stato sociale viene sempre più minato nelle sue fon-

nimmt. Die Wohlstandsschere klafft im doppelten Sinne immer weiter auseinander: Zum einen haben immer mehr Menschen immer weniger zum Leben, zum anderen wird der Sozialstaat immer weiter ausgehöhlt. Konkret heißt das, dass parallel zum Kaufkraftverlust der einzelnen Familie auch das Bildungs-, das Gesundheits- und das Rentensystem beschnitten werden. Das unausgewogene Verhältnis der Vermögensverteilung in den westlichen Gesellschaften hat sich im vergangenen Jahrzehnt noch weiter zu Ungunsten der lohnabhängigen Bevölkerung zugespitzt, und zwar so weit, dass selbst das so genannte *Pareto-Prinzip*, wonach 80 Prozent des Vermögens einer Gesellschaft in den Händen von nur 20 Prozent der Bevölkerung liegen, übertroffen wird.

2. Krisenbewältigung als Einbahnstraße

Die in Südtirol getroffenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung sind aus Gewerkschaftssicht keinesfalls ausreichend und sind zu einseitig: Die Wirtschaft verweigert kollektive Lohnerhöhungen und hat die Krise zum Teil auch zu einem übermäßigen personellen Aderlass genützt, da sich mit den krisenbedingten Ausnahmeregelungen eine nie dagewesene Möglichkeit geboten hat, unliebsames oder *zu teures* Personal ohne rechtliche Konsequenzen unter dem Deckmantel der Krise zu entlassen. Der Staat und die lokalen Verwaltungen halten ihrerseits am hohen Steuer- und Tarifdruck fest und versuchen es mit drastischen Sparmaßnahmen wie der Einfrierung der Gehälter im öffentlichen Dienst oder den wiederholten Rentenkürzungen. Die negativen Kurzzeitfolgen wie der Kaufkraftverlust und die Langzeitfolgen wie die Armut im Alter sind bekannt, werden aber ignoriert, um den von höherer Stelle vorgegebenen finanziellen Rahmen einzuhalten. Die Privatwirtschaft verhält sich ähnlich: Lohnkostensenkung heißt weiterhin die Devise. Was bereits lange vor der Krise praktiziert wurde, wird jetzt als Mittel zur Krisenbewältigung noch verstärkt.

Diese *passiven*, auf Einsparung ausgerichteten Maßnahmen gegen die Krise sind nur eines von mehreren Mitteln zur Krisenbewältigung und haben allein keine Impulswirkung. Sie haben nur einen kurzzeitigen, vermeintlich positiven Effekt, da sie zwar im Moment die öffentlichen Haushaltszahlen und die Betriebszahlen ins Lot bringen, gleichzeitig aber die Kaufkraft und damit den Konsum weiter schwächen. Die Notwendigkeit, die Sparschraube – öffentlich wie privat – nach einiger Zeit wieder nachzudrehen, ist vorprogrammiert. Es entsteht eine Spirale, die das gesamte Wirtschaftssystem lähmt.

damenta. In concreto significa che, parallelamente alla perdita di potere d'acquisto delle singole famiglie, anche i sistemi sanitario, pensionistico e dell'istruzione vengono tagliati. La diseguale ripartizione del reddito dell'ultimo decennio nelle società occidentali si è inasprita ancor più a sfavore dei lavoratori dipendenti, e in particolare a tal punto, che il cosiddetto "principio di Pareto", in cui l'80% del patrimonio di una società si trova nelle mani del 20% della popolazione, viene superato.

2. Il superamento della crisi inteso come un percorso a senso unico

I provvedimenti presi in Alto Adige volti al superamento della crisi non sono in alcun modo sufficienti dal punto di vista dei sindacati, oltre ad essere troppo unilaterali: il mondo economico rifiuta l'aumento collettivo degli stipendi e, dipingendo la crisi eccessivamente come un salasso a proprio esclusivo danno, la usa per licenziare personale indesiderato o "troppo costoso" senza conseguenze giuridiche, dal momento che le eccezioni alla regola limitate al periodo di crisi creano possibilità di licenziamento che nella normalità sarebbero inimmaginabili. Lo stato e le amministrazioni locali da parte loro si appoggiano ad una alta pressione fiscale e tariffaria tentando di procedere con provvedimenti di risparmio drastici come il congelamento degli stipendi nel settore pubblico o le ripetute restrizioni sulle pensioni. Le conseguenze negative a breve termine, come la perdita del potere d'acquisto, e quelle a lungo termine, come la miseria durante la vecchiaia, sono conosciute ma vengono ignorate per rispettare i parametri finanziari prestabiliti. L'economia privata si comporta in modo simile: l'abbassamento del costo del lavoro è la parola d'ordine. Quello che veniva praticato già da lungo tempo prima della crisi, adesso viene rafforzato come mezzo per superarla.

Questi provvedimenti anti-crisi "passivi", orientati al risparmio, sono solo un esempio tra i tanti mezzi volti al superamento della crisi che di per sé non generano impulsi efficaci, ma hanno solamente un effetto a breve termine, presumibilmente positivo, visto che al momento mettono in sesto i conti pubblici del bilancio e i conti delle aziende, ma contemporaneamente continuano ad indebolire il potere di acquisto e di conseguenza anche il consumo. La necessità di ridare un giro di vite al criterio del risparmio, sia pubblico che privato, è programmata in anticipo. Si sviluppa quindi una spirale, che paralizza l'intero sistema economico.

Per un sistema economico che si fonda sui consumi e crolla con essi, una simile strategia è fatale e dovrebbe apparire irrazionale. Tirando le conclusioni, questo

Für ein Wirtschaftssystem, das mit dem Konsum steht und fällt, ist eine solche Strategie fatal und müsste eigentlich irrational erscheinen. Zu Ende gedacht müsste dieses Szenario zu einem Kollaps von Volkswirtschaften führen. Da die Komplexität eines Wirtschaftsgefüges eine Schwarz-Weiß-Analyse verbietet, ist es mit dem Fortbestand der Krise wahrscheinlicher, dass sich mittelfristig auch in Südtirol für einen großen Teil der Bevölkerung die Metapher *von der Hand in den Mund leben* bewahrheiten wird. Das Monatsgehalt der lohnabhängig Beschäftigten lässt schon heute bei den mittleren und oberen Gehaltsklassen weniger Ersparnisse zu, in Zukunft wird es gänzlich in den monatlichen Lebenshaltungskosten aufgehen. Bei ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Löhnen hat sich diese Situation hierzulande bereits eingestellt, Ersparnisse im kleinen Ausmaß gibt es nur dort, wo beide Elternteile arbeiten. Noch hält sich die Armut in Südtirol in Grenzen, da viele junge Familien oft noch auf die Unterstützung der älteren Generationen zurückgreifen können. Sobald diese *Reserven* aufgebraucht sind, wird auch in Südtirol die relative immer mehr zur realen Armut werden.

Die Erneuerung der Kollektivverträge und eine spürbare Senkung der Lohnsteuer sind *aktive* Maßnahmen, die erfahrungsgemäß den Konsum ansteigen lassen und eine positive Kettenreaktion auslösen: Aufträge für die Wirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen für den Staat. Diese Möglichkeit wurde trotz der vielen Aufrufe der Gewerkschaften bislang ausgelassen, dafür wurden die eigens gegen die Krise eingesetzten sozialen Abfederungsmaßnahmen auch für das gesamte Jahr 2010 bis voraussichtlich März 2011 bestätigt. In Südtirol wurden die im Vorjahr hierfür bereitgestellten Mittel nicht voll ausgeschöpft. Allerdings ist dies kein verlässlicher Indikator dafür, wie stark die Krise die SüdtirolerInnen bisher getroffen hat. Gemessen an den Betriebsschließungen und an den Arbeitslosenzahlen kann man von glimpflichen Auswirkungen sprechen, die für 2010 verfügbaren Daten zeigen sogar einen leichten Zuwachs bei der Beschäftigung und beim Firmenbestand in Südtirol im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Wirtschaftsforschungsinstitut 2010, 9). Gemessen am realen Kaufkraftverlust der ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen hat die Krise in Südtirol jedoch nicht Halt gemacht.

Trotz einiger Lichtblicke treten derzeit Italien und Südtirol wirtschaftlich auf der Stelle. Das gewohnte Wechselspiel von Preiserhöhungen und Lohnanpassungen funktioniert nicht mehr. Kann es auch nicht, weil die Löhne und Gehälter seit Monaten eingefroren sind, gleichzeitig aber die Inflation im Oktober 2010 in Südtirol im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres auf 2,3 Prozent angestiegen ist, erwartungsgemäß um einiges höher als im übrigen Staatsgebiet mit 1,7 Prozent (vgl. Landesamt für Statistik ASTAT 2010). Das bedeutet, dass angesichts der stagnie-

scenario dovrebbe condurre a un collasso delle politiche economiche. Dal momento che la complessità di una struttura economica vieta un'analisi in bianco e nero, è più probabile che con il sussistere della crisi anche in Alto Adige, nel medio termine, si concretizzi per una larga parte della popolazione la metafora "vivere alla giornata". Lo stipendio mensile dei lavoratori dipendenti permette pochi risparmi alle fasce retributive medio-alte, e in futuro questo si avvertirà interamente nel costo mensile della vita. Una simile situazione qui da noi è già subentrata tra i lavoratori e le lavoratrici con bassi salari, mentre è possibile risparmiare in piccola misura solo dove entrambi i genitori lavorano. La povertà si mantiene ancora entro i limiti in Alto Adige poiché molte giovani famiglie spesso possono ricorrere ancora al sostegno delle generazioni precedenti. Non appena queste "riserve" saranno state utilizzate, anche in Alto Adige la relativa povertà diventerà sempre più reale.

Il rinnovo dei contratti collettivi e un percepibile abbassamento delle tasse sui redditi da lavoro dipendente sono quei provvedimenti "attivi" empirici, cioè conformi all'esperienza, che permettono di aumentare i consumi e mettono in moto una reazione a catena positiva, ossia: commissioni al mondo economico-produttivo – creazione di posti di lavoro – riscossione fiscale da parte dello stato. Finora questa possibilità è stata tralasciata, nonostante i molti appelli da parte dei sindacati, perciò gli appositi provvedimenti sociali elastici introdotti per l'intero 2010 e validi presumibilmente fino a Marzo 2011 sono stati confermati. In Alto Adige i mezzi stanziati appositamente l'anno scorso non sono stati completamente esauriti, tuttavia questo non è un indicatore affidabile di quanto la crisi abbia colpito gli altoatesini e le altoatesine. Rispetto alla chiusura delle aziende e al numero dei disoccupati, si può parlare di ripercussioni miti, dal momento che i dati per il 2010 mostrano addirittura una lieve crescita dell'occupazione e una stabilità delle ditte in Alto Adige rispetto all'anno precedente (cfr. Istituto di Ricerca Economica 2010, 9). La crisi in Alto Adige, commisurata alla perdita di potere d'acquisto reale dei lavoratori e dei pensionati non si è tuttavia esaurita.

Nonostante alcuni spiragli di luce, l'Italia e l'Alto Adige, al momento segnano il passo, economicamente parlando. L'abituale gioco dell'alternanza tra aumenti dei prezzi e adeguamento salariale non funziona più. Non può neanche più funzionare, perché i salari e gli stipendi sono congelati da mesi, contemporaneamente però l'inflazione in Alto Adige è aumentata del 2,3% nell'Ottobre del 2010, rispetto allo stesso mese dell'anno precedente; e secondo le aspettative è un po' più alta che nel restante territorio nazionale con un 1,7% (cfr. Ufficio Provinciale di Statistica Astat 2010). Questo significa che di fronte alla stagnazione degli stipendi, il potere d'acquisto degli altoatesini crolla più velocemente che altrove. Questo spie-

renden Löhne die Kaufkraft der SüdtirolerInnen schneller sinkt als anderswo. Dies würde auch jene Zahlen erklären, wonach in Südtirol die durchschnittlichen Monatsausgaben der Familien, wenn man die Jahre 2008 und 2009 vergleicht, deutlich stärker zurückgegangen sind als auf Staatsebene. Während die italienischen Familien in dieser Zeitspanne *nu* 40 Euro weniger im Durchschnitt ausgegeben haben, haben die Südtiroler Familien im Jahr 2009 monatlich 200 Euro weniger ausgegeben als noch 2008 (vgl. Arbeitsförderungsinstitut 2010). Dass bei Anhalten der Krise sich diese Zahlen für 2010 nicht ins Positive entwickelt haben, ist anzunehmen, auch wenn die Zahlen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorliegen. Rechnet man diese Minusausgaben auf Jahresbasis, so hat eine Südtiroler Familie 2009 durchschnittlich über 2.000 Euro weniger ausgegeben als noch ein Jahr zuvor. Multipliziert man diesen Betrag mit der Anzahl der ca. 130.000 Südtiroler Haushalte (ohne Einzelfamilien), ergeben sich erhebliche Einbußen in erster Linie wohl für die heimische Wirtschaft.¹ Allerdings waren auch diese Zahlen bisher kein Grund für Politik und Arbeitgeberverbände, aktive Maßnahmen zur Kaufkraftstärkung der Arbeitnehmerfamilien und RentnerInnen und somit der größten Bevölkerungsgruppe zu setzen.

Ganz in diesem Sinne sind die unterschiedlichen Ansichten von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Politik darüber, welches die geeigneten Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise wären, auch im Jahr 2010 noch deutlich voneinander entfernt geblieben. Während die Politik nach wie vor ihre Maßnahmen größtenteils auf die Kosteneinsparung im öffentlichen Dienst fokussiert, fordern Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eine Kaufkraftstärkung zur Ankurbelung des Konsums. Bei der Frage, wie dies erreicht werden soll, gibt es auch zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite keine einheitliche Position, sodass sich in den grundsätzlichen Aussagen dieser drei Akteure kein gemeinsamer Nenner findet, wie folgende Tabelle veranschaulicht.

Tabelle 1: Gewerkschaften-Wirtschaft-Politik: Vergleich der Vorschläge zur Krisenbewältigung

Die Krise soll bewältigt werden durch...	Gewerkschaften	Wirtschaft	Politik
Lohnerhöhungen zur Inflationsanpassung und Beteiligung an der Produktivitätssteigerung	Ja	Nein	Nein (bezogen auf den öffentlichen Dienst); Ja (bezogen auf die Privatwirtschaft)

gherebbe anche alcuni numeri, secondo cui in Alto Adige le spese mensili delle famiglie rispetto al 2008 e al 2009 sono diminuite chiaramente di più che a livello nazionale.

Mentre la media delle famiglie italiane in questo periodo ha speso “solo” 40 euro in meno, le famiglie altoatesine hanno speso mensilmente 200 euro in meno nel 2009 rispetto al 2008 (crf. Istituto per la Promozione dei Lavoratori 2010). Che queste cifre non si siano sviluppate positivamente con il perdurare della crisi è da accettare, anche se i dati in questo momento non sono ancora disponibili. Se si calcola questo disavanzo su base annuale, una famiglia altoatesina nel 2009 ha speso 2.000 euro in meno rispetto anche solo all’anno precedente. Moltiplicando questo importo con il numero dei circa 130.000 budget familiari (senza persone single) altoatesini, risultano perdite considerevoli, in primo luogo proprio per l’economia locale.

Tuttavia, per le associazioni di imprenditori e per il mondo politico, neanche queste cifre sono state finora motivo di attuazione di provvedimenti attivi a favore dell’aumento del potere d’acquisto delle famiglie dei lavoratori e dei pensionati, cioè della fascia della popolazione più ampia.

Proprio in questo senso i diversi punti di vista dei sindacati, delle associazioni imprenditoriali e del mondo politico, che svilupperebbero i provvedimenti adatti a superare la crisi economica, sono evidentemente rimasti lontani reciprocamente anche nel 2010. Mentre la politica focalizza i propri provvedimenti come sempre sul risparmio delle spese, sindacati e associazioni imprenditoriali richiedono un rafforzamento del potere d’acquisto per mettere in moto i consumi. Sulla questione di come questo si dovrebbe ottenere non c’è una posizione unitaria, neppure tra datori di lavoro e lavoratori, cosicché questi tre attori non trovano un comune denominatore nella premesse fondamentali, come viene illustrato nella tabella seguente:

Tabella 1: Sindacati-Mondo economico-Mondo politico: confronto delle proposte per superare la crisi

La crisi va superata mediante	sindacati	mondo economico	mondo politico
Innalzamento degli stipendi per un adeguamento all’inflazione e compartecipazione nell’aumento della produttività	SI	NO	NO (riferito alla pubblica amministrazione); SI (riferito al settore privato)
Riduzione fiscale per lavoratori/lavoratrici e pensionati/pensionate	SI	SI	In parte lo stato con la detassazione del lavoro straordinario per il solo settore privato; In parte la provincia sotto la pressione sindacale per l’Irpef regionale

Die Krise soll bewältigt werden durch...	Gewerkschaften	Wirtschaft	Politik
Steuersenkung für ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen	Ja	Ja	Teilweise auf Staatsebene durch Steuerbegünstigungen auf Überstunden nur für den Privatsektor; teilweise auf Landesebene auf Druck der Gewerkschaften durch Reduzierung der regionalen Einkommenszusatzsteuer.
Steuersenkung für Betriebe	Ja (mit Verbindlichkeit, diese auch an die Beschäftigten weiterzugeben)	Ja	Ja (bereits erfolgt mit der Senkung der Wertschöpfungssteuer IRAP)
Reduzierung der Lohnkosten durch Senkung der Sozialabgaben und Entlassungen	Nein	Ja	Im Rahmen der bestehenden Regelungen
Überwindung der prekären Arbeitsverhältnisse	Ja	Nein	Nein
Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst verbunden mit Stellenabbau	Nein	Ja	Ja

Quelle: eigene Erarbeitung

Das Krisenjahr 2010 war in Südtirol vor allem ein turbulentes Jahr für den öffentlichen Dienst:

- eine von Rom auferlegte millionenschwere Reduzierung des Landeshaushalts, welche gleichzeitig aber die Chance bietet, zusätzliche staatliche Bereiche autonom zu verwalten;
- der Abbruch der Verhandlungen für zahlreiche Bereichskollektivverträge, womit zugleich die Funktionstüchtigkeit des gesamten öffentlichen Kollektivvertragssystems in Südtirol in Frage gestellt wird;
- die angekündigte Personalreduzierung, die zwischen 500 und 1.500 Arbeitsplätzen schwankt;
- die klinische Reform verbunden mit der Gefahr, dass grundlegende Gesundheitsleistungen in den peripheren Krankenhäusern abgeschafft werden, womit langfristig auch deren Schließung besiegelt würde;
- die Schulreform, durch welche die Schließung von Schulen und eine Verschlechterung der Bildungsqualität befürchtet werden.

Was nicht erst in den letzten Jahren in Zusammenhang mit der Krise aufgeworfen wurde, sondern mindestens seit Mitte der 90er-Jahre von weitsichtigeren Volkswirtschaftlern für die globale Ökonomie gepredigt wurde, fällt jetzt mit den prophezeiten negativen Auswirkungen auch auf die Südtiroler Wirtschaft zurück: Der Schwerpunkt der betrieblichen Investitionen hat sich mit dem Ziel einer kurzfristi-

La crisi va superata mediante	sindacati	mondo economico	mondo politico
Riduzione fiscale per le aziende	SI (con vincolo di estensione agli occupati)	SI	SI (già accaduto con la riduzione dell'imposta Irap, l'imposta regionale sulle attività produttive)
Riduzione dei costi del lavoro mediante l'abbassamento delle spese sociali e licenziamenti	NO	SI	già previsto in parte
Superamento dei rapporti di lavoro precari	SI	NO	NO
Misure di risparmio restrittive nella pubblica amministrazione, in concomitanza con la riduzione dei posti	NO	SI	SI

Fonte: propria elaborazione

L'anno della crisi del 2010 è stato un anno turbolento in Alto Adige soprattutto per quanto riguarda la pubblica amministrazione:

- Una riduzione del bilancio provinciale per milioni di euro imposta da Roma, che contemporaneamente però offre la possibilità, di amministrare autonomamente certi ambiti statali aggiuntivi;
- L'interruzione delle trattative per numerosi contratti collettivi di settore, con cui viene messa in discussione allo stesso tempo la funzionalità dell'intero sistema dei contratti collettivi per il pubblico impiego in Alto Adige;
- L'annunciata riduzione del personale, che oscilla tra i 500 e i 1.500 posti di lavoro;
- La riforma sanitaria delle cliniche ospedaliere, connessa al pericolo che vengano abolite varie prestazioni sanitarie fondamentali negli ospedali periferici, motivo per cui nel lungo termine verrebbe decisa la chiusura degli stessi ospedali;
- La riforma scolastica, a causa della quale si teme la chiusura delle scuole e un peggioramento della qualità dell'istruzione.

Ciò che non è stato avanzato negli ultimi anni in connessione alla crisi, ma che era stato predicato almeno a partire dalla metà degli anni '90 da lungimiranti esperti di economia politica in merito all'economia globale, adesso ricade anche sull'economia altoatesina con gli effetti negativi profetizzati: il fulcro degli investimenti aziendali si è spostato sempre più dagli investimenti nel processo produttivo e nel proprio personale ai mercati finanziari con l'obiettivo di massimizzare i profitti a breve termine. Le possibilità di innovazione sono state perse, il potere d'acquisto è crollato e i costi di queste conseguenze vengono accollati all'azione pubblica, dove i redditi dei lavoratori e le pensioni si fanno carico ancora una volta di

gen Gewinnmaximierung von den Investitionen in die Produktionsprozesse und in das eigene Personal immer mehr hin zu den Finanzmärkten verlagert. Innovationsmöglichkeiten wurden versäumt, die Kaufkraft rast in den Keller und die Kosten dieser Folgen werden der öffentlichen Hand zugeschoben, womit die ArbeitnehmerInnen-Einkommen und Renten als Hauptfinanzier der öffentlichen Haushalte indirekt noch einmal belastet werden. Der Staat kann nicht helfen, da er sich in Krisenzeiten Steuererleichterungen *nicht leisten kann*.

Der sicher geglaubte Effekt, dass die massiven Eingriffe zur Lohnkosteneindämmung seit den 90er-Jahren zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führen würden, hat nicht zu der gewünschten Umverteilung zugunsten der lohnabhängigen Bevölkerung geführt. Die im Lohnkostenabkommen von 1993 neu geregelten Betriebsabkommen, die durch produktivitätsgekoppelte Zusatzlohnelemente eine höhere Kaufkraft bringen sollten, sind in Südtirol spärlich gesät und taugen daher nicht als flächendeckendes Instrument gegen das hohe Preisniveau. Zudem haben die italienischen Arbeitsmarktreformen der letzten zehn Jahre eine Flut von prekären Arbeitsformen an Land geschwemmt, die bei längerer Fortführung jegliche langfristige Planung oder größere Investition im Leben von ArbeitnehmerInnen unmöglich machen. Die so genannte *Biagi-Reform* aus dem Jahr 2003 hat den bis damals im Arbeitsrecht zementierten, unbefristeten Arbeitsvertrag immer mehr zum Ausnahmefall gemacht. Vor diesen tiefgreifenden Änderungen in der italienischen Arbeitsgesetzgebung ist auch die Südtiroler Wirtschaft nicht zurückgeschreckt und hat davon über das erforderliche Maß hinaus Gebrauch gemacht. Den größten Teil der Zeche für diese kurzfristigen Arbeitsmarktreformen zahlen die heutigen ArbeitnehmerInnen aber erst zum Zeitpunkt der Pensionierung, wenn diese prekären Arbeitsverträge im Falle ihrer Beibehaltung in die sichere Altersarmut führen.

3. Mehr soziale Gerechtigkeit dank Krise?

Was schon vor Jahren von verschiedenen Politikern im Wahlkampf gefordert oder angekündigt wurde, nach erreichtem Mandat aber jedes Mal wie ein Strohfeder erlosch, ist in der anhaltenden Krise wieder zu einem zentralen sozialen Thema geworden: die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit im Lande. Das jahrzehntelange Credo der Südtiroler Volkspartei (SVP), die öffentlichen Beiträge möglichst auf alle Bevölkerungsschichten zu verteilen, könnte sich nach und nach zu einem bedürftigkeitsorientierten Vergabesystem entwickeln. Zu groß ist der Druck auf die Landesregierung von Seiten der Gewerkschaften, der Sozialverbände und der Op-

essere indirettamente i principali finanziatori dei bilanci pubblici. Lo stato non può aiutare, poiché nei periodi di crisi “non si può permettere” agevolazioni fiscali.

L'effetto ritenuto sicuro, per cui i massicci interventi volti ad arginare il costo del lavoro a partire dagli anni '90 avrebbero condotto ad una maggiore concorrenzialità delle imprese, non ha portato alla desiderata redistribuzione a favore dei lavoratori dipendenti. I nuovi contratti aziendali regolamentati nel 1993 nell'ambito dell'accordo sul costo del lavoro, che avrebbero dovuto portare ad un più alto potere d'acquisto mediante elementi aggiuntivi legati alla produttività, sono scarsamente distribuiti in Alto Adige e quindi non servono come strumento esteso a tutto il territorio contro l'alto livello dei prezzi. Inoltre le riforme di mercato dello stato italiano negli ultimi dieci anni hanno portato un'ondata di forme di lavoro precario nella nostra provincia che, riguardo il proseguimento di ogni pianificazione a lungo termine o maggiore investimento, rendono la vita dei lavoratori e delle lavoratrici impossibile. La cosiddetta “Riforma Biagi” del 2003 ha ridotto sempre più spesso alla stregua di casi eccezionali quei contratti di lavoro a tempo indeterminato che fino ad allora erano ben saldi nel diritto del lavoro. Anche il mondo economico altoatesino non ha indietreggiato di fronte a questi cambiamenti epocali della legislazione italiana e ne ha fatto uso nella misura in cui occorreva. La parte più grossa del conto di queste miopi riforme del mercato del lavoro viene pagata dagli odierni lavoratori soltanto all'epoca del pensionamento, quando questi contratti di lavoro precario, nel caso vengano conservati, condurranno ad una sicura condizione di miseria durante l'anzianità.

3. La crisi porterà a una maggiore giustizia sociale?

Quello che già da anni veniva richiesto o annunciato da diversi politici in campagna elettorale, ma che si estingueva come un fuoco di paglia dopo ogni mandato conseguito, ritorna come tema sociale centrale nell'attuale e perdurante crisi: la domanda di una maggiore giustizia sociale nella nostra provincia. Il credo pluridecennale del *Südtiroler Volkspartei* (Svp), di suddividere i contributi pubblici il più possibile tra tutte le fasce sociali, si potrebbe sviluppare gradatamente in un sistema di assegnazioni per i bisognosi. Troppo grande è diventata la pressione sulla giunta provinciale da parte dei sindacati, delle parti sociali e dei partiti di opposizione, che in nome della popolazione a basso reddito, ma anche in nome del cosiddetto – anche se non esattamente definibile – ceto medio, esigono maggiore giustizia sociale in Alto Adige, piuttosto che in vista di future elezioni, una questione

positionsparteien geworden, die im Namen der Bevölkerung mit niedrigen Einkommen, aber auch im Namen des so genannten – wenn auch nicht genau erfassbaren – Mittelstandes mehr soziale Gerechtigkeit in Südtirol einklagen, als dass man im Hinblick auf künftige Wahlen diese brisante soziale Frage unbehandelt lassen kann. Der schrumpfende Landeshaushalt erfordert ohnehin ein Überdenken der Beitragsvergabe.

Dazu sind auch die Gewerkschaften gefragt. Sie sind nun stärker als bisher von der Landespolitik in den Ausarbeitungsprozess für neue Modelle der Sozialleistungen eingebunden. Dies ist weniger auf die Einsicht der Politik zurückzuführen, dass die Gewerkschaften am Puls des Geschehens stehen und sich im Arbeitsalltag mit den Folgen der Krise in der Gesellschaft befassen, als vielmehr auf den zunehmenden Protest der Bevölkerung gegen die soziale Schieflage, der von den Gewerkschaften direkt oder über die Medien an die Politik herangetragen wird.

Die Gewerkschaften sind aber nicht nur Sozialpartner der Arbeitgeberseite für Kollektivvertragsverhandlungen, sondern sind in den letzten beiden Jahrzehnten zu wichtigen Dienstleistungszentren für die gesamte Bevölkerung geworden, wenn es um Renten, Familiengelder, Pflegeleistungen, Zusatzrenten, Wohnbau, Steuerbestand, Aus- und Weiterbildung und Ähnliches geht. Ihre Einbindung ermöglicht daher eine objektive Definition von sozialer Gerechtigkeit und von angemessenen Maßstäben für die Zugangsvoraussetzungen. All dies kann die Politik nicht außer Acht lassen, wenn sie im Entscheidungsfindungsprozess nicht an der Bedürftigkeit der eigenen Bevölkerung vorbei arbeiten will. Allerdings steht dieser Prozess noch ganz am Anfang. Während wir von den nordeuropäischen und einigen westeuropäischen Ländern die Kooperation des Dreigespanns Regierung–Wirtschaft–Gewerkschaften als dauerhaftes institutionalisiertes Gefüge zur Regelung von volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen kennen, tritt diese Konstellation in Italien und in Südtirol verstärkt nur in Krisenzeiten oder im Rahmen größerer Reformen auf.

Um die Entwicklung der Sozialpolitik der letzten Jahre in Südtirol besser und systematisch beurteilen zu können, ist es aufschlussreich, die Verwirklichung jener Forderungen zu überprüfen, die die Gewerkschaften und Sozialverbände in einem gemeinsamen Dokument vom 19. Juni 2008 zur Einführung von „Maßnahmen gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten in Südtirol“ an die Politik gerichtet haben. Die Forderungen lauteten: Preiskontrolle, Förderung der Wohnbau- und Familienpolitik und eine gerechtere Steuerpolitik.

sociale talmente scottante possa essere trascurata. Il bilancio provinciale in riduzione esige in ogni caso un riesame dell'assegnazione dei contributi.

A tal riguardo sono interessati anche i sindacati, che adesso sono più coinvolti di quanto non lo fossero prima nel processo di elaborazione di nuovi modelli per le prestazioni sociali della politica provinciale. Ciò è da ricondurre meno alla convinzione dei politici, quanto al fatto che i sindacati toccano con mano la realtà degli avvenimenti e si occupano delle conseguenze della crisi nella quotidianità lavorativa, e ancor più, si occupano della crescente protesta della popolazione contro la situazione sociale, che viene presentata dai sindacati direttamente al mondo politico o tramite i mass media.

I sindacati non sono però soltanto la parte sociale per le trattative dei contratti collettivi con le associazioni datoriali, ma negli ultimi due decenni sono diventati importanti centri di servizi per l'intera popolazione, quando si tratta di pensioni, assegni familiari, servizi di assistenza, pensioni supplementari integrative, piano casa, consulenze fiscali, corsi di formazione e di aggiornamento, e simili. I loro legami rendono possibile quindi una definizione obiettiva di giustizia sociale e di criteri adeguati per determinare le condizioni di accesso ai benefici. Tutto questo non può essere trascurato dal mondo politico, se non vuole prendere importanti decisioni senza tener conto dei bisogni di gran parte della propria gente. Tuttavia questo procedimento è ancora al punto di partenza. Mentre conosciamo dai paesi nordeuropei e da alcuni paesi dell'Europa occidentale la cooperazione a tre composta da governo, mondo economico e sindacati come struttura duratura e istituzionalizzata al fine di regolamentare questioni inerenti le politiche sociali e le politiche economiche, questa costellazione si presenta rafforzata in Italia e in Alto Adige solo in periodi di crisi o nell'ambito di maggiori riforme.

Per poter valutare meglio e sistematicamente lo sviluppo delle politiche sociali degli ultimi anni in Alto Adige, è istruttivo verificare l'attuazione di quelle richieste che i sindacati e le parti sociali hanno indirizzato al mondo politico in un documento congiunto del 19 giugno 2008 a favore dell'introduzione di "provvedimenti contro l'aumento del costo della vita in Alto Adige". Le richieste parlavano di: controllo dei prezzi, sostegno al piano casa e alla famiglia, nonché una più equa politica fiscale.

Preispolitik

Es ist bislang nicht gelungen, effiziente Mittel zur Steuerung der Preispolitik in Südtirol einzusetzen. Konzertierte Abkommen zur Preisdämpfung sind ebenso ausgeblieben wie die wirkliche Konkurrenzförderung in der Großverteilung. Angesichts des anhaltenden hohen Preisniveaus in Südtirol ist es fraglich, ob der Aufruf an die ohnehin kaufkraftgeschwächte Bevölkerung, mehr lokale Produkte zu konsumieren, den erwünschten Erfolg bringt.

Familienpolitik

Im Jahr 2010 hat sich die Landesregierung gleichzeitig an mehrere sozialpolitisch brisante Themen herangewagt. Der erdrückende Bürokratismus des Landes und der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit hat die Landesregierung zum Handeln bewegt. So wurde im Sommer der Startschuss für ein einheitliches *Erhebungssystem für Einkommen und Vermögen* (EEVE) zur Gewährung von Landesbeiträgen im Gesundheits- und Sozialbereich gegeben. Das Einheitssystem soll mit September 2011 starten und in der Folge auf weitere Bereiche der öffentlichen Beitragsvergabe ausgeweitet werden. Mit der EEVE soll aus der Sicht der Landesregierung in erster Linie eine einheitliche ämterübergreifende Datenerfassung der Einkommen und Vermögen geschaffen werden und damit für die BürgerInnen und die Verwaltung selbst eine spürbare bürokratische Erleichterung erzielt werden. Ein Modell, wonach BürgerInnen nur einmal im Jahr ihre Einkommens- und Vermögenssituation unabhängig von der Art der Leistung darlegen müssen, welche dann als Grundlage für alle von ihnen gestellten Beitragsgesuche gilt, kann sicher als verwaltungstechnischer Fortschritt gewertet werden. Die Gewerkschaften wollen mit der EEVE aber vor allem ein langjähriges sozialpolitisches Streitthema in Südtirol regeln: eine angemessene Bewertung des Betriebsvermögens für den Zugang zu Sozialleistungen. Dies soll die geforderte soziale Gerechtigkeit zwischen ArbeitnehmerInnen und Selbstständigen im Lande herstellen.

Die wiederholten Anläufe der Gewerkschaften lassen zumindest hoffen. In einem ersten Schritt wurden die in Frage kommenden Leistungen und die zu erhebenden Daten für dieses neue Erhebungssystem festgelegt. Erst in der Folge werden die Zugangsvoraussetzungen zu den einzelnen Leistungen überarbeitet und somit die jeweiligen Einkommens- und Vermögensgrenzen für das Anrecht festgelegt. Während die Gewerkschaften vorerst mit der Befreiung von 10 Prozent des lohnabhän-

Politica dei prezzi

Finora non si è riusciti ad impiegare mezzi efficienti per controllare la politica dei prezzi in Alto Adige. Allo stesso modo non si sono verificati accordi concertati per la diminuzione dei prezzi, così come non è avvenuta una reale promozione della competitività nella grande distribuzione. Di fronte al livello dei prezzi che continua a mantenersi alto in Alto Adige, resta incerto che possa avere successo l'appello al consumo di prodotti locali, volto ad una popolazione indebolita nel suo potere d'acquisto.

Politica della famiglia

Nel 2010 la giunta provinciale ha osato affrontare vari temi scottanti della politica sociale. La burocrazia opprimente della provincia e la forte richiesta di giustizia sociale hanno indotto la giunta provinciale ad agire. In questo modo in estate si è dato il via ad un sistema che si chiama "dichiarazione unificata di reddito e patrimonio (DURP) per il rilevamento del reddito e del patrimonio al fine della concessione di contributi provinciali in ambito sanitario e sociale. Il sistema di rilevamento unitario deve partire nel settembre del 2011 ed essere successivamente esteso ad altri ambiti di contributi pubblici. Con il sistema DURP, dal punto di vista della giunta provinciale, si deve creare in primo luogo una raccolta di dati sul reddito e sul patrimonio intercomunicante tra i vari uffici competenti, e in questo modo conseguire una agevolazione burocratica che possa essere percepita dai cittadini e dalla pubblica amministrazione. Un modello con cui i cittadini debbano presentare la propria situazione patrimoniale e reddituale solo una volta all'anno, che in seguito sia valido come fondamento per tutte le domande contributive, può sicuramente essere valutato come un progresso tecnico-amministrativo. I sindacati vogliono però regolamentare, mediante il sistema DURP, soprattutto un tema politico-sociale controverso che perdura da diversi anni, e cioè una valutazione adeguata dei patrimoni aziendali per l'accesso alle prestazioni sociali; in modo da soddisfare la locale richiesta di giustizia sociale tra i lavoratori dipendenti e autonomi.

I ripetuti appelli promossi dai sindacati lasciano per lo meno sperare. In un primo passo sono stati stabiliti sia le prestazioni in questione che i dati da rilevare per questo nuovo sistema di rilevamento. In seguito verranno rielaborate le condizioni di accesso alle singole prestazioni e con queste saranno stabiliti i relativi limiti reddituali e patrimoniali. Mentre per il momento i sindacati possono convivere con

gigen Einkommens sowie mit der Befreiung der Erstwohnung mit Zubehör und des beweglichen Vermögens bis 100.000 Euro für die Berechnung des Einkommens und Vermögens leben können, sehen sie das EEVE-Modell als weiter entwicklungsbedürftig und haben an die Zusage für den Start auch die Bedingung geknüpft, dass in Zukunft auch die Betriebsgebäude in der EEVE mitbewertet werden.

Die Verhandlungen über die EEVE haben wegen des Streits zwischen Wirtschaft und Gewerkschaften um eine angemessene Vermögensbewertung den lokalen Medien in Südtirol genügend Inhalte geliefert und damit *ein bisschen Klassenkampf* heraufbeschwört. Die Landesverwaltung hat den Verbänden und Gewerkschaften Statistiken über die Nutznießer der Beitragsvergabe für das Jahr 2009 vorgelegt. Darin wurde aufgelistet, welche Bevölkerungsgruppen in Südtirol am meisten Landesbeiträge in Anspruch nehmen. Während die absoluten Zahlen die lohnabhängig Beschäftigten klar als Nutznießer der öffentlichen Beiträge erscheinen lassen, relativiert sich diese Aussage, wenn man den Anteil der AntragstellerInnen prozentuell an der Gesamtzahl der jeweiligen Bevölkerungsgruppe misst. Dies kann man am regionalen Familiengeld nachverfolgen, das als Sozialleistung für die breite Bevölkerung konzipiert wurde. Der Anteil der Selbstständigen, die im Jahr 2009 das regionale Familiengeld erhalten haben, beträgt im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl ca. 6 Prozent, während jener der ArbeitnehmerInnen an deren Gesamtzahl ca. 9 Prozent ausmacht. Bei anderen, arbeitnehmertypischen Leistungen hingegen, welche vor allem die Mietzuschüsse und die Wohnbauförderung betreffen, liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen sowohl bei der Anzahl der Anträge als auch bei der Summe der erhaltenen Beiträge erwartungsgemäß viel höher.

Bleibt es bei der EEVE in dieser Form, ist es nicht viel mehr als eine neue Verpackung von etwas Altem. Von einer mehr als zufriedenstellenden Umverteilung, wie es die Landesverwaltung selbst darstellt, ist man noch weit entfernt. Entscheidend ist die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften in der Frage, ob und in welchem Ausmaß künftig das Betriebsvermögen für das Anrecht auf Sozialleistungen bewertet wird.

Wohnbaupolitik

Ein heißes Eisen hat die Landesregierung 2010 auch mit der Wohnungsnot in Südtirol angefasst. Mit dem Slogan *1.000 Wohnungen für den Mittelstand* hat sie auf die Kritik der letzten Jahre reagiert und im Herbst einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dabei standen vor allem zwei Dinge im Vordergrund: erstens die

l'esenzione del 10% dei redditi dipendenti e con l'esenzione della prima casa con accessori e dei patrimoni mobili fino a 100.000 euro per il calcolo reddituale e patrimoniale, insistono però affinché il sistema DURP venga ancora migliorato e hanno acconsentito ad iniziarlo a condizione che in futuro anche gli edifici aziendali vengano valutati dal sistema.

Le trattative in merito al sistema DURP hanno fornito sufficienti contenuti ai mass media locali, a causa delle controversie sorte tra mondo politico e sindacale riguardo ad una adeguata valutazione patrimoniale, evocando in questo modo “un pò di conflitto di classe”. L'amministrazione provinciale ha sottoposto le statistiche sui fruitori della distribuzione contributiva per il 2009 alle associazioni e ai sindacati. In questo contesto erano state elencate le fasce della popolazione altoatesina che maggiormente facevano ricorso ai contributi provinciali. Mentre le cifre assolute rappresentano chiaramente i lavoratori dipendenti come fruitori dei contributi pubblici, questa affermazione viene relativizzata se si paragona la quota percentuale dei richiedenti al numero complessivo della stessa fascia di popolazione.

Questo si può far risalire agli assegni familiari regionali, che furono concepiti come servizio sociale per l'intera popolazione. La percentuale dei lavoratori autonomi che nel 2009 hanno ricevuto l'assegno familiare regionale è, rispetto al loro numero complessivo, di circa il 6%, mentre quella dei lavoratori dipendenti è di circa il 9%. Per altre prestazioni tipiche dei lavoratori dipendenti invece, che riguardano soprattutto i contributi per gli affitti e per il piano casa, la quota dei lavoratori dipendenti è molto più alta delle aspettative, sia nel numero delle richieste che per la somma dei contributi ricevuti.

Se il sistema DURP resta in questa forma, non sarà altro che il nuovo formato di una vecchia stesura. Si è ancora molto lontani da una redistribuzione più che soddisfacente, così come viene presentata dall'amministrazione provinciale. Decisiva sarà la capacità di imporsi dei sindacati per quanto riguarda la questione del patrimonio aziendale e in che misura esso sarà valutato per il diritto alle prestazioni sociali.

Politica dell'edilizia

Nel 2010 la giunta provinciale ha toccato una questione scottante anche per quanto riguarda la necessità degli alloggi in Alto Adige. Con lo slogan dei “1000 appartamenti per il ceto medio”, la giunta ha reagito alla critica degli ultimi anni e in autunno ha preso una decisione adeguata. In primo piano vi erano soprattutto due elementi connessi: in primo luogo come questo ceto medio si potesse comune-

Frage, wie sich dieser Mittelstand in Südtirol überhaupt definieren lässt, und zweitens, warum der Mittelstand im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit derart stark thematisiert wird.

Da es bei dieser Diskussion in erster Linie um das Grundbedürfnis einer angemessenen und erschwinglichen Wohnung auch für Besserverdienende im Lande geht, kann der Begriff *Mittelstand* in diesem Fall auf ein Südtirol-spezifisches Problem beschränkt werden: Gemeint sind lohnabhängig Beschäftigte, die trotz eines mittleren bis höheren Einkommens, gleichzeitig aber wegen des enormen Steuerdrucks, wegen der hohen Baukosten, wegen der hohen Mietpreise in den Zentren und wegen der einkommensbedingten hohen Zugangshürden zu öffentlichen Beiträgen immer mehr Schwierigkeiten haben, eine angemessene Mietwohnung oder Eigentumswohnung zu finden. Ebenso beklagt diese Bevölkerungsschicht eine zunehmende Beschränkung des bisherigen Lebensstandards, verbunden mit der Angst vor dem sozialen Abstieg. Somit trifft hier die Definition von Mittelstand, wie sie für den deutschen Sprachraum sonst gängig ist und in der Regel auch Klein- und Mittelunternehmer sowie Freiberufler mit einschließt, nicht zu.

Das Ausmaß und die Verteilung der Steuerlast sowie die Zugangskriterien zu öffentlichen Beiträgen können als Indikatoren für soziale Gerechtigkeit dienen und sind auch der Auslöser für diese Diskussion, welche die Politik schließlich dazu gedrängt hat, den Bau von Mittelstandswohnungen zu beschließen. Der hohe Steuerdruck auf mittlere und höhere Arbeitnehmereinkommen in Italien und die einkommensgebundenen Zugangshürden zu den Landesbeiträgen haben beim *lohnabhängigen Mittelstand* Proteste ausgelöst, da dieser einerseits zu viel verdient, um Anrecht auf öffentliche Beiträge zu haben, aber wiederum zu wenig, um sich in absehbarer Zeit eine Eigentumswohnung zu finanzieren.

Abhilfe soll daher der Bau von 1.000 Wohnungen leisten. 700 davon sind für die Gemeinden mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen vorgesehen, allein über 300 für Bozen. Die Wohnungen können entweder mittels Ratenkauf in der Höhe des Landesmietzins erworben oder mittels Mietrotation für maximal zehn Jahre ebenso zum Landesmietzins angemietet werden.² Wie schnell das beschlossene Vorhaben umgesetzt wird und inwieweit es sich als Erfolgsmodell bewährt, ist so kurz nach Inkrafttreten dieser Regelung noch nicht absehbar. Es bestätigt sich also für Südtirol, dass politisch brisante Themen wie die Wohnungsnot oder die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit in Zeiten der Krise durch den ständigen und wachsenden Druck verschiedener Bevölkerungskreise und deren Interessenverbände sowie durch die stärkere Thematisierung in den Medien schneller eine gesetzliche Regelung finden als in wirtschaftlich *guten Zeiten*.

mente definire in Alto Adige e in secondo luogo, perché venisse chiamato in causa con tale impeto il ceto medio in correlazione alla giustizia sociale.

Visto che in questa discussione si tratta in primo luogo di un alloggio adeguato e finanziariamente accessibile anche per persone con un reddito sopra la media, il termine “ceto medio” può essere limitato in questo caso ad un problema specifico dell’Alto Adige: sono qui intesi i lavoratori dipendenti che nonostante un reddito medio-alto, hanno sempre maggiori difficoltà a trovare un alloggio in affitto adeguato o un alloggio di proprietà a causa dell’alta pressione fiscale, degli alti costi dell’edilizia, degli alti affitti in centro e delle barriere reddituali per l’accesso ai contributi provinciali, per ricevere i contributi pubblici. Allo stesso modo questa fascia sociale rivendica una crescente limitazione dello standard di vita avuto in precedenza, collegata al timore di un declassamento sociale. Quindi, la definizione di ceto medio, come viene intesa nel mondo di lingua tedesca e che include anche gli imprenditori medio-piccoli e i liberi professionisti, qui non è pertinente.

La misura e la ripartizione dell’onere fiscale così come i criteri di accesso ai contributi pubblici possono servire come indicatori di giustizia sociale e sono anche il fattore scatenante di questa discussione, che la politica ha in definitiva sollecitato per decidere la costruzione di alloggi per il ceto medio. L’alta pressione fiscale sui redditi medio-alti in Italia e le barriere per l’accesso ai contributi provinciali, che sono legate al reddito, hanno scatenato le proteste di questo “ceto medio con stipendio da dipendente”, poiché questa fascia da una parte guadagna troppo per avere diritto ai contributi pubblici, ma dall’altra guadagna troppo poco, per potersi finanziare un alloggio di proprietà in tempi prevedibili.

Un rimedio deve quindi essere trovato mediante la costruzione di 1.000 appartamenti, di cui 700 sono previsti per i comuni con più di 10.000 abitanti e oltre 300 solo a Bolzano. Gli appartamenti possono essere acquistati tramite un importo rateale stabilito secondo il canone d’affitto provinciale, o tramite una rotazione di affitti per un massimo di dieci anni, da affittare ugualmente secondo il canone stabilito dalla provincia. La velocità con cui il progetto sarà tradotto in pratica, e fino a che punto questo si dimostrerà un modello di successo, non è prevedibile, data l’entrata in vigore troppo recente di questa regolamentazione. Per l’Alto Adige si conferma dunque che i temi politicamente scottanti come la necessità di alloggi o la questione di una maggiore giustizia sociale trovano una regolamentazione legislativa più velocemente nei tempi della crisi, che non negli “anni buoni” dell’economia, sia mediante la pressione costante e in aumento da parte di diverse fasce della popolazione e delle loro associazioni d’interessi, che tramite una forte presenza di queste tematiche nei mass media.

Steuerpolitik

Gefordert wurde die Abschaffung oder zumindest die Reduzierung von lokalen Steuern. Der massive Steuerdruck des Staates (Einkommenssteuer *Irpef*) wird von der Region und den Gemeinden durch die Einkommenszusatzsteuer, dem so genannten *Irpef*-Zuschlag, noch verstärkt. Nach mehreren Anhörungen der Gewerkschaften hat die Landesregierung im Herbst beschlossen, Bruttoeinkommen bis zu 15.000 Euro von der regionalen Zusatzsteuer zu befreien. Von der gewerkschaftlichen Forderung war dies noch weit entfernt, da der Großteil der lohnabhängigen Einkommen über dieser Grenze liegt. Zudem hätten auch alle MindestrentnerInnen und BezieherInnen von Niedrigrenten aufgrund der generellen Steuerbefreiung nicht davon profitieren können. Das Nachhaken der Gewerkschaften hat gefruchtet, Anfang Dezember wurden die 8 Millionen Euro, welche von der Presse als Steuergeschenk, von den Gewerkschaften hingegen als längst fällige und dennoch sehr bescheidene Entlastung betrachtet werden, neu verteilt: Das Haushaltsgesetz befreit ab 2010 alle Jahreseinkommen unter 12.500 Euro von der regionalen *Irpef*, gleichzeitig entfällt der *Irpef*-Zuschlag auch für jeden Steuerpflichtigen mit zu Lasten lebenden Kindern und einem Einkommen bis zu 25.000 Euro. Um die angekündigte Obstruktion der Opposition gegen den Landeshaushalt zu umschiffen, musste die Landesregierung einen Kompromiss eingehen und sich verpflichten, innerhalb Juni 2011 festzulegen, wie die regionale Zusatzsteuer ab 2012 auch höheren Einkommensstufen erlassen werden kann, und sie musste außerdem versprechen, ein Gesamtkonzept für die zukünftige Steuerpolitik des Landes zu erstellen (Dolomiten, 17.12.2010).

Ursprünglich wollten die Gewerkschaften mit der Abschaffung des *Irpef*-Zuschlags im Interesse der ArbeitnehmerInnen eine Gegenleistung für die Reduzierung der Wertschöpfungssteuer (*Irap*) zugunsten der Betriebe erwirken. Nicht die *Irap*-Reduzierung an sich wird von den Gewerkschaften kritisiert, sondern die Tatsache, dass keine verpflichtende Umverteilung dieser Steuerbegünstigung auf die ArbeitnehmerInnen festgelegt wurde. Die Politik hat die Sensibilität für diese Notwendigkeit vermissen lassen und eine gute Chance vertan, die breite Kaufkraft und somit die lokale Wirtschaft zu stärken. Die Reduzierung der *Irap* ist in dieser Form ein einseitiges Geschäft ohne spürbaren Nutzen für die Gesamtbevölkerung geblieben. Zudem ist die Einfrierung und die Harmonisierung der Tarife von Land und Gemeinden nach wie vor eine offene Forderung der Gewerkschaften. Gerade eine deutliche Senkung des lokalen Steuerdrucks für die gesamte Bevölkerung hätte die steigenden öffentlichen Tarife kompensieren können. So aber steht dem Steuernachlass für die

È stata richiesta l'abolizione o almeno la riduzione delle imposte locali. La massiccia pressione fiscale dello stato (tramite l'Irpef, l'imposta sul reddito) viene a sua volta maggiorata dalla regione e dai comuni attraverso una imposta aggiuntiva sul reddito, la cosiddetta addizionale Irpef. Dopo parecchie audizioni da parte dei sindacati, la giunta provinciale ha deciso in autunno di sgravare fino a 15.000 euro il reddito lordo dalla imposta addizionale regionale, ma questo dal punto di vista della richiesta sindacale era ancora troppo distante dal risultato desiderato, poiché la maggior parte dei redditi dipendenti si trova oltre questo limite. Inoltre non avrebbero potuto beneficiarne i pensionati con la pensione minima e coloro che percepiscono sussidi a causa della generale esenzione fiscale. La tenacia dei sindacati ha dato i suoi frutti: all'inizio di dicembre gli otto milioni di euro, che la stampa considerava un regalo fiscale, mentre per i sindacati erano al contrario uno sgravio a lungo atteso e tuttavia molto modesto, furono distribuiti. La legge sul bilancio sgrava tutti i redditi annuali al di sotto dei 12.500 euro dall'Irpef regionale a partire dal 2010, contemporaneamente decade il supplemento Irpef anche per chi ha a carico dei figli e un reddito che arrivi fino ai 25.000 euro. Per aggirare l'annunciato ostruzionismo dell'opposizione contro il bilancio provinciale, la giunta provinciale doveva giungere ad un compromesso e impegnarsi a definire entro il giugno 2011 in che modo l'imposta aggiuntiva può venire condonata anche con livelli di reddito maggiori a partire dal 2012, e inoltre impegnandosi a redigere un piano complessivo per la futura politica fiscale della provincia (Dolomiten 2010, 13).

Con l'abolizione dell'addizionale Irpef nell'interesse dei lavoratori dipendenti, in origine i sindacati volevano contraccambiare un servizio, ponendosi a favore della riduzione dell'imposta sul valore aggiunto regionale sulle attività produttive, l'Irap, nell'interesse delle aziende. I sindacati non criticano la riduzione dell'Irap in sé, ma il fatto che non sia stata stabilita una redistribuzione vincolante di questa agevolazione fiscale a favore dei lavoratori dipendenti. La politica ha perso un'occasione per dimostrare sensibilità verso questa necessità e sprecato una buona occasione per rafforzare il potere d'acquisto e quindi l'economia locale. La riduzione dell'Irap è restata in questo modo un affare unilaterale privo di un'utilità visibile da parte dell'intera popolazione. Inoltre il congelamento e l'armonizzazione delle tariffe provinciali e comunali è ancora una richiesta sindacale che non ha ricevuto risposta. Proprio un chiaro abbassamento della pressione fiscale locale a favore dell'intera popolazione avrebbe potuto compensare le tariffe pubbliche in crescita. In questo modo invece lo sgravio fiscale di 120 milioni di euro per il mondo eco-

Wirtschaft von 120 Millionen Euro durch die bisherige *Irap*-Senkung eine Reduzierung der regionalen Einkommenszusatzsteuer von 8 Millionen Euro gegenüber.

Resümee

Die Umsetzung des gemeinsamen Dokuments der Gewerkschaften und der Sozialverbände vom 19. Juni 2008 muss als unzureichend bewertet werden. Der Nutzen, den diese Forderungen bei einer konsequenten Anwendung gebracht hätten, lässt sich durchaus erahnen. Was bisher gefehlt hat, ist der politische Wille und die Konsequenz, vernünftige Maßnahmen auch gegen die Drohungen der Wirtschaft, den Steuersitz zu verlegen oder Investitionen zu kürzen, durchzusetzen, um mit den ArbeitnehmerInnen die größte Gruppe der KonsumentInnen zu stärken.

Zumindest aber lässt sich erkennen, dass die fortschreitende Krise durch die ständige Thematisierung der sozialen Belange bei der Landesregierung mehr Handlungsbereitschaft bewirkt hat. Die Zunahme der Aussprachen, Anhörungen und Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften seit Beginn der Krise sind noch kein Idealzustand und werden die massive direkte Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände und einzelnen Konzerne nicht wettmachen können. Trotzdem lässt sich feststellen, dass der anhaltende Druck, den die Gewerkschaften auf die Politik ausüben, in der Aufnahme der Themen und in der politischen Diskussion eine Kursänderung in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit erkennen lässt.

Auch die Gewerkschaften selbst sind in Südtirol im Wandel. Sie gehen eine Gratwanderung zwischen Ideologie und Dienstleistungsbetrieb und unterscheiden sich voneinander darin, welcher der beiden Ausrichtungen sie die Priorität einräumen. Fest steht: Soziale Errungenschaften wurden durch ideologische Argumentation erreicht, daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Fest steht aber ebenso, dass die Gewerkschaften durch die wachsende bürokratische Betreuung der BürgerInnen fest in der Gesellschaft verankert sind.

4. Die Autonomie und die Sozialpolitik

Ein langjähriges politisches Vorhaben, das bislang auf dem Papier zu verstauben schien, könnte jetzt, bedingt durch die Mittelknappheit des Staates, Realität werden und gleichzeitig einen autonomiepolitischen Meilenstein setzen. Die Rede ist von der *Autonomen Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalt des Landes*, einer Art Lan-

nomico, ottenuto mediante l'abbassamento dell'Irap, si trova di fronte alla riduzione di otto milioni dell'imposta regionale addizionale sul reddito.

Riassunto

La trasformazione del documento comune dei sindacati e delle parti sociali del 19 giugno 2008 deve essere valutata come insoddisfacente. I vantaggi che queste richieste avrebbero portato tramite un'applicazione conseguente, si possono intuire pienamente. Quello che è mancato finora è la volontà politica, e la consequenzialità di far valere provvedimenti ragionevoli anche contro le minacce del mondo economico di spostare la sede fiscale in un'altra provincia o all'estero o di ridurre gli investimenti, al fine di rafforzare, tramite i lavoratori dipendenti, la fascia più ampia tra i consumatori. Almeno si può riconoscere però che la crisi progressiva, tramite il costante richiamo alle tematiche di rilevanza sociale, ha provocato una maggiore disponibilità all'azione da parte della giunta provinciale. L'aumento dei chiarimenti, delle audizioni e delle trattative tra la giunta provinciale e i sindacati a partire dall'inizio della crisi non sono ancora ad uno stato ideale e non potranno compensare il massiccio e diretto lavoro di lobbying delle associazioni imprenditoriali e dei singoli gruppi industriali. Tuttavia si può accertare come la costante pressione esercitata dai sindacati sul mondo politico, che si riconosce tramite il riconoscimento delle varie tematiche e la discussione politica, vada in direzione di una maggiore giustizia sociale.

Anche gli stessi sindacati in Alto Adige sono soggetti ad una fase di cambiamento, si trovano in bilico tra l'ideologia e l'essere azienda di servizi, distinguendo l'uno dall'altro in base a quale dei due orientamenti concedere la priorità. Quello che resta saldo è che le conquiste sociali sono state raggiunte tramite argomenti ideologici, e questo anche in futuro non cambierà. Un punto altrettanto fermo è che i sindacati sono strettamente ancorati alla società, anche tramite la crescente assistenza burocratica ai cittadini.

4. L'autonomia e la politica sociale

Una questione politica annosa, che finora sembrava rimasta impolverata sulle carte, potrebbe diventare realtà adesso, favorito anche dagli scarsi mezzi finanziari dello stato, e contemporaneamente potrebbe costituire una pietra miliare

des-INPS, wie man es im Volksmund ausdrücken würde. In Wahrheit ist damit aber ein viel weitreichenderes Projekt geboren als die Verfasser der gesetzlichen Grundlage damals, im fernen Jahr 1978, vielleicht beabsichtigt hatten. Die autonome Südtiroler Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalt soll nämlich nicht nur die Aufgaben der nationalen Vorsorge- und Fürsorgeinstitute NISF/INPS und INPDAP/NFIAÖV sowie des nationalen Arbeitsunfallversicherungsinstitutes INAIL umfassen (INPS/ NISF – Nationales Für- und Vorsorgeinstitut; INPDAP/NFIAÖV – Nationales Fürsorgeinstitut für Angestellte in der öffentlichen Verwaltung; INAIL – Nationales Institut für Versicherung gegen Arbeitsunfälle), sondern gleichzeitig auch die Sozialleistungen der Autonomen Region Trentino-Südtirol und der Autonomen Provinz Bozen verwalten. Dies bedeutet, dass eine solche Anstalt nicht nur die Einnahmen und das Vermögen der staatlichen Renten und der temporären Leistungen der staatlichen Fonds verwalten soll, sondern auch die in den letzten Jahren angewachsenen Bereiche der Zusatzrente, der Zusatzkrankenversicherung und der Pflegesicherung. Auch die Aufsicht über das Versicherungswesen könnte Teil der Aufgaben werden. Hinzu kommt ein weiterer Bereich, der in diese allumfassende neue Landesinstitution fließen soll, nämlich die derzeit von den Regional- und Landesämtern und zum Teil auch vom Staat vorgesehenen Sozialleistungen: Es gibt heute vier Arten von Mutterschaftsgeld, drei Arten von Familiengeld und zwei Arten von Arbeitslosengeld, Mobilitätsgeld und Lohnausgleich. Der Landessozialversicherungsanstalt käme somit auch die Koordinierung dieser nahezu unüberschaubaren Leistungen zu. Zum einen soll diese Institution die Gesetzgebung von Staat, Region und Land auf dem Gebiet der Vorsorge effizienter umsetzen und verwalten, zum anderen soll den BürgerInnen das Leben mit der Verwaltung leichter gemacht werden, wenn diese Informationen und Leistungen im sozialen Bereich *aus einer Hand* bekommen.

Auch wenn das Vorhaben noch nach Zukunftsmusik klingt, ist es eine Tatsache, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die autonome Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalt bereits gegeben sind und bis ins Jahr 1978 zurückreichen. Die Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut D.P.R. Nr. 58 vom 06.01.1978 sieht vor, dass der Staatspräsident den von der Region errichteten autonomen Vorsorgeanstalten auch Funktionen der gesamtstaatlichen Anstalten INPS, INAIL, usw. übertragen kann. Die darin enthaltene Bedingung, dass diese Anstalten von der Region errichtet werden müssen, ist ebenso erfüllt. Mit dem Regionalgesetz Nr. 6/1998 wurde in den Provinzen Bozen und Trient jeweils eine solche Vorsorgeanstalt errichtet, welche nach und nach mit Regional- und Landesgesetzen weiter ausgestaltet werden kann. Dass das Bestreben einer eigenen Sozialversicherungsanstalt nun konkret zu sein scheint, zeigt sich am entsprechenden Beschlussantrag,

dell'autonomia politica. Si tratta dell'"Istituto Autonomo Provinciale della Previdenza e Assistenza Sociale", un tipo di "Inps provinciale", come si definirebbe comunemente. In realtà con questa idea è nato un progetto molto più esteso di quello che l'autore di allora, nel lontano 1978, forse intendeva. L'istituto autonomo della previdenza sociale dell'Alto Adige non dovrà infatti amministrare solo i compiti dell'Inps, dell'Inpdap e dell'Inail (Inps – L'Istituto Nazionale della Previdenza Sociale; Inpdap – Istituto Nazionale di Previdenza e Assistenza per i Dipendenti dell'Amministrazione Pubblica; Inail – Istituto Nazionale per l'Assicurazione contro gli Infortuni sul Lavoro), ma allo stesso tempo dovrebbe amministrare anche i servizi sociali della regione autonoma Trentino-Alto Adige e della provincia autonoma di Bolzano. Questo significa che un simile istituto deve amministrare le entrate, il patrimonio delle pensioni statali e i servizi temporanei dei fondi statali, ma anche gli ambiti delle pensioni supplementari sviluppatasi negli ultimi anni, dell'assicurazione sanitaria supplementare e della assistenza per gli anziani disabili. Anche il controllo delle assicurazioni potrebbe rientrare tra i compiti da svolgere, a cui si aggiunge un ulteriore ambito, in grado di confluire in questa nuova istituzione provinciale, vale a dire i servizi sociali al momento offerti dagli uffici regionali, provinciali e in parte anche dallo stato: oggi ci sono quattro tipi di assegni di maternità, tre tipi di assegni familiari e due tipi di assegni per la disoccupazione, seguono gli assegni di mobilità e la cassa integrazione. L'istituto provinciale di previdenza sociale sarebbe in questo modo competente anche per il coordinamento di questi servizi dalle proporzioni quasi sterminate. Da una parte questa istituzione dovrebbe amministrare e trasporre in modo più efficiente la legislazione di stato, regione e provincia nel campo della previdenza sociale, dall'altra dovrebbe facilitare ai cittadini il rapporto con la pubblica amministrazione, quando in materia di previdenza sociale ricevono questi servizi e informazioni da un unico ente.

Anche se il progetto appare ancora una pura utopia, è un fatto che le condizioni quadro giuridiche per la previdenza sociale autonoma esistono già e risalgono addirittura al 1978. La norma di attuazione dello statuto di autonomia D.P.R. n. 58 del 06/01/1978 prevede che il Capo dello Stato possa conferire all'istituto previdenziale costituito dalla regione anche funzioni degli istituti statali come Inps, Inail, ecc. La condizione contenuta nello statuto, secondo cui questi istituti devono essere fondati dalla regione, è altrettanto soddisfatta. Con la legge regionale n. 6/1998 è già stato fondato un istituto previdenziale di questo tipo nelle province di Bolzano e Trento, che può essere sviluppato ulteriormente e gradatamente con leggi regionali e provinciali. Che l'aspirazione verso un proprio istituto di previdenza

der im November noch in der SVP-Landtagsfraktion behandelt wurde. Mit Beschluss des Landtages kann die Landesregierung beauftragt werden, die entsprechenden Verhandlungen mit Rom aufzunehmen, um die Landesversicherungsanstalt zu verwirklichen.

Es geht also nicht mehr um die Schaffung einer autonomen Anstalt als vielmehr um deren konkrete Verwirklichung. Trotz aller Euphorie auf Seiten der Befürworter muss festgehalten werden, dass es sich hierbei nicht um eine Übernahme von sozialstaatlichen Kompetenzen handelt, sondern nur um die Verwaltung der Aufgaben, die die staatlichen Körperschaften bisher selbst ausgeübt haben. Die Autonomie dieser neuen Landesanstalt reicht also nicht soweit, dass bestehende staatliche Bestimmungen wie die Höhe der Rentenbeiträge oder die Höhe der Rentenzahlungen abgeändert werden können, sondern ist in dem Sinne zu verstehen, dass das Personal lokal verwaltet wird, dass die Sozialversicherungsbeiträge ordnungsgemäß eingetrieben werden, dass die Zahlungen für die verschiedenen Leistungen wie Renten, Familiengelder oder Invaliditätsgelder vorgenommen werden. Die Anstalt selbst soll von den Sozialpartnern, also von den lokalen Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften sowie von den öffentlichen Körperschaften Land, Region und Staat verwaltet werden, welche zugleich die Kontrolle über die jeweiligen von ihnen auf die Landesanstalt übertragenen Funktionen ausüben würden.

Autonomiepolitisch ist die Landesversicherungsanstalt als Fortschritt zu sehen, weil man hiermit einen Bereich – im wahrsten Sinne des Wortes – an Land zieht, der für die gesamte Südtiroler Bevölkerung einen unentbehrlichen Dienst erfüllt. Gleichzeitig steuert man auf diese Weise den derzeitigen zentralistischen Bestrebungen bei der Umformung der sozialstaatlichen Institutionen entgegen. Noch ein weiterer Vorteil scheint damit verbunden: Mit einer Landessozialversicherungsanstalt könnte man die auf staatlicher Ebene immer stärker werdende Tendenz der Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen im Sozialbereich abwenden. Wie lange sich die Zielgerade für die autonome Vorsorge- und Sozialversicherungsanstalt hinzieht, zeichnet sich noch nicht ab und hängt auch zum Teil davon ab, welchen staatlichen Dienstleistungen für die Verwaltungsübernahme durch das Land Priorität eingeräumt wird.

Seit Jahren wird in Südtirol diskutiert, welche Kompetenzen das Land noch vom Staat übernehmen könnte, um die Autonomie auszubauen. War dies vor zehn oder 20 Jahren noch ein rein parteipolitisches Tauziehen mit Rom, so werden die Kompetenzabtretungen und Finanzierungsübernahmen heute weitgehend aus finanziellen Gründen entschieden. Der Staat muss seine Kassen entlasten und ist gewillt, dem Land Südtirol immer mehr Bereiche zur Finanzierung und Selbstverwal-

sociale sembri adesso vicino alla sua realizzazione, lo dimostra la corrispondente richiesta di delibera che è stata trattata a novembre dalla frazione dell'Svp al consiglio provinciale. Con delibera del consiglio provinciale la giunta provinciale può essere incaricata di avviare le trattative che ne conseguono con Roma, al fine di realizzare l'istituto di previdenza provinciale.

Non si tratta più quindi dell'ideazione di un istituto autonomo, quanto piuttosto della sua concreta realizzazione. Nonostante tutta l'euforia da parte dei sostenitori, bisogna tenere presente che non si tratta di rilevare di competenze dello stato sociale, ma che si tratta unicamente dell'amministrazione di compiti che finora solo gli enti statali avevano esercitato. L'autonomia di questo nuovo istituto provinciale non è dunque sufficiente da essere in grado di modificare le norme statali vigenti come l'ammontare dei contributi pensionistici o dei pagamenti pensionistici, ma è da intendere nel senso che il personale verrà amministrato localmente, i contributi previdenziali verranno riscossi regolarmente e verranno effettuati i pagamenti per i diversi servizi come pensioni, assegni familiari o assegni di invalidità. L'istituto stesso deve essere amministrato dalle parti sociali, quindi dalle associazioni di categoria locali e dai sindacati, così come dagli enti pubblici quali provincia, regione e stato, che al tempo stesso eserciteranno il controllo sulle medesime funzioni passate in consegna da essi stessi all'istituto provinciale.

Dal punto di vista dell'autonomia politica l'ente previdenziale provinciale è da vedere come un progresso, poiché in questo modo si porta sul territorio un servizio indispensabile per l'intera popolazione altoatesina. Un ulteriore vantaggio sembra insito in questa situazione: con un istituto di previdenza sociale provinciale si potrebbe evitare la sempre più forte tendenza da parte dello stato volta a privatizzare i servizi statali del settore sociale. Non si è ancora in grado di delineare per quanto tempo si protrarrà la dirittura d'arrivo dell'autonomia previdenziale e per l'istituto di previdenza sociale. Questo dipende in parte anche da quali servizi statali verranno accordati alla provincia nel passaggio amministrativo delle consegne.

Da anni si discute in Alto Adige in merito a quali competenze la provincia potrebbe ancora rilevare dallo stato per ampliare l'autonomia. Se questo venti o dieci anni fa dipendeva dai partiti che governavano a Roma, allora oggi la cessione di competenze alla provincia viene decisa sulla base delle esigenze finanziarie del bilancio statale. Lo stato deve alleggerire la spesa delle sue casse ed è intenzionato a cedere alla provincia dell'Alto Adige sempre più competenze nell'ambito dei finanziamenti e dell'autoamministrazione. Con il cosiddetto "Accordo di Milano" del 30 novembre 2009 sono state già fissate alcune sfere di competenza tra il governo italiano e la provincia dell'Alto Adige. Per questo dal 2010 lo stato trattiene

tung zu überlassen. Mit dem so genannten *Mailänder Abkommen* vom 30. November 2009 wurden zwischen der italienischen Regierung und dem Land Südtirol einige Bereiche bereits abgesteckt. Hierfür behält der Staat seit 2010 an die 100 Millionen Euro vom Südtiroler Landeshaushalt ein, das Land muss in Zukunft selbst finanziell dafür aufkommen. Die Verhandlungen zur konkreten Kompetenzverteilung haben sich über das gesamte Jahr 2010 hingezogen und waren bis Mitte Dezember noch offen. Den Medienberichten zufolge haben mehrere offizielle und inoffizielle Gespräche über den Postdienst, den RAI Sender Bozen oder die Universität Bozen stattgefunden, um nur einige Bereiche zu nennen.

5. Die Gemeinderatswahlen 2010

Ein ebenso wichtiges wie spannendes Ereignis in der politischen Landschaft Südtirols waren im Mai 2010 die Gemeinderatswahlen. Und es hat sich einiges getan im Vergleich zu den Wahlen 2005. Auch aus Sicht der lohnabhängig Beschäftigten, wenn man rein nach dem zahlenmäßigen Ergebnis geht. Allerdings scheint sich auch auf Gemeindeebene zu bewahrheiten, was sich seit Jahrzehnten im Südtiroler Landtag feststellen lässt: Die zahlenmäßige Stärke der politischen ArbeitnehmervertreterInnen hat bisher kaum, etwa durch eine deutliche sozialpolitische Kursänderung, zu mehr sozialer Gerechtigkeit geführt.

Betrachtet man die Gemeinderatswahlen aus dem Blickwinkel der verschiedenen Interessengruppen, insbesondere der Gruppierungen innerhalb der SVP, ergibt sich folgendes Bild:

Der Wirtschaftsflügel der SVP spricht von einer „sehr positiven Wahl“ (Dolomiten, 18.05.2010). Gut zehn der neuen BürgermeisterInnen entstammen der SVP-Wirtschaft. Die größere Gruppe, die wegen der Mandatsbeschränkung allerdings Einbußen hinnehmen musste, ist die SVP-Landwirtschaft. 26 Bauernbürgermeister waren es 2005. Von den 15 Bürgermeistern, die nicht mehr antreten durften, konnte man elf ersetzen. Die Handwerker haben es insgesamt auf 16 Bürgermeister gebracht, allerdings nicht alle aus der SVP.

Auch der Arbeitnehmerflügel der SVP zählt sich zu den Siegern der Gemeinderatswahlen von 2010. Dabei verweist man auf den Zuwachs von fast 20 Prozent, nämlich von 380 auf 460 Gemeinderäte, sowie auf die elf dazugekommenen BürgermeisterInnen, deren Gesamtzahl nun beachtliche 44 beträgt. Damit retteten die SVP-ArbeitnehmerInnen ihre Partei auch vor einem größeren Wählerabgang zu den anderen Parteien. Vor allem hier wird sich aber in der laufenden Amtsperiode

100 milioni di euro dal bilancio provinciale altoatesino, mentre la provincia dovrà in futuro gestirlo in autonomia finanziaria. Le trattative per la concreta distribuzione delle competenze si sono protratte per tutto il 2010 ed erano ancora aperte verso metà dicembre; i mass media hanno comunicato che svariati colloqui ufficiali e ufficiosi hanno avuto luogo in merito al servizio postale, all'emittente RAI Bozen o all'Università di Bolzano, per citare solo alcuni ambiti di competenza.

5. Le elezioni comunali del 2010

Un avvenimento tanto importante quanto interessante nel paesaggio politico dell'Alto Adige è stato quello delle elezioni comunali del maggio 2010; in cui qualcosa è cambiato rispetto alle elezioni del 2005, anche dal punto di vista dei lavoratori dipendenti, se si segue unicamente il risultato numerico. Tuttavia sembra avverarsi anche a livello comunale quello che da decenni si constata nella giunta provinciale altoatesina: la forza numerica dei rappresentanti dei lavoratori dipendenti nella politica non ha finora portato a più giustizia sociale nel senso di un netto cambiamento di rotta.

Se si considerano le elezioni comunali dalla prospettiva dei diversi gruppi di interessi, in particolare dei raggruppamenti all'interno dell'Svp, emerge il seguente quadro:

L'ala dell'Svp legata al mondo economico parla di un "risultato elettorale molto positivo" (Dolomiten 2010a). Ben dieci dei nuovi sindaci provengono dall'ala dell'Svp legata al mondo economico. Il gruppo maggiore, che a causa di una limitazione di mandato tuttavia ha dovuto accettare delle perdite, è l'ala agraria dell'Svp. Nel 2005 vi erano 26 sindaci di questa fazione, dei 15 che non potevano più ricandidarsi, se ne sono potuti sostituire 11. Gli artigiani hanno potuto ottenere complessivamente 16 sindaci, anche se non tutti dell'Svp.

Anche l'ala sociale dell'Svp, gli SVP-Arbeitnehmer, è tra i vincitori delle elezioni comunali del 2010, con cui si indica la crescita di quasi il 20%, vale a dire da 380 consiglieri comunali a 460, così come all'aggiunta degli undici sindaci, il cui numero attuale sale ragguardevolmente a 44 nel complesso. In questo modo gli SVP-Arbeitnehmer hanno potuto salvare il loro partito anche da una grande fuoriuscita di voti verso altri partiti. Ma soprattutto si vedrà se in questo mandato che dura fino al 2015, questa forza numerica a livello comunale si trasformerà in una politica favorevole al lavoro dipendente dal punto di vista fiscale, tariffario e degli investimenti. Da questo dipenderà anche se l'attuale successo elettorale degli SVP-

bis 2015 zeigen, ob sich diese zahlenmäßige Stärke auf Gemeindeebene in eine arbeitnehmerfreundliche Steuer-, Tarif- und Investitionspolitik ummünzen lässt. Davon wird auch abhängen, ob sich dieser Wahlerfolg in fünf Jahren für die SVP-ArbeitnehmerInnen wiederholen lässt oder ob, wie bei den Landtagswahlen, nach dem Erfolg von 2003 eine Ernüchterung wie 2008 folgt.

Wenig geholfen hat die erstmals angewandte Mandatsbeschränkung auf 15 Amtsjahre der *Jungen Generation* (JG) in der SVP. Von den vormaligen vier BürgermeisterIn gibt es nun noch deren zwei, die unter 35 Jahre alt sind. Bei den Gemeinderäten kam die JG immerhin auf 123 unter 30-Jährige. Die Mandatsbeschränkung sehr wohl zu spüren bekamen dagegen die SVP-Senioren. Zahlreiche altgediente Bürgermeister durften nicht mehr antreten, wenig neue SeniorInnen kamen hinzu. Zu den WahlsiegerInnen zählen sich hingegen auch die SVP-Frauen um Martha Stocker. Im Vergleich zwischen 2005 und 2010 wurden aus vier Bürgermeisterinnen neun, aus 323 Gemeinderätinnen wurden zwar nur mehr 317, allerdings wurde diesmal nicht in allen Gemeinden gewählt.

Nach dem traditionellen Raster lassen sich die Wahlergebnisse von 2010 folgendermaßen beschreiben:

Die Wahlbeteiligung ist bei diesen Gemeinderatswahlen im Vergleich zu 2005 mit einem Minus von 4,7 Prozent leicht zurückgegangen. Man kann deswegen nicht von Politikverdrossenheit sprechen, da die Gesamtbeteiligung bei knapp 75 Prozent liegt und einige Gemeinden eine Beteiligung von weit über 80 Prozent erreicht haben. Auffallend ist, dass mit Bozen (65,7 Prozent) und Meran (63,8 Prozent) die beiden größten Städte des Landes die niedrigste Beteiligung aufweisen. Für Bozen lässt sich dies zum Teil damit erklären, dass die italienischen WählerInnen den von innerparteilichen Streitereien geprägten Wahlkampf auf Seite der italienischen Parteien mit der hohen Wahlabstinz quitiert haben. Erwähnt werden muss auch die Gemeinde mit den fleißigsten WählerInnen, nämlich Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix mit einer Beteiligung von 90,4 Prozent (vgl. Region Trentino-Südtirol 2010).

Die SVP hat die Gemeinderatswahlen trotz aller Voraussagen und eigenen Befürchtungen eher unbeschadet überstanden, verlor aber dennoch insgesamt 2 Prozent der Stimmen (57,4 Prozent) und 73 Sitze. Erfolgreicher hat sie bei der Wahl der BürgermeisterInnen abgeschlossen. Von den insgesamt 111 zu wählenden BürgermeisterInnen gingen 100 an die SVP. Damit hat die SVP im Vergleich zu 2005 weit weniger Bürgermeistersessel eingebüßt als ihr vorausgesagt wurde. Schmerzliche Verluste und gleichzeitig große Überraschungen sind allerdings Eppan und Toblach, wo einerseits die Bürgerliste andererseits die *Unabhängigen – Indipen-*

Arbeitnehmer si ripeterà tra cinque anni o se si avrà una situazione simile alle elezioni provinciali, in cui al successo del 2003 è seguita la disillusione del 2008.

È stata di poco aiuto alla “generazione dei giovani” (“*JG*” o “*Junge Generation*”) dell’Svp la limitazione di mandato ai 15 anni di servizio in vigore per la prima volta. Dei quattro sindaci precedenti ne restano adesso solo due con un’età al di sotto dei 35 anni. Nelle elezioni comunali la “*JG*” ha piazzato almeno 123 eletti al di sotto dei 30 anni. Per contro gli anziani dell’Svp hanno abbondantemente provato sulla loro pelle la limitazione di mandato: numerosi sindaci veterani non hanno più potuto candidarsi e pochi nuovi anziani sono sopraggiunti. Tra i vincitori delle elezioni hanno la loro rappresentanza anche le donne dell’Svp, intorno a Martha Stocker. In un confronto tra il 2005 e il 2010, dalle precedenti quattro donne sindaco siamo passati a nove, dalle 323 consigliere comunali siamo passati a soltanto 317, tuttavia questa volta non si è votato in tutti i comuni.

A seguito del tradizionale prospetto post-elettorale, i risultati del 2010 si commentano nel modo seguente:

La partecipazione al voto in queste elezioni comunali è lievemente calata del 4,7% rispetto al 2005. Non si può perciò parlare di malumore o svogliatezza nei confronti della politica, visto che la partecipazione complessiva è del 75% e in alcuni comuni è di oltre l’80%. Colpisce il fatto che la partecipazione più bassa al voto si sia avuta a Bolzano (con il 65,7%) e a Merano (con il 63,8%). Nel caso di Bolzano questo si spiega in parte con il fatto che gli elettori di lingua italiana hanno reagito alla campagna elettorale dei loro partiti, segnata dai continui litigi interni, con un’alta astinenza. Devono essere menzionati poi i comuni con gli elettori più volenterosi, vale a dire quello di Senale-S.Felice, con una partecipazione del 90,4% (cfr. Regione Trentino-Alto Adige).

L’Svp ha superato la prova in maniera piuttosto incolume, nonostante tutte le predizioni e i timori, complessivamente ha perso tuttavia il 2% dei voti (57,4%) e 73 seggi; ha avuto più successo in merito all’elezione dei sindaci. Dei 111 sindaci da eleggere, 100 appartengono all’Svp. In questo modo, rispetto al 2005, l’Svp ci ha rimesso molte meno poltrone da sindaco di quanto gli era stato predetto. Perdite dolorose e al tempo stesso grandi sorprese si sono comunque avute a Appiano e a Dobbiaco, dove da un lato la lista civica e dall’altro lato gli “Indipendenti” hanno potuto accaparrarsi la carica di sindaco. A Dobbiaco un candidato di lingua italiana occupa per la prima volta la poltrona di sindaco. Questa situazione è stata resa possibile dalla litigiosità delle fazioni interne all’Svp, i cui attuali candidati da soli non hanno raggiunto la maggioranza necessaria.

denti diesmal das Bürgermeisteramt für sich gewinnen konnten. In Toblach hat erstmals ein italienischer Kandidat den Bürgermeistersessel besetzt. Möglich gemacht haben dies die zerstrittenen SVP-internen Gruppierungen, deren jeweiliger Kandidat allein nicht die notwendige Mehrheit erreichte, weshalb sich der Kandidat der unabhängigen Liste als lachender Dritter freuen durfte.

Einen beachtlichen Teil am Kuchen dazugewonnen haben die Freiheitlichen mit Ergebnissen in einigen Gemeinden, etwa des Großraumes Brixen, von über 10 und über 20 Prozent und einem Drittel der Stimmen in der Gemeinde Vintl. Interessant ist hierbei, dass die gewöhnlich auf dem Lande stärkere Partei dieses Mal auch in den Städten punktete und in Brixen, Bruneck und Sterzing zweitstärkste Kraft wurde. Wohl eine Folge davon, dass in diesen Zentren mit einem gewöhnlich höheren Anteil an Immigranten die teilweise banalen Wahlsprüche der Freiheitlichen (z.B. *Wir passen auf deine Stadt auf*) für viele WählerInnen ansprechender waren als die Aussagen der SVP. Während die Freiheitlichen durch die Kandidatur in 56 Gemeinden von elf auf 124 Gemeinderatssitze zulegen, stellten ihre BürgermeisterkandidatInnen für die SVP keine große Gefahr dar. Daraus kann man urteilen, dass die WählerInnen in vielen Gemeinden in den Freiheitlichen eine geeignete Kontrollinstanz gegenüber der traditionellen Machtstellung der SVP sehen, dass ihnen die Regierungskompetenz allerdings noch nicht zugesprochen wird.

Eine eher unberechenbare Größe stellen bei Wahlen gewöhnlich die Bürgerlisten dar. Auch sie haben – trotz unterschiedlicher politischer Färbung – kräftig zugelegt und im Vergleich zu 2005 mehr als 70 Sitze dazugewonnen (277 Gesamtsitze) und in Eppan und Toblach auf Kosten der SVP sogar das Bürgermeisteramt für sich entscheiden können. Was die Gemeinderäte betrifft, sind die Bürgerlisten kein flächendeckendes Phänomen. Während sie in manchen Gemeinden kaum bis gar nicht präsent sind, machen sie der SVP mit dem erzielten Wahlergebnis mancherorts kräftig Konkurrenz, was allerdings mehr auf die KandidatInnen selbst und die gemeindeeigenen Streitthemen als auf eine ideologische Grundeinstellung zurückzuführen ist.

Die zum Teil mit den Bürgerlisten kooperierenden Grünen betrachten die Gemeinderatswahlen 2010 mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Während man in den beiden größten Städten Bozen (über 6 Prozent) und Meran (knapp 15 Prozent) ein gutes Ergebnis einfuhr, ist der landesweite Zuspruch im Vergleich zu 2005 leicht gesunken, von den 15 Gemeinderäten wurden 14 verteidigt.

Von den zu wählenden 111 BürgermeisterInnen kamen 62 neue Gesichter hinzu, gegenüber den 49 wiederbestätigten Amtsinhabern. Dies ist allerdings nicht auf eine Abwahl von Amtsinhabern zurückzuführen, davon gab es gerade einmal zwei

Una fetta considerevole della torta è stata vinta dai *Freiheitlichen* in alcuni comuni, con risultati del 10 ma anche di oltre il 20%, per esempio, nel comprensorio di Bressanone e di un terzo dei voti nel comune di Vandoies. Riguardo a ciò è interessante come il partito solitamente più forte nella periferia questa volta abbia puntato sulle città, e a Bressanone, Brunico e Vipiteno sia diventato il secondo partito più forte. Un motivo di questa vittoria è certamente che in questi centri, con un numero solitamente più alto di immigrati, gli slogan a volte banali dei *Freiheitlichen* (per es. “Noi ci prendiamo cura della tua città”) per molti elettori erano più attraenti dei messaggi dell’Svp. Mentre i *Freiheitlichen* partecipavano in 56 comuni, hanno portato i loro seggi nei consigli comunali da 11 seggi a 124, i loro candidati a sindaco non rappresentavano un grosso problema per l’Svp. Da questi sviluppi si può valutare come gli elettori di molti comuni vedano i *Freiheitlichen* come una forza di controllo della tradizionale egemonia dell’Svp, a cui tuttavia non viene ancora accordata la capacità di governare.

Una forza davvero imprevedibile alle elezioni è solitamente costituita dalle liste civiche. Anche loro si sono imposte con forza, pur con diversi indirizzi politici, e rispetto al 2005 hanno vinto oltre 70 seggi in più (su 277 complessivi) e ad Appiano e Dobbiaco sono riusciti ad aggiudicarsi a spese dell’Svp perfino la carica di sindaco. Per quello che riguarda i consigli comunali, le liste civiche non sono un fenomeno esteso in tutta la provincia. Mentre in alcuni comuni sono appena presenti, in altri non lo sono affatto. In più di una località fanno invece grossa concorrenza all’Svp con un risultato elettorale conseguito, che tuttavia è riconducibile più al candidato stesso o alle controversie specifiche del comune interessato che all’impostazione ideologica di base.

I verdi, che in parte cooperano con le liste civiche, possono guardare alle elezioni comunali del 2010 con un sorriso e al tempo stesso con una lacrima: mentre sono giunti ad un buon risultato nei due centri principali di Bolzano (con oltre il 6%) e di Merano (poco meno del 15%), il consenso diffuso sull’intera provincia è leggermente calato rispetto al 2005, dei 15 consiglieri comunali ne sono stati salvati 14.

Tra i 111 sindaci eletti, 62 sono volti nuovi rispetto ai 49 in carica e riconfermati. Questo tuttavia non è da ricondurre ad una mancata rielezione dei sindaci in carica, caso che riguarda solo due candidati, ma all’entrata in vigore della limitazione del mandato a 15 anni di servizio, che ha impedito una ricandidatura in 54 casi. Si sono avuti i ballottaggi a Merano, Bressanone e Laives. A Bolzano al contrario, dove ci si aspettava il ballottaggio, il sindaco in carica Luigi Spagnolli ha dominato già alla prima tornata, superando la soglia del 50% per la sua conferma.

Fälle, sondern in 54 Fällen verhinderte die zum ersten Mal angewandte Mandatsbeschränkung auf 15 Amtsjahre eine Wiederkandidatur. Stichwahlen gab es in Meran, Brixen und Leifers. In Bozen hingegen, wo eine Stichwahl erwartet wurde, meisterte Bürgermeister Luigi Spagnolli bereits im ersten Anlauf die 50-Prozent-Hürde für seine Bestätigung. Die unüberbrückbaren Zerwürfnisse innerhalb des italienischen Mitte-rechts-Lagers haben Spagnolli diesen unerwarteten vorzeitigen Sieg beschert.

Ein für Südtirol nicht untypisches aber interessantes Phänomen sind die 100-Prozent-BürgermeisterInnen, davon gab es bei diesen Wahlen elf. Italienische BürgermeisterInnen gibt es in sechs Gemeinden, wobei Toblach überraschend hinzukam.

Als größter Wahlverlierer ging die Union für Südtirol hervor, von den vormaligen 50 Sitzen konnte sie nur mehr sechs retten. Ausschlaggebend für diesen Einbruch war die im Mai 2007 erfolgte Spaltung der Partei, aus der die Südtiroler Freiheit um Eva Klotz hervorging, welche bei diesen Gemeinderatswahlen mit 29 Sitzen auf Anhieb einen großen Teil der ehemaligen Unions-Mandate übernahm.

Nicht gewählt wurde in den Gemeinden Mals, Plaus, Feldthurns, Brenner und Abtei. Hier fanden die Gemeinderatswahlen bereits 2009 statt.

6. Alljährliche Streitthemen

Es hat auch 2010 in Südtirol nicht an hitzigen Debatten gefehlt, die autonomie- oder sozialpolitisch als wichtig bezeichnet werden können: Beim Stromstreit zwischen Land und Gemeinden um die Konzessionen für die Kraftwerke dürfte es für die BürgerInnen sekundär sein, ob die Gemeinden oder das Land am Ende die Oberhand behält. Als öffentliche Rechtsträger müsste für beide Seiten das eigentliche Ziel heißen, der eigenen Bevölkerung günstigen Strom zu liefern. Im europäischen Preisvergleich betrachtet ist dies derzeit nicht der Fall. Auch die ewige Diskussion um den Flughafenausbau und die Toponomastikfrage lassen die medialen Wogen alljährlich hochgehen. Im Sommer 2010 hat der so genannte Schilderstreit rund um Südtirols Berge wieder für ein Tauziehen zwischen Rom und Bozen gesorgt. Am Ende wurde ein Kompromiss gefunden, den die SVP selbst als vernünftige Lösung, die deutschen Oppositionsparteien jedoch als völlig unzureichend ansehen, der in keiner Weise für eine definitive Lösung der Ortsnamenregelung taugt. Mit einer Mitte-rechts-Regierung in Rom dürften hierfür ohnehin nicht die geeigneten Rahmenbedingungen gegeben sein.

Le fratture insormontabili nel centro-destra hanno regalato a Spagnolli questa inaspettata vittoria anticipata.

Un fenomeno non atipico ma interessante per l'Alto Adige è quello dei sindaci eletti con il 100% dei consensi, come è successo in undici casi durante queste elezioni. I sindaci di lingua italiana sono presenti in sei comuni, tra cui si è aggiunto a sorpresa Dobbiaco.

Il grande sconfitto è stato il partito *Union für Südtirol*, che ha potuto salvare solo sei dei precedenti 50 seggi. Decisiva per questo crollo è stata la scissione del partito nel maggio 2007, da cui è nato il partito *Süd-Tiroler Freiheit* attorno alla figura di Eva Klotz, che in queste elezioni comunali, con 29 posti ottenuti al primo tentativo, ha guadagnato una grossa porzione degli ex seggi dell'*Union für Südtirol*.

Non si è votato nei comuni di Malles, Plaus, Velturno, Brennero e Badia, dove le elezioni comunali hanno già avuto luogo nel 2009.

6. Controversie annuali

Non sono neppure mancati i dibattiti accesi nell'Alto Adige del 2010, che possono essere definiti importanti per quel che riguarda l'autonomia o la politica sociale: la discussione in merito alla corrente elettrica tra provincia e comuni, a proposito delle concessioni per le centrali, se alla fine prevalgono i comuni o la provincia, dovrebbe essere una questione di secondaria importanza per i cittadini. L'obiettivo pubblico comune dovrebbe essere per entrambe le parti quello di fornire alla propria gente corrente elettrica conveniente, ma attualmente, nel confronto dei prezzi in ambito europeo non è questo il caso. Anche l'eterna discussione per lo sviluppo dell'aeroporto e la questione della toponomastica fanno risalire l'ondata mediatica per tutto l'anno. Nell'estate del 2010 la discussione in merito alla segnaletica bilingue sui monti dell'Alto Adige ha proposto di nuovo un tiro alla fune tra Roma e Bolzano. Alla fine è stato trovato un compromesso, che l'Svp valuta come soluzione ragionevole mentre per i partiti all'opposizione è totalmente insoddisfacente, poiché non serve in nessun modo ad una soluzione definitiva per la regolamentazione della toponomastica. Con un governo di centro-destra a Roma non sono date comunque le condizioni ideali per risolvere una tematica delicata del genere.

Anmerkungen

- 1 Die durchschnittlichen Monatsausgaben beinhalten fiktive Mietbeträge, da die Mieten einen beachtlichen Teil davon darstellen. Um Verzerrungen in der Darstellung der Ausgaben zu vermeiden, fügt das Nationale Statistikamt ISTAT einen fiktiven Betrag hinzu, der die realen Mieten (von Mietern effektiv bezahlte Mieten) und das Ausmaß der fiktiven Mieten (hypothetischer Mietanteil von Wohnungseigentümern) in einer Schätzung zusammenfasst (vgl. Arbeitsförderungsinstitut 2010).
- 2 Die verschiedenen Formen sowie die Voraussetzungen zur Wohnbauförderung des Mittelstandes sind im Beschluss der Südtiroler Landesregierung Nr. 1527 vom 20.09.2010 festgelegt, der im Amtsblatt der Region Nr. 41/I-II vom 12.10.2010 veröffentlicht wurde.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsförderungsinstitut* (2010). Preise, Entlohnung und Kaufkraft in Südtirol. Verbrauch der Familien. www.afi-ipl.org/Verbrauch_der_Familien.html (06.07.2010)
- Dolomiten* (2010a). Über den Erwartungen, in: *Dolomiten*, 18.05.2010, 4
- Dolomiten* (2010). Papier-Schlüssel löst Blockade, in: *Dolomiten*, 17.12.2010, 13
- ASTAT* (2010). Indexziffern FOI. www.provincia.bz.it/astat/download/Tab_FOI.pdf (10.12.2010)
- Wirtschaftsforschungsinstitut* (2010). Wirtschaftsforschungsinstitut der Handelskammer Bozen. Wirtschaftsbarometer: vorläufige Ergebnisse 2010, Ausblick 2011. www.hk-cciaa.bz.it/de-DE/WIFO/Wifo_Wirtschaftsforschung/wifo_wirtschaftsforschung.html (29.11.2010)
- Region Trentino-Südtirol* (2010). Gemeindewahlen 2010. Südtirol 16.–30. Mai. www.gemeindewahlen.bz.it (10.12.2010)

Note

- 1 Le edizioni mensili contengono in media canoni di affitto fittizi, poiché gli affitti ne costituiscono una parte ragguardevole. Onde evitare distorsioni nella rappresentazione delle spese, l'Istituto Nazionale di Statistica ISTAT aggiunge un importo fittizio a quello degli affitti reali (di affitti effettivamente pagati dai locatari) e la dimensione degli affitti fittizi (l'ipotetica quota d'affitto dei possessori dell'alloggio) in una valutazione riassunta. Per i relativi paragoni riguardo si rimanda a: Istituto per la Promozione dei Lavoratori 2010.
- 2 Le diverse forme così come i presupposti del piano casa per il ceto medio sono definite nella delibera della giunta provinciale dell'Alto Adige n. 1527 del 20/09/2010, che è stata pubblicata nel bollettino ufficiale della Regione n. 41/I-II del 12/10/2010.


Bibliografia

- Istituto per la promozione dei Lavoratori* (2010). Prezzi, Retribuzione e Potere d'acquisto in Alto Adige, consumo delle famiglie. http://www.afi-ipl.org/Verbrauch_der_Familien.html (06.07.2010)
- Dolomiten* (2010a). Über den Erwartungen, nel "Dolomiten", 18/05/2010, 4
- Dolomiten* (2010). Papier-Schlüssel löst Blockade, nel: "Dolomiten", 17/12/2010, 13
- Istituto Statistico ASTAT* (2010): Indice FOI. http://www.provincia.bz.it/astat/download/Tab_FOI.pdf (10.12.2010)
- Istituto di ricerca economica* (2010). Istituto di ricerca economica della Camera di Commercio di Bolzano. Barometro dell'economia, risultati provvisori 2010, previsione 2011. http://www.hk-cciaa.bz.it/de-DE/WIFO/Wifo_Wirtschaftsforschung/wifo_wirtschaftsforschung.html (29.11.2010)
- Regione Trentino-Alto Adige* (2010). Elezioni comunali 2010. Alto Adige 16-30 Maggio. <http://www.gemeindewahlen.bz.it> (10.12.2010)

Abstracts

2010: Südtirol tl terzo ann dla crisa. Na analisa dal punt de odüda sindacal

Tl'Europa é i sindacacé al dedaincö söla defensiva, nia impormò dal mëteman dla crisa economica dl 2008, mo bele dala fin di agn Nonanta incà, da canche i governs à mudé le stat sozial söla basa de prinzijs neoliberali. I sindacacé dô gnì lascià sön na pert. Conquistes importantes ch'ai à arjunt vëgn incö metüdes en discusciun por gauja dles mosöres publiches de sparagn. La crisa à incé tochè Südtirol. La crisa di marcìa finanziars dl 2008 s'è trasformè te na crisa economica generala, che à en chësc iade incé trat ite döt le sorvisc publich. Sciöche consequenza dles protestes fates da plü perts por la mançianza de na iustizia soziala te Südtirol, é la politica soziala tl laür de passè da n prinzip „a plöia“ a n prinzip „de nezescité“. Le credo dla Südtiroler Volkspartei de partì sö i contribuè publichs le plü ch'ara va danter dötes les tlasses soziales n'è nia plü atual. Te chësta situaziun fej incé i sindacacé süa pert: ai n'è nia ma plü n partner sozial por i laurané, mo ai é diventà zëntri de sorvisc importané por döta la popolaziun por cí che à da nen fà cun ponsiuns, familia, cura, frabiché, sorvisc fiscal y i.i. Chësc messarà gnì tignì en conscidraziun dala politica, sc'ara n'ó nia tó dezijiuns zënza ciarè ai bojëgn dla popolaziun.



2010: South Tyrol in the third year of the crisis. An analysis from the perspective of labour unions.

Europe's unions are currently on the defensive. This can be traced back not only to the economic crisis of 2008, but even further back to the mid-1990s, when the government reformed the welfare state in accordance with neo-liberal principles. Unions need to be pushed back. Today, major achievements have been challenged by forced saving dictated by the public authorities. The crisis has also affected South Tyrol: within the region, the financial crisis of 2008 has morphed into a general economic crisis that has even taken hold throughout the public service sector this time.

Wide-ranging protests against the lack of social justice in South Tyrol have ensured that the approach of social policy has shifted, to some extent, from the watering-can principle towards a need-based principle. The decades-long credo of the South Tyrolean People's Party (SVP)—to spread out public contributions to all segments of the population as much as possible—no longer seems to hold water. The trade unions themselves also play a role: they are not only social partners on the side of the employer but have become vital service centres for the entire population when it comes to pensions, family, nursing care, housing, tax services, and the like. The government cannot simply disregard this unless it wants its decision-making processes to bypass the needs of the public.

4. Das Jahr der Gemeinden
L'anno dei comuni

A series of horizontal dashed lines for writing, spanning the width of the page.

Arnold Schuler

Die Gemeinden Südtirols: Autonomie, Finanzierung, Partizipation

Eine kritische Bestandsaufnahme mit Überlegungen für die Zukunft

1. Einleitung

Gemeinden sind das Ergebnis gemeinschaftlichen Denkens. Alles, was der Einzelne nicht selbst erledigen kann oder was gemeinsam besser gelingt, soll gemeinsam erledigt werden. Diese Grundform menschlichen Zusammenlebens, wie Wilfried Beimrohr (2009) es nennt, hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. Staaten wurden in ihrer Form ständig verändert, die Gemeinden aber sind geblieben, während ihre demokratische Gesinnung und Strukturen zum Vorbild für andere politische Ebenen wurden.

Die Vorläufer der Gemeinden in Tirol waren relativ lockere Vereinigungen unter den Bürgern/Bürgerinnen. Erste Stadtrechte und Marktordnungen wurden bereits im 13. und 14. Jahrhundert erlassen, später kamen Dorfordnungen hinzu. Unter bayerischer Herrschaft wurden in der Verfassung von 1808 und der damit verbundenen Reform der Gemeinden strenge Regeln eingeführt, die Verwaltung wurde zentralistischer und bürokratischer.

1848 entstand, wieder unter österreichischer Herrschaft, ein neues Gemeindegesetz. Dieses enthielt den Leitsatz: „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde“. Damit wurden die Gemeinden wieder zu autonomen Selbstverwaltungskörpern. Über das Gemeindevermögen hatten sich die Gemeinden bis zum Ende des Ersten Weltkrieges selbst zu finanzieren. Dies geschah aus einem Anteil an staatlichen Steuern, zum Teil über eigene Gemeindesteuern.

Nach dem Ersten Weltkrieg und mit der Teilung Tirols änderten sich die Bedingungen für die Gemeinden nördlich und südlich des Brenners radikal. In Österreich wurde das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt, in Italien ergriffen die Faschisten die Macht. Die Gemeinden wurden damit zum Instrument des Staates, die frei gewählten Bürgermeister abgesetzt und durch Amtsbürgermeister ersetzt (Gesetz Nr. 237/1926 und Königliches Dekret Nr. 1910/1926). Selbst die Gemeinsekretäre wurden *verstaatlicht*. Der *Podestà*, wie der staatliche Amtsbürgermeister genannt wurde, erhielt sämtliche Kompetenzen, auch jene, welche bisher der Gemeinderat und der Gemeindevorstand innehatten. Zudem wurden mittels Regierungsdekreten zahlreiche kleine Gemeinden anderen Gemeinden angegliedert. Gab es am 31.12.1923 in Südtirol noch 223 Gemeinden (1849/269, 1854/192, 1885/213) waren dies 1936 noch 96, wovon nicht weniger als 90 Gemeinden von einem auswärtigen *Podestà* verwaltet wurden.

Nach dem Fall des Faschismus folgten in den Jahren 1943 bis 1945 von den nationalsozialistischen Behörden eingesetzte Amtsbürgermeister. Erst nach 1945 begann das Gemeinwesen in Südtirol wieder unter demokratischen Vorzeichen und blühte entsprechend auf.

Einige Gemeinden wurden wieder neu gegründet, andere, während des Faschismus zusammengelegte, sind im Laufe der Jahre akzeptiert worden, sodass ihre Zahl aktuell bei 116 liegt. In einigen Gemeinden ist zum Teil heute noch das Unbehagen des dekretierten Zusammenschlusses zu spüren, sodass man sich zwischen den Fraktionen noch immer mit einem gewissen Argwohn begegnet. In der Gemeinde Mals etwa, welche ursprünglich aus acht Gemeinden bestand, werden die Fraktionsvorsteher teilweise noch heute Bürgermeister genannt und einzelne Fraktionen verwenden nach wie vor ihr ursprüngliches Gemeindegewappen.

2. Von der Europäischen Charta der Gemeindefreiheiten zur Verfassungsreform 2001

Der Staat hat in das Modell der kommunalen Selbstverwaltung immer wieder eingegriffen und dieses à la longue entscheidend geschwächt. Dabei zog der Staat immer mehr Aufgaben an sich, mit Vorliebe jene, die mit Finanzen zu tun hatten. Dadurch ist ein Überbau entstanden, der Abhängigkeit, aber auch Bürokratie geschaffen hat. Dies hatte entsprechende Folgen. Der Staat legt die Steuern fest, treibt sie ein und verteilt sie wieder. Dadurch entstand eine Distanz und der Bezug zwischen Steuerzahler und Geldverteiler ging verloren. Diese Distanz und der Umstand, dass immer mehr Dienstleistungsaufgaben auf die Gemeinden zukamen, die nicht mehr unmittelbar von den Nutzern zu finanzieren waren, hat ein Forderungsdenken entstehen lassen, mit dem zwangsläufig Unzufriedenheit einhergeht. Dadurch haben die Gemeinden an gesellschafts- und gemeinschaftsbildender Kraft eingebüßt, obgleich es weiterhin die Gemeinden sind, die die BürgerInnen von der Wiege bis zur Bahre begleiten und in die sich diese am einfachsten aktiv einbringen können.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden in den Gemeinden und für ein Gleichgewicht zwischen den Fraktionen und den Bevölkerungsschichten zu sorgen haben. Das Land oder der Staat sind für diese Aufgaben bereits viel zu weit von den Bürgern/Bürgerinnen entfernt. Die Gemeinden haben immer wieder gezeigt, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen, vieles zu bewegen und voranzubringen, zu organisieren, gemeinsam mit den Bürgern/Bürgerinnen Leitbilder und Visionen zu entwickeln, selbstständig zu handeln.

Es genügt, wenn Staat und Land bestimmte Spielregeln und übergemeindliche Strategien vorgeben. Alles andere sind die Gemeinden selbst imstande zu bewerkstelligen – und wenn nicht allein, dann in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden. Jede Gemeinde, jedes Dorf hat andere Bedürfnisse. Die einen sind über ein Bevölkerungswachstum erfreut, die anderen müssen dieses bremsen; die einen wollen sich touristisch, andere hin zu einem Ausflugsziel entwickeln.

Stattdessen werden dem entgegenwirkend hauptsächlich Normen verabschiedet, die für alle zu gelten haben, für die Landeshauptstadt gleich wie für eine kleine Landgemeinde. Vor allem in Südtirol hat die Politik in den vergangenen Jahren die Gemeinden zu immer weniger Eigenverantwortung und immer mehr Unmündigkeit erzogen. Es werden nicht nur sehr viele Entscheidungen vorgegeben, es ist auch der Eindruck entstanden, dass alles über einen eigenen Artikel in irgendeinem Gesetz geregelt werden muss und man für alles einen finanziellen Beitrag erhalten kann.

Von dieser sozialen Wirklichkeit ausgehend wird deshalb in den Plausser Thesen (Schuler 2009) ein Kurswechsel verlangt.

„Das derzeitige politische Verwaltungssystem ist ein typisches Beispiel für Abhängigkeit: Die Gemeinden hängen in zu vielen Entscheidungen von Bozen ab, das Land von Rom, der Staat von Brüssel. Der Verwalter reagiert in seinem Forderungsdenken wie ein unmündiger Bürger: Trotz ständiger Wünsche (und der teilweisen Erfüllung derselben durch die übergeordnete Verwaltung) stellt sich keine Zufriedenheit ein. Politik muss eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft einnehmen; gelebte Subsidiarität ist in diesem Sinn eine absolut notwendige kulturpolitische Maßnahme.“

Die Gemeinde soll in erster Linie den Bürgern/Bürgerinnen gegenüber verantwortlich sein, während diese wieder lernen müssen, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Die Aufgabe der Politik ist es, solche Missstände zu erkennen und in diesem Sinn einen längst überfälligen Paradigmenwechsel einzuleiten. Die entsprechenden Grundsätze sind längst festgelegt worden.

Im Jahre 1953 haben die im Rate der Gemeinden Europas zusammengeschlossenen Gemeinden die *Europäische Charta der Gemeindefreiheiten* beschlossen. Dabei wurden als Fundament der Menschenfreiheit die jahrhundertealten Gemeinderechte festgelegt. Um dieser Charta eine verbindliche Rechtsgrundlage zu geben, wurde innerhalb des Europarates eine entsprechende Konvention erarbeitet, die 1985 von den Mitgliedsstaaten unterzeichnet und in der Folge von fast allen ratifiziert wurde.

In dieser Charta wird unter anderem darauf verwiesen, dass die Gemeinden eine der wesentlichen Grundlagen jeder demokratischen Staatsform sind, das Recht der Mitwirkung der BürgerInnen auf Gemeindeebene am unmittelbarsten ausgeübt werden kann. Festgeschrieben wird auch, dass die öffentlichen Aufgaben auf der bürgernähesten Ebene wahrgenommen werden sollen (Subsidiaritätsprinzip). Des Weiteren werden Grundsätze zur Struktur der Verwaltung, zu den verschiedenen Aufgaben, der Steuerhoheit, der Aufsicht und des Schutzes der Gemeinden definiert.

Italien hat diese Charta der Gemeindefreiheiten mit Gesetz Nr. 439 vom 30. Dezember 1989 ratifiziert und mit der Verfassungsreform von 2001 neue Weichen gestellt. Italien plant dabei nicht, sich in einen föderalen Staat umzuwandeln, dazu müsste er die Regionen, ähnlich den deutschen Bundesländern, mit allen drei Gewalten ausstatten: mit exekutiver, legislativer und judikativer Gewalt. Hingegen wurde Italien mit der Verfassungsreform von 2001 als dezentraler Einheitsstaat be-

stättigt und die bisherige Organisation der Regionen infrage gestellt. Stattdessen wurden die Gemeinden als autonome Körperschaften aufgewertet. Außerdem wurde der Begriff *Subsidiarität* in die Verfassung eingeführt.

Laut dem neuen Wortlaut von Art. 114 der Verfassung sind sämtliche Gebietskörperschaften von der Gemeinde bis zum Staat gleichgestellt. Es handelt sich um das Prinzip der gleichen Würde. Alle Verwaltungsaufgaben müssen vorzugsweise von den Gemeinden abgewickelt werden. Damit sie diese zur Gänze finanzieren können, müssen ihnen dafür laut Art. 119 der Verfassung die erforderlichen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Allerdings fehlt es derzeit nicht nur an der entsprechenden klaren Zuteilung der Aufgaben, sondern auch an einer Finanzierungsform, durch welche ein autonomes Entscheiden erst möglich wird. Damit hängen die Gemeinden noch immer in erheblichem Maße vom Staat, in unserem Falle vom Land, ab.

Die Umsetzung von wesentlichen Teilen der Verfassungsreform lässt immer noch auf sich warten. Dies liegt allerdings nicht nur am Staat, sondern auch an den Regionen. Subsidiarität bedeutet so viel wie *zurücktreten, nachrangig sein*, womit sich die Politik aber offensichtlich schwertut. Dabei hätten in Italien besonders die Regionen mit Sonderstatut schon seit Langem die Möglichkeit, den Verfassungsgrundsatz zur *größtmöglichen Selbstverwaltung* für die Gemeinden entsprechend umzusetzen.

Roland Riz und Esther Happacher bringen dies in ihrem Lehrbuch „Grundzüge des italienischen Verfassungsrechts unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Aspekte der Südtiroler Autonomie“ (2008) auf den Punkt, wenn sie schreiben:

„Laut Art. 118 Verf. sind die Verwaltungsbefugnisse den Gemeinden zuerkannt, sofern sie nicht, um eine einheitliche Ausübung zu gewährleisten, nach den Prinzipien der Subsidiarität, der Differenzierung und der Angemessenheit den Provinzen, Stadtmetropolen, Regionen oder dem Staat übertragen werden. Die Gemeinden, die Provinzen und die Stadtmetropolen haben folglich, neben den eigenen Verwaltungsbefugnissen, auch diejenigen, die ihnen gemäß der jeweiligen Zuständigkeiten durch Staatsgesetz und Regionalgesetz übertragen werden.“

Diese zukunftssträchtige Aussage des Verfassungsgesetzes Nr. 3/2001 hat jedoch bis zum heutigen Tag, besonders in den Regionen mit Sonderstatut, in denen der Grundsatz des Parallelismus in den Statuten verfassungsrechtlich verankert ist, keine wesentliche Durchführung erfahren. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass weder der Staat noch die Regionen und autonomen Provinzen ihre Verwaltungskompetenzen und ihr Verordnungsrecht an andere abtreten wollen.

Aber auf lange Sicht wird sich nicht vermeiden lassen, dass die Gemeinden aufgrund klarer Bestimmungen des Art. 118 Absatz 1 der Verfassung und des eindeutig ausgegangenen Referendums 2001, unter Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip und auf die Prinzipien der Angemessenheit und Differenzierung, ihre Ansprüche auf Erweiterung der Verwaltungsbefugnisse geltend machen und den starren Grundsatz des Parallelismus, der übrigens seit 2001 in der Verfassung keinen Niederschlag mehr gefunden hat, infrage stellen.“

3. Unmittelbare Auswirkungen der Verfassungsreform

Ist auf staatlicher Ebene für die Ordnung der Gemeinden der Staat zuständig und ist diese entsprechend über das Legislativdekret Nr. 267/2000 geregelt, so gilt dieser staatliche Einheitstext für Südtirols Gemeinden nicht, da die Region Trentino-Südtirol aufgrund des Autonomiestatuts im Bereich der örtlichen Körperschaften primäre Gesetzgebungsbefugnis hat. Auf einige Änderungen mussten die Region und das Land Südtirol aber umgehend reagieren.

Umsetzung durch die Region

Das Prinzip der Eigenkontrolle: Wie bereits darauf verwiesen, wurden mit der Verfassungsreform von 2001 Gemeinden, Provinzen, Regionen und der Staat auf eine Ebene gehoben. Dadurch wurde auch der ehemalige Art. 130 der Verfassung abgeschafft, der die Notwendigkeit der Kontrolle über die Gesetzmäßigkeit der Verwaltungsakte der örtlichen Körperschaften sowie die Möglichkeit der Sachkontrolle vorsah. Das Land ist seitdem nur mehr Aufsichtsorgan. Dem wurde nun auch in der Gemeindeordnung Rechnung getragen, indem das Prinzip der Selbstkontrolle an die erste Stelle gesetzt wurde. Diese interne Kontrolle kann die Gemeinde über eine eigene Kontrollstelle oder von Externen durchführen lassen. Den Südtiroler Gemeinden wird diese Kontrolle in Form der Revisionstätigkeit vonseiten des Südtiroler Gemeindenverbandes in zwei Formen angeboten: in Form der individuellen und in Form der flächendeckenden Revision.

Über die individuelle Revision können die interessierten Gemeinden auf Basis einer Konvention vor Ort verschiedene Dienstbereiche überprüfen lassen. Von Einzel-Revisoren können dabei unter anderem die Recht- und Ordnungsmäßigkeit der

Verwaltungshandlungen, deren Effektivität und Wirtschaftlichkeit und die Personalleistungen bewertet werden.

Im Rahmen der flächendeckenden Revision analysiert die Revisionsdienststelle alle Haushalte der Südtiroler Gemeinden. Es werden dabei horizontale und vertikale Vergleiche aller Südtiroler Gemeinden angestellt. So können die Personalkosten, Kosten verschiedener Dienste bis hin zu den Ausgaben für die Essenskosten in den Kindergärten verglichen werden.

Die Ergebnisse der Revision werden periodisch in Form von Berichten den Gemeinden übermittelt. Damit wird nicht nur das Gesetz eingehalten, daneben erhalten auch die BürgermeisterInnen, die Ausschussmitglieder, aber vor allem die einzelnen Gemeinderäte ein Instrument in die Hand, das ihnen ihre Arbeit erleichtert.

Das Prinzip der Eigenorganisation: Laut Verfassung sind die Gemeinden „autonome Gebietskörperschaften mit eigenen Statuten“ (Art. 117, Absatz 2 sowie Art. 118 der Verfassung). Mit dem Regionalgesetz Nr. 7/2004 wurden die entsprechenden Spielräume neu definiert. Demzufolge kann jede Gemeinde, innerhalb der vom Gesetz vorgegebenen Grenzen, die eigene Organisation für sich bestimmen.

Inhalt der Satzungen konnte bis 2004 schon Folgendes sein: Aufbau der Gemeinden, Initiativ-, Kontroll- und Mitbestimmungsrechte der Ratsmitglieder, Ämter- und Dienstordnung, zwischengemeindliche Zusammenarbeit, Bürgerbeteiligung, Regelung der Ratskommissionen, Anzahl der Ausschussmitglieder, Einführung des Volksanwaltes, Aufbau und Funktionen der Stadt- und Ortsviertelräte. Mit dem Regionalgesetz 7/2004 wurden zusätzliche Inhalte ermöglicht: Festlegung der Verwaltungsreform (Trennung zwischen Politik und Verwaltung), Schutz und Beteiligung der Minderheiten, Termin für die Vorlage der programmatischen Erklärung des Bürgermeisters, internes Kontrollsystem, Chancengleichheit zwischen Mann und Frau, Beteiligung der Jugendlichen und der Senioren, um nur einige Beispiele zu nennen. Dadurch konnte sich jede Gemeinde innerhalb eines gewissen Rahmens eine bestimmte autonome Form geben.

Das Prinzip der Mitsprache: In Art. 123 der Verfassung im letzten Absatz ist auch die Errichtung des Rates der örtlichen Autonomien vorgesehen. Er soll das Bindeglied zwischen den Gemeinden und der Region bzw. dem Land nach dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit sein. Über diesen Rat der örtlichen Autonomien sollen die Gemeinden verstärkt in die Tätigkeit der Regionen und des Landes eingebunden werden. Immerhin wurden die Gemeinden nicht nur in der Verfassung gleichgestellt, sondern diese sind es auch, welche dem/r BürgerIn am nächsten stehen, die Gesetze anzuwenden haben und über eine entsprechende Erfahrung verfügen. Zudem hängt die konkrete Autonomie der Gemeinden mehr von

den Entscheidungen des ordentlichen Gesetzgebers als von verfassungsrechtlichen Auflagen ab.

In diesem Sinne haben sich sowohl alle Regionen Italiens als auch alle Regionen mit Sonderstatut bewegt (Aosta R.G. Nr. 7/1998 und 54/1998, ergänzt durch R.G. Nr. 8/2003; Sardinien mit R.G. 1/2005, Friaul-Julisch Venetien mit R.G. 1/2006). Als Besonderheit wurde der Rat der Gemeinden im Gegensatz zu den anderen Regionen Italiens in der Region Trentino-Südtirol auf der Ebene der Länder eingerichtet, da die meisten Kompetenzen, welche die Gemeinden betreffen, inzwischen von der Region auf die Länder übergegangen sind. Es fehlt jedoch noch eine entsprechende Regelung auf der Ebene der Region.

Durch unterschiedliche Regelungen auf regionaler Ebene, aber spätestens mit der Übertragung von immer mehr Zuständigkeiten an die Provinzen, begannen sich die Gemeinden des Trentino und Südtirols immer mehr auseinanderzuentwickeln. Wurde zum Beispiel die Trennung von Politik und Verwaltung (siehe auch die Bassanini-Reform von 1997) für die Gemeinden der südlichen Nachbarprovinz übernommen, gilt dies für die Gemeinden Südtirols nur bedingt. Das heißt, es liegt im Ermessen der Gemeinde, die Trennung zwischen Politik und Verwaltung in der Satzung vorzusehen oder nicht. Bis heute sieht keine Südtiroler Gemeinde unter 10.000 Einwohnern diese Trennung vor. In den kleinen und mittleren Gemeinden Südtirols werden die Verwaltungsakte also weiterhin vom Gemeindeausschuss beschlossen und umgesetzt, bzw. vom Bürgermeister oder dem dafür zuständigen Ausschussmitglied unterzeichnet. Dies stellt eine Ausnahme in Italien dar.

Die Region selbst hat inzwischen auch die Form der Gemeindewahlen, die Entschädigungen der Verwalter und anderes mehr für die beiden Provinzen unterschiedlich geregelt.

Umsetzung durch das Land

Mit dem Landesgesetz Nr. 10 vom 11. Juni 2003 wurde in Südtirol erstmals der *Rat der Gemeinden* eingesetzt. Er bestand aus 16 VertreterInnen der Gemeinden, wobei alle Bezirke des Landes eine/n VertreterIn entsandten: einen die Gemeinden unter 1200 EinwohnerInnen, zwei die Landeshauptstadt und einen die Stadt Meran, einen die ladinische Volksgruppe und weitere drei VertreterInnen für die italienische Volksgruppe, damit im Rat der Gemeinden das Sprachgruppenverhältnis garantiert war.

Allerdings wurde dieses Gremium vonseiten des Landes mehr als notwendiges Übel denn als Aufwertung angesehen. Der Rat der Gemeinden wurde demzufolge

beim Gemeindenverband angesiedelt und nicht wie im restlichen Staatsgebiet beim Landtag. Auch die entsprechenden Kosten hatten die Gemeinden selbst zu übernehmen. Allerdings wurde es den Gemeinden erstmals ermöglicht, zu den Gesetzesvorschlägen, bevor sie im Landtag behandelt wurden, Stellung zu nehmen. Immer wieder wurde aber bemängelt, dass die Stellungnahmen nicht nur keine Berücksichtigung fanden, sondern es meist auch keine Antwort darauf gab.

Deshalb wurde 2009 ein neues Gesetz ausgearbeitet und genehmigt, mit dem der Rat der Gemeinden und somit auch die Gemeinden auf eine andere Ebene gestellt werden. Die wesentlichen Punkte dabei sind, dass der Rat der Gemeinden beim Landtag angesiedelt ist. Außerdem muss bei Gesetzesentwürfen nicht mehr nur der Landtag sein Gutachten beantragen, sondern auch die Landesregierung – und zwar bereits vor der endgültigen Genehmigung derselben. Auf seine Stellungnahmen muss dieser künftig eine Antwort erhalten. Erstmals bekommen die Gemeinden über den Rat der Gemeinden Gesetzesinitiativrecht. Zudem können zu Themenbereichen, welche die Gemeinden betreffen, Volksabstimmungen verlangt werden – zur gänzlichen oder teilweisen Abschaffung eines Landesgesetzes oder zur Einführung eines solchen. Zudem wird eine *Konferenz für die Beziehungen zwischen Land und Gemeinden* eingesetzt, welche auf Antrag eines der beiden Organe zusammentreten muss.

Dieses Gesetz ist nach den Gemeindewahlen von 2010 und mit der Wahl des neuen Rates der Gemeinden im Oktober 2010 zum ersten Mal zur Anwendung gekommen. Die Gemeinden erhielten somit auf institutioneller Ebene ein ganz anderes Gewicht und ganz andere Möglichkeiten. Bisher war es nur möglich, auf die Initiativen des Landes zu reagieren, und selbst dies nur sehr begrenzt. Künftig wird es möglich sein, selbst zu agieren, also Gesetze auszuarbeiten und einzubringen. Ebenso ist die Möglichkeit, über das Volk die Abschaffung oder Genehmigung eines Gesetzes durchzusetzen, als Quantensprung zu sehen.

Die institutionellen Beziehungen zwischen Land und Gemeinden sind damit gut geregelt, doch wird es darüber hinaus darauf ankommen, ob und wie sich die zuständigen Politiker untereinander begegnen. Am Beispiel der Verhandlungen um die Beteiligung am Anteil der Gemeinden an der Stromproduktion bzw. der Übernahme des Verteilernetzes kann man sehen, dass man auf rein institutioneller Ebene schwer weiterkommt, denn die Verhandlungen und Entscheidungen finden vielfach außerhalb des institutionellen Rahmens statt.

Eine Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit gibt es im Bundesland Tirol nicht. Dafür ist auf Bundesebene ein Konsultationsmechanismus vorgesehen. Falls durch Entscheidungen des Bundes oder des Bundeslandes eine zusätzliche Belas-

tung für die Gemeinden entsteht, muss es eine entsprechende Absprache zwischen Gesetzgeber und Gemeinden geben, ansonsten müssen die Gemeinden einen finanziellen Ausgleich erhalten. Den Konsultationsmechanismus in Gang gesetzt hat kürzlich die Stadt Innsbruck in Bezug auf ein Gesetz des Landes, das die Kleinkinderbetreuung betrifft. In Bayern gibt es zur Absicherung der Gemeinden einen ähnlichen Mechanismus, der *Konnexitätsprinzip* genannt wird. Diese Formen sind defensiv ausgerichtet und haben den Zweck, die Gemeinden zu schützen, lassen aber keine aktive Rolle der Gemeinden oder von deren Verbänden zu.

Aufgrund der entsprechenden Bestimmungen können die Regionen mit Sonderstatut selbst die Zuständigkeiten zwischen Region bzw. dem Land und den Gemeinden regeln. Dabei nimmt das Land Südtirol alles andere als eine Vorreiterrolle ein. In allen anderen Regionen wurden bereits entsprechende Gesetze erlassen, wie in Friaul-Julisch Venetien (RG Nr. 1/2006) und Sardinien (RG Nr. 9/2006), ebenso im Trentino.

Die Situation im Trentino

Auch die Provinz Trentino (Landesgesetz Nr. 3/2006) hat eine Neugestaltung des gesamten Systems der lokalen Selbstverwaltung eingeleitet, wobei die Grundprinzipien und -regeln für das Verhältnis des Landes und der entsprechenden Lokalkörperschaften festgelegt wurden.

Im Rahmen der Grundsätze wird auf die Autonomie der einzelnen Lokalkörperschaften verwiesen, die als souverän in ihrer institutionellen Tätigkeit anerkannt werden und dabei die Bedürfnisse der verschiedenen Sprachgruppen in der Bevölkerung im Rahmen der Verfassungs- und EU-Bestimmungen zu berücksichtigen haben.

In Bezug auf das institutionelle System der öffentlichen Zuständigkeiten wird das Verhältnis der einzelnen Lokalkörperschaften (Gemeinde, Land, Region) untereinander festgelegt. Dabei wird auf die Autonomie, die Zuständigkeiten, die gesetzgeberische Zuständigkeit und die Verwaltungszuständigkeit der einzelnen Körperschaften verwiesen und eingegangen. Der Rat der Lokalautonomien findet im Titel über die Subsidiarität seinen Niederschlag. Dabei werden die Einrichtung, die Funktion, die Zuständigkeit und die Verfahren sowie die Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden des Landes und der Region geregelt. Was die Finanzautonomie betrifft, so wird dieses Grundprinzip und die Finanzierungsform mit sämtlichen eigenen und Fremdeinnahmen definiert. Weiters wird auch das

Buchhaltungssystem festgelegt sowie eine regionale Beobachtungsstelle für die Lokalfinanzen eingerichtet.

Diese Reform wird nun schrittweise umgesetzt, die neuen Aufgaben werden entsprechend übertragen.

Die Situation in Südtirol

In Südtirol lässt die Zuteilung der Kompetenzen im Sinne der Verfassungsreform und des Subsidiaritätsprinzips aufgrund des fehlenden politischen Willens weiterhin auf sich warten. Das Land selbst hat eine Autonomie erhalten, welche in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut worden ist, wobei aber wenig davon nach innen weitergegeben wurde.

Südtirol hat weiterhin ein sehr *landabhängiges* System, das aufgrund der zentralen Verwaltung und der Doppel- und Dreigleisigkeiten auch sehr viel an unnötiger Bürokratie verursacht. Loslassen und Selbstständigkeit bedeuten automatisch auch weniger Ansuchen, Genehmigungen und Abrechnungen. Es braucht eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und eine entsprechende Finanzausstattung. Dabei sollen die Gemeinden möglichst autonom die Prioritäten festlegen können. Davon ist man aber noch weit entfernt.

Die derzeitige Vermischung von Zuständigkeiten und Finanzierungen zwischen Land und Gemeinden, aber auch die Abhängigkeit sollen anhand einiger konkreter Beispiele aufgezeigt werden:

Kindergärten: Südtirols Kindergärten sind zwar Landeskindergärten, für den Bau und die Instandhaltung sind aber die Gemeinden zuständig. Bisher waren für den Bau keine Landesbeiträge vorgesehen, sondern diese wurden höchstens nach Vorsprache beim Landeshauptmann von Fall zu Fall vergeben. Seit 2009 kann zumindest um eine Finanzierung über den Rotationsfonds angesucht werden. Für die Instandhaltung der *Landeskindergärten* wurde den Gemeinden ursprünglich zwar ein ordentlicher Landesbeitrag von 50 Prozent zugesagt (mittels Gesetz), dieser ist im Laufe der Jahre aber auf ca. 15 Prozent abgesackt. Das Kindergartenpersonal wird vom Land gestellt, mit Ausnahme des Küchenpersonals, welches wiederum die Gemeinden zu stellen haben, ebenso müssen Letztere für die Reinigungskosten aufkommen.

Fahrradwege: Der Bau der übergemeindlichen Fahrradwege wird zu 60 Prozent vom Land finanziert, zu 40 Prozent von den Gemeinden, durchgeführt von den Bezirksgemeinschaften. Die ordentliche Instandhaltung ist wiederum Zuständigkeit

der Gemeinden, wofür sie Landesdienste in Anspruch nehmen, für die sie wiederum bezahlen müssen.

Laufende Ausgaben: Auch zur Finanzierung laufender Ausgaben müssen Südtirols Gemeinden Jahr für Jahr eine ganze Reihe von Gesuchen um Beiträge ans Land richten, wie jene zur Führung der öffentlichen Bibliotheken, der Schulmensen und viele andere mehr. Oder zum Beispiel die Bildungsausschüsse und Dorfvereine, die sowohl von den Gemeinden wie auch vom Land finanziert werden.

Öffentliche Arbeiten: Für nahezu alle öffentlichen Arbeiten der Gemeinden braucht es die technischen Gutachten der Landesämter und Gesuche um Beiträge, verbunden mit entsprechender Bürokratie und Zeitverzögerung. Zwecks Finanzierung von öffentlichen Bauten wie Schulgebäuden, Kindergärten, Rathäusern, Sportplätzen, Feuerwehrhallen und anderen mehr bleibt zudem in Südtirol keinem/r BürgermeisterIn der Gang zum Landeshauptmann erspart.

Die Reihenfolge der öffentlichen Bauten hängt wesentlich davon ab, ob und wann es für etwas einen Beitrag gibt oder nicht. Ein Beispiel: Zu Beginn der letzten Legislaturperiode hat eine Gemeinde eine Prioritätenliste der geplanten Investitionen erstellt. Ein bestimmtes Projekt wurde dabei an 21. Stelle gereiht. Als jedoch der Obmann des betroffenen Dorfvereins mit der guten Nachricht zum Bürgermeister kam, der Landeshauptmann habe ihm für das Projekt einen Beitrag zugesichert, erhielt dieses Vorhaben plötzlich Vorrang und die Gemeinde übernahm die Restfinanzierung, denn niemand kann wohl verantworten, einen Beitrag nicht in Anspruch zu nehmen.

Diese Abhängigkeit von Beiträgen nimmt auf der einen Seite die direkte Verantwortung von den Gemeinden und erzeugt auf der anderen das Gefühl, lieb Kind des Landeshauptmanns sein zu müssen. Wirtschaftliches Denken wird nicht belohnt – es ist jener der bessere Verwalter, der imstande ist, mehr Beiträge *auszuhandeln*.

Die Situation in Tirol

Die Zuständigkeiten der Gemeinden werden in Tirol durch Bundesgesetze geregelt (Bundesverfassungsgesetz Artikel 115 bis 120) und im Gegensatz zur italienischen Verfassung dort auch aufgelistet. Den Gemeinden wird dabei ein eigener und ein übertragener Wirkungsbereich zuerkannt. Unter einem eigenen Wirkungsbereich wird jener Bereich verstanden, bei dem die Gemeinden keiner staatlichen Weisung unterliegen (aufgelistet in B-VG Art. 118 Absatz 3, z.B. Bestellung der Gemeindeorgane, Ortspolizei, örtliche Raumplanung usw.), während übertragene

Bereiche jene sind, welche den Gemeinden von höherer Stelle – sei es vom Bund oder vom Land – übertragen werden (z.B. Standesamt, statistische Erhebungen, Aufgaben im Rahmen der sozialen Betreuung wie die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung). Zudem regelt das Finanzverfassungsgesetz und das Finanzausgleichsgesetz die Finanzierung der Gemeinden. Innerhalb der Vorgaben durch das Bundesverfassungsgesetz wird die Organisation der Gemeinden zusätzlich durch die Tiroler Gemeindeordnung geregelt.

Nur an eine Gemeinde mit mindestens 20.000 EinwohnerInnen darf ein Statut *verliehen* werden. Dazu ist ein Landesgesetz erforderlich, das wiederum die Zustimmung der Bundesregierung braucht. Für alle anderen Gemeinden gilt als Grundlage die Tiroler Gemeindeordnung. Allerdings können die Gemeinden auch über die Geschäftsordnung Regelungen beschließen, oder der Gemeinderat überträgt mittels Einzelbeschluss Aufgaben auf den Ausschuss.

Die Gemeinden Tirols können Fachausschüsse bilden, welche nicht nur Aufgaben der Beratung übernehmen können, sondern anstelle des Gemeinderates Entscheidungen treffen können. So können sie kleinere Bauaufträge vergeben oder Vorstellungsgespräche zur Personalaufnahme führen.

Weitreichend sind die Kompetenzen der Tiroler BürgermeisterInnen. Sie können im Ausmaß von bis zu 5 Prozent der Budgetsumme selbstständig entscheiden (mit Ausnahme jener Aufgaben, welche per Gesetz dem Gemeinderat vorbehalten sind). Damit entscheidet der/die BürgermeisterIn in Gemeinden mit einem 20-Millionen-Haushalt über Ausgaben von bis zu einer Million selbstständig. Somit kommt seine/ihre Rolle jener eines/einer Geschäftsführers/-führerin gleich, während die Gemeindeausschüsse eine Art Aufsichtsrat bilden. Diese weitreichenden Kompetenzen wurden mit der Direktwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin in die Gemeindeordnung aufgenommen, um zu verhindern, dass in Gemeinden, in welchen der/die BürgermeisterIn über keine Mehrheit im Gemeinderat verfügt, der Gemeinderat dem/der BürgermeisterIn den Spielraum nimmt. Diese Zuständigkeiten gehen weit über jene der Südtiroler BürgermeisterInnen hinaus, die keinen Handlungsfreiraum bei den Ausgaben haben.

Zudem können die BürgermeisterInnen Tirols Punkte von der Tagesordnung der Ratssitzungen nehmen, erstellen den Gemeindehaushalt, während ein Misstrauensvotum gegen sie kaum möglich ist. Somit ist ihre Position im Vergleich zu der ihrer KollegInnen Südtirols und des Trentino wesentlich stärker.

Die interne Kontrolle erfolgt in Tirol über den Überprüfungsausschuss, welcher vierteljährlich die Kassaprüfung und jährlich die Vorprüfung des Rechnungsabchlusses vornimmt. Ebenso ist kein Rechnungsprüfer vorgesehen, welcher so wie

in Südtirol ein Gutachten zum Haushaltsvoranschlag und den Haushaltsänderungen abgeben muss.

Die Aufsicht über die Gemeinden Tirols üben die Gemeindeabteilung des Landes und die Bezirkshauptmannschaft aus, welche sich Rechtmäßigkeits- und Gebarenkontrolle teilen. Zudem prüft der Bundesrechnungshof die Gemeinden mit über 10.000 EinwohnerInnen, während die kleineren Gemeinden aufgrund besonderer Umstände der Landesrechnungshof prüfen kann.

Diese Möglichkeiten der Prüfung hat in Südtirol weder das Land noch die Kontrollsektion des Rechnungshofes. Allerdings gibt es in Italien im Gegensatz zu den anderen Ländern Mitteleuropas die *rechtsprechende* Sektion des Rechnungshofes. Über diese kann die dort angesiedelte Staatsanwaltschaft punktuell Verfahren gegen Gemeindeverwalter und Beamte in die Wege leiten (vgl. Promberger 2005).

4. Gemeindenfinanzierung

Gemeindeautonomie hat nicht nur mit *Augenhöhe* und mit Zuständigkeiten zu tun, sondern vor allem mit der Finanzausstattung bzw. mit der Finanzautonomie. Nach einem verhaltenen Start zur Umsetzung der Verfassungsreform auch auf Staatsebene ist letzthin wieder einiges in Bewegung geraten. Dies geschah vor allem in Form der Entscheidung des Staates, auf den Steuerföderalismus zu setzen. Keine Steuerautonomie, aber immerhin.

Den Regionen und Gemeinden sollen weiterreichende Möglichkeiten der Steuergestaltung eingeräumt werden. Schon ab 2011 sollten die Gemeinden einen Anteil an Staatssteuern erhalten wie an den Registergebühren, den Hypothekar- und Katastersteuern und der IRPEF auf Immobilien. In den darauffolgenden Jahren soll unter anderem eine neue Gemeindesteuer eingeführt werden, welche andere Steuern ersetzen und die Finanzautonomie der Gemeinden ausbauen soll.

Zudem wird vom Staat, der bis auf die Regionen mit Sonderstatut für die Finanzierung der Gemeinden zuständig ist, die zusätzliche Finanzierung der fundamentalen Dienste der Gemeinden über Standardkosten (*benchmark*) angedacht. Dies würde gutes Verwalten belohnen. Ein Weg, der auch Teil des vorgeschlagenen Finanzierungsmodells für Südtirols Gemeinden ist.

Wenn der Staat umzudenken beginnt, so deshalb, weil er scheinbar wieder die Stärken der kleinen öffentlichen örtlichen Körperschaften entdeckt hat bzw. die Schwächen des Zentralstaates erkennen musste. Oder hat der Staat ganz einfach eingesehen, dass die Staatsfinanzen mit dem derzeitigen System nicht mehr in den

Griff zu bekommen und die öffentlichen Körperschaften wieder in mehr Eigenverantwortung zu entlassen sind?

Über eine direkte Beteiligung der Regionen, Provinzen und Gemeinden am Steueraufkommen bzw. über eigene Steuern sollen die jeweiligen Körperschaften aber nicht nur bei den Einhebungen stärker in die Verantwortung genommen werden, sondern auch bei den Ausgaben. Derzeit werden in Italien 80 Prozent der Steuern direkt vom Staat eingehoben, in Österreich sind es 70 Prozent, in Deutschland weniger als 50 Prozent. Ein direkter Bezug Steuerzahler–Geldverteiler erzeugt auf der einen Seite Druck für einen sparsameren Umgang mit den Steuermitteln und schafft auf der anderen Seite ein stärkeres Kostenbewusstsein.

Ein Positivbeispiel stellen die Gemeinden der Schweiz dar. Die oft erwähnte Bürgerbeteiligung in der Schweiz hat nicht nur mit einer langen Tradition zu tun, sondern auch mit einem anderen Finanzierungssystem. Aufgrund der föderalistischen Struktur der Schweiz haben neben dem Bund und den Kantonen vor allem auch die Gemeinden das Recht Steuern einzuhoben. Die Gemeinden haben somit die Möglichkeit, in einem beträchtlichen Ausmaß aktiv die Steuern zu gestalten, stehen somit nicht nur untereinander im Wettbewerb, sondern auch in direkter Verantwortung dem Steuerzahler gegenüber. Die Ausgaben einer Gemeinde haben unmittelbare Auswirkungen auf den Steuersatz. Wenn in vielen Gemeinden der Schweiz die BürgerInnen und nicht der Gemeinderat über den Gemeindehaushalt und somit auch über die Investitionen abstimmen, so geschieht dies vor einem ganz anderen Hintergrund. Weiß der/die BürgerIn, dass der Bau eines neuen Schulgebäudes oder eines neuen Bürgerzentrums direkte Auswirkungen auf seine Brieftasche hat, entsteht dadurch auch ein Kostenbewusstsein.

Ein anderes Beispiel aus dem Bundesland Tirol: Mit 1. Jänner 2009 wurde in der Altenbetreuung das Kinderregressrecht abgeschafft. Das heißt, dass sich die Kinder all jener Personen, die in Strukturen betreut werden müssen, nicht mehr an den Kosten beteiligen müssen. Die Folge: Hatten sich Land und Gemeinden 2008 noch Kosten von 7,3 Millionen Euro zu teilen (Schlüssel 35 Prozent zu 65 Prozent, wobei für die Pflegestufen 1 und 2 zur Gänze die Gemeinden aufkommen müssen), stiegen diese in den ersten 11 Monaten 2009 auf das Dreifache, und zwar nicht zuletzt aufgrund des zugenommenen Druckes auf die Strukturen.

Die Gemeinden haben immer mehr und immer neue Aufgaben zu erfüllen. Einmal aufgrund der neuen Lebensstandards der Bevölkerung und einmal aufgrund der Entwicklung der Gesellschaft. Denn Aufgaben wie Kinder- und Altenbetreuung, die früher von den Großfamilien übernommen wurden, müssen heute immer mehr von den Gemeinden übernommen werden. Nicht zuletzt muss auch der stei-

genden Erwartungshaltung der BürgerInnen Rechnung getragen werden. Diese Erwartungshaltung den öffentlichen Einrichtungen gegenüber und die Bereitschaft, sich selbst einzubringen, hat wesentlich mit der Art der Kostenbeteiligung zu tun.

Der Bereich Steuern war in Italien bisher fast ausschließlich Zuständigkeit des Staates, jetzt soll dies zumindest in Teilen gelockert werden. Bereits 1993 wurde die Gemeindeimmobiliensteuer als Gemeindesteuer auf Gebäude und Baugrundstücke eingeführt, welche 10–15 Prozent der laufenden Einnahmen der Gemeinden ausmacht. Hier haben die Gemeinden einen Ermessensspielraum und können die Steuern direkt einheben. Ebenso haben sie die Möglichkeit, einen Aufschlag auf die Einkommenssteuer einzuheben, von der zurzeit nur 15 Gemeinden Südtirols Gebrauch machen. Alle Anteile an Staatssteuern oder eventuelle Ausgleichszahlungen, wie jene, die aufgrund der Befreiung der Erstwohnungen von der Gemeindeimmobiliensteuer zu leisten sind, müssen immer über den Landeshaushalt laufen. Die Zuständigkeit zur Gemeindenfinanzierung hat kraft Autonomiestatut nämlich das Land.

Südtirol

Es ist äußerst spannend zu sehen, welche unmittelbaren Auswirkungen der Steuerföderalismus auf die Gemeinden Südtirols haben wird. Sollte künftig tatsächlich ein fixer Teil bestimmter Staatssteuern den Gemeinden zustehen, ist zu klären, in welcher Form dies geschehen wird. Es ist nämlich zu befürchten, dass aufgrund seiner Zuständigkeiten das Land die entsprechenden Beträge ausbezahlt bekommen wird und nicht die Gemeinden direkt.

Mit dem *Mailänder Finanzabkommen* zwischen Land und Staat hätte Südtirol sogar die Möglichkeit, in einem bestimmten Rahmen eigene Steuern einzuführen. Ein erster Versuch war der Vorschlag einer Hundesteuer, die von den Gemeinden schon lange gefordert wird. Während der Haushaltsdebatte 2011 hat die Mehrheit der Abgeordneten dann den betreffenden Artikel aber wieder zurückgezogen.

Solange das Land einen so hohen Anteil am Steueraufkommen vom Staat zurückerstattet bekommt und davon auch die Gemeinden gut leben können, werden die zusätzlichen Spielräume zwischen Steueraufschlägen oder gar neuen Steuern wohl kaum genutzt werden müssen. Was die Höhe der Steuern betrifft, so bleibt in erster Linie der Staat dem Steuerzahler gegenüber verantwortlich. Vorerst setzt somit weiterhin der Staat den Großteil der Steuern fest und treibt sie auch ein. 90 Prozent davon werden wieder an das Land abgegeben, das die Rolle des *Verteilers* innehat.

Der Kampf um eine angemessene Finanzregelung zwischen Land und Gemeinden ist allerdings nicht neu. Ein erstes Modell wurde noch unter der Regierung von Silvius Magnago regelrecht erkämpft. So drohten zu Beginn der 70er-Jahre 80 Bürgermeister mit Rücktritt, sollte nicht einer neuen Finanzregelung zugestimmt werden. Seitdem ist diese *Regelung* nie mehr einer grundlegenden Reform unterzogen worden und konnte damit auch nicht an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Dadurch müssen noch heute die Mittel zur Gemeindenfinanzierung jährlich neu verhandelt und vieles muss über Sondergesetze finanziert werden.

Betrachten wir nun das derzeitige Finanzierungsmodell etwas näher. Der Großteil der Einnahmen der Gemeinden erfolgt über Beiträge des Landes. So erhielten diese bis zum Jahre 2007 13,5 Prozent der Steuereinnahmen aus dem Landeshaushalt (Titel 1, 2 und 3) zur Finanzierung der Grundbedürfnisse. Seither wurde dieser Anteil frei verhandelt. Dieser Teil, immerhin um die 500 Millionen Euro pro Jahr, wird dann den Gemeinden auf Grundlage bestimmter Kriterien zugewiesen.

Ein Teil wirkt als Ausgleich zu den *laufenden Ausgaben*, der überwiegende Teil davon als sogenannte Pro-Kopf-Quote (zurzeit ca. 260 Millionen Euro). Diese ist heute nur nach Gemeindegrößen gestaffelt. So erhalten die Gemeinden bis 10.000 EinwohnerInnen am wenigsten, die Gemeinden von 10.000 bis zu 30.000 EinwohnerInnen etwas mehr und die Städte Meran und Bozen den höchsten Betrag pro Kopf. Diese *Gleichbehandlung* führt zu immer größeren Ungerechtigkeiten, denn damit wird den individuellen Unterschieden der Gemeinden in keiner Weise Rechnung getragen.

Aufgrund unterschiedlicher Verpflichtungen gibt es nämlich beträchtliche Abweichungen auf der Ausgabenseite der Gemeinden. So hat eine Landgemeinde beispielsweise 180 km ländliches Straßenwegenetz zu betreuen und eine der großen Städte nur 36 km. Noch größere Unterschiede finden wir inzwischen auf der Einnahmenseite. Die Gemeindeimmobiliensteuer beträgt in einer Gemeinde 40 Euro, während eine der Tourismushochburgen immerhin mit über 900 Euro je EinwohnerIn rechnen kann. Gravierend sind die Unterschiede auch aufgrund der Einnahmen durch die Produktion von elektrischer Energie. Es gibt Gemeinden, welche Einnahmen in Millionenhöhe zur Verfügung haben, ohne dass es in irgendeiner Form einen Ausgleich gibt. Diese haben nach wie vor denselben Zugang zu den Fördertöpfen des Landes. In allen Nachbarländern ist ein solcher Ausgleich aufgrund der Finanzkraft oder der Finanzschwäche vorgesehen.

Die Finanzautonomie der Gemeinden betreffend jenen Teil der laufenden Einnahmen, der aufgrund eigener Gemeindeabgaben eingenommen wird, beträgt im

Schnitt nur 14 Prozent der Einnahmen, wobei die Gemeinden innerhalb dieses Anteils nur einen sehr geringen Spielraum haben.

Jener Teil, den die Gemeinden zur Finanzierung der *Investitionen* der Gemeinden als fixen Anteil erhalten, entspricht durchschnittlich zwischen 10 und 20 Prozent ihres Anteils aus dem Landeshaushalt und zwischen 10 und 15 Prozent der Investitionsausgaben der Gemeinden. Der Rest wird von den Gemeinden selbst über direkte Verrechnungen, wie im Falle von Erschließungsanlagen, Erschließungsgebühren, Baukostenabgaben, oder durch Beiträge über Sonderbeiträge des Landes aufgebracht – oder, und das hat sich zu einem großen Problem entwickelt, über Darlehen.

Das Gesetz zur Finanzierung der Gemeinden stammt noch aus einer Zeit der gering ausgestatteten Landeshaushalte sowie aus einer Zeit, als die Gemeinden einen Aufholbedarf besaßen, aber nicht ausreichend Finanzmittel zur Verfügung standen.

Wesentliche Teile der Gemeindeinvestitionen waren seitdem darlehensfinanziert. Die Gemeinden erhielten als Landeshilfe einen Teil der Amortisierungsraten als *Landesbeitrag* zurückerstattet. Diese Regelung mag für die damalige Zeit zwar sinnvoll gewesen sein, hat die Gemeinden aber, da die Form der Gemeindefinanzierung nicht dem enorm gestiegenen Landeshaushalt angepasst wurde (inzwischen über 5 Milliarden Euro), inzwischen in eine Schuldenfalle tappen lassen. Seitdem die Gemeinden einen fixen Anteil aus dem Landeshaushalt erhalten, wurde der Landesbeitrag zur Amortisierung der Gemeindedarlehen den Gemeinden von ihrem Anteil am Landeshaushalt abgezogen, sodass sie die Darlehen samt Landesbeiträgen selbst zurückzahlen müssen. Allerdings muss dies nicht die einzelne Gemeinde, sondern die Gemeinden müssen dies gemeinsam leisten. Dies bedeutet, dass jene Gemeinden, die keine Schulden gemacht haben, den anderen Gemeinden bei der Rückzahlung von deren Schulden helfen müssen.

Die gesamte Restschuld der Südtiroler Gemeinden beträgt zurzeit ca. 1,2 Milliarden Euro, das ist mehr als die Summe aller Gemeindehaushalte eines Jahres und im Durchschnitt 2.300 Euro pro Kopf. Diese Schuld liegt somit weit über dem staatlichen Schnitt von 1.100 Euro pro Kopf und auch weit über dem Schnitt der Gemeinden des Trentino. Die Unterschiede dabei reichen von schuldenfreien Gemeinden bis zu einer Verschuldung von bis zu 6.800 Euro pro EinwohnerIn. Über 500 Millionen Euro sind noch aufgrund von Investitionen im Bereich Trink- und Abwasseranlagen zurückzuzahlen, 370 Millionen aufgrund von Schulbauten, der Rest aufgrund von Altersheimbauten, dem Bau von Schwimmbädern, Rathäusern und anderen Investitionen. Somit werden einer Gemeinde mit 3.000 EinwohnerInnen noch 20 Jahre lang 360.000 Euro jährlich an Einnahmen fehlen, unabhängig davon, ob sie sich selbst verschuldet hat oder nicht. Zudem werden die ca. 60 Mil-

lionen Euro an jährlichen Zinsen in Rom (Sitz der Depositenkasse) eingezahlt, womit dem Land der 90-Prozent-Anteil an diesen Steuern verloren geht.

Im Jahre 2008 ist die Notbremse gezogen worden. Es wurde ein interner Rotationsfonds eingerichtet, in den die Gemeinden selbst 50 Millionen jährlich einzahlen, weitere 50 Millionen kommen vom Land. Aus diesem Rotationsfonds erhalten die Gemeinden zu nahezu denselben Bedingungen Geldmittel zur Finanzierung jener Investitionen, die bis 2008 über Bankdarlehen finanziert wurden. Haben die Gemeinden bis 2008 noch 100–120 Millionen Euro an neuen Darlehen aufgenommen, wurde dieser Anteil nun auf null gesetzt. Die Gemeinden zahlen die Tilgungsraten von nun an in einen Fonds zurück, womit Geldmittel für künftige Investitionen auf die Seite gelegt werden. Ein großer Schritt.

Das Positive am bisherigen Finanzierungsmodell ist sicherlich, dass dadurch die Gebühren niedrig gehalten werden konnten. Nur jener Teil, der für Investitionen der im Bereich von Trink- und Abwasseranlagen anfallenden Amortisierungsraten gedacht war, musste auf die Gebühren aufgerechnet werden, welche die Gemeinden direkt zu bezahlen hatten.

Vergleichen wir dazu in aller Kürze die Finanzierungsmodelle von Südtirols Nachbarn, der Provinz Trentino und des Bundeslandes Tirol.

Trentino

In der Provinz Trentino ist die Gemeindenfinanzierung mit dem Landesgesetz Nr. 36 von 1993 und nachfolgenden Abänderungen geregelt. Auch hier ist eine Zweiteilung der Zuweisungen vorgesehen. Die *ordentlichen* Zuweisungen zur Finanzierung der laufenden Ausgaben der Gemeinden erfolgen auf der Grundlage eines Bedarfsschlüssels, in erster Linie über den *Ausgleichsfonds* und den *Fonds für spezielle Gemeindedienste* (2011: 268 Millionen Euro).

Die *außerordentlichen* Zuweisungen erfolgen einerseits aufgrund einer komplexen Formel über direkte Zuweisungen an die einzelnen Gemeinden (ca. 50 Millionen Euro/Jahr) und andererseits und zum großen Teil ab 2011 über die Talgemeinschaften, die nun für die Finanzierung von Gemeindestrukturen zuständig sind (mindestens 300 Millionen Euro innerhalb dieser Legislaturperiode, wobei die Gemeinden selbst über die entsprechenden Programme entscheiden und das Land dabei kein Mitspracherecht hat).

Auch im Trentino wurden seit Beginn der 90er-Jahre die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden aufgrund eines fixen Anteils (22,1 Prozent der ersten drei

Titel) am Landeshaushalt errechnet. Seit 2006 wird frei verhandelt. Sobald die Auswirkungen des Steuerföderalismus bekannt sind, soll wieder zu einem fixen Anteil zurückgekehrt werden, so Renzo Anderle, ehemaliger Präsident des Gemeindenverbandes des Trentino und Bürgermeister von Pergine.

Über die Zuteilung des im Vergleich zu Südtirol bescheidenen *Reservefonds* entscheidet das Land im Einvernehmen mit den Gemeinden, in Südtirol entscheidet darüber der Landeshauptmann. Darüber hinaus müssen die Betreiber der großen Wasserableitungen eine Zusatzgebühr an die Gemeinden leisten (36 Millionen Euro), über welche sie ab 2011 verfügen können. Auffallend ist, dass die Darlehen der Gemeinden des Trentino zum größten Teil über die *Cassa del Trentino* laufen und somit die Geldflüsse und die entsprechenden Steuereinnahmen innerhalb des Landes bleiben.

Die Finanzautonomie der Gemeinden in Bezug auf deren laufende Einnahmen ist auf regionaler Ebene ähnlich. Sie beträgt in Südtirol 47 Prozent und im Trentino 49 Prozent. Der italienische Durchschnitt beträgt allerdings 75 Prozent. Diese großen Unterschiede ergeben sich aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinden in den Regionen mit Normalstatut weniger Zuweisungen von *oben* erhalten und sich deshalb stärker über eigene Einnahmen finanzieren müssen. Fast alle müssen einen Zuschlag auf die Einkommenssteuer einheben und die Gemeindeimmobiliensteuer über einen um ca. 50 Prozent höheren Hebesatz bei niedrigeren Freibeträgen einheben.

Tirol

Auch die Gemeinden des Bundeslandes Tirol haben keine allzu großen Spielräume bei der Gestaltung der Einnahmen. Das Finanzierungsmodell Tirols ist allerdings schwer mit jenem Südtirols und des Trentino vergleichbar. Die Grundlage bilden Kommunalsteuern und Bundesertragsanteile, aber vor allem horizontale und vertikale Verteilungen, deren Ausmaß alle vier Jahre zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhandelt und vom Nationalrat beschlossen wird und für das gesamte Bundesgebiet gilt.

Laut einer Studie umfassen die Transferbeziehungen der Gemeinden Österreichs (ohne Wien) jährlich ca. 210.000 Tansfers. 41 Prozent davon sind absteigende, 39 Prozent aufsteigende (Ko-Finanzierung der Gemeinden von Landesaufgaben) und 20 Prozent horizontale (von den Gemeinden zu den Gemeindenverbänden) Transfers, eine enorme Verflechtung zwischen Aufgaben und deren Finanzierung, mit einem entsprechenden Aufwand und reduzierter Eigenverantwortung.

Die Bundesertragsanteile sind nach Gemeindegröße gestaffelt, wobei nicht nur der Unterschied zwischen Städten und kleinen Gemeinden wesentlich größer ist als in Südtirol (Multiplikator der EinwohnerInnen von 1,5 bis 2,33), sondern auch die Gesamtsumme. Erhielten Tirols Gemeinden 2009 als Bundesertragsanteil und Getränkeausgleichsteuer 808 Euro/EinwohnerIn bzw. 567 Millionen, so betragen im selben Zeitraum in Südtirol die *laufenden Zuweisungen* vonseiten des Landes an die Gemeinden über die *Pro-Kopf-Quote* 520 Euro pro EinwohnerIn.

Noch größer erweist sich der Unterschied, wenn man die Gemeindesteuern vergleicht. Diese betragen in Tirol im Jahre 2009 308 Millionen Euro, im Gegensatz dazu in Südtirol bescheidene 108 Millionen Euro (439 Euro zu 217 Euro/EinwohnerIn).

Während in Südtirol aber nur geringfügige Abgaben von den Gemeinden an das Land zu entrichten sind, müssen die Gemeinden Tirols beträchtliche laufende Transferzahlungen an das Land entrichten. 2009 waren dies 255 Millionen als Krankenhausumlagen, Landesumlage, Beitrag an den Gesundheitsfonds, Sozialbeiträge usw.

Finanziert in Südtirol also das Land zu einem großen Teil die Gemeinden, erhält das Bundesland Tirol wesentlich mehr von den Gemeinden, als es diesen gibt (Negativsaldo 2009: 71 Millionen Euro, ohne die Zahlungen der Gemeinden an den Tiroler Gesundheitsfonds von ca. 90 Millionen mit eingerechnet).

Die Differenz zwischen den laufenden Einnahmen und den laufenden Ausgaben beträgt im Vergleich zu Südtirol in Tirol das Zwei- bis Dreifache. Das bedeutet, dass dadurch die Gemeinden Tirols den größeren Spielraum haben, Investitionen über Eigenmittel zu finanzieren. Zudem wird in den Tiroler Gemeinden inzwischen vieles ausgelagert. In Österreich sind im Gegensatz zu Italien die Gemeinden auch in Bezug auf die Körperschaftssteuer Steuersubjekt, weshalb vor allem wegen der Steuervorteile viele Bauvorhaben über Gesellschaften abgewickelt werden. Der Nachteil dabei ist sicherlich, dass die Finanzsituation nicht mehr übersichtlich und die Verschuldung der Gemeinden kaum mehr überprüfbar ist (vgl. Amt der Tiroler Landesregierung 2009; Bröthaler 2006).

Wegen der verschiedenen Finanzierungsformen und Zuständigkeiten lässt sich schwer feststellen, welche Gemeinden über die meisten Finanzmittel verfügen – die unmittelbare Abhängigkeit der Gemeinden von Staat und Land ist, verglichen mit den nördlichen und südlichen Nachbarn, in Südtirol sicherlich am höchsten. Weder im Trentino noch in Tirol wird über individuelle Beiträge vonseiten des Landes so massiv in die Möglichkeiten der Gemeinden eingegriffen und somit gegen die Grundsätze des Subsidiaritätsprinzips verstoßen.

Konzept der Gemeindefinanzierung 2015

Aufgrund dieser Tatsache, aber vor allem in Erwartung der längst fälligen institutionellen Reform, hat sich der Südtiroler Gemeindenverband vorgenommen, ein neues Finanzierungsmodell für die Gemeinden Südtirols auszuarbeiten. Nachdem die Gemeinden in nächster Zukunft noch nicht über Eigeneinnahmen verfügen werden, welche sie unabhängig machen, muss zumindest ein Modell umgesetzt werden, das den Gemeinden so viel Autonomie und so viel Planungssicherheit wie möglich gibt. Über dieses sollten den einzelnen Gemeinden möglichst gerecht die Geldmittel zugewiesen werden. Das Konzept Gemeindefinanzierung 2015 umfasst vier Phasen:

1) Ein erster Schritt bestand darin, aus der Verschuldungssituation herauszukommen. Dies erfolgte mit der Einführung des Rotationsfonds – 2009 war das erste Jahr, in dem die Gemeinden keine neuen Bankdarlehen mehr aufgenommen haben. Aufgrund dieses Programms, das vorerst auf fünf Jahre angelegt ist, wird der alte Schuldenstand abgebaut, wobei man sich 250 Millionen Euro allein an Zinsen erspart, die ansonsten zu zahlen gewesen wären.

2) Für den nächsten Teil, die Neuaufteilung der Pro-Kopf-Quote über den Finanzbedarf, ist ein Grundsatzbeschluss gefasst worden. Die Grundlage (Verhältnis Standardkosten und Eigeneinnahmen) wird eine wissenschaftlich-mathematische mit einigen wenigen politischen Korrekturen sein, an denen noch gearbeitet wird.

3) Das Modell sieht auch eine neue Form der Zuweisung der Investitionsmittel vor. Dieser Teil würde den Gemeinden vor allem mehr Unabhängigkeit und Planungssicherheit bringen und vor allem Bürokratie abbauen. Denn Bürokratie abgebaut werden kann nur, wenn das Land bereit ist, *loszulassen*. Gerade dieser Teil des Modells würde einen Quantensprung in der Unabhängigkeit der Gemeinden bedeuten, für stärkeres Kostenbewusstsein sorgen und sparsames Verwalten belohnen.

4) Die Unterteilung der Zuweisungen nach laufenden Investitionen soll aufgehoben werden und erst im jeweiligen Haushalt erfolgen. Zur Kontrolle der laufenden Ausgaben würde künftig allein der Stabilitätspakt dienen, der damit endlich auch einen Sinn erhalten würde.

Sicher würde dadurch nicht wie in der Schweiz der unmittelbare Bezug zum Steuerzahler hergestellt werden, doch solange die Steuergesetzgebung nicht wesentlich geändert wird, wäre dieses Modell ein großer Schritt zu mehr Kostenbewusstsein. Steht ein möglichst fixes Budget zur Verfügung und kann oder muss man nicht für alles und jedes wieder zum Land um einen Beitrag pilgern, dann muss man *haushalten*. Ob das Land die Umsetzung dieses Konzeptes unterstützen wird, ist allerdings äußerst fraglich.

5. Übergemeindliche Zusammenarbeit oder Zusammenschluss von Gemeinden?

Immer öfter taucht folgende Frage auf: Soll man nicht eine Gebietsreform beschließen und Gemeinden zusammenlegen, um Kosten zu sparen? Immerhin gibt es bereits heute viele Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, wie den Gemeindenverband, gemeinsam geführte Altersheime, Abwasserverbände, vor allem die Bezirksgemeinschaften, die je nach Land unterschiedlich geregelt und organisiert sind.

Die *Bezirksgemeinschaften* Südtirols haben dabei nur Aufgaben zu erfüllen, die ihnen von den Gemeinden delegiert werden. Insbesondere Aufgaben im Bereich Sozialdienste, Umweltdienste und anderes mehr. Sie sind somit ausschließlich *Dienstleister*.

Im Trentino wurden aufgrund der institutionellen Reform die *Talgemeinschaften* eingerichtet. Sie erhielten auf Basis eines Einvernehmens zwischen Land und Gemeinden konkrete Aufgaben, wie Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und öffentliche Bauten, wie den Bau von Schulgebäuden, Feuerwehrrhallen und Abwasseranlagen, aber ebenso Zuständigkeiten im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, des öffentlichen Wohnbaus u.a.

Das staatliche Gesetzesdekret Nr. 78 vom 31.05.2010, umgewandelt in das Gesetz Nr. 122 vom 30.07.2010 (*decreto Tremonti*), das die Verpflichtung für Gemeinden unter 5.000 EinwohnerInnen vorsieht, ihre fundamentalen Dienste über Formen der Zusammenarbeit zu organisieren, ist nicht unmittelbar anzuwenden. Trotzdem wurde im Einvernehmensprotokoll zum Finanzabkommen 2011 zwischen Land und Gemeinden festgelegt, dass in Anlehnung an die staatlichen Vorgaben zusätzliche Aufgaben der Gemeinden unter 3.000 EinwohnerInnen gemeindeübergreifend abzuwickeln seien. Das Thema Zusammenarbeit spielt im Trentino somit eine immer wichtigere Rolle.

Im Bundesland Tirol sind die Bezirkshauptmannschaften eine Behörde, welche die Aufgabe hat, Bundes- und Landesgesetze in ihrem Bezirk umzusetzen und die entsprechenden Anordnungen zu vollziehen. Zusätzlich können die Gemeinden Aufgaben an die Bezirkshauptmannschaft übertragen. Die Bezirkshauptmannschaften sind dem Landeshauptmann unterstellt. Der Bezirkshauptmann wird von der Landesregierung ernannt, während die Organe der Bezirksgemeinschaften Südtirols demokratisch von den Mitgliedsgemeinden gewählt werden, jene der Talgemeinschaften des Trentino zum großen Teil direkt vom Volk.

Sicherlich wird es notwendig sein, dass die Gemeinden stärker zusammenarbeiten, nicht nur in Bezug auf Dienstleistungen, sondern auch Aufgaben der Verwaltung sollten gemeinsam organisiert werden. Arbeiten die Gemeinden Südtirols im Bereich der Dienstleistungen sehr gut zusammen (2.000 Beschäftigte in den Bezirksgemeinschaften gegenüber den 4.300 der Südtiroler Gemeinden), lässt dies im Bereich der Verwaltung noch sehr zu wünschen übrig. Hier sind die Kirchtürme noch sehr hoch. Obwohl es in Südtirol wesentlich weniger Gemeinden gibt als in den benachbarten Ländern (116 in Südtirol, 279 in Nordtirol und 219 im Trentino), wird es im Sinne einer effizienten Verwaltung unabdingbar sein, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden. Nicht nur im Bereich der Stadt- und Gemeindepolizei, sondern auch in Bezug auf die Bauhöfe, die Bauämter, Buchhaltung usw. ist noch sehr viel an Potenzial vorhanden. Ist für bestimmte Formen der Zusammenarbeit die Ebene der heutigen Bezirke nicht ideal, da diese zu groß und zu inhomogen sind, bräuchte es dazu auch nicht neue Körperschaften mit eigenen Verwaltungen, sondern es könnten künftig Gemeinden über Vereinbarungen auch Verwaltungsaufgaben anderer Gemeinden übernehmen. Es wird aber noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten sein.

Eine von *oben* verordnete Zusammenarbeit oder gar Zusammenlegung von politischen Gemeinden ist problematisch. In der Theorie mag es zwar stimmen, dass große Gemeinden günstiger arbeiten als kleine, doch die Praxis zeigt uns etwas ganz anderes. Zum einen werden Gemeinden ab einer bestimmten Größe unüberschaubar, aber noch wichtiger ist, dass sich in den kleinen Gemeinden die BürgerInnen noch ganz anders mit ihrer Gemeinde identifizieren und Dinge aus einem gemeinschaftlichen Denken heraus erledigen, die zu erledigen in einer Stadt niemand mehr bereit ist. Wenn Gemeindezusammenlegungen, dann nur, wenn *von unten* gewollt.

6. Partizipation

Soll Gemeinschaft auf Dauer funktionieren, müssen die BürgerInnen Verantwortung übernehmen und in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Bürgerbeteiligung wird heute allerdings von vielen recht einseitig gesehen, denn natürlich geht es dabei um Mitentscheidung bei Projekten oder Vorhaben. Es ist aber zu wenig, laut die Stimme zu erheben und Entscheidungen zu kritisieren, es muss auch die Bereitschaft vorhanden sein, sich aktiv an den täglichen Aufgaben der Gesellschaft zu beteiligen. Gemeinschaft ist keine Einbahnstraße. Nach wie vor gibt

es viele, die sich als Einzelperson, über Vereine oder Verbände ehrenamtlich für die Gemeinschaft einsetzen. Es gibt aber auch immer mehr, die sich aus der Gemeinschaft verabschiedet haben. Je größer die Gemeinde, desto stärker ist dies spürbar. Andererseits ist es Aufgabe der Politik, die BürgerInnen in die Entscheidungen *mitzunehmen*, sie einzubinden.

Südtirol

Die Formen der Mitbestimmung auf Gemeindeebene werden in den Satzungen geregelt. Dabei kann festgelegt werden, worüber direktdemokratisch abgestimmt werden darf (im Rahmen der Verfassung) und ob die Abstimmungen bindend sind oder nicht. Auch die Zugangshürden und das Beteiligungsquorum können geregelt werden. So gibt es in Südtirol mittlerweile so viele Regelungen, wie es Gemeinden gibt, neun Gemeinden haben zum Beispiel kein Beteiligungsquorum vorgesehen, damit Referenden rechtsgültig sind.

Inzwischen hat es einige Volksabstimmungen gegeben, die bisherigen Erfahrungen sind aber durchaus nicht alle positiv. In der Gemeinde Tisens wurde nach hartem Kampf der Bau eines Bergzoos befürwortet, konnte aber dann aufgrund der Volksabstimmung doch nicht realisiert werden. In der Gemeinde Ulten wurde trotz einer Ablehnung durch das Volk und nur ein Jahr später das Skigebiet neu erschlossen. Kürzlich sind in der Gemeinde Laas und in der Gemeinde Bruneck zwei Volksabstimmungen am Beteiligungsquorum gescheitert. In Laas sollten die Bürger über die Abänderung der Gemeindegatzung abstimmen, wobei unter anderem vorgesehen war, die Zahl der Ausschussmitglieder zu reduzieren, in Bruneck sollte über ein Skipistenprojekt abgestimmt werden.

Erfolgreich waren die Abstimmungen in Bezug auf die Hallenbäder von Innichen und Kaltern. Ersteres wurde aufgrund eines positiven Ausgangs der Bürgerbefragung gebaut, jenes von Kaltern aufgrund des negativen Ausgangs der Bürgerbefragung nicht.

Demnächst stehen Volksbefragungen in den Gemeinden Mals und Graun an. Dort soll über die Errichtung von Windkraftanlagen entschieden werden.

Trentino

Als positiv erweisen sich sicherlich einige Beispiele aus dem Trentino. Dort wurden im Jahre 2009 aufgrund des Bürgerwillens die Gemeinden *Bezzecca*, *Concei*, *Molina di Ledro*, *Pieve di Ledro*, *Tiarno di Sopra* und *Tiarno di Sotto* zur Gemeinde *Ledro* zusammengeschlossen, ebenso die Gemeinden *Bleggio Inferiore* und *Lomaso* zur Gemeinde *Comano Terme*. Dem vorausgegangen ist ein Verbund dieser Gemeinden zur gemeinsamen Verwaltung von verschiedenen Diensten. In diesen Verbund wurden nicht nur zahlreiche Gemeindeaufgaben verlegt, sondern auch sämtliche Gemeindeämter. Die Zustimmung seitens der BürgerInnen betrug je nach Gemeinde zwischen 58 und 86 Prozent. Es sei angemerkt, dass der positive Ausgang der Abstimmungen sicherlich auch damit zu tun hatte, dass sich die BürgerInnen dieser Gemeinden nicht zuletzt aufgrund der versprochenen zusätzlichen Beiträge seitens der Region einen unmittelbaren Vorteil erwarten konnten.

Es gibt zwar Gemeinden, welche ihre Haushalte vor deren Genehmigung den Bürgern vorstellen und deren Wünsche auch aufgreifen und einfließen lassen, sonstige Formen der Bürgerbeteiligung sind im Trentino aber eher selten.

Tirol

Im Bundesland Tirol sind die Formen der Bürgerbeteiligung durch die Gemeindeordnung einheitlich geregelt. Sie betreffen dabei Instrumente wie Volksbefragung, Gemeindeversammlungen, das Petitions- und Informationsrecht und die Teilnahme der BürgerInnen in den Ausschüssen. Volksbefragungen können unter bestimmten Voraussetzungen von den GemeindebürgerInnen (1/6 der Wahlberechtigten), vom Gemeinderat (mit einer 2/3-Mehrheit) und vom Bürgermeister (wenn dieser glaubt, dass ein Beschluss des Gemeindeausschusses die Interessen der Gemeinde verletzt) verlangt werden. Volksbefragungen sind allerdings nicht bindend.

Die ersten Erfahrungen mit den neuen Instrumenten der direkten Demokratie haben gezeigt, dass der Weg hin zu einer stärkeren Partizipation ein schwieriger, aber höchst notwendiger Prozess ist, bei dem alle Seiten lernen müssen. Die Rolle des Bürgers/der Bürgerin muss dabei wieder eine aktivere und direktere werden, um die über Jahrzehnte aufgebaute Distanz zwischen Zivilgesellschaft und Institutionen und die damit verbundene Erwartungshaltung zu überwinden.

7. Fazit

Die Gemeinden befinden sich in einer Phase des Umbruchs, einerseits in ihrer Position gegenüber Land und Staat, aber vor allem auch gegenüber den eigenen BürgerInnen. Dieser notwendige Paradigmenwechsel betrifft nicht nur Südtirol. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass den Gemeinden eine neue Rolle zugestanden werden muss, die sich stark an der alten, ursprünglichen Rolle orientiert. Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt angelangt. Die Gemeinden wurden gegründet, um jene Aufgaben zu erledigen, die der Einzelne nicht erledigen kann und die gemeinsam leichter zu erledigen sind. Haben auf der einen Seite Staat und Länder immer mehr Aufgaben an sich gezogen und haben auch die Gemeinden den BürgerInnen immer mehr solcher Aufgaben abgenommen, so hat sich auf der anderen Seite auch die Gesellschaft weiterentwickelt, und zwar immer weiter weg von einem gemeinschaftlichen Denken. Deshalb braucht es einen Paradigmenwechsel, eine neue Einstellung zur Gemeinschaft seitens der Politik, aber auch seitens der BürgerInnen. Denkweisen lassen sich aber nicht mit Paragraphen allein ändern.

Literaturverzeichnis

- Beimrohr, Wilfried* (2009). Über die Gemeinden in Altirol, in: Die Gemeinde, Nr. 6/Mai 2009
- Schuler, Arnold u.a.* (2009). Plausser Thesen. Durch Eigenverantwortung zu mehr Würde. www.plausserforum.info (12.1.2011)
- Amt der Tiroler Landesregierung (2009) (Hg.). Die Finanzlage der Gemeinden Tirols 2009, www.tirolerbauernbund.at/dataarchive/data48/finanzstatistik_2009_mit_lesezeichen.pdf (12.1.2011)
- Riz, Roland/Happacher, Esther* (2008). Grundzüge des italienischen Verfassungsrechts unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Aspekte der Südtiroler Autonomie, Innsbruck: Studia
- Promberger, Kurt* (2005). Managemant der Gemeinden in Tirol und Südtirol, Innsbruck: Studienverlag
- Bröthaler, Johann u.a.* (2006). Österreichs Gemeinden im Netz der finanziellen Transfers: Steuerung, Förderung, Belastung, Wien: Springer

Abstracts

I Comuni dell'Alto Adige: autonomia, finanziamento, partecipazione

La carta europea prevede la riqualifica di quei diritti, di amministrazione comunale e della riforma della costituzione, che da sempre la contraddistinguono. Infatti, la carta europea è l'ente pubblico più vicino al cittadino. Per quanto riguarda il principio di sussidiarietà, l'Alto Adige, purtroppo, non rappresenta certamente un modello da seguire. I comuni altoatesini sono, ancora, dipendenti dalla Regione. L'autonomia delle tasse è limitata, molti finanziamenti, attraverso contributi, giungono dalla Regione stessa e il pensiero economico cade, infine, in secondo piano. Nel frattempo, però, si è creata una forma istituzionalizzata che permette il coinvolgimento attivo dei Comuni sul territorio regionale. Con la speranza di dare più responsabilità ai Comuni, è stato attuato un ordinamento sui finanziamenti.

I comuns de Südtirol: autonomia, finaziamënt, partezipaziun

La cherta europeica dl'aministraziun autonoma comunala, la reforma costituzionala dl Stat, mo dantadöt na manira de ponsè nöia dess indö ti reconèsce ai comuns chë importanza che ti speta bele da dagnora incà. Le comun é l'ënt publich che ti é plü daimprò ala jënt. La provinzia de Balsan n'é nia chëra che va danfora por cí che reverda la concretisaziun dl prinzip de sussidiarité. Al dedaincö depënn i comuns de Südtirol tres cíamò dala Provinzia: ai à n'autonomia fiscala limitada, tröp vëgn finazié cun contribuéc provinziai y n ponsè economic n'é nia predominant. Intratan é gnü a s'al dè a nivel provincial na forma istituzionalisada de partezipaziun di comuns. Al é gnü laurè fora na reforma dl finanziaimënt y an spera che chësta fejes diventè i comuns plü responsabli.

Municipalities in South Tyrol: Autonomy, Financing, and Participation

The European Charter of Local Self Government, a constitutional reform of the state, represents—first and foremost—a new way of thinking that restores a role to municipalities to which they have always been entitled. The municipality is the public body closest to the citizens. Unfortunately, the province of South Tyrol takes no leadership role in the implementation of the principle of subsidiarity. Municipalities in South Tyrol are still dependent on the province. Their tax autonomy is limited, and much is financed by contributions from the province—economic thinking is thus not a top priority. Now, however, there is an institutionalized form of participation for municipalities at the province level. A revision in financing has been worked out, and will hopefully bring the municipalities more direct responsibility.

Andreas Obexer

Gemeinderatswahlen 2010: Vorwahlen, Mandatsbeschränkung und Zunahme der politischen Vielfalt

1. Einleitung

In allen Mitgliedsländern der Europäischen Union bilden die Gemeinden die unterste substaatliche Regierungsebene. Die zunehmende Dezentralisierung und die Übertragung von Zuständigkeiten der politischen Systeme in Richtung Peripherie haben schrittweise die Nachfrage nach Dienstleistungen auf kommunaler Ebene erhöht. Das hat dazu geführt, dass die Gemeinden beim Management des *welfare state* mit neuen Aufgaben betraut worden sind. Dadurch ist zugleich auch ihre Verantwortung gestiegen (vgl. Caciagli 2010, 1–2).

Mit dem Anstieg ihrer *Zentralität* hat auch das Interesse an den Kommunalwahlen zugenommen. Das gilt für alle Länder Europas, das gilt auch für Südtirol.

Bereits die Gemeinderatswahlen des Jahres 2005 waren Vorboten für einen Pluralisierungsprozess in Südtirols Gemeinden gewesen, auf der Ebene des politischen Wettbewerbs vor den Wahlen und auf der Ebene der Anzahl der Akteure in den Gemeindestuben nach den Wahlen. Dieser Trend hat sich 2010 fortgesetzt.

Eine der wohl folgenreichsten Neuerungen, die die Gemeindewahlreform von 1994 mit sich gebracht hat, war die Einführung der sogenannten Mandatsbeschränkung. Diese wurde bei den Gemeinderatswahlen am 16. Mai 2010 zum ersten Mal angewandt. Noch bis kurz vor den Gemeinderatswahlen wurde seitens der Südtiroler Volkspartei (SVP) heftig darüber diskutiert, wie diese Regelung zu Fall gebracht werden könnte. Diese Bemühungen konnten allerdings so kurz vor den Wahlen nicht mehr politisch durchgesetzt werden, sodass dieser Regelung eine ganze Reihe von SVP-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeistern sowie Referentinnen und Referenten zum Opfer fielen. Dadurch war der Generationenwechsel weniger über den politischen Wettbewerb erfolgt als vielmehr durch das neue *Verbots-gesetz* zur Kandidatur nach drei Legislaturperioden.

Mit Fragen der Zunahme des politischen Wettbewerbs, der Pluralisierung innerhalb der politischen Parteienlandschaft bzw. der politischen Bewegungen, aber auch mit Fragen und Folgen der SVP-Vorwahlen wird sich dieser Beitrag auf den nachfolgenden Seiten auseinandersetzen.

2. Gesetzliche Rahmenbedingungen

Im Übergang von der Ersten zur Zweiten Republik kam es in Italien zu einer Reihe von Neuerungen. Mit der Einführung eines neuen Wahlsystems auf allen politischen Ebenen wollte man den politischen Wettbewerb, das Parteiensystem und das Regierungssystem effizienter gestalten. Auf Gemeindeebene kam es zu dieser Neuerung mit dem Gesetz Nr. 81 vom 25. März 1993, das die Gemeinderatswahlen revolutionieren sollte. Bis zu jenem Zeitpunkt war die Gemeindepolitik in Italien von einer Reihe von signifikanten Faktoren geprägt gewesen. Gleich wie auf nationaler Ebene gab es eine starke ideologische Distanz zwischen den beiden dominierenden politischen Parteien, der Democrazia Cristiana und der Kommunistischen Partei. Mit der Abnahme dieser ideologischen Spannungen in den frühen Achtzigerjahren hatte eine Praxis der Proporz- und Verteilungsabsprachen überhandgenommen, welche schlussendlich in das Phänomen *Tangentopoli* mündete. Das damals angewandte reine Verhältniswahlssystem hatte zudem zu einer starken Parteienfragmentierung in den Gemeinderäten und zugleich zu einer Instabilität der Gemeindeausschüsse geführt (Di Virgilio 2005, 5). „Die Unfähigkeit zur Selbstreform hatte dazu geführt, dass Bewegungen der Zivilgesellschaft, insbesondere die Referendumsbewegung, das Zepter der Erneuerung in die Hand nahmen und die bereits weitgehend delegitimierten Parteien der Ersten Republik dermaßen unter politi-

schen Druck setzten, dass erste, aber entscheidende Reformen eingeleitet wurden.“ (Pallaver 2010, 530).

Mit dem neuen Gemeindevahlgesetz sollten diese Mängel und zum Teil Missstände beseitigt werden: Dem Amt des Bürgermeisters und seinem Gemeindevorschuss sollte durch die Direktwahl Stabilität verliehen werden. Damit verbunden sollten die in vielen Gemeinden Italiens immer wieder vorgezogenen Neuwahlen auf Gemeindeebene eingedämmt werden. Auch sollten die Parteien durch die Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters und der damit verbundenen Personalisierung in ihrer Macht zurückgedrängt sowie eine Regierungsalternanz ermöglicht werden.

Mit dem Regionalgesetz Nr. 3 vom 30. November 1994 wurde auch für die Region Trentino-Südtirol ein Gesetz über die *Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems zur Wahl der Gemeinderäte* verabschiedet (Regionalgesetz 1994). Dieses ist in weiten Teilen, zumindest was die Direktwahl des Bürgermeisters betrifft, eine an die lokalen Verhältnisse in Südtirol bzw. dem Trentino angepasste Version des staatlichen Gesetzes (vgl. Brunazzo 2008, 2). Bestimmte Neuerungen des Staatsgesetzes, wie etwa Mehrheitsprämie für die siegreiche Liste, die Anzahl der zu vergebenden Vorzugsstimmen sowie einige andere Punkte wurden allerdings nicht übernommen.

Das Gemeindevahlssystem und die Gemeindeordnung sind seit 1993 verschiedentlich gesetzlich neu geregelt oder mit Änderungen versehen worden. Zum einen sei auf beide Gemeindeordnungsgesetze verwiesen (Regionalgesetz Nr. 1 vom 4. Jänner 1993: neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol und Änderungen derselben mittels Regionalgesetz Nr. 10 vom 23. Oktober 1998), des Weiteren auf die Regionalgesetze, welche die Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates regeln. Es handelt sich dabei um das bereits erwähnte Regionalgesetz Nr. 3 vom 30. November 1994 sowie das Regionalgesetz Nr. 7 vom 22. Dezember 2004. Mit Dekret des Präsidenten der Region vom 1. Februar 2005, Nr. 1/L (welches wiederum durch das Dekret des Präsidenten der Region vom 1. Juli 2008, Nr. 5/L geändert wurde), wurde ein *Einheitstext der Regionalgesetze über die Zusammensetzung und Wahl der Gemeindeorgane* verfasst, in welchem alle gültigen Regelungen vereint und in dem auch die soeben genannten Gesetze und Regelungen enthalten sind.

Jede Gemeinde verfügt über verschiedene Organe, die unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben. Diese sind der Gemeinderat, der Ausschuss und der/die BürgermeisterIn.

Je nach Größe der Gemeinde hat laut Regionalgesetz 2005 der Gemeinderat zwischen 15 (Gemeinden mit einer Bevölkerung von bis zu 3.000 EinwohnerIn-

nen) und 50 Mitglieder (Gemeinden mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen bzw. in Provinzhauptstädten).

Der Gemeindeausschuss besteht aus dem/der BürgermeisterIn und einer, von der Gemeindegemeinschaft bestimmten, Höchstzahl an GemeindefunktionärInnen. Eine Obergrenze dieser Höchstzahl ist gesetzlich festgelegt. Diese Obergrenze beträgt zwischen vier (in Gemeinden mit bis zu 3.000 EinwohnerInnen) und zehn (in Gemeinden ab 100.000 EinwohnerInnen und in den Provinzhauptstädten) GemeindefunktionärInnen.

In den Gemeinden Südtirols „wird der Gemeindeausschuss vom Gemeinderat auf Vorschlag des Bürgermeisters [...] gewählt. Der Vizebürgermeister wird vom Bürgermeister unter den Gemeindefunktionären [...] gewählt“.

Bei der Bestellung des Gemeindeausschusses muss entsprechend dem Autonomiestatut den verschiedenen Sprachgruppen Rechnung getragen werden. Bei der Bestellung des Vizebürgermeisters in Gemeinden mit mehr als 13.000 EinwohnerInnen wird darauf verwiesen, dass dieser „der Sprachgruppe angehört, die am stärksten vertreten ist, wobei die Sprachgruppe des Bürgermeisters ausgeschlossen ist“. Der Gemeindeausschuss muss im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen im Gemeinderat zusammengesetzt sein, wobei eine Sprachgruppe das Anrecht auf eine Vertretung im Gemeindeausschuss hat, sofern sie mit mindestens zwei VertreterInnen dem Gemeinderat angehört.

Der Bürgermeister wird in der Provinz Bozen „in allgemeiner und direkter Wahl von den Wählern der Gemeinde gewählt“. Eine der Neuerungen, die die Gemeindegemeinschaftsreform von 1994 brachte, war die sogenannte Mandatsbeschränkung, die bei den Wahlen 2010 erstmals zur Anwendung kam. Diese Regelung sieht Folgendes vor: „Wer das Amt eines Bürgermeisters drei aufeinander folgende Amtsperioden bekleidet hat, kann für dieses Mandat nicht unmittelbar darauf wiedergewählt werden.“ Als volles Mandat wird eine Amtsausübung von mindestens dreißig Monaten betrachtet. Diese Bestimmung „gilt für die Amtsperioden, die auf die Wahlen folgen, welche nach Inkrafttreten des Regionalgesetzes Nr. 3 vom 30. November 1994 stattfinden“.

Dieses Verbot einer neuerlichen Kandidatur gilt für das Amt des Bürgermeisters und explizit auch für die GemeindefunktionärInnen, zu denen auch der Vizebürgermeister gezählt wird.

Die Reform des Gemeindegemeinschaftswahlgesetzes brachte erwartungsgemäß eine Reihe von grundlegenden Änderungen im institutionellen Gefüge, darunter vor allem die Stärkung des Amtes des Bürgermeisters.

Vor der Reform von 1993 war der Bürgermeister, zumindest im restlichen Italien, ein politisch schwacher Akteur gewesen. Seine postelektorale Bestellung hing

vom Verhältnis der Mehrheitsparteien untereinander und vom Verhältnis zwischen den internen Strömungen der Parteien ab. Dadurch konnten sowohl die Parteien als auch die Gemeinderäte und -referenten einen starken Einfluss auf den Bürgermeister ausüben. Diese Schwäche des Bürgermeisters resultierte weiters aus einer potenziell großen Instabilität der Gemeinderegierung. Regierungskrisen auf Gemeindeebene wurde in der Regel mit politischen Umbauten innerhalb der jeweiligen Mehrheit begegnet. Die Karten zwischen Parteien, Parteiströmungen und Exponenten des Gemeindevorstandes wurden einfach neu gemischt, wobei es durchaus möglich und teilweise sogar üblich war, dass der scheidende Bürgermeister nach dem Ende der Krise das Amt erneut übernahm (Di Virgilio 2005, 12).¹

Mittlerweile scheinen die Parteien auf gesamtstaatlicher Ebene einen Teil ihrer Macht wieder zurückerobert zu haben, auch wenn nicht von einer Rückkehr zu alten Verhältnissen gesprochen werden kann. Die aus der Direktwahl resultierende Notwendigkeit eines starken Kandidaten für das Bürgermeisteramt und vor allem die Einführung des sogenannten *Destruktiven Misstrauensvotums* sind hier wirksame Instrumente für die Verhinderung einer Übermacht der Parteien (Di Virgilio 2005, 11).

Um zur Kandidatur in der Provinz Bozen zugelassen zu werden, darf eine Kandidatenliste nicht weniger als drei Kandidaten aufweisen. Auch darf sie nicht „eine höhere als die um die Hälfte erhöhte Anzahl der Ratsmitglieder umfassen“. In Gemeinden mit mehr als 15.000 EinwohnerInnen muss jeder Kandidat für das Amt des Bürgermeisters eine Verbindung mit einer oder mehreren Listen eingehen. Dies muss im Einverständnis mit der jeweiligen Liste erfolgen, wobei auch jede Liste ihrerseits mit einem Bürgermeisterkandidaten verbunden sein muss. Listen mit ein und demselben Bürgermeisterkandidaten werden als untereinander verbunden betrachtet.

Die Regelung zur *Gleichberechtigung von Frauen und Männern beim Zugang zu Wahlämtern*, die sogenannte Frauenquote, besagt, dass auf jeder Liste beide Geschlechter vertreten sein müssen und dass auf jeder Liste „keines der beiden Geschlechter mit mehr als zwei Dritteln der Höchstzahl der Kandidaten vertreten sein (darf), die einer Liste zusteht“.

Die Amtszeit für Gemeinderat und Bürgermeister beträgt fünf Jahre. Sofern der Gemeinderat nicht vorzeitig aufgelöst werden muss, erfolgt die Neuwahl zwischen 1. Mai und 15. Juni des betreffenden Jahres. In Gemeinden mit bis zu 15.000 EinwohnerInnen erfolgt die Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates auf zwei getrennten Stimmzetteln. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Stimmen. Lediglich im Fall einer Stimmgleichheit kommt es zwei Wochen nach dem ersten Wahlgang zu einer Stichwahl zwischen den beiden meistgewählten KandidatInnen.

Sollten mehr als zwei KandidatInnen gleich viele Stimmen haben, so werden jene zwei KandidatInnen zur Stichwahl zugelassen, welche den Listen angehören, die ihrerseits im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Sollte auch die Wahlziffer gleich sein, so wird der ältere Kandidat vorgezogen. Diese Regelung mit der höheren Wahlziffer der jeweiligen Liste kommt auch bei einer Stimmengleichheit im Rahmen der Stichwahl zur Anwendung. Die WählerInnen können eine Listenstimme abgeben, indem sie das entsprechende Listensymbol ankreuzen und bis zu vier Vorzugsstimmen abgeben.

In den Gemeinden mit mehr als 15.000 EinwohnerInnen, das sind in Südtirol Bozen, Meran, Brixen und Leifers, erfolgt die Wahl des Bürgermeisters und des Gemeinderates auf einem einzigen Stimmzettel. Dieser Stimmzettel enthält den Namen der KandidatInnen für das Amt des Bürgermeisters, die Listenzeichen der (eventuell verbundenen) Listen und neben jedem Listenzeichen ein Feld für die Abgabe der Vorzugsstimme für den Gemeinderat.

Der Wähler wählt eine Liste sowie den von dieser Liste unterstützten Bürgermeisterkandidaten. Auch in diesem Fall kann der Wähler bis zu vier Vorzugsstimmen für den Gemeinderat vergeben, die allerdings an KandidatInnen gehen müssen, die auf einer mit dem Bürgermeisterkandidaten verbundenen Liste kandidieren. Falls der Wähler nur den Bürgermeisterkandidaten seiner Wahl, nicht jedoch die ihn unterstützende Liste ankreuzt, so gilt diese Stimme auch der den Kandidaten unterstützenden Liste. Sollte diese Liste einer dieser KandidatInnen unterstützenden Listengruppe angehören, dann werden die Stimmen, welche nur dem Bürgermeisterkandidaten gegeben werden, unter den der Listengruppe angehörenden Listen verteilt. Die Möglichkeit, die eigene Stimme zu *splitten*, das heißt, einen Bürgermeisterkandidaten zu wählen und zugleich einer Liste seine Stimme zu geben, welche diesen Kandidaten nicht unterstützt, ist im Gegensatz zum übrigen Italien nicht möglich.

Erreicht ein Bürgermeisterkandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, so wird dieser *als zum Bürgermeister gewählt verkündet*.

Im Unterschied zu den kleineren Gemeinden wird in Gemeinden mit mehr als 15.000 EinwohnerInnen eine Stichwahl durchgeführt, wenn keine/r der KandidatInnen die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erreicht. Zur Stichwahl, die am zweiten Sonntag nach dem ersten Wahlgang durchgeführt werden muss, sind dann die beiden KandidatInnen zugelassen, welche im ersten Wahlgang die höchste Zahl an Stimmen erreichen konnten. Bei Stimmengleichheit (zwischen dem zweit- und dem drittplatzierten Kandidaten) kommt der ältere der beiden zum Zug. Innerhalb der ersten sieben Tage ab dem ersten Wahlgang können die an der Stichwahl teil-

nehmenden KandidatInnen noch weitere Verbindungen mit Listen bzw. Listengruppen eingehen. Es gilt jener Kandidat als zum Bürgermeister gewählt, der bei der Stichwahl die höhere Anzahl von gültigen Stimmen auf sich vereinen konnte. Bei Stimmgleichheit wird jener Kandidat bevorzugt, der mit der Liste bzw. Listenverbindung verbunden ist, welche die höhere Gesamtwahlziffer erreichen konnte.

3. Mandatsbeschränkung, BürgermeisterkandidatInnen, Listen

Die Gemeinderatswahlen vom 16. Mai 2010 und die Stichwahlen vom 30. Mai 2010 haben im Vergleich zu früheren Wahlen eine Reihe von relevanten Neuigkeiten gebracht. Neben den Vorwahlen, die die SVP durchgeführt hat, war die einschneidendste Neuerung sicherlich die sogenannte Mandatsbeschränkung.

Diese bereits in den Neunzigerjahren (Regionalgesetz 1994) beschlossene, aber erst mit den Wahlen 2010 in Kraft getretene Regelung hatte bereits im Vorfeld der Gemeinderatswahlen für heftige Diskussionen gesorgt. Konkret besagt die Regelung Folgendes: Wer das Amt des Bürgermeisters für drei aufeinander folgende Amtsperioden ausgeübt hat, kann für dieses Mandat nicht unmittelbar darauf wiedergewählt werden, wobei eine Amtszeit von 30 Monaten als volle Amtszeit betrachtet wird. Eine analoge Regelung wurde für die Gemeindereferenten, und damit implizit auch für die Vizebürgermeister, getroffen, wobei diese Bestimmungen für die Amtsperioden gelten, „die auf die Wahlen folgen, welche nach Inkrafttreten des Regionalgesetzes Nr. 3 vom 30. November 1994 stattfinden“.

Obwohl von der SVP mit beschlossen, gab es innerhalb der Sammelpartei heftige Auseinandersetzungen über die Sinnhaftigkeit dieser Regelung. Die Junge Generation in der SVP wie auch die Oppositionsparteien vertraten den Standpunkt, dass die neue Regelung zielführend sei, weil damit ein Austausch und eine Verjüngung des politischen Personals eingeleitet werde. Damit würde dem *Dorfkaisertum* ein Ende gesetzt, die politischen *Platzhirsche* würden verdrängt werden. Von dieser Seite gab es denn erwartungsgemäß teils heftigen Widerstand. Diese Spannungen innerhalb der SVP, zwischen der Jungen Generation und einigen Parteioxponenten auf der einen und dem Rest der Partei auf der anderen Seite, haben nach den Wahlen keine weiteren Spuren in der Volkspartei hinterlassen.

Insgesamt waren bei den Gemeinderatswahlen 2010 162 Bürgermeister, Vizebürgermeister und Gemeindereferenten von der Mandatsbeschränkung betroffen. 54 von den 111 Gemeinden, in denen am 16. Mai 2010 der Gemeinderat neu gewählt wurde (in den Gemeinden Abtei, Brenner, Feldthurns, Mals und Plaus wurde nicht

gewählt), mussten aufgrund dieser Regelung einen neuen Bürgermeister wählen. Ebenso mussten 45 Vizebürgermeister und 63 Gemeindereferenten neu gewählt werden. In einigen Gemeinden wog der personelle Wechsel besonders schwer. So durften z.B. in Kaltern mit einem 20-köpfigen Gemeinderat der Bürgermeister, sein Stellvertreter sowie drei Gemeindereferenten nicht mehr zur Wahl antreten. In der Gemeinde Ritten betraf die Mandatsbeschränkung den Bürgermeister und vier seiner Referenten (Obexer 2010, 49). Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen gab es bei der SVP einen weiteren Innovationsschub. So wurden in einem Großteil der Gemeinden erstmals SVP-Vorwahlen durchgeführt. Mit diesen Vorwahlen sollte eruiert werden, welche KandidatInnen im Sinne der Parteibasis am meisten geeignet für den Gemeinderat und vor allem für das Amt des Bürgermeisters seien. In 86 von 111 Gemeinden bzw. 188 von 292 Ortsgruppen fanden Vorwahlen statt (SVP 2010, 9).

Bei den Vorwahlen wurde nicht überall gleich vorgegangen: So war es den Ortsgruppen selbst überlassen, wer über die Vorwahlen ermittelt werden sollte. So wurden in einigen Gemeinden bzw. Ortsgruppen nur die BürgermeisterkandidatInnen ermittelt (z. B. in Neumarkt), in anderen einzig die KandidatInnen für den Gemeinderat (z. B. in Gais) (SVP 2010a).

Insgesamt gab es in Südtirol 2010 435 BürgermeisterkandidatInnen. Dies mag bei 111 Gemeinden viel erscheinen, ergibt sich doch ein Schnitt von fast vier BürgermeisterkandidatInnen je Gemeinde. Wenn man bedenkt, dass sich in den vier größeren Gemeinden zwischen fünf und zehn KandidatInnen der Wahl zum Bürgermeister stellten, erscheint die Anzahl erstaunlich. Des Rätsels Lösung liegt bei sieben Gemeinden, in denen alle oder zumindest die meisten SVP-GemeinderatskandidatInnen gleichzeitig auch für das Bürgermeisteramt kandidiert haben. In diesen Gemeinden gab es 16 (Auer), 17 (Kuens), 19 (Laas), 20 (Truden), 22 (Moos i. P.) und 24 (Gargazon) KandidatInnen. Den Rekord hält die Gemeinde Deutschnofen mit 38 KandidatInnen für das Amt des Bürgermeisters.

Das Aufstellen von so vielen BürgermeisterkandidatInnen kann zwar sinnvoll sein, wenn eine Partei konkurrenzlos ist, wie dies punktuell für die SVP der Fall war. Dies war nur in Moos i. P. und in Kuens der Fall, hier gehörten alle BürgermeisterkandidatInnen der SVP an, die auch als einzige Liste kandidierte. In Deutschnofen kandidierte 2010 neben der SVP auch die Union für Südtirol, die 38 BürgermeisterkandidatInnen gehörten jedoch alle den drei SVP-Listen an. Einen von 24 BürgermeisterkandidatInnen stellten in Gargazon die Freiheitlichen. In Auer war die Situation allerdings etwas anders. Bei den Wahlen von 2005 siegte der Dorflisten-Kandidat Roland Pichler, der seither Bürgermeister ist. Auch im Gemeinderat waren bis Mai 2010 die Dorfliste und die SVP mit je 7 Sitzen gleich

stark vertreten. Warum die SVP im Vorfeld der Wahl auf eine Vielzahl der BürgermeisterkandidatInnen setzte, ist auf den ersten Blick schwer verständlich. Die Begründung für die Entscheidung, alle GemeinderatskandidatInnen zugleich in das Rennen um das Bürgermeisteramt zu schicken, war offiziell folgende: „Der Aurer Bevölkerung soll die Möglichkeit gegeben werden, aus mehreren Kandidaten den ersten Bürger zu wählen“ (SVP 2010b).

Von den 435 KandidatInnen stellte die SVP drei Viertel (75,40 Prozent), vier BürgermeisterkandidatInnen traten für Fraktionslisten im Gadertal an, 45 KandidatInnen (10,34 Prozent) gingen für eine der vielen Bürgerlisten ins Rennen. Die Freiheitlichen stellten mit 27 (6,21 Prozent) mehr BürgermeisterkandidatInnen als je zuvor, der Partito Democratico (PD) präsentierte sechs BürgermeisterkandidatInnen. Weitere BürgermeisterkandidatInnen gingen für die Union für Südtirol, Südtiroler Freiheit, Popolo della Libertà/PdL, Lega Nord, Forza Bolzano, Unione di Centro/UdC, Insieme per Bressanone, Ulivo, Comunisti Italiani, Ladins und Grüne ins Rennen.

Zählt man die BürgermeisterkandidatInnen der italienischsprachigen Parteien zusammen, so kamen die Rechts- bzw. Mitte-rechts-Parteien/Listen zusammen auf zehn KandidatInnen, die Zentrums-Listen auf insgesamt fünf und die Links- bzw. Mitte-links-Parteien auf acht KandidatInnen.

Bei den Gemeinderatswahlen traten insgesamt 366 Listen an. Wie bei allen Wahlgängen zuvor gab es auch 2010 Gemeinden, in denen nur die SVP antrat, allerdings ist deren Zahl im Vergleich zu 2005 zurückgegangen. Die SVP hat vor allem seitens deutschsprachiger Oppositionsparteien, insbesondere durch die Südtiroler Freiheit und die Freiheitlichen, Konkurrenz erhalten. Die Freiheitlichen kandidierten 2010 in 56 von 111 Gemeinden, die Süd-Tiroler Freiheit in 21.

Ein heterogenes Bild zeigte sich 2010 bei den Bürgerlisten. Insgesamt traten 104 Listen zur Wahl an, welche sich entweder explizit *Bürgerlisten* nannten oder jedenfalls als Bürgerlisten erkennbar waren. Diese 104 Listen traten allerdings nicht in allen Gemeinden an. In 47 Gemeinden kandidierte keine Bürgerliste, in den restlichen 64 Gemeinden traten teils eine teils mehrere an. In der Stadt Leifers etwa kandidierten fünf verschiedene Bürgerlisten.

In drei der vier Gadertaler Gemeinden, in denen gewählt wurde, traten, wie schon in früheren Jahren, Fraktionslisten an, aus denen nicht immer erkennbar war, ob und welcher Partei sie politisch nahe stehen.

Die SVP trat in 108 Gemeinden an, wobei hier verschiedene SVP-Listen in einer Gemeinde jeweils zusammengezählt wurden. In folgenden 20 Gemeinden kandidierte die SVP konkurrenzlos als einzige Liste.

Tabelle 1: Gemeinden, in denen nur die SVP kandidiert hat

Gemeinde	Bezirk		
Altrei	Überetsch – Unterland	St. Pankraz	Burggrafenamt
Barbian	Eisacktal	Stilfs	Vinschgau
Kuens	Burggrafenamt	Tiers	Bozen Umgebung
Laurein	Burggrafenamt	Tirol	Burggrafenamt
Martell	Vinschgau	Tisens	Burggrafenamt
Moos in Passeier	Burggrafenamt	Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix ²	Burggrafenamt
Proveis	Burggrafenamt		
Riffian	Burggrafenamt	Villnöß	Eisacktal
Schnals	Vinschgau	Vöran	Burggrafenamt
St. Leonhard in Passeier	Burggrafenamt	Waidbruck	Eisacktal
St. Martin in Passeier	Burggrafenamt		

Quelle: Obexer 2010, 55.

Auffällig ist, dass sich von den 20 Gemeinden, in denen lediglich die SVP zu den Wahlen angetreten ist, zwölf im Bezirk Burggrafenamt befinden. Dieser Bezirk umfasst 24 Gemeinden, sodass in der Hälfte der Gemeinden nur eine Liste zur Auswahl stand.

Auch in der Gemeinde Wengen im Gadertal trat eine einzige Liste an. Dieser gehörten allerdings nicht nur SVP-Kandidaten an, sondern auch Kandidaten anderer Parteien (vgl. Obexer 2010, 53–68).

4. Die Wahlergebnisse 2010 im Vergleich

Wahlbeteiligung: Vergleicht man die Wahlbeteiligung der letzten drei Gemeinderatswahlen, so kann man einen stetigen Rückgang der Wahlbeteiligung feststellen. Betrug die Beteiligung bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 1995 noch 82,79 Prozent, so sank sie im Jahre 2000 auf 80,90 Prozent. Im Jahr 2005 sank die Beteiligung unter die 80-Prozent-Grenze (79,10 Prozent), um 2010 bei 74,80 Prozent anzukommen. Zwischen 2005 und 2010 gab es mit rund fünf Prozent den vergleichsweise größten Rückgang (vgl. Lantschner 2010, 68).

Wenn wir einen Blick auf die Gemeinden mit der höchsten und auf jene mit der niedrigsten Wahlbeteiligung werfen, so lassen sich einige Besonderheiten feststellen.

Die Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung in den letzten zwei oder drei Wahldurchgängen sind durchwegs Gemeinden mit unter 3.000 EinwohnerInnen. Jenesien, Lajen, Feldthurns und Kiens liegen sogar unter 2.000 EinwohnerInnen.

Gab es im Jahre 2000 noch sechs Gemeinden mit einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent, so gibt es davon im Jahre 2005 nur mehr eine.

Im Gegensatz zur hohen Wahlbeteiligung ist die Streuung der Gemeinden mit niedriger Wahlbeteiligung nicht einheitlich. Hier finden sich die Städte mit einer hohen EinwohnerInnenzahl wie Bozen, Meran und Bruneck, aber auch Kleingemeinden wie Pfatten (842 EinwohnerInnen laut Volkszählung 2001), Glurns (883), Martell (891) und Taufers i. M. (949), vier Gemeinden mit weniger als 1.000 EinwohnerInnen.

Tabelle 2: Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung 2000–2010

Gemeinde	WB* 2000	Gemeinde	WB 2005	Gemeinde	WB 2010
<i>Kuens</i>	91,8	Altrei	90,7	U. L. F. i. W./St. Felix	90,4
Villanders	91,7	Terenten	89,8	Altrei	89,5
Terenten	91,1	Villanders	89,3	<i>Jenesien</i>	87,3
Feldthurns	90,6	Wengen	89,1	Villanders	87,0
U. L. F. i. W./St. Felix	90,0	<i>Kuens</i>	88,6	Aldein	86,9
Kiens	90,0	U. L. F. i. W./St. Felix	88,6	Terenten	86,7
Hafling	89,8	Margreid	88,3	Proveis	86,2
Altrei	89,7	Montan	88,2	<i>Margreid</i>	85,9
<i>Jenesien</i>	89,6	Kurtinig	88,1	Waidbruck	85,9
Schnals	89,6	<i>Feldthurns</i>	88,0	Lajen	85,9

* WB = Wahlbeteiligung in Prozent

Bei den **fett** gedruckten Gemeinden handelt es sich um Gemeinden, die sich sowohl 2000 als auch 2005 und 2010 unter den zehn Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung befanden. Bei den *kursiv* gedruckten Gemeinden handelt es sich um Gemeinden, die bei zwei dieser Wahlgänge unter den zehn Gemeinden mit der höchsten Wahlbeteiligung waren.

Quelle: Gemeindewahlen 2010

Weiters ist ein *Trend nach unten* feststellbar. Im Jahre 2000 lagen die niedrigsten Werte noch bei knapp 73 Prozent, im Jahre 2005 nur mehr bei knapp 64 Prozent.

Fasst man die Gemeinden Südtirols nach Bezirken zusammen und vergleicht deren Wahlbeteiligung, so ist bei allen drei Wahlgängen der Vinschgau der Bezirk mit den meisten Gemeinden mit der niedrigsten Wahlbeteiligung.

BürgermeisterInnen: Die Südtiroler Volkspartei bleibt nach den Gemeinderatswahlen 2010 auch weiterhin die prädominante Partei. In 103 der 111 Gemeinden, in denen 2010 gewählt wurde, stellt die SVP den/die BürgermeisterIn. In drei dieser Gemeinden stellte 2005 noch eine Bürgerliste den/die erste/n BürgerIn, in den restlichen 100 Gemeinden wurde die SVP als Bürgermeisterpartei bestätigt.

Tabelle 3: Gemeinden mit der niedrigsten Wahlbeteiligung 2000–2010

Gemeinde	WB* 2000	Gemeinde	WB 2005	Gemeinde	WB 2010
Taufers i. Münster	72,8	Taufers i. Münster	66,8	Meran	63,8
Meran	74,2	Glurns	68,6	Bozen	65,7
<i>Mals</i>	74,9	Meran	68,9	Taufers i. Münster	65,8
Graun i. Vinschgau	75,7	<i>Mals</i>	70,0	Glurns	66,0
Bozen	76,0	Graun i. Vinschgau	74,3	<i>Prad a. Stilsfer Joch</i>	71,5
Auer	76,2	<i>Algund</i>	75,1	Marling	71,6
Brixen	77,3	Bozen	75,2	Pfatten	72,1
<i>Prad a. Stilsfer Joch</i>	77,7	Martell	75,6	<i>Algund</i>	72,2
Glurns	78,0	Sterzing	75,9	Welschnofen	72,2
<i>Bruneck</i>	78,1	<i>Bruneck</i>	76,3	Graun i. Vinschgau	72,4

* WB = Wahlbeteiligung in Prozent

Fett gedruckt: Gemeinden, die in den Jahren 2000, 2005 und 2010 unter den zehn Gemeinden mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren.

Kursiv gedruckte Gemeinden sind solche, die bei zwei der drei Wahlgänge unter den zehn Gemeinden mit der niedrigsten Wahlbeteiligung waren.

Quelle: Gemeindewahlen 2010

Bürgerlisten stellen in der aktuellen Legislaturperiode fünf BürgermeisterInnen. In zwei dieser fünf Gemeinden, nämlich in Toblach und in Eppan, löste ein Vertreter solcher Bürgerlisten den bisherigen SVP-Bürgermeister ab.

In Südtirol gibt es fünf Gemeinden, in denen der Anteil der italienischen Sprachgruppe größer ist als jener der deutschen: Bozen, Leifers, Salurn, Branzoll und Pfatten. In acht Gemeinden (Abtei, Corvara, Enneberg, St. Christina, St. Martin in Thurn, St. Ulrich, Wengen und Wolkenstein) gehört die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der ladinischen Sprachgruppe an. Diese ethnische Zuordnung hat, was die Sprachgruppenzugehörigkeit der Südtiroler BürgermeisterInnen betrifft, aber keine relevanten Änderungen nach sich gezogen. Gehörten 2005 noch hundert BürgermeisterInnen der deutschen Sprachgruppe an, so reduzierte sich deren Anzahl 2010 auf 98. Das aus ethnischer Sicht landesweit am meisten kommentierte Wahlergebnis gab es in der mehrheitlich deutschsprachigen Gemeinde Toblach, wo mit Guido Bocher ein italienischsprachiger Bürgermeister gewählt wurde.

Einer der bisherigen Bürgermeister der fünf mehrheitlich italienischsprachigen Gemeinden Südtirols, nämlich der Branzoller Alessandro Bertinazzo, gehörte der deutschen Sprachgruppe an. Deshalb gab es 2005 in Südtirol auch nur vier italienischsprachige Bürgermeister. Mit der Abwahl von Bertinazzo ist die Anzahl der italienischsprachigen BürgermeisterInnen auf sechs gestiegen. Neben Toblach sind dies die mehrheitlich italienischsprachigen Gemeinden Bozen, Leifers, Branzoll,

Pfatten und Salurn. In den sieben Gemeinden mit ladinischsprachiger Bevölkerungsmehrheit werden auch in Zukunft ladinischsprachige Bürgermeister regieren.

Waren Bürgermeisterinnen in der Vergangenheit eine Ausnahme auf der politischen Landkarte Südtirols, so hat deren Anteil innerhalb der letzten 15 Jahre eine Zunahme erfahren. Mit Einführung der Bürgermeister-Direktwahl im Jahre 1995 hatten es zwei Frauen auf den Bürgermeistersessel geschafft. Es waren dies Marianna Überbacher in Natz-Schabs und Waltraud Kofler in Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix. Beide Frauen wurden auch im Jahre 2000 als einzige Bürgermeisterinnen Südtirols bestätigt (Lantschner 2010, 66). Im Jahre 2005 konnte der Anteil der Bürgermeisterinnen von zwei auf vier verdoppelt werden, im Jahre 2010 kletterte die Anzahl der weiblichen Bürgermeisterinnen auf zehn.

Die Zahl der sich im Amt befindenden Bürgermeisterinnen änderte sich bereits während der Legislaturperiode 2005–2010. Bereits am 14. November 2004 war Anna Elisabeth Aichner-Schenk im Rahmen von vorgezogenen Neuwahlen zur Bürgermeisterin von Olang gewählt worden (Gemeinde Olang 2010). Deshalb fand im Jahre 2005 in Olang keine Gemeinderatswahl statt, weshalb Frau Schenk als fünfte Südtiroler Bürgermeisterin bei den Gemeinderatswahlen 2005 nicht mitgezählt worden ist. Andererseits hatte die 2005 zur Bürgermeisterin der Gemeinde Natz-Schabs gewählte Marianne Überbacher-Unterkircher 2007 aus Unvereinbarkeitsgründen von ihrem Amt zurücktreten müssen. Bei den Neuwahlen im Jahre 2010 hat Marianne Überbacher zwar wieder für das Bürgermeisteramt kandidiert, die Wahl aber gegen Peter Gasser verloren, der sie bereits 2007 beerbt hatte.

Nur in den Gemeinden Gais (Romana Stifter) und Margreid (Theresia Degasperigozzi) wurden 2010 die Bürgermeisterinnen bestätigt, die bereits 2005 die Wahlen gewonnen hatten. Waltraud Kofler, die nach 2000 auch 2005 als Bürgermeisterin von Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix in ihrem Amt bestätigt worden war, musste 2010 wegen der Regelung zur Mandatsbeschränkung auf eine erneute Kandidatur verzichten. Die Bürgermeisterinnen von Kaltern (Gertrud Benin-Bernard), Klausen (Maria-Anna Gasser-Fink), Montan (Monika Delvai-Hilber), St. Martin in Passeier (Rosmarie Pamer), Tirol (Elisabeth Laimer) und Ulten (Beatrix Mairhofer) sind zwar neu in ihrem Amt, waren aber bereits 2005 in den Gemeinderat gewählt worden.

Die Bürgermeisterin von Mölten, Angelika Wiedmer-Perkmann, sowie jene von Leifers, Liliana Di Fede, waren im Jahre 2005 keine Mitglieder des Gemeinderats, Liliana Di Fede war von ihrem Vorgänger Giovanni Polonioli aber zur Leiferer Stadträtin berufen worden. Was die Sprachgruppen betrifft, so gehört als einzige die Bürgermeisterin von Leifers der italienischen Sprachgruppe an, alle anderen der deutschen (vgl. Obexer 81–85).

Der politische Wettbewerb bei der Bürgermeisterdirektwahl war in mehreren Gemeinden eingeschränkt. Sowohl 2005 als auch 2010 gab es Gemeinden, in denen lediglich ein Kandidat oder eine Kandidatin zur Wahl antraten. In mehreren anderen Gemeinden gab es zwar mehrere BürgermeisterkandidatInnen, die aber alle für dieselbe Partei (SVP) kandidierten.

Tabelle 4: Anzahl der BürgermeisterkandidatInnen 2005 und 2010 pro Gemeinde

	2005		2010	
	Anzahl Gemeinden	Prozentsatz	Anzahl Gemeinden	Prozentsatz
Mehrere KandidatInnen verschiedener Listen	55	47,83 %	51	45,94 %
Mehrere SVP-KandidatInnen	48	41,74 %	42	37,84 %
Ein einziger SVP-Kandidat	12	10,43 %	18	16,22 %
Summe	115	100%	111	100%

Quelle: Obexer 2010, 110.

Sowohl die Anzahl der Gemeinden, in denen mehrere BürgermeisterkandidatInnen auf unterschiedlichen Listen kandidiert haben, als auch die Anzahl jener Gemeinden, in denen mehr als ein SVP-Kandidat angetreten ist, ist von 2005 bis 2010 leicht zurückgegangen.

Wenn man aber berücksichtigt, dass im Jahr 2010 im Gegensatz zum Jahr 2005 in vier Gemeinden weniger gewählt wurde, so sieht man, dass diese Rückgänge kaum relevant sind.

Einen umgekehrten Trend finden wir bei Gemeinden mit nur einem SVP-Bürgermeisterkandidaten. War dies 2005 nur in 12 Gemeinden Südtirols der Fall, so hat sich im Jahre 2010 die Anzahl auf 18 Gemeinden erhöht. Interessant ist auch, dass sich nur drei Gemeinden, nämlich Glurns, Laurein und Prags, sowohl 2005 als auch 2010 unter den Gemeinden mit nur einem SVP-Kandidaten befanden. In Glurns und in Prags sind bei den Wahlen jeweils die *alten* Bürgermeister bestätigt worden, in Laurein hat hingegen Hartmann Thaler den bisherigen Bürgermeister Oswald Ungerer abgelöst.

Durch die Regelung zur Mandatsbeschränkung hat es 2010 einen großen Wechsel bei den BürgermeisterInnen in Südtirol gegeben. Dadurch, dass 54 bisherige BürgermeisterInnen von dieser Regelung betroffen waren und deswegen nicht mehr antreten durften, gab es umso weniger abgewählte BürgermeisterInnen. Seit Einführung der Bürgermeisterdirektwahl im Jahr 1995 gab es noch nie so wenige BürgermeisterInnen, die gegen ihren Willen das Feld räumen mussten (Lantschner 2010, 73).

Tabelle 5: BürgermeisterInnen: Mandatsbeschränkung und Abwahl

Wahlen	Neue BürgermeisterInnen	Grund	
		Amtsinhaber nicht mehr angetreten	Amtsinhaber abgewählt
1995	31	23	8
2000	24	16	8
2005	36	23	13
2010	67	65 ³	2

Quelle: Lantschner 2010, 72–73.

Interessant ist auch, dass der Anteil der NeueinsteigerInnen unter den neuen BürgermeisterInnen seit 2000 leicht angestiegen ist. Hatten 2000 noch 25 Prozent der neuen BürgermeisterInnen vor der Wahl kein politisches Amt in ihrer Gemeinde inne, so waren dies 2010 34,4 Prozent (Lantschner 2010, 74).

In Ermangelung von Wettbewerb in Gemeinden mit nur einer kandidierenden Liste oder mit nur einem Bürgermeisterkandidaten kann man davon ausgehen, dass die Wahlbeteiligung sinkt. Dies war bei den Gemeinderatswahlen 2010 aber nicht der Fall. Betrachtet man allerdings die Anzahl der im Rahmen der Bürgermeisterwahl abgegebenen weißen Stimmzettel, so ergibt sich ein differenzierteres Bild.

Tabelle 6: Gemeinden unter 15.000 EinwohnerInnen mit einem Anteil an weißen Stimmzetteln von über zehn Prozent

Gemeinde	BM-K	Wahlbeteiligte	Weißer Stimmzettel	Prozent
Prags	1	441	183	41,5%
Glurns	1	556	177	31,8%
Gais	1	1.981	577	29,1%
Wengen	1	854	202	23,7%
Nals	1	1.110	261	23,5%
Laurein	1	214	46	21,5%
Gsies	1	1.479	301	20,4%
Ahrntal	3	3.894	780	20,0%
Völs am Schlern	1	1.958	387	19,8%
Naturns	3	3.275	630	19,2%
Hafling	1	483	91	18,8%
Kurtinig	2	421	76	18,1%
Welschnofen	2	1.139	191	16,8%
Marling	1	1.468	243	16,6%
Ritten	1	4.432	665	15,0%
Pfatten	1	539	73	13,5%

Gemeinde	BM-K	Wahlbeteiligte	Weißer Stimmzettel	Prozent
Niederdorf	3	883	110	12,5 %
Gargazon	24	949	114	12,0 %
Sand in Taufers	3	3.339	389	11,7 %
Salurn	6	1.873	213	11,4 %
Karneid	10	1.993	224	11,2 %
Schenna	1	1.785	198	11,1 %
Rodeneck	1	803	89	11,1 %
Tscherms	2	876	97	11,1 %
Bruneck	5	8.751	956	10,9 %
Proveis	2	194	21	10,8 %
Algund	3	2.796	302	10,8 %
Eppan	3	8.402	848	10,1 %
Moos i. P.	22	1.388	140	10,1 %
Sexten	2	1.224	123	10,0 %
St. Ulrich	2	2.757	277	10,0 %

Abkürzungen: BM-K: Bürgermeisterkandidaten
Quelle: Lantschner 2010, 79–80.

In sieben der acht Gemeinden, in denen der Anteil an weißen Stimmzetteln bei der Bürgermeisterdirektwahl zwischen 20 Prozent und 41,5 Prozent lag, stand nur ein einziger Bürgermeisterkandidat zur Wahl. Der Anteil der weißen Stimmzettel in den weiteren Gemeinden mit nur einem Bürgermeisterkandidaten lag in jedem Fall immer über zehn Prozent (mit einer Ausnahme: Tisens verzeichnete 9,1 Prozent weiße Stimmzettel) (Lantschner 2010, 79). Nichtwählen kann viele Gründe haben, ungültig oder weiß wählen kann aber als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem politischen Angebot interpretiert werden.

Gemeinderäte: Bei der folgenden Analyse der Mandatsverteilung werden die italienischsprachigen Parteien in die Blöcke *Mitte-rechts*, *Zentrum* und *Mitte-links* eingeteilt. Die Parteien *Die Freiheitlichen*, *Union für Südtirol* und die Bewegung *Süd-Tiroler Freiheit* werden als *Deutschsprachige Mitte-rechts-Parteien* zusammengefasst. Unter *Fraktionslisten* sind jene Listen zu verstehen, die weniger parteigebunden, sondern als Interessenvertretung von Fraktionen einzelner Gemeinden auftreten. Die meisten davon finden wir im Gadertal (mit Ausnahme von Corvara).

Die Südtiroler Volkspartei bleibt mit 70,7 Prozent auch nach den Wahlen des Jahres 2010 die prädominante Partei auf Gemeindeebene, auch wenn sie gegenüber den Wahlen im Jahre 2005 3,4 Prozentpunkte eingebüßt hat.

Der leichte Rückgang bei den (Gadertaler) Fraktionslisten kann dadurch erklärt werden, dass 2010 in der Gemeinde Abtei nicht gewählt worden ist.

Tabelle 7: Listen und politische Lager in Südtirols Gemeinden 2005 und 2010

Liste/Lager	2005		2010	
	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
SVP, inkl. aller Edelweiß-Listen	1.503	74,04 %	1.364	70,67 %
Fraktionslisten	50	2,46 %	33	1,71 %
Bürgerlisten	271	13,35 %	257	13,32 %
Italienische Mitte-rechts-Parteien	54	2,66 %	50	2,59 %
Italienisches Zentrum	6	0,30 %	11	0,57 %
Italienische Mitte-links-Parteien	72	3,55 %	41	2,12 %
Deutschsprachige Mitte-rechts-Parteien	48	2,36 %	156	8,08 %
Grüne-Verdi-Vërc	16	0,79 %	14	0,73 %
Ladins	10	0,49 %	4	0,21 %
Summe	2.030	100,00 %	1.930	100,00 %

Quelle: Obexer 2010, 112.

Auch die Bürgerlisten mussten 2010 einen wenn auch leichten Rückgang ihrer Mandate verzeichnen, da sie von 271 auf 257 Sitze zurückfielen.

Das italienischsprachige Mitte-rechts-Lager verlor vier Mandate, das italienischsprachige Zentrum konnte sich prozentmäßig fast verdoppeln, in absoluten Zahlen bedeutete dies aber nur ein Anwachsen von 6 auf 11 Mandate.

Starke Einbußen (43 Prozent) musste hingegen das italienischsprachige Mitte-links-Lager hinnehmen. Von 72 Sitzen im Jahr 2005 konnten 2010 nur noch 41 erobert werden.

Einen sehr starken Zuwachs konnten die deutschsprachigen Oppositionsparteien verbuchen, vor allem die Freiheitlichen konnten einen Zuwachs von 70,4 Prozent verzeichnen und erhöhten die Zahl ihrer Sitze in den Gemeinden von 37 im Jahre 2005 auf 125 im Jahre 2010. Die Union für Südtirol war 2005 auf elf Sitze gekommen, 2010 auf sechs. Dies hat sicherlich auch mit der Bewegung *Südtiroler Freiheit* zu tun, die sich 2007 von der Union abspaltete. Die Partei von Eva Klotz kam 2010 aber bereits auf 29 Sitze, mehr als die Union vor fünf Jahren erringen konnte.

Einen leichten Rückgang von 16 auf 14 Mandate mussten die Grünen verzeichnen.

Die Liste Ladins war 2005 noch in allen drei Grödner Gemeinden St. Ulrich, St. Christina und Wolkenstein angetreten und hatte elf Sitze erobert. 2010 gab es nur mehr in der Gemeinde Wolkenstein eine Ladins-Liste, die sich um ein Mandat von drei auf vier Sitze verbesserte.

Die Südtiroler Volkspartei bleibt zwar auf Gemeindeebene prädominant, die Anzahl jener Gemeinden, in denen die SVP als einzige Partei in den Gemeinderat gezogen ist, hat aber abgenommen.

2005 gab es in Südtirol 35 Gemeinden, in denen nur eine Partei bzw. Liste im Gemeinderat vertreten war. Eine von diesen Gemeinden war Wengen mit der Fraktionsliste *Campanile-Turm-ciampani*. In den restlichen 34 Gemeinden war allein die SVP vertreten. Nach den Gemeinderatswahlen von 2010 hat sich deren Anzahl halbiert. Die SVP übt nur mehr in 16 Gemeinden die Alleinvertretung aus, wobei dies in 14 davon bereits 2005 der Fall gewesen war. Neu dazugekommen sind 2010 die Gemeinden Riffian und Moos in Passeier. 2005 saßen in diesen beiden Gemeinden auch Vertreter der Union für Südtirol im Gemeinderat (vgl. Obexer 2010, 109–113).

Geschlecht: Was die Vertretung von Frauen in der Kommunalpolitik betrifft, so kann Südtirol als politischer Nachzügler bezeichnet werden, auch wenn die Frauquote mit den Gemeinderatswahlen von 2010 leicht angestiegen ist, nämlich von 20,7 Prozent im Jahr 2005 auf 21,9 Prozent.

2005 wiesen 71 Gemeinderäte einen Frauenanteil auf, der unter 25 Prozent lag. 2010 sind dies nur noch 57 Gemeinden. Zu diesen Gemeinden gehör(t)en bei beiden Wahlen die fünf einwohnerstärksten Gemeinden Südtirols, nämlich Bozen, Meran, Brixen, Leifers und Bruneck. 2005 hatten 15 Gemeinderäte einen Frauenanteil von 30 % und mehr, 2010 ist deren Anzahl auf 14 Gemeinderäte zurückgegangen.

Eine relativ starke Zunahme des Frauenanteils gab es hingegen in den Gemeindeausschüssen. Betrug der Anteil der Frauen in der Gemeindeexekutive im Jahre 2005 noch 18,9 Prozent, so stieg dieser nach den Gemeinderatswahlen 2010 auf 22,30 Prozent.

Die absoluten Zahlen der weiblichen Gemeinderäte haben sich seit 1995 folgendermaßen entwickelt: Nach den Gemeinderatswahlen 1995 waren 321 Frauen in Südtirols Gemeinden gewählt worden, 2000 waren es 361, im Jahre 2005 dann 416 und 2010 (in allen 116 Gemeinden) schließlich 421 Frauen (Lantschner 2010, 98).

1995 gab es noch 57 Südtiroler Gemeinden ohne Frauenvertretung im Gemeindeausschuss. Diese Zahl sank 2000 auf 41, 2005 auf 17, während nach den Wahlen 2010 nur noch vier Gemeinden einen Ausschuss ohne weibliches Mitglied aufweisen (Lantschner 2010, 99). Insgesamt ist die Anzahl der Frauen in Südtirols Gemeindeausschüssen von 73 im Jahr 1995 auf 156 im Jahr 2010 angestiegen, im Jahre 2000 lag sie noch bei 90, 2005 bei 127. Erwähnenswert ist, dass in den Gemeinden Montan, Gais und Tirol die amtierende Bürgermeisterin keine weiteren Frauen in den Ausschuss nominiert hat (Lantschner 2010, 97, 100).

Pluralismus: Der politische Wettbewerb in den Gemeinden hat im Laufe der Jahre kontinuierlich zugenommen. Lediglich in einer einzigen Gemeinde, nämlich in Tisens, hat sich 2005 wie auch 2010 jeweils nur ein einziger Bürgermeisterkan-

didat und die SVP als einzige Partei zur Wahl gestellt. In den drei Gemeinden Martell, St. Martin i. P. und in Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix hat sich von 2005 bis 2010 zwar die Zahl der SVP-BürgermeisterkandidatInnen erhöht, nicht aber die Zahl der Parteien im Gemeinderat, in dem ausschließlich SVP-Mandatare vertreten sind. In Glurns und Laurein ist zwar, wie schon 2005, nur ein SVP-Bürgermeisterkandidat angetreten, nach den Wahlen 2010 sitzen jedoch zwei Parteien im Gemeinderat. In Mühlwald hat sich sowohl die Zahl der im Gemeinderat vertretenen Listen als auch die Zahl der Bürgermeisterkandidaten erhöht, beide Kandidaten für das Bürgermeisteramt gehörten aber einer einzigen Partei an, nämlich der SVP.

In den sechs Südtiroler Gemeinden Gsies, Karneid, Kurtinig, Marling, Ritten und Völs am Schlern waren bzw. sind sowohl vor als auch nach den Gemeinderatswahlen 2010 mehrere Parteien im Gemeinderat vertreten. Waren in diesen Gemeinden im Jahre 2005 noch mehrere BürgermeisterkandidatInnen verschiedener Listen gegeneinander angetreten, so kandidierte 2010 ausschließlich jeweils ein einziger SVP-Bürgermeisterkandidat.

Die Gemeinden Moos in Passeier und Riffian sind die einzigen Gemeinden Südtirols, in denen nach den Wahlen von 2005 mit der SVP und mit der Union für Südtirol zwei Parteien im Gemeinderat vertreten waren und in denen nach den Wahlen von 2010 nur noch die SVP den Einzug in den Gemeinderat geschafft hat. In beiden Gemeinden standen sowohl 2005 als auch 2010 mehrere BürgermeisterkandidatInnen zur Wahl.

4. Resümee

Vor den Gemeinderatswahlen des Jahres 2010 war man davon ausgegangen, dass die SVP zwar Stimmen und dadurch Gemeinderäte verlieren, aber keine essenziellen Verluste bei der Wahl der BürgermeisterInnen erfahren würde. Diese Annahme ist zum Großteil eingetroffen. In den Gemeinden, in denen im Mai 2010 der Gemeinderat neu gewählt wurde, entfielen 70,7 Prozent der Gemeinderatssitze auf die SVP. 2005 waren dies noch 74,4 Prozent gewesen. Dies bedeutet einen Verlust von rund vier Prozent. Bedenkt man allerdings, dass in vier der fünf Gemeinden, in denen im Mai 2010 nicht gewählt wurde, nämlich in Brenner, Feldthurns, Mals und Plaus, die SVP im Rahmen der vorgezogenen Neuwahlen sehr stark abgeschlossen hat, so fallen die Verluste der SVP weniger deutlich aus.

2010 hat die SVP zwei Bürgermeistersitze an eine Bürgerliste verloren, und zwar in Eppan und in Toblach. In der mehrheitlich deutschsprachigen Gemeinde

Toblach gewann zur großen Überraschung vieler sogar ein italienischsprachiger Südtiroler die Direktwahl. Im Ahrntal, in Corvara und in Wolkenstein gelang es der SVP, das Bürgermeisteramt zurückzuerobern. Zwei dieser drei lang gedienten Bürgermeister fielen allerdings unter die Regeln der Mandatsbeschränkung, sodass sie nicht mehr in die Wahl gehen konnten.

In der Gemeinde Ahrntal hat mit dem aufgrund der Mandatsbeschränkung ausgeschiedenen Bürgermeister Hubert Rieder auch die politische Erfahrung der Ahrntaler Bürgerliste ein Ende gefunden, die zu den Wahlen nicht mehr angetreten ist. Dadurch gestaltete sich der politische Wettbewerb für die SVP bedeutend leichter.

Mit den Wahlen von 2010 stellt die SVP 103 von 111 BürgermeisterInnen, 2005 war es noch ein Bürgermeister weniger gewesen.

Aus einer Reihe von Anzeichen konnte man prognostizieren, dass die Wahlbeteiligung sinken würde. Auch diese Annahme traf zu. Die Wahlbeteiligung ist in allen Bezirken gesunken. Die Wahlbeteiligung lag im Jahre 1995 bei 82,8 Prozent, im Jahr 2000 noch bei 80,9 Prozent, im Jahre 2005 bei 79,1 Prozent und sank bei den Gemeinderatswahlen 2010 auf 74,8 Prozent. Die Gründe für den Rückgang der Wahlbeteiligung liegen einerseits in einem internationalen Trend, andererseits in gemeindeinternen Rahmenbedingungen.

Eindeutiger Sieger der Gemeinderatswahlen waren die deutschsprachigen Mitte-rechts-Oppositionsparteien, allen voran die Freiheitlichen, während man von der erst 2007 neu gegründeten Süd-Tiroler Freiheit von einem Achtungserfolg sprechen muss. Insgesamt haben die deutschsprachigen Mitte-rechts-Oppositionsparteien ihre Sitze in den Gemeinderäten von 48 auf 156 mehr als verdreifachen können. In den insgesamt 111 Gemeinden, in denen im Mai 2010 gewählt wurde, stieg der Anteil dieser Parteien an den Sitzen im Vergleich zu 2005 von 2,36 Prozent auf 8,08 Prozent. Trotz eines Zuwachses an Sitzen ist es aber in keiner Gemeinde dazu gekommen, dass ein Vertreter etwa der Freiheitlichen das Amt des Bürgermeisters erobert hätte.

Die Verluste, welche die Grünen-Listen hinnehmen mussten, haben sich, entgegen der Prognosen, in Grenzen gehalten. Die Vertretung der Frauen in Südtirols Gemeinden hat hingegen leicht zugenommen, stärker als in den Gemeinderäten noch in den Gemeindeausschüssen.

Einen wesentlichen Beitrag zum Austausch des politischen Führungspersonals (BürgermeisterInnen, deren StellvertreterInnen, ReferentInnen) hat die Regelung der Mandatsbeschränkung geleistet. Insgesamt haben die Gemeinderatswahlen zu einer Pluralisierung des politischen Wettbewerbs vor den Wahlen und zu einer Pluralisierung der politischen Akteure in den Gemeinden nach den Wahlen geführt.

Anmerkungen

- 1 Dazu ist anzumerken, dass es diese Schwäche des Bürgermeisters in Südtirol, besonders in den kleineren Gemeinden, so nicht gegeben hat, da es kraft der Dominanz der SVP gar nicht nötig war, Koalitionen zu schließen, sofern durch die Präsenz von italienischsprachigen Gemeinderäten solche nicht zwingend sind. In den meisten Gemeinden Südtirols hat es bislang relativ starke Bürgermeister gegeben.
- 2 In Unsere Liebe Frau im Walde/St. Felix traten zwei Edelweiß-Listen gegeneinander an.
- 3 54 davon wegen der Mandatsbeschränkung

Literaturverzeichnis

- SVP (2010). SVP-Vorwahlen ein voller Erfolg, in: „Zukunft in Südtirol“, Parteiorgan der SVP, 4/2010, 9
- SVP (2010a). „Wir haben keine Belehrungen nötig!“, Pressemitteilung. www.svpartei.org/de/presse/mitteilungen/20100414/5279.html (26.6.2010)
- SVP (2010b). Die SVP Auer tritt mit 15 Kandidaten bei den Wahlen an, Pressemitteilung. www.svpartei.org/de/presse/mitteilungen/20100506/7C5346.html (10.05.2010)
- Brunazzo, Marco (2008). Sindaci, consigli comunali e leggi elettorali. Uno studio sul caso trentino; relazione presentata al „Convegno internazionale: Qualità della democrazia, partecipazione e governance“, Trento (Italia), Provincia Autonoma, 23–24. Mai 2008
- Caciagli, Mario (2010). Die Bürgermeisterdirektwahl im europäischen Vergleich, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther. Kommunalwahlen in Österreich, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag* (im Erscheinen)
- Di Virgilio, Aldo (2005). Il sindaco elettivo: un decennio di esperienze in Italia, in: *Caciagli, Mario/Di Virgilio, Aldo* (Hg.). *Eleggere il sindaco. La nuova democrazia locale in Italia e in Europa*, Torino: UTET, 5–22
- Gemeinde Olang (2010). www.regione.taa.it/elezioni/dati/45614112004.pdf (28.7.2010)
- Gemeindewahlen 2010 (2010). www.gemeindewahlen.bz.it (17.12.2010)
- Lantschner, Dieter (2010). Die Bürgermeister-Direktwahl in Südtirol, politikwissenschaftliche Diplomarbeit, Innsbruck
- Obexer, Andreas (2010). Die Gemeinderatswahlen 2010 in Südtirol im Vergleich mit den Gemeinderatswahlen 2005, politikwissenschaftliche Diplomarbeit, Innsbruck
- Pallaver, Günther (2010). *Die Direktwahl der Bürgermeister: Österreich und Italien im Vergleich*, in: *Gamper, Anna* (Hg.) (Unter Mitarbeit von Christina Fraenkel-Haeberle). *Entwicklungen des Wahlrechts am europäischen Fallbeispiel*, Wien/New York: Springer-Verlag, 519–540
- Regionalgesetz (1994). Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3; Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 11
- Regionalgesetz (2005). Einheitstext der Regionalgesetze über die Zusammensetzung und Wahl der Gemeindeorgane; Autonome Region Trentino-Südtirol; D.P.Reg. vom 1. Februar 2005, Nr. 1/L (geändert durch das D.P.Reg. vom 1. Juli 2008, Nr. 5/L)

Abstracts

Elezioni Comunali 2010: elezioni primarie, restrizioni del mandato e aumento della diversità politica

Questo scritto analizza le elezioni Comunali del 2010 rispetto a quelle del 2005. Ci si soffermerà inizialmente sul sistema elettorale, passando per le primarie all'interno della Südtiroler Volkspartei per poi terminare con la prima attuazione delle restrizioni del mandato. Quest'ultima restrizione ha fatto sì che molti mandatari di sesso femminile non potessero più presentarsi. Su 111 Comuni, durante le elezioni 2010, questo colpì 54 sindaci, 45 vice sindaci e 63 assessori comunali.

A confronto con il 2005 si riduce l'affluenza alle urne. In forte aumento i partiti di lingua tedesca di centro-destra. Netti vincitori sono i Freiheitlichen, che salgono dal 2,3 al 8,0 per cento. La SVP perde alcuni mandati, ma riesce a mantenere stabile la sua presenza come sindaci. Da tenere a mente la rinuncia, per la prima volta, da parte della Volkspartei alla presenza di un proprio sindaco sul territorio bolzanino, sostenendo fin da subito il candidato della coalizione. Soltanto in 15 Comuni si sono presentate anche liste italiane.

Lîtes comunales 2010: prelîtes, limitaziun dl mandat y aumënt dla varieté politica

L'articul analisëia y confrontëia les lîtes comunales dl 2010 cun chères dl 2005. Impröma vëgnel tratè le sistem lital, les prelîtes tla Südtiroler Volkspartei sciöche incé l'adoziun por le pröm iade dla limitaziun dl mandat. Chësc provedimënt à portè pro che n numer valgamia alt de mandatars/es n' à nia plü podü surantó l'inciaria: te 111 comuns olach'al é gnü lité àl tochè 54 ombolc, 45 vizeombolc y 63 assessurs/ies de comun. Sc'an fej n confrunt cun le 2005 spo dâl atira tl edl che la partezipaziun ales lîtes é jüda zoruch. I partis todësc de zënter-man dërta à davagné tröpes usc, sciöche p. ej. le partì di Freiheitlichen, che é passè dal 2,3 al 8,0 porcënt. La SVP à pordü mandaç, mo é impò stada buna da mantignì le numer de sü ombolc. Da alzè fora é ciamò che la SVP à por le pröm iade renunzié da mëte n so rapresentant sciöche candidat da ombolt a Balsan y à sostignì dal mëteman inant le candidat dl partì de coaliziun talian. Ma te 15 comuns s'àl incé presen-tè listes talianes.

The 2010 Municipal Elections: Primaries, Mandate Limits, and Increasing Political Diversity

This paper analyses the municipal elections of 2010 in comparison with those of 2005. It addresses the electoral process, the primaries of the Südtiroler Volkspartei (South Tyrolean People's Party,) and the first-time application of what is called a "mandate limit". The limit meant that a relatively high number of mandated politicians were not allowed to run in the elections. In the 111 municipalities that held elections in 2010, the limit applied to 54 mayors, 45 deputy mayors and 63 municipal representatives. Decreasing voter turnout fell even further in relation to 2005. German-language, centre-right parties grew sharply. The „Freiheitlichen“ were among the clear winners in the elections, rising from 2.3 percent to 8.0 percent. The South Tyrolean People's Party lost seats, but essentially held their number of mayors. Of particular note is the fact that the People's Party withdrew support from its own mayoral candidate in Bolzano for the first time, backing instead the candidate of the Italian alliance party from the outset. Italian candidates ran in only 15 municipalities.

Le elezioni comunali a Bolzano, tra frammentazione, personalizzazione e voto di protesta

1. Introduzione

All'appuntamento con le elezioni amministrative del maggio 2010 tutti i partiti in corsa sono arrivati avendo ancora fresco nella memoria il risultato delle elezioni immediatamente precedenti, le provinciali dell'ottobre 2008. In quell'occasione l'esito finale aveva assunto una valenza "storica", con la Südtiroler Volkspartei (Svp) che per la prima volta nella sua lunga storia non aveva centrato l'obiettivo della maggioranza assoluta dei voti, segnando l'ultima tappa del lungo e costante calo di consensi, scesi in sessant'anni di elezioni provinciali dal 67,6% del 1948 al 48,1% del 2008. L'emorragia di voti alla sua destra era stata pesante, soprattutto a favore dei Freiheitlichen, che conquistando il 14,3% dei voti si erano imposti come il secondo partito a livello provinciale (Atz 2009; Atz/Pallaver 2009).¹

Il clima alla vigilia della tornata elettorale amministrativa, quindi, è stato piuttosto agitato dalla speranza da una parte e dal timore dall'altra di sensibili cambiamenti negli equilibri politici. Così è stato anche a Bolzano, dove più numerose che in altri comuni erano le questioni poste sul tavolo, i motivi d'incertezza e di discussione.

2. La scelta dei candidati, la SVP e i partiti al di fuori dei blocchi

Al primo posto vi era la scelta dei candidati dei due principali schieramenti, il centrosinistra e il centrodestra italiani, ricalcati sulle coalizioni politiche contrapposte sulla ribalta nazionale; a Bolzano – dove nel corso del sessantennio repubblicano si sono succeduti esclusivamente sindaci di lingua italiana – erano gli unici in grado di correre davvero per la carica di sindaco.

La scelta dei candidati è avvenuta con difficoltà per entrambi gli schieramenti. A iniziare la discussione è stato il centrosinistra, dove inaspettatamente, anche dall'interno del Partito democratico, si sono alzate voci favorevoli alla sostituzione del sindaco uscente, Luigi Spagnolli, con un mai precisato volto nuovo (Alto Adige 2010). Per diverse settimane la discussione interna e le conseguenti tensioni sono andate crescendo, fino al culmine segnato dalle dichiarazioni dello stesso Spagnolli, che di fronte alle perplessità riguardo al suo nome e all'ipotesi di primarie si è detto indisponibile a ricandidarsi (Alto Adige 2010a). In assenza di una reale e condivisa alternativa, la mossa a sorpresa di Spagnolli ha posto fine ai tentennamenti della coalizione e ha fatto convergere definitivamente sul suo nome il sostegno di tutti i partner. (Alto Adige 2010b).

Le modalità con cui si è giunti alla selezione del candidato non sono certo valse a rafforzarne la credibilità; hanno messo piuttosto in luce le divisioni interne alla coalizione e la diffusa insoddisfazione nello stesso partito di cui Spagnolli era espressione, il Partito democratico, per la figura di chi aveva retto la coalizione di governo a Bolzano nei cinque anni precedenti. Alla fine della lunga polemica interna, dipanatasi tra pesanti accuse e contraccuse, agli occhi degli elettori di centrosinistra la candidatura di Spagnolli non si è presentata con i caratteri della scelta migliore capace di convincere tutti, ma piuttosto come l'unica possibile in mancanza di altre personalità considerate valide e accettabili da tutti i partner. Infine, dopo lunghe trattative, Spagnolli ha ottenuto il sostegno delle seguenti liste: Partito socialista italiano, Bonino-Pannella, Verdi-Grüne-Vöerc, Rifondazione comunista, SVP, Sinistra ecologia e libertà con Vendola, Partito democratico (PD), Di Pietro-Italia dei valori.

In maniera ancora più conflittuale si è sviluppato il confronto interno al centrodestra. Le elezioni comunali sono state l'occasione per far deflagrare la contrapposizione che da molto tempo si trascina nel locale Popolo della libertà (PdL). Protagonisti i due deputati Michaela Biancofiore e Giorgio Holzmann, la prima proveniente da Forza Italia (FI), il secondo da Alleanza nazionale (AN).

Per ricercare le origini dello scontro bisogna riandare alla nascita del partito di Silvio Berlusconi e alla sua capacità di insediare a Bolzano la posizione faticosa-

mente costruita a partire dagli anni Ottanta dal Movimento sociale italiano prima e da Alleanza nazionale poi, di partito più rappresentativo degli italiani e del loro “disagio”. La concorrenza tra le due forze politiche è stata sempre durissima e non ha conosciuto alcun ammorbidimento neppure in seguito alla loro unione nel Popolo della libertà. Si è trattato essenzialmente di una contrapposizione per la conquista della leadership, che non ha ancora trovato soluzione a causa del sostanziale equilibrio tra le due parti in causa. Nel corso della lunga querelle non sono mancate divergenze sui contenuti, essenzialmente sul terreno dell’atteggiamento da tenere nei confronti dell’Svp. Al riguardo Holzmann si è progressivamente spostato su una linea di dialogo e di possibile collaborazione, attaccato per questo da Biancofiore, che ha invece costruito il proprio consenso sulla base di aggressivi slogan nazionalisti e atteggiamenti spesso antitedeschi. Ma le recentissime prese di posizione della “pasionaria” azzurra che, anche per favorire la decisiva astensione dell’Svp in occasione del delicatissimo voto di fiducia parlamentare del 14 dicembre 2010, hanno inaugurato una fase di apertura verso il partito di maggioranza sudtirolese (Alto Adige 2010c), mostrano come al centro del conflitto interno al Pdl non vi siano tanto i contenuti, quanto lo scontro per la supremazia nel partito.

Sulla scelta della persona da mettere in campo si è giocata una lunga e autodistruttiva battaglia interna, fatta di veti e controveti, che ha bruciato diversi nomi, tra i quali quelli dello stesso Holzmann, di Ivan Benussi, che cinque anni prima era riuscito a battere per una manciata di voti il sindaco uscente Giovanni Salghetti Drioli e di Mario Tagnin, sponsorizzato con veemenza da Biancofiore. Il risultato è stato il ripiegamento su un nome nuovo, estraneo alle beghe interne ma privo di radicamento e di qualsiasi esperienza amministrativa, l’ex campione di hockey Robert Oberrauch (Alto Adige 2010d). Di fatto le due componenti del partito hanno poi condotto la campagna elettorale ciascuna per proprio conto, con l’obiettivo di contarsi per la successiva resa dei conti interna. In una situazione paradossale, che alla vigilia del voto vedeva addirittura Holzmann venire alle mani con un sostenitore di Biancofiore (Alto Adige 2010e), Oberrauch, sostenuto da Democrazia cristiana, Unitalia, Il Popolo della libertà, Lega nord e dalla lista civica Forza Bolzano creata dallo stesso candidato sindaco, pareva inevitabilmente destinato alla sconfitta.

Alla luce delle contraddizioni interne al centrodestra, dunque, le debolezze di Spagnoli e della sua coalizione apparivano quali colpe veniali.

Di fronte alle scelte dei due schieramenti che correvano per la poltrona di sindaco vi erano i propositi dell’Svp, divisa tra chi chiedeva di presentare un proprio candidato al primo turno, riservandosi così di scegliere solo al momento del ballottaggio l’alleato da sostenere, e chi invece proponeva di appoggiare subito il candi-

dato del centrosinistra con cui l'Svp già governava l'amministrazione comunale. Intorno a questa scelta si è sviluppato uno scontro piuttosto acceso tra i vertici del partito a livello provinciale e quelli comunali. Per i primi era importante presentare un proprio candidato sindaco per ribadire l'autonomia politica del partito e per evitare di apparire politicamente succubi degli schieramenti italiani, mostrando il fianco alle critiche provenienti dall'agguerritissima destra tedesca. Per i secondi, invece, la prima preoccupazione era scongiurare il rischio di una vittoria del centrodestra, di cui impensierivano le posizioni di esasperato nazionalismo rappresentate da Unitalia ma anche da singoli esponenti del Popolo della libertà.

A preoccupare i vertici dell'Svp bolzanina era quanto accaduto cinque anni prima. Nel maggio 2005 il partito di maggioranza si era comportato come sempre nel passato, presentando cioè un proprio candidato sindaco per poi, al secondo turno, far confluire i voti su un candidato italiano. In quell'occasione, però, Ivan Benussi, aspirante sindaco del centrodestra, per soli sette voti aveva prevalso al ballottaggio su Giovanni Salghetti Drioli.¹ Nell'impossibilità di dar vita a una giunta senza l'appoggio dell'Svp, Benussi si era dimesso e gli elettori erano tornati alle urne a novembre. Il nuovo candidato del centrosinistra, Luigi Spagnolli, forte del sostegno al primo turno dell'Svp, era poi riuscito a portare subito a casa la vittoria con il 50,3% dei voti, evitando il rischioso ballottaggio.² Memore di questo precedente, dopo lunghe e accese discussioni interne l'Svp rinunciò a presentare un proprio nome, sostenendo fin dall'inizio la candidatura di Spagnolli.

La terza, importante questione ruotava attorno al comportamento delle forze che sarebbero rimaste al di fuori dei confini delle due coalizioni principali. Avrebbero presentato liste autonome? Quanti e quali voti avrebbero raccolto? Come si sarebbero schierate in caso di ballottaggio? Il maggior elemento d'incertezza era determinato dalla presentazione, per la prima volta in elezioni comunali a Bolzano, di una lista targata Freiheitlichen. Ciò rientrava in una strategia complessiva del partito di Pius Leitner, che sull'onda dell'ottimo risultato alle provinciali di meno di due anni prima decideva di presentarsi con proprie liste in numerosi comuni. A Bolzano la sua candidata sindaco, la consigliera provinciale Ulli Mair, poteva contare sull'appoggio del movimento di Eva Klotz, Süd Tiroler Freiheit.

La novità ha determinato una certa agitazione preelettorale, soprattutto nelle file dell'Svp, timorosa di subire una pesante emorragia di voti e proprio per questo indecisa su quale fosse il miglior atteggiamento da tenere al primo turno (proprio candidato o sostegno diretto a Spagnolli). Da più parti si prevedeva che la presenza dei Freiheitlichen avrebbe sottratto consistenti consensi all'Svp, rendendo in questo modo assai difficoltosa per Spagnolli la strada verso la rielezione.

Un altro ostacolo per il sindaco uscente era rappresentato dall'uscita dalla coalizione di centrosinistra dell'Unione di centro (UdC), che decideva di correre per proprio conto presentando quale candidato sindaco il suo leader Sandro Repetto. Alla base della decisione dell'Udc vi era sicuramente l'influenza esercitata dalla linea nazionale del partito, impegnato a posizionarsi al centro dello schieramento politico, al di fuori delle due grandi coalizioni. Ma vi era anche un calcolo tattico, determinato dalla situazione d'incertezza del risultato elettorale. L'idea era quella di giungere al ballottaggio potendo giocare il ruolo decisivo di ago della bilancia, conquistando così un peso politico assai superiore a quello elettorale, da sfruttare al momento della creazione della nuova giunta.

Alla fine, per conquistare almeno uno dei cinquanta seggi del consiglio comunale di Bolzano si sono presentati ben 21 partiti. L'alto numero delle forze politiche scese in campo ha rimesso in luce un problema che negli ultimi anni ha coinvolto i partiti italiani sia a livello provinciale che comunale: la loro frammentazione. Nel 2000 a candidarsi erano stati 14 partiti, mentre nella tornata elettorale del novembre 2005 il loro numero era salito a 22, per poi attestarsi a 21 nel 2010. Se non consideriamo i partiti interetnici (uno nel 2000, due nel 2005 e nel 2010) e neppure il partito etnico dei Ladins (presentatosi nel 2000 e nel 2005 ma non nel 2010), allora arriviamo, tra italiani e tedeschi, a 19 partiti nel 2005 e nel 2010 e a 12 nel 2000.

Nel panorama politico di lingua tedesca la frammentazione è assai ridotta. Nel 2010, accanto alla SVP, si sono presentati i Freiheitlichen e la Süd Tiroler Freiheit, che però non hanno superato il due per cento dei voti. Anche nel 2005 i partiti tedeschi erano stati tre, nel 2000 soltanto due.

Nel mondo di lingua italiana, invece, la frammentazione è cresciuta progressivamente. Nel 2000 si contavano 11 partiti italiani, nel 2005 15 e nel 2010 16. Questa frammentazione ha interessato in primo luogo il centrosinistra, passato dai 3 partiti del 2000, ai 5 del 2005 e infine ai 9 del 2010. I partiti di centro e di centro-destra, invece, seppur di poco sono riusciti a ridurre la propria frammentazione. Nel 2010 la coalizione di centrodestra comprendeva cinque partiti, mentre nel 2005 ne aveva avuti 6 alle elezioni di maggio e 7 a quelle di novembre. Il centro era partito con due partiti nel 2000 per salire a tre nel 2010.

Questa frammentazione ha ovviamente delle ripercussioni sulla composizione della giunta comunale, sulla sua stabilità e conflittualità interna. Attualmente la giunta comunale uscita dalle urne nel 2010 è sostenuta da ben nove partiti a livello di giunta e di sottogoverno, dopo che anche l'Udc appoggia il governo Spagnoli dall'esterno.

3. La campagna elettorale: presenza mediatica dei candidati sindaco e tematiche elettorali

Dai politici la presenza mediatica è vista come condizione necessaria del successo elettorale.³ Da ormai diversi anni è la televisione ad essere considerata il principale terreno della competizione elettorale. Questo però non deve portare a sottovalutare il ruolo assai importante che a livello provinciale e quindi anche comunale svolgono i quotidiani, specialmente il *Dolomiten* per il gruppo di lingua tedesca e l'*Alto Adige* per il gruppo di lingua italiana.

Le seguenti tabelle ci mostrano i dati sulla presenza dei candidati sui media locali (dati assoluti e in percentuale). Scorrendoli appare evidente il forte distacco di presenza mediatica che divide i primi due candidati sindaco da tutti gli altri. L'interesse dei mezzi di comunicazione si è concentrato sul duello tra Luigi Spagnolli e Robert Oberrauch, in linea con la tendenza alla personalizzazione della politica che mette al centro i personaggi con la loro immagine oltre che con i loro programmi.

Si nota poi un certo distacco tra i due principali contendenti, con una presenza del 39,6% di Spagnolli e solo il 26,1% per Oberrauch; tutti gli altri, in relativo equilibrio, non superano il sette per cento.

Tabella 1: Presenza mediatica dei candidati sindaco

soggetto focus	numero menzioni	percentuale
Spagnolli Luigi	1072	39,6%
Oberrauch Robert	707	26,1%
Mair Ulli	185	6,8%
Repetto Sandro	173	6,4%
Di Puppo Michele	144	5,3%
Berger Alberto	129	4,8%
Filippi Alberto	116	4,3%
Sabbadin Patrizia	96	3,5%
Di Gesaro Pinuccia	87	3,2%
	2709	100,0%

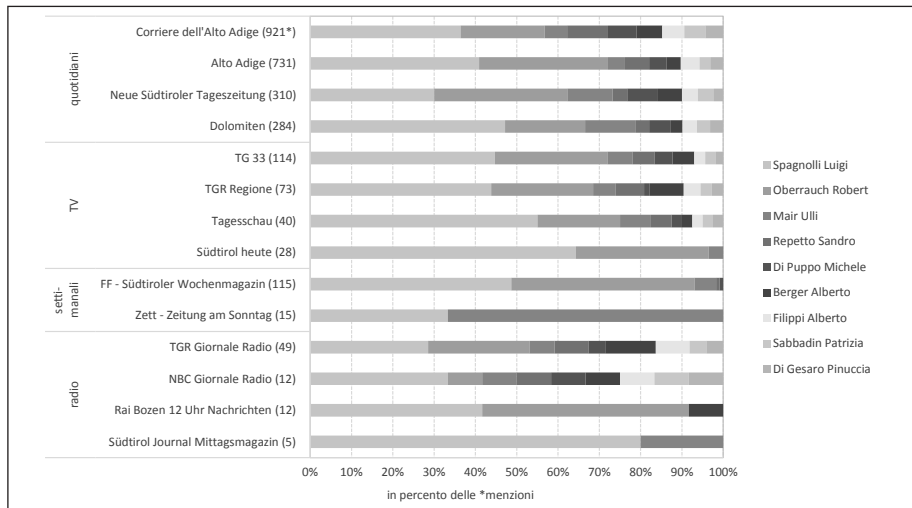
Fonte: MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH (Innsbruck). Analisi risonanza mediatica elezioni comunali Alto Adige 2010: 12.04.2010–16.05.2010; N = 2709 menzioni.

Distinguendo il comportamento dei singoli media si nota che sui candidati di punta dei due schieramenti si sono concentrati soprattutto i quotidiani di lingua italiana *Corriere dell'Alto Adige* e *Alto Adige*. Nonostante ciò, sul piano della perso-

nalizzazione della campagna elettorale non vi sono state differenze sostanziali tra media di lingua italiana e media di lingua tedesca. Il sindaco uscente Luigi Spagnolli ha goduto di gran lunga della più alta percentuale di presenza. È stato scavalcato solo in due casi: da Ulli Mair nella “Zett – Die Zeitung am Sonntag” e da Robert Oberrauch nel notiziario di mezzogiorno della RAI di lingua tedesca.

Non sono però mancati alcuni media che, più che concentrarsi sui candidati di punta, si sono occupati dei temi principali della campagna elettorale.

Tabella 2: Bolzano. Analisi della presenza dei candidati sindaco sui diversi media



Fonte: MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH (Innsbruck). Analisi risonanza mediatica elezioni comunali Alto Adige 2010: 12.04.2010 –16.05.2010;* N = 2709 menzioni.

L'efficacia della presenza mediatica da parte degli attori politici non dipende solamente da fattori quantitativi. Per capire veramente chi ha maggiormente beneficiato dei media vanno considerati anche elementi qualitativi, tra cui il modo, positivo, negativo o neutrale, con cui gli stessi media hanno parlato dei diversi politici. Nel caso di Bolzano, durante la campagna elettorale la cronaca politica è stata tendenzialmente equilibrata e neutrale. Anche qui, però, si nota una differenza, seppur abbastanza ridotta, tra i due candidati di punta. Luigi Spagnolli ha raccolto il dato quantitativamente maggiore sia dei commenti positivi che di quelli negativi, segno di una valutazione controversa del candidato PD, anche se con percentuali piuttosto basse. La cronaca su Robert Oberrauch, invece, e in maniera ancora maggiore per quanto riguarda gli altri candidati, è stata al 95% neutrale.

Tabella 3: Valutazione dei candidati sindaco da parte dei media

soggetto focus	negativa	neutrale	positiva	totale
Spagnolli Luigi (1072*)	5,1 %	90,4 %	4,5 %	100,0 %
Oberrauch Robert (707)	2,4 %	95,2 %	2,4 %	100,0 %
Mair Ulli (185)	1,1 %	97,3 %	1,6 %	100,0 %
Repetto Sandro (173)	0,0 %	98,8 %	1,2 %	100,0 %
Di Puppo Michele (144)	0,7 %	98,6 %	0,7 %	100,0 %
Berger Alberto (129)	2,3 %	97,7 %	0,0 %	100,0 %
Filippi Alberto (116)	0,9 %	99,1 %	0,0 %	100,0 %
Sabbadin Patrizia (96)	0,0 %	100,0 %	0,0 %	100,0 %
Di Gesaro Pinuccia (87)	1,1 %	98,9 %	0,0 %	100,0 %
Totale	3,0 %	94,4 %	2,6 %	100,0 %

Fonte: MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH (Innsbruck). Analisi risonanza mediatica elezioni comunali Alto Adige 2010: 12.04.2010 – 16.05.2010; *N = 2709 menzioni.

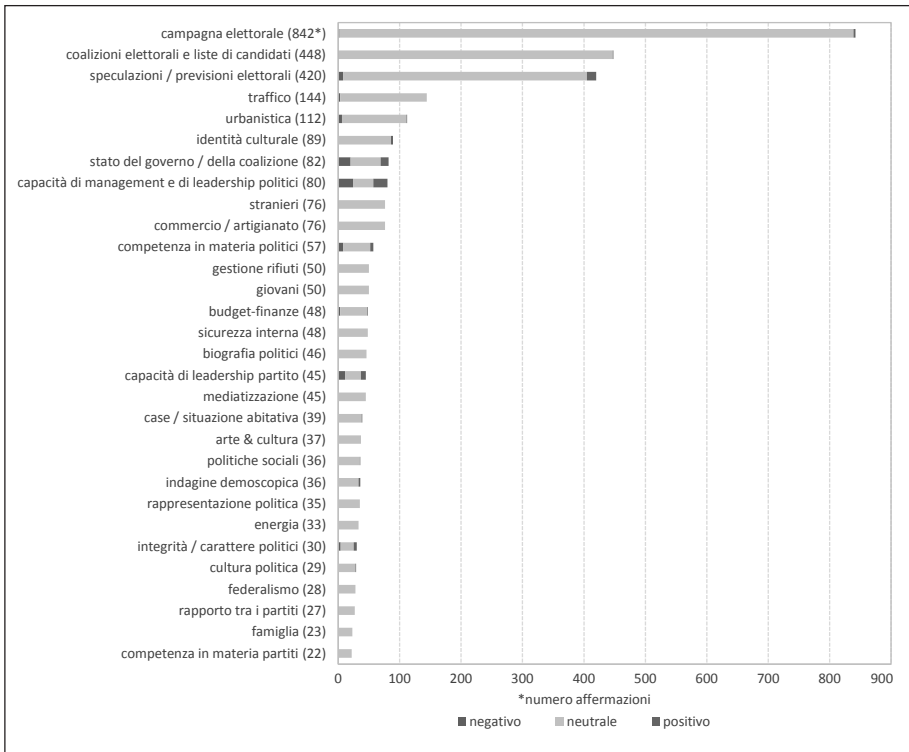
Temi, immagini e strategie sono gli ingredienti della copertura informativa di tutte le campagne elettorali moderne (Mazzoleni 1998, 227). Se filtriamo gli argomenti, i temi e i problemi intorno ai quali si è sviluppato il dibattito politico durante la campagna elettorale a Bolzano notiamo che i media altoatesini hanno parlato e scritto per la maggior parte di problemi concreti (*policy issues*). Grande spazio, però, è stato riservato anche alle cosiddette *campaign issues*, con cui si intendono una molteplicità di temi che vanno dalle dimensioni strategiche e organizzative della campagna elettorale a questioni legate alle candidature e ai sondaggi, alle previsioni sull'esito del voto, ecc. Le *political issues*, invece, si riferiscono ai temi della sfera astratta del confronto elettorale, quali discussioni ideologiche, future alleanze, formule di governo, ecc.

A livello provinciale, la copertura mediatica della campagna per le elezioni comunali ha oscillato tra l'informazione elettorale su temi concreti (*policy issues*), come il traffico e l'urbanistica, per un totale del 50,3 % dei temi trattati, e le tematiche "metapolitiche" (*campaign e political issues*), come la stessa campagna elettorale, la propaganda, le manifestazioni politiche, le previsioni elettorali e le speculazioni su incarichi assessorili, per un totale del 41,7 %. Le *personal issues*, che si riferiscono alla vita e all'attività degli attori politici e dei partiti, hanno rappresentato l'8 % della copertura mediatica.

Identiche tendenze si ritrovano nella campagna elettorale di Bolzano. Anche nel capoluogo la discussione è ruotata attorno a questioni inerenti la stessa gestione della competizione elettorale (*performance* dei candidati, organizzazione della

campagna elettorale, modelli di comunicazione) con il 23,8%, quindi alle possibili coalizioni e liste di candidati (12,7%) e alle previsioni elettorali (11,9%). Tra le tematiche politiche troviamo con il 4,1% il traffico (tram – minimetro; ticket per pendolari; spostamento dell’autostrada, ecc.), seguito dall’urbanistica con il 3,2% (quartiere Casanova; pianificazione urbanistica). Seguono con il 2,5% il discorso sull’identità culturale (convivenza, interetnicità), lo stato della coalizione che governa la città (2,3%), la capacità di management e di leadership dei politici (2,3%), la presenza degli stranieri (integrazione degli immigrati; immigrazione clandestina, ecc.) con il 2,2% e infine il commercio con l’artigianato (licenze, centri commerciali e commercio al minuto, orari d’apertura, ecc.) con il 2,2%. Tutti gli altri temi non hanno raggiunto il 2% della copertura mediatica.

Tabella 4: Bolzano. Analisi delle tematiche. Classifica dei temi principali dei candidati sindaco



Fonte: MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH (Innsbruck). Fonte: Analisi risonanza mediatica elezioni comunali Alto Adige 2010: 12.04.2010–16.05.2010; N = 3133 affermazioni.

La differenza più vistosa tra le tematiche preferite dai due candidati sindaco Luigi Spagnolli e Robert Oberrauch si rivela nell'ambito delle *campaign issues*: per Spagnolli rappresentano il 18,6% del totale, percentuale che per Oberrauch sale al 30,9%. Significativo è anche che per Spagnolli la questione degli extracomunitari non sia un tema, mentre per Oberrauch lo sia per il 3% delle tematiche trattate e coperte dai media.

Il fatto che nel ranking dei primi dieci temi collegati a Oberrauch si trovi la “capacità di management e di leadership”, nonché il “rapporto tra i partiti” richiama il peso degli scontri interni alla coalizione di centrodestra. Sul versante opposto troviamo Spagnolli impegnato a discutere dello “stato di giunta/della coalizione”, a segnalare il dibattito sui successi e gli insuccessi della coalizione uscente.

La copertura mediatica in riferimento a Robert Oberrauch è orientata più verso il conflitto (61%) che verso il consenso (12%), mentre per Spagnolli il primo elemento si ferma al 43% e il secondo giunge al 33%. Sono questi gli unici dati che segnano una divaricazione netta tra i due contendenti, in un quadro segnato da differenze minime.

Un'analisi distinta tra media di lingua tedesca e di lingua italiana non lascia emergere differenze significative, tranne che per la tematica dell'immigrazione, su cui si sono concentrati i media in lingua tedesca con il 2,8% della copertura mediatica, mentre quelli in lingua italiana si sono fermati all'1,9%.

4. Il risultato elettorale

Rispetto ai presupposti e alle aspettative pre-elettorali di cui prima si è parlato, ciò che è uscito dalle urne è risultato in parte imprevisto.⁴

Il centrosinistra e l'Svp hanno raggiunto un obiettivo su cui alla vigilia del voto pochi contavano, e cioè la vittoria al primo turno. Spagnolli ha ottenuto il 52,4% dei voti, con il suo diretto avversario fermo al 32,7%. In maniera del tutto inaspettata, i temuti Freiheitlichen hanno racimolato un misero 1,4%, che non ha consentito loro neppure di entrare in consiglio comunale, mentre l'Svp, seppur in calo, con il 19,6% ha dimostrato la sua solidità. Il sostegno al primo turno assicurato a Spagnolli, che secondo alcuni avrebbe dovuto penalizzarla, l'ha invece rafforzata. Tanti elettori di lingua tedesca non hanno probabilmente risposto al richiamo dei Freiheitlichen proprio per sostenere Spagnolli, evitare il ballottaggio e scongiurare la vittoria del centrodestra. Qualora l'Svp si fosse presentata da sola al primo turno, verosimilmente non tutti l'avrebbero seguita, sentendosi liberi di votare altre

liste e riservandosi poi di sostenere Spagnolli al ballottaggio. Se l'Svp è stata utile a Spagnolli nel conseguire la vittoria finale, altrettanto utile è stato il sindaco nell'aiutare la "balena bianca" sudtirolese a respingere l'attacco dei Freiheitlichen.

Tabella 5: Comune di Bolzano, risultati elettorali maggio 2010 e novembre 2005 a confronto

Partiti	2010 %		2005 %
Il popolo della Libertà	21,5 %	Forza Italia	10,1 %
		Alleanza Nazionale	17,7 %
Südtiroler Volkspartei	19,6 %	Südtiroler Volkspartei	21,8 %
Partito Democratico	17,2 %	Democratici di Sinistra	9,2 %
		La Margherita-Democrazia e Libertà	7,2 %
Verdi-Grüne-Vërc	6,5 %	Verdi-Grüne-Vërc	4,3 %
		Projekt Bozen	1,8 %
Casini UDC	5,8 %	UDC	1,0 %
Lega Nord	5,5 %	Lega Nord	1,0 %
Lista Civica Beppe Grillo	4,1 %	Nautilus Cittadinanza Attiva/Bozen Aktiv	1,4 %
Unitalia	3,6 %	Unitalia	3,2 %
Rifondazione Partito Comunista	2,7 %	Rifondazione Partito Comunista	3,0 %
Di Pietro Italia dei Valori	2,4 %	Italia dei Valori	0,9 %
Forza Bolzano	2,1 %	Lista Benussi	8,8 %
Unione per Bolzano	1,5 %	Al Centro con Cigolla	1,4 %
Die Freiheitlichen	1,4 %	Südtiroler Volksbewegung	0,2 %
Partito Socialista Italiano	1,3 %	Socialisti Democratici Italiani	1,5 %
Sinistra ecologia libertà con Vendola	1,2 %	Partito per tutti	0,5 %
Bonino-Pannella	0,9 %	Nuovo PSI Partito Socialista	0,3 %
Fionda di Davide/Davids Schleuder	0,7 %	Ladins	0,3 %
Comunisti Italiani	0,6 %	Comunisti Italiani	1,0 %
Süd Tiroler Freiheit	0,5 %		
Democrazia Cristiana	0,4 %	Democrazia Cristiana per le Autonomie	3,3 %
Athesis	0,4 %		

Fonte: www.elezionicomunali.bz.it/8427/list_li_vg.htm (12.1.2011).

Un dato che merita di essere sottolineato e fondamentale per leggere adeguatamente il risultato elettorale è il sensibile calo dell'affluenza alle urne, passata dal 75,2% del novembre 2005 al 65,7%, mentre nel 2000 aveva votato ancora il 76% degli aventi diritto. Rispetto a cinque anni prima il numero dei votanti è sceso di più di 8.000 unità. La diminuzione di quasi dieci punti percentuale si può leggere da una parte come il sintomo di una generale disaffezione per la partecipazione politica, fenomeno non certo limitato al Sudtirolo; dall'altra come conseguenza del

durissimo scontro interno al centrodestra. Alla destra italiana sono mancati molti voti di suoi affezionati elettori che, non trovando sul tavolo dell'offerta politica un'alternativa considerata appetibile, hanno scelto la via dell'astensione.

I dati ci dicono che è il centrodestra ad aver subito il calo più significativo di voti. Nel novembre 2005 Benussi, pur perdendo, aveva raccolto 26.032 voti, pari al 45,2%. Cinque anni dopo Oberrauch si è fermato a 16.121 voti, pari soltanto al 32,7%. A subire il calo più rilevante è stata la formazione principale della coalizione, il Popolo della libertà, che ha ottenuto 9.899 voti (21,5%), mentre nel 2005 Alleanza nazionale e Forza Italia ne avevano ricevuti complessivamente 14.694 (27,8%).

Ma anche la lista creata attorno al candidato sindaco non è stata all'altezza della situazione: Forza Bolzano di Oberrauch ha racimolato un misero 2,1% dei voti, mentre nel 2005 la Lista Benussi aveva raggiunto un ottimo 8,8%. Dietro al crollo del PdL e di tutta la coalizione vi è sicuramente il livello ormai fuori controllo della litigiosità interna, che ha reso priva di qualsiasi credibilità la proposta politica del centrodestra. Dietro al risultato deludente di Forza Bolzano, però, vi è anche la scarsa autorevolezza del candidato sindaco, sulla cui scelta si sono misurati gli errori del centrodestra, che per individuare il nome migliore si era affidato a un sondaggio che aveva posto Oberrauch in fondo al gradimento del proprio elettorato (Alto Adige 2010f), salvo poi prediligere a causa dei veti incrociati.

Con l'elezione diretta del sindaco è evidente che, al di là della forza dei partiti, un ruolo decisivo viene esercitato dalla capacità del candidato di attrarre consensi anche al di fuori del tradizionale bacino dei partiti. Il sistema elettorale in vigore stabilisce che il voto assegnato a una data lista vada automaticamente al suo candidato sindaco, ma prevede anche la possibilità di votare un candidato sindaco senza necessariamente dare la preferenza a uno dei partiti che lo sostengono. Potenzialmente, dunque, l'aspirante sindaco può ricevere più voti dei partiti della sua coalizione. La differenza tra i voti assegnati alle liste di partito e quelli ottenuti dai candidati sindaci di riferimento rappresenta un dato interessante: quanto più la differenza è elevata, tanto più il candidato dimostra appeal verso l'elettorato meno politicizzato, che poco si riconosce nei partiti e nelle coalizioni, l'elettorato più volatile e disposto a cambiare schieramento e quindi potenzialmente decisivo in situazioni equilibrate e incerte. Nel novembre 2005 Spagnoli aveva vinto ottenendo 28.992 voti, contro i 26.890 andati alle liste d'appoggio; Benussi, invece, di voti ne aveva presi 26.032, contro i 23.376 della sua coalizione. Spagnoli, dunque, aveva ottenuto 2.102 preferenze in più rispetto ai partiti che lo sostenevano, mentre Benussi, pur uscendo sconfitto, ne guadagnava ben 2.656, dimostrando di essere il candidato giusto per allargare i confini della sua coalizione.

Ben altri i numeri di Oberrauch, che con 16.121 preferenze aumentava solo di 870 il pacchetto di voti ricevuto dalle liste di sostegno, mentre Spagnolli, con 25.831 preferenze, li aumentava di 1.975.

Centrale per la vittoria di Spagnolli è stato il crollo dei consensi del centrodestra. Nonostante il successo, in termini assoluti il sindaco uscente ha visto diminuire i propri voti, che da 28.992 sono passati a 25.831. È soltanto a causa del crollo del numero dei votanti che in percentuale la coalizione è cresciuta dal 50,3% al 52,4%. Sul calo del numero dei voti a favore del centrosinistra ha sicuramente pesato la candidatura autonoma di Sandro Repetto per l'Unione di centro, sganciata dall'alleanza con Spagnolli e capace di ottenere 2.800 voti, pari al 5,7%, per il suo aspirante sindaco. Un ottimo risultato sulla scia dell'ascesa in termini di consenso che il partito di Pierferdinando Casini conosce a livello nazionale, ma che è servito a poco in assenza del ballottaggio in cui i suoi voti sarebbero stati preziosissimi e ben spendibili sul mercato della politica.

La sostanziale tenuta del centrosinistra ha reso meno visibile il calo dei voti patito soprattutto dall'Svp (-2.503), ma anche dal Partito democratico (-731 rispetto alla somma dei voti avuti dai Democratici di sinistra e dalla Margherita nel 2005, ma solo -167 se si considera la presenza nel 2010 della lista Sinistra ecologia libertà). Anche altre formazioni minori della coalizione non hanno brillato, conoscendo leggeri cali di consenso (Rifondazione comunista; Partito socialista italiano) o una non brillantissima tenuta (i Verdi sono sì cresciuti di circa 700 voti, ma a seguito dell'alleanza con Projekt Bozen, che ne portava in dote più di 900).

Crescono invece, dentro e fuori gli schieramenti maggiori, le forze che, in maniera più o meno convinta, si attribuiscono una carica "antisistema" o che comunque alimentano e rappresentano forme di protesta. Nel centrosinistra l'unico movimento che ha conosciuto un chiaro rafforzamento è Italia dei valori, che dai 465 voti del 2005 (0,9%) è salito a 1.095 (2,4%). Per il centrodestra lo stesso può dirsi per la Lega nord, che ha approfittato dell'onda lunga del partito in tutto il settentrione, quintuplicando i propri consensi e attestandosi al 5,5%. Al di fuori degli schieramenti, anche a Bolzano ha avuto un indubbio successo il debutto della Lista civica Beppe Grillo, che ha conquistato 1.875 voti (4,1%). Nella specialissima situazione del capoluogo i Freiheitlichen non hanno mietuto i successi da molti attesi, conoscendo però un ottimo risultato nel resto della provincia.

L'aumento del peso di partiti che hanno costruito i propri successi elettorali presentandosi come movimenti di rottura, unito alla decisa crescita dell'astensionismo possono rappresentare segnali di disagio di porzioni crescenti del corpo elettorale, che faticano a riconoscersi nelle principali forze politiche. Non è un caso

che i due principali candidati sindaci che nel novembre 2005 catalizzavano complessivamente il 95,5% dei voti, sottraendo di fatto qualsiasi spazio ai partiti fuori dai blocchi, nel 2010 siano riusciti ad attrarre “solo” l’85,1%, una cifra sicuramente ragguardevole, ma che lascia intravedere l’esistenza di concreti spazi di manovra per forze esterne ai due poli.

Note

- 1 I dati sulla tornata elettorale del maggio 2005 a Bolzano si possono leggere in: http://www.provinz.bz.it/vote/gem2005/507/mayor_li_s0_p0_c0.htm (12.1.2011).
 - 2 I dati sulle elezioni comunali di Bolzano del 6 novembre 2005 utilizzati qui e più avanti nel testo sono tratti da: www.comune.bolzano.it/prog/elezioni/com2005b/ (12.1.2011).
 - 3 L’analisi della campagna elettorale sui media a Bolzano si basa sui dati messi a disposizione da MediaWatch, relativi ai quotidiani/settimanali “Dolomiten”, “Neue Südtiroler Tageszeitung”, “ff-Südtiroler Wochenmagazin”, “Zett – Die Zeitung am Sonntag”, “Alto Adige”, “Corriere dell’Alto Adige”, “La Usc di Ladins”, alle reti televisive della RAI: Tagesschau (quotidianamente ore 20), TG-Regione (quotidianamente ore 20), Trail (quotidianamente ore 19.55), nonché a Südtirol heute (lunedì–venerdì ore 19.30) e a Telegiornale Video 33 (quotidianamente ore 19.30). Inoltre sono state analizzate le emittenti radiofoniche della Rai: Mittagsnachrichten (quotidianamente ore 12), TGR Giornale Radio (lunedì–sabato ore 12.10, domenica ore 12.40), Nutizies por i Ladins (lunedì–sabato ore 13.30, domenica ore 12.30), nonché Giornale Radio NBC Rete Regione (quotidianamente ore 12.00), Südtirol Journal Mittagsmagazin (lunedì–sabato ore 12.10). Quest’ultimo è un prodotto di Radio Media International, che offre servizi informativi alle società delle emittenti radiofoniche Südtirol 1, Radio Tirol, Radio Holiday, Radio Grüne Welle, Tele Radio Vinschgau, Stadt Radio Meran, Radio Gherdëina e Radio Nord.
I dati analizzati sono relativi ai candidati sindaco Luigi (Gigi) Spagnolli (PD), Robert Oberrauch (Forza Bolzano), Sandro Repetto (Casini UdC), Alberto Filippi (Lista Civica Beppe Grillo), Ulli Mair (Die Freiheitlichen, Süd Tiroler Freiheit), Michele Di Puppò (Unione per Bolzano), Giuseppina (Pinuccia) Di Gesaro (Fionda di Davide-Davids Schleuder), Patrizia Sabbadin (Comunisti Italiani) e Alberto (Albert) Berger (Athesis).
La ricerca ha analizzato le notizie presenti sui media relativamente ai candidati sindaco per il periodo dal 12 aprile al 16 maggio 2010. Ringraziamo MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH (Innsbruck), in special modo Florian Castlunger, per averci fornito i dati sulla campagna elettorale in generale e sulla risonanza mediatica dei candidati sindaco.
- 4 Tutti i dati citati di qui in avanti sulle elezioni comunali del 16 maggio 2010 sono tratti da: www.elezionicomunali.bz.it/8427/index_li_vg.htm (12.1.2011).

Riferimenti bibliografici

- Alto Adige* (2010). Spagnolli, l'atto d'accusa di Capelli, 28.11.2009.
- Alto Adige* (2010a). Spagnolli non si ricandida, 15.12.2009.
- Alto Adige* (2010b). Il Pd a Spagnolli: "Sei il candidato", 12.1.2010.
- Alto Adige* (2010c). Biancofiore: passaggio storico tra Svp e Pdl, 6.12.2010.
- Alto Adige* (2010d). Il Pdl: "Tutti uniti con Oberrauch", 7.4.2010.
- Alto Adige* (2010e). La lite nel Pdl finisce a schiaffi, 15.5.2010.
- Alto Adige* (2010f). Benussi: "Sfiderò Spagnolli". L'ex sindaco galvanizzato dal successo nel sondaggio Pdl, 26.3.2010.
- Atz, Hermann (2009). Das Wahlergebnis: Werden die ethnischen Wählerinnen durchlässiger? Eine Analyse der Landtagswahlen 2008, in: *Pallaver, Günther/Kager, Thomas* (a cura di). *Politika09. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anner de pulitica* (Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Sozietà per Scienza Pultica), Bozen: Edition Raetia, 213-241.
- Atz, Hermann/*Pallaver, Günther* (2009). Der lange Abschied von der Sammelpartei. Die Landtagswahlen 2008 in Südtirol, in: *Karhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (a cura di). *Politik in Tirol. Jahrbuch 2009*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag., 95-127.
- Mazzoleni, Gianpietro* (1998). *La comunicazione politica*, Bologna: il Mulino.

Abstracts

Die Gemeinderatswahlen in Bozen zwischen Fragmentierung, Personalisierung und Proteststimmen

Bei den Gemeinderatswahlen in der Landeshauptstadt Bozen hat vor allem ein Aspekt die politische Agenda dominiert: Die interne Wahl des Bürgermeisterkandidaten innerhalb der jeweiligen Parteienbündnisse. Von Kontroversen und internen Auseinandersetzungen war keines der beiden großen Lager verschont geblieben. Aber vor allem das Mitte-rechts-Bündnis wurde bei der Auswahl des Spitzenkandidaten von internen Diadochenkämpfen fast aufgegeben. Das Wahlergebnis entsprach schließlich dem Zustand der Berlusconi-Partei. Erstmals verzichtete die Südtiroler Volkspartei auf die Aufstellung eines eigenen Bürgermeisterkandidaten und unterstützte von allem Anfang an den italienischen Kandidaten des Koalitionsbündnisses. Diese innerhalb der Partei kontrovers geführte Diskussion hat den deutschsprachigen Oppositionsparteien allerdings keine Erfolge beschert. Der nach außen hin solide Sieg des Mitte-links-Bündnisses bereits im ersten Wahlgang ist allerdings zu relativieren. Dazu hat unter anderem die Abnahme der Wahlbeteiligung unter den Mitte-rechts-Wählern genauso beigetragen wie die Zunahme der Parteienfragmentierung.

Les lîtes comunales a Balsan danter fragmentaziun, personalisaziun y usc de protesta

Pro les lîtes comunales tla capitala provinziala Balsan él stè dantadöt un n aspet che à dominé l'ajènda politica: la lîta interna ales coaliziuns dl candidat da ombolt. Degun di dui gragn ragrupamënc n'è gnü sconè da discusciuns y conflîc interns. Mo dantadöt la coaliziun de zënter-man dêrta é præsc gnüda desfata dales batalies internes por la cerna dl pröm candidat. Ala fin corespognô le resultat dla lîta ala situaziun dl partî de Berlusconi. Por le pröm iade à la Südtiroler Volkspartei renunzié a mëte sö n so candidat da ombolt y à sostignî bele da atira le candidat talian dl pat de coaliziun. La discusciun interna al partî incër chësta dezijiun, portada inant te na maniera controversa, n'è impone nia daidé i partis de oposiziun todësc. Le suzès dla coaliziun de zënter-man ciampa bele pro la pröma litaziun é inée da relativisé: la mëndra partezipaziun danter i litadus de zënter-man dêrta à portè pro a chësc resultat avisa tan co l'aumënt dla fragmentaziun di partis.

Bolzano's Municipal Elections: Between Fragmentation, Personalisation, and Protest Votes

The local elections in the province capital of Bolzano were dominated mainly by one aspect of the political agenda: the internal election of the mayoral candidate within each of the party alliances. Neither of the two main camps were spared controversy or internal disputes. But above all, the centre-right alliance was almost completely annihilated by an internal war of succession in the selection of its top candidate. The election result reflected, in the end, the state of Berlusconi's party. For the first time, the South Tyrolean People's Party decided not to back its own mayoral candidate but support the Italian candidate of the coalition alliance from the outset. This controversial debate waged within the party brought the German-language opposition parties no success. The seemingly solid victory of the center-left coalition in the first round of voting must be put into perspective, though: a decrease in turnout among the voters of the centre-right and an increase in party fragmentation were two of many contributing factors.

Florian Castlunger/Hannes Vorhofer

Die Nachrichtenlogik bei den Gemeinderatswahlen 2010

Die ethnische Berichterstattung der Südtiroler Medien

1. Das politische System Südtirols

Südtirol wird aufgrund des Minderheitenschutzes und seiner Autonomie immer wieder als Modellfall zur Lösung ethnischer Konflikte zitiert und von anderen Minderheiten besucht und nachgeahmt. Doch trotz des friedlichen Zusammenlebens der deutsch-, italienisch- und ladinischsprachigen Bevölkerung ist das politische System Südtirols auf der Trennung der dort lebenden Sprachgruppen aufgebaut. Es beruht auf einem Modell zur Konfliktregelung in ethnisch gespaltenen Gesellschaften, das nach Arend Lijphart der Konkordanzdemokratie (*consociational democracy*) entspricht. Eines der wichtigsten Prinzipien der Konkordanzdemokratie ist die Beteiligung aller relevanten Gruppen an den Entscheidungsprozessen bzw. an der Regierung. Der politische Wettbewerb wird reduziert, die Kooperation stärker betont (Lijphart 1991; Schmidt 1997). Die für die einzelnen Subgesellschaften der fragmentierten Gesellschaft agierenden Eliten bestimmen Konfliktregelungsmechanismen, die eine Machtteilung garantieren und alle Lager an der (Regierungs-) Macht

beteiligen. Dies wird in Südtirol durch die Wahlen und den ethnischen Proporz geregelt (vgl. Pallaver 2007, 528, 531) und folgt den Grundprinzipien des *power sharing* (Lijphart 1991). Dem Prinzip der Inklusion aller offiziell in Südtirol anerkannten Sprachgruppen (deutsch-, italienisch- und ladinischsprachige SüdtirolerInnen) in den zentralen Entscheidungsinstanzen steht die institutionelle ethnische Trennung auf der Ebene der Zivilgesellschaft gegenüber (vgl. Pallaver 2007, 532). In gewisser Weise bedarf nämlich die Konkordanzdemokratie einer scharf erkennbaren Trennlinie zwischen den fragmentierten Subgesellschaften – so wie sie sich in Südtirol an der eindeutigen Zurechenbarkeit zu den jeweiligen Sprachgruppen des Landes äußert. Aufgrund dieser Fragmentierung zerfällt die Gesellschaft in relativ stark getrennte Subsysteme, zwischen denen nur eine reduzierte Kommunikation stattfindet und wenig Konsens herrscht. Es gibt keine Gesamtgesellschaft, keine gemeinsame Identität. Die Trennung der *Südtiroler* Gesellschaft längs der sichtbaren und unsichtbaren ethnischen Grenzen findet in allen Bereichen ihren Niederschlag – vom Schul- und Bildungssystem bis hin zu den Freizeitvereinen (vgl. Pallaver 2006b, 88).

Diese Trennung spiegelt sich auch im Parteiensystem wider. Die politischen Parteien sind nach ethnischen Gesichtspunkten organisiert (vgl. Pallaver 2009, 248–260; Atz/Pallaver 2009, 121–125). Als sprachgruppenübergreifende, interethnische Kraft verstehen sich auf Landesebene einzig die Grünen-Verdi-Vërc, vereinzelt auch Listen oder BürgerInnenbewegungen, die in allen ethnischen Lagern um WählerInnenstimmen werben und den Anspruch erheben, die Interessen aller ethnischen Gruppen des Territoriums zu vertreten (vgl. Pallaver 2009, 251). Generell treten aber die Südtiroler Parteien für die Interessen ihrer jeweiligen Sprachgruppe ein und der Anteil an ethnischen WechselwählerInnen kann durch die noch stark verwurzelten ethnischen Loyalitäten als eher gering bezeichnet werden. Für das Parteiensystem bedeutet diese Konstellation, dass die deutschsprachigen Parteien nicht im Wettbewerb mit den italienischsprachigen Parteien stehen. Es gibt nicht eine einzige politische Wahlarena, sondern ethnisch abgegrenzte politische Subarenen, in denen der politische Wettbewerb stattfindet. Die ethnische Grenzziehung drückt sich auch in überwiegend monoethnischen KandidatInnenlisten aus (vgl. Atz/Pallaver 2009, 122). Allerdings zeigten sich zuletzt bei den Landtagswahlen 2008 sowie bei den Gemeinderatswahlen 2010 etwas stärkere Tendenzen im sprachgruppenübergreifenden Wettbewerb – das heißt, der interethnische Wettbewerb hat zugenommen (Atz/Pallaver 2009, 122; Pallaver 2009, 255). Auch die KandidatInnenlisten von nicht als interethnisch einzuordnenden Parteien scheinen nun für BewerberInnen der anderen Sprachgruppen bzw. für *gemischtsprachige* SüdtirolerInnen durchlässiger geworden zu sein.

2. Medienlandschaft und Medienkonsum in Südtirol

Ein weiterer Indikator für das Ausmaß der ethnischen Fragmentierung einer Gesellschaft ist das Mediensystem. So folgt auch das Mediensystem in Südtirol der Logik der institutionellen ethnischen Trennung.

Obwohl alle überregional ausgerichteten Printmedien aus dem italienischen und deutschen Sprachraum in Südtirol erhältlich sind und auch ohne Kabel- oder Satellitenanschluss ein großes Angebot an elektronischen Medien zur Verfügung steht, ist der Zugriff auf nationale (bzw. internationale) Medien kaum gefragt (vgl. ASTAT 2006b, 5). Diese Medien bieten kaum Information über das lokale Geschehen – dies wird über spezifische Südtiroler Medienprodukte abgedeckt (vgl. Atz 2006, 72). Die Südtiroler Medienlandschaft ist wie das politische System an sich nach ethnischen Gesichtspunkten aufgeteilt. Für jede der drei Subgesellschaften gibt es ethnisch genau definierte Medienprodukte, das heißt, alle drei Sprachgruppen ziehen sich in ihr eigenes kommunikatives Reservat zurück und kommunizieren in genau vorgegebenen institutionellen Kanälen (Pallaver 2007, 533). Es gibt zwei deutschsprachige und zwei italienischsprachige Tageszeitungen, deutsch-, italienisch- und ladinischsprachige Wochenzeitungen, Bezirkszeitungen, Verbandszeitschriften, viele deutsche und italienische Radiostationen sowie einige wenige ladinischsprachige Radiosender bzw. Radioprogramme. Daneben werden noch einige deutschsprachige sowie ladinische und italienische lokale TV-Programme bzw. -sendungen ausgestrahlt. Jede Sprachgruppe besitzt somit ihre eigenen, meist einsprachig gestalteten Medien (vgl. Atz 2006, 72–74), privatrechtlich organisierte oder öffentlich-rechtliche Medien. Zweisprachige bzw. mehrsprachige Medien, in denen eigenständige Texte in den drei Landessprachen erscheinen (und nicht bloße Übersetzungen identer Texte), bilden die Ausnahme (vgl. Atz 2006, 73; Pallaver 2006c, 136).

Doch nicht nur beim Angebot, auch bei der Nachfrage gilt das Prinzip der ethnischen Trennung: SüdtirolerInnen konsumieren die Informationen vorwiegend in der eigenen Landessprache (Mooswalder 2004, 289–292; Atz 2006, 74–82; ASTAT 2006, 154–156). Allein wegen der sprachlichen Barrieren ist nicht jede/r SüdtirolerIn in der Lage, die Medien der jeweils anderen Sprache im selben Umfang bzw. überhaupt zu nutzen wie jene der eigenen Sprache. Allerdings verfügen etwa 80 Prozent aller EinwohnerInnen Südtirols über mehr oder weniger gute Zweitsprachenkenntnisse und sollten damit zumindest ansatzweise in der Lage sein, sich in beiden großen Landessprachen zu informieren (Atz 2006, 70–72; ASTAT 2006, 138–153).

Grundsätzlich besteht also die Tendenz, die Berichterstattung über die eigene Sprachgruppe zu akzentuieren und jene über die andere Sprachgruppe zu reduzieren (vgl. Pallaver 2007, 535). Dadurch nehmen die jeweiligen Sprachgruppen am Leben der anderen nur in einem reduzierten Ausmaß teil.

3. Medien und Öffentlichkeit in einer ethnisch fragmentierten Gesellschaft

Die Medien nehmen in modernen Gesellschaften mittlerweile eine Schlüssel-funktion ein und haben sich zu einer unverzichtbaren Einrichtung zur Verbreitung von Kommunikationsinhalten entwickelt. Die Begriffe Mediengesellschaft und Mediendemokratie weisen darauf hin, wobei es mittlerweile undenkbar ist, ohne Medien gesellschaftsstiftende Werte und Normen zu vermitteln (Sarcinelli 1998a, 1998b; Jarren/Donges 2002).

Der öffentliche Mediendiskurs ist in den modernen Kommunikations- und Informationsgesellschaften einerseits ein Instrument der Meinungsbildung, andererseits ist er auch ein Indikator für das Selbstverständnis einer Gesellschaft, indem er soziale Prozesse, Entwicklungen und Veränderungen abbildet und verdeutlicht (vgl. Van der Valk 2003, 189–192). So spiegeln sich die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Gesellschaft vorherrschenden Wertstrukturen, Ideologien und kollektiven Einstellungen in den Massenmedien wider beziehungsweise werden von diesen widergespiegelt. Massenmedien bieten jenen (fiktiven) Raum an, in dem sich die unterschiedlichen Gruppen öffentlich artikulieren können, in dem politische Kommunikation sichtbar wird. Sie sind somit die Voraussetzung für das Entstehen einer (politischen) Öffentlichkeit und liegen damit als Vermittlungsinstanz und Bindeglied zwischen Politik und Bevölkerung (vgl. Pfetsch/Bossert 2006, 204). Politische Realität präsentiert sich also zum überwiegenden Teil als massenmedial konstruierte und vermittelte Realität (vgl. Plasser 2004, 23). Die Massenmedien prägen somit die längerfristige politische Sozialisation (politisches Interesse, politisches Wissen, politische Wertorientierung).

In Gesellschaften mit ethnischen Minderheiten findet die Kommunikation dabei aber oftmals nicht in einer gemeinsamen Öffentlichkeit statt, sondern es bilden sich getrennte Teilöffentlichkeiten, die miteinander konkurrieren. Dies bedeutet, dass die klassischen Funktionen der Medien wie Information, Artikulation und Kontrolle (Strohmeier 2004), insbesondere die in ethnisch fragmentierten Gesellschaften wichtiger eingestuft sind friedensstiftenden und friedenserhaltenden Funktionen

(etwa Abbau von Vorurteilen, Bildung von Vertrauen, Legitimation des demokratischen Gemeinwesens) sowie die Rolle bei der Bildung einer (Dach)Identität (vgl. Pallaver 2006a, 13–35) in Südtirol in ethnisch getrennten Teilöffentlichkeiten erfolgen. Dabei gilt die Schaffung einer gemeinsamen Öffentlichkeit als Voraussetzung, um durch einen Dialog die ethnischen Spannungen zu reduzieren, die Kooperation unter den Sprachgruppen zu fördern und einen ständigen vertrauensbildenden Informationsprozess voranzutreiben. Dies stärkt das öffentliche Vertrauen in die jeweils andere Sprachgruppe und in gemeinsame Institutionen und fördert das Ziel eines friedlichen und konstruktiven Zusammenlebens der Sprachgruppen (vgl. Pallaver 2006c, 134–138).

4. Fragestellung und Methode der Medienanalyse

Ausgangspunkt für diesen Beitrag ist die Grundthese, dass es in Südtirol nicht nur ein ethnisch getrenntes Mediensystem gibt, sondern dass auch die einzelnen Medien im Wesentlichen nur die und über die eigene Subgesellschaft informiert. Dies betrifft aber nicht nur die NachrichtenrezipientInnen, sondern auch die Auswahl sowie die Darstellung und Aufbereitung der Nachrichten (vgl. Pallaver 2006b, 88). Indikator für die Publikationswürdigkeit eines Ereignisses ist der Nachrichtenwert. Dieser wird bestimmt durch Nachrichtenfaktoren (wie Status, Valenz, Identifikation, ...), die die Selektions- und Verarbeitungskriterien der Nachrichten zusammenfassen und angeben, welchen Auswahlkriterien Ereignisse unterliegen, damit sie zu Meldungen werden (vgl. Schulz 1997, 69–72). In Südtirol kann davon ausgegangen werden, dass es einen zusätzlichen „ethnischen Nachrichtenfaktor“ (Pallaver 2006b, 88) gibt, der vielen anderen Nachrichtenfaktoren übergeordnet ist.

Basierend auf einer systematischen empirischen Analyse der redaktionellen Berichterstattung in deutsch-, italienisch-, und ladinischsprachigen Print- und audiovisuellen Medien in der Wahlkampfphase der Gemeinderatswahlen 2010 steht im Zentrum der vorliegenden Untersuchung die Frage, in welchem Ausmaß die redaktionelle Politikvermittlung zu BürgermeisterkandidatInnen ausgewählter Gemeinden in definierten Südtiroler Medien von einem ethnischen *cleavage* geprägt bzw. ethnisch determiniert ist.

Die Untersuchung erfolgt durch eine quantifizierende Inhaltsanalyse für die Wahlkampfphase, die durch das MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH, einem Unternehmen der APA-Gruppe, durchgeführt wurde.¹ Der Untersuchungsgegenstand dieser Studie ist die redaktionelle Berichterstattung zu den Bürgermeis-

terkandidatInnen der Gemeinden Bozen, Meran, Brixen, St. Ulrich in ausgewählten Südtiroler Medien für den Zeitraum vom 12. April bis zum 16. Mai 2010 (Wahltag war der 16. Mai 2010; allfällige Stichwahlen wurden nicht berücksichtigt).

In dieser Studie findet sich somit eine Gemeinde mit italienischsprachiger Bevölkerungsmehrheit (Bozen), eine mit einem relativ ausgeglichenen Verhältnis der beiden großen Sprachgruppen Deutsch und Italienisch (Meran), eine mit deutschsprachiger Bevölkerungsmehrheit (Brixen) sowie mit St. Ulrich die bevölkerungsreichste Gemeinde mit ladinischsprachiger Bevölkerungsmehrheit (Tabelle 1).

Tabelle 1

	Einwohner	Italiener	Deutsche	Ladiner
Bozen	103.135	73,00%	26,29%	0,71%
Meran	37.637	48,01%	51,50%	0,49%
Brixen	20.152	25,65%	73,13%	1,23%
St. Ulrich	4.606	5,55%	12,13%	82,31%

Quelle: Landesinstitut für Statistik ASTAT 2010a, 10–12, 16–18; Angaben absolut und in Prozent. Stand Einwohner 31. Dezember 2009, Daten Sprachgruppen Volkszählung 2001.

Die Zusammenstellung der BürgermeisterkandidatInnen erfolgte nach der offiziellen Bekanntgabe und Kundmachung durch die Wahlbehörden. Insgesamt wurden so 28 Akteure als analyserelevant klassifiziert. Wie bei den Gemeinden wurde auch hier in Hinblick auf die Forschungsfragen eine Zusammenfassung der politischen Akteure entlang der Sprachgruppenzugehörigkeit nach italienisch-, deutsch- und ladinischsprachigen Akteuren vorgenommen. Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung dient sowohl zur Ermittlung der zahlenmäßigen Stärke der Sprachgruppen als auch zur Ermittlung der Zugehörigkeit der einzelnen BürgerInnen zu einer der Sprachgruppen. Die Abgabe dieser Erklärung ist Voraussetzung für die Möglichkeit zur Inanspruchnahme einer Reihe von Rechten oder rechtlich geschützten Interessen, wie etwa die Möglichkeit, eine dem Proporz unterworfenen Stelle zu besetzen oder gewisse Wohnbauförderungen zu erhalten (vgl. Poggeschi 2005, 306–324; Pallaver 2007, 536;).

Anhand dieser Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung sind 13 KandidatInnen der deutschen Sprachgruppe (zwei in Bozen, sieben in Meran, vier in Brixen), 13 KandidatInnen der italienischen Sprachgruppe (sieben in Bozen, je drei in Meran und Brixen) und zwei KandidatInnen der ladinischen Sprachgruppe (alle in St. Ulrich) zugeordnet worden.

Die untersuchungsrelevanten Print- und audiovisuellen Medien wurden neben ihrer publizistischen Repräsentativität und ihrer Markt- und Reichweitenbedeutung in Südtirol ausgewählt, auch aufgrund ihrer Relevanz für die jeweilige Sprachgruppe (Mooswalder 2004, ASTAT 2005, Atz 2006). Zudem wurde die Trennung zwischen öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Medien berücksichtigt. In Hinblick auf die Forschungsfrage wurden die einzelnen Medien nach sprachlichen Gesichtspunkten zusammengefasst.

Für die Studie wurden unter den Printmedien folgende Tages- und Wochenzeitungen ausgewählt: für deutschsprachige Medien die „Dolomiten“, die „Neue Südtiroler Tageszeitung“, „ff – Südtiroler Wochenmagazin“; für italienischsprachige Medien „Alto Adige“ und „Corriere dell’Alto Adige“ sowie „La Usc di Ladins“ für die Printmedien in ladinischer Sprache. Im Bereich der TV-Nachrichtensendungen wurden vom öffentlich-rechtlichen Rai-Sender Bozen die deutschsprachige „Tagesschau“ (täglich 20 Uhr), der italienischsprachige „TG Regione“ (täglich 19.30 Uhr) und die ladinischsprachige Sendung „Trail“ (täglich 19.55 Uhr) in die Untersuchung aufgenommen sowie das deutschsprachige Format „Südtirol heute“ (Mo–Fr 19.30 Uhr) des ORF und der italienischsprachige „Telegiornale“ von Video 33 (täglich 19.30 Uhr). Im Bereich der Hörfunk-Nachrichtensendungen wurden vom öffentlich-rechtlichen Rai-Sender Bozen die deutschsprachigen „Mittagsnachrichten“ (täglich 12.00 Uhr), der italienischsprachige „TGR Giornale Radio“ (Mo–Sa 12.10 Uhr – sonntags 12.40 Uhr) und die ladinischsprachigen „Nutizies por i Ladins“ (Mo–Sa 13.30 Uhr – So 12.30 Uhr) analysiert und schließlich noch das deutschsprachige Südtirol-Journal „Mittagsmagazin“ (Mo–Sa 12.10 Uhr), eine Produktion der Radio Media International für die Radiogemeinschaft Südtirol (ausgestrahlt auf Südtirol 1, Radio Tirol, Radio Holiday, Radio Grüne Welle, Tele Radio Vinschgau, Stadt Radio Meran, Radio Gherdëina und Radio Nord).

In die Analyse aufgenommen wurden alle Medienbeiträge, die eine namentliche Nennung mindestens eines der relevanten Akteure enthalten. Als Untersuchungsgegenstand definiert sich die gesamte Ausgabe einer Publikation bzw. die gesamte Sendezeit einer Radio- bzw. TV-Nachrichtensendung. Bezahlte und erkennbare PR-Texte, Werbeeinschaltungen sowie Leserbriefe sind kein Bestandteil der redaktionellen Berichterstattung und wurden nicht in die Analyse aufgenommen.

Insgesamt wurden 1.082 Beiträge in den oben genannten Medien mit 4.344 Nennungen der BürgermeisterkandidatInnen analysiert.

Um die inhaltlich-qualitative Berichterstattungsstruktur zu erfassen, wurden neben der Präsenz- und Image-Analyse der BürgermeisterkandidatInnen zwei weitere Analyseschritte durchgeführt. Im Zentrum der Themen-Analyse stehen jene Themen,

die in der massenmedialen Berichterstattung zusammen mit den politischen Akteuren transportiert wurden. Anhand einer Framing-Analyse wurde die perspektivische und argumentative Ausrichtung des jeweiligen Artikels oder Beitrages erhoben.

Als theoretische Basis für diese Analyse dienen zwei in der Forschung etablierte Medienwirkungskonzepte: Agenda-Setting und Framing. Die Kernthese des Agenda-Settings, das 1963 von Cohen entwickelt und von McCombs und Shaw 1972 etabliert wurde, besagt, dass die Medien nicht so sehr bestimmen, was das Publikum denkt, sondern vielmehr definieren, worüber das Publikum nachdenken soll (Cohen 1963, McCobs/Shaw 1972). Der Agenda-Setting-Ansatz weist einen direkten Zusammenhang zwischen der veröffentlichten Themenlandschaft der Medien und der Themenagenda in der Wahrnehmung der Bevölkerung nach. Durch die Art der Präsentation des Themas sowie den Umfang und die Dauer der Berichterstattung wird von den Medien eine eigene soziale Wirklichkeit konstruiert, die die vermeintliche Wichtigkeit und damit die öffentliche Relevanz dieser Themen bestimmt (vgl. Rössler 2005, 11). Die Bedeutung, die die Medien ihren Berichterstattungsobjekten beimessen, überträgt sich somit auf jene Bedeutung, die das massenmediale Publikum eben diesen medienpräsenten Objekten beimisst. Dies spiegelt sich in einer Konsonanz der aktuellen medialen Tagesordnung mit der aktuellen Tagesordnung und Ereigniswelt des Publikums und der Akteure des politischen Systems wider (vgl. Lengauer 2007, 88).

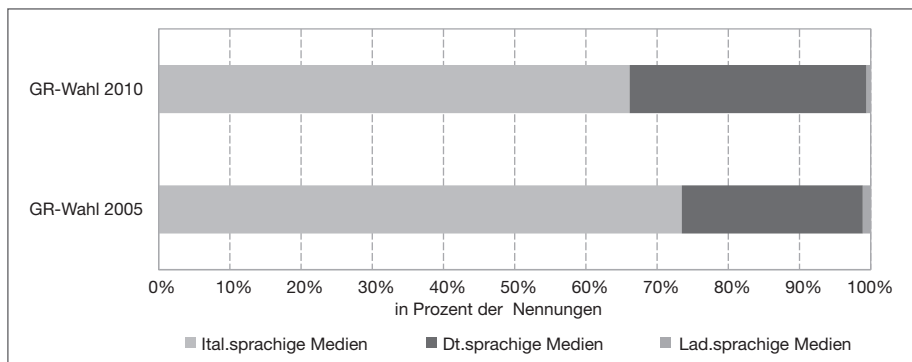
Noch einen Schritt weiter geht der Framing-Ansatz. Es geht nicht nur darum, was berichtet wird, sondern vielmehr wie Ereignisse, Inhalte und Sachthemen präsentiert und in der Berichterstattung dargestellt werden (vgl. Lengauer et al. 2004, 153). Dabei werden sowohl *first level*-Agenda-Setting-Prozesse und -Effekte auf der Objektebene (Welche Themen/Akteure werden dargestellt?) als auch *second level*-Agenda-Setting-Prozesse und -Effekte auf der Attributebene (Wie werden Themen/Akteure dargestellt?) beschrieben (vgl. Lengauer et al. 2007, 106). Der Framing-Ansatz verweist auf die Zusammenhänge zwischen inhaltlich-thematischen Rahmungen (Definitions- und Interpretationsrahmen) von Themen, Objekten und Akteuren in der Berichterstattung und jenen Interpretationsrahmen, die sich dadurch in der Bevölkerung festsetzen und abbilden (vgl. Lengauer 2007, 95). Die Bedeutungen von Ereignissen und Themen sind nicht a priori vorgegeben. Frames können hierbei als kulturell-gesellschaftliche Ressourcen interpretiert werden (vgl. Lengauer 2007, 93), die als Interpretationsschemata dienen, „aufgrund derer Menschen ihre Erfahrungen organisieren und somit einen Verständigungshintergrund bei der Einordnung von Ereignissen und Situationen herausbilden, sogenannte soziale Rahmen“ (Lengauer et al. 2004, 153).

Methode und Design der Studie wurden zudem so abgestimmt, dass in Teilbereichen Vergleiche mit ähnlich gelagerten Studien des MediaWatch Instituts für Medienanalysen GmbH, etwa im Auftrag des Landesbeirates für Kommunikationswesen (MediaWatch 2005; 2006; 2008; 2010), möglich sind. Im Speziellen werden in der folgenden Auswertung Vergleiche zu einer Inhaltsanalyse der Gemeinderatswahlen 2005² gezogen, die sich mit derselben Forschungsfrage beschäftigt.

5. Präsenzkonstellationen in der Berichterstattung

Vergleicht man die Dichte der untersuchten Berichterstattung zu den Gemeinderatswahlen in den Südtiroler Medien, so widmen die italienischsprachigen Medien dem medialen Wahlkampf nicht nur deutlich mehr Raum (2010 fast 63 Prozent, 2005 knapp 68 Prozent der relevanten Beiträge) als die deutschsprachigen Medien, die Berichterstattung ist auch deutlich intensiver. So sind 2010 rund 66 Prozent, 2005 gar 74 Prozent der Nennungen der BürgermeisterkandidatInnen in italienischsprachigen Medien zu finden (Abbildung 1). Der Anteil der Nennungen aus den deutschsprachigen Medien beträgt 2010 knapp über 33 Prozent, 2005 knapp über 25 Prozent. Die Medien in ladinischer Sprache berichten generell nur in geringem Umfang und geringer Intensität über die BürgermeisterkandidatInnen.

Abbildung 1

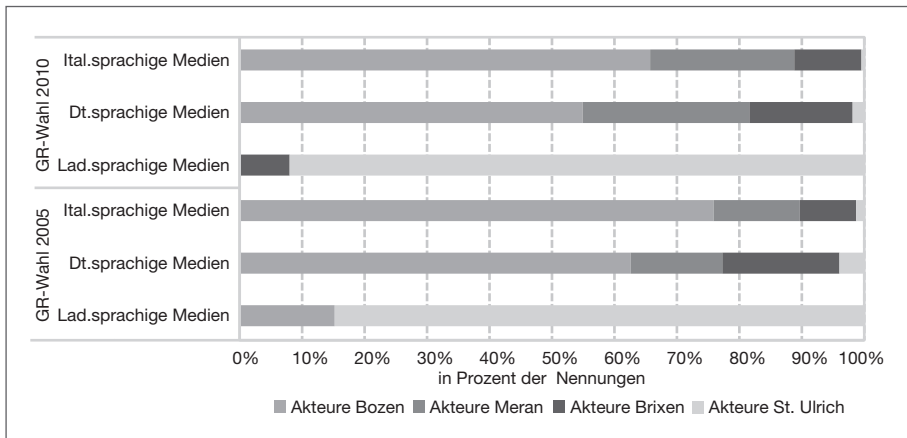


Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 4.344 Nennungen; 4. April bis 16. Mai 2005: N=4.152 Nennungen.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen sowohl in den italienisch- als auch in den deutschsprachigen Medien mehrheitlich der Wahlkampf und die BürgermeisterkandidatInnen der Landeshauptstadt Bozen (Abbildung 2). So entfallen

2010 etwa 66 Prozent (italienische Medien) beziehungsweise 55 Prozent (deutsche Medien) auf die Bozner PolitikerInnen. Über die KandidatInnen der Gemeinde Meran (ausgewogener deutsch- bzw. italienischsprachiger Bevölkerungsanteil) berichten die italienisch- bzw. deutschsprachigen Medien im Verhältnis annähernd gleich stark (23,1 Prozent zu 26,7 Prozent), die Brixner KandidatInnen (Gemeinde mit deutschsprachiger Bevölkerungsmehrheit) sind in den deutschsprachigen Medien etwas öfter vertreten als in den italienischsprachigen Medien (16,5 Prozent zu 10,8 Prozent). Die ladinischen Medien berichten fast ausschließlich über die BürgermeisterkandidatInnen der mehrheitlich ladinischsprachigen Gemeinde St. Ulrich. 2005 sind die Anteile ähnlich ausgeprägt.

Abbildung 2



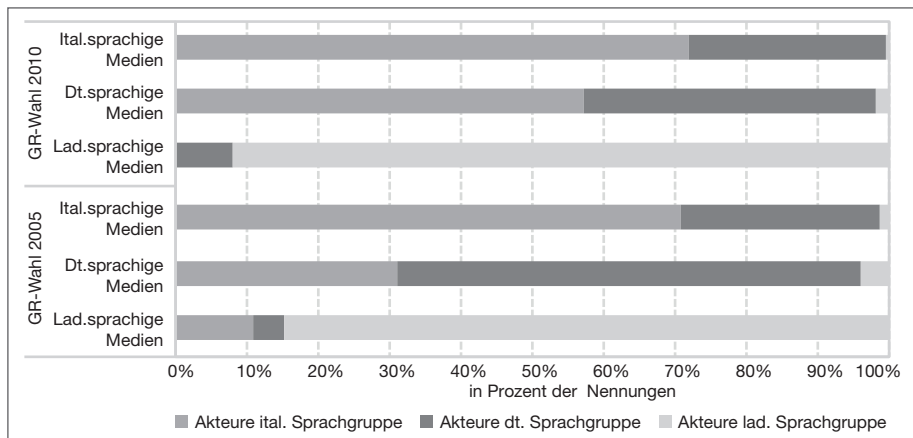
Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 4.344 Nennungen; 4. April bis 16. Mai 2005: N = 4.152 Nennungen.

Bei einer Erweiterung der Untersuchung um die zwei mehrheitlich deutschsprachigen Gemeinden Bruneck und Schlanders (wie bei MediaWatch 2010) ändern sich diese Beobachtungen nur geringfügig, aber doch in einer unter dem ethnischen Aspekt auffälligen Hinsicht: Die Konzentration auf die mehrheitlich italienischsprachige Landeshauptstadt geht in den deutschen Medien stärker zurück als in den italienischen Medien, gleichzeitig sind die BürgermeisterkandidatInnen der Gemeinden Schlanders und Bruneck in den deutschsprachigen Medien öfters präsent als in den italienischsprachigen Medien (vgl. MediaWatch 2010, 11).

Wird nun die Präsenz der politischen Akteure nach ihrer Sprachgruppenzugehörigkeit aufgeschlüsselt, so zeigt sich, dass sich die Berichterstattung im Jahr 2010 insgesamt zu 66,6 Prozent auf die KandidatInnen der italienischen Sprach-

gruppe fokussiert, 32 Prozent der Nennungen entfallen auf die KandidatInnen der deutschen Sprachgruppe, nur 1,5 Prozent auf die ladinischen KandidatInnen. Geschuldet ist dies vor allem der Konzentration auf Bozen, wo sieben KandidatInnen der italienischen Sprachgruppe antreten. Die italienischen Medien nennen dabei während des Wahlkampfes zu 71,9 Prozent italienische, zu 27,6 Prozent deutsche, zu 0,5 Prozent ladinische KandidatInnen (Abbildung 3). In den deutschsprachigen Medien stellt sich die Verteilung der Sprachgruppenpräsenz etwas anders dar. Auch hier überwiegen die italienischsprachigen KandidatInnen, erreichen aber nur 57,2 Prozent der Nennungen, also um rund 15 Prozentpunkte weniger als in den italienischsprachigen Medien. Zudem steigt der Anteil der deutschsprachigen KandidatInnen auf 40,9 Prozent (rund 13 Prozentpunkte mehr als in den italienischsprachigen Medien), jener der ladinischsprachigen KandidatInnen auf 1,9 Prozent. Die ladinischsprachigen Medien schließlich berichten fast ausschließlich (92 Prozent) über die BürgermeisterkandidatInnen der eigenen Sprachgruppe, die italienischsprachigen KandidatInnen werden gar nicht genannt. Die Medien schenken also den Akteuren der respektiven Sprachgruppe die überwiegende oder eine verhältnismäßig höhere Aufmerksamkeit als den KandidatInnen der anderen Sprachgruppe.

Abbildung 3



Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 4.344 Nennungen; 4. April bis 16. Mai 2005: N = 4.152 Nennungen.

2005 ist der Hinweis auf eine ethnisch gespaltene, nach Sprachgruppen getrennte und bevorzugte Berichterstattung von KandidatInnen der eigenen Sprachgruppe aussagekräftiger als 2010: Nicht nur die italienischsprachigen Medien (70,8 Prozent) und die ladinischsprachigen Medien (84,8 Prozent) berichten vor allem

über KandidatInnen der eigenen Sprachgruppe, auch die deutschsprachigen Medien bevorzugen eindeutig die politischen Akteure der eigenen Sprachgruppe (65 Prozent).

Dass sich die ethnozentristische Sichtweise 2010 nicht ganz so eindeutig belegen lässt wie 2005 oder in anderen Wahlkampfjahren, wo die ethnische Asymmetrie ebenso klar zum Ausdruck kommt (vgl. Pallaver 2006b, 89–111, MediaWatch 2008; 13, 32; Atz/Pallaver 2009, 108; Tschigg et al. 2009, 159–161), liegt hauptsächlich an der politischen Situation in der Landeshauptstadt Bozen im Jahr 2010. Die SVP unterstützte bei den Gemeinderatswahlen 2010 den amtierenden italienischsprachigen Bürgermeister bereits im ersten Wahlgang und verzichtete – im Gegensatz zu 2005 – auf einen eigenen deutschsprachigen Kandidaten. So konzentrierte sich auch in den deutschsprachigen Medien die Berichterstattung auf das Duell der beiden italienischsprachigen Bürgermeisterkandidaten Luigi Spagnolli und Robert Oberrauch.

6. Die Tonalität der Berichterstattung

Die Präsenz allein ist für die mediale Darstellung von PolitikerInnen nicht ausschlaggebend, auch die Tonalität des medialen Auftritts trägt zum öffentlichen Bild des politischen Akteurs bei. Wie bereits mehrfach empirisch festgestellt (vgl. MediaWatch 2005, 7, 32; MediaWatch 2006, 8–10; MediaWatch 2008, 8, 31–32; MediaWatch 2010, 7, 12–13), ist die politische Berichterstattung in Südtirol von einer außergewöhnlich hohen Neutralität geprägt (Werte über 90 Prozent). Dementsprechend lässt auch die Wertungsverteilung hinsichtlich der Mediensprache keine außergewöhnlichen Ergebnisse erkennen. Bei den Gemeinderatswahlen 2010 hält sich sowohl in den deutsch- als auch in den italienischsprachigen Medien der Anteil der Positiv- und Negativ-Berichterstattung in etwa die Waage, die ladinischsprachigen Medien berichten ausschließlich neutral (vgl. MediaWatch 2010, 13). Bezieht man zusätzlich noch den Faktor der Sprachgruppenzugehörigkeit der politischen Akteure mit ein, ändert sich das Bild kaum. In allen Medien, egal welcher Landessprache, ist die Berichterstattung zu den KandidatInnen, egal welcher Sprachgruppe sie angehören, überwiegend neutral (Mindestwert 93 Prozent). Damit scheint hinsichtlich des medialen Images keine ethnische Korrelation zu bestehen, das heißt keine positive beziehungsweise negative Diskriminierung entlang der ethnischen Zugehörigkeit. Ein Ergebnis, das sich bereits bei der Analyse zu den Gemeinderatswahlen 2005 feststellen ließ (vgl. Castlunger 2010, 99–104; 139).

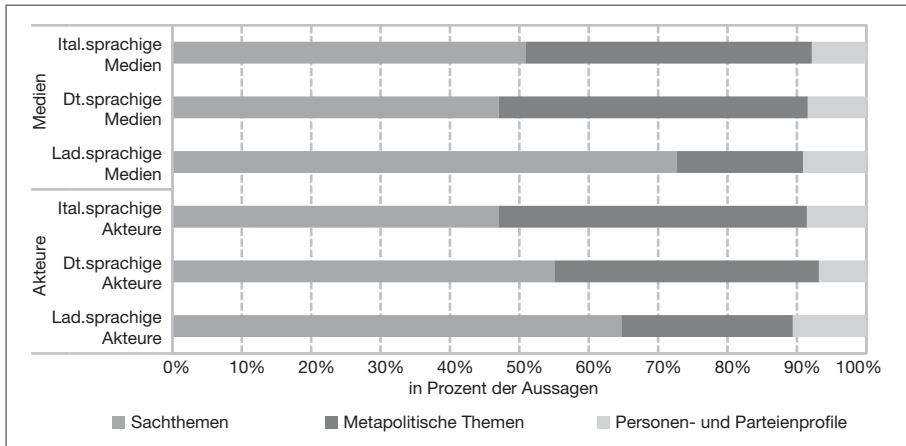
7. Die Themen der Berichterstattung

Die mediale Politikvermittlung in der Wahlkampfberichterstattung der Südtiroler Medien (zu Gemeinderats-, Landtags- als auch Parlamentswahlen) ist – entgegen internationalen Trends – etwas stärker sachpolitisch orientiert (MediaWatch 2006, 21, 26–27; MediaWatch 2008, 22, 31–32; Tschigg et al. 2009, 156; Atz/Pallaver 2009, 105; MediaWatch 2010, 7, 14, 43). In Medien in anderen europäischen Ländern (etwa Deutschland, Österreich, Großbritannien) stehen eher metapolitische Themen im Zentrum der Berichterstattung (vgl. Lengauer et al. 2007, 103–15; Deacon et al. 2005, 25; Wilke/Reinemann 2006, 316). Unter metapolitischen Themen werden hauptsächlich die mediale Auseinandersetzung mit dem Wahlkampf an sich, Spekulationen zum Wahlausgang, Meinungsforschung und Ähnliches verstanden. Das Verhältnis zwischen metapolitischen Themen und Sachthemen ist in den Wahlkampfphasen der Gemeinderatswahlen 2010 als auch 2005 relativ ausgegogen. So wurde 2010 zu 49,8 Prozent über Sachthemen, zu 42,1 Prozent über metapolitische Themen und zu 8 Prozent über Personen- und Parteienprofile (Charakteristika und Eigenschaften von politischen Akteuren) berichtet (MediaWatch 2010, 43). Im Vergleich zu 2005 ist dabei 2010 ein Anstieg von metapolitischen Themen bei einem gleichzeitigen Rückgang der Sachthemen konstatierbar und damit eine leichte Annäherung an den internationalen Trend zu erkennen (vgl. MediaWatch 2010, 7, 43).

2010 bleibt die Reihenfolge aus Sachthemen, metapolitischen Themen, Personen- und Parteienprofilen auch aufrecht, wenn die Themen hinsichtlich Medien und Akteure nach ethnischer Zuordnung aufgeschlüsselt werden (Abbildung 4). Bei der Aufschlüsselung zeigen sich nur leichte *ethnische* Unterschiede in der anteilmäßigen Stärke. Den höchsten Anteil an sachpolitischen Themen weisen die ladinischsprachigen Medien auf (72,7 Prozent), gefolgt von den italienischsprachigen (50,9 Prozent) und den deutschsprachigen Medien (47,0 Prozent). Die deutschsprachigen Medien weisen mit 44,5 Prozent den höchsten Anteil an metapolitischen Themen auf (italienische Medien: 41,3 Prozent, ladinische Medien: 18,2 Prozent). Bei den Akteuren dagegen sind die deutschsprachigen KandidatInnen mit 55 Prozent stärker mit sachpolitischen Themen präsent als die italienischsprachigen Akteure (47,1 Prozent), umgekehrt stehen die italienischsprachigen KandidatInnen stärker mit metapolitischen Themen im Zusammenhang (44,5 Prozent zu 38,1 Prozent). Den höchsten Anteil an sachpolitischer bzw. den geringsten Anteil an metapolitisch orientierter Berichterstattung weisen die ladinischsprachigen BürgermeisterkandidatInnen auf (64,7 Prozent und 24,7 Prozent).

Wenn alle Themen der wahlwerbenden BürgermeisterkandidatInnen genauer analysiert werden, so dominiert bei den Gemeinderatswahlen 2010 allerdings kein sachpolitisches Thema, sondern mit 23 Prozent aller Aussagen der KandidatInnen der Wahlkampf an sich (Kampagnen, Wahlprogramme, Wahlveranstaltungen, ...). Zudem nehmen Spekulationen zum Wahlausgang beziehungsweise Spekulationen um Ämter/Posten mit 11,2 Prozent der Aussagen einen hohen medialen Stellenwert ein (vgl. MediaWatch 2010, 44). Dass diese Themen generell zentraler Bestandteil der (Wahlkampf)Berichterstattung sind, zeigte sich bereits bei anderen Südtiroler Gemeinderats-, Landtags- und Parlamentswahlen (vgl. MediaWatch 2006, 22; MediaWatch 2008, 26, 32; Tschigg et al. 2009, 156; Atz/Pallaver 2009, 105; MediaWatch 2010, 7, 44) beziehungsweise in Analysen zu österreichischen Nationalratswahlen (vgl. Lengauer et al. 2007, 124).

Abbildung 4



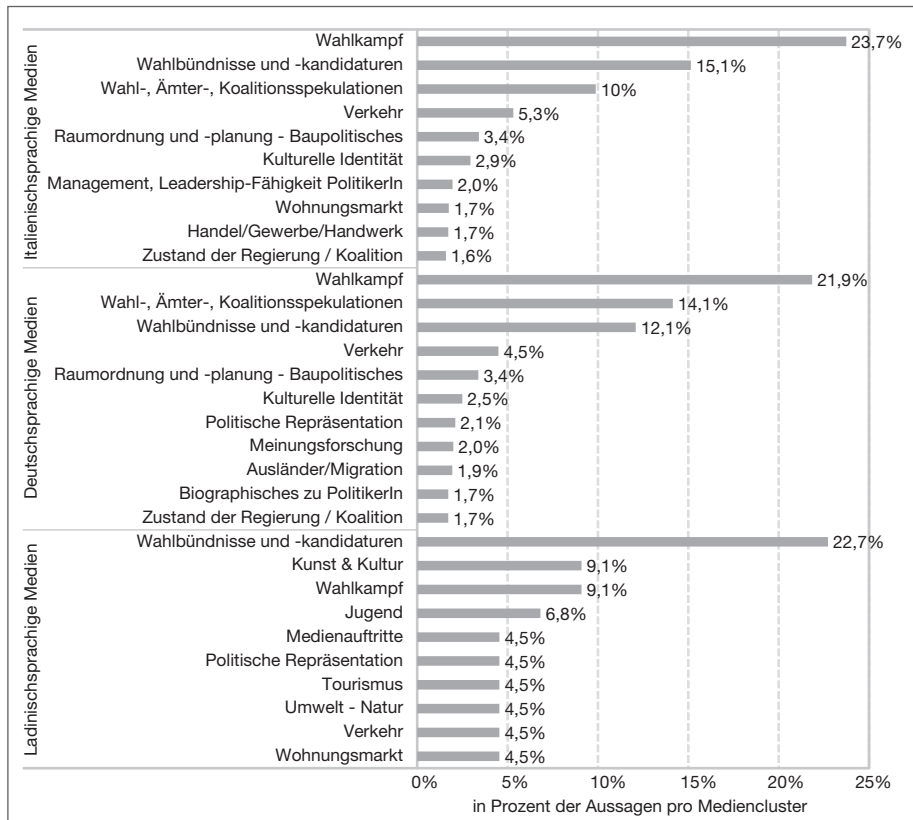
Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010; N = 5.486 Aussagen.

Bei den Sachthemen stehen 2010 neben (Sach)Informationen rund um die Wahl (14,2 Prozent) vor allem Verkehr (5 Prozent) und Raumordnung/-planung (3,4 Prozent) im Zentrum der Berichterstattung (vgl. MediaWatch 2010, 44). Dabei ergeben sich bemerkenswerte Parallelen zu den Gemeinderatswahlen 2005: Auch hier waren Verkehr und Urbanistik zentrale Themen, die inhaltliche Ausgestaltung hat sich auch in fünf Jahren kaum geändert (Minimetro, Küchelberg, Umfahrungen bzw. Bauleitplanänderungen, urbanistische Entwicklungen). Ebenso zählt in beiden Jahren Handel/Gewerbe/Handwerk (etwa Debatte um Lizenzen, Einkaufszentren und

Einzelhandel/Nahversorgung in den Altstädten) zu den wichtigsten medial transportierten Themen der Gemeindepolitik. Der größte Unterschied zwischen den beiden Jahren besteht in der abnehmenden Bedeutung der Themenkategorien Vergangenheitsbewältigung bzw. historische Staatspolitik (2005: Feierlichkeiten, Kranzniederlegungen zum Staatsfeiertag 25. April) oder Wohnungsmarkt sowie in einer Zunahme der Intensität der Berichterstattung zum Zusammenleben der Sprachgruppen (kulturelle Identität) und Ausländer/Migration (vgl. MediaWatch 2010,7, 44).

Schlüsselt man die Themen entlang der Sprache der Medien auf, wird deutlich, dass die Medien der deutschen und italienischen Sprachgruppen vielfach dieselben Agenden aufgreifen, auch wenn es leicht unterschiedliche quantitative

Abbildung 5



Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 5.486 Aussagen.

Gewichtungen gibt (Abbildung 5). So stimmen sieben der Top-10-Themen in den italienischen und deutschen Medien überein (Wahlkampf, Wahl-, Ämter-, Koalitionsspekulationen, Wahlbündnisse und -kandidaturen, Verkehr, Raumordnung und -planung, kulturelle Identität, Zustand der Regierung/Koalition). Zudem findet sich jeweils ein Personenprofil (Management-, Leadership-Fähigkeiten beziehungsweise biografische Angaben) unter den medial präsentesten Themen. Es gibt aber auch Agenden, die von den jeweiligen Medien sprachgruppenspezifisch stärker aufgegriffen werden. Die italienischsprachigen Medien berichten vermehrt über die Situation am Wohnungsmarkt sowie über Handel/Gewerbe/Handwerk, während diese Themen bei den deutschsprachigen Medien nicht unter den ersten zehn gefunden werden. Dafür finden sich hier die Themen Politische Repräsentation (etwa Festakte mit politischen Amtsträgern), Meinungsforschung³ und Ausländer/Migration an prominenterer Stelle. In den ladinischen Medien lassen sich aufgrund der Konzentration auf die Gemeinde St. Ulrich und der geringen Medienpräsenz wenige Übereinstimmungen mit dem deutsch- oder italienischsprachigen Themenspektrum erkennen.

Bei den Sachthemen, also jenen Themen, die den konkreten Gestaltungsraum der Politik ausmachen, fällt weiters auf, dass beispielsweise die Themen Budget/Finanzen und Sicherheit in den italienischsprachigen Medien eine größere Rolle spielen als in den deutschsprachigen Medien. Bei diesen nehmen Bildung, Familie und Kinder sowie Kunst und Kultur einen höheren Stellenwert ein.

Trotzdem bleibt ein markanter Unterschied im Themenranking während der Zeit des Gemeinderatswahlkampfes aus. In den italienisch- und deutschsprachigen Medien entspricht sich großteils die mediale Rangordnung der Themen. Eine Erkenntnis, die sich bereits teilweise bei den Gemeinderatswahlen 2005 (Castlunger 2010, 109–112) sowie bei Landtagswahlen 2008 konstatieren ließ (Tschigg et al. 2009, 161). Auch bei früheren Untersuchungen konnte ein nicht nur punktuelles, sondern generelles *ethnisches* Themensplitting nicht empirisch abgesichert werden (vgl. Pallaver 2006b, 103).

Aber selbst wenn bestimmte Themen einen ähnlichen Stellenwert in der Berichterstattung der verschiedensprachigen Medien genießen, so bleibt stets noch der Faktor der unterschiedlichen medialen Themenbesetzung in den Medien entlang der Sprachgruppenzugehörigkeit. Die Zuordnung, die Besetzung von Themen ist – einhergehend mit der medialen Präsenz der politischen Akteure – ethnisch konnotiert. In den italienischsprachigen Medien werden die Top-10-Themen überwiegend von italienischsprachigen Akteuren dominiert (Mittelwert 73 Prozent), der Anteil der deutschsprachigen Akteure ist deutlich geringer (Mittelwert 28 Prozent). In den deutschsprachigen Medien ist die Besetzung ausgeglichener. Zwar werden

vier der Top-10-Themen auch mehrheitlich von italienischen PolitikerInnen besetzt, bei den anderen sechs Themen positionieren sich die deutschen Akteure aber stärker (der Mittelwert aus den zehn wichtigsten Themen liegt bei 60 Prozent italienischsprachigen PolitikerInnen, 38 Prozent deutschsprachigen).

8. Rahmungen der ethnischen Berichterstattung

Frame-Indikator Konflikt/Konsens

Durch die Frame-Indikatoren Konflikt- bzw. Konsenshaltigkeit wird die Darstellung von Auseinandersetzungen und Konflikten zwischen politischen Akteuren, von Gewinnern und Verlierern bzw. von Protesten und Krisen im Vergleich zu Übereinstimmung, Kompromissfähigkeit und -findung sowie die Suche nach Problemlösungsstrategien untersucht.

Tabelle 2

	italienisch-sprachige Medien	deutsch-sprachige Medien	ladinisch-sprachige Medien
eher konflikt-orientiert	48%	25%	0%
eher konsens-orientiert	26%	32%	50%
ambivalent / gleichgewichtig / äquivalent	8%	3%	8%
Frame-Indikator nicht erkennbar	19%	41%	42%

Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 1.082 Beiträge.

Hier zeigen sich deutliche Unterschiede in der journalistischen Darstellung des Wahlkampfes (Tabelle 2). Während die italienischsprachigen Medien deutlich stärker konfliktzentriert (48 Prozent) berichten als deutschsprachige Medien (25 Prozent), liegen bei der Konsensdarstellung italienische und deutsche Medien annähernd auf einer Linie (26 Prozent zu 32 Prozent). Zieht man dazu noch den *Frame*-Indikator *nicht erkennbar* hinzu, lässt sich schlussfolgern, dass die Berichterstattung in den deutschsprachigen Medien insgesamt eher konfliktfrei ist, die Berichterstattung in den italienischsprachigen Medien dagegen vermehrt auf Auseinandersetzungen fokussiert. Zumindest auf der Ebene der Konflikt- bzw. Konsensorientierung reihen sich die Ergebnisse nahtlos in die Daten einer Analyse zu den Landtagswahlen 2008 in Südtirol ein. Auch dort fielen die Unterschiede in der

Konsensdarstellung kaum ins Gewicht, die Unterschiede in der Konfliktdarstellung waren jedoch ebenfalls sehr markant. Die deutschsprachigen Medien berichteten um etwa die Hälfte weniger konfliktzentriert als die italienischsprachigen Medien (vgl. Tschigg et al. 2009, 164).

Die Berichterstattung zu den BürgermeisterkandidatInnen 2010 in den ladinischsprachigen Medien stellt einen Sonderfall dar: Hier überwiegt eine konsensorientierte Darstellung. Ebenso wie bei der Berichterstattung in den deutschsprachigen Medien wird hier nicht dem internationalen Trend zu einer konflikthaltigen journalistischen Aufbereitung gefolgt. Aber auch die italienischen Medien berichten im internationalen Vergleich deutlich stärker konsensorientiert, die Konfliktorientiertheit hingegen liegt auf dem international ermittelten Niveau. Allerdings fokussieren entsprechende Analysen aus Österreich, Deutschland und den USA meist auf nationale Wahlkämpfe (vgl. Lengauer 2007, 224–252), die Vergleichbarkeit ist damit nur bedingt gegeben.

Frame-Indikator Perspektivität

Bei dieser journalistischen Rahmung geht es darum, welche Perspektive im Mittelpunkt der Berichterstattung steht. Es wird analysiert, welcher Blick auf die anstehenden Gemeinderatswahlen bzw. auf die Gemeindepolitik geworfen wird. Fokussiert der Beitrag auf vergangene Leistungen oder Versäumnisse, also konzentriert sich der/die JournalistIn auf die Vergangenheit, so liegt eine retrospektivische Darstellung vor. Stehen im Gegensatz dazu zukünftige Chancen, Herausforderungen und Möglichkeiten im Zentrum der Berichterstattung, so liegt eine prospektive Perspektive vor.

Tabelle 3

	italienischsprachige Medien	deutschsprachige Medien	ladinischsprachige Medien
eher retrospektiv	16%	15%	33%
eher prospektiv	57%	50%	42%
ambivalent / gleichgewichtig / äquivalent	11%	4%	0%
Frame-Indikator nicht erkennbar	15%	32%	25%

Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010; N = 1.082 Beiträge.

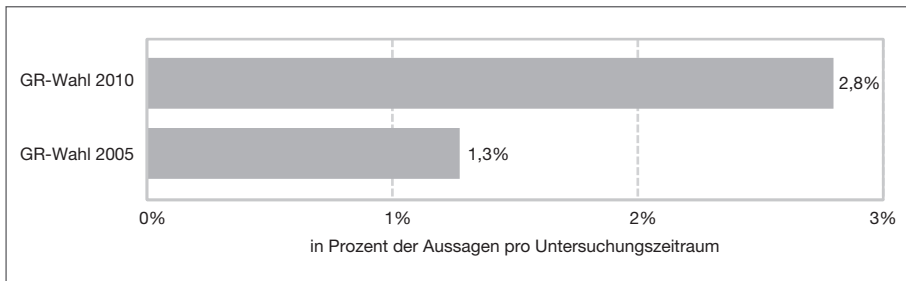
In der politischen Berichterstattung in Südtirol lassen sich in dieser Hinsicht keine außergewöhnlichen Unterschiede entlang der ethnischen Zuordnung der Medien erkennen (Tabelle 3). Die Beiträge in den Südtiroler Medien, die auf die BürgermeisterkandidatInnen zielen, sind vornehmlich eher prospektiv als retrospektiv, einzig bei den ladinischsprachigen Medien ist die Perspektivität eher ausgeglichen. Die Südtiroler Medien stellen im Gemeinderatswahlkampf 2010 allgemein weniger die vergangenen Leistungen und Taten der politischen Akteure in den Vordergrund, im Zentrum stehen vielmehr Programme und Aufgaben für die künftige Legislaturperiode.

9. Ethnische Themen in der Berichterstattung

Bei einer Untersuchung der ethnischen Berichterstattung der Südtiroler Medien gilt ein besonderes Augenmerk der ethnischen Thematik an sich. Das in der Analyse erfasste Thema *kulturelle Identität* beinhaltet zum einen Unterthemen wie kulturelles Zugehörigkeitsgefühl, Muttersprache und Mehrsprachigkeit, Aufwertung der eigenen Sprache, Kultur und zum anderen die Rolle, das Zusammenleben und das Verhältnis der Sprachgruppen zueinander.

Inwieweit thematisieren nun die Medien das Spannungsverhältnis zwischen den in Südtirol lebenden Sprachgruppen? Dieses Thema findet sich in der Berichterstattung zu den Gemeinderatswahlen 2010 unter den medial wichtigsten Themenbereichen, sowohl in den italienisch-, als auch deutschsprachigen Medien (siehe Abbildung 5). Diese Kategorie positioniert sich jeweils an der sechsten Stelle im Themenranking (mit 2,9 Prozent beziehungsweise 2,5 Prozent der jeweiligen Aussagen) und lässt weitere wichtige Sachthemen wie Bildung, Soziales oder Wirtschaft hinter sich. Einzig in den ladinischsprachigen Medien spielt die kulturelle Identität eine untergeordnete Rolle (eine einzige Aussage). Im Vergleich zu den Gemeinderatswahlen 2005 lässt sich eine deutliche Zunahme des Themas *kulturelle Identität* (Abbildung 6) feststellen. 2005 reihte sich dieses Thema erst auf den hinteren Positionen des Themenrankings ein, unabhängig von der ethnischen Medien-Zuordnung, und nahm somit nicht jene Prominenz ein wie bei den Wahlen 2010. Bei den Landtagswahlen 2008 widmeten die Medien dem Spannungsverhältnis zwischen den Sprachgruppen mit 3,1 Prozent der Themenaussagen (Rang neun im Ranking) eine höhere Aufmerksamkeit als bei den Gemeinderatswahlen (vgl. Tschigg et al. 2009, 158).

Abbildung 6



Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 5.684 Aussagen; 4. April bis 16. Mai 2005: N = 4.630 Aussagen.

Während 2010 die ethnische Problematik für italienischsprachige Medien von einem etwas höheren Stellenwert ist, war dies 2005 für deutschsprachige Medien der Fall. Es bestätigt sich aber, dass das Thema kulturelle Identität in Relation zur Gesamtberichterstattung eher im Zusammenhang mit KandidatInnen der deutschen Sprachgruppe medial transportiert wird: 2005 zeigte sich bei der Besetzung dieses Themas sowohl in den deutsch- als auch italienischsprachigen Medien mit jeweils etwa 60 Prozent der Aussagen ein deutliches Übergewicht für die Akteure der deutschen Sprachgruppe (vgl. Castlunger 2010, 122–126, 141–144). 2010 ist das Verhältnis in den italienischsprachigen Medien ausgewogen, in den deutschsprachigen Medien besetzen nach wie vor eher Akteure der deutschen Sprachgruppe das Thema kulturelle Identität (56 Prozent zu 44 Prozent). In der Berichterstattung der ladinischsprachigen Medien wird dem ethnischen Thema in beiden Gemeinderatswahlkämpfen nur geringe Aufmerksamkeit zuteil.

In der medialen Diskussion zur ethnischen Thematik bei den Gemeinderatswahlen 2010 wird dabei insbesondere auf das Zusammenleben der Sprachgruppen eingegangen, vor allem bei der Vorstellung der einzelnen BürgermeisterkandidatInnen werden Standpunkte zu Interethnizität und Integration wiedergegeben (Dolomiten, 06.05.2010. Alto Adige, 28.04.2010)⁴. Auch sind einige mediale Debatten den (partei)politischen Verhältnissen geschuldet und erklären damit die Ergebnisse der Medienanalyse. In Bozen verzichtete die SVP auf eine eigene Kandidatur und unterstützte den amtierenden italienischsprachigen Bürgermeister. Dies sorgte für eine erhöhte Aufmerksamkeit hinsichtlich des Verhältnisses und des Umgangs der Sprachgruppen in der Landeshauptstadt (Alto Adige, 22.04.2010, ff, 13.05.2010, Dolomiten, 23.04.2010)⁵. Zusätzlich kandidierte in Bozen mit Robert Oberrauch (Mitte-rechts) ein italienischsprachiger Bozner mit deutschem Namen und Alberto Berger (Athesis) setzte auf den Faktor *mistilingui* (Alto Adige, 15.04.2010). Zur

Diskussion um interethnische KandidatInnen, monoethnische Parteilisten und die Vertretung der Interessen der jeweiligen Sprachgruppen trug auch das Antreten zweier der deutschen Sprachgruppe zugehörigen KandidatInnen (Claudia Benedetti und Sergio Armanini) für die dem italienischen Parteienspektrum zuzurechnenden Parteien PdL und Lega Nord (Pallaver 2009, 249–254; Atz/Pallaver 2009, 122–123) in Meran bei (Alto Adige, 30.04.2010, Dolomiten 14.04.2010)⁶. In Brixen schließlich kandidierte mit Eva Klotz (Südtiroler Freiheit) eine politische Vertreterin, für deren Politik die Ideologie des Volkstums bestimmend ist.

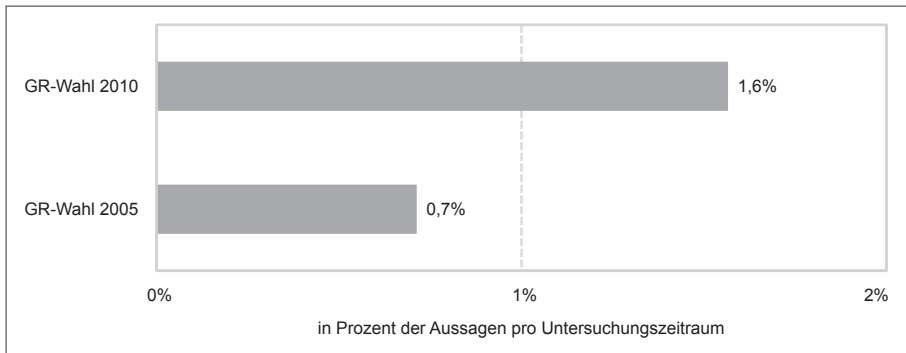
Zum klassischen Gegensatzpaar *wir* (deutsch) und die *anderen* (italienisch) – und viceversa – gesellte sich in den vergangenen Jahren eine neue ethnische Bruchlinie: Zuwanderer, Ausländer, die in Südtirol Fuß fassen – die *neuen Minderheiten* (vgl. Pallaver 2007, 542). Die Anzahl der ausländischen BürgerInnen, die in Südtirol leben und arbeiten, ist in den letzten Jahren ständig angestiegen. Laut dem Südtiroler Landesinstitut für Statistik (vgl. ASTAT 2010b, 2–3) hat sich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Südtirol in den letzten zwei Jahrzehnten fast verachtfacht und liegt im Jahr 2009 mit 7,8 Prozent über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt (6,5 Prozent) sowie über dem EU-weiten Durchschnitt (6,2 Prozent) – jedoch unter jenem Mittel- und Norditaliens (8,7 Prozent). Dabei stammen etwa ein Drittel aller in Südtirol ansässigen AusländerInnen aus EU-Staaten, 35,1 Prozent aus europäischen Nicht-EU-Staaten, 15,2 Prozent aus asiatischen und 12,8 Prozent aus afrikanischen Staaten (vgl. ASTAT 2010b, 6).

Öffentlichkeit, Politik und Medien reagieren auf diesen Zuwachs und so stellt sich auch bei einem anderen Thema, das in Bezug zu Ethnien und ethnischen Minderheiten steht, ein deutlicher Zugewinn an medialer Aufmerksamkeit ein: Ausländer/Migration (Abbildung 7). Im Jahr 2005 ist die mediale Politikberichterstattung über die ausländischen Zuwanderer mit einem Anteil von 0,7 Prozent der Themenaussagen kaum präsent, im Jahr 2010 nimmt sie mit 1,6 Prozent der Aussagen einen deutlich höheren Stellenwert ein (mehr als verdoppelt). Ein Trend, der sich bereits bei den Landtagswahlen 2008 abzeichnete (vgl. Tschigg et al. 2009, 158; Atz/Pallaver 2009, 105).

Der Löwenanteil an ausländischer Wohnbevölkerung in Südtirol entfällt auf die Landeshauptstadt Bozen, wo fast ein Drittel aller in der Provinz wohnhaften AusländerInnen leben und der Ausländeranteil mit 12,1 Prozent zu den höchsten im Land zählt (vgl. ASTAT 2010b, 2, 3). So greifen in der medialen Berichterstattung 2010 vor allem die Bozner BürgermeisterkandidatInnen Robert Oberrauch (Mitte-rechts) sowie Ulli Mair (Die Freiheitlichen) dieses Thema auf, aber auch Luigi Spagnolli (Mitte-links). Die Problematik der illegalen EinwanderInnen und Maß-

nahmen zur Integration der neuen MitbürgerInnen bestimmen dabei die mediale Diskussion (Alto Adige, 01.05.2010, Dolomiten, 06.05.2010)⁷. In den anderen untersuchten Gemeinden ist die Ausländerfrage kaum Gegenstand der Berichterstattung, auch nicht in Meran, wo der prozentuelle Anteil der ausländischen EinwohnerInnen an der Wohnbevölkerung mit 14 Prozent (vgl. ASTAT 2010b, 2, 3) höher als in der Landeshauptstadt ist.

Abbildung 7



Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010: N = 5.684 Aussagen; 4. April bis 16. Mai 2005: N = 4.630 Aussagen.

In Hinblick auf die wachsende Sensibilität der politischen Akteure und der Bevölkerung in Bezug auf das Thema Ausländer/Migration (vgl. Girardi 2009, 463–466; ff, 25.11.2010⁸) wurde bei der *Framing*-Analyse nicht nur die traditionelle ethnische Bruchlinie berücksichtigt, sondern auch den modernen Ethnien Rechnung getragen. So wird unterschieden zwischen dem eher *Traditional Ethnic Cleavage* und dem eher *Modern Ethnic Cleavage*. Wird bei einem Thema (zum Beispiel Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur) die *traditionelle* ethnische Komponente Südtirols, das heißt die Unterscheidung in deutsch-, ladinisch- und italienischsprachige Volksgruppen, mittransportiert (zum Beispiel Sprache bzw. Sprachgruppe, Identität, Kultur), dann wird der *Frame*-Indikator eher dem *Traditional Ethnic Cleavage* zugeteilt. Wird hingegen auf moderne Ethnien Bezug genommen, das heißt auf MigrantInnen der letzten Jahrzehnte (Albanien, Marokko, Pakistan, ...), dann entspricht dies eher dem *Modern Ethnic Cleavage*. Die Erfassung der Rahmung einer Aussage mit ethnischem Kontext ist unabhängig davon, ob Bezug auf ein explizit ethnisches Thema genommen wird oder nicht.

Dabei zeigt sich, dass in gut einem Fünftel aller Beiträge zu den BürgermeisterkandidatInnen der Gemeinderatswahl 2010 die traditionelle ethnische Konfliktlinie

als ein übergeordneter Rahmen zu erkennen ist (Tabelle 4). Vor allem in italienischsprachigen Medien wird etwas häufiger (21 Prozent der Beiträge) auf dieses *cleavage* Bezug genommen als in den deutsch- oder ladinischsprachigen Medien (je 17 Prozent). Im Vergleich zur Berichterstattung der Gemeinderatswahlen 2005 sind dies deutlich höhere Werte, die auch der Zunahme der medialen Aufmerksamkeit des Themas kulturelle Identität entsprechen.

Abseits dieses Themas wird die Bruchlinie vor allem mit metapolitischen Themen transportiert. Aber auch Sachthemen wie Informationen zu den Wahlbündnissen sowie Personen- und Parteienprofile (Eigenschaften und Charakteristika der politischen Akteure) standen in der Berichterstattung zu den Gemeinderatswahlen 2010 unter dem Einfluss der Bruchlinie zwischen den Sprachgruppen – öfters als ethnisch brisante Themen wie Bildung oder Kultur.

Tabelle 4

	alle Medien	italienischsprachige Medien	deutschsprachige Medien	ladinischsprachige Medien
eher Traditional Ethnic Cleavage erkennbar	19%	21%	17%	17%
eher Modern Ethnic Cleavage erkennbar	8%	9%	6%	0%
ambivalent / gleichgewichtig / äquivalent	1%	1%	1%	0%
Frame-Indikator nicht erkennbar	72%	69%	76%	83%

Quelle: MediaWatch GmbH: Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen Südtirol, 12. April bis 16. Mai 2010; N = 1.082 Beiträge.

Trotz einer vermeintlich vorhandenen Ausländerproblematik hält sich in der Politikberichterstattung diese Agenda noch bedeckt und wird nur in 8 Prozent aller Beiträge als übergeordneter Deutungsrahmen präsentiert. Die traditionelle Bruchlinie wird weder insgesamt noch in den einzelnen Medienclustern von dem *Modern Ethnic Cleavage* überlagert. Der Anteil der modernen ethnischen Bruchlinie ist in den italienischsprachigen Medien stärker ausgeprägt, auch bedingt durch die stärkere Fokussierung der Berichterstattung auf die Gemeinde Bozen. Eine Rahmung mit modernen Ethnien wurde öfters in Beiträgen geboten, die neben der Debatte um illegale EinwanderInnen und Integration die Themen Sicherheit, Wohnungsmarkt und Soziales – ähnlich wie bei den Landtagswahlen 2008 (vgl. Tschigg et al. 2009, 158) – zum Inhalt hatten, wobei der mediale Diskurs zu Ein-/Zuwanderung, Asyl und Migration generell und nicht nur in Südtirol neben migrationsspezifischen Themen grundsätzlich von sicherheitspolitischen Aspekten geprägt ist (vgl. Stopfner/Vorhofer 2010, 187–194).

10. Resümee

So wie in Südtirol kein gemeinsamer politischer Markt existiert und mehrere ethnisch abgegrenzte politische Wählarenen bestehen, gibt es auch einen geteilten Medienmarkt. Das Mediensystem Südtirols ist durch das kaum vermittelte Nebeneinander ethnisch definierter Medien charakterisiert und bietet dementsprechend jeder Sprachgruppe ihre eigenen Medien an. Dies hat auch Auswirkungen auf Inhalt und Art der politischen Berichterstattung.

Hinweise auf eine ethnisch gespaltene, nach Sprachgruppen getrennte Berichterstattung und Bevorzugung von politischen Akteuren der jeweiligen Sprachgruppe finden sich auch in der Analyse der Berichterstattung zu den BürgermeisterkandidatInnen der Gemeinderatswahl 2010 wieder, fallen jedoch weniger deutlich aus als in der Vergangenheit. Der Grund liegt hauptsächlich in der politischen Situation in der Landeshauptstadt Bozen (die SVP unterstützt einen italienischsprachigen Kandidaten bereits im ersten Wahlgang), aber auch im zunehmend stärker werdenden interethnischen Wettbewerb.

Die italienischsprachigen Medien bieten dem medialen Wahlkampf nicht nur deutlich mehr Raum als die deutschsprachigen Medien, die Berichterstattung ist auch deutlich intensiver. Die Medien in italienischer Sprache fokussieren dabei stärker auf die Landeshauptstadt Bozen (italienischsprachige Bevölkerungsmehrheit) als die Medien der anderen Landessprachen. In den Medien in deutscher Sprache ist der Anteil der Berichterstattung über Gemeinden mit deutscher Bevölkerungsmehrheit dafür höher ausgeprägt als in den italienischsprachigen Pendanten. Die ladinischsprachigen Medien berichten fast ausschließlich über die mehrheitlich ladinischsprachige Gemeinde St. Ulrich und über BürgermeisterkandidatInnen der eigenen Sprachgruppe. Dieser Ethnozentrismus hinsichtlich der Präsenz der politischen Akteure zeigt sich auch in den italienischen Medien, in den deutschen Medien (im Gegensatz zu anderen Untersuchungen) allerdings nur in gebremstem Maße – denn auch hier sind die KandidatInnen der italienischen Sprachgruppe öfter präsent als jene der deutschen Sprachgruppe.

Generell ist die politische Berichterstattung in den Südtiroler Medien wie schon in der Vergangenheit von einer außergewöhnlich hohen Neutralität geprägt und es besteht keine positive beziehungsweise negative Diskriminierung von Akteuren entlang der ethnischen Zugehörigkeit.

Die mediale Politikvermittlung in der Wahlkampfberichterstattung der Südtiroler Medien bleibt etwas stärker sachpolitisch orientiert, es ist aber ein Anstieg von metapolitischen Themen und damit eine leichte Annäherung an den internationalen

Trend zu erkennen. Das dominante Thema der Berichterstattung bleibt der Wahlkampf an sich, außerdem zeigen sich klare thematische Parallelen zu den Gemeinderatswahlen 2005 etwa bei den Themen Verkehr, Urbanistik und Handel/Gewerbe/Handwerk. Ein markanter Unterschied im medialen Themenranking der italienisch- bzw. deutschsprachigen Medien bleibt aus – vielfach werden dieselben Themen aufgegriffen, wenn auch in etwas unterschiedlicher Gewichtung. Ein gemeinsamer Aufmerksamkeitsfokus ist ersichtlich. Die ladinischsprachigen Medien hingegen lassen wenig Übereinstimmung mit dem Themenspektrum der anderen Medien erkennen. Der Faktor der unterschiedlichen medialen Themenbesetzung in den Medien entlang der Sprachgruppenzugehörigkeit der politischen Akteure bleibt – entsprechend der ethnischen Asymmetrie in der Präsenz – bestehen.

Das Spannungsverhältnis zwischen den in Südtirol lebenden Sprachgruppen selbst nimmt in der Berichterstattung zu den Gemeinderatswahlen 2010 eine wichtige Rolle ein, sowohl in den italienisch- als auch deutschsprachigen Medien, nicht aber in den Medien der ladinischen Sprache. Ebenso gewinnen die neuen ethnischen Minderheiten und damit das Thema Ausländer/Migration an medialer Aufmerksamkeit. Auf die traditionelle ethnische Konfliktlinie als eine übergeordnete Rahmung der Nachrichtenaufbereitung wird vor allem in italienischsprachigen Medien Bezug genommen, weniger in den deutsch- oder ladinischsprachigen Medien. Der traditionelle Bruch in der Südtiroler Gesellschaft wird aber weder insgesamt noch in den einzelnen Medienclustern von der modernen ethnischen Konfliktlinie überlagert, die sich in den italienischsprachigen Medien stärker ausgeprägt darstellt als in den Medien in deutscher und ladinischer Sprache.

Ein weiterer ethnischer Unterschied in der Art der Berichterstattung zeigt sich im Konfliktgehalt der Nachrichten. Die deutschsprachigen Medien berichten insgesamt eher konfliktfrei, die Berichterstattung in den italienischsprachigen Medien dagegen fokussiert vermehrt auf Auseinandersetzungen und Dispute. In den ladinischen Medien dominiert eine konsensorientierte Darstellung. Gemeinsam ist den Südtiroler Medien im Gemeinderatswahlkampf 2010, dass weniger die vergangenen Leistungen und Taten der politischen Akteure im Vordergrund stehen, sondern der Blick prospektiv auf Programme und Aufgaben für die künftige Legislaturperiode gerichtet ist.

Anmerkungen

- 1 An dieser Stelle gilt unser Dank dem Codier-Team, bestehend aus David Ferdigg, Marianna Kastlunger, Josef Kofler, Christoph Tauber sowie Heinz Tschigg für die Koordination während der Datenerhebung.
- 2 Es handelt sich um die Ergebnisse, die vom Autor Florian Castlunger (2019) im Rahmen seiner Diplomarbeit erarbeitet wurden. Teile dieser Diplomarbeit dienen als Grundlage für den hier vorliegenden Beitrag. Eckdaten dieser Analyse: Mediensample und Gemeindeauswahl wie in der Studie 2010; Untersuchungszeitraum 4. April bis 8. Mai 2005; Akteursample: neun BürgermeisterkandidatInnen der deutschen Sprachgruppe (je drei in Bozen, Meran, Brixen), elf KandidatInnen der italienischen Sprachgruppe (je vier in Bozen und Meran, drei in Brixen), fünf KandidatInnen der ladinischen Sprachgruppe (alle in St. Ulrich); Grundgesamtheit 4.152 Nennungen in 1.037 Beiträgen.
- 3 Umfrage der Neuen Südtiroler Tageszeitung, 04.05.2010.
- 4 Vgl. Mehr Mit- statt Nebeneinander, Dolomiten, 06.05.2010, 28; Tiziana Campagnoli, Pedron: Via le barriere linguistiche, Alto Adige, 28.04.2010, 24.
- 5 Vgl. Francesca Gonzato, La SVP: ancoriamo Spagnoli al centro, Alto Adige, 22.04.2010, 15; Alexandra Aschbacher, Ich habe kein Chaos verursacht, ff, 13.05.2010, 18; Ursula Pirchstaller, Nur ich kann am 16. Mai gewinnen, Dolomiten, 23.04.2010, 23.
- 6 Vgl. Sui manifesti di Benedetti e Armanini la scritta 'tedeschi', Alto Adige, 30.04.2010, 28; Lukas Benedikter: 14 Kandidatenlisten eingereicht, Dolomiten, 14.04.2010, 28
- 7 Vgl. Immigrazione: le ricette dei 9 candidati sindaco, Alto Adige, 01.05.2010, 16; Mehr Mit- statt Nebeneinander, Dolomiten, 06.05.2010, 28.
- 8 Vgl. die Titelgeschichte „Die neuen Südtiroler. Zahlen, Fakten, Vorurteile: So verändert sich unsere Gesellschaft, in: ff – Das Südtiroler Wochenmagazin, Nr. 47, 25.11.2010.

Literaturverzeichnis

- ASTAT, Landesinstitut für Statistik, Autonome Provinz Bozen Südtirol (Hg.) (2005). Radio- und Fernsehgewohnheiten in Südtirol 2005, *astatinfo* Nr. 19, 09/2005, Bozen
- ASTAT, Landesinstitut für Statistik, Autonome Provinz Bozen Südtirol (Hg.) (2006). Südtiroler Sprachbarometer: Sprachgebrauch und Sprachidentität in Südtirol 2004, Bozen
- ASTAT, Landesinstitut für Statistik, Autonome Provinz Bozen Südtirol (Hg.) (2010a). Südtirol in Zahlen 2010, Bozen
- ASTAT, Landesinstitut für Statistik, Autonome Provinz Bozen Südtirol (Hg.) (2010b). Ausländische Wohnbevölkerung 2009, *astatinfo* Nr. 27, 06/2010, Bozen
- Atz, Hermann (2006). Der (ethnische) Medienkonsum der Südtiroler Bevölkerung. Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren auf die Nutzung von Medien in der Mutter- und der Zweitsprache, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol, Innsbruck: Studienverlag, 67–87
- Atz, Hermann/*Pallaver, Günther* (2009). Der lange Abschied von der Sammelpartei. Die Landtagswahlen 2008 in Südtirol, in: *Karhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol. Jahrbuch 2009, Innsbruck: Studienverlag, 95–128
- Castlunger, Florian* (2010). Die mediale Berichterstattung über die Südtiroler Gemeinderatswahlen 2005. Eine Analyse der medialen Präsenz-Konstellationen und der medialen Themen-Besetzung in ausgewählten Südtiroler Gemeinden unter besonderer Berücksichtigung des ethnischen Cleavage. Politikwiss. Diplomarbeit, Innsbruck
- Cohen, Bernhard* (1963). The press and foreign policy, Princeton: Princeton University Press
- Deacon, David/Wring, Dominic/Billing, Michael/Downey, John/Golding, Peter/Davidson, Scott* (2005). Reporting the 2005 U.K. General Election, Loughborough: Loughborough University
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick* (2002). Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Girardi, Rainer* (2009). AusländerInnen in Südtirol: ein Sozialprofil, in: *Pallaver, Günther/Kager Thomas* (Hg.). Politika 09 Jahrbuch für Politik, Bozen: Raetia, 245–270
- Lengauer, Günther* (2007): Postmoderne Nachrichtenlogik. Redaktionelle Politikvermittlung in medienzentrierten Demokratien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Lengauer, Günther/Pallaver, Günther/Pig, Clemens* (2004). Redaktionelle Politikvermittlung in der Mediendemokratie, in: *Plasser, Fritz* (Hg.). Politische Kommunikation in Österreich, Wien: facultas WUV, 149–236
- Lengauer, Günther/Pallaver, Günther/Pig, Clemens* (2007). Redaktionelle Politikvermittlung in österreichischen Wahlkämpfen, 1999–2006, in: *Plasser, Fritz/Ulram, Peter, A.* (Hg.). Wechselwahlen, Wien: facultas WUV, 103–154
- Lijphart, Arend* (1991). The Power-Sharing Approache, in: *Monteville, Josef* (Hg.). Conflict and Peacemaking in Multiethnic Societies, New York: Lexington Books, 491–510

- McCombs, Maxwell E./Shaw, Donald L.* (1972). The agenda-setting Function of mass media, in: *The Public Opinion Quarterly*, vol. 36 (2), Oxford, New York: Oxford University Press, 176–187
- MediaWatch* (2005). Südtiroler Gemeinderatswahlen 2005. Untersuchungszeitraum 4. April 2005 bis 8. Mai 2005, erstellt für: Landesbeirat für Kommunikationswesen, Südtiroler Landtag, Innsbruck–Bozen
- MediaWatch* (2006). Bericht Medienresonanz-Analyse Parlamentswahlen 2006, erstellt für: Landesbeirat für Kommunikationswesen, Südtiroler Landtag, Innsbruck–Bozen
- MediaWatch* (2008). Bericht Medienresonanz-Analyse Landtagswahlen 2008, erstellt für: Landesbeirat für Kommunikationswesen, Südtiroler Landtag, Innsbruck–Bozen
- MediaWatch* (2010). Bericht Medienresonanz-Analyse Gemeinderatswahlen 2010. 1. Wahlgang. Untersuchungszeitraum 12. April 2010 bis 16. Mai 2010, erstellt für: Landesbeirat für Kommunikationswesen, Südtiroler Landtag, Innsbruck–Bozen
- Mooswalder, Raffael* (2004). Der Printmedienmarkt in Südtirol: Medienpluralismus oder Medienkonzentration?, in: *Filzmaier, Peter/Plaickner, Peter/Cherubini, Isabella/Pallaver, Günther* (Hg.). Jahrbuch für Politik in Tirol und Südtirol 2003. La politica in Tirolo e in Sudtirolo 2003, Bozen: Athesia, 286–303
- Pallaver, Günther* (2006a). Die ethnische Berichterstattung der Südtiroler Medien. Theoretische Überlegungen zur Überwindung kommunikativer Schranken, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol, Innsbruck: Studienverlag, 9–39
- Pallaver, Günther* (2006b). Demokratie und Medien in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Print- und elektronische Medien im Vergleich. Ergebnisse quantitativer Untersuchungen, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol, Innsbruck: Studienverlag, 88–114
- Pallaver, Günther* (2006c). Voraussetzungen für eine sprachübergreifende „Wir-Identität“. Zehn Thesen für eine gemeinsame Kommunikation in Südtirol, in: *Pallaver, Günther* (Hg.). Die ethnisch halbierte Wirklichkeit. Medien, Öffentlichkeit und politische Legitimation in ethnisch fragmentierten Gesellschaften. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele aus Südtirol, Innsbruck: Studienverlag, 134–138
- Pallaver, Günther* (2007). Südtirols Konkordanzdemokratie, in: *Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther* (Hg.). La Regione Trentino-Alto Adige/Südtirol nel secolo. I. Politica e Istituzioni (Grenzen/Confini 4/1), Museo Storico in Trento: Trento, 529–555
- Pallaver, Günther* (2009). Südtirols Parteien und Parteiensystem: Ethnisch, fragmentiert und zentrifugal, in: *Pallaver, Günther/Kager Thomas* (Hg.). *Politika 09* Jahrbuch für Politik, Bozen: Raetia, 245–270
- Pfetsch, Barbara/Bossert, Regina* (2006). Öffentliche Kommunikation, in: *Bentele, Günter/Brosius, Hans-Bernd/Jarren, Otfried* (Hg.). *Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 203–204
- Poggeschi, Giovanni* (2005). Volkszählung und Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, in: *Marko, Joseph/Ortino, Sergio/Palermo, Francesco/Voltmer, Leonhard/Woelk, Jens* (Hg.). Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol, Baden-Baden: Nomos, 306–319
- Plasser, Fritz* (2004). Politische Kommunikation in medienzentrierten Demokratien: Einleitung, in: *Plasser, Fritz* (Hg.). *Politische Kommunikation in Österreich, ein praxisnahes Handbuch*, Wien: WUV, 21–35

- Rössler, Patrick (2005). Agenda-Setting, in: *Kleinsteuber, Hans J./Pörksen, Bernhard/Weischenberg, Siegfried* (Hg.). Handbuch Journalismus und Medien. Praktischer Journalismus, Band 60, Konstanz: UVK, 11–13
- Sarcinelli, Ulrich (1998a). Politikvermittlung und Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur, in: *Sarcinelli, Ulrich* (Hg.). Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag, 11–23
- Sarcinelli, Ulrich (1998b). Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie?, in: *Sarcinelli, Ulrich* (Hg.). Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Opladen: Westdeutscher Verlag, 273–296.
- Schmidt, Manfred G. (1997). Demokratietheorien. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen: Leske + Budrich
- Schulz, Winfried (1997). Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Stopfner, Maria/Vorhofer, Hannes (2010). Stereotype Bilder von Migration in Tiroler Medien, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). Politik in Tirol, Jahrbuch 2011, Innsbruck: Studienverlag, 177–217
- Strohmeier, Gerd (2004). Politik und Massenmedien. Eine Einführung, Baden-Baden: Nomos
- Tschigg, Heinz/Pallaver, Günther/Vorhofer, Hannes (2009). Der Medienwahlkampf. Akteure und Themen in der Logik einer ethnisch getrennten Berichterstattung, in: *Pallaver, Günther/Kager, Thomas* (Hg.). Politika 09 Jahrbuch für Politik, Bozen: Raetia, 145–174
- Van der Valk, Ineke (2003). Political Discourse on Ethnic Minority Issues: A Comparison of Right and the Extreme Right in the Netherlands and France (1990–1997), in: *Ethnicities* 3, 183–213
- Wilke, Jürgen/Reinemann, Carsten (2006). Die Normalisierung des Sonderfalls? Die Wahlkampfberichterstattung der Presse im Langzeitvergleich, in: *Holtz-Bacha, Christina* (Hg.). Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 306–337

Abstracts

La logica della notizia delle elezioni comunali 2010. La cronaca etnica dei media sudtirolesi

Il panorama mediatico fa riferimento alla frattura etnica in Sudtirolo il che si ripercuote sui contenuti e sulla forma della cronaca politica. L'analisi della cronaca politica riguardo le elezioni comunali del 2010 conferma nuovamente – anche se in maniera meno evidente – la tendenza a privilegiare considerevolmente i politici del proprio gruppo linguistico. Rispetto ai media in lingua tedesca e ladina, i media in lingua italiana dedicano più spazio alla cronaca elettorale, concentrandosi prevalentemente sul capoluogo Bolzano a maggioranza italiana. Al contrario nei media di lingua tedesca la cronaca politica che riguarda i comuni a maggioranza tedesca è maggiore rispetto ai media italiani. I media di lingua ladina si occupano quasi esclusivamente dei candidati sindaci appartenenti al proprio gruppo linguistico, in primo luogo del comune di Ortisei a maggioranza ladina. Questo etnocentrismo con riferimento alla presenza mediatica dei politici si manifesta in modo palese nei media di lingua italiana, in quelli tedeschi invece è – contrariamente ad altre analisi del passato – meno evidente.

La logica dla cronica litala pro les lîtes comunales dl 2010. La cronica etnica di media de Südtirol

I media südtirolesc respidlëia la despartiziun etnica dla provinzia, sides por éi che reverda i contignüs che incé la forma dla cronica politica. L'analisa dla cronica politica dles lîtes comunales dl 2010 desmostra indô n iade che i media ti dà plü lersch ai politics de so grup linguistisch, incé sce chësc iade éi gnü fat te na manira manco evidënta. Sc'an confrontëia i media talians cun i atri spo vëigon che ai ti dà plü lersch ala cronaca litala y se concentrëia dantadöt sön la cité de Balsan, olache la maioranza é taliana. I media todësc ti dà indere plü lersch ala cronica politica di comuns che à na maioranza todëscia. I media de lingaz ladin se dà jö feter daldöt ma cun i candidac da ombolt de so grup linguistisch. Chësc etnozentrism por éi che reverda la presënza di esponënc politics ti media reverda dantadöt i media talians. Al é manco sterch ti media todësc, dantadöt sc'an confrontëia cun la cronica litala di agn passà.

Approaches to news reporting on the local elections in 2010. Ethnically biased reporting in the South Tyrolean media

An analysis of media coverage of the mayoral candidates for the local elections in 2010 has shown that news reporting is ethnically fragmented and that each language group focuses on different political actors. However, these differences are less apparent than they used to be. In the Italian-language media, coverage of electoral campaigns is more intense than it is in the German media. Furthermore, reporting tends to focus more on the capital of Bolzano, which has an Italian-speaking majority, than it does in the German or Ladin media. In return, the share of news about municipalities where the German-speaking population dominates is higher in the German-language media than in the Italian. The Ladin media nearly exclusively cover news about the predominantly Ladin-speaking municipality St. Ulrich and about candidates of their own language group. This ethnocentrism in terms of media presence of the different political actors can also be seen in Italian media; in German media it is not so evident (contrary to earlier analyses). The tension between the different language groups in South Tyrol is often explicitly referred to in the reporting on the local elections of 2010 in Italian and German media, but not in Ladin-speaking news.

Integrarsi partecipando: le Consulte stranieri di Bolzano e di Merano

1. Integrazione e partecipazione in una prospettiva europea

Da diversi anni il numero degli stranieri aumenta in quasi tutti gli Stati membri dell'Unione europea. Nel 2009 i residenti stranieri che vivevano nei 27 Paesi membri erano 31,9 milioni, con un'incidenza di circa il 6,4%. Di questi, circa 20 milioni sono cittadini non comunitari, mentre 11,9 milioni possiedono la cittadinanza di un altro Stato membro. La maggior parte dei cittadini stranieri (il 75%) si trova in Germania, Spagna, Gran Bretagna, Francia e Italia, mentre l'incidenza maggiore la troviamo in Lussemburgo, con il 43,5% di stranieri. Circa il 60% dei cittadini dell'UE-27 (2009) ha un'età compresa tra i 20 e i 64 anni, mentre il 22% circa ha meno di 19 anni, e il 17% è ultrasessantacinquenne. Gli stranieri residenti nell'Unione sono invece mediamente più giovani. L'età media dei cittadini UE è di 40,6 anni, e varia tra i 33,9 dell'Irlanda e i 43,7 della Germania, mentre la media degli stranieri nell'Unione europea è di 34,3 (36,9 per i cittadini comunitari, e 33 per i non comunitari). Fra il 1995 e il 2004 l'aumento di cittadini stranieri nell'UE

è stato del 22%, ed ha quindi avuto un effetto compensatorio sulla flessione demografica della popolazione dovuta al basso numero di nascite (Vasileva 2010).

Sulla base di questi dati e di queste previsioni per il futuro, appare evidente che gli Stati membri dell'Unione europea devano fare i conti con un aumento dell'immigrazione, e che la questione dell'immigrazione e dell'integrazione degli stranieri abbia assunto un ruolo di *issue* politico fondamentale.

Questa tematica ha anche assunto una nuova e maggiore importanza nel campo della cooperazione intraeuropea: sia il Trattato di Amsterdam (1997) che il programma quinquennale di azione (1999) contengono importanti misure dirette alla comunitarizzazione delle politiche migratorie e di asilo. Anche nel Trattato di Lisbona del 2008, al capitolo 2, art. 63, si parla espressamente di politiche comuni sia per il governo delle migrazioni che per l'integrazione dei migranti (Briasco/Capuano/Gianniti 2008).

La Commissione europea ha avuto fin dall'inizio un ruolo centrale in questa questione ed ha elaborato numerose proposte in merito (Angenendt 2008, 268). Nella sua Comunicazione su Immigrazione, Integrazione ed Occupazione (Commissione 2003) ha delineato un progetto di integrazione globale, e nel 2004 ha pubblicato la prima edizione del "Manuale sull'Integrazione per i responsabili delle politiche d'integrazione e gli operatori del settore" (Manuale 2004).

In quell'occasione il Consiglio Giustizia e Affari Interni ha approvato i cd. "Principi fondamentali comuni" per l'integrazione dei cittadini di paesi terzi. Nel "programma dell'Aia" si stabilisce che le misure di integrazione a livello nazionale e a livello comunitario devono essere coordinate, e che è necessario creare un quadro di riferimento, basato su principi fondamentali comuni, come base di partenza per future iniziative comuni, caratterizzate da obiettivi e metodi di valutazione chiari.

Nel settembre 2005, poi, la Commissione ha riassunto i principali obiettivi comuni nella comunicazione "Un'agenda comune per l'integrazione. Quadro per l'integrazione dei cittadini di Stati terzi nell'Unione europea", indicando il rispetto dei diritti fondamentali, i principi di non discriminazione e di pari opportunità come i maggiori fattori (e quindi le sfide più importanti) per l'integrazione (Commissione 2005).

Per quanto riguarda la lista delle misure da prendere (a proposito di lavoro, formazione, cultura, comunicazione, etc.) al punto nove si menziona la necessità di appoggiare il processo di integrazione dei migranti attraverso la loro partecipazione al processo democratico, soprattutto a livello locale (Commissione 2005).

Il documento intende in tal modo attirare l'attenzione sul fatto che la partecipazione alla vita democratica del paese di accoglienza migliora il livello di inclusione

dei cittadini stranieri, come pure una rappresentanza bilanciata per genere e l'abbattimento degli ostacoli frapposti all'esercizio del diritto di voto (come ad esempio contributi finanziari o adempimenti amministrativi).

Il processo di integrazione attraverso la partecipazione dipende, come afferma chiaramente la Commissione nel suo documento, dal diritto di voto. Questo, a sua volta, dipende dalla cittadinanza, dato che nelle società etnico-pluralistiche europee, la cittadinanza resta una condizione imprescindibile per l'esercizio dei diritti politici, tra cui naturalmente il diritto di voto. A fronte del numero sempre crescente di persone escluse dal diritto di voto nei vari Stati membri, si può ben affermare che "un diritto di voto sottoposto alla sovranità nazionale, si trova ad avere un effetto marginalizzante ed escludente, invece di un effetto inclusivo nei confronti della società" (Rosenberger/Seeber 2008, 40). Questo è il motivo per cui si fa ripetutamente riferimento alla necessità di passare, per il diritto di voto, dal criterio della cittadinanza a quello della residenza. I tentativi di ampliare il diritto di voto ai residenti (ricordiamo i casi di Amburgo, dello Schleswig-Holstein o di Vienna, come pure quelli di Genova, Torino e di altre città italiane) sono stati finora sempre respinti dalla giurisprudenza.

Ma in realtà, a livello europeo, il nodo fra cittadinanza e diritto di voto è stato sciolto da tempo: il Trattato di Maastricht (1992), infatti, introduce la cittadinanza dell'Unione, che spiana la strada al diritto di voto negli Stati membri. Oggi infatti i cittadini europei, a qualunque Stato membro essi appartengano, hanno diritto di voto (in ogni Stato membro) attivo e passivo sia per le elezioni comunali che per quelle del Parlamento europeo¹.

Questo ampliamento del diritto di voto ha di fatto portato alla creazione di due distinti gruppi di non-cittadini: da una parte i cittadini dell'Unione europea (provvisi del diritto di voto) e dall'altra i cittadini degli Stati terzi, che ne sono privi. Si tratta naturalmente di una disciplina generale, che conosce differenze a livello di singolo Stato membro, ma in linea di principio questa nuova filosofia, di cui l'Unione europea si è fatta portatrice, ha prevalso.

Per quanto riguarda invece i cittadini di Paesi terzi, i singoli Stati membri applicano strategie diversificate. Diversi di questi Paesi si trovano, nella loro politica di integrazione, in contrasto con quanto Robert Dahl affermava già nel 1961, e cioè che le pari opportunità nella partecipazione e l'accesso alla sfera politica rappresentano un presupposto normativo che incontra il consenso dei cittadini (Dahl 1961).

Numerose indagini continuano a dimostrare che questa modalità di partecipazione ha effetti favorevoli sull'integrazione (Vermeulen 2006, 667-695). A questo proposito è possibile distinguere fra partecipazione diretta e indiretta. Quest'ultima

si verifica essenzialmente attraverso strutture intermedie, cioè organizzazioni a cui le persone possono aderire indipendentemente dalla loro cittadinanza (come ad esempio le organizzazioni sindacali), oppure attraverso raggruppamenti organizzati essenzialmente su base “etnica” e che mantengono i contatti fra stranieri appartenenti a determinate comunità nazionali (Pilati 2010). La partecipazione diretta, invece, dipende dal possesso della cittadinanza e quindi del diritto di voto, ad essa collegato.

Una forma intermedia di partecipazione è rappresentata dalle Consulte degli stranieri: si tratta in sostanza di organizzazioni di rappresentanza “etnica” che, in mancanza del diritto di voto, vengono costituite attraverso un procedimento elettorale che coinvolge unicamente stranieri. Le Consulte vengono create soprattutto a livello comunale (anche se non mancano esempi a livello provinciale), allo scopo di fornire un canale di rappresentanza agli interessi degli stranieri residenti localmente, e assistono il Comune, con funzioni unicamente consultive, in tutte le questioni che riguardano gli stranieri. Oltre a ciò, le Consulte servono anche da foro di discussione per stimolare lo scambio di informazioni fra la cittadinanza straniera extra-UE e i rappresentanti politici locali, come pure i contatti con i residenti autoctoni. (Unterthurner 2009, 116). Tutto ciò dovrebbe servire ad ammorbidire il deficit democratico generato dalle politiche restrittive che diversi Stati perseguono in materia di cittadinanza.

Questi organismi consultivi sono presenti negli altri Stati membri dell’Unione europea già a partire dagli anni ’60 e ’70, a livello nazionale, regionale e soprattutto comunale (Martiniello 1999), come ad esempio in tutti i Länder della Germania, dove le Consulte sono in parte associate ad organizzazioni regionali, ma anche in Svezia, Danimarca, Paesi Bassi (dove gli stranieri residenti da un certo numero di anni, godono del diritto di voto già dall’inizio del XIX secolo), oltre che in Belgio, Francia, Irlanda, ed in alcuni cantoni svizzeri. La base giuridica di questi organismi la ritroviamo nella Convenzione del Consiglio d’Europa (del 1992, ma entrata in vigore nel 1997) sulla “partecipazione degli stranieri alla vita pubblica a livello locale”, che impegna gli Stati firmatari ad incoraggiare ed agevolare la costituzione di determinati organi consultivi o l’attuazione di altre adeguate disposizioni a livello istituzionale al fine di una adeguata rappresentanza dei residenti stranieri nelle collettività locali che hanno nel proprio territorio un numero significativo di residenti stranieri (Consiglio d’Europa 1992, art. 5).

Nonostante questi sforzi, le Consulte restano in definitiva una soluzione transitoria, in attesa dell’ottenimento della cittadinanza. Anche questa, però, non è regolata dappertutto secondo gli stessi principi e gli stessi criteri. Se guardiamo infatti,

al numero di anni di residenza necessari per ottenere la cittadinanza nei diversi Stati membri, notiamo differenze sostanziali. Attualmente il Belgio è il solo paese che “si accontenta” di tre anni (Königreich Belgien 2010) seguito dalla Francia (ed altri otto Stati membri) con cinque. In Germania sono necessari otto anni, mentre dieci sono richiesti da Austria, Spagna e Italia (European Union 2010).

Un dato significativo per le politiche di integrazione ci viene fornito anche dal numero delle naturalizzazioni negli Stati membri. A partire dal 2001, circa 5,5 milioni di persone (di cui il 90% non comunitarie) hanno ottenuto la cittadinanza di uno Stato membro (Vasileva 2010). Le naturalizzazioni di cittadini stranieri in Italia sono state 40.084 nel 2009², contro le 129.255 del Regno Unito, le 137.320 della Francia, le 84.170 della Spagna e le 94.470 della Germania (Sartori 2010)³.

2. Le migrazioni in Italia e in Alto Adige

Nello studio delle migrazioni il primo elemento che salta all’occhio è che queste si verificano anche in paesi che nel passato erano classici territori di emigrazione, fra cui naturalmente troviamo l’Italia. Oggi questa tendenza appare rovesciata, e la stessa Italia è diventata punto di approdo di migranti stranieri, come dimostra il fatto che soltanto negli ultimi cinque anni il numero degli stranieri presenti è più che triplicato.

Nelle politiche di immigrazione l’Italia si caratterizza per un atteggiamento piuttosto restrittivo, come si può facilmente constatare nel caso dell’acquisto della cittadinanza. La prima legge in proposito risale al 1912, e si è dovuto attendere fino al 1992 per la prima riforma. L’elemento essenziale della riforma riguarda l’acquisto originario della cittadinanza: mentre il criterio dello *ius sanguinis* rimane dominante, l’elemento dello *ius soli* viene applicato soltanto in alcuni casi eccezionali. Accanto all’acquisto c.d. originario, l’ordinamento prevede anche quello derivativo, per il quale è necessaria una permanenza minima nel territorio dello stato, oltre all’assenza di determinate condanne (art. 6), un livello di reddito minimo e l’osservanza delle leggi in materia fiscale.

In assenza di una regolamentazione per il diritto di voto dei cittadini non comunitari, questi beneficiano dal 1986 dell’alternativa costituita dagli organi consultivi, i quali dovrebbero perseguire sia l’obiettivo della partecipazione che quello della rappresentanza politica dei cittadini stranieri, e fungere in sostanza da foro democratico fra i rappresentanti politici eletti e i residenti appartenenti a paesi terzi, cioè i cittadini non comunitari.

Il primo di tali organismi risale dunque al 1986, quando venne creata la Consulta per i problemi dei lavoratori dei paesi non comunitari e delle loro famiglie (legge 943/1986, art. 2, co. 1), cui nel 1998 fecero seguito due ulteriori organismi consultivi sul fenomeno migratorio⁴, con ramificazioni provinciali⁵. Questi organismi però, alla prova dei fatti non hanno dato buoni risultati (Attanasio 2005)

Di tutt'altro tipo sono invece le Consulte stranieri, per la cui creazione i Comuni italiani hanno avuto un ruolo pionieristico nel processo di inclusione degli stranieri. In tal modo, la dimensione comunale si è rivelata essere un attivo campo di sperimentazione, articolato sulla compresenza di interessi sociali e politici diversi (e non di rado contrastanti), che hanno così trovato uno spazio per il dialogo e il confronto fra le istituzioni e gli esclusi dal mondo della politica. Anche in questo caso la base giuridica è rappresentata dalla già citata Convenzione di Strasburgo del 1992, che ha ricevuto interpretazioni diverse da parte dei Comuni italiani. Nella prassi comunale, infatti, si sono cristallizzate due differenti forme di rappresentanza degli stranieri: da una parte i consiglieri aggiunti, e cioè uno o più cittadini stranieri che, appunto si "aggiungono" (con funzioni meramente consultive) al Consiglio comunale eletto, e dall'altra le Consulte, organismi consultivi collegiali composti di cittadini stranieri, nominati o eletti con modalità diverse da Comune a Comune.

Il primo Comune a darsi una Consulta stranieri nominata è stato Torino nel 1987, cui ha fatto seguito Nonantola, un piccolo centro di 14.000 abitanti in provincia di Modena, dove nel 1994 è stato eletto il primo consigliere aggiunto. Negli anni successivi diverse altre città italiane (Modena, Reggio Emilia, Ancona, Roma, etc.) si sono poi dotate dell'una struttura o dell'altra (Unterthurner 2009, 120-121). Anche le città di Bolzano e Merano sono presenti dal 2004 in questa lista.

La Provincia Autonoma di Bolzano è l'unica, fra le regioni e province autonome italiane, a non disporre ancora di una propria legge sull'integrazione, anche se essa è stata espressamente prevista dal legislatore nazionale ed altre regioni dispongono di una tale normativa da vent'anni. La questione della legge provinciale sull'integrazione degli stranieri è da tempo sul tavolo della Giunta, che nel mese di gennaio 2011 è riuscita ad approvare un apposito disegno di legge, attualmente in discussione nel Consiglio provinciale (febbraio 2011). D'altra parte, le situazioni migratorie dell'Italia e del Sudtirolo sono in una certa misura comparabili, dato che entrambi sono stati terre di emigrazione fino agli anni '60, quando i sudtirolesi di madrelingua tedesca andavano a cercare lavoro in Germania, Svizzera ed Austria. Fu soltanto negli anni '70, che, grazie in parte al Secondo Statuto di Autonomia, il budget e le competenze della Provincia Autonoma crebbero considerevolmente.

mente, provocando un'inversione di tendenza, e trasformando l'Alto Adige da terra di emigrazione in importatore di forza lavoro.

Il numero di cittadini stranieri che vivono e lavorano nella provincia è cresciuto costantemente negli ultimi anni. Mentre negli anni '70 e '80 le immigrazioni dall'estero e le emigrazioni all'estero erano più o meno equivalenti, nei decenni successivi si è assistito ad un progressivo aumento delle prime rispetto alle seconde.

Al 31.12.2009 la popolazione complessiva della provincia è di circa 503.000 persone, 39.156 delle quali stranieri residenti. Questa cifra rappresenta una crescita del 7,9% rispetto al 2008, ed è composta da circa 12.500 cittadini di uno Stato membro dell'UE e circa 26.500 cittadini non comunitari. Oltre due terzi (il 67,1%) è composto di europei, mentre i migranti di origine asiatica sono quasi 6.000 (15,2%), e 5.000 gli africani (12,8%).

Il numero di residenti stranieri è aumentato di quasi otto volte rispetto al 1990, quando i cittadini stranieri erano 5.000. Da circa due anni il numero assoluto delle nuove migrazioni è leggermente in calo (il 2007 ha fatto registrare il maggior numero di ingressi, circa 5.000) ma è ancora presto per parlare di un'inversione di tendenza.

Sempre nel 2009, i residenti stranieri rappresentavano il 7,8% della popolazione della provincia, un valore leggermente maggiore della media nazionale, che si attesta sul 6,2%, ma più bassa dei valori registrati in Austria e Germania, rispettivamente 10% e 8,8%. Per quanto riguarda la naturalizzazione, negli ultimi 10 anni 1.700 stranieri in Alto Adige hanno acquisito la cittadinanza italiana.

Per quanto riguarda la ripartizione territoriale interna alla provincia, oltre due terzi degli stranieri sono concentrati nei comprensori di Bolzano, Burggraviato e Oltradige-Bassa Atesina. Nel capoluogo, su circa 103.000 abitanti complessivi, al 31.12.2009 gli stranieri erano poco più di 12.500, di cui 2.350 comunitari e oltre 10.000 non comunitari, con un'incidenza del 12,1%.

Per quanto riguarda i paesi di provenienza, a livello provinciale il primo posto spetta all'Albania, con oltre 5.000 presenze, seguita dalla Germania (circa 4.500) e dal Marocco (oltre 3.000). Le diverse nazionalità presenti in provincia di Bolzano nel 2009 sono 126. Quasi un terzo (32,0%) vive a Bolzano, seguita da Merano con il 13,5% e da Bressanone con il 4,9%. L'incidenza, invece, è del 12,1% a Bolzano e del 14,0% a Merano. Nella maggior parte dei Comuni della provincia (94 su 116) l'incidenza è minore della media provinciale (7,8%), e in 13 di essi si trova, con valori inferiori al 2%, decisamente sotto la soglia della percezione. Le ragioni della rapida crescita naturale della popolazione di origine straniera risiedono essenzialmente nell'elevata natalità (17,6%, contro il 9,9% della popolazione autoctona) e

nel tasso di mortalità contenuto (1,9% rispetto all'8,0%). Ovviamente, queste differenze si spiegano più con la diversa struttura dell'età della popolazione straniera che con una loro supposta maggiore propensione ad avere figli (Astat-Info 2010).

Nel corso del 2009, i lavoratori stranieri sono stati circa 28.000, 19.000 in più rispetto a dieci anni fa. Il 15% dei lavoratori dipendenti in Sudtirolo è straniero, il che rende bene l'idea dell'importanza degli stranieri nell'economia e nella società. Quasi un quarto di questi, inoltre, risiede in provincia da oltre dieci anni. Nei periodi di picco, come ad esempio la raccolta delle mele del settembre 2009, i lavoratori stranieri regolarmente occupati erano circa 40.000. Nello stesso periodo i cittadini italiani iscritti nelle liste di disoccupazione erano meno di 6.000, il che di nuovo testimonia l'enorme importanza dei lavoratori migranti nella nostra provincia (Arbeitsmarkt/Mercato del lavoro 2010).

3. Le Consulte di Bolzano e Merano. Dagli inizi all'istituzionalizzazione

Bolzano è stata la prima città della provincia a dotarsi, nel 2004, di una Consulta stranieri⁶. Come si è visto, i primi esempi di rappresentanza politica degli stranieri nel resto d'Italia datano dalla seconda metà degli anni '80. In realtà, il processo che ha portato alle elezioni del 23 maggio 2004 è iniziato diversi anni prima, quando un gruppo di consiglieri comunali ha lanciato l'idea di offrire, nell'ambito del quadro giuridico esistente, una forma di rappresentanza politica ufficiale ai residenti stranieri. Dopo una discussione fra le forze politiche durata diversi anni, nel maggio 2003 il Consiglio comunale ha adottato la delibera contenente statuto e regolamento elettorale della Consulta. La messa a punto di statuto e regolamento elettorale ha richiesto diversi mesi di lavoro di un'apposita commissione, istituita dal Comune e composta di rappresentanti delle associazioni a carattere nazionale e non solo che raggruppano gli stranieri a Bolzano, sindacati, associazioni del terzo settore, Caritas. Con questo approccio, il Comune si è intelligentemente guadagnato l'appoggio dei diretti interessati, che sin dall'inizio hanno sentito la Consulta come una cosa propria, e non un'iniziativa imposta dall'alto.

Lo Statuto approvato dal Consiglio comunale (come pure il regolamento elettorale, che esamineremo più avanti) è il risultato, oltre che del lavoro di ricerca e preparazione effettuato dal gruppo di lavoro, anche dell'inevitabile negoziato politico cui il testo è stato sottoposto. La Consulta viene definita come "organo consultivo del Consiglio comunale, della Giunta comunale e delle Commissioni consiliari", a cui "può presentare pareri sulle proposte di deliberazione che incidono sulle condi-

zioni degli stranieri a Bolzano e può fare proposte al Sindaco, agli Assessori alle Commissioni consiliari, sempre in merito agli ambiti relativi al mondo dell'immigrazione" (Statuto, art. 2). Nello specifico, la Consulta "promuove e favorisce iniziative e attività volte a favorire l'inserimento paritario degli immigrati [...] nella comunità cittadina, ed a prevenire e rimuovere ogni forma di discriminazione" (Statuto, art. 2.2, lett. b). La Consulta ha inoltre una doppia funzione prettamente informativa: da una parte promuove infatti fra gli stranieri la conoscenza delle normative inerenti il soggiorno, l'accesso all'alloggio, al lavoro, alla scuola, etc. e dall'altra diffonde informazioni riguardanti il mondo dell'immigrazione presso l'opinione pubblica, in modo da favorire la conoscenza (e dunque l'accettazione consapevole) del fenomeno migratorio da parte della cittadinanza. Ciò avviene anche attraverso "iniziative volte al rispetto e alla valorizzazione dei caratteri culturali, linguistici e storici delle popolazioni immigrate", favorendo nel contempo, da parte di queste ultime, "la conoscenza di quelli della popolazione locale" (Statuto, art. 2.2, lett. e).

Come si vede, lo Statuto tratteggia un organo in un certo senso "di raccordo" fra l'immigrazione straniera in città, le istituzioni cittadine e la popolazione autoctona, con il chiaro intento di favorirne l'integrazione reciproca attraverso la conoscenza, l'informazione e l'interazione. Ovviamente, date le note limitazioni imposte dall'ordinamento giuridico nazionale, può solamente trattarsi di un organo puramente consultivo, senza alcun potere decisionale. Va comunque detto che, pur all'interno della funzione consultiva, le prerogative della Consulta possono essere definite con una certa flessibilità, prevedendo accorgimenti di tipo istituzionale per ampliarne il raggio d'azione, pur senza travalicarne la natura.

A questo proposito appare opportuno soffermarsi brevemente su alcune limitazioni del raggio d'azione della Consulta, previste appunto dallo Statuto (come pure, in verità, dagli statuti di numerosi altri organi consultivi in Italia): un primo limite è quello delle "problematiche che rendono difficoltoso l'inserimento delle/degli immigrate/i e delle/degli apolidi nella comunità cittadina" (Statuto, art. 2.2, lett. a). L'azione della Consulta, come già accennato sopra, non deve oltrepassare il limite costituito dagli "ambiti relativi al mondo dell'immigrazione" (Statuto, art. 2.1). Si tratta di un limite piuttosto rilevante, in quanto sottintende che, fra tutti i settori che compongono la vita pubblica di una comunità, ve ne sarebbero alcuni che non riguardano i membri stranieri di quella comunità. Si tratta ad ogni modo di una limitazione facilmente superabile in via interpretativa: non si comprende infatti quali possano essere gli ambiti della vita pubblica di una comunità che non influenzano anche la vita di quanti (come gli stranieri) partecipano legittimamente e a pieno titolo alla vita di questa comunità. Il tentativo di circoscrivere la compo-

nente straniera di una collettività in una sorta di “mondo a parte” appare dunque destinato a cadere non appena venga sottoposto al vaglio della logica. Ciò nondimeno, traspare la resistenza ad includere ufficialmente i nuovi cittadini in tutti i settori della vita pubblica cittadina (dalle scuole, ai trasporti, all’edilizia abitativa, alla disciplina del commercio, alla salvaguardia dell’ambiente, etc.) che, *ça va sans dire*, ovviamente li riguardano, come riguardano tutti gli abitanti della città provvisti di passaporto italiano o europeo.

Un’altra limitazione importante, nonché difficile da comprendere, riguarda le modalità di interazione fra la Consulta e il Consiglio comunale, suo organo di riferimento e, si potrebbe quasi dire, “omologo”. Come si è già notato nella parte generale, esistono fattispecie di “*consultative bodies*” (anche in Italia) in cui un rappresentante dell’organo (di norma, il Presidente) ha libero accesso alle sedute del Consiglio comunale, della cui convocazione viene regolarmente informato. Questo senza oltrepassare il limite delle funzioni puramente consultive dell’organo, il cui rappresentante partecipa alle sedute del Consiglio comunale con il solo diritto di parola, e non di voto. Il Presidente riveste dunque un ruolo di rilievo e, in sostanza, di portavoce delle posizioni espresse dalla Consulta, in quanto è l’unico soggetto abilitato, a determinate condizioni, a partecipare alle sedute del Consiglio comunale o delle Commissioni consiliari. Queste condizioni, come si è visto, differiscono da Consulta a Consulta. Nel caso di Bolzano il Presidente della Consulta, ricevuta comunicazione della convocazione di uno dei due organi, deve richiedere per iscritto l’autorizzazione a partecipare, e “in relazione ad uno o più punti posti all’ordine del giorno delle assemblee” (Statuto, art. 2.3). In altri termini, il Presidente non ha funzione attiva, ma solo reattiva, in quanto non può proporre autonomamente l’inserimento di un punto all’ordine del giorno, ma solo partecipare (beninteso, con il solo diritto di parola) all’assemblea in virtù di un punto già posto all’ordine del giorno. Lo Statuto prevede altresì l’autorizzazione esplicita alla partecipazione da parte del Presidente della Commissione consiliare o del Consiglio, escludendo implicitamente l’ipotesi del silenzio-assenso. È determinante, a questo punto, la buona volontà del Presidente del Consiglio comunale nel facilitare l’accesso del rappresentante della Consulta alle sedute, facendo ad esempio pervenire la convocazione dell’assemblea in tempo utile per permettere la discussione in merito nell’ambito della Consulta.

In definitiva, si potrebbe dire, prendendo a prestito le parole di Franchi Scarselli (riferite ad altre realtà nazionali), che “emerge un quadro operativo piuttosto debole per quanto riguarda i rapporti con gli organi di governo dell’ente, specialmente se si considerano i sofisticati sistemi elettorali deputati ad eleggerne i suoi

membri (di cui *infra*); ma anche, più semplicemente, tenendo conto che questa amministrazione non era certo tenuta ad istituire la presente Consulta: lascia dunque perplessi osservare come a tale scelta si faccia poi seguire una regolazione che sembra curare piuttosto la preoccupazione di tenerla lontana dalla capacità di manifestare, nelle sedi adeguate, il proprio naturale ruolo di rappresentanza degli interessi di cui è portatrice” (Franchi Scarselli 2005, 45).

Come si accennava sopra, però, talvolta alla rigidità delle norme fa da contrappeso il buon senso di chi è chiamato ad applicarle. Nel caso della Consulta di Bolzano, ad esempio, la Presidenza del Consiglio comunale ha sempre dimostrato una certa apertura nei confronti delle esigenze di informazione e partecipazione della Consulta: “Il Presidente mi informa costantemente dell’ordine del giorno del Consiglio e mi consente di partecipare, insieme alla vice-presidente, ogniqualvolta lo riteniamo opportuno”⁷.

Molto simile è lo Statuto della Consulta di Merano⁸, approvato quasi in contemporanea a quello di Bolzano (anche se le prime elezioni si sono tenute alcuni mesi più tardi, alla fine del 2004). Diversamente da quest’ultima, nello Statuto della Consulta di Merano non vi è menzione della possibilità, per il Presidente, di partecipare alle sedute del Consiglio comunale, mentre invece è prevista la possibilità di partecipare (ovviamente senza diritto di voto) alle sedute delle Commissioni consiliari, e ciò senza necessità di un’apposita richiesta. Viene altresì specificato che le “deliberazioni della Consulta [...] non sono vincolanti per il Consiglio comunale” (Statuto, art. 9).

Per quanto riguarda i mezzi di funzionamento a loro disposizione, entrambi gli Statuti prevedono la dotazione “di un’idonea segreteria amministrativa, in analogia a quanto previsto per le Commissioni consiliari” (Statuto di Bolzano, Statuto di Merano, art. 10). Lettera morta è invece rimasta finora la richiesta di un gettone di presenza a beneficio dei membri delle Consulte per le loro sedute. Anche qui si tratterebbe di stabilire un’analogia con il funzionamento del Consiglio comunale: il gettone di presenza costituirebbe un incentivo per stimolare la partecipazione attiva alle sedute, considerando che si tratta di tempo sottratto agli impegni lavorativi e familiari. Ad ogni modo, va notato che la questione del gettone di presenza ha sempre costituito una sorta di tabù per i *consultative bodies* italiani: soltanto la Consulta di Modena, dopo una battaglia durata anni, è riuscita nel 2003 (dopo ben sette anni dalla sua istituzione) a vedersi attribuire dal Consiglio comunale la corresponsione di un gettone di presenza in misura equivalente a quello dovuto ai propri membri.

Nel novembre del 2010, anche il Comune di Salorno, uno dei comuni dell’Alto Adige con la maggiore incidenza di cittadini stranieri in tutta la provincia, attual-

mente pari al 19,1 % (Astat 2010, 4), ha istituito una “Commissione per l’immigrazione e l’integrazione”: non si tratta di un organismo di rappresentanza degli stranieri, in quanto la presenza “straniera” è limitata ad una persona (su un totale di 12 membri, in gran parte consiglieri comunali), peraltro già provvista di cittadinanza italiana. La Commissione infatti, che viene definita “sostanzialmente un gruppo di lavoro” dalla stessa delibera istitutiva, riveste essenzialmente una funzione informativa e di analisi sulla situazione di Salorno, e l’individuazione di iniziative volte a promuovere l’integrazione” (Comune di Salorno 2010).

4. Sistema elettorale, gruppi politici, programmi, campagna elettorale

Il sistema elettorale è disciplinato in entrambi i casi (Bolzano e Merano) dal regolamento, approvato contestualmente allo Statuto. La Consulta di Bolzano, pensata per essere un organo snello, non può eccedere, secondo lo Statuto, i 20 membri (con un minimo di cinque). Sono previste cooptazioni da parte del Sindaco nel caso in cui uno dei generi o delle aree geografiche non siano sufficientemente rappresentati. Per quanto riguarda le elezioni, non sono previste liste, sia per evitare, per quanto possibile, il tipico raggruppamento su base nazionale, sia dato l’esiguo numero dei votanti. I candidati, quindi (minimo 24) si presentano a titolo personale. È interessante notare che il meccanismo elettorale, con la previsione di un seggio per ogni 300 residenti, impone alle comunità più piccole di creare delle alleanze attorno ad un candidato unitario, che quindi dovrà necessariamente cercare voti di non connazionali.

Questo dovrebbe impedire che i membri della Consulta si considerino rappresentanti unicamente del proprio gruppo nazionale. È comunque altamente probabile che le alleanze più immediate si formino tra appartenenti ad una stessa area geografico-culturale e/o religiosa (ad esempio slavi, o musulmani, o arabofoni), prima che tra gruppi provenienti da regioni e culture completamente diverse ed estranee le une alle altre. Senza quindi cadere nella trappola di considerare gli immigrati come un insieme omogeneo, proprio in quanto stranieri (e quindi in un certo senso contrapposti agli autoctoni), il meccanismo della Consulta di Bolzano cerca di incoraggiare il superamento dell’identità nazionale come unico collante fra gruppi di elettori e candidati, dando quindi spazio alle opzioni politiche e programmatiche degli uni e degli altri.

Gli sbarramenti per la validità delle elezioni sono stati volutamente lasciati relativamente bassi, facendo quindi tesoro delle esperienze spesso non incoraggianti

delle altre città italiane, dove la partecipazione al voto non ha superato il 20%: perché la Consulta sia validamente eletta, bastano infatti i voti del 15% degli aventi diritto, ma è necessario che donne e uomini costituiscano rispettivamente almeno il 25% dei membri; i membri della Consulta, inoltre, dovranno provenire da tutte le quattro aree (Africa, America, Asia ed Oceania, Europa) in cui il regolamento elettorale suddivide il mondo. È comunque evidente che una Consulta veramente rappresentativa, agli occhi dei propri elettori ma anche a quelli dei cittadini “autoctoni” e delle stessa amministrazione comunale, dovrebbe poter contare su di una base elettorale ben più ampia.

Diverso è invece il sistema elettorale in vigore per la Consulta di Merano, dove si è voluto riservare un seggio per ogni nazionalità che rappresenti almeno il 10% degli aventi diritto al voto. Le nazionalità che non raggiungono tale soglia vengono invece raggruppate per aree geografiche, ciascuna delle quali ha anche diritto ad un seggio (Statuto Consulta di Merano, art. 12 e 13). Nella Consulta di Merano è dunque stato chiaro fin dall’inizio che, in base alla presenza straniera in città, l’Albania avrebbe ottenuto due seggi, la Serbia-Montenegro e il Marocco un seggio ciascuno, l’area geografica Europa (non-UE) due seggi, e i restanti tre seggi sarebbero stati assegnati rispettivamente a candidati provenienti da Asia, Africa e America, per un totale di nove membri.

Entrambi gli Statuti introducono poi una riserva per genere: il 25% per Bolzano, come accennato sopra, e il 30% per Merano. L’unica differenza di un certo rilievo fra le due regolamentazioni riguarda la capacità elettorale: mentre nel caso di Bolzano è sufficiente essere residenti nel Comune (o anche solo nella provincia per l’elettorato passivo), il regolamento elettorale di Merano ha voluto costituire un corpo elettorale che avesse una maggiore stabilità, riservando il diritto di voto attivo e passivo a coloro che sono residenti da almeno un anno.

Dato il sistema di candidature personali cui si è accennato sopra, la campagna elettorale, pur estremamente limitata, ha assunto per forza di cose soprattutto un carattere di auto-presentazione personale dei candidati, avvenuta soprattutto attraverso i media locali e la realizzazione e diffusione di manifestini da distribuire e/o da affiggere nei luoghi di maggiore affluenza dei potenziali elettori (Pallaver/Attanasio 2004). Scorrendo le presentazioni dei candidati per la Consulta di Merano si nota l’intenzione di trasmettere un messaggio che sia rivolto alla popolazione straniera in generale, evitando accuratamente ogni rischio di *cleavage* di tipo etnico-nazionale. Casomai, da parte delle candidate, si trova piuttosto un messaggio esplicitamente rivolto all’elettorato femminile. Le parole d’ordine più frequenti sono infatti:

- Integrazione sociale degli stranieri
- Alloggi con affitti agevolati e garantiti
- Conoscenza di diritti e doveri
- Creazione di uguaglianza di opportunità nel lavoro
- Creazione di un punto di accoglienza e di incontro per donne straniere⁹

La campagna elettorale di genere ha chiaramente dato i suoi frutti se “nelle elezioni di domenica scorsa (12.12.2004) della Consulta degli stranieri si è rischiato di dover cooptare un uomo nell’organismo”¹⁰. La prima Consulta stranieri a Merano è risultata infatti composta da tre uomini e sei donne.

La maggioranza dei candidati 2004 di Merano era composta da persone residenti in Italia e in provincia di Bolzano da diversi anni, spesso con una situazione lavorativa e familiare già consolidata, e con la ferma intenzione di radicarsi nella città. È dunque anche per questo motivo che diversi fra loro, forti di un progetto migratorio riuscito, sono apparsi animati dalla volontà di impegnarsi per rendere più agevole il cammino verso l’integrazione, da diversi punti di vista, dei nuovi arrivati. In un volantino, ad esempio, una candidata dichiarava: “Intendo dedicarmi con tutte le mie forze alla promozione dei diritti sociali dei miei amici stranieri” (Neue Südtiroler Tageszeitung 2004). E di un’altra candidata è stata ripresa la seguente frase: “Intendo impegnarmi per tutti gli stranieri, soprattutto perchè riescano a trovare casa più facilmente, che attualmente rappresenta uno dei maggiori problemi a livello locale” (Neue Südtiroler Tageszeitung 2004a).

Accanto a questi propositi, per così dire internazionalisti, c’è naturalmente anche chi intende in primo luogo impegnarsi per il benessere dei propri compatrioti nella città: “Mi stanno a cuore i miei connazionali”, ha dichiarato ad esempio il candidato Bhatti Nasir Mahmood (Neue Südtiroler Tageszeitung 2004b). Interessante anche notare che chi viene da un paese bi- o multiculturale (come in questo caso l’Ucraina) vuole contribuire allo sviluppo di una società pluriculturale: “Qui ci sono diverse culture che si mescolano fra loro, ed io vorrei fare da ponte fra di esse, e raccontare alla gente di qui un po’ della nostra mentalità” (Neue Südtiroler Tageszeitung 2004c).

Anche fra i candidati di Bolzano le posizioni e i programmi di lavoro sono differenziati; mentre alcuni appaiono soprattutto rivolti alla propria comunità nazionale (“La mia candidatura vuole essere un messaggio per tutta la comunità cinese che vive a Bolzano” oppure: “La comunità latinoamericana è in crescita. Sappiamo inserirci in più contesti lavorativi”) (Conti 2009), altri si rivolgono al tema dell’immigrazione con una prospettiva più ampia: “Vorrei parlare un poco meno di integrazione e

un poco più di interazione: non dobbiamo sentirci una parte che va accettata, ma un soggetto attivo della comunità”, oppure: “Mi voglio impegnare per far convivere felicemente tutti i giovani, indipendentemente dalla provenienza etnica” (Conti 2009).

Le particolarità storico-culturali che caratterizzano la provincia di Bolzano rispetto al resto d'Italia non sfuggono agli stranieri residenti: “Per di più i nuovi stranieri sono andati ad inserirsi in un territorio che ha già i suoi problemi storici di integrazione fra ladini, tedeschi e italiani”, ha dichiarato al quotidiano “Alto Adige” un sindacalista bengalese, attivo nel sociale (Zappoli 2004).

La fase pre-elettorale è stata comunque molto partecipata in entrambe le città. Nonostante molti degli stranieri coinvolti avessero perfettamente chiaro che si trattava della creazione di un organo senza poteri effettivi, molti consideravano il fatto di essere per la prima volta chiamati alle urne come un'importante “palestra di allenamento” per il giorno in cui sarebbe arrivato il diritto di voto alle elezioni amministrative, che solo pochi mesi prima, nell'ottobre del 2003, era stato per la prima volta ufficialmente menzionato dall'allora vice-presidente del Consiglio Gianfranco Fini. Per i rappresentanti politici di Bolzano, che hanno voluto la Consulta, si trattava di avere finalmente un interlocutore unico e riconosciuto, per mettere fine all'eterna incertezza di dover trattare con una pluralità di sedicenti rappresentanti degli immigrati.

Ma forse la sfida maggiore era proprio quella di convincere il maggior numero possibile di elettori ed elettrici a partecipare al voto. Alle Giunte comunali di Bolzano e di Merano, che avevano promosso e appoggiato la creazione delle Consulte spesso in polemica con le opposizioni conservatrici, era infatti chiaro che solo una Consulta eletta da una consistente maggioranza di cittadini stranieri avrebbe avuto la necessaria credibilità e legittimazione politico-istituzionale di fronte al proprio elettorato, alle istituzioni comunali e, non da ultimo, nei confronti dell'opinione pubblica autoctona e dei media. È infatti chiaro che, a fronte di una base giuridica non particolarmente solida (soprattutto a livello nazionale), l'elemento della partecipazione assume un ruolo fondamentale nel garantire la futura operatività dell'organismo.

Le percentuali di partecipazione in altre città italiane ed europee non autorizzavano certo grandi entusiasmi, a riprova del fatto che è difficile motivare una parte di popolazione a partecipare in massa ad elezioni che sono di fatto un surrogato di quelle riservate ai cittadini. Per questo si può dire che forse la campagna elettorale più difficile, in cui si sono impegnate le amministrazioni comunali, è stata proprio quella rivolta a tutti gli elettori stranieri per convincerli a partecipare alle elezioni. Entrambi i Comuni si sono avvalsi di consulenze ad hoc per seguire tutte le fasi pre-elettorali insieme all'amministrazione, e soprattutto per organizzare le attività

di sensibilizzazione al voto. Si è cercato di raggiungere i potenziali elettori soprattutto attraverso le associazioni di stranieri facenti capo alle differenti comunità nazionali presenti sul territorio comunale: soprattutto a Bolzano si sono organizzate diverse riunioni con le comunità straniere, attraverso la mediazione di un leader da esse riconosciuto, quasi sempre nei luoghi di riunione religiosa (chiese e moschee) per avere la certezza di raggiungere il maggior numero possibile di persone.

A Merano è stata convocata una riunione pubblica (aperta a tutta la cittadinanza, straniera e non) per spiegare le ragioni dell'iniziativa e stimolare un dibattito sul tema della rappresentanza politica e della Consulta. In entrambe le città sono stati invitati rappresentanti di una Consulta italiana (quella di Modena) che può vantare una tradizione fra le più solide a livello nazionale per quanto riguarda *consultative bodies* di cittadini stranieri, allo scopo di infondere fiducia (sia ai candidati che agli elettori) sul successo di una simile iniziativa anche in Alto Adige, pur senza naturalmente nascondere gli ostacoli insiti in una tale sfida.

E veniamo ai risultati, esemplificati dalla seguente tabella comparativa sulle elezioni del 2004 e del 2009:

Tabella 1: Partecipazione al voto e risultati elettorali 2004 e 2009¹

	Bolzano		Merano	
Data	23.05.04	08.11.09	12.12.04	19.04.09
Residenti stranieri	5.660*	11.429**	2.493*	4.962**
Aventi diritto al voto	3.972	7.389	1.269	2.277
Votanti	1.739	1.906	350	510
Affluenza	43,8 %	25,8 %	27,6 %	22 %
Candidati	44	27	18	17
Di cui donne	16	9	7	4
Eletti	16	17	9	8
Di cui donne	6	5	6	2

Fonte: * ASTAT-Info (2004), Ausländer in Südtirol – Gli stranieri in provincia di Bolzano 2003, n. 20, Juli/Luglio 2004; ** ASTAT-Info (2009), Ausländer in Südtirol-Gli stranieri in provincia di Bolzano 2008, n. 35, Juni/Giugno 2009

Come si nota dalla tabella, nelle elezioni del 2004 l'affluenza è stata molto alta nel Comune di Bolzano (una percentuale mai raggiunta in nessun'altra elezione di Consulta immigrati in Italia) ma anche a Merano è stata ragguardevole. La sensibile differenza fra le due è forse da ricercarsi nella diversa consistenza e nel diverso radicamento del fenomeno associativo nelle due città, che, come si è detto, è stato l'elemento principale sul quale si è cercato di far leva per assicurarsi una forte partecipazione da parte del corpo elettorale. Un altro dato che balza all'occhio è la

forte differenza nelle percentuali di affluenza fra il 2004 e il 2009. Come si spiega questo forte calo di interesse? “In parte è da attribuirsi alla crisi, al fatto che tanti immigrati, pur essendo ancora registrati a Bolzano, di fatto non erano più sul territorio. Poi, gli immigrati avevano dalla Consulta ben altre aspettative, che non si sono realizzate”, dice il Presidente della Consulta di Bolzano¹².

La tendenza al calo nella partecipazione si è avuta anche in molte altre Consulte italiane, compresa quella di Modena (dove la partecipazione è scesa dal 23% al 15,5% fra il 1999 e il 2004), il che sta ad indicare una problematica generale, che richiede una riflessione di più ampia portata sull’effettivo ruolo che le Consulte hanno svolto, al di là delle aspettative create nella cittadinanza straniera. In buona sostanza (ma questo lo vedremo meglio nel paragrafo dedicato alle attività) le Consulte, nate su iniziativa degli enti locali per sopperire in qualche modo a quel deficit di democrazia inflitto al Paese dal legislatore nazionale, dovevano idealmente costituire il centro di un sistema di relazioni “a stella” con almeno quattro soggetti della vita pubblica: il Comune, che le ha istituite, la popolazione straniera, che le ha elette, l’opinione pubblica autoctona e, infine, il sistema dei media locali. Da parte dell’ente pubblico è spesso stato commesso l’errore di considerare l’istituzione della Consulta un punto di arrivo, e non di partenza. Ciò in parte è comprensibile, in quanto l’istituzione delle Consulte ha comportato un forte impegno non soltanto istituzionale ed organizzativo da parte della macchina amministrativa comunale, ma anche di natura politica, in quanto ha dovuto scontrarsi con forze politiche assolutamente contrarie (sia a livello locale che nazionale) ad una seppur minima apertura nei confronti dei nuovi cittadini e delle loro esigenze. Oltre a ciò, sia a Bolzano che, soprattutto a Merano, è stato difficile ottenere per la Consulta anche un semplice spazio di lavoro. Ancora a Merano, per diverso tempo non è stato chiaro chi, all’interno della Giunta comunale, fosse responsabile dei rapporti con la Consulta. Anche la negazione del gettone di presenza (cui si è accennato sopra), nonostante le ripetute richieste, non ha certo facilitato i rapporti fra Consulta e Comune. Dalla tabella si nota infatti una consistente diminuzione non soltanto dei votanti, ma anche dei candidati, fra il 2004 e il 2009, a riprova del calo di fiducia dello strumento “Consulta” da parte della popolazione straniera residente nelle due città. Naturalmente le difficoltà non sono mancate neppure da parte dei rappresentanti eletti, provenienti da contesti linguistico-culturali (e di esperienza politica) estremamente differenti; ciò naturalmente ha reso difficoltosa la fase di partenza, costellata com’è di elementi di potenziale conflitto, quali l’elezione del Presidente e l’approvazione del regolamento interno. Da parte dell’elettorato (e quindi della popolazione straniera) si è verificato sicuramente un processo di sopravvalutazione delle potenzialità della

Consulta, soprattutto per quanto riguarda la soluzione ai principali problemi pratici (casa e lavoro) che accompagnano costantemente la vita degli stranieri. Anche qui si tratta di un atteggiamento in gran parte comprensibile e forse anche inevitabile, in quanto si trattava della prima occasione in cui agli stranieri veniva chiesto di esprimere la propria opinione su qualcosa che avesse a che fare con l'organizzazione della loro vita e sul loro posto nella società di inserimento. Quello che forse non si è capito, è che la Consulta andava considerata come un semplice forum (pur istituzionalizzato) di discussione, e non come il "parlamentino" degli stranieri. Ma le Consulte, e questo non va dimenticato, non sono delle monadi che operano per proprio conto sul livello locale, ma sono inserite in un sistema nazionale che, come vedremo più avanti, resta altamente limitativo dei diritti dei migranti, e non può quindi non ripercuotersi anche al micro-livello in cui operano i *consultative bodies*.

5. Il lavoro delle Consulte: processi, politiche, risultati del primo periodo di legislatura 2004-2009

Come si è accennato sopra, il compito principale delle Consulte è senz'altro quello di aprire un canale di confronto e negoziato permanente con le istituzioni del territorio che le esprime e con l'opinione pubblica autoctona, oltre che naturalmente di fornire una base di rappresentanza al proprio elettorato straniero. La prima incombenza cui entrambe le Consulte (di Bolzano e Merano) si sono trovate di fronte è stata quella di approvare un regolamento interno per il proprio funzionamento. Al di là delle minuziose regole procedurali necessarie per garantire il corretto funzionamento delle Consulte, entrambi i regolamenti istituiscono apposite commissioni di lavoro tematiche, corrispondenti al programma di lavoro approvato (rapporti con la Questura, per quanto riguarda Merano alloggio, lavoro e formazione professionale, scuola e cultura, comunicazione e cultura, e per quanto riguarda Bolzano immagine, tempo libero e comunicazione, casa/lavori pubblici, commercio, formazione/educazione). Per quanto riguarda nello specifico la Consulta di Merano, l'avviamento delle sue attività è stato seguito per i primi sei mesi da un consulente appositamente incaricato dalla municipalità. Dopo alcuni incontri istituzionali e a carattere informativo, la Consulta di Merano ha avviato una serie di attività a carattere progettuale sul territorio, fra le quali ricordiamo:

— *Gemellaggio contro il razzismo*. La scuola alberghiera "Savoy" di Merano si è rivolta alla Consulta sollecitandone l'appoggio in un gemellaggio con due istituti di Austria e Germania finalizzato a combattere le manifestazioni di discriminazio-

ne e razzismo nei confronti degli stranieri. L'apporto della Consulta ha permesso la realizzazione di un certo numero di sagome in legno, realizzate da un artista meranese, raffiguranti i membri della Consulta stessa, che sono state presentate, insieme ad alcuni lavori eseguiti dagli studenti, nel corso di un incontro con il Sindaco presso il municipio.

— *Progetto doposcuola Sinigo*. La Consulta è stata contattata dal Direttore di una scuola media di Merano, a proposito di un progetto di doposcuola interculturale da realizzarsi a Sinigo. Nel corso di alcuni incontri con il personale della scuola si è pervenuti ad un consenso sull'importanza dell'iniziativa, la cui domanda di finanziamento è stata quindi ufficialmente appoggiata dalla Consulta.

— *Serata informativa per famiglie straniere*. La scuola media "Luigi Negrelli" ha chiesto alla Consulta di partecipare ad una serata informativa, da tenersi orientativamente alla metà di maggio, con le famiglie degli alunni stranieri, divise per gruppi linguistici, per affrontare e risolvere problemi di comunicazione creati con i genitori degli alunni immigrati.

— *Progetto affido familiare*. La Comunità comprensoriale Burgraviato ha preso contatto con la Consulta con la richiesta di coadiuvare il servizio sociale nel suo progetto di ampliamento del servizio di affido familiare temporaneo a famiglie straniere. La Comunità comprensoriale, di fronte alla necessità di offrire il servizio di affidamento temporaneo anche a minori stranieri, ha deciso di rivolgersi a famiglie straniere residenti a Merano per includerle nel proprio programma e, dopo alcuni incontri formativi, inserirle a pieno titolo nel novero delle famiglie potenzialmente affidatarie. La Consulta assumerà i seguenti compiti:

— *elaborazione* (insieme con i servizi sociali) e traduzione in diverse lingue del volantino/lettera di invito alle famiglie straniere potenzialmente affidatarie; La Consulta assumerà i seguenti compiti:

— *partecipazione* ad un incontro informativo con le famiglie, per l'illustrazione del progetto;

— *segnalazione* ai servizi sociali, di famiglie inadatte a ricoprire il ruolo di famiglia affidataria;

— *presentazione* pubblica comune del progetto.

Successivamente, la Consulta di Merano ha però conosciuto una lunga fase di crisi e di sostanziale stallo, culminata nell'impossibilità di tenere le elezioni, previste per la fine del 2008, per mancanza del numero minimo di candidati stabilito dallo Statuto. Le elezioni sono state dunque posticipate al 2009.

Per quanto riguarda invece la Consulta di Bolzano, il documento programmatico del primo presidente eletto era suddiviso nei seguenti punti:

- *Immagine degli immigrati, cultura*, il cui obiettivo era quello di “organizzare attività culturali, sportive, giornate di ogni paese, feste nazionali e religiose che valorizzino la nostra cultura agli occhi delle comunità locali e contemporaneamente gratifichino la nostra gente”;
- *Rinnovo dei permessi di soggiorno*, ritenuto “un campo in cui impegnandosi è possibile fare qualcosa”;
- *Casa*, per “cercare di fare ciò che è possibile per alleggerire quanto meno il peso di questo problema sulla nostra comunità”;
- *Lavoro*, con l’obiettivo di agevolare l’incontro tra domanda e offerta di lavoro;
- *Formazione*, per creare “un gruppo di lavoro che [...] rilevi i loro bisogni in questo campo” (per poi proporre e guidare l’azione formativa in funzione di questi bisogni);
- *Tempo libero*, per “impedire ai vari fenomeni di devianza di annidarsi nella nostra realtà”;
- *Comunicazione*, per “creare una rete d’informazione tramite SMS con tutti gli immigrati della città, per annunciare scadenze, incontri, iniziative, feste, corsi”;
- *Azioni contro il razzismo*, perché “comunicati stampa, denunce e interventi negli organi di stampa scritta ed elettronica non devono essere risparmiati quando si tratta di combattere questi ripugnanti comportamenti”.

Purtroppo una serie di contrasti interni e l’avvicendamento di quattro diversi Presidenti (con orientamenti in parte divergenti) nel corso della legislatura, nonché l’annoso problema dell’assiduità nella partecipazione alle sedute e ai lavori non hanno dato alla Consulta di Bolzano la necessaria continuità per realizzare le attività che si era in principio proposta. Il fatto che dal 2008 sia in carica un nuovo Presidente (riconfermato alle recenti elezioni del 2009 con una larghissima maggioranza di voti) ha permesso di riavviare l’attività della Consulta, partendo da una serie di incontri pubblici di quartiere con tutti gli immigrati residenti nella città, per sondarne le esigenze e portarne la voce nelle istituzioni comunali, dando finalmente attuazione a quel ruolo di tramite per il quale la Consulta è stata voluta e istituita dalla municipalità.

6. La rappresentanza degli stranieri a livello provinciale

Come si è visto dai paragrafi precedenti, le uniche forme di rappresentanza politica finora previste per i cittadini stranieri in provincia di Bolzano sono a livello comunale, e soltanto nelle due maggiori città, mentre manca qualsiasi rappresentanza a livello provinciale. A questo dovrebbe ovviare la nuova legge provinciale sull'integrazione degli stranieri, attualmente in fase di discussione in Consiglio provinciale (febbraio 2011). L'art. 6 del ddl prefigura la creazione di una "Consulta provinciale per l'immigrazione" (Landeseinwanderungsbeirat) che, nell'intento del legislatore provinciale, dovrebbe costituire uno strumento di integrazione e di partecipazione per gli stranieri residenti. In realtà, il ddl approvato dalla Giunta nel mese di gennaio 2011 prevede un organismo di 18 persone (incluso l'Assessore competente, che lo presiede) dotato, al proprio interno, di una forte rappresentanza istituzionale (rappresentanti della Provincia, dei Comuni, della Questura). I membri "italiani" inoltre, sembrano godere di una maggioranza precostituita nei confronti degli otto rappresentanti dei cittadini stranieri, al di là della circostanza che alcuni rappresentanti istituzionali – come i sindacati e il terzo settore – potrebbero essere essi stessi stranieri. Inoltre, dato che per ottenere la convocazione dell'organo è necessaria almeno la metà dei membri, ne consegue che i rappresentanti degli stranieri non possono farlo autonomamente, ma hanno bisogno di stringere di volta in volta alleanze con altri membri dell'organismo.

Al di là dell'assetto organizzativo, anche i poteri della futura Consulta appaiono piuttosto limitati e formulati in maniera vaga: di propria iniziativa la Consulta può presentare proposte sul programma pluriennale (obbligatorio, ma non vincolante, come si deduce dall'art. 4) e sull'adeguamento della normativa provinciale. La Consulta può invece esprimere pareri "su ogni altro argomento inerente l'immigrazione" solo su richiesta della Giunta. In tutti questi casi, i pareri non sono né obbligatori, né vincolanti.

7. Considerazioni conclusive

L'esperienza delle Consulte e, più in generale, degli organismi consultivi degli stranieri, non va considerata come un fatto isolato e a sé stante nel panorama della rappresentanza politica in un determinato Paese, quanto piuttosto come tassello di un mosaico che pavimenta la strada verso la cittadinanza. Gli altri elementi di quella che può essere vista come una progressione sono infatti il diritto di voto e l'ac-

quisto della cittadinanza formale. Ora, in diversi paesi europei (ad esempio la Francia) la negazione del diritto di voto agli stranieri extra-UE è in certo qual modo compensata da un accesso alla cittadinanza relativamente rapido ed agevole. In altri Stati, in cui la naturalizzazione non è altrettanto semplice, vige però il diritto di voto attivo e passivo dopo un certo numero di anni di residenza (solitamente cinque). Esistono poi Stati membri dell'Unione più aperti all'inclusione degli stranieri – almeno dal punto di vista puramente istituzionale, come ad esempio il Belgio – dove sia la naturalizzazione che il diritto di voto amministrativo seguono percorsi abbreviati, rispettivamente di 3 e 5 anni. L'Italia, invece, appartiene purtroppo a quell'altro gruppo di Stati che non solo non concedono facilmente la naturalizzazione (che necessita di una residenza ininterrotta di dieci anni) ma che neppure concedono il diritto di voto a qualsivoglia livello. Gli organismi di rappresentanza politica, lo abbiamo visto, se presi isolatamente non hanno, né potrebbero avere, un forte rilievo nell'assicurare ai cittadini stranieri extra-UE quella voce in capitolo cui hanno diritto nell'ambito del proprio processo di integrazione nella società. Essi acquisiscono la loro importanza come parte di un sistema che porta il cittadino straniero progressivamente dall'iniziale estraneità al sistema cui si avvicina, alla totale e piena inclusione. In altre parole, sarebbe troppo facile – e forse ingiusto – chiedere agli organismi consultivi quel grado di partecipazione che essi, per la propria natura, non sono in grado di dare.

Le Consulte, nel caso italiano, si inseriscono quindi in un sistema di fatto bloccato, in cui al cittadino non comunitario viene negata la possibilità di una progressione verso la partecipazione piena alla vita pubblica del Paese. Se anche il cittadino appena arrivato può partecipare alla Consulta del proprio Comune (ammesso che questo la preveda) dopo tre o cinque anni di residenza non acquisisce alcun diritto di voto (neppure a livello circoscrizionale) e può sperare nella naturalizzazione soltanto dopo un periodo che spesso si allunga fino a 13 o 14 anni di residenza. Anche qui l'analisi deve però essere differenziata, in quanto da parte delle autonomie locali (Comuni, Province, e, in alcuni casi, anche Regioni) vi è stato un esteso movimento, e forti pressioni nei confronti del governo centrale, verso un riconoscimento del diritto di voto amministrativo, che inserisse il processo di integrazione del cittadino straniero in una prospettiva dinamica. Purtroppo, il dibattito a livello nazionale appare, nell'attuale fase politica, congelato, soprattutto per quanto riguarda il tema della cittadinanza e, in misura minore, del diritto di voto per gli stranieri extra-UE. Indicativo di questo disinteresse nei confronti degli organismi di rappresentanza politica degli stranieri il "Manuale d'uso per l'Integrazione", recentemente pubblicato dal Ministero del Lavoro, della Salute e delle Politiche Sociali

(Ministero del Lavoro 2009). La corposa pubblicazione, infatti, accanto a temi di sicura rilevanza per gli stranieri, come il lavoro, la casa, il sistema previdenziale ed assicurativo, nonché l'associazionismo, non contiene il minimo accenno a tutta la problematica relativa a Consulte e Consiglieri aggiunti, che pure fanno ormai saldamente parte del panorama istituzionale italiano. In conclusione, possiamo ritenere che gli organismi di consultazione politica degli stranieri in Italia hanno contribuito, nel corso degli anni '90, a creare un dibattito, fino ad allora inesistente, sui diritti dei migranti, ma anche un importante forum di discussione e, se vogliamo, di democrazia diretta. Si tratterebbe adesso di andare avanti, inserendoli in un sistema organico di diritti che incentivi il cittadino straniero ad assumersi un sempre maggiore grado di responsabilità (attraverso la partecipazione) nella società di inserimento, garantendo nel contempo a quest'ultima un grado di coesione cui difficilmente potrebbe aspirare se continuasse a lasciare diversi milioni di persone prive dei più elementari diritti di rappresentanza.

Note

- 1 Esistono naturalmente numerose specificità a carattere nazionale, ad esempio per quanto riguarda l'elezione del Sindaco
- 2 Di cui 17.122 per matrimonio e 22.962 per residenza. Cfr. Ministero dell'Interno (2009).
- 3 Per la Germania, cfr. anche: 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Juni 2010, 443. I dati di Regno Unito, Francia, Spagna e Germania si riferiscono al 2008.
- 4 Si tratta della Consulta per lavoratori immigrati e le loro famiglie e dell'Organismo Nazionale di Coordinamento per le Politiche di Integrazione, entrambe istituite con il decreto legislativo 286/1998, all'art. 42, co. 3 e 4
- 5 I Consigli Territoriali per l'Immigrazione, istituiti con decreto legislativo n. 286/1998, art. 3, co. 6.
- 6 La denominazione ufficiale è: Consulta comunale delle cittadine e dei cittadini extracomunitari ed apolidi residenti a Bolzano- Gemeindebeirat der in Bozen ansässigen Nicht-EU-Bürger/-innen und staatenlosen Bürger/-innen, http://www.gemeinde.bozen.it/context.jsp?area=19&ID_LINK=777&page=2 (16.08.2010).
- 7 Intervista al Presidente della Consulta di Bolzano, Artan Mullaymeri, 30 giugno 2010.
- 8 La denominazione ufficiale è: Consulta comunale elettiva per i/le cittadini/e stranieri/e extra UE ed apolidi residenti a Merano-Beirat der in Meran ansässigen Nicht-EU-Bürger/-innen und staatenlosen Bürger/-innen, ,, ,www.google.it“ l“hl=it&&sa=X&ei=u0uWTNKEK8yUswaq2PFj&ved=0CBQQB SgA&q=Beirat+der+in+Meran+ans%C3%A4ssigen+Nicht-EU-B%C3%BCrgerInnen+und+Staatenlose+B%C3%BCrger“ (19.09.2010).
- 9 Dal volantino elettorale della candidata Aita Samba.
- 10 In: Dolomiten, 14.12.2004, “Ausländerbeirat – Frauen stechen fast die Männer aus – Der neunköpfige Beirat setzt sich aus sechs Frauen und drei Männern zusammen.”
- 11 Si noterà una differenza fra il numero di eletti (e dunque di seggi assegnati) da una tornata elettorale all'altra. Nel caso di Merano, ciò è dovuto al fatto che i residenti di cittadinanza marocchina sono scesi al di sotto del 10% del totale, e quindi non hanno più diritto al seggio previsto dall'art. 12 del Regolamento della Consulta. Per quanto riguarda invece il caso di Bolzano, il nuovo art. 13 del Regolamento ha raddoppiato (da 300 a 600) il numero di cittadini stranieri residenti necessario per ogni seggio. Le modifiche al regolamento elettorale si sono rivelate necessarie per evitare che la nuova Consulta, a causa dell'aumento dei residenti stranieri, avesse un numero troppo alto di membri. (Cfr. Deliberazione del Consiglio comunale n. 40 del 16.06.2009, prot. 51448)
- 12 Intervista al Presidente della Consulta di Bolzano, Artan Mullaymeri, 30 giugno 2010.

Riferimenti bibliografici

- Angenendt, Steffen* (2008). Die Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union, in: Werner Weidenfeld (a cura di): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 268-293
- Arbeitsmarkt/Mercato del lavoro* (2010). News 9/2010 – September/settembre, a cura di: Abteilung Arbeit/Ripartizione lavoro, Autonome Provinz Bozen/Provincia Autonoma di Bolzano, 1-2
- Astat-Info* (2004). Ausländer in Südtirol – Gli stranieri in provincia di Bolzano 2003, n. 20, Juli/Luglio 2004
- Astat-Info* (2009). Ausländer in Südtirol – Gli stranieri in provincia di Bolzano 2008, n. 35, Juni/Giugno 2009, www.provincia.bz.it/astat/it/popolazione/487.asp?Auslaender_action=4&Auslaender_article_id=127183 (21.09.2010)
- Astat-Info* (2010). Ausländische Wohnbevölkerung – 2009 / Popolazione straniera residente – 2009, Nr. 27, 6/2010, www.provinz.bz.it/pressnotes/module/pres_getimg.asp?imgID=453065 (22.09.2010)
- Attanasio, Paolo* (2005). Gli organismi di rappresentanza degli stranieri in Italia, in: Caritas (a cura di), Immigrati e partecipazione. Dalle consulte e dai consiglieri aggiunti al diritto di voto, Roma: IDOS, 28-35
- Briascio, Luca/Capuano, Davide A./Gianniti, Luigi* (a cura di) (2008). Il Trattato di Lisbona. Commento e testo a fronte (Senato della Repubblica/Servizio Affari Internazionali), Quaderni europei e internazionali, n. 12, Roma. Senato della Repubblica
- Commissione* (2003). Commissione delle Comunità Europee. Comunicazione della Commissione al Consiglio, al Parlamento Europeo, al Comitato Economico e Sociale Europeo e al Comitato delle Regioni su immigrazione, integrazione e occupazione, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0336:FIN:IT:PDF> (10.2.2011)
- Commissione* (2005). Commissione delle Comunità Europee. Comunicazione della Commissione al Consiglio, al Parlamento Europeo, al Comitato Economico e Sociale Europeo e al Comitato delle Regioni. Un'agenda comune per l'integrazione. Quadro per l'integrazione dei cittadini di paesi terzi nell'Unione europea, COM (2005) 389 definitivo, 1.9.2005
- Comune di Salorno* (2010). Deliberazione del Consiglio comunale n. 74 del 12 novembre 2010
- Consiglio d'Europa* (1992). Convenzione sulla partecipazione degli stranieri alla vita pubblica locale, adottata dal Consiglio d'Europa il 5 febbraio 1992, ratificata e resa esecutiva in Italia con legge 8 marzo 1994, n. 2003 (in Suppl. Ord. n. 52, alla Gazzetta Ufficiale n. 71, del 26 marzo) limitatamente ai capitoli A e B.
- Conti, Alan* (2009). Ai seggi per contare, in: Alto Adige, 06.11.2009, 15-16
- Dahl, Robert* (1961). Who Governs? Democracy and Power in an American City, Yale University Press
- Dolomiten* (2004). "Ausländerbeirat – Frauen stechen fast die Männer aus – Der neunköpfige Beirat setzt sich aus sechs Frauen und drei Männern zusammen" in: Dolomiten, 14.12.2004, 29 ("Beinahe hätte

- bei der am Sonntag erfolgten Wahl des Ausländerbeirats ein Mann in das Gremium kooptiert werden müssen”)
- European Union* (2010). European Union Democracy Observatory on Citizenship, <http://eudo-citizenship.eu/modes-of-acquisition/190/?search=1&idmode=A06> (22.09.2010)
- Franchi Scarselli*, Guido (a cura di) (2000). Una guida ai modelli di rappresentanza politico-amministrativa locale degli stranieri, Forlì-Cesena: Téchné
- Königreich Belgien* (2010). Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit, Einbürgerungsantrag, http://diplomatie.belgium.be/de/dienste/dienste_im_ausland/staatsangehoerigkeit/freiwilliger_erwerb/einburgerungsantrag/index.jsp (22.09.2010).
- Manuale* (2004). Manuale per l'integrazione per i responsabili delle politiche d'integrazione e gli operatori del settore, Direzione Generale Giustizia, Libertà e Sicurezza, Novembre 2004, www.migpolgroup.com/public/docs/51.HandbookonIntegration_IT_11.04.pdf (08/07/2010).
- Martiniello*, Marco (1999). The Limits of Consultative Politics for Immigrants and Ethnic Immigrant Minorities, in: Entzinger, Han et al. (a cura di). Political and Social Participation of Immigrants Through Consultative Bodies, Straßburg: Council of Europe, 77-89
- Ministero dell'Interno* (2009). Ministero dell'Interno. Dipartimento per le libertà civili e www.libertaciviliimmigrazione.interno.it/dipim/site/it/documentazione/statistiche/diritti_civili/I_dati_definitivi_del_2009.html (22.09.2010).
- Neue Südtiroler Tageszeitung* (2004). “Setze mich für Respekt und Chancengleichheit ein”. Intervista con Liliana Vintilia, in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 20/21.11.2004 (“Ich will all meine Kraft und Energie dafür verwenden, mich für die sozialen Belange meiner ausländischen Freunde stark zu machen”).
- Neue Südtiroler Tageszeitung* (2004a). “Wohnungsprobleme müssen gelöst werden”. Intervista alla candidata Branka Majkic in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 23.11.2004 (“Ich möchte mich für alle Ausländer einsetzen und speziell dafür, dass sie leichter eine Wohnung finden, denn dies ist zur Zeit das größte Problem hier”).
- Neue Südtiroler Tageszeitung* (2004b). “Bhatti Nasir Mahmood: Meine Landsleute sind mir wichtig”. Intervista al candidato Bhatti Nasir Mahmood in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 18.11.2004.
- Neue Südtiroler Tageszeitung* (2004c). “Gemeinschaft macht stark.” Intervista alla candidata Oksana Ocheret in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 13/14.11.2004 (“Es gibt hier viele Kulturen, die sich vermischen, ich möchte Mittlerin dieser Kulturen sein und den Menschen hier etwas von unserer Mentalität erzählen”).
- Pallaver*, Günther/*Attanasio*, Paolo (2004). Stimmen der Welt. Am Sonntag wählen die Ausländer in Bozen ihren Gemeindebeirat, in “FF“ – Das Südtiroler Wochenmagazin, n. 21, 20/05/2004, 28
- Pilati*, Katia (2010). Disuguaglianze strutturali e partecipazione politiche degli immigrati filippini, egiziani ed ecuadoriani a Milano, in: *Polis* 2/2010, 257-285
- Rosenberger*, Sieglinde/*Seeber*, Gilg (2008). Wählen, Köln/Weimar/Wien: Facultas
- Sartori*, Fabio (2010). Acquisitions of citizenship slightly declining in the EU (Eurostat statistics in focus) 36/2010; http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-SF-10-036 (12.3.2011)
- Unterthurner*, Stefan (2009). “Menschen des Übergangs”, tesi di laurea, Innsbruck 2009.

- Vasileva, Katya* (2010). Population and social conditions (Eurostat Statistics in focus) 45/2010; 1, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-10-045/EN/KS-SF-10-045-EN.PDF (20.09.2010)
- Vermeulen, Floris* (2006). The Immigrant Organizing Process, Turkish organizations in Amsterdam and Berlin and Surinamese organizations in Amsterdam 1960-2000, Amsterdam: AUP
- Zappoli, Giovanni* (2004). Immigrati, al voto per contare – “Prima emergenza: la casa” in: Alto Adige, 21.11. 2004, 16.

Abstracts

Integration und Partizipation: Die Ausländerbeiräte in Bozen und Meran

Der Beitrag beschäftigt sich mit Fragen der Partizipation als einer der einschneidendsten Maßnahmen für eine schrittweise Integration von AusländerInnen, wie dies zahlreiche Dokumente der Europäischen Kommission immer wieder betonen. Nach einem Überblick über das Ausländer-Wahlrecht auf europäischer Ebene und in Italien wird auf die konkreten Erfahrungen der beiden Südtiroler Städte Bozen und Meran eingegangen. Beide Städte haben im Jahre 2004 nach einer längeren Vorlaufzeit einen Beirat für AusländerInnen eingerichtet. Eine erste Bilanz ist eher ernüchternd. Beim ersten Wahlgang war die Wahlbeteiligung äußerst hoch, genauso wie es die Erwartungen in die Beiräte waren. Eine gewisse Ernüchterung über die begrenzten Aktionsmöglichkeiten der Beiräte hat das Interesse und die Wahlbeteiligung beim zweiten Wahlgang 2009 stark zurückgehen lassen. Der im Jänner 2011 von der Südtiroler Landesregierung eingebrachte Gesetzesentwurf zur Einwanderung sieht einen Landesseinwanderungsbeirat vor, in dem sich die AusländerInnen allerdings in der Minderheit befinden. Insgesamt können Beiräte lediglich Übergangslösungen für eine definitive Einbürgerung sein.

Integraziun y partezipaziun: les consultes di imigrà a Balsan y Maran

L'articul se dà jö cun la chestiun dla partezipaziun, un di vari plü importané por l'integraziun dles porsones imigrades da d'atri staç, sciöch'al vëgn tres indô sotligné te tröc documënc dla Comisciun Europeica. Do na panoramica sön i dërc da lité che les porsones imigrades à ti staç europeics vëgnel tut en conscidraziun les esperiënzes fates de chësc vers a Maran y a Balsan. Te trames les citês él gnü metü sö tl 2004, do n tëmپ valgamia lunch de preparaziun, na consulta por les porsones imigrades da d'atri staç. N pröm bilanz ti lascia pücia lerch ales ilujiuns. Pro la pröma litaziun di comitês é la partezipaziun ales lîtes stada scialdi alta, sciöche incé les aspetatives da pert dles consultes. Le confrunt cun la realté che impormët püces poscibilitês d'aziun, à fat perde dassënn l'interès por la secunda litaziun tl 2009, olache la partezipaziun é stada scialdi bassa. La proposta de lege sön l'imigraziun che é gnüda portada dant de jenà dl 2011 dal govern provincial vëiga danfora l'istituziun de na consulta provinciala por l'imigraziun, olache la rapresentanza dles porsones imigrades da d'atri staç foss indere te na posiziun de mendranza. Les consultes po eventualmënter ester soluziuns, mo dessigü ma provisores, sön le tru devers de na „naturalisaziun“ definitiva.

Integration and Participation: local consultative bodies in Bozen and Meran

This article throws light on the issue of participation as one of the most important measures towards a smooth integration of migrants, as underlined time and again by many official documents of the European Commission. After an overview of the voting rights for foreigners at the European level, the article brings the concrete example of two local consultative bodies, which were established in 2004 in the South-Tyrolean cities of Bozen and Meran after lengthy preparatory works. A first-hand evaluation of their performance appears rather deceiving: though turnout at the first election (2004) was as high as expected, participation was much lower five years later, probably due to the limited powers of the consultative bodies. A new integration bill presented by the local government in January 2011 foresees a non-elective consultative body for foreign citizens, which is nominated by the government itself, and where migrants' representatives are in a minority position. All in all, it can be said that, within the present legislative setup, local consultative bodies can only represent a provisional solution on the way towards naturalization.

Marco Brunazzo

Verso una *governance* trentina multilivello?

Le elezioni per i Comuni e per le Comunità di valle nel 2010

1. Introduzione

Il 2010 è stato un anno elettorale in Trentino. Il 16 maggio (e il 30 maggio per i Comuni in cui si doveva tenere il ballottaggio) si sono tenute le elezioni amministrative, mentre il 24 ottobre (e il 7 novembre in caso di ballottaggio) ci sono state le prime elezioni per le Comunità di valle. Queste seconde elezioni, in particolare, sono state l'atto più visibile, al momento, della costituzione dei nuovi enti intermedi tra provincia e municipalità. Due diversi tipi di elezioni, due diversi livelli istituzionali, ma risultati molto prossimi: il Trentino si afferma come l'unica zona del Nord-Est del Paese in cui il centrosinistra gode di buona salute, mentre il centrodestra arranca. Inoltre, la creazione delle Comunità di valle rende la *governance* del Trentino più dispersa e organizzata in un sistema multilivello.

Questo articolo è strutturato in tre paragrafi. Nel primo vengono presentati i risultati delle elezioni comunali; nel secondo viene illustrato l'esito delle elezioni per le Comunità di valle; nel terzo (le conclusioni) si evidenziano alcune conside-

razioni generali (e di prospettiva) circa la peculiarità trentina rispetto alle regioni e province limitrofe.

2. Le elezioni comunali

La legge (nazionale) n. 81 del 25 marzo 1993 che ha introdotto l'elezione diretta del Sindaco in Italia ha avuto un notevole impatto sulla politica locale, ispirando al contempo molto da vicino anche la legge elettorale (regionale) adottata nel Trentino/Alto Adige-Südtirol. In effetti, anche in Trentino la riforma per l'elezione dei Sindaci adottata tramite la legge n. 3 del 30 novembre 1994 (modificata poi dal DPRReg. 1 febbraio 2005 n. 1/L) ha indotto gran parte delle dinamiche che la riforma nazionale del 1993 ha avviato negli altri comuni italiani.

Il sistema elettorale è diverso a seconda della dimensione dei comuni. Nel caso i comuni contino fino a 3.000 abitanti, la formula elettorale adottata è di tipo maggioritario. Nella scheda sono riportati i simboli delle liste in competizione, ciascuna collegata a un candidato Sindaco. Di conseguenza, votare per una lista significa votare automaticamente per il candidato Sindaco collegato, e viceversa. Viene eletto Sindaco il candidato che ottiene più voti, e solo in caso di parità è previsto un turno di ballottaggio. Alla lista che appoggia il candidato Sindaco vincente vanno i due terzi dei seggi del Consiglio comunale, mentre il rimanente terzo è attribuito in modo proporzionale tra le restanti liste. Ora, i consigli nei comuni con meno di 3.000 abitanti sono formati da 15 consiglieri. Questo significa che la lista collegata al Sindaco vincente avrà dieci seggi, mentre le altre liste si divideranno in modo proporzionale (attraverso il metodo D'Hondt) i restanti cinque seggi. Nei comuni con meno di 3.000 abitanti il Sindaco presiede il Consiglio comunale, che nomina anche i componenti della Giunta (gli Assessori non possono essere più di quattro, due dei quali possono essere scelti esternamente al consiglio) e propone all'approvazione del consiglio gli indirizzi generali di Governo.

Nei comuni con popolazione superiore ai 3.000 abitanti, l'elezione del Consiglio comunale avviene su base proporzionale con l'assegnazione di un premio di maggioranza. Sono ammessi collegamenti tra un candidato Sindaco e più liste collegate. L'elettore ha due scelte di voto: può votare per un candidato-Sindaco e per una lista a lui collegata oppure può votare per un candidato-Sindaco senza votare una lista. La legge del 1994 prevedeva anche la possibilità di voto disgiunto, poi cancellata con la razionalizzazione introdotta nel 2005: nelle elezioni tenutesi tra il 1995 e il 2004 un elettore, cioè, poteva esprimere un voto per un candidato-Sinda-

co e un voto per una lista a lui non collegata. È proclamato vincitore il candidato-Sindaco che ottiene la maggioranza assoluta dei voti validi. Se ciò non avviene, si procede a un ballottaggio tra i due candidati più votati, prima del quale le liste collegate a candidati non ammessi al ballottaggio possono decidere di collegarsi con uno dei due candidati. È quindi eletto Sindaco il candidato che ottiene il maggior numero di voti. Alla lista o alle liste collegate al candidato vincente (che ottengono almeno il 40 % del totale dei voti espressi) è assegnato almeno il 60 % dei seggi del consiglio. I restanti seggi sono attribuiti tramite il metodo proporzionale D'Hondt tra le restanti liste.

Il Sindaco presiede la Giunta, formata da un numero di Assessori pari a 6 nei comuni con popolazione compresa tra 3.000 e 10.000 abitanti, un numero non superiore ad 8 nei comuni con popolazione compresa tra 10.000 e 100.000 abitanti, e un numero non superiore a dieci per gli altri comuni e per il capoluogo provinciale. Anche in questo caso, il Sindaco può nominare gli Assessori esterni in numero non superiore alla metà dei componenti della Giunta. Nei comuni con più di 13.000 abitanti è prevista l'incompatibilità tra le cariche di assessore e di consigliere.

Vi sono pochi dubbi sul fatto che la legge del 1994 abbia favorito la stabilità e la governabilità dei comuni. Il Sindaco può ora contare su una maggioranza chiara che gli permetta di realizzare il suo programma di Governo. Inoltre, l'azione del Sindaco è resa più trasparente e, di conseguenza, "giudicabile" dagli elettori nelle elezioni successive. Come è stato scritto della legge elettorale nazionale n. 81 del 1993, che, come detto, guarda da vicino la legge in vigore in Trentino, la riforma del sistema di elezione dei Sindaci costituisce "un esempio di ingegneria istituzionale andato a buon fine" (Vassallo 2001, 726).

Eppure, l'adozione in Trentino di una legge elettorale di impronta maggioritaria si scontra (o rischia di scontrarsi) con le dinamiche politiche specifiche dei comuni di piccole dimensioni tipici del Trentino. Come si sa, la Provincia Autonoma di Trento è composta da 217 comuni, di cui circa la metà ha una popolazione al di sotto dei 1.000 abitanti (Tabella 1). Solamente 26 comuni hanno una popolazione superiore ai 3.000 abitanti.

Tabella 1: Le dimensioni dei comuni trentini e popolazione residente per classi di ampiezza demografica al censimento del 2001

Classe dimensionale	Numero comuni	Popolazione residente
Fino a 500 abitanti	51	16.884
501-1.000 abitanti	59	43.024
1.001-2.000 abitanti	64	89.156
2.001-3.000 abitanti	17	41.775
3.001-4.000 abitanti	9	30.378
4.001-5.000 abitanti	4	17.875
5.001-10.000 abitanti	8	53.387
10.001-50.000 abitanti	4	79.592
50.001-100.000 abitanti	–	–
Oltre 100.000 abitanti	1	104.946
Totale	217	477.017

Fonte: ISTAT, Censimento generale della popolazione, 2001.

Fino al 2009, i comuni erano 223. Ai sensi dell'articolo 8 della legge regionale 21 ottobre 1963, n. 29 nel 2009 è stato istituito il Comune di Ledro mediante la fusione dei Comuni di Molina di Ledro, Pieve di Ledro, Concei, Bezzeca, Tiarno di Sotto e Tiarno di Sopra, che hanno costituito l'Unione dei comuni della Valle di Ledro. Inoltre, dall'1 gennaio 2010 il Comune di Bleggio Inferiore e quello di Lomaso hanno dato origine al nuovo Comune di Comano Terme. Il 16 maggio si è votato, quindi, per l'elezione dei primi Sindaci di questi due nuovi Comuni.

La frammentazione dei comuni trentini costituisce un dato di fondo da tenere in considerazione. Non si capirebbe, altrimenti, perché sono state introdotte le nuove Comunità di valle, che sostituiscono il sistema comprensoriale ridisegnando i rapporti tra la Provincia e i Comuni, su cui si tornerà nel seguente paragrafo. Ma senza considerare l'ampia frammentazione dei municipi non si capirebbe neppure perché la legge elettorale del 1994 sia oggi sottoposta a numerose critiche. In effetti, in molti ritengono che la riforma del 1994 abbia ridotto più che aumentato la democrazia, soprattutto nei piccoli comuni (si veda il Rapporto sulla qualità della democrazia in Trentino 2008). Questa legge, infatti, è ritenuta responsabile di creare fittizie maggioranze nei piccolissimi comuni, laddove invece dovrebbe prevalere maggiormente una logica di gestione comunitaria della cosa pubblica. Per questo, molti critici evidenziano come sempre più nei piccoli comuni si presenti alle elezioni una sola lista alle elezioni, pregiudicando di fatto il risultato elettorale. Infine, la legge è vista come la causa di un disequilibrio tra le funzioni della Giunta e quelle del Consiglio comunale, spesso risolto a favore della prima attraverso la "mortificazione" del secondo.

Queste critiche non sono prive di fondamento. I dati mostrano come nei piccoli comuni il numero delle liste presentatesi alle elezioni si sia ridotto notevolmente dall'adozione della legge del 1994 in poi: nel ciclo elettorale 1985-1989, due liste erano presenti solamente nel 36,6% dei comuni, nel ciclo 1990-1994 nel 45,5%, e nei cicli seguenti in più del 50% dei comuni (o poco meno nel periodo 2005-2007). Allo stesso tempo, il numero dei comuni in cui manca la competizione elettorale cresce di dieci volte nel periodo immediatamente successivo all'introduzione della riforma elettorale (dai cinque casi del periodo 1990-1994 ai 51 del periodo 1995-1999), per aumentare ulteriormente nel ciclo 2000-2004 (56) e ancora nel ciclo 2005-2007 (79) (Brunazzo 2008).

Con queste dinamiche gioca un ruolo rilevante la dimensione dei comuni, anche se non è da escludere che alcuni altri fattori debbano essere presi in considerazione, come la perdita di capacità di mobilitazione dei partiti politici, la loro limitata presenza sul territorio provinciale, una certa instabilità del sistema partitico a livello provinciale, o la perdita di interesse dei cittadini per la politica. Al contempo, ciò che è vero per i comuni di limitate dimensioni non è vero nei comuni di dimensioni relativamente grandi, in cui cresce la frammentazione, a dimostrazione del fatto che, da una parte, la competizione politica può dispiegarsi meglio laddove le dimensioni dei comuni lo consentono e che, dall'altra, la frammentazione del sistema di partito trentino è andata crescendo negli ultimi anni. Con questo contesto istituzionale di sfondo si collocano le elezioni comunali del 2010, che hanno riguardato 286.922 elettori residenti in 204 comuni.

Per quanto riguarda il contesto politico, il primo dato da segnalare è l'elevata presenza di liste civiche, dovuta, probabilmente, a tre fattori. Il primo è la legge elettorale: se, da una parte, questa enfatizza il ruolo dei partiti tradizionali nella scelta del candidato Sindaco, dall'altra ne riduce il potere nella fase di formazione del Governo locale. Ciò è dovuto alla crescente personalizzazione del voto, che ha comportato anche una minore politicizzazione della scelta della Giunta comunale. Questa dinamica apre spazi di manovra a nuovi soggetti politici, permettendo loro di guadagnare il consenso degli elettori meno ideologizzati e politicizzati, e per questo più attenti ai problemi di uno specifico territorio e alle personalità dei candidati. Il secondo fattore può essere identificato nelle difficoltà dei partiti politici tradizionali, che sempre di più faticano a essere presenti sul territorio e a costituire un riferimento ideologico e culturale saldo. Infine, il terzo fattore è identificabile nella frammentazione dell'offerta partitica, soprattutto nei grandi comuni: maggiore è il numero dei partiti e maggiore è la dispersione del voto, maggiori sono le possibilità per le liste civiche di diventare attori importanti nella creazione delle

coalizione nella fase post-elettorale. Se, di per sé, la presenza delle liste civiche non può essere considerata un limite, dall'altra essa rende meno chiari i risultati finali per le tradizionali forze politiche (Tabella 2).

Tabella 2: L'offerta politica nei comuni con più di 3.000 abitanti in cui si è votato il 16 maggio 2010

Comune	Numero candidati Sindaco	Numero liste presentate
Ala	7	12
Arco	4	16
Avio	3	9
Baselga di Pinè	5	8
Brentonico	3	6
Cavalese	2	10
Dro	4	7
Ledro	5	9
Levico Terme	4	9
Mezzocorona	3	4
Mori	5	11
Pinzolo	4	6
Predazzo	5	10
Riva del Garda	6	14
Rovereto	8	15
Storo	4	10
Tione di Trento	3	7
Villa Lagarina	3	3

In effetti, queste elezioni comunali sono state considerate dai partiti politici come un importante test del loro consenso elettorale, sia dentro che fuori le coalizioni. Ovviamente il centrodestra sperava di interrompere la serie negativa di sconfitte registrate in particolare negli ultimi due anni, nel 2008 alle elezioni provinciali e nel 2009 nelle elezioni comunali di Trento. Inoltre, Pdl e Lega Nord confidavano che dalle urne venisse fuori una chiara indicazione su quale sia il partito principale di opposizione. Specularmente, Unione per il Trentino (Upt) e Pd speravano di trovarvi alcune indicazioni risolutive per la loro competizione infracoalizionale. Che queste elezioni siano state di per sé anche un terreno di competizione tra partiti coalizzati a livello provinciale lo si è visto dall'offerta politica. Nel centrodestra, il Pdl e la Ln hanno sostenuto in molti comuni candidati diversi, e altrettanto hanno fatto Pd e Upt. Inoltre, il Pdl e l'Upt hanno preferito declinare il loro impegno promuovendo liste civiche, mentre Pd e Ln hanno preferito presentare il loro simbolo.

Per quanto riguarda l'Upt, il fatto che, nonostante la sua caratterizzazione di partito territoriale, non abbia presentato il suo simbolo in numerosi comuni può essere inteso come un elemento problematico per quel partito.

Quale responso hanno dato le urne? L'affluenza complessiva è stata in leggero calo, soprattutto a causa della declinante partecipazione nei grandi comuni, e questo nonostante il fatto che proprio in questi comuni l'offerta politica era maggiormente variegata. A Rovereto hanno votato il 68,48% degli aventi diritto (contro il 70,15% delle precedenti comunali), a Riva del Garda il 65,65% (contro il 70,15%), ad Arco il 72,15% (contro il 73%), ad Ala il 76,11% (contro il 79,07%). Cali della partecipazione si sono registrati anche ad Avio, a Brentonico, a Cavalese, a Lavis, a Levico, a Mori e a Storo. Nei piccoli comuni, il panorama è più diversificato. In tutti i 41 comuni con un unico candidato Sindaco, il quorum del 50% è stato raggiunto: la partecipazione è stata leggermente al di sotto della media, pur essendo molto elevata in alcuni casi (85,28% a Cunevo, 80,71% a Terzolas) e molto bassa in altri (a Calceranica hanno votato solamente il 50,38% degli aventi diritto).

Anche per quanto riguarda la presenza di schede bianche e nulle, in questi comuni non si sono registrati andamenti particolari. La percentuale di elettori che, pur andando alle urne, hanno preferito non assegnare il loro voto al candidato Sindaco è leggermente più alta della media complessiva dei comuni trentini. L'intervallo resta al contempo molto ampio: si va dalla totale mancanza di schede bianche e nulle ad Amblar al 26,28% registrato a Soraga. Questo rende difficile sostenere con certezza che laddove si registrano meno candidati alla carica di Sindaco gli scontenti, pur andando a votare, affidano alla scheda bianca o nulla la distrazione del loro dissenso. Questa spiegazione resta ciò nondimeno plausibile, anche se andrebbe probabilmente correlata con altri fattori di natura assolutamente locale.

I risultati sono di non facile interpretazione. Il combinato disposto della natura della competizione (si trattava di eleggere prima di tutto buoni amministratori dei municipi), delle dimensioni (ridotte) dei comuni e della presentazione di (numerosse) liste civiche ha prodotto un quadro confuso che consente a tutte le forze politiche di interpretare i risultati in loro favore. Si prenda ad esempio il caso dell'Upt: secondo il Presidente della Provincia, e fondatore di questo partito, Lorenzo Dellai, le urne mostrano come non si possa parlare di una sua crisi, mentre secondo il senatore della Ln Sergio Divina si deve parlare di un suo vero e proprio "naufragio". Certamente, i risultati possono offrire comunque notevoli spunti di riflessione sullo "stato di salute" dell'Upt. Stando ai dati forniti dallo stesso partito, 40 sono i Sindaci dei comuni con meno di 3.000 abitanti che posseggono la tessera dell'Upt (Patrino 2010a). Rimane, però, molto difficile capire se queste vittorie possano es-

sere attribuite espressamente all'Upt o se, invece, non abbiano contato altre dinamiche (come la scelta di candidati forti, la capacità aggregativa della coalizione proposta o questioni del tutto locali). La stessa composizione delle liste civiche è più diversificata di quanto a prima vista possa apparire, fatta com'è di persone riconducibili a diversi trascorsi politici e non tutti di area margheritina.

La terza questione riguarda il fatto che l'Upt esca indebolita dalla consultazione in molti centri urbani (Rovereto, Riva, Arco, Mori, solo per citare alcuni esempi) (Guarnieri 2010). Lorenzo Dellai ha così letto questi risultati: "Anche alle Regionali l'Upt aveva avuto risultati molto limitati nei centri urbani ed è rimasto così. Teniamo conto che peraltro sono dinamiche elettorali che vanno e vengono per tutti. Anche il Pd ha fatto in qualche realtà peggio che alle Regionali, in altre meglio. Esattamente come l'Upt" (Gottardi 2010).

Ciò di cui si può essere relativamente sicuri è che, nel complesso, queste elezioni abbiano sancito una vittoria del centrosinistra e una nuova sconfitta per il centrodestra, come mostrano i risultati dei principali comuni in cui si è votato (Tabella 3).

Tabella 3: Risultati delle elezioni amministrative 2010 nei principali comuni con più di 3.000 abitanti

	Ala	Arco	Levico	Mezzocorona	Riva del Garda	Rovereto
Sindaco eletto (coalizione)	Luigino Peroni (CS)	Paolo Mattei (CS)	Giampiero Passamani (CS)	Mauro Fiammozzi (Civ)	Adalberto Mosaner (CS)	Andrea Miorandi (CS)
Principali partiti politici						
Upt	14,34***	5,93	25,43	-	9,07	5,95*
Pd	12,41	12,57	15,32	8,59	21,01	19,17
Patt	5,91	12,40	18,55****	-	6,26	4,02
Idv	-	3,89	-	-	3,50	2,04
Pdl	-	5,53	3,66	-	7,62	11,10
Ln	13,29	5,47	9,18	7,89	6,89	4,08

Note: * Unione per Rovereto; ** Unione per Riva; *** Unione per Ala; **** Impegno per Levico – PATT.
 Legenda: CS: centrosinistra; Civ: liste civiche; Upt: Unione per il Trentino; Pd: Partito democratico; Patt: Partito autonomista trentino tirolese; Idv: Italia dei valori; Pdl: Popolo della libertà; Ln: Lega Nord.

A ben vedere, però, anche per il centrosinistra non mancano aspetti problematici, anche se più legati a dinamiche coalizionali. In cinque dei 19 comuni sopra i 3.000 abitanti in cui si è votato (Arco, Ledro, Ala, Mori e Baselga di Pinè) sono finiti al ballottaggio candidati sostenuti dai diversi partiti che compongono la coalizione che sostiene il Governo provinciale. Ballottaggi poi risolti tutti a favore del

Pd nel secondo turno che si è tenuto il 30 maggio. Il dato è stato così commentato da Alberto Pacher, Vicepresidente della Provincia e esponente di punta del Pd: “È stato un risultato inaspettato per le dimensioni e dimostra, a chi ancora sosteneva il contrario, che il Pd è un partito strateritoriale, direi il vero partito territoriale del Trentino” (Patruno 2010b). Nel centrosinistra rimane quindi aperta la questione di quale sia il “vero” partito territoriale e, soprattutto, si aprono diversi scenari in vista delle elezioni per la Provincia di Trento del 2013, sia in termini coalizionali (l’Upt e il Pd continueranno formare una coalizione o adotteranno strategie divergenti?) sia per quanto riguarda il candidato alla presidenza della Provincia di Trento (da quale partito proverrà?).

3. Le elezioni per le Comunità di valle

Nel 2010 si sono tenute le prime elezioni per le Comunità di valle. Come dice la legge istitutiva, la Comunità di valle è un “ente pubblico costituito dai comuni appartenenti al medesimo ‘territorio’ per l’esercizio di funzioni, compiti, attività e servizi nonché, in forma associata obbligatoria, delle funzioni amministrative trasferite ai comuni”¹. Essa si basa sulla promozione e il rispetto dei principi di sussidiarietà (secondo cui i compiti di gestione amministrativa devono essere affidati all’ente più vicino alla cittadinanza, cioè all’ente locale), di differenziazione (secondo cui occorre un sistema diversificato al fine di tenere conto delle caratteristiche specifiche dell’ente considerato) e di adeguatezza (secondo cui se l’ente non è adeguato a realizzare una funzione o un servizio richiede un’organizzazione particolarmente complessa, la funzione passa alla competenza dell’ente superiore). L’obiettivo delle Comunità di valle è quello di avvicinare ai cittadini il luogo della decisione, favorendo una effettiva partecipazione democratica. Secondo lo schema adottato, la potestà legislativa rimane in capo alla Provincia, mentre la potestà amministrativa viene affidata alle altre istituzioni decentrate.

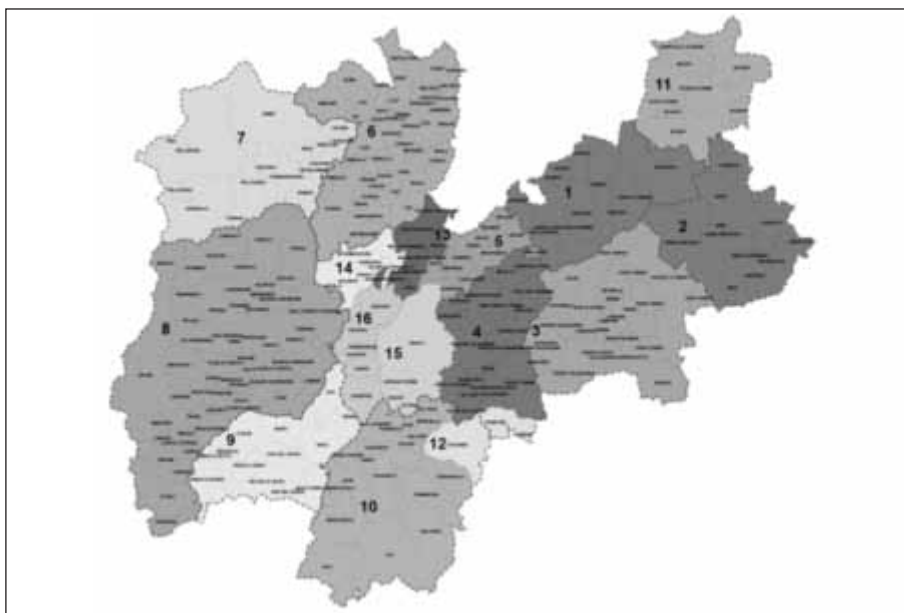
Le Comunità di valle sostituiscono gli undici comprensori. Esse si occupano di

- a) assistenza scolastica ed edilizia scolastica relativa alle strutture per il primo ciclo di istruzione;
- b) assistenza e beneficenza pubblica, compresi i servizi socio-assistenziali, nonché il volontariato sociale per servizi da gestire in forma associata, ed esclusi gli accreditamenti di enti e strutture e le attività di livello provinciale da identificare d’intesa con il Consiglio delle autonomie locali;
- c) edilizia abitativa pubblica e sovvenzionata;

- d) urbanistica, ad esclusione delle funzioni amministrative attinenti ad opere di competenza dello Stato, della Regione e della Provincia nonché delle funzioni di pianificazione urbanistica di livello provinciale, fermo restando quanto previsto dal comma 9, e delle funzioni di vigilanza e tutela compatibili con l'ordinamento dei comuni e con la Costituzione;
- e) espropriazioni per le opere o gli interventi d'interesse locale a carattere sovracomunale;
- f) programmazione economica locale e gestione amministrativa e finanziaria delle leggi di intervento nei settori economici per quanto riguarda il rispettivo ambito territoriale, secondo quanto stabilito dalle intese e dagli accordi di programma previsti dai commi 9 e 10; programmazione socio-economica dello sviluppo prevista per le comunità montane dalla legge 3 dicembre 1971, n. 1102 (Nuove norme per lo sviluppo della montagna);
- g) azioni e attività di interesse locale nell'ambito delle politiche provinciali, attribuite dalla legge o dagli accordi di programma previsti dal comma 9 nelle materie: agricoltura, foreste e apicoltura, incremento della produzione industriale, sviluppo della montagna, artigianato, fiere e mercati, miniere, cave e torbiere, turismo e commercio;
- h) infrastrutture di interesse locale a carattere sovracomunale, comprese le infrastrutture scolastiche;
- i) opere e interventi di interesse locale a carattere sovracomunale relativi alla prevenzione dei rischi, alla protezione, alla gestione dell'emergenza e al ripristino definitivo dei danni derivanti da calamità pubbliche;
- j) servizi pubblici di interesse locale per quanto non già di competenza dei comuni, fermo restando quanto previsto dal comma 7, e in particolare: ciclo dell'acqua, con particolare riguardo ai servizi di acquedotto, fognatura e depurazione; ciclo dei rifiuti; trasporto locale; distribuzione dell'energia;
- j bis) ulteriori funzioni individuate di intesa con il Consiglio delle autonomie locali, previo parere della competente commissione permanente del Consiglio provinciale; per tali funzioni la Provincia può mettere a disposizione personale provinciale.

La Provincia di Trento è stata divisa quindi in sedici territori, individuati in considerazione della continuità territoriale, dell'omogeneità culturale, storica, sociale, economica, infrastrutturale e orografica, oltre che dell'adeguatezza rispetto all'esercizio delle funzioni attribuite (Fig.1).

Fig. 1: I territori delle Comunità di valle.



Dal punto di vista istituzionale, una comunità è costituita da un'assemblea, un presidente, un organo esecutivo e da una conferenza dei Sindaci. L'assemblea è l'organo di indirizzo politico-amministrativo della Comunità: approva i regolamenti dell'ente, gli atti di indirizzo e programmazione, i piani e le linee strategiche per l'organizzazione dei servizi, dei bilanci e dei rendiconti di gestione. Il presidente rappresenta l'ente, nomina l'organo esecutivo, presiede l'assemblea e l'organo esecutivo ed è membro di diritto del Consiglio delle autonomie locali. L'organo esecutivo è composto dal presidente e da un numero variabile di componenti, che va da un minimo di tre ad un massimo di cinque (sette per le Comunità con più di 21 comuni). Gli statuti delle Comunità nel cui territorio sono compresi i Comuni di Fierozzo, Frassilongo, Palù del Fersina e Luserna, possono prevedere che l'organo esecutivo sia composto da un ulteriore componente in rappresentanza delle minoranze mochena e cimbra. L'organo esecutivo governa l'ente e ne gestisce tutte le attività.

Nel 2009 è stata approvata un'importante modifica della legge di riforma istituzionale che ha introdotto l'elezione diretta di una parte degli organi delle Comunità. Essa prevede che il presidente e i 3/5 dell'assemblea siano eletti dalla popolazione di ciascun territorio, a suffragio universale. I restanti 2/5 dell'assemblea sono invece nominati dai Consigli comunali del territorio.

Il numero dei componenti dell'assemblea è diverso per ciascuna Comunità, in base al numero dei comuni compresi nel suo territorio. Ciascun comune del territorio nomina un proprio rappresentante nell'assemblea e la somma di tali componenti costituisce i 2/5 dell'assemblea. Da tale numero sono calcolati i 3/5 dell'assemblea, che assieme al presidente, sono eletti direttamente (Tabella 4). L'elezione dei 2/5 dell'assemblea in rappresentanza dei comuni verrà effettuata successivamente all'elezione diretta del presidente e dei 3/5 dell'assemblea.

Tabella 4: I componenti delle assemblee delle Comunità di valle

Nome della Comunità di valle	Numero dei comuni	2/5 nominati dai consigli comunali	Presidente + 3/5 (eletti direttamente)	Numero totale dei componenti
Territoriale Valle di Fiemme	11	11	1+17	29
Primiero	8	8	1+12	21
Valsugana e Tesino	21	21	1+32	54
Alta Valsugana e Bersntol	18	18	1+27	46
Cembra	11	11	1+17	29
Valle di Non	38	38	1+57	96
Val di Sole	14	14	1+21	36
Giudicarie	39	39	1+59	99
Alto Garda e Ledro	7	7	1+11	19
Vallagarina	17	17	1+26	44
Magnifica Comunità Altipiani Cimbri	3	3	1+5	9
Rotaliana – Königsberg	8	8	1+12	21
Paganella	5	5	1+8	14
Valle dei Laghi	6	6	1+9	16

Il Comun General de Fascia gode di una speciale autonomia, data la presenza di una considerevole minoranza ladina. L'articolo 19 della L.P. n. 3/2006 detta "Disposizioni speciali per le popolazioni di lingua ladina, mochena e cimbra" e il suo primo comma recita: "Nel territorio coincidente con quello dei Comuni di Campitello di Fassa – Ciampedel, Canazei – Cianacei, Mazzin – Mazin, Moena – Moena, Pozza di Fassa – Poza, Soraga – Soraga e Vigo di Fassa – Vich, dove è insediata la popolazione di lingua ladina, è costituito il Comun General de Fascia secondo le disposizioni previste da questa legge per le Comunità, ad eccezione di quanto disposto da quest'articolo." Le istituzioni del Comun General de Fascia sono stabilite dallo Statuto della Comunità di valle stessa e sono: il Procurador, il Consei di Ombolc (formato dai sette Sindaci dei Comuni di Fassa, è presieduto dal Procurador; si tratta di un organo con funzioni di carattere propositivo e di indirizzo politico e di raccordo fra le amministrazioni comunali e il Comun General de Fascia) e il

Consei General (composto dal Procurador e da altri 30 membri, ossia nove consiglieri eletti direttamente dalla popolazione, di cui uno è il primo candidato Procurador non eletto a tale carica, i sette Sindaci e due rappresentanti per ogni Comune di Fassa nominati dai rispettivi Consigli comunali).

La legge elettorale per le Comunità ricalca da vicino quella regionale per l'elezione dei comuni con più di 3.000 abitanti. L'elettore utilizza un'unica scheda per il presidente e per i candidati alla carica di componente dell'assemblea; può votare un presidente e una lista ad esso collegata (ma non è ammesso il voto disgiunto); può inoltre esprimere fino a due preferenze per candidati alla carica di componente dell'assemblea appartenenti alla lista votata, senza alcun vincolo "di genere". È eletto presidente il candidato che ha ottenuto il 50% più uno dei voti validi. Se questa soglia non è raggiunta, si tiene un ballottaggio tra i due candidati più votati al primo turno. I seggi sono ripartiti con il sistema proporzionale, ma alle liste collegate al presidente eletto sono attribuiti comunque almeno il 60% dei seggi (premio di maggioranza); in ogni caso, le liste collegate al presidente eletto non possono contare più del 70% dei seggi.

Entro i trenta giorni successivi alle elezioni, i comuni del territorio nominano ciascuno il proprio rappresentante nell'assemblea. I rappresentanti dei comuni possono essere consiglieri comunali e Sindaci o esterni in possesso dei requisiti di compatibilità ed eleggibilità previsti per i consiglieri comunali. In caso di mancata nomina del 2/5 dei membri, l'assemblea è comunque validamente costituita, ma può esercitare per trenta giorni solamente le funzioni di ordinaria amministrazione e può adottare atti urgenti. Decorsa anche questa seconda scadenza, l'assemblea assume pienezza di funzioni, anche se non sono ancora nominati tutti i componenti in rappresentanza dei comuni.

L'introduzione delle comunità di valle è stata discussa molto a lungo a livello provinciale, ma era stata scarsamente compresa dai politici a livello comunale (Brunazzo 2007) e sostanzialmente ignorata dalla gran parte degli elettori. Le polemiche che ne erano seguite avevano spinto il Presidente della Provincia Dellai a "metterci la faccia" (Patruno 2010c).

Per quanto riguarda l'offerta politica, i partiti del centrosinistra hanno deciso di individuare i loro candidati presidenti per lo più tra persone non tesserate, probabilmente per evitare le divisioni registrate nelle elezioni comunali di maggio. Per questo, il Pd aveva proposto che "A livello di coalizione occorresse arrivare ad un accordo di metodo e anche di merito per una presenza in tutte le comunità, superando le alleanze variabili e coinvolgendo tutte le componenti della coalizione. C'è la consapevolezza che nelle recenti comunali si siano registrate delle contrapposi-

zioni all'interno della coalizione e anche per questo è necessaria una forte regia provinciale, che sappia però maturare risultati condivisi in ciascuna comunità" (Pinter 2010). È da notare che la lista del Pd è stata esclusa in val di Fiemme ed era presente con la civica "Lavoro" in val di Cembra e "Vita Nova" in Primiero; Pd, Upt e Patt non hanno presentato liste con il loro simbolo, poi, nella Comunità della Paganella e nella Magnifica Comunità Altipiani Cimbri.

Sul versante del centrodestra, la Ln decide di presentare le sue liste autonome dal Pdl, sottolineando come "La Lega che corre da sola è un segnale molto importante perché mostra il carattere peculiare di questo partito che è la territorialità, e il fatto che in ognuna delle Comunità di Valle sia realizzata una lista con il simbolo del partito (che porta avanti i nostri valori e garantisce la coerenza con quanto da sempre i cittadini chiedono) ne è la dimostrazione" (Lega Nord 2010). La Ln presenta i suoi candidati in 13 Comunità su 14, tranne in Valle di Sole, dove punta sull'ex consigliere provinciale di Forza Italia, Flavio Mosconi. Il Pdl è presente con il suo simbolo solo in Vallagarina, Primiero e Alto Garda. Altrove, è presente in liste civiche che sostengono candidati di centrodestra.

Il 24 ottobre 2010 si è quindi votato. Sono stati chiamati alle urne 322 mila elettori, residenti in tutto il Trentino, tranne che nella Valle dell'Adige e in Val di Fassa. Nel primo caso, perché il territorio non costituisce una comunità, anche se i comuni che ne fanno parte devono stipulare obbligatoriamente tra loro un'apposita convenzione per l'esercizio associato delle funzioni trasferite dalla Provincia. Nel secondo caso, perché le elezioni si erano già tenute a maggio 2010, in concomitanza con le elezioni comunali.

La partecipazione è stata particolarmente bassa: solamente il 44,5% degli elettori aventi diritto si è recata a votare, un dato certamente letto unanimemente in modo non positivo, ma che, a giudizio di alcuni, non prefigura di per sé un esito negativo della riforma istituzionale. È probabile che l'astensione vada collegata o a una forma di protesta contro quella che da molti è stata percepita come una riproposizione della non positiva esperienza dei comprensori, o a una sfiducia più generale circa la necessità di un ente intermedio tra Provincia e municipi. Nei giorni precedenti le elezioni sulla stampa locale molti erano stati gli interventi scettici nei confronti di questa riforma. E, anche nei giorni seguenti, alcuni esponenti di centrodestra continuarono a chiedere il ritiro della riforma (per esempio, la Ln).

I risultati sono stati, anche questa volta, favorevoli al centrosinistra. Al primo turno, il centrosinistra si è aggiudicato 10 comunità. Vincerà anche in una ulteriore Comunità delle due andate al ballottaggio, che si è tenuta 15 giorni dopo il primo turno. Il risultato complessivo mostra un riequilibrio di voti tra le forze del centro-

sinistra autonomista: l'Upt conquista il 23,4% dei voti validi, il Pd il 19,9%, il Patt il 17,8%. Molto bene è andata anche la Ln, con il 10,5% dei consensi (Tabella 5).

Tabella 5: I risultati delle elezioni nelle Comunità di valle

	Territoriale Valle di Fiemme	Primiero	Valsugana e Tesino	Alta Valsugana e Bersntol	Cembra
Presidente eletto (coalizione)	Raffaele Zancanella (Civ)	Cristiano Trotter (CS)	Sandro Dandrea (CS)	Mauro Dallapiccola (CS)	Aurelio Michelin (CS)
Principali partiti					
Upt	19,08	38,69	23,99	22,84	29,84
Pd	–	–	15,23	17,19	22,57*
Patt	13,58	11,99	21,79	25,88	30,29
Pdl	–	5,05	–	–	–
Ln	6,42	5,22	11,73	9,31	14,62

Note: * Lavoro per la valle di Cembra.
Legenda: CS: centrosinistra; Civ: liste civiche.

	Valle di Non	Val di Sole	Giudicarie	Alto Garda e Ledro	Vallagarina
Presidente eletto (coalizione)	Sergio Menapace (CS)	Alessio Migazzi (CS)	Patrizia Ballardini (CS)	Salvador Valandro (CS)	Stefano Bisoffi (CS)
Principali partiti					
Upt	29,79	15,53	29,51	21,43	20,86
Pd	14,48	13,72	29,94	36,61	24,50
Patt	27,94	20,57	10,24	14,26	12,07
Pdl	–	–	–	8,66	4,62
Ln	6,39	–	13,12	10,08	13,92

Legenda: CS: centrosinistra; Civ: liste civiche.

	Magnifica Comunità altipiani cimbri	Rotaliana – Königsberg	Paganella	Valle dei Laghi
Presidente eletto (coalizione)	Michael Rech (Civ.)	Gianluca Tait (CS)	Donata Sartori (Civ.)	Luca Sommadossi (CS)
Principali partiti				
Upt	–	19,71	–	25,55**
Pd	–	20,62	–	16,95
Patt	–	19,00	–	13,53
Pdl	–	–	–	–
Ln	37,92	12,39	21,62	6,66

Note: ** Unione per la Valle dei Laghi.
Legenda: CS: centrosinistra; Civ: liste civiche.

4. Conclusioni

I risultati delle elezioni comunali e quelle per l'elezione delle Comunità di valle offrono l'occasione per fare il punto della situazione sulla politica trentina. Esse sono state l'ultima vera occasione di confronto tra le forze politiche prima delle prossime elezioni provinciali del 2013, che, oltre a essere le elezioni più rilevanti per la politica locale, registreranno anche l'impossibilità di una ricandidatura dell'attuale presidente Lorenzo Dellai. Egli, infatti, ha raggiunto il limite massimo dei due mandati consentiti dalla legge. È probabile che i risultati delle elezioni tenutesi nel 2010 allungheranno la loro ombra fino al 2013 e diventeranno un argomento di discussione nella scelta del nuovo presidente e della coalizione che lo sosterrà.

La prima questione da enfatizzare riguarda la peculiarità del Trentino rispetto alle regioni e province limitrofe. Nel contesto del Nord-Est del Paese, il Trentino è l'unica provincia in cui il centrosinistra rimane la forza politica preminente. Se, da una parte, questo risultato va ricondotto alla tradizione autonomistica della Regione (Brunazzo/Fabbrini 2005), dall'altra vi sono elementi contingenti che contribuiscono a spiegare questa peculiarità.

Prima di tutto, la debolezza del Pdl trentino. Come sostengono alcuni esponenti del Pdl stesso, il contesto autonomistico dovrebbe consentire di svincolare il Pdl trentino dall'organizzazione nazionale del partito, che resta invece fortemente centralizzata nelle mani del suo presidente, Silvio Berlusconi. La nomina al ruolo di coordinatore provinciale di una personalità esterna al contesto locale come il deputato Maurizio Del Tenno non sembra, secondo questi esponenti, aver garantito il radicamento del partito.

Per questo motivo, la Ln sta affermandosi come il primo partito del centrodestra in Trentino. Sebbene non raggiunga le percentuali di successo proprie di altre province limitrofe, la Ln mostra anche in Trentino una presenza molto capillare sul territorio, che le consente di poter essere presente in quasi tutte le elezioni a diversi livelli con il suo simbolo. È probabile che nei prossimi mesi si assisterà a un aumento della competizione tra i due principali partiti del centrodestra, soprattutto con l'avvicinarsi delle scadenze per le elezioni provinciali.

Allo stesso tempo, i buoni risultati che il centrosinistra registra al momento potrebbero essere messi in discussione dalle dinamiche politiche locali e nazionali. Pd e Upt hanno vinto in molti dei comuni trentini, soprattutto nei più importanti. La competizione per la primazia nel centrosinistra evidenziata dalla scelta dei candidati nelle elezioni comunali ha però lasciato i suoi segni, parzialmente superati

nelle elezioni per le Comunità di valle. Va da sé che è assai probabile che l'impossibilità di ricandidarsi di Dellai ridurrà la coesione del centrosinistra in vista delle Provinciali, e che la nomina del nuovo candidato presidente potrebbe essere causa di fratture. Allo stesso tempo, l'attenzione con cui l'Upt guarda alla nascita dell'Api e del "Terzo polo" a livello nazionale potrebbe rendere ancora più instabile la coalizione finora uscita vincitrice da quasi tutte le sfide elettorali degli ultimi anni. Infine, il successo del Patt nelle diverse consultazioni avvenute nel 2010 rende probabilmente questo partito indispensabile per la continuazione della serie positiva di vittorie della coalizione di centrosinistra.

La seconda questione da enfatizzare riguarda le Comunità di valle, che, nei prossimi mesi, compiranno importanti passi nella loro definitiva costruzione. Ora, si può essere relativamente sicuri nell'affermare che non tutte le Comunità di valle funzioneranno allo stesso modo. Alcune di esse sono già ora più "avanti" di altre: alcune Comunità hanno già registrato un trasferimento di funzioni e hanno visto la soppressione del corrispondente comprensorio (Alta Valsugana e Bernstol, Giudicarie, Primiero, Val di Non e Valle di Fiemme); alcune hanno adottato i primi atti per il trasferimento di funzioni (Altopiano di Folgaria Lavarone e Luserna, Cembra, Comun General de Fascia, Paganella, Rotaliana Koenisberg, Valle dei Laghi, Valle di Sole, Valsugana e Tesino), altre sono leggermente più in ritardo (Comunità della Vallagarina, Comunità dell'Alto Garda e Ledro). In altri termini, il rendimento istituzionale delle Comunità sarà con ogni probabilità diverso.

La prima (e forse più importante) sfida che accomuna le nuove istituzioni intermedie trentine sarà non solamente quella di completare il processo di istituzionalizzazione, quanto piuttosto quella della creazione di reali *Comunità*. Di questa sfida sembra prima di tutto consapevole la Provincia stessa. In un documento stilato assieme al Consiglio delle autonomie locali (mimeo), si scrive che sarà indispensabile "far lavorare insieme, fianco a fianco, gli amministratori e i dipendenti provinciali con gli amministratori e i dipendenti comunali e comprensoriali, con l'obiettivo di: investire sulla capacità di tutti di 'fare squadra', indipendentemente dall'ente nel quale si opera; eliminare inutili barriere, spesso erette nel tempo per ragioni che il tempo trascorso non consente neppure di ricordare; rafforzare la convinzione che l'unico criterio di giudizio con il quale la riforma sarà valutata sarà alla fine il grado di soddisfazione dei cittadini trentini". In altre parole, si tratta di fare del Trentino un sistema di *governance* multilivello, in cui le arene decisionali non siano più organizzate tra di loro in modo gerarchico ma secondo una logica di network.

Sono queste sfide non da poco. Che rendono, però, la politica trentina interessante.

Note

- 1 Si tratta della Legge provinciale 16 giugno 2006, n. 3, “Norme in materia di Governo dell’autonomia del Trentino” pubblicata sul Bollettino ufficiale del 27 giugno 2006, n. 26, suppl. n. 3.

Riferimenti bibliografici

- A.A.V.V. (2008). Rapporto sulla qualità della democrazia in Trentino, Provincia Autonoma di Trento, disponibile all’indirizzo www.provincia.tn.it/link_home/pagina26.html (accesso 30 dicembre 2010)
- Brunazzo, Marco (2008). Sindaci, Consigli comunali e leggi elettorali. Uno studio sul caso trentino, relazione presentata al “Convegno internazionale: Qualità della democrazia, partecipazione e governance”, Trento (Italia), 23-24 maggio
- Brunazzo, Marco/Fabbrini, Sergio (2005). La geografia elettorale: l’egemonia democristiana, in: *Leonardi, Andrea/Pombeni, Paolo* (a cura di): Storia del Trentino. L’Età contemporanea. Il Novecento, Bologna, il Mulino, 255-280
- Gottardi, Franco (2010). Dellai: “Dov’è finita l’onda padana?” in: “L’Adige”, 18 maggio, 39
- Guarnieri, Nicola (2010). Pd primo partito in città. Upt, invece, non pervenuto, in: “L’Adige”, 18 maggio, 6
- Lega Nord (2010). Elezioni Comunità di valle 2010. Programma, disponibile all’indirizzo [www.leganord.trentino.org/documentiCV.php?id_cat=420&titolo=ELEZIONI COMUNITA DI VALLE 2010 – PRESENTAZIONE](http://www.leganord.trentino.org/documentiCV.php?id_cat=420&titolo=ELEZIONI%20COMUNITA%20DI%20VALLE%202010%20-%20PRESENTAZIONE) (accesso 30 dicembre 2010).
- Patrino, Luisa (2010a). Upt con 40 Sindaci nei piccoli comuni, in: “L’Adige”, 3 giugno, 19
- Patrino, Luisa (2010b). È il Pd il partito territoriale trentino, in: “L’Adige”, 1 giugno, 4
- Patrino, Luisa (2010c). Dellai: “Io ci metto la faccia”, in: “L’Adige”, 17 ottobre, 14
- Pinter, Roberto (2010). Le Comunità di valle. La proposta del Partito Democratico del Trentino, intervento alla Scuola di formazione politica di Terzolas, 23-24-25 luglio, Provincia Autonoma di Trento e Consiglio per le Autonomie locali (mimeo), Fare Comunità – Progetto di accompagnamento e sostegno all’avvio del processo di riforma del sistema istituzionale trentino.
- Vassallo, Salvatore (2001). Sistema elettorale, in: *Vandelli, Luciano, Tessaro, Tiziano, Vassallo, Salvatore* (a cura di): Organi e sistema elettorale. Commenti al T.U. sull’ordinamento degli enti locali, Rimini: Maggioli editore, 726-252.

Abstracts

Die Gemeindewahlen und die Wahlen der „Comunità di valle“ im Jahr 2010

Der Artikel legt die Resultate der Gemeindewahlen und der „comunità di valle“ (Bezirksgemeinschaften) des Jahres 2010 im Trentino dar. Der erste Teil des Textes widmet sich den Gemeindewahlen und präsentiert das zur Anwendung gekommene Wahlgesetz, die Angebote der Politik und die grundlegenden Resultate. Im zweiten Teil werden die Wahlen der „comunità di valle“ analysiert und ihre systemische Valenz hervorgehoben. Von der politischen Warte aus gesehen, bleibt das Trentino die einzige Provinz Nordostitaliens, in der das Mitte-links-Lager seine Position in der Lokalpolitik festigen kann. Von einer institutionellen Warte aus gesehen, steuert das Trentino durch die neuen „comunità di valle“ in Richtung „multilevel system“-Regierung.

Les lîtes de comun y dles comunitês de val dl 2010

L'articul presentêia i resultač dles lîtes de comun y dles comunitês de val dl 2010 tla provinzia de Trënt. La pröma pert trata la lege litala, l'oferta politica y i resultač prinzipai dles lîtes de comun. Tl secundo paragraf vëgnel splighé les lîtes dles comunitês de val, sotriissan le valor dl sistem de lîta. Dal punt d'odiida politich é le Trentin la sóra provinzia dl nord-ost talian, olache le zënter-man ciampa consolidëia sües posiziuns ti governs locai. Cun les comunitês de val nöies va le Trentin dal punt d'odiida istituzional devers de n sistem de *governance* a deplü livì.

The municipal election and the election of the new Valley Community in 2010

The article addresses the main results of the municipal election and the 2010 election of the new Valley Community that has taken place in Trentino. In the first paragraph, the article focuses on the municipal election, looking at electoral law, the political offering, and the principal results. In the second paragraph, it presents the Valley Community election, emphasizing its systemic value. From a political point of view, Trentino remains the only province in northeastern Italy in which the center-left consolidates its positions in the local governments; from an institutional point of view, Trentino is heading toward a multilevel system of governance.

Die Kommunalwahlen 2010 in Tirol

1. Einleitung

In den Medien finden die Tiroler Kommunalwahlen nur beschränktes landesweites oder überregionales Interesse, Beachtung finden allenfalls prominente Gewinner/Verlierer der Wahl für das Amt des Bürgermeisters in größeren Gemeinden. Das mag nicht ganz deren politischer Bedeutung entsprechen, sind Gemeinden doch strategische Zentren der Globalisierung (Steininger 2006, 990). In den Gemeinden, so die Autorin, „verwirklichen sich sowohl lokale als auch globale Politiken, eine scharfe Abgrenzung im Mehrebenensystem zwischen gesamtstaatlicher Politik und nachrangigen Selbstverwaltungsaufgaben ist zunehmend schwieriger festzuhalten ...“. Demgegenüber sind die Gemeinden die mit der geringsten Autonomie ausgestatteten Gemeinwesen im österreichischen Mehrebenensystem Bundesländer-Gemeinden, was sich auch darin zeigt, dass Gemeinderäte nicht im strikten Sinne als Parlamente wirken, sie können keine Gesetze beschließen, nur Verordnungen erlassen (Karlhofer 2009, 21). Für die politischen Parteien, deren Organisationsstruktur auf den Gemeinden als Fundament aufbaut, wiegen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen hingegen wesentlich schwerer. „Im Einzelnen mögen

Gemeindewahlen von geringerer Bedeutung sein, in Summe aber sind sie für die Partei eine maßgebliche Größe“ (Karlhofer 2009, 22).

Ferdinand Karlhofer (2009) beschreibt ausführlich die politische Landschaft in Tirols Gemeinden im Jahre 2009, analysiert deren Verflechtung mit der Landespolitik und die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2004. Der Autor verweist auf die gleichzeitig mit der Gemeinderatswahl stattfindende Direktwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters, die verbreitete Kandidatur von Einheitslisten und die Möglichkeit zu Listenkoppelungen als Besonderheiten der Tiroler Gemeinderatswahlordnung. In diesem Aufsatz greifen wir einige markante Beobachtungen von Karlhofer auf und betrachten diese im Lichte des aktuellen Wahlergebnisses von 2010.

2. Kommunalwahlen in Tirol

In Tirol finden alle sechs Jahre Gemeinderats- und BürgermeisterInnendirektwahlen statt. Die Gemeinderäte werden nach einem stark proportionalen Listenwahlrecht mit der Möglichkeit von *Koppelungen* gewählt. Dabei erfolgt die Zuweisung von Mandaten zunächst an die durch Koppelung verbundenen Listen, in einem zweiten Schritt werden die Mandate eines Verbundes auf die einzelnen Listen aufgeteilt. Dieses System erleichtert kleinen Parteien den Einzug in den Gemeinderat und gibt größeren Parteien die Möglichkeit, ihr Angebot zu diversifizieren. Unter den im Tiroler Landtag vertretenen Parteien findet die Möglichkeit zur Koppelung sowohl (vorsichtige) Zustimmung als auch klare Ablehnung: Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) befürwortet die Listenkoppelung, auch mit dem Argument, diese gebe unterschiedlichen Interessengruppen die Möglichkeit, ihre Klientel direkt anzusprechen. Grüne und Liste FRITZ befürworten dies grundsätzlich, verlangen aber, dass Koppelungen klar zu deklarieren wären. Kritisiert wird, dass die Verbindung von Listen auf dem Stimmzettel nicht erkennbar wäre und nur durch Aushang kundgetan werden müsste. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) lehnen Listenkoppelungen im Wesentlichen mit dem Argument mangelnder Transparenz ab (siehe dazu Karlhofer 2009, 32).

Die Größe der Gemeinderäte richtet sich nach der EinwohnerInnenzahl und liegt zwischen neun und 21 Sitzen. Die Tiroler Gemeinden sind klein strukturiert, 102 Gemeinden zählen höchstens 1.000 EinwohnerInnen oder 762 Wahlberechtigte, deren Gemeinderäte umfassen neun bzw. elf Sitze. Lediglich sechs Gemeinden weisen mehr als 10.000 Einwohner (oder 9.142 Wahlberechtigte) auf, deren Gemeinderäte die Größe von 21 Sitzen haben.

BürgermeisterInnen werden nach einem absoluten Mehrheitswahlrecht bestellt, jede/r KandidatIn muss auch auf einer für den Gemeinderat wahlwerbenden Liste aufscheinen.

Am 14. März 2010 waren 462.857 Wahlberechtigte in 276 der 279 Tiroler Gemeinden aufgerufen, Gemeinderäte und BürgermeisterInnen zu wählen. In zwei Gemeinden waren die Wahlen vorverlegt worden: in Reith bei Seefeld auf den 4. Oktober 2009 und in Ischgl auf den 31. Jänner 2010, nachdem sich die Gemeinderäte im Mai 2009 bzw. Oktober 2009 selbst aufgelöst hatten. Wegen des vorzeitigen Rücktritts wurde der Bürgermeister in Nikolsdorf am 5. Dezember 2010 neu gewählt. Aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der Ausgabe von Wahlkarten musste die Wahl für das Amt des Bürgermeisters in Lienz wegen eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes am 6. Februar 2011 wiederholt werden. Diese vier Wahlen werden in den folgenden Analysen mit berücksichtigt. In jenen Gemeinden, in denen keine/r der KandidatInnen für das Amt des Bürgermeisters eine absolute Mehrheit an gültigen Stimmen erreichen konnte, wurden am 28. März 2010 Stichwahlen abgehalten.

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck wird nach eigenem Wahlrecht gewählt, die Wahltermine werden unabhängig von den anderen Gemeinden festgelegt. Die Einführung der BürgermeisterInnendirektwahl ist absehbar.

3. Wahl der Gemeinderäte

Die Möglichkeit der Listenverbindung zählt zu den bedeutenden Charakteristika eines Wahlsystems. Zu den Effekten zählen eine Verringerung der Disproportionalität, eine Erhöhung der effektiven Zahl der im Gemeinderat vertretenen Listen/Parteien und eine Reduktion der Häufigkeit von durch die Wahlarithmetik entstehenden künstlichen Mehrheiten (Nohlen 2007, 106). Im Vergleich zu anderen österreichischen Bundesländern ist die Zahl der kandidierenden Listen tatsächlich hoch. 2010 traten in drei Gemeinden jeweils neun Listen an, in 29 Gemeinden waren es mehr als sechs Listen (siehe Tabelle 1). In 74 Gemeinden kam es zu einer oder mehreren Koppelungen.

Nicht ganz überraschend wächst das Angebot mit der Zahl der zu besetzenden Mandate, der Korrelationskoeffizient liegt bei 0,62. Die Vermutung, dass Listenkoppelung zumindest in größeren Gemeinden Vielfalt ermöglicht, scheint sich zu bestätigen. Tabelle 2 listet die zehn Gemeinden mit der größten effektiven Zahl an im Gemeinderat vertretenen Listen auf. Die *effektive Zahl der vertretenen Parteien* ist ein Index, der sowohl die Anzahl der Parteien als auch deren Mandatsanteile be-

rücksichtigt. Die in der Tabelle wiedergegebenen Werte deuten auf eine Vielfalt auch in der Vertretung im Gemeinderat hin.

Tabelle 1: Anzahl kandidierender Listen in den Gemeinden

Bezirk	Einheitsliste	2	3	4	5	6 oder mehr
Imst	1	4	1	8	4	6
Innsbruck-Land	3	6	18	20	11	7
Kitzbühel	0	2	3	5	5	5
Kufstein	0	4	8	7	5	6
Landeck	6	5	9	3	4	3
Lienz	3	10	9	5	5	1
Reutte	9	17	6	3	2	0
Schwaz	3	9	13	10	3	1
Tirol	25	57	67	61	39	29

Angegeben ist die Anzahl der Gemeinden nach der Zahl der für den Gemeinderat kandidierenden Listen.
Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Tabelle 2: Gemeinden mit der größten effektiven Zahl an im GR vertretenen Parteien

Gemeinde (Bezirk)	Wahlberechtigte	Kandidierende Listen	Effektive Zahl von Listen im GR	Koppelungen
Wildschönau (KU)	3.277	9	7,41	A: Niederauer Gemeinschaftsliste; Gemeinschaftsliste Tourismus und Wirtschaft B: Allgemeine Liste Oberau-Mühltal; Thierbacher Liste
Imst (IM)	7.136	9	6,33	A: Imster Bürgermeisterliste – Gebi Mantl; Ein Herz für Imst – Gitti Flür B: IFI – Initiative für Imst – Liste Helmuth Gstrein; Die Grüne Alternative Imst; Gemeinsam für unser Imst C: Alles für Imst mit Stefan Weirather; Liste 2000 mit Heinrich Gstrein
Gries am Brenner (IL)	1.035	6	5,45	
Thiersee (KU)	2.290	7	5,23	A: Bürgermeister-Liste Thiersee; Gemeinsame Hinterthierseer Liste; Liste Thiersee-Mitterland B: Liste Land; Wir Thierseer; Projekt Impuls für Thiersee
Telfs (IL)	10.741	9	4,96	
Wörgl (KU)	9.142	6	4,85	
Navis (IL)	1.604	7	4,83	A: Gemeinsam für Navis; Aktive Liste der ländlichen Bevölkerung B: Für Navis – Taxer Wolfgang; „Fair für Alle“ – Hubert Pixner
Stumm (SZ)	1.473	6	4,83	A: Namensliste Stumm Bauern, Arbeiter, Angestellte; „Regenbogen für Stumm“
Sölden (IM)	2.405	6	4,79	
Kössen (KI)	3.357	6	4,59	Wir für Alle – Wirtschaft und Arbeit; Bürgermeisterliste Stefan Mühlberger

Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Bemerkenswert in Tabelle 1 ist die große Zahl von 25 Gemeinden, in denen Einheitslisten antraten, bedeutet dies doch, dass es in diesen Kommunen keinen Parteienwettbewerb gibt und sämtliche gültigen Stimmen auf die Einheitsliste fallen. Wie schon Karlhofer (2009, 25) bemerkt, werden Einheitslisten eher in kleineren Gemeinden gebildet, der Median der Wahlberechtigten in diesen Gemeinden liegt bei 343, während er in Gemeinden mit mehreren Listen 1.189 beträgt. Allerdings finden sich auch größere Kommunen, die ihren WählerInnen bei der Wahl keine Auswahl bieten. Tabelle 3 führt Schlitters und Virgen an, deren Elektorat in der Größe gerade beim bzw. deutlich über dem Durchschnitt der Tiroler Gemeinden liegt.

Tabelle 3: Profile der Gemeinden mit Einheitslisten

Gemeinde (Bezirk)	Einw.	Wahlber.	Wahlbet.	Ung.	Listenname
Pfafflar (RE)	140	96	90,63	2,30	Gemeindeliste mein Pfafflar
Gramais (RE)	60	44	88,64	0,00	Gramaischer Liste
Kaunerberg (LA)	344	299	86,62	3,09	Gemeinsam für Kaunerberg
Thurn (LZ)	634	521	82,73	16,47	Allgemeine Liste Thurn
Kaisers (RE)	83	65	80,00	1,92	Gemeindeliste
Vorderhornbach (RE)	282	227	77,97	5,65	Gemeindeliste
Namlos (RE)	100	85	74,12	0,00	Gemeindeliste
Karres (IM)	575	500	74,00	17,03	ÖVP – Heimatliste Karres
Serfaus (LA)	1.091	883	73,84	7,52	Allgemeine Bürgerliste Serfaus – Paul Greiter
Kauns (LA)	447	383	73,11	17,50	Gemeinschaftsliste Kauns
Gerlosberg (SZ)	395	354	72,32	0,78	Gemeinschaftsliste Gerlosberg
Jungholz (RE)	316	263	71,10	0,00	Wir Jungholzer mit Zukunft
Faggen (LA)	280	266	71,05	6,88	Gemeinschaftsliste Faggen
Hopfgarten i. D. (LZ)	839	634	70,35	12,78	Bürgermeisterliste Gemeinsam für Hopfgarten
Fendels (LA)	258	198	70,20	10,07	Allgemeine Dorfliste Fendels – Scherl Heinrich
Gschnitz (IL)	455	343	68,80	12,71	Gemeinsam für Gschnitz
St. Sigmund i. S. (IL)	204	145	65,52	9,47	Gemeinsamkeit für die ÖVP St. Sigmund – Praxmar
Steinberg am Rofan (SZ)	306	256	63,67	8,59	Für Steinberg – Bürgermeisterliste
Gries i. S. (IL)	570	479	62,21	9,73	Dorfliste Gries
Grän (RE)	597	419	61,10	3,91	Gemeinschaftsliste Grän
Pinswang (RE)	444	345	60,29	13,46	Gemeinsam für Pinswang
Musau (RE)	374	321	60,12	8,29	Wir für Musau
Schlitters (SZ)	1.276	1.032	57,27	14,89	Gemeinsam für Schlitters mit Bürgermeister Friedl Abendstein
Virgen (LZ)	2.128	1.767	53,48	13,33	Für Virgen – unabhängige Gemeinschaftsliste
Tobadill (LA)	522	430	53,26	12,23	Dorfliste Tobadill

Einw. = EinwohnerInnen, Wahlber. = Wahlberechtigte, Wahlbet. = Wahlbeteiligung [%], ung. = ungültige Stimme [%]

Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Der Median der Wahlbeteiligung in allen Gemeinden liegt bei 77,71 Prozent. 19 der 25 Gemeinden mit Einheitslisten weisen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf, in sechs der zehn Gemeinden mit der niedrigsten Wahlbeteiligung kandidierte nur eine Liste (Tabelle 4). „Aussagekräftiger als die Wahlbeteiligung ist der Anteil der ungültigen Stimmen. Nichtwählen kann viele Gründe haben, ungültig zu wählen ist dagegen klar und eindeutig Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem vorhandenen Angebot“ (Karlhofer 2009, 28). Liegen Median und Maximum des Anteils ungültiger Stimmen in Gemeinden mit mehr als einer Liste bei 3,27 Prozent bzw. 12,11 Prozent, sind diese Kennzahlen in Gemeinden mit Einheitslisten 8,59 Prozent bzw. 17,50 Prozent. Tabelle 5 weist die Spitzenreiter aus: In den neun Gemeinden mit dem größten Anteil an ungültigen Stimmen kandidierte nur eine Liste, ein ungewöhnlich hoher Anteil von einem Achtel oder mehr der zur Wahl gegangenen BürgerInnen gab eine ungültige Stimme ab.

Tabelle 4: Wahlbeteiligung – niedrigste Werte

Gemeinde (Bezirk)	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	Zahl der Listen	Wahlberechtigte
Tobadill (LA)	53,26	12,23	1	430
Virgen (LZ)	53,48	13,33	1	1.767
Aurach bei Kitzbühel (KI)	56,56	7,78	3	1.045
Schlitters (SZ)	57,27	14,89	1	1.032
Tannheim (RE)	59,47	5,07	3	829
Musau (RE)	60,12	8,29	1	321
Pinswang (RE)	60,29	13,46	1	345
Grän (RE)	61,10	3,91	1	419
Hall in Tirol (IL)	61,19	3,75	5	9.444
Kitzbühel (KI)	61,46	3,38	5	6.883

Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Tabelle 5: Anteil ungültiger Stimmen – höchste Werte

Gemeinde (Bezirk)	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	Zahl der Listen	Wahlberechtigte
Kauns (LA)	73,11	17,50	1	383
Karres (IM)	74,00	17,03	1	500
Thurn (LZ)	82,73	16,47	1	521
Schlitters (SZ)	57,27	14,89	1	1.032
Pinswang (RE)	60,29	13,46	1	345
Virgen (LZ)	53,48	13,33	1	1.767
Hopfgarten i. D. (LZ)	70,35	12,78	1	634

Gemeinde (Bezirk)	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	Zahl der Listen	Wahlberechtigte
Gschnitz (IL)	68,80	12,71	1	343
Tobadill (LA)	53,26	12,23	1	430
Hart i. Z. (SZ)	73,53	12,12	2	1.156

Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Ein landesweiter parteipolitischer Trend lässt sich dem Ergebnis schwer entnehmen, auch deshalb, weil sich die in den Gemeinden kandidierenden Listen nicht immer Landesparteien zuordnen lassen. Erwähnt sei hier lediglich, dass die „Tiroler Tageszeitung“ in ihrer Ausgabe vom 15. März 2010 auf Seite eins anmerkt, dass die ÖVP ihre Mandate in den Gemeindestuben von 2.320 auf 2.550 erhöhen konnte.

4. Direktwahl der BürgermeisterInnen

Die starke kommunalpolitische Position der BürgermeisterInnen wurde durch die Einführung der Direktwahl zu Beginn der 1990er-Jahre weiter gestärkt (Steininger 2006, 996). Gefestigt wurde dadurch auch der Charakter der kommunalen Konkordanzdemokratie (Holtkamp 2006) in Tirol. An den BürgermeisterInnen wird auch die personelle Verflechtung von kommunaler Politik und Landespolitik deutlich sichtbar: Unter den 36 Abgeordneten zum Tiroler Landtag finden sich acht BürgermeisterInnen, vier davon von der ÖVP, drei von der SPÖ und einer von der FPÖ.

Wie schon die Zahl kandidierender Listen zeigt auch die Zahl der KandidatInnen für das Amt des Bürgermeisters sowohl Vielfalt als auch mangelnde Konkurrenz. Wie Tabelle 6 zeigt, traten in 73 Gemeinden drei oder mehr KandidatInnen an, in 93 Gemeinden jedoch nur eine/r. 2004 waren es noch 112 Gemeinden gewesen, in denen der/die BürgermeisterIn ohne GegenkandidatIn gewählt wurde.

In 26 Gemeinden konnte keine/r der KandidatInnen eine absolute Mehrheit an Stimmen erreichen, wodurch ein zweiter Wahlgang nötig wurde. Bei den vorangegangenen Wahlen 2004 waren noch 32 Stichwahlen nötig gewesen.

Tabelle 6: Anzahl KandidatInnen für das Amt des Bürgermeisters

Bezirk	1	2	3	4	5	6 oder mehr
Imst	8	6	6	1	2	1
Innsbruck-Land	16	25	13	6	3	2
Kitzbühel	6	5	6	2	1	0
Kufstein	5	17	5	1	2	0
Landeck	12	11	7	0	0	0
Lienz	12	16	3	1	1	0
Reutte	21	16	3	1	1	0
Schwaz	13	18	4	3	1	0
Tirol	93	112	45	14	11	3

Angegeben ist die Anzahl der Gemeinden nach der Zahl der KandidatInnen für das Amt des Bürgermeisters.
Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Tabelle 7: Wahl der BürgermeisterInnen

Bezirk	Ohne GegenkandidatIn	Im 1. Wahlgang	Im 2. Wahlgang
Imst	8	14	2
Innsbruck-Land	16	39	10
Kitzbühel	6	12	1
Kufstein	5	22	3
Landeck	12	15	4
Lienz	12	19	2
Reutte	21	15	1
Schwaz	13	23	3
Tirol	93	159	26
Tirol 2004	112	134	32

Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Anders als bei den zu den Gemeinderatswahlen antretenden Listen lassen sich die gewählten BürgermeisterInnen zumindest mit einiger Sicherheit den im Landtag vertretenen Parteien zuordnen. Tabelle 8 ist die Dominanz der ÖVP in den Tiroler Gemeinden zu entnehmen: 86 Prozent oder 239 BürgermeisterInnen sind der ÖVP zuzurechnen, Koalitionspartner SPÖ stellt weniger als zehn Prozent aller BürgermeisterInnen, ein Bürgermeister ist FPÖ-Politiker und 12 Bürgermeister (knapp über vier Prozent) gelten als parteifrei.

Handlungsfähigkeit und politischer Spielraum einer Bürgermeisterin/eines Bürgermeisters kann wesentlich eingeschränkt sein, wenn ihre/seine Liste über keine Mandatsmehrheit im Gemeinderat verfügt. In der Vergangenheit führte dies – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen, siehe z.B. Karlhofer (2009, 33) – zu keinen größeren Problemen. Ob die Zukunft mehr Konflikte bringen wird, bleibt zu beobachten.

Tabelle 8: Parteizugehörigkeit der gewählten BürgermeisterInnen

Bezirk	ÖVP/ÖVP-nahe	SPÖ/SPÖ-nahe	FPÖ	parteilfrei
Imst	23	1	0	0
Innsbruck-Land	59	5	0	1
Kitzbühel	16	3	0	1
Kufstein	22	6	0	2
Landeck	24	5	0	1
Lienz	28	1	1	3
Reutte	35	1	0	1
Schwaz	32	4	0	3
<i>Tirol</i>	<i>239</i> <i>86,0%</i>	<i>26</i> <i>9,4%</i>	<i>1</i> <i>0,4%</i>	<i>12</i> <i>4,3%</i>

Quelle: wahlen.tirol.gv.at, eigene Recherchen

Tabelle 9: BürgermeisterInnen mit bzw. ohne Mehrheit im Gemeinderat

Parteizugehörigkeit	Mit Mehrheit	Ohne Mehrheit
ÖVP/ÖVP-nahe	139	101
SPÖ/SPÖ-nahe	7	18
FPÖ	0	1
parteilfrei	6	6
zusammen	152	126

Absolute Mandatsmehrheit der BürgermeisterInnenliste ohne Berücksichtigung von Koppelungen

Tabelle 10: Bürgermeisterinnen

Gemeinde	Name	Partei(nähe)	Wahlgang	Mandate BM-Liste
Oberperfuss (IL)	Johanna Obojes-Rubatscher	ÖVP	2	Minderheit
Scharnitz (IL)	Isabella Blaha	ÖVP	2	Minderheit
St. Ulrich am Pillersee (KI)	Brigitte Lackner	ÖVP	2	Minderheit
Wörgl (KU)	Hedwig Wechner	SPÖ	2	Minderheit
Gaimberg (LZ)	Martina Klaunzner	ÖVP	1	Mehrheit
Lienz (LZ)	Elisabeth Blanik	SPÖ	2	Minderheit
Heiterwang (RE)	Beate Reichl	ÖVP	1	Mehrheit
Lermoos (RE)	Maria Zwölfer	ÖVP	1	Minderheit

Die Feststellung von Mehrheit bzw. Minderheit der Mandate bezieht sich auf die Liste, auf der die Bürgermeisterin kandidierte und berücksichtigt keine Listenkoppelungen.

Quelle: wahlen.tirol.gv.at

Tirol sei Vorreiter und Nachzügler gleichermaßen, was Frauen in der Kommunalpolitik betrifft, argumentiert Schiestl (2009). Auch nach der erfolgreichen Kandidatur von Elisabeth Blanik bei der Wiederholung der Stichwahl im Februar 2011

stehen in den Tiroler Gemeinden (außer Innsbruck) nur acht (oder 2,9 Prozent) Bürgermeisterinnen 270 männlichen Kollegen gegenüber. Gegenüber 2004 bedeutet dies nominell eine Steigerung von zwei auf acht Amtsträgerinnen, im Vergleich mit den österreichischen Bundesländern findet sich Tirol aber immer noch in den hinteren Rängen.

ÖVP und SPÖ – Koalitionspartner in der Tiroler Landesregierung – mussten einige für sie wesentliche Verluste von BürgermeisterInnen hinnehmen, darunter jene von Lienz, Wörgl und Kufstein (ÖVP) bzw. Reutte (SPÖ). Anzumerken ist auch, dass in einzelnen Gemeinden, wie prominenterweise in Telfs, ÖVP-nahe Listen zur Gemeinderatswahl gegeneinander antraten, ausschlaggebend dafür waren Rivalitäten um die Kandidatur bei der Bürgermeisterdirektwahl.

5. Resümee

Wie schon zu den Gemeinderatswahlen 2004 trat auch 2010 in 25 Gemeinden nur eine einzige Liste an. Für eine demokratische Institution stellt der Mangel an Alternativen eine bemerkenswerte Situation dar. Bei hoher Wahlbeteiligung lassen sich hundert Prozent Stimmen als hohes Maß an Zustimmung interpretieren, allerdings nur mit großer Vorsicht. Zum einen mag die individuelle Entscheidung, nicht an der Wahl teilzunehmen, insbesondere in kleineren Gemeinden auffallen, zum anderen fallen Gemeinden mit Einheitslisten zum Teil durch außerordentlich hohe Anteile an ungültigen Stimmen auf – klarer Ausdruck fehlender Zustimmung zum Wahlvorschlag.

Listen wurden auch 2010 in großer Zahl gekoppelt, aus der Sicht der WählerInnen ein ambivalentes Angebot. Diversifizierungsstrategien der politischen Parteien versuchen unterschiedlichen Interessenlagen der BürgerInnen zu entsprechen und für deren parlamentarische Repräsentation zu sorgen. Ob den WählerInnen allerdings überwiegend klar war, welche (Groß-) Parteien hinter den Listenverbunden stehen, darf bezweifelt werden.

Als demokratisches Defizit ist auch der weiterhin geringe Anteil von Frauen in der kommunalen Politik anzuführen.

Aus landesweiter Perspektive haben die Tiroler Kommunalwahlen zwar einzelne bemerkenswerte Verschiebungen, insbesondere bei den BürgermeisterInnen, gebracht, der Gesamteindruck ist aber der großer Kontinuität.

Literaturverzeichnis

- Holtkamp, Lars* (2006). Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie im Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 47 (4), 641–661.
- Karlhofer, Ferdinand* (2009). Kommunalwahlen in Tirol. Eckdaten und Besonderheiten, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). *Politik in Tirol. Jahrbuch 2010*, Innsbruck: Studienverlag, 21–39.
- Nohlen, Dieter* (2007). *Wahlrecht und Parteiensystem*. 5. Auflage, Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Schiestl, Gisella* (2009). Frauen in der Kommunalpolitik. Tirol als Vorreiter und Nachzügler, in: *Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther* (Hg.). *Politik in Tirol. Jahrbuch 2010*, Innsbruck: Studienverlag, 42–59.
- Steininger, Barbara* (2006). Gemeinden, in: *Dachs, Herbert u.a.* (Hg.). *Politik in Österreich. Das Handbuch*, Wien: Manz, 990–1007.

Abstracts

Le elezioni comunali 2010 nel Tirolo

Nel 2010 si sono svolte le elezioni dei comuni tirolesi per decretare il consiglio comunale e i sindaci femminili. Questo articolo vuole far notare, dal punto di vista politologico, i dati sorprendenti che questa elezione ha portato con sé, sulle proprietà delle elezioni comunali tirolesi, come l'elezione diretta dei sindaci di sesso femminile, della possibilità di creare un'unione tra liste, la presenza di liste uniche e la presenza, sempre scarsa, di donne.

Les lîtes comunales dl 2010 tl Tirol

Tl 2010 él gnü lité danü i consëis y i omboléc di comuns dl Tirol, ater che dl comun da Desproch. Te chësc articul vëgnel presentè i daç plü interessanéc de chësta lîta da n punt d'odüda dla sciënza politica, jon ite plü avisa sön les particularitês tirolejes sciöche la lîta direta di omboléc, la poscibilitè de n coliamënt danter listes, la gran presënza de listes unitares y la rapresentanza bassa de ères.

The 2010 local elections in Tyrol

In 2010, elections have been held for municipal councils in Tyrol—with the exception of Innsbruck, the capital of Tyrol—and for their mayors. From a political science point of view, this article reports some key parameters of the election results, emphasizing peculiarities of local elections in Tyrol such as the direct election of mayors, apparentements (i.e. linked lists for joint vote-counting), the frequent occurrence of single lists and the still very small number of female mayors.

5. Außerhalb des Jahresthemas
Altri temi

A series of horizontal dashed lines for writing.

Maurizio Ferrandi

Del perché gli italiani (e qualche sudtirolese) non hanno capito Silvius Magnago

1. La “forma mentis” del Padre della Patria

Forse ad indurre in errore sono la data di nascita e quella di morte: 5 febbraio del 1914 sull’atto anagrafico del Comune di Merano che certifica la venuta al mondo di Silvius junior, figlio di Silvius senior, magistrato austroungarico di origine trentina, e di Helene Redler, originaria di Bregenz, in Austria (Vorarlberg). Poi 25 maggio 2010, ben dentro il terzo millennio, per una morte arrivata ad un ventennio dal ritiro totale, irrevocabile dalla scena politica.

L’anagrafe colloca dunque senza alcun dubbio Silvius Magnago nel 1900, con un destino politico pienamente iscritto nel cosiddetto “secolo breve”.

Affermazione inoppugnabile, eppure qualcosa nel ragionamento non funziona.

C’è nella figura del Padre della Patria sudtirolese un elemento che urta contro questa definizione, che stride con i modelli di politica e di politici che nel 1900 sono andati per la maggiore.

Una sensazione che chi scrive ha avuto spesso nei numerosi momenti di colloquio e di incontro professionale con Magnago, ma che è rimasta per tanto tempo

ad un livello di pura intuizione, senza fissarsi su giudizio più ragionato (Cfr. Benedikter 1983/2010, Calabrese 2010, Peterlini 2007, Solderer 1996).

A farla tornare alla mente, durante il “ripasso” che ha preceduto la stesura di queste righe, un fatto minore, poco più che un aneddoto.

È Magnago, intervistato da Hans Karl Peterlini (2007, 68), a raccontare: siamo nei turbolenti anni '60, le cronache quotidiane riportano ogni giorno le notizie degli arresti dei processi e delle condanne che colpiscono soprattutto quel gruppo di sudtirolesi più o meno giovani che hanno scatenato la “guerra dei tralicci”. Una sera il campanello di casa Magnago suona e alla porta c'è Rosa Klotz, moglie di quel Georg divenuto già icona di chi nel Sudtirolo vuole la lotta armata contro l'Italia.

È venuta per parlare, per chiedere, forse per accusare. Prima ancora che il dialogo possa iniziare è Magnago a parlare: “Signora – dice – questa è la mia abitazione, non il mio ufficio. Per queste cose lei deve venire nel mio ufficio”.

Una scortesia? Il modo di cavarsi da un impiccio imbarazzante?

Né l'uno nè l'altro se si è conosciuto Magnago. Dietro a questo puntiglio formale c'è una mente educata, abituata ad un grande ordine, una logica che non ammette facilmente l'improvvisazione, l'emozione, l'estro del momento.

Per Silvius Magnago, ogni cosa deve stare ordinatamente al suo posto, nel suo ufficio come nella sua vita e nella sua azione politica. E questo non a caso.

Una “forma mentis” che allo statista sudtirolese deriva probabilmente da una precisa educazione familiare, dall'esempio e dalla figura del padre, dal modello con esso introiettato di quel mondo tutto particolare che fu, fino alla tragica conclusione bellica, quello ordinato ad amministrare il grande Impero d'Austria.

Un mondo che faceva dell'ordine formale, del rispetto delle regole e delle buone maniere, (gli affari d'ufficio si discutono in ufficio durante le ore d'ufficio), qualcosa di molto di più di un semplice galateo pubblico. Un universo multinazionale modellato con pazienza sulla figura di un Imperatore che non disdegnava di evitare raffigurazioni bellicose, per essere invece considerato come “ il primo impiegato del regno”.

Silvius Magnago nasce pochi mesi prima che la sequenza di eventi dell'estate 1914 conduca alla guerra. Cresce in un Tirolo schiacciato e impoverito progressivamente dal peso dello sforzo bellico. Ha poco meno di cinque anni quando le truppe italiane fanno il loro ingresso a Bolzano e si accasermano nelle stesse camerate dove fino a pochi giorni prima sostava l'armata imperiale. Conosce gli ultimissimi barlumi della scuola tedesca e poi la progressiva italianizzazione delle materie di studio, degli insegnanti. Si laurea, in giurisprudenza, a Bologna ma la tesi riguarda il Diritto germanico. Presta, da granatiere, gli onori militari al Duce, ma è

pronto a mettersi a disposizione dell'autorità germanica quando inizia il drammatico processo delle Opzioni. La scelta si completa con il vestire nel 1943 la divisa della Wehrmacht, macchiata di sangue sul fronte russo, con una mutilazione che resterà uno dei suoi segni identificativi.

Non è dunque impossibile pensare che questa formazione abbia radicato nel Magnago giovane studente, militare, uomo fatto e poi politico per vocazione un rispetto profondo per quel mondo andato definitivamente perduto, per quella forma esteriore, specchio di una disciplina interiore, tutte e due brutalmente spezzate, ma proprio per questo ancor più desiderabili.

Quello della visita serale di Rosa Klotz è un episodio minore, ma in questa chiave possono essere letti e riletti molti tra i momenti fondamentali dell'azione politica di Magnago. Ne abbiamo scelto uno tra i tanti, probabilmente il più noto e citato, per provare a spiegare come mai gli italiani, politici, giornalisti, semplici cittadini abbiano spesso equivocado sulla figura di Magnago, sia quando lo lodavano che quando lo esecravano.

2. Il discorso di Castel Firmiano

Il momento chiave è quello storico del discorso di Castel Firmiano del novembre 1957. Scorrendone i passaggi centrali cercheremo di ricostruire a posteriori una figura, una politica.

A questo punto una piccola sorpresa impone di aprire una parentesi. Nonostante una ricerca abbastanza puntigliosa non è emerso un testo completo del discorso. Anche in volumi recenti ci si affida a quanto comparve, il giorno successivo alla manifestazione, sul quotidiano "Dolomiten", poi ripreso dal "Volksbote", organo ufficiale del partito. Un testo che interpolava anche parti del discorso con dei sunti effettuati dal cronista dell'epoca. Resoconto indubbiamente tale da non lasciar dubbi sui contenuti sostanziali dell'allocuzione, ma la versione integrale, di un discorso fondamentale per la storia altoatesina del 1900, non c'è.

Peccato davvero. Non resta che sperare a questo punto che il documento sia conservato nei fondi lasciati dallo stesso Magnago, che ci si augura siano resi pubblici quanto prima.

Magnago è salito alla guida del partito sei mesi prima, nel maggio del 1957. Con la sua elezione si è completato un processo politico che ha portato alla sostituzione quasi integrale della classe dirigente che ha fondato la Svp all'indomani della guerra. Gli uomini nuovi, fautori di una linea di maggior durezza con Roma, sigillano con la

loro ascesa la definitiva chiusura delle divisioni causate dalle opzioni del 1939 nel mondo sudtirolese. Magnago ha aderito tardi alla Svp. Solo nel 1947, a due anni dalla fondazione, entra nel partito, compiendovi tuttavia una carriera fulminea. Consigliere comunale e vicesindaco a Bolzano, poi Consigliere regionale e Presidente del Consiglio regionale. È battuto, caso unico nella sua carriera, solo nelle elezioni al Parlamento del 1948. A Roma andrà solo come interlocutore di Presidenti del Consiglio e Ministri. Rifiuterà con garbo anche l'ipotesi di una nomina a Senatore a vita.

Non è ancora Obmann ma è già Magnago. Nel 1951 fa scandalo un suo discorso nel quale non esita ad affermare che la sorte dei sudtirolesi è privilegiata rispetto a quella di milioni di tedeschi profughi postbellici in mezza Europa (Solderer 1996, 385). La sua carriera politica procede senza strappi. Tutto quanto fa e dice pare indirizzato, con metodo e costanza, verso l'obiettivo di quel grande raduno, di quel momento cruciale.

Siamo dunque nella spianata di Castel Firmiano nel primo pomeriggio del 17 novembre del 1957. Decine di migliaia i sudtirolesi arrivati da tutte le parti della provincia per ascoltare, ma non pochi di essi anche per agire. C'è, diffusa, la sensazione che sia una giornata cruciale, che il messaggio da mandare a Roma sia ben più deciso di quello lanciato da una semplice adunata. Mischiati tra gli altri gli uomini del BAS, *Befreiungsausschuss Südtirol*, fondato un anno addietro, che nel 1961 organizzerà la "notte dei fuochi". L'idea neppur troppo celata è quella di chiudere la riunione nel castello con una marcia su Bolzano, forzando il blocco di Polizia e Carabinieri, violando il divieto imposto dalle autorità che hanno negato alla Svp di tenere il comizio nel capoluogo.

Proprio da questo aspetto della questione comincia il discorso di Magnago (Dolomiten 1957)¹:

Cari sudtirolesi, cari abitanti di questa terra, voi capirete che io porto una grande responsabilità per questa manifestazione. Ho dato la mia parola come organizzatore e come Obmann della Svp che dopo questa manifestazione tutto si concluderà. Ciò significa che dopo questo raduno non ci sarà nessuna marcia, non ci saranno ulteriori iniziative.

(urla dalla folla: "ma altri ci hanno dato invano la loro parola")

Tuttavia ho dato la mia parola tedesca e vi prego di rispettarla, poiché tra di noi la parola di un tedesco ha sempre avuto valore. Sappiamo bene che altri non hanno tenuto fede alla parola che ci diedero, ma noi dobbiamo dimostrare di essere migliori di costoro.

E debbo ancora spiegarvi, adesso, perché ci hanno confinati quassù [...]. La situazione, dunque, è chiara. Il Commissario del Governo ha capitolato di fronte

ad una minoranza di neofascisti e di altri nazionalisti italiani. E poiché una minoranza è dunque riuscita ad impedire alla maggioranza di tenere questa manifestazione ove essa voleva, oggi noi siamo costretti qui. Un tempo i fascisti ci impedirono ogni forma di manifestazione e di libertà. Lo scorso anno ci fu impedito di manifestare per le pressioni dei neofascisti ed oggi queste pressioni ci hanno imposto di spostarci qui. Ed oggi siamo di fronte dunque ad una capitolazione del Governo davanti ai neofascisti. Sono sempre loro che vogliono privarci della nostra libertà.

Tutto quel che è avvenuto negli ultimi giorni illustra meglio di ogni altra cosa quale sia, in tema di libertà, lo stato delle cose oggi in Alto Adige.

Quello che conta in questo discorso, è in un certo senso più quello che manca, di quello che c'è.

C'è, secco, in apertura, un richiamo all'ordine quasi brutale. Non saranno ammesse fughe in avanti, dice Magnago, nessuna marcia su Bolzano per reagire al divieto delle autorità di tenere la manifestazione nel capoluogo. Non si preoccupa neppure l'Obmann di dare una giustificazione, di mettere a parte chi lo ascolta di una strategia o di una tattica. Non si farà nulla di tutto ciò solo perché lui ha dato la sua parola di tedesco. Deve bastare. E il bello è che basterà.

Basterà evidentemente perché chi lo ascolta sente che non si tratta di un mezzuccio per carpire la volontà dei manifestanti, ma che in quel concetto morale della parola data che va mantenuta si rispecchia, per l'appunto, un ordine superiore nel quale Magnago crede profondamente e al quale egli stesso è soggetto. Ci crede e gli credono quindi anche gli altri.

Basterà forse anche perché per antica tradizione, per storia e cultura i sudtirolesi non sono popolo che ami scendere in piazza a manifestare. Vero è però che in quel frangente storico la frustrazione e la rabbia, covate e represses sin dai tempi dell'immediato dopoguerra, dalla rinuncia forzata al sogno di una riunificazione dell'antico Tirolo, erano arrivate al massimo.

Ad agitare gli animi contribuiva in quegli anni anche il contesto internazionale. Era forte il fascino emanato dai movimenti di liberazione nazionale. Dall'India di Gandhi all'Africa, dal Vietnam antifrancesese all'Algeria. L'assetto postbellico mostrava crepe profonde. Pareva, e non a pochi, che un pugno di uomini decisi e dietro di essi un popolo convinto delle sue ragioni potessero abbattere qualsiasi ostacolo, conquistare qualsiasi traguardo.

Davanti a questa folla, in questo clima parlava Magnago.

È facile immaginare da cosa potesse essere spinto un oratore che si innamorasse dei sentimenti che avvertiva tra chi lo ascoltava in quel pomeriggio, che cosa

avrebbe potuto dire narrando le sofferenze del suo popolo, il suo passato di tormenti e le sue incertezze future.

Nulla di tutto ciò. Magnago gela il clima limitandosi a deplorare un'Autorità condizionata dalla destra italiana, poi passa ad altro.

Ed ora veniamo al tema dei due miliardi e mezzo. 30 giorni or sono il Governo romano ha assicurato lo stanziamento di due miliardi e mezzo di lire per la realizzazione di un nuovo quartiere a Bolzano. Con questi due miliardi e mezzo la misura è colma.

Così ci siamo detti che dovevamo gridare più forte perché se qualcuno è duro d'orecchi l'unico modo per farsi sentire è quello di gridare più forte. Per questo oggi siamo qui a manifestare e posso assicurare che in futuro grideremo sempre più forte, se faranno finta di non sentire.

Ci dicono: ma perché protestate per questi due miliardi e mezzo. Ogni provincia, ogni comune si rallegrerebbe di ricevere del denaro per le case popolari. Avete perso il senno, siete così antisociali da voler impedire ai poveri diavoli di ricevere una casa?

Dalla fine della guerra in poi si fa politica con il pretesto dei motivi sociali. Noi non abbiamo nulla contro le case popolari in quanto tali. Quel che si discute è il senso, è la necessità di queste case popolari.

E siamo giunti al punto cruciale: l'immigrazione dall'Italia.

La politica di edilizia sociale è la conseguenza di quel processo di immigrazione che ci sta strangolando nella nostra stessa Heimat.

Voglio darvi adesso solo alcuni dati. La città di Bolzano, una città duramente bombardata, era in uno stato, dopo la guerra, da non permettere neppure a tutti i suoi cittadini di poter avere una propria casa. Ora riflettiamo sul fatto che in undici anni, in questa città bombardata sono arrivati diecimila italiani in più di quelli emigrati per mancanza di abitazioni.

Non può essere dunque normale, va riconosciuto, che tutto ciò sia avvenuto ad onta della grande penuria di alloggi del periodo bellico.

[...]

E ci saremmo attesi dal Ministro Togni, che pochi mesi or sono fu a Bolzano per constatare i danni provocati dall'alluvione, che egli mantenesse le sue promesse verso gli alluvionati, ma non che invece da questo partisse con un nuovo programma di edilizia popolare.

[...]

Se oggi a Bolzano ci sono così tanti senza casa, come hanno fatto costoro a ricevere la residenza. In base alla legge la si può avere solo se si ha un'abitazione. Come fanno allora tanti "senza tetto" a ricevere la residenza senza avere una casa. Sappiamo a sufficienza come funzionano le cose oggi a Bolzano. Si costruiscono centinaia di case e vengono assegnate a coloro che vivono nelle grotte e nelle baracche. Solo che questi baraccati vengono immediatamente sostituiti da nuovi immigrati. Ed anche per questi devono essere costruite nuove case. Così avanti senza fine. E questo è il grande inganno dell'edilizia sociale a Bolzano.

[...]

A Bolzano nel dopoguerra sono state costruite 6780 nuove abitazioni e nonostante questo c'è sempre necessità di nuove case. Chi riceve dunque nuove abitazioni? Quasi esclusivamente italiani.

E perché? Perché queste nuove case costruite con fondi statali sono riservate fondamentalmente a quelle persone che si trovano in grande difficoltà. E questo accade ovviamente per coloro che sono arrivati qui di recente. E chi è arrivato ieri? Non noi ma gli italiani.

In basse ad un siffatto sistema, la popolazione eccedente di questa provincia dovrebbe temere, per avere finalmente una casa a Bolzano, di dover prima restare sulla strada e poi di dover abitare in una grotta o in una baracca.

Se si vuole veramente garantire la pace sociale a Bolzano occorre riconoscere al gruppo tedesco una quota corrispondente delle nuove abitazioni. Se chiediamo garanzie certe in questo senso, noi non agiamo in modo antisociale ma operiamo per la giustizia.

Magnago ricorda a questo punto l'affermazione del Ministro Tambroni secondo cui Bolzano è destinata a diventare una grande città e la paragona con quelle analoghe di Mussolini.

Questa affermazione finisce per creare grande inquietudine poiché a Bolzano verranno dunque poste le premesse per una sempre maggior immigrazione di italiani. E io a questo punto vorrei chiedere al Ministro dell'Interno Tambroni perché non dice a Trento o Treviso o in un'altra città che queste sono destinate a divenire una grande città, ma solo a Bolzano. I trentini sarebbero assai felici ed egli troverebbe totale adesione tra di loro se promettesse di fare di Trento una grande città.

Assieme a quella sulla fine della prima autonomia (il cosiddetto "Los von Trient"), è il cuore vero del discorso di Catel Firmiano. Anche qui non si può far a

meno di notare come l'oratore rifugga da ogni tentazione emotiva. Il concetto di "Todesmarsch", la cosiddetta marcia della morte con l'immigrazione italiana che mirava a ridurre in minoranza i sudtirolesi sullo stesso suolo della loro provincia viene evocato solo indirettamente. Ci si concentra sulle cifre, sui dati, su una contabilità che non è arida perché sottende concetti politici, come vedremo, di grande importanza ma che di nuovo rifugge da ogni facile demagogia.

Magnago non fu mai, proprio per questo, un grande oratore da comizio. Aveva però due doni che gli permettevano di avvincere gli ascoltatori più di altri capaci di disegnare col discorso grandi figure retoriche.

Era diretto, efficace e brutalmente sincero. Concreto e immediato. Capace, una volta che aveva trovato un concetto che gli sembrava rendesse l'idea che voleva presentare, di ripeterlo anche più volte.

Pronunciava i suoi discorsi, nessuno che l'abbia sentito può dimenticarlo, con un voce che mutava di tono, passando dal registro basso a quello acuto. Non cerca il consenso. Lo otteneva. Così ancora a Castel Firmiano:

Gli italiani sostengono che il Trattato (Degasperi Gruber ndr.) è stato onorato. Noi sosteniamo che così non è. E lo dimostrerò. Il principio della parificazione della lingua tedesca negli uffici pubblici contenuto nel Trattato non è stato realizzato. Capisco che il bilinguismo non possa essere raggiunto dall'oggi al domani quando il 90 per cento degli impiegati è italiano, ma possiamo almeno chiedere agli italiani che venga attivato il processo verso la realizzazione di questo bilinguismo. Non ci lamenteremo se riscontrassimo un po' di buona volontà. Esiste un decreto che richiede per l'assunzione di nuovo personale nel Sudtirolo la conoscenza della lingua tedesca, ma finché continueranno ad essere emanate leggi che non prevedono questo requisito, non vi sarà l'adempimento pieno dell'obbligo di parificazione.

A questo punto Magnago passa ad occuparsi della ripartizione degli impieghi pubblici.

Ma quando viene bandito il concorso per un posto pubblico nel Sudtirolo, i sudtirolesi debbono partecipare assieme ad innumerevoli concorrenti appartenenti ad un popolo di 48 milioni di italiani.

È vero che sono stati banditi concorsi per posti che richiedono un titolo di studio elevato, ma molti non vi partecipano poiché per 30 anni il fascismo ha annientato la cultura e proibito ogni formazione nel Sudtirolo. Non vengono messi a concorso però i posti, cui nel Sudtirolo vi sarebbero aspiranti in misura sufficiente, ad

esempio nei livelli inferiori dell'amministrazione delle strade, delle poste, delle ferrovie ed altri servizi.

Venisse messo a concorso un posto di portalelettere sino nella valle di Casies, esso non sarà riservato ai locali, ma a concorrenti sino giù a Palermo.

Le case, il pubblico impiego. Nel discorso di Castel Firmiano ci sono già “in nuce” gli elementi chiave di una seconda autonomia che arriverà più di un decennio dopo. La proporzionale nell’assegnazione degli alloggi pubblici, nella ripartizione del pubblico impiego, il bilinguismo. C’è un disegno politico chiaro con obiettivi concreti e definiti. Magnago, con la Svp, sa già dove vuole arrivare e sa che a differenza degli altri non si fermerà sino a quando non lo avrà ottenuto. È questo un punto di forza essenziale, l’elemento chiave che lo condurrà assieme al suo insostituibile braccio destro Alfons Benedikter ad ottenere nel 1972, e ad attuare completamente nel 1992, quanto delineato nel 1957.

È questa la differenza fondamentale e il grande vantaggio di Magnago nel suo rapporto con il mondo politico italiano. A Roma come a Bolzano la questione altoatesina viene gestita, in tutto il secondo dopoguerra, in modo traballante ed ondivago. Quando nel settembre del 1946 Alcide De Gasperi, un altro statista – sia detto per inciso – formatosi nel mondo politico del vecchio Impero, firma il trattato con Karl Gruber, non immagina di dover subire, il giorno dopo, una sorta di processo sommario da parte del fior fiore della diplomazia italiana, che gli imputa di aver inutilmente svenduto la sovranità italiana regalando alla minoranza tedesca una tutela internazionale del tutto contraria agli interessi del paese.

È la politica del doppio binario che proseguirà negli anni successivi. L’autonomia, nel 1948, arriva, ma ancorandola alla maggioranza italiana del Trentino, si cerca di svuotarla nella sostanza. Gli altoatesini, come ricorda Magnago, sono blanditi a parole e raggirati con la tattica del rinvio. Poi anche in campo italiano vi sono coloro che invece intuiscono, man mano che la crisi della prima autonomia diviene più profonda, che occorre trovare basi nuove su cui ricostruire un rapporto tra Stato e minoranza etnica, che occorre rivedere anche i rapporti internazionali, collocando la questione altoatesina in un contesto di relazioni europee più mature, meno segnate dal nazionalismo e dai rancori postbellici. Sono questi politici, un nome su tutti è quello di Aldo Moro, che, al termine di un processo difficile e defaticante, troveranno la soluzione ai problemi posti in quel pomeriggio di novembre sulla spianata di Castel Firmiano.

Alla confusione e alle ambiguità che regnano in campo italiano Magnago oppone dunque, sin dalla pronuncia del discorso, una chiara volontà di raggiungere

obiettivi precisi dai quali non si lascerà distogliere. Non dalle pressioni internazionali, non dagli avversari interni che verranno eliminati uno ad uno, senza remore, non dagli effetti dell'ondata di attentati che sta per scatenarsi.

Userà politicamente gli effetti delle bombe ma non si lascerà usare da chi le ha innescate. Respingerà sull'uscio di casa le richieste di Rosa Klotz guadagnandosi in certi ambienti un rancore che arriverà, mezzo secolo dopo, a lambire la sua bara il giorno dei solenni funerali.

Gli obiettivi sono dunque chiari, ma prima di raggiungerli occorre smontare pezzo per pezzo l'edificio della prima inconcludente autonomia. Torniamo dunque sulla spianata di Castel Firmiano:

Leggo sui cartelli la frase "Los von Trient". E con ciò veniamo alla questione dell'autonomia.

L'Accordo di Parigi prevede un'autonomia solo per il Sudtirolo. Ammesso e non concesso che l'autonomia che oggi noi abbiamo rappresenti veramente l'attuazione dell'Accordo di Parigi, noi dobbiamo comunque sottolineare che essa risulta largamente inadempita. A oltre dieci anni dalla sua emanazione, non più del 40 per cento delle competenze riconosciute a norma di Statuto alla Provincia sono state realmente ad essa trasferite.

Le nostre leggi provinciali vengono rinviate dal Governo con la motivazione che le corrispondenti norme di attuazione dello Statuto non sono ancora state emanate. Nonostante la competenza statutariamente fissata per la Provincia in materia di edilizia popolare, essa, come già detto, ci viene ancora sottratta.

Nemmeno la competenza in materia scolastica, che ci spetta in base allo Statuto, ci viene riconosciuta.

Ma a questo proposito va detta innanzitutto una cosa. Noi non vogliamo un'autonomia regionale con la provincia di Trento. Ci spetta in base all'Accordo di Parigi un'autonomia solo per il Sudtirolo.

Ed oggi io vi dico che i parlamentari della Svp presenteranno prossimamente un disegno di legge con il quale al popolo sudtirolese verrà garantita la separazione dalla comune autonomia con il Trentino e una vera autonoma potestà legislativa e amministrativa.

A questo punto il programma è delineato, con un primo passo da compiere subito, forse il più difficile, quello di troncare il legame con Trento. Anche in questo l'incapacità dei politici e degli analisti italiani di capire la Svp di Magnago diviene evidente. L'autonomia ancorata nel 1848 al Trentino aveva finito per fare il gioco

di chi a Roma voleva svuotare di contenuti reali alcune promesse contenute nell'Accordo di Parigi. Di fronte alla ribellione bolzanina si pensò a lungo di poter temporeggiare, concedendo qualcosa, rinviando molto, lusingando inutilmente.

Fu coniato allora un concetto politico/diplomatico in base al quale l'Accordo del 1946 era stato pienamente attuato, l'Austria nulla aveva più da pretendere, la questione altoatesina era divenuta un mero problema interno. Una proposizione tanto radicata da essere incredibilmente sopravvissuta all'intervento dell'ONU nel 1960, all'accordo sul "pacchetto" e relativo calendario operativo approvato dai parlamenti di Roma e Vienna e persino al rilascio della cosiddetta "quietanza liberatoria" nel giugno del 1992. Come un reperto di diplomazia fossile, un oggetto da museo, riaffiora a tratti nella polemica politica e nei comunicati governativi, sfidando il tempo e il ridicolo al tempo stesso. Se ne trova traccia in qualche comunicato diramato dalla Farnesina negli anni '90 e persino in qualche dichiarazione semiufficiale rilasciata alla stampa in tempi ancor più recenti.

Risultato di tutto questo processo l'accentuarsi nel mondo sudtirolese del dopoguerra di una diffidenza tanto profonda e incolmabile verso Trento da esser pari, quasi, a quella maturata dopo il ventennio fascista nei confronti di Roma. E c'è qualcuno, a Trento, che ancor oggi pare non essersene fatto una ragione.

Il discorso di Castel Firmiano si avvia verso la conclusione. Silvius Magnago ha preso in mano l'iniziativa evitando che altri potessero imboccare strade più fasciose per i giovani irrequieti, ma in fondo congeniali alle speranze di chi in campo italiano amerebbe magari risolvere tutto con una brutale prova di forza. Ha sostituito con un gioco di parole, il romantico "Los von Rom" degli estremisti con un più diretto e possibile "Los von Trient". Ora non gli resta che aggiustare il tiro nei confronti di Vienna, terzo vertice del triangolo in cui si iscrive la questione altoatesina.

La tattica italiana nella politica nei confronti dei sudtirolesi è quella del rinvio. Si pensa così di assopirci. Non ci dicono né sì né temporeggiano in modo da non fare brutte figure all'estero. Anche di fronte alla proposta del Governo austriaco di istituire una commissione di esperti per esaminare il problema dell'Accordo di Parigi, vi fu il diniego del Governo italiano per il quale i contatti potevano essere proseguiti per normale via diplomatica.

Se l'Italia però crede di assopire in questo modo il nostro spirito nazionale, dovrà ricredersi. Più la questione verrà rinviata e più alta si alzerà la voce dei sudtirolesi.

Con l'occasione vorrei pregare i dirigenti austriaci di agire con ancora maggior energia per l'attuazione dell'Accordo di Parigi e di non lasciarsi mettere

nell'angolo. Si dovranno condurre le trattative ad un risultato oppure scegliere un'altra strada. Gli austriaci non debbono lasciarsi abbindolare dallo charme dei politici italiani.

Tuttavia cari sudtirolesi, anche noi non dobbiamo contare troppo su aiuti esterni. Contiamo invece su noi stessi. Se per primi noi non siamo disposti a impegnarci, non abbiamo il diritto morale di chiedere aiuto all'esterno. Il Tirolo vivrà fino a che ci saranno tirolesi nel Tirolo. Noi e i nostri discendenti dobbiamo restare buoni tirolesi.

È l'ultima raccomandazione di Magnago, ma non meno essenziale delle altre. Il rapporto con l'Austria dev'essere stretto sino dove possibile, ma mai subalterno. A comandare le danze, nella visione dell'Obmann dovrà sempre essere Bolzano. A Vienna il compito di intervenire, di far valere sulla scena internazionale o nei rapporti bilaterali con Roma il peso dell'indipendenza appena riconquistata nel maggio 1955, con la firma del Trattato di Stato che ha messo fine alla lunga occupazione postbellica. Da Vienna come da Innsbruck, Magnago non prenderà ordini così come non intende subire pressioni da Trento o Roma. Anche la sottovalutazione di un simile grado di indipendenza costituirà un punto di debolezza in chi lo dovrà affrontare al tavolo della trattativa.

Le ultime frasi del discorso di Castel Firmiano sono coerenti con ciò che le ha precedute.

In verità non abbiamo alcuna fiducia nell'Italia. Non vogliamo però guardare al passato ma guardare in avanti, se vogliamo diventare buoni europei. Assolveremo pienamente alla nostra funzione di europei se la eserciteremo nella consapevolezza della nostra identità di popolo.

Eppure il Governo italiano potrebbe conquistarsela, la nostra fiducia, ma non prendendosela comoda, ma sedendo con noi ad un tavolo e costruendo una testimonianza concreta di fiducia con l'attuazione dell'autonomia.

Nel bilancio statale italiano sono iscritti 600 milioni destinati alla "salvaguardia dell'italianità nelle zone di confine". Uno Stato che ha assunto obblighi internazionali nei confronti di un gruppo etnico, ma che ha ogni anno nel suo bilancio un simile impegno finanziario, non può esprimere un vero spirito europeo e non può meritarsi la nostra fiducia. L'Italia potrebbe destinare questa somma o una ancor maggiore ad un altro scopo: la protezione e la difesa delle minoranze nelle zone di confine. Così L'Italia potrebbe dar prova di aver affrontato seriamente il problema della tutela delle minoranze.

*In conclusione vi chiedo di impegnarvi e lavorare sempre per la Heimat.
Dovremo rammentare a lungo questa manifestazione. È stata bella, tranquilla,
disciplinata. Ci siamo guardati in volto e ora andremo a casa con forza e coraggio
rinnovati. Dovremo lavorare sempre più per la nostra bella Heimat.*

Così l'Obmann congeda il suo popolo in un pomeriggio di novembre del 1957. Se ne vanno tutti a casa, passando sotto le forche caudine dei controlli di polizia. Non succede nulla ma tutto deve ancora succedere. Molto è scritto tra le righe del discorso appena pronunciato: le trattative prima infruttuose, poi più concrete con la "Commissione dei 19". Altro è nella mente degli estremisti che per quel giorno devono rimettere nello zaino i propositi di rivolta. Si faranno sentire anche troppo negli anni successivi.

3. Una lunga marcia

La scelta del discorso di Castel Firmiano come esempio per misurare la forza della concretezza nella politica di Silvius Magnago non esclude ovviamente che anche altri casi possano essere citati per confermare questa tesi. Castel Firmiano con il "Los von Trient", in effetti non è che il punto di partenza di una "lunga marcia" con la quale Magnago conduce il suo partito e i sudtirolesi tutti verso l'obiettivo dell'autonomia. Almeno altre due sono le tappe cruciali di questo percorso, nelle quali l'Obmann metterà alla prova il suo pragmatismo: il congresso del 22 novembre 1969 con il quale viene dato il via libera all'attuazione del "Pacchetto" e quello del 30 maggio del 1992, con il quale la Svp certifica che questa attuazione è stata completata e che la controversia internazionale può essere chiusa.

Del congresso del 1969 s'è scritto molto. Esso arriva al termine di una defaticante trattativa interna tra Bolzano e Roma, condotta da Magnago in prima persona e di un percorso parallelo di colloqui tra la diplomazia italiana e austriaca. Il quesito che Magnago porta ai delegati convenuti nel salone del Kursaal di Merano è semplice: occorre decidere se dare o no il via libera all'accordo internazionale e alle ratifiche dei due Parlamenti di Roma e Vienna per l'approvazione di una serie di misure che daranno vita alla cosiddetta "seconda autonomia". Nell'elenco ci sono tutte le questioni che Magnago, oltre dieci anni prima, aveva sollevato a Castel Firmiano: bilinguismo, proporzionale nel pubblico impiego, ma soprattutto passaggio alla Provincia di una vasta gamma di competenze.

Il “Pacchetto” è stato approvato con una maggioranza piuttosto netta – 41 sì, 23 no e 2 astensioni – dall’esecutivo del partito, ma al congresso la situazione poteva cambiare. Il partito del no, guidato dal battagliero Peter Brugger, conta molti consensi tra i delegati di base.

Anche in questo caso, per capire, occorre calarsi bene nel clima politico del momento ed evitare di usare il metro di giudizio odierno. Nel 1969 la nuova autonomia è solo una serie di parole scritte sul foglio di carta. Una riforma ampia sicuramente, ma tutta da definire nei suoi contorni. Il clima è avvelenato anche dal terrorismo che proprio a ridosso dell’intesa, ha prodotto i suoi episodi più oscuri, sanguinosi. La tentazione di non firmare, di respingere ancora una volta l’intesa di lasciare esplodere ulteriormente le tensioni nella speranza che prima o poi l’Italia ammetta che la questione altoatesina è irrisolvibile sul piano interno, è forte. La diffidenza verso l’interlocutore romano è altissima anche tra quelli che poi voteranno per la tesi di Magnago.

Il 22 novembre a Merano si realizza però quello che Magnago aveva chiesto a gran voce a Castel Firmiano: non Vienna, non Roma, ma Bolzano deve decidere e per Bolzano si intende il popolo Svp. La battaglia dura per l’intera giornata. Magnago, Brugger e gli altre esponenti di spicco del partito si alternano al podio, Peter Brugger è un grande oratore, sa interpretare forse più di chiunque altro gli umori e timori che percorrono la platea. *“Il mio timore – afferma dal podio – non è tanto per quello che avverrà se questa soluzione viene bocciata. La mia grande preoccupazione e il mio grande timore sono per quel che verrà se essa viene approvata”* (Solderer 1996, 191).

All’ultimo minuto parla ancora Magnago ed è Castel Firmiano che si ripete: *“Un no, anche se espresso in buona fede – afferma – sarebbe a mio giudizio un errore fatale per la nostra Heimat. Di questo sono convinto e da questa grande e giusta convinzione sono sostenuto nel mentre vi chiedo di dare il vostro voto. Questo è il mio più caldo desiderio”* (Solderer 1996, 191).

Gli dicono di sì in 583, i no sono 492 a conferma di quanto profonda fosse la voglia di non siglare nulla, di restare con le mani libere.

Di mani libere si parlerà anche ventitre anni più tardi, in un altro congresso, in cui, in un clima e in una situazione completamente mutata, la Svp è chiamata a dare ancora una volta il suo assenso.

È il 30 maggio del 1992. Pochi mesi prima, in gennaio, il Parlamento italiano, accogliendo l’invito del Presidente del Consiglio Andreotti, ha varato le ultime norme di attuazione del “Pacchetto”. Ora il calendario operativo, stabilito a suo tempo prevede che anche il Nationalrat di Vienna dica la sua e che poi rilasci la co-

siddetta “quietanza liberatoria” riconoscendo che la controversia internazionale aperta nel 1960 all’ONU sia chiusa. Vienna, ovviamente, aspetta il giudizio della Svp. E la Svp è ancora una volta lacerata, divisa.

Magnago non è più Obmann. Nel 1988 non si è ripresentato alle elezioni provinciali lasciando l’incarico al nuovo leader emergente: Luis Durnwalder. Un passaggio politico previsto da tempo e che coincide con un più generale cambio della guardia ai vertici della Provincia. Meno attesa e per certi versi incomprensibile è la svolta che avviene nella primavera del 1991. Mentre sono in pieno svolgimento le ultime trattative con Roma, Magnago lascia anche l’incarico di Obmann. In tutta fretta viene chiamato a sostituirlo un altro degli esponenti della vecchia guardia, Roland Riz. Il braccio destro di Magnago in vent’anni di trattative romane, Alfons Benedikter, capeggia invece la schiera di chi si oppone in ogni modo alla chiusura, chiede di lasciare aperta la controversia, di non firmare nulla.

Il congresso di maggio si svolge dunque in una situazione che ricorda quella del 1969, ma in un clima del tutto diverso. 23 anni non sono passati invano: l’autonomia non è più una serie di parole scritte sulla carta, ma un edificio completo, articolato, che poggia sulle fondamenta di robustissimi finanziamenti statali. La Svp amministra un potere amplissimo. Il terrorismo, dopo i rigurgiti degli anni ’80, è stato fatto tacere e il clima internazionale vede i confini scomparire gradatamente nel quadro di una nuova Europa unita. Da Vienna non arrivano più appelli alla resistenza, ma sollecitazioni, a volte spazientite, a chiudere un capitolo che pesa sulle aspirazioni austriache a far parte pienamente dell’Unione. Tutto ciò pesa sugli esiti del congresso, ma nonostante questo, il partito di chi non vuol chiudere, di chi non vuole legarsi le mani c’è ancora. E al congresso Silvius Magnago dovrà ancora intervenire, per puntellare la tesi della chiusura, per dare sulla voce a chi vorrebbe lasciare aperta la controversia. Questa volta il risultato non lascia margini di dubbio. A votare sì è oltre l’80 per cento dei delegati, ma ancora una volta Magnago, che si è negato, o al quale è stato negato il privilegio di chiudere un processo politico che aveva avviato trent’anni prima, è dovuto intervenire per sbarrare la strada, in nome del pragmatismo e della coerenza all’avventurismo, alla tattica del tanto peggio tanto meglio.

E che di peggio si poteva trattare lo dice anche il calendario politico di quei mesi. Il Parlamento vara le ultime norme come uno degli ultimi atti prima che l’intero edificio politico di Roma crolli sotto i colpi delle inchieste giudiziarie. La Democrazia Cristiana, interlocutore principe della Svp sta per frantumarsi irrimediabilmente. All’orizzonte spuntano nuovi soggetti politici come la Lega e in prospettiva Forza Italia di Silvio Berlusconi. Capita di domandarsi che cosa sareb-

be potuto succedere se in quello scorcio di inverno del 1992 uno dei tanti accidenti che hanno costellato la lunga attuazione del “Pacchetto” avesse provocato l’ennesimo rinvio e se così, tra i mille problemi irrisolti lasciati in eredità dalla prima alla seconda Repubblica, fosse rimasta anche la chiusura della questione altoatesina. Nulla probabilmente, ma l’interrogativo resta, inquietante.

Adesso torniamo per un ultimo sguardo alla spianata di Castel Firmiano in quel freddo novembre del 1957. Mentre il popolo sudtirolese sfolla lentamente non è difficile immaginare l’ansia, l’inquietudine, la difficoltà di capire da parte degli italiani che osservano dal capoluogo-roccaforte. Per molti anni Magnago fu, per essi, solo un simbolo negativo, uno spauracchio, il Presidente della Provincia che per lunghi anni, ad esempio, non concedeva interviste al principale quotidiano italiano. Poi, con la seconda autonomia già compiuta, la figura dell’Obmann assunse anche per il mondo italiano una veste diversa. Il grande nemico divenuto il grande vincitore, diventava icona anche per molti di coloro che poi alle elezioni bruciavano la scheda sulla fiamma missina.

Da tutta Italia arrivarono giornalisti che criticavano con toni a volte truculenti “l’apartheid” altoatesino, ma poi si lasciavano incantare da una di quelle interviste chilometriche che iniziavano regolarmente con Magnago che si schermiva affermando di aver poco da dire e terminavano qualche ora più tardi con l’ultimo foglio di taccuino riempito. Magnago il “tedesco”, Magnago il politico diverso da quelli romani.

Solo lo spazio di vent’anni nel quale la questione altoatesina è uscita del tutto (e non solo a Roma) dal novero delle questioni di interesse nazionale ha impedito che la morte di Magnago divenisse un avvenimento di rilievo nazionale.

Il Padre della Patria è sopravvissuto al proprio mito e ciò non gli ha risparmiato qualche piccolo oltraggio. Non ci riferiamo a quelli che hanno fatto debita assenza alle sue esequie rivangando antichi rancori. C’è da pensare piuttosto a chi profittando proprio di un distacco così lungo dalla vita pubblica ha creduto, in buona fede sicuramente, di scambiare in morte Silvius Magnago, classe 1914, con qualcosa che in vita non era stato, non avrebbe voluto essere.

L’aver persino confuso Magnago con Alex Langer, l’aver parlato di un artefice della convivenza, significa per l’ennesima volta non aver capito mente e animo di un avvocato dell’800 catapultato dalla storia nei vortici del ’900, deciso a conquistare per la sua gente, e solo per la sua gente, uno scudo quanto più robusto possibile per sfuggire agli effetti di un’annessione mai voluta, mai capita, mai accettata.

Tutto il resto è equivoco.

Note

1 Questo e altri brani del discorso sono stati tradotti in italiano dall'autore.

Riferimenti bibliografici

Benedikter, Hans (1983/2010). *Silvius Magnago. Ein Leben für Südtirol*, Bozen, Athesia

Calabrese, Claudio (2010). *Silvius Magnago: il Patriarca (1914-2010)*, Bolzano, Praxis 3

Dolomiten (1957): Die Rede des Obmannes Dr. Magnago, in: *Dolomiten*, 18 novembre 1957, 2 e 4.

Peterlini, Hans Karl (2007) (a cura di). *Silvius Magnago. Das Vermächtnis. Bekenntnisse einer politischen Legende*, Bozen, Edition Raetia

Solderer, Gottfried (1996): Blumen am Wege pflücken, in: *Solderer*, Gottfried (a cura di): *Silvius Magnago – eine Biographie Südtirols*, Edition Raetia, 169-192

Solderer, Gottfried (a cura di): *Silvius Magnago – eine Biographie Südtirols*, Edition Raetia

Abstracts

Warum die Italiener (und so mancher Südtiroler) Silvius Magnago nicht verstanden haben

Eine Rede, die im kollektiven Gedächtnis der politischen Geschichte Südtirols haften geblieben ist, ist jene von Silvius Magnago, die er am 17. November 1957 auf Schloss Sigmundskron vor Tausenden Südtirolern gehalten hatte. Jene, die unter dem Motto „Los von Trient“ stand und den endgültigen Bruch mit dem Ersten Autonomiestatut bedeutete und mit der der „lange Marsch“ des jungen Obmanns und seiner Partei hin zum „Paket“ und zu einer neuen Landesautonomie begann. Jene Rede, die nicht existiert. Der komplette, vollständige Text fehlt in den Archiven. Deshalb ist es notwendig, noch einmal Satz für Satz, ausgehend von Chroniken und Zusammenfassungen die Rede zu rekonstruieren; dadurch kann schließlich der politische Charakter Magnagos, der sich in dieser flammenden Ansprache enthüllt, seine Ambitionen und seine Bedeutung als politische Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts freigelegt werden.

Sön le cíodì che i taliagn (y val' südtirolesc) n' à nia capì Silvius Magnago

N discurs che resta tla memoria coletiva y tla storia politica de Südtirol é chël che Silvius Magnago à tignì ai 17 de novèmber dl 1957 dan da na fola de milesc de südtirolesc a Sigmundskron. Al é le discurs dl „Los von Trient“, dla rotöra definitiva cun la pröma autonomia, le discurs cun chël che le presidënt jonn y so partì mèt man la „marcia lungia“ devers dl Pachet y dl' autonomia provinziala nöia. Y al é le discurs che n' é ignó da cíafè: ti archifs mancé na verjiun intiera y completa. Al é porchël indò n iade da pié ia dales croniches y dales sinteses, por descuñ n Magnago che revelëia en chë ocajium, parora por parora, döt so carater politich, sües ambiziuns y süa natöra de politich dl '900.

Why the Italians (and some South Tyroleans) Did Not Understand Silvius Magnago

A speech that remains in the collective memory and in the political history of South Tyrol is that of Magnago Silvius before a crowd of tens of thousands of South Tyroleans on the esplanade of Castelfirmiano on the 17th of November, 1957. The speech was known as “Free from Trento!” and represented a definitive break with South Tyrol’s First Statute of Autonomy. The speech initiated the “long march” of the young Obmann and his party towards what became known as “the package” and a new autonomy for the province. It is a speech that does not exist: a full and complete text is missing from the archival records. It is thus necessary to piece the speech together once again, using chronicles and analyses, in order to rediscover a Magnago who revealed on that occasion—sentence after sentence—the entirety of his political character, his ambitions, and his nature as a twentieth-century politician.

Joachim Gatterer

Aus den Kriegstrümmern zur Demokratie

Zum politischen Werdegang von Alfons Benedikter, Pietro Mitolo und Egmont Jenny

1. Einleitung

Für die Entstehung und Entwicklung der politischen Nachkriegskultur in Südtirol stellt das Gruber-Degasperi-Abkommen aus dem Jahr 1946 die wesentliche juristische Grundlage dar. Es bildet die formale Gegenthese zur Politik der nationalistischen Konfrontation und schuf unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs die erste Voraussetzung für eine, wenngleich fragile, gesellschaftspolitische Entspannung. Unter der Oberfläche verbarg sich jedoch ein stark traumatisiertes kollektives Bewusstsein, in welchem die Erinnerung an die schwelenden Nationalitätenkämpfe in der Habsburgermonarchie des 19. Jahrhunderts, an die darauf folgende faschistische Entnationalisierungspolitik, an die großen politischen Umsiedlungsvorhaben, an den nationalsozialistischen Einmarsch in Norditalien, an totalen Krieg und politische Verfolgung noch allgegenwärtig waren.

Als Folge dieser historischen Traumata resultierte unmittelbar nach Kriegsende u. a. eine intensive Stimmung des gegenseitigen Misstrauens in weiten Teilen der

Bevölkerung und die offensichtliche Unterentwicklung einer demokratischen Streitkultur. Unter diesen Vorzeichen begann mit der Verabschiedung des Gruber-Degasperi-Abkommens die Verfestigung eines Systems der machtpolitischen Konkordanz entlang ethnisch definierter Konfliktlinien. Dieses System schreibt unter den politischen Eliten in der Provinz bis dato einen breiten sprachgruppenübergreifenden Konsens verfassungsrechtlich vor, während an der gesellschaftlichen Basis eine institutionelle Trennung des sozialen Raumes zwischen den deutsch-, italienisch- und ladinischsprachigen Bevölkerungsgruppen praktiziert wird (vgl. Pallaver 2010, 381–384; Verdorfer 2010, 368–371; Pallaver 2007b, 527–536).

Bei allem Zwang zum Konsens ist dieses System das Ergebnis eines langjährigen politischen Wettstreits, in dessen Mittelpunkt auf lokaler Ebene in den entscheidenden Jahrzehnten eine Generation von PolitikerInnen stand, welche nicht nur die rechtliche Architektur der Südtirolautonomie ausgestaltete sondern durch ihren politischen Habitus – der noch im ideologischen Klima der 1930er- und 40er-Jahre herangereift war – auch die Diskussionskultur dieser Jahrzehnte entscheidend mitgeprägt hat. Während wichtige Protagonisten dieser Generation, wie etwa Hans Dietl, frühzeitig aus dem politischen Leben ausgeschieden sind, begann ab Mitte der 1980er-Jahre der breit angelegte Generationenwechsel auf allen Ebenen, der jüngeren PolitikerInnen der ersten Nachkriegsjahrgänge endgültig den Weg zu politischen Spitzenpositionen ebnete (vgl. Heiss, 2003, 8).

Nach dem Ableben von SVP-Altsenator Hans Rubner im Jahr 2009 sind im Jahr 2010 mit Altlandeshauptmann Silvius Magnago (siehe dazu den Beitrag in diesem Band) sowie mit den langjährigen Regionalpolitikern Alfons Benedikter, Egmont Jenny, Pietro Mitolo – und im Februar 2011 mit Alcide Berloff – bedeutende Vertreter der Gründergeneration der Autonomie verstorben. Aus gegebenem Anlass soll ein kritischer Vergleich der politischen Biografien von Alfons Benedikter, Pietro Mitolo und Egmont Jenny wesentliche Charakteristika dieser Politikergeneration nachzeichnen. Der Vergleich beschränkt sich dabei nicht auf die Darstellung der unterschiedlichen politischen Karrieren; vielmehr soll illustriert werden, wie stark gemeinsame soziale Rahmenbedingungen das politische Engagement dieser Generation beeinflussten, welche ideologischen Positionen sich daraus entwickelt und wie diese das politische Konkordanzsystem geformt haben. Benedikter, Mitolo und Jenny stehen letztlich auch paradigmatisch für unterschiedliche Zugänge zur Demokratie, deren Vergleich sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen politischer Diskussion in Südtirol erkennen lässt.

2. Kindheit und Jugend im Zeichen von Kriegsschäden und ideologischer Aufrüstung

In einem Aufsatz zur Geschichte der Zwischenkriegszeit zeigt Hans Heiss die sozialen und politischen Rahmenbedingungen, in denen Jugendliche der 1920er- und 30er-Jahre in Südtirol aufgewachsen sind. Er zeichnet eine Epoche „schwerster Turbulenzen“, die dem Bild aktueller Krisenregionen durchaus ähnlich sind. Auch Südtirol war nach 1918 von unmittelbaren Kriegsfolgen betroffen. Kindheitserinnerungen an die damalige Zeit sind großteils geprägt von Erfahrungen des Mangels, von wirtschaftlichen Notlagen und von den Existenzängsten der Eltern, die wiederum bedingt waren durch die politischen Folgeerscheinungen des Ersten Weltkriegs, eine starke Abwanderung breiter Bevölkerungsschichten, das Eindringen der italienischen Administration in vormals österreichische Amtsstuben, später die Machtübernahme des Faschismus. Ab Mitte der 1920er-Jahre zerbrachen die letzten Reste funktionierender Bildungsstrukturen und damit in vielen Fällen auch die Aussichten auf ein gesichertes Einkommen – beides unter den Vorzeichen einer nahenden Weltwirtschaftskrise. Auf diese gesellschaftliche Marginalisierung antworteten auch in Südtirol viele mit politischer Radikalisierung im Zeichen totalitärer Ideologien (vgl. Heiss 2000, 7–8; Gatterer 1991, 173).

Benedikter, Mitolo und Jenny waren Kinder dieser Zwischenkriegszeit, konnten in ihren jeweils getrennten Milieus aber härteren Schicksalsschlägen entgehen. Benedikter, Jahrgang 1915, profitierte als Sohn eines Postmeisters von seiner sprachlichen Begabung und schloss 1936 das Gymnasium, 1940 sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Neapel ab. Pietro Mitolo, Jahrgang 1921 und zweiter Sohn eines angesehenen Carabinierimaresciallos, sozialisierte sich am Bozner Lyzeum und in den Reihen des neuen und gehobenen italienischen Mittelstandes. Egmont Jenny, Jahrgang 1924, genoss wenige Kilometer entfernt in Lana die weltoffene Erziehung eines Vorarlberger Apothekers und einer Mailänder Lehrerin mit argentinischen Wurzeln (vgl. Benedikter 2008, 6–13; Dall’Ò 2010b, 20; Jenny, 2007, 8).

Trotz Kindheit in gesicherten Verhältnissen gerieten alle drei zwangsläufig in den Sog der damaligen gesamtgesellschaftlichen Politisierung, später in die Wirren des Krieges, die für Benedikter und Jenny zusätzlich vom Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern der Option überschattet waren. Dem jungen Mitolo, Zögling der „Gioventù fascista“, lieferten die Ideale des Regimes bereits früh ansprechende ideologische Bezugspunkte und Karrierechancen. Auch Benedikter sammelte zu Gymnasialzeiten als Mitarbeiter der einschlägigen Zeitschrift „La

Provincia di Bolzano“ erste journalistische Erfahrungen. An der Universität Neapel vertiefte er im Anschluss daran seine Rechts- und Sprachkenntnisse und entschied sich im Zuge der Option vorerst für die Beibehaltung der italienischen Staatsbürgerschaft. Jenny optierte gemeinsam mit seinem Vater für das Deutsche Reich, beendete seine Schulbildung jedoch bei seiner Mutter in Meran und begann noch 1943 ein Medizinstudium in Bologna.

Die letzten Kriegsjahre überstanden alle drei an unterschiedlichen Fronten. Jenny in den Reihen der deutschen Wehrmacht in Norditalien, Benedikter – 1943 in die deutsche Wehrmacht eingezogen – in russischer Kriegsgefangenschaft und Mitolo als italienischer Flugzeugpilot in Deutschland, später als junger Mitstreiter in Mussolinis Repubblica di Salò. Bei Kriegsende war der Älteste, Benedikter, erst knappe dreißig Jahre alt, aber wie Mitolo, Jenny und viele Überlebende ihrer Generation bereits mit prägenden Erlebnissen und dem Scheitern großer, wenngleich gegensätzlicher, politischer Illusionen konfrontiert worden (Dall’Ò 2010b, 20; Gonzato 2010, 14f; Benedikter 2008, 17–25; Jenny 2007, 64–104).

3. Alfons Benedikter und Pietro Mitolo: Die Politik des ethnischen Tauziehens

Der Wiederauftakt des demokratischen Lebens markierte in Südtirol nur oberflächlich eine einschneidende Zäsur. Traditionelle gesellschaftliche Konfliktlinien und politisches Führungspersonal blieben im neu entstandenen Parteiensystem auch nach 1945 über Jahrzehnte weitgehend intakt. Alfons Benedikter und Pietro Mitolo starteten als junge Kriegsheimkehrer unter diesen Vorzeichen umgehend ihre politischen Karrieren. Benedikter begann bereits 1945 als engagierter SVP-Bezirkssekretär im Vinschgau und schaffte bei den ersten Landtagswahlen 1948 auf Anhieb den Sprung in den Landtag. Mitolo war 1947 Gründungsmitglied der Bozner Sektion des neofaschistischen MSI und ab 1948 einer dessen führenden Vertreter im Bozner Gemeinderat (Pallaver 2007c, 589–594; Benedikter 2008, 30f; Gonzato 2010, 14).

Die politischen Zielsetzungen beider Politiker und ihrer Parteien waren einander stets diametral entgegengesetzt und der Konflikt ihrer Interessen überlagerte die gesamte politische Diskussion der 1950er- und 60er-Jahre mit steigender Intensität. Die SVP strebte als ethnische Sammelpartei aller deutsch- und ladinischsprachigen SüdtirolerInnen die Verwirklichung einer rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Absicherung der Minderheit im italienischen Staatsverband an. Der



Pietro Mitolo (links): Unter dem Banner des Neofaschismus um 1960 (rechts) bis herauf in die 1990er-Jahre (Mitte) auf Konfrontationskurs mit der SVP

MSI sammelte demgegenüber den harten Kern jener italienischen Modernisierungsverlierer, die nach dem Ende des Faschismus persönliche Privilegien verloren hatten und in einer funktionierenden Regionalautonomie den italienischen Charakter Südtirols gefährdet sahen. In diesem Klima gelang der SVP bis Mitte der 1960er-Jahre die Aufrechterhaltung eines breiten Wählerkonsenses unter der deutsch- und ladinischsprachigen Mehrheitsbevölkerung. Der MSI blieb – nicht zuletzt aufgrund seines Antisystemcharakters auf nationaler Ebene – auch in Bozen vorerst eine Kleinpartei, die bis 1960 aber vor allem unter den italienischen Zuwanderern in Bozen an Wählerkonsens gewann. Durch taktische Anreize („inserimento“) verstanden es die Neofaschisten, die Politik der regierenden Christdemokraten in Rom wie in Bozen zu beeinflussen und somit die Ausgestaltung der Autonomie zu behindern (Pallaver 2007a, 630–636; Sorg 2003, 37–50; Pallaver 2007c, 591f; Ignazi 1997, 98–114).

Innerhalb der SVP zählte Alfons Benedikter seit jeher zu den Hardlinern, die Ende der 1950er-Jahre vehement auf eine Konfrontation mit den regierenden Christdemokraten drängten. Mit der Wahl von Silvius Magnago zum SVP-Parteibmann, später zum Landeshauptmann erweiterte sich auch Benediktters politischer Spielraum. War er bereits seit 1948 Assessor in der Regionalregierung gewesen, wurde er ab 1960 Landesrat mit stetig wachsendem Kompetenzbereich und für die folgenden 29 Jahre Magnagos Landeshauptmannstellvertreter. Nach Wiederaufnahme der internationalen Verhandlungen zur Südtirolfrage vor den Vereinten



Alfons Benedikter (links): 1957 in der SVP-Führungsriege um Silvius Magnago (Mitte) und Hans Dietl (rechts). Für viele Italiener ist er auch „il teorico della separazione“ (Giorgio Delle Donne).

Nationen und nach Abschluss der anschließenden bilateralen Gespräche zwischen Österreich und Italien, zählte Benedikter 1969 vorerst zu den Paketgegnern. Im Anschluss stellte er jedoch im Rahmen der nationalen Verhandlungsrunden seine unorthodoxen, wenngleich politisch wie juristisch erfolgreichen Verhandlungsmethoden unter Beweis. Unter seiner federführenden Mitarbeit nahm das Zweite Autonomiestatut über dessen Implementierung durch die Durchführungsbestimmungen Gestalt an. Sie bildeten ab Mitte der 1970er-Jahre die Basis für einen rasanten Aufschwung des kulturellen Lebens und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unter der deutschsprachigen Bevölkerung. Mit der gleichzeitigen Einführung eines ethnischen Proporzsystems in sämtlichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, namentlich im Staatsdienst, und durch die zusätzliche Krise der Industrie, in der die ItalienerInnen bislang bevorzugt Arbeit und Verdienst gefunden hatten, wurden allerdings auch die Empfindungen der ethnischen Trennung und das Gefühl der Ungleichbehandlung unter der italienischsprachigen Bevölkerung verstärkt (Benedikter 2008, 30–45; Kronbichler 2010, 4; Dall’Ò 2010a, Heiss 2002, 11).

Das politische Gewicht des MSI hatte in den 1960er- und 70er-Jahren mit dem Regierungseintritt der italienischen Sozialisten auf Staatsebene und den erfolgreichen Verhandlungen zur Südtirolfrage drastisch an Bedeutung verloren. Der Wählerkonsens der Partei war in der Provinz von 7,09 Prozent im Jahr 1960 auf 2,98 Prozent im Jahr 1978 gesunken. Die ideologische Haltung der Partei zu Autonomie und

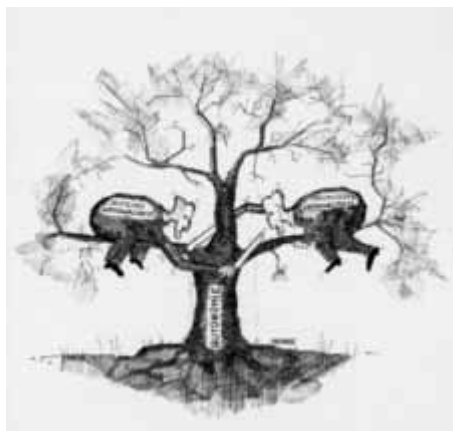
Minderheitenschutz blieb über die Jahre jedoch unverändert und ihre politischen Führungspersonlichkeiten Andrea und Pietro Mitolo ebenso unangetastet in Amt und Würden.

Die Volkszählung aus dem Jahr 1981 bestätigte erstmals die vom MSI jahrelang geschürte Untergangsstimmung der ItalienerInnen. Pietro Mitolos Forderungen nach drastischer Abänderung des von Benedikter mitgestalteten Autonomiestatuts, vor allem die Forderung nach Abschaffung des ethnischen Proporzsystems und nach Verzicht auf die Verpflichtung zur Zweisprachigkeit im Sinne eines besseren Schutzes der italienischen Sprachgruppe, gaben der Partei einen neuerlichen, ungeahnten Auftrieb. Der MSI avancierte 1985 in Bozen zur stärksten Partei der Stadt (22,6 Prozent), 1988 auf Landesebene zur neuen italienischen Sammelpartei (10,29 Prozent), die aufgrund ihrer neofaschistischen Gesinnung und bewusst eingesetzter Radikalisierung der Alltags- und Jugendkultur allerdings weiterhin aus sämtlichen Regierungskoalitionen ausgeschlossen blieb (vgl. Pallaver 2007c, 615f).

Durch diese Ausschlussstrategie geriet jedoch auch das im Zweiten Autonomiestatut festgelegte Prinzip der Konkordanzdemokratie in eine Schieflage, zumal durch die politische Isolierung der stärksten Partei der italienischen Sprachgruppe faktisch auch die Mehrheit der italienischen Wählerschaft von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen blieb. Durch diese Strategie untermauerte die SVP zwar ihre dominante Position innerhalb der Landesregierung, trug allerdings auch ihrerseits zur Steigerung des Unbehagens in breiten italienischsprachigen Bevölkerungsteilen bei, die sich erneut nationalistischen Positionen zuwendeten (vgl. Pallaver 2007b, 538–544).

4. Egmont Jenny: Die Erweiterung des demokratischen Horizonts

Unter gänzlich anderen Prämissen als Alfons Benedikter und Pietro Mitolo stieg Egmont Jenny Ende der 1950er-Jahre in die Landespolitik ein. Während Benedikter und Mitolo nach Kriegsende in Südtirol sofort politische Ämter bekleideten, beendet Jenny sein Medizinstudium an der Universität Innsbruck und begann 1950 eine Facharzt Ausbildung in Wien, wo er im weltoffenen Klima der sozialdemokratisch regierten Metropole seine berufliche und politische Sozialisation vervollständigt hat, bevor er 1956 nach Südtirol zurückkehrte. Vor dem Hintergrund der wachsenden sozialen Spannungen im Land begann Jennys politisches Engagement in den Reihen der Südtiroler Volkspartei an der Seite des liberal gesinnten Hans Rubner und des jungen Hans Benedikter (Jenny 2010, 64–79; Jenny 2007, 8f).



Egmont Jenny: Ab Mitte der 1960er-Jahre als Sozialdemokrat im Einsatz für sozialen Fortschritt und ethnische Abrüstung

Jenny hatte früh erkannt, welche strukturellen Defizite in der schwach organisierten Honoratiorenpartei bestanden, die sich im Sinne der Parteiführung in erster Linie mit ethnischen Themen beschäftigte, eine stärkere Diskussion von sozialen Problemen und die Inklusion breiter Bevölkerungsschichten in den Diskussionsprozess aber nicht ermöglichte. Im Rahmen der internationalen Verhandlungen zur Südtirolfrage erkannte auch Österreichs damaliger Außenminister Bruno Kreisky dieses demokratische Defizit und motivierte Jenny zur Solidarisierung einer sozialdemokratischen Komponente in den Reihen der konservativen Südtiroler Volkspartei. Auf Nachdruck Kreiskys wurde Jenny 1964 auf die Landtagsliste der SVP gesetzt und auch gewählt, innerhalb der Partei aber schrittweise isoliert und 1966 – parallel zum Machtverlust Kreiskys in Österreich – als unliebsamer Kritiker aus der SVP ausgeschlossen (Jenny 2010, 105–117; Jenny 2007, 8f; Gatterer 2009, 47–51).

Mit Unterstützung der SPÖ formierte Jenny im Anschluss die Soziale Fortschrittspartei (SFP), mit der es ihm gelang, in bescheidenem Umfang einen ersten sozialliberalen Gegenpol zur Politik der ethnischen Spannung aufzubauen. Jenny thematisierte vernachlässigte gesellschaftspolitische Themen der damaligen Zeit, forderte den Ausbau von Arbeitsplätzen und Bildungschancen, die Gründung einer Universität, die Gleichstellung der Geschlechter und vor allem die Nutzung der Autonomie für einen kulturellen Anschluss der vielfach noch rückständigen Provinz an ihre europäischen Nachbarn. Mit einer Wahlempfehlung für den Trentiner Sozialisten Renato Ballardini animierte Jenny 1972 erstmals zur Überwindung der

strikten ethnischen Trennung und signalisierte dadurch die Möglichkeit zum sprachgruppenübergreifenden Dialog an der politischen Basis. Mit dieser ambitionierten Entscheidung rüttelte er gleichzeitig an den Grundpfeilern der Macht, erntete damals in den Reihen der deutschsprachigen SüdtirolerInnen hierfür aber wenig Verständnis. Auch innerhalb der SFP wurde die Wahlempfehlung nur von einer Minderheit mitgetragen und Jennys politischer Abstieg dadurch bereits vorgezeichnet (Gatterer 2009, 47–61).

Das deutschsprachige Oppositionspotenzial sammelte sich ab 1973 in der parallel gegründeten und ethnisch geschlossenen Sozialdemokratischen Partei Südtirols (SPS), deren Proteststimmen mit der Gründung eines moderaten Arbeitnehmerflügels in der SVP recht bald wieder zur Volkspartei zurückflossen, während Alexander Langer junge ethnische GrenzgängerInnen ab 1978 unter dem Symbol der Neuen Linken/Nuova Sinistra sammelte und längerfristig organisierte. Mit Jennys Wahlniederlagen als Spitzenkandidat der SFP im selben Jahr und als Exponent einer rundum erneuerten SPS im Jahr 1983 verschwand die politische Plattform der Südtiroler Sozialdemokratie hingegen nach 1921 und 1948 nunmehr zum dritten Mal in der politischen Versenkung (Gatterer 2009, 47–61).

5. Leiser Abgang, späte Einsicht und langfristiger Erfolg

Die Geschichtsschreibung weist nicht nur Egmont Jenny, sondern auch Alfons Benedikter und Pietro Mitolo letztlich als politische Verlierer aus. Benedikter blieb trotz seiner enormen Verdienste um die Ausgestaltung der Autonomie stets der zweite Mann im Schatten von Silvius Magnago und konnte sich nach dessen Amtsübergabe an Luis Durnwalder nur schwer von erworbenen Machtpositionen lösen. Aus Protest gegen den erfolgten Paketabschluss, gegen die endgültige Beilegung des Streits zwischen Österreich und Italien vor den Vereinten Nationen und gegen seinen Ausschluss aus der Regierungsverantwortung nach 40-jähriger Amtszeit wechselte Benedikter von 1993 bis 1998 ein letztes Mal für die Union für Südtirol auf die harte und undankbare Oppositionsbank, wo er seine langjährige politische Karriere beendete (Pallaver 2007c, 613f; Kronbichler 2010, 4; Dall’Ò 2010a, 17).

Auch Pietro Mitolo hat den MSI von 1948 bis zu dessen Auflösung in mehreren politischen Institutionen vertreten, bis 1964 im Bozner Gemeinderat, von 1973 bis 1994 im Südtiroler Landtag, parallel dazu von 1992 bis 1994 auch im Europaparlament. Für die Nachfolgeparteien des MSI, Alleanza Nazionale, später Popolo della Libertà, saß er u. a. von 1994 bis 2001 im italienischen Parlament (Gonzato 2010,

14). Obwohl Mitolo in allen diesen Funktionen maßgeblich am späten Aufstieg der italienischen Rechten in Südtirol beteiligt war, musste er spätestens Mitte der 1990er-Jahre eingestehen, durch die jahrzehntelange Fundamentalopposition gegen die Autonomie eine konstruktive Mitgestaltung der Institutionen versäumt und dadurch auch selbst zum Ausschluss zahlreicher ItalienerInnen vom politischen Entscheidungsprozess in Südtirol beigetragen zu haben. Sein Aufstieg zum Berater der Regierung Berlusconi in Südtirolangelegenheiten im Jahr 2004 führte ihm ein letztes Mal vor Augen, dass die SVP auch in Rom in Fragen der Regionalautonomie am politisch längeren Hebel saß. Vor allem aufgrund der historisch gewachsenen Vorbehalte der Volkspartei blieb auch die spät ersehnte Regierungsbeteiligung der italienischen Rechten in der Provinz zu Lebzeiten Mitolos ohne Aussicht auf Erfolg (vgl. Dall'Ò 2010b, 20–23).

Egmont Jenny hat es im Gegensatz zu Alfons Benedikter und Pietro Mitolo weder geschafft in besondere Machtpositionen vorzudringen, noch ist es ihm gelungen, eine sozialdemokratische Partei österreichischer Prägung in der politischen Landschaft Südtirols langfristig zu etablieren. Trotzdem bescheinigte ihm sein Freund Claus Gatterer bereits 1975, er habe durch persönliches Engagement zum Vorteil aller in Südtirol „etliches umgeackert, vieles gesät“, ohne selbst große Teile des Ertrags daraus zu ernten (Gatterer zitiert nach Jenny 2007, 257f). Südtirols Entwicklung der letzten Jahrzehnte gibt Gatterers Kommentar wie Jennys politischem Engagement in dieser Hinsicht recht. Wenngleich die ethnische Logik nach wie vor das bestimmende Element im politischen System geblieben ist, haben sich auf Ebene der Parteien sowie in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft, Kultur und Bildung seit den späten 1980er-Jahren anhaltende Erneuerungs- und Differenzierungstrends durchgesetzt, die zu wirtschaftlicher Prosperität geführt und in manchen Bereichen der Zivilgesellschaft auch die Distanz zwischen den Sprachgruppen verringert haben (vgl. Pallaver 2010, 377–399; Heiss 2003, 7–11).

Literaturverzeichnis

- Benedikter*, Alfons (2008). *Erinnerungen. Leben und politischer Weg*, Kaltern: Edition Löwentier
- Dall'Ò*, Norbert (2010a). Das Herz der Kampfmaschine, in: *ff – Südtiroler Wochenmagazin*, 11.9. 2010, Nr. 45, 15–19
- Dall'Ò*, Norbert (2010b). Pierino, der gute Faschist, in: *ff – Südtiroler Wochenmagazin*, 4.3.2010, Nr. 09, 20–23
- Delle Donne*, Giorgio (2010). *Morto Alfons Benedikter, il duro dell'autonomia, teorico della separazione*, in: *Alto Adige*, 4.11.2010, 2
- Gatterer*, Claus (1991). *Südtirol 1930–1945. Eine politische Landschaftsskizze*, in: *ders.: Aufsätze und Reden*, Bozen: Edition Raetia
- Gatterer*, Joachim (2009). „rote milben im gefieder“. *Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol*, Innsbruck–Wien–Bozen: StudienVerlag
- Gonzato*, Francesca (2010). È morto Pietro Mitolo. La destra italiana perde il suo nume tutelare, in: *Alto Adige*, 25. 2. 2010, 14
- Heiss*, Hans (2002). *Der Kraftakt. Südtirol von 1960 bis 1979*, in: *Solderer, Gottfried (Hg.): Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Band 2*, Bozen: Edition Raetia, 7–11
- Heiss*, Hans (2000). *Zwischen den Kriegen*, in: *Solderer, Gottfried (Hg.): Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Band 2*, Bozen: Edition Raetia, 7–11
- Heiss*, Hans (2003). *Schönes neues Südtirol*, in: *Solderer, Gottfried (Hg.): Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Band 5*, Bozen: Edition Raetia, 7–11
- Ignazi*, Piero (1997). *I partiti italiani*, Bologna: il mulino
- Jenny*, Egmont (2007). *Bekenntnis zum Fortschritt. Mein Weg zur Sozialdemokratie*, Bozen: Edition Raetia
- Jenny*, Egmont (2010). *L'intruso. Egmont Jenny e il suo Sudtirolo*, Bolzano: Edition Raetia
- Kronbichler*, Florian (2010). *Alfons Njet*, in: *Die neue Südtiroler Tageszeitung*, 4. November, 4
- Pallaver*, Günther (2007a). *Die Südtiroler Volkspartei*, in: *Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen*, Trento: Museo Storico, 629–656
- Pallaver*, Günther (2007b). *Südtirols Konkordanzdemokratie*, in: *Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen*, Trento: Museo Storico, 527–554
- Pallaver*, Günther (2007c). *Südtirols politische Parteien*, in: *Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther (Hg.): Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen*, Trento: Museo Storico, 589–628
- Pallaver*, Günther (2010). *Vom ethnischen zum territorialen cleavage*, in: *Pallaver, Günther (Hg.): Politika 10. Jahrbuch für Politik/Annuario di politica/Anuer de pulitica*, Bozen: Edition Raetia, 377–405
- Sorg*, Arnold (2003). *Movimento Sociale Italiano (MSI) und Alleanza Nazionale (AN) in Südtirol*, Innsbruck: politikwiss. Diplomarbeit
- Verdorfer*, Martha (2010). *Geschichte und Gedächtnis. Die Erinnerung an die Option von 1939*, in: *Pallaver, Günther/Steuer, Leopold (Hg.): Deutsche! Hitler verkauft euch! Das Erbe von Option und Weltkrieg in Südtirol*, Bozen: Edition Raetia, 365–383

Abstracts

Dai detriti della guerra alla democrazia: Alfons Benedikter, Pietro Mitolo e Egmont Jenny

Accanto all'ex capo della Provincia, Silvius Magnago, nel 2010 sono deceduti anche i politici regionali Alfons Benedikter, Pietro Mitolo e Egmont Jenny. La loro generazione per molti anni ha influenzato la cultura politica nella provincia e ha caratterizzato i dibattiti attorno alla messa in opera del secondo statuto dell'Autonomia. Un confronto critico delle loro biografie politiche ha lo scopo di illustrare l'ambiente sociale e politico di questa generazione, ma anche di inquadrare diverse posizioni ideologiche, che si sono sviluppati nel sistema politico della provincia su base di un passato comune vissuto in guerra e su forme di una socializzazione/formazione politica, tra loro diverse.

Dales rovines dla vera ala democrazia: Alfons Benedikter, Pietro Mitolo y Egmont Jenny

Pro le Landeshauptmann da denant Silvius Magnago él tl 2010 inće gnü a mancé Alfons Benedikter, Pietro Mitolo y Egmont Jenny, trëi d'atri südtirolesec che é sta protagoniscé dla politica regionala por tröc agn. Súa generaziun à condizioné te na manira determinanta la cultura politica te Südtirol y dantadöt les discusciuns politiches sön l'atuaziun y le svilup dl'autonomia.

Tres n confrunt critiche de sües biografies déssel gnì ilustré le contest politich y sozial che chësta generaziun â deboriada, sciöche inće les posiziuns ideologiches desvalies che s'â svilupé fora dl contest dla democrazia de concordanza, sön na basa de de medemes espe-riënzes de vera y de formes de sozialisaziun desfarëntes.

From the Rubble of War to Democracy: Alfons Benedikter, Pietro Mitolo, and Egmont Jenny

In addition to former Province Governor Silvius Magnago, three other long-term local South Tyrolean politicians died in 2010: Alfons Benedikter, Pietro Mitolo and Egmont Jenny. Their generation substantively determined the political culture in South Tyrol, especially its political debate about the implementation and organisation of the province's autonomy. The common social and political environment of this generation will be illustrated, by means of a critical comparison of their biographies. In addition, different ideological positions that have developed within the framework of South Tyrol's consensus democracy and that are based on shared experiences of war and different forms of socialisation will be presented.

Thomas Benedikter

Südtirols Finanzen: Beginnen jetzt die mageren Jahre?

Die Finanzierung der Südtirol-Autonomie zwischen
neuem Steuerföderalismus und altgewohnter Bevorteilung

1. Einleitung

„Südtirol ist auf gesamtstaatlicher Ebene kein Nettoempfänger, sondern zahlt netto ein“, freute sich Landeshauptmann Luis Durnwalder im Oktober 2009 bei der Vorstellung einer Studie des Wirtschaftsförderungsinstituts WIFO zur finanzpolitischen Position des Landes gegenüber dem Staat. Diese Studie hatte für 2007 einen positiven *Fiskalprimärsaldo* von 411 Millionen Euro für die Provinz Bozen ermittelt, der allerdings 2008 wieder auf 142 Millionen Euro schrumpfte. Er erwähnte nicht, dass Südtirol – wie das Trentino – bis 2006 über zwei Jahrzehnte lang Nettoempfänger bei den öffentlichen Finanzen gewesen war und was ein solch geringer Fiskalprimärsaldo einer wohlhabenden Provinz in Zusammenhang mit der Regionenfinanzierung überhaupt bedeutet. Doch war es diese Feststellung, die in der Öffentlichkeit zählte und einige Wochen später in der Neuverhandlung des Finanzierungssystems des Landes mit der Regierung in Rom eine gewichtige Rolle spielte.

Den beiden Landeshauptleuten Luis Durnwalder und Lorenzo Dellai gelang es, mit dem am 30. November 2009 mit Finanzminister Giulio Tremonti besiegelten *Mailänder Abkommen* einen enormen Erfolg einzufahren: Sie konnten weiterreichende Kürzungsforderungen des Staates abwenden und die Substanz der Finanzquellen der autonomen Provinzen retten. Zusammen verpflichteten sich Trient und Bozen zwar zu einer Entlastung des Staatshaushalts von 1.500 Millionen Euro (750 pro Provinz), doch Ausgleichszahlungen des Staates und Zusatzeinnahmen halten den Rückgang in engen Grenzen, konsolidieren vielmehr die Einnahmen auf hohem Niveau. In der Folge nahm der Umfang des Landeshaushaltes 2010 erstmals leicht ab, ebenso jener von 2011.

In welcher relativen Position im Regionensystem Italiens befindet sich Südtirol tatsächlich? Warum ist der leicht positive Fiskalprimärsaldo kein Gegenbeweis zum Vorwurf der Normalregionen, die Region Trentino-Südtirol sei finanziell privilegiert? Was bedeutet es eigentlich für die Wirtschaft Südtirols, einen nur knapp positiven Primärsaldo bei den öffentlichen Finanzen aufzuweisen? Welche Perspektiven tun sich mit dem neuen Finanzabkommen für die zukünftige Entwicklung der Finanzierung der Südtirol-Autonomie auf?¹

2. Klare Daten, widersprüchliche Schlussfolgerungen

In Italien wird seit vielen Jahren nicht nur unter Fachleuten, sondern auch in den Medien und in der Politik eine kontroverse Diskussion um die Verteilung der öffentlichen Finanzmittel zwischen den Regionen geführt. Die Frontstellung verläuft dabei primär zwischen den Regionen Norditaliens und Süditaliens, doch auch zwischen den Regionen mit Normal- und jenen mit Sonderstatut (in der Folge *autonome Regionen* genannt), angeheizt von der Grundforderung der Lega Nord nach einer Entlastung der *padanischen Regionen* als den bisherigen *Melkkühen der Nation*. In zahlreichen Studien sowohl unabhängiger Institute als auch von Regierungskommissionen ist eindeutig nachgewiesen worden, dass tatsächlich nur der Norden Nettozahler bei den öffentlichen Finanzen Italiens ist, wobei sich überraschenderweise die autonomen Regionen des Nordens weitestgehend aus dem Finanzausgleich zugunsten des Südens heraushalten konnten. Die Einstufung als Nettoempfänger bei den öffentlichen Finanzen bedeutet, dass bei einer konsolidierten Berechnung aller öffentlichen Finanzflüsse in einem bestimmten Gebiet (in Italien bezogen auf die Regionen und die beiden autonomen Provinzen) die gesamten öffentlichen Ausgaben sämtliche Einnahmen bezogen auf dieses Territorium über-

steigen. Was bedeutet *konsolidiert*? Beim Vergleich der relativen Positionen von Gebietskörperschaften wird in der Finanzwissenschaft immer von der konsolidierten Berechnung der öffentlichen Finanzflüsse ausgegangen, bei welcher alle Einnahmen und Ausgaben aller Regierungsebenen einbezogen und Doppelzählungen ausgeschlossen werden. Damit wird von der unterschiedlichen Kompetenzenausstattung verschiedener Arten von Regionen abstrahiert und die tatsächliche Gesamtsituation der öffentlichen Finanzströme und ihr Saldo für jede spezifische Region abgebildet. Eine Nettoempfängerposition kann entwicklungs- und regionalpolitisch gewollt sein, wenn wirtschaftlich rückständige Teile eines Landes eine zu geringe Finanzkraft aufweisen, um ein Mindestmaß an Versorgung mit öffentlichen Gütern zu gewährleisten, und über eine solche Netto-Kapitalhilfe mittelfristig zum Niveau der leistungsstärkeren Gebiete eines Staates aufschließen sollen. Dieser Fall besteht in Deutschland mit seinem Entwicklungsprogramm *Aufbau Ost* seit 1990 und in Italien mit der finanziellen Stützung des Südens seit Kriegsende. Obwohl nach wie vor jährlich mindestens 30 Milliarden Euro netto vom Norden in den Süden transferiert werden, scheint der *Mezzogiorno* seit 60 Jahren in seinem strukturell bedingten Rückstand zu verharren.²

Andererseits kann eine Nettoempfängerposition rein politisch bedingt sein, wenn bestimmten Gebieten aus historischen und politischen Gründen ein besonders vorteilhaftes Finanzierungssystem eingeräumt wird. Dies gilt etwa für die Überseedépartements Frankreichs und die abhängigen Gebiete Großbritanniens, die mit öffentlichen Geldern von Unabhängigkeitsbestrebungen abgehalten werden sollen. Es gilt auch für autonome Regionen, die aufgrund ihrer politischen Sonderrolle oder Insellage besondere Finanzierungsformen durchsetzen konnten. Beispiele hierfür gibt es in Europa etwa auf Madeira und den Azoren in Portugal, den Åland-Inseln Finnlands, den Färöer-Inseln und Grönland in Dänemark (Benedikter 2007, 78–169). In Italien haben die fünf autonomen Regionen ein nach demselben Muster gestaltetes, doch untereinander differenziertes Finanzierungssystem erhalten, das ihnen permanente finanzielle Vorteile gegenüber den Normalregionen verschafft hat.

2008 hat das ASTAT, das Landesinstitut für Statistik, ausgehend von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, erstmals in einer konsolidierten Gesamtrechnung aufgezeigt, dass die öffentlichen Finanzströme in Südtirol einen deutlichen und längerfristigen Negativsaldo aufweisen, dass Südtirol demnach bei den öffentlichen Finanzen Nettoempfänger gegenüber dem restlichen Italien ist (ASTAT 2008). 2005 betrug dieser Saldo 1.148 Millionen Euro, immerhin 7,5 Prozent des Südtiroler BIP. Dieser Umstand ist auf die vorteilhafte Finanzregelung des Autono-

miestatuts zurückzuführen, die am 30. November 1989 in Kraft getreten und seit 1990 wirksam ist:³ Das Land kann dank der Einbehaltung von rund 90 Prozent des gesamten Staatssteueraufkommens in der Provinz und zusätzlicher Überweisungen seitens des Staats über gut 100 Prozent des Steueraufkommens verfügen, das in Südtirol aufgebracht wird (vgl. Benedikter 2008; Bonell/Winkler 2010). Der in Südtirol noch stark präsenste Staat deckt dagegen die Ausgaben (3.089 Millionen Euro im Jahr 2005, 3.422 Millionen Euro 2008) für eine breite Palette an Dienstleistungen – von der Polizei bis zur Justiz, von der Steuerverwaltung bis zu Bahn und Post – nur zum Teil (1.989 Millionen im Jahr 2005) aus eigenen Einnahmen. Die Differenz schießt der Staat netto zu, womit spätestens seit 1990 bis einschließlich 2005 für einen dauerhaften Nettozuschuss an öffentlichen Mitteln für Südtirol gesorgt war, ganz so als wäre Südtirol eine rückständige Region Süditaliens. Dieser seit den 1980er-Jahren andauernde Nettoempfängerstatus der beiden autonomen Provinzen kann weder mit den zusätzlichen autonomen Kompetenzen noch mit wirtschaftlicher Rückständigkeit begründet werden, zumal das Trentino und Südtirol schon 1990 beim BIP pro Kopf über dem italienischen Durchschnitt und 2009 an der Spitze der Regionen Italiens standen.

Die vom Wirtschaftsministerium auf Druck der norditalienischen Regionen neu entwickelte Methode der *Conti Pubblici Territoriali* (CPT, erarbeitet vom *Ministero dello sviluppo economico, Dipartimento politiche di sviluppo* 2010) erlaubt eine präzise Berechnung der relativen Position der Regionen bei den öffentlichen Finanzen. Die Vorschläge zur Reform des Steuerföderalismus, aber auch die Kritik der norditalienischen Regionen an ihrer finanzpolitischen Diskriminierung stützen sich auf diese offizielle Datenbank (vgl. Unioncamere Veneto 2007, 2008, 2008a, 2009). In Südtirol nutzen das ASTAT und das WIFO die CPT als Hauptquelle ihrer Daten (WIFO/IRE 2009, Öffentliche Einnahmen und Ausgaben in Südtirol – 1996–2007, Bozen 2009; ASTAT 2010). Die CPT bilden mit plausiblen und aufwendigen Methoden ab, welche Einnahmen und Ausgaben sämtlicher öffentlicher Institutionen aller Ebenen den einzelnen Regionen zuzurechnen sind. Sie ermöglichen die Ermittlung der regionalen Nettobilanz der öffentlichen Finanzen, die der realen Belastung und dem realen Nutzen der BürgerInnen der jeweiligen Regionen durch die öffentliche Hand sehr nahe kommt. Trotz einiger Einwände können die CPT als ein ziemlich getreuer Spiegel der territorialen Verteilung der realen Einnahmen- und Ausgabenflüsse im öffentlichen Finanzsystem Italiens betrachtet werden. Bei Anwendung dieser statistischen Methode steigen die dem Land Südtirol zuzurechnenden Steuereinnahmen gegenüber den Daten der tatsächlich in den

Steuerämtern der Provinz Bozen verbuchten staatlichen Steuereinnahmen gewaltig an (vor allem bei der IVA; Ähnliches gilt auch für die IRPEG, die Mineralölsteuer und andere Verbrauchssteuern) und führten erstmals 2006 zu einem erkennbaren Positivsaldo gegenüber dem Staat, der in den CPT für 2008 mit 142 Millionen Euro berechnet wurde.

Tabelle 1: Primär-Fiskalsaldo der Autonomen Provinz Bozen 1996–2008. In Millionen Euro

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Konsolidierte Gesamtausgaben	5.406	5.540	5.861	6.174	6.342	6.815	6.931	6.882	7.000	7.295	7.295	7.476	8.125
Konsolidierte Gesamteinnahmen	5.051	5.395	5.478	5.954	6.011	6.168	6.451	6.873	6.972	7.152	7.384	7.942	8.267
Ausgaben Zentralverwaltungen in Südtirol	3.032	2.883	2.933	2.976	2.829	3.149	3.195	3.067	3.007	3.157	3.199	3.244	3.422
Primär-Fiskalsaldo	-355	-145	-383	-220	-331	-647	-480	-9	-28	-143	89	466	142

Quelle: www.dps.tesoro.it/cpt/banca_dati-seriestorica_statico.asp; letzter Zugriff am 20.11.2010; Zusammenstellung der Tabelle durch den Autor.

Ein positiver Primär-Fiskalsaldo (*saldo fiscale primario*) ist erst seit 2006 festzustellen, während Südtirol vorher eindeutig Nettoempfänger war. Was bedeutet der Primär-Fiskalsaldo konkret? Der positive Primärsaldo Südtirols für 2008 von 142 Millionen Euro bedeutet, dass die Südtiroler Steuer- und SozialabgabenzahlerInnen diesen Betrag mehr aufgebracht haben, als ihnen als öffentliche Ausgaben insgesamt im Land zugutegekommen ist. 2008 hat jede/r EinwohnerIn Südtirols für öffentliche Ausgaben außerhalb der Provinz, also für den Staat Italien als solchen, einen Beitrag von 285 Euro geleistet. 2003 lag dieser Saldo bei nahezu null. Eine derartige Situation bedeutet, dass Südtirol 2003 weder Ressourcen ins restliche Gebiet Italiens transferiert hat, noch vom restlichen Italien eine Netto-Unterstützung bezogen hat. Kurz: 2003 hat Südtirol zum Gesamtstaat Italien so gut wie nichts beigetragen, obwohl es beim BIP pro Kopf schon damals in der Spitzengruppe der Regionen Italiens lag.

Bildet man den Durchschnitt der Jahre 1996–2008, ergibt sich ein deutlich negativer Primärsaldo von 157 Millionen Euro im Jahr. Da der zugrunde liegende Finanzierungsmodus (eingeführt mit dem Gesetz Nr. 386 von 1989) seit 1990 zum Tragen gekommen ist, kann mit Sicherheit von einer derartigen Situation seit 1990 ausgegangen werden (ASTAT-Information 1999). Zudem sind aus dieser Berechnung zwei wichtige Haushaltsposten ausgeklammert geblieben: zum einen die Zuschüsse der EU an die Autonome Provinz, zum anderen die Zinszahlungen des

Staats auf die öffentliche Verschuldung. Würde auch dieser in Italien höchst belastende Ausgabenposten regionalisiert, also den Regionen gemäß Bevölkerung zugeordnet, ergäbe sich für Südtirol eine Mehrausgabe von rund 600 Millionen und dadurch auch für 2008 eine Nettoempfängerposition von 460 Millionen Euro. Doch werden die Zinsen auf die Staatsschuld als *nicht regionalisierbar* betrachtet und bleiben in den CPT außer Betracht. Auch wenn Handelskammer und Landesregierung glauben, mit diesen Daten Südtirol als Nettozahler präsentieren zu können, entkräften die Zahlen der offiziellen Datenbank CPT keineswegs die immer wieder vorgebrachte Kritik, dass die autonomen Regionen des Nordens finanziell bevorteilt sind. Folgende auf den CPT-Daten aufbauende Tabelle fasst diesen Zusammenhang sehr treffend für die Jahre 2005–2007 (Dreijahresdurchschnitt) zusammen:

Tabelle 2: Primär-Fiskalsaldo der öffentlichen Finanzströme – Konsolidierte Einnahmen und Ausgaben nach Regionen – Durchschnitt 2005–2007

Region	Millionen Euro insgesamt			Euro pro Einwohner			BIP pro Kopf 2007
	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	
Piemont	60.259	48.661	11.598	13.804	11.147	2.657	28.366
Aosta	2.030	2.230	-201	16.248	17.854	-1.605	33.828
Lombardei	156.164	96.633	59.532	16.345	10.114	6.231	33.300
Trentino-Südtirol	14.463	14.055	408	14.526	14.115	410	(TN) 30.573 (BZ) 33.792
Venetien	62.858	45.523	17.336	13.146	9.521	3.626	30.038
Friaul-Jul. Ven.	16.896	15.717	1.179	13.914	12.943	971	29.065
Ligurien	20.621	20.010	611	12.814	12.434	380	26.630
Emilia-Romagna	63.449	46.674	16.776	15.004	11.037	3.967	31.746
Toskana	48.951	40.308	8.643	13.429	11.058	2.371	28.181
Umbrien	10.018	10.198	-179	11.448	11.653	-205	24.450
Marken	18.182	15.524	2.657	11.811	10.085	1.726	26.166
Latium	82.773	66.349	16.425	15.179	12.167	3.012	30.162
Abruzzen	12.854	12.910	-56	9.790	9.832	-43	21.185
Molise	2.746	3.257	-510	8.565	10.157	-1.592	19.594
Kampanien	44.688	49.899	-5.211	7.708	8.607	-899	16.687
Apulien	30.405	35.735	-5.330	7.466	8.775	-1.309	17.264
Basilikata	4.563	5.857	-1.293	7.707	9.891	2.184	18.572
Kalabrien	14.990	19.682	-4.692	7.482	9.824	-2.342	16.810
Sizilien	38.080	49.186	-11.106	7.584	9.796	-2.212	17.023
Sardinien	15.252	18.454	-3.201	9.817	11.115	-1.928	20.129

Region	Millionen Euro insgesamt			Euro pro Einwohner			BIP pro Kopf 2007
	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	Ein-nahmen	Aus-gaben	Saldo	
Regionen Normalstatut	633.523	517.219	116.304	12.632	10.313	2.319	
RNS Norden	363.352	257.501	105.852	14.807	10.493	4.314	
RNS Mittelitalien	159.924	132.379	27.546	13.891	11.499	2.393	
RNS Süden	110.247	127.340	-17.093	7.819	9.032	-1.212	
Regionen mit Sonderstatut	86.722	99.642	-12.920	9.618	11.051	-1.433	
Aut. Regionen Norden	33.389	32.002	1.387	14.300	13.706	594	
Aut. Regionen Süden	53.332	67.640	-14.308	7.982	10.123	-2.141	
Italien	720.245	616.861	103.384	12.173	10.426	1.747	25.862
Mittel- und Norditalien	556.666	421.881	134.785	14.502	10.990	3.511	
Süditalien	163.579	194.980	-31.401	7.872	9.383	-1.511	17.552

Quelle: Unioncamere Veneto (2008) (Regione Veneto e Consiglio regionale del Veneto), Spesa pubblica e federalismo, Venezia, Quaderni di ricerca n. 9, marzo 2008; auf der Grundlage von Daten des Dipartimento delle Politiche di Sviluppo – Ministero dello Sviluppo Economico, Venedig

Worin besteht nun das *Privileg* der SüdtirolerInnen, TrentinerInnen, FriulanerInnen und AostanerInnen gegenüber den benachbarten Normalregionen? Jede/r EinwohnerIn der Lombardei trägt 6.231 Euro, Venetiens 3.626 Euro, der Emilia-Romagna 3.967 Euro jährlich netto zum Funktionieren der öffentlichen Hand bei (Staat Italien in seiner Gesamtheit), TrentinerInnen und SüdtirolerInnen hingegen nur 410 Euro, obwohl die SüdtirolerInnen beim BIP pro Kopf alle anderen Regionen überholt haben. Südtirol lag 2009 mit einem BIP zu Marktpreisen pro EinwohnerIn von 34.421 Euro an der Spitze vor dem Aostatal (32.784 Euro), der Lombardei (31.743 Euro) und dem Trentino (30.918 Euro) (vgl. ISTAT 2010).

Alle Normalregionen im Norden weisen einen positiven Primär-Fiskalsaldo von 4.374 Euro pro Kopf auf, die autonomen Regionen des Nordens von 594 Euro, Trentino-Südtirol von 410 Euro. Letztere befinden sich beim Wohlstand an der Spitze, beim Beitrag zur öffentlichen Hand nur im Mittelfeld. Gäbe es eine Gleichbehandlung mit Venetien, müsste Südtirol nicht 410 Euro pro Kopf aufweisen, sondern 3.626 Euro pro Kopf jährlich zum Funktionieren Italiens zuschießen. Beim Bevölkerungsstand von 2008 würde das nicht weniger als 1,6 Milliarden Euro an zusätzlicher Steuerleistung oder an geringeren öffentlichen Ausgaben in Südtirol bedeuten. Auch bei der neuen, gegenüber der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Südtirol weit günstigeren und von Staat und Regionen akzeptierten Be-

rechnungsmethode der CPT ist dieses Finanzvolumen das Mindestausmaß des relativen Vorteils der autonomen Provinzen gegenüber den Nachbarregionen mit Normalstatut (Unioncamere del Veneto 2008, Brambilla 2005).

Wenn wir uns auf den Saldo pro Kopf der Bevölkerung der jeweiligen Regionen beziehungsweise Provinzen konzentrieren, wird der allbekannte Befund bestätigt, dass der Süden am Tropf des Nordens hängt. Zweites Ergebnis: Der Zentralstaat wird fast ausschließlich von den BürgerInnen der nord- und mittelitalienischen Regionen mit Normalstatut finanziert. Es überrascht nicht, dass die beiden autonomen Inseln Sardinien und Sizilien in besonderem Ausmaß Nettoempfänger bei den öffentlichen Finanzen sind. Die eigentliche Anomalie in diesem Bild ist der außerordentlich geringe Beitrag der autonomen Regionen des Nordens zum Funktionieren des italienischen Staats. Für 2005–2007 trugen im Jahresdurchschnitt alle BürgerInnen der Normalregionen Norditaliens 4.314 Euro netto bei, während die BürgerInnen der drei Spezialregionen des Nordens bei höherem BIP pro Kopf nur 594 Euro pro Kopf beisteuerten, also nur ein Siebtel des Betrags der NorditalienerInnen der Normalregionen. Ein Befund, der dem verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz, dass die Regionen nach ihrer wirtschaftlichen und steuerlichen Leistungskraft zur Deckung der öffentlichen Ausgaben beizutragen haben, klar widerspricht.

Dieser Zahlenvergleich für 2008 bestätigt – neben der allbekannten Tatsache des Gefälles zwischen Nord- und Mittelitalien einerseits und Süditalien andererseits – die Schräglage zwischen den Regionen mit Normalstatut und jenen mit Sonderstatut Norditaliens ziemlich deutlich. Südtirol liegt 2008 erstmals an der Spitze des BIP pro Kopf der Bevölkerung, weist jedoch einen Primär-Fiskalsaldo von nur 286 Euro pro Kopf auf (im Trentino war er 2008 sogar negativ). Bei den erklärten Einkommen dagegen liegt Südtirol nur im Mittelfeld, knapp über dem gesamtitalienischen Durchschnitt. Die BewohnerInnen der Region Venetien tragen netto neunmal so viel zum Funktionieren des Staats bei, die BewohnerInnen der Lombardei im Durchschnitt sogar achtzehnmal so viel als die SüdtirolerInnen. Abgesehen vom Aostatal sind auch die BewohnerInnen Friaul-Julisch Venetiens 2008 wieder ins Minus beim Primär-Fiskalsaldo gerutscht. Innerhalb Norditaliens besteht somit das erhebliche Ungleichgewicht bei den öffentlichen Finanzen zwischen den Regionen mit Normal- und mit Sonderstatut weiter.

Tabelle 3: Primärsaldo der öffentlichen Finanzströme pro Kopf, BIP pro Kopf und erklärte Einkommen pro Kopf nach Regionen – 2007 und 2008

Region	Bevölkerung in Tausend 2008	BIP pro Kopf 2008	Primärsaldo pro Kopf 2008	BIP pro Kopf 2007	Primärsaldo pro Kopf 2007	Erklärte Einkommen pro Kopf 2008
Piemont	4.416,9	27.350	2.060	28.366	2.657	20.070
Aosta	126,5	34.154	-3.833	33.828	-1.605	20.240
Lombardei	9.692,6	31.743	5.152	33.300	6.231	22.540
Trentino	516,6	31.588	-156	30.573	410	19.730
Südtirol	496,4	34.955	286			
Venetien	4.858,9	30.347	2.685	30.038	3.626	19.560
Friaul-Jul. Venetien	1.226,5	29.341	-357	29.065	971	19.440
Ligurien	1.612,4	27.348	-321	26.630	380	20.050
Emilia-R.	4.362,8	32.062	2.619	31.746	3.967	20.560
Toskana	3.723,3	28.746	1.415	28.181	2.371	
Umbrien	889,3	24.590	-731	24.450	-205	
Marken	1.561,3	26.655	767	26.166	1.726	
Latium	5.594,0	30.641	1.834	30.162	3.012	21.310
Abruzzen	1.329,3	21.786	-689	21.185	-43	
Molise	320,8	20.370	-2.506	19.594	-1.592	
Kampanien	5.812,3	16.886	-1.466	16.687	-899	
Apulien	4.086,6	17.309	-1.006	17.264	-1.309	
Basilikata	590,8	19.081	-2.541	18.572	2.184	
Kalabrien	2.008,2	16.896	-2.664	16.810	-2.342	
Sizilien	5.033,7	17.338	-2.536	17.023	-2.212	
Sardinien	1.668,3	20.591	-2.024	20.129	-1.928	
Italien	59.832,2	26.204	1.021	25.862	1.747	18.870
Mittel- u. Norditalien		31.347			3.511	
Südtalien		17.803		17.552	-1.511	

Quelle: Dip. Politiche allo sviluppo (2010), Conti pubblici territoriali, auf: [//www.dps.tesoro.it/cpt/cpt.asp](http://www.dps.tesoro.it/cpt/cpt.asp); und Ministero delle Finanze (2010), Dichiarazione dei redditi 2009 (percepiti nel 2008), auf: www.afi-ipl.org, abgerufen am 28.10.2010. Zusammenstellung der Tabelle durch den Autor.

3. Finanz- und wirtschaftspolitische Implikationen der bisherigen Finanzierung der Autonomie

Aus dem bis 2006 bestehenden negativen Primär-Fiskalsaldo und dem seit 2007 weiter verzeichneten geringen positiven Saldo ergeben sich eine Reihe von Standortvorteilen für die Unternehmen und die Versorgung der Bevölkerung Südtirols im Allgemeinen (vgl. Benedikter 2009, 30–34). Heute spielt sich nicht nur zwischen den großen Wirtschaftsblöcken und innerhalb der EU ein wachsender Standortwettbewerb ab, auch die Regionen sind bestrebt mit wirtschafts-, sozial- und steuerpolitischen Mitteln ihre Standortattraktivität zu verbessern. In der in Südtirol häufig gepflegten Diskussion um die Qualitäten und die Sicherung des „Wirtschaftsstandortes Südtirol“ (WIFO 2008) ist die finanzpolitische Vorteilsposition dieser autonomen Provinz fast gänzlich ausgeklammert geblieben. Selbst in einer 2002 erschienenen wissenschaftlichen Analyse der Erfolgsfaktoren dieses Landes wird in keinem Kapitel oder Abschnitt der Aspekt der öffentlichen Finanzen überhaupt nur gestreift (EURAC 2002). Weder bei den sektoralen Analysen zur Wirtschaft Südtirols, noch bei den politischen und institutionellen Hintergründen wird auf diese Form öffentlicher Subventionierung durch den Zentralstaat eingegangen, der – ob es gefällt oder nicht – auch einen Teil des Erfolgs dieses Modells ausmacht. Die Frage der öffentlichen Finanzen ist für den Wirtschaftsstandort auch deshalb von enormer Bedeutung, weil durch die finanzielle Ausgabenkapazität des Landes eine ganze Palette von öffentlichen Gütern überhaupt erst im heutigen Ausmaß und in dieser Qualität produziert werden können, die ihrerseits einen Standortfaktor bilden. Bezüglich der Standortkonkurrenz erwachsen aus dieser Ausgabenkapazität fünf wesentliche Vorteile:

1. Südtirol kann sich ein weit höheres Volumen an öffentlichen Aufträgen erlauben. Die Pro-Kopf-Ausgaben des erweiterten öffentlichen Sektors betragen in Südtirol 2007 16.204 Euro pro Kopf, in Norditalien 14.637 Euro pro Kopf (ASTAT 2010). Für Südtirol sind diese Finanzflüsse vom ASTAT analysiert worden (ASTAT 2010).
2. Südtirol hat ein höheres Subventionsniveau zugunsten der gewerblichen Wirtschaft; die Unternehmen bezogen im Jahr 2007 pro Kopf der Bevölkerung 503 Euro, in Norditalien nur 182 Euro pro Kopf der Bevölkerung (ASTAT 2010).
3. Südtirol hat ein höheres Sozialleistungsniveau: Mehr leistungsfähige ArbeitnehmerInnen ziehen in unser Land, mehr Menschen haben eine Beschäftigungschance. Die Transferleistungen im Kapitalkonto an Private betragen 2007 709 Euro pro Kopf gegenüber 223 Euro in Norditalien (ASTAT 2010).

4. In Südtirol geben die Lokalkörperschaften mehr Geld aus, was die Lebensqualität hebt und den Wirtschaftsstandort über die Infrastrukturvorleistungen verbessert (zum Beispiel bei der Anlegung von Gewerbeflächen). Die Ausgaben im Kapitalkonto des erweiterten öffentlichen Sektors betragen 2007 in Südtirol rund 3.600 Euro pro Kopf, in Norditalien lagen sie bei 1.600 Euro (ASTAT 2010).
5. Südtirol weist ein geringeres Abgabenniveau auf, kann bei gewerbebezogenen Steuern (zum Beispiel IRAP, Tourismusabgabe usw.), Einkommenssteuerzuschlägen sowie Verbrauchssteuern kürzen, ohne sein hohes Ausgabenniveau spürbar zu beeinträchtigen (im Zeitraum 2007–2010 Steuerkürzungen um rund 150 Millionen Euro).

Als Folge der relativ hohen Einnahmen des Landes ist Südtirol wie das Trentino, das Aostatal und Friaul-Julisch Venetien in der Lage, den Gemeinden ein wesentlich höheres Einnahmenniveau zu verschaffen. 13,05 Prozent des Südtiroler Landeshaushalts fließen jährlich, neben anderen Zuweisungen verschiedener Natur, verpflichtend an die Gemeinden. Unabhängig von der finanziellen steuerlichen Leistungskraft der Gemeinden führte dies zu einem stetig wachsenden Ausgabenvolumen der Gemeinden. Allerdings hat das hohe Maß an verfügbaren öffentlichen Mitteln auch negative Folgen gezeitigt, wie etwa:

- Tendenzen zur ineffizienten Verausgabung öffentlicher Mittel;
- eine hohe Abhängigkeit der gewerblichen Wirtschaft von öffentlichen Beiträgen sowie die Herausbildung eines entsprechenden Anspruchsdenkens;
- eine hohe Abhängigkeit des aufgebauten Sozialleistungssystems von einem entsprechenden Einnahmenniveau;
- nur in begrenztem Maße mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen, da in jüngster Zeit eine wachsende Ungleichverteilung verzeichnet wird (Benedikter 2006); mehrere Untersuchungen der letzten Jahre haben dies bestätigt, wie z. B. die Untersuchung des ASTAT/AFI zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Haushalte in Südtirol 2003/2004 (ASTAT/AFI 2005);
- ein gewaltiges Bauvolumen sowohl der Privaten wie der öffentlichen Hand, was sich in Summe ungünstig auf die Qualität der Landschaft und Umwelt ausgewirkt hat.

Von Arbeitnehmerseite wird im Zusammenhang mit der Standortdiskussion immer wieder eine stärkere Betonung der sozialen Aspekte eines Standortes gefordert. Nicht bloß für Unternehmerentscheidungen relevante Faktoren müssten in die Gesamtbewertung eines Standorts eingehen, sondern auch all jene Faktoren, die die Lebensqualität eines/r durchschnittlichen Arbeitnehmers/-nehmerin und der

Bevölkerung im Allgemeinen betreffen. Einerseits zeigt das *Modell Südtirol* auf, wie ein Standort mit üppiger finanzieller Ausstattung, verkehrspolitisch günstiger Lage und effizienter öffentlicher Verwaltung erfolgreich aufgebaut werden kann, sich damit als Wirtschaftsstandort profiliert und die allgemeinen Lebensbedingungen verbessert. Andererseits weisen die ArbeitnehmervertreterInnen auch auf die hohen Lebenshaltungskosten, die stagnierenden Reallöhne bezogen auf das Südtiroler Preisniveau, die wachsenden Einkommensdifferenzen und verschiedene Umweltbelastungen hin. Dabei spielt die finanzpolitische Vorteilsposition keine unwesentliche Rolle: Die dafür nötigen öffentlichen Ressourcen stammen zwar aus dem eigenen Territorium, der lokalen Wirtschaft und Bevölkerung, doch ist das Land im Unterschied zu den Nachbarregionen mit Normalstatut dauerhaft von nahezu jeglichem nennenswerten Beitrag an das staatliche Gesamtsystem entlastet.

4. Der neue Steuerföderalismus und die autonomen Regionen

In den vergangenen zehn Jahren ist in Italien immer mehr Kritik am Finanzierungsmodus der autonomen Regionen laut geworden, die allesamt über ihre Verhältnisse leben würden. Die insgesamt in diesen fünf Regionen verzeichneten öffentlichen Einnahmen reichen – bei anteiliger Aufteilung der Lasten der Staatsverschuldung – nirgendwo aus, die ihnen zurechenbaren Ausgaben zu decken. Dies reicht von mindestens 11 Milliarden Primär-Fiskaldefizit in Sizilien bis zu rund 458 Millionen Euro (2008) in Südtirol einschließlich der anteiligen Schuldendienstlast. Die norditalienischen Normalregionen waren 2005–2007 im Schnitt mit 105 Milliarden Euro Nettozahler, die drei autonomen Regionen im Norden steuerten zusammen 1,3 Milliarden Euro für den Gesamtstaat bei. Aus der Sicht der Regionen mit Normalstatut hat sich in Italien eine unhaltbare Schräglage gebildet. Die vier großen *padanischen* Regionen finanzieren den Staat, der Süden verharrt in permanenter Strukturschwäche und finanzieller Abhängigkeit und die autonomen Regionen des Nordens genießen ein politisch bedingtes Finanzprivileg. Diese Finanzordnung führt zu einer verzerrten Verteilung der Ressourcen, die die Eigenverantwortung der Regionen untergräbt. Im Süden besteht keine konkrete Aussicht, den hohen Mittelzufluss auch so effizient und wachstumsträchtig einzusetzen, dass der Abstand bei Produktivität, Wirtschafts- und Steuerleistung zum Norden mittelfristig verringert wird. Im Norden werden die öffentlichen Mittel unausgewogen verteilt, wodurch eine *unlautere Standortkonkurrenz* entstanden sei. Die heutige Finanzordnung Italiens entspricht somit nicht der Anwendung von objektiven fi-

nanzpolitischen Kriterien und Prinzipien, wie etwa in benachbarten Bundes- und Regionalstaaten, sondern beruht auf widersprüchlichen Einzelregelungen. Es macht sowohl für die regionale Wirtschaft wie für die Bevölkerung einen gewaltigen Unterschied, ob die EinwohnerInnen Venetiens bei geringerem Pro-Kopf-BIP, aber demselben erklärten Durchschnittseinkommen neunmal so viel an Primär-Fiskalbeitrag zur Finanzierung des Staates leisten wie jene Südtirols.

Auf diesem Hintergrund verlangen die Normalregionen Norditaliens ein neues Finanzierungssystem der Regionen, genannt Steuerföderalismus, mit einheitlichen Prinzipien und ausgewogener Belastung. Die Regionen und Lokalkörperschaften sollen laut Delegationsgesetz Nr. 42/2009 mehr Eigenverantwortung nicht nur bei den Ausgaben, sondern auch bei den Einnahmen erhalten. Grundgedanke ist die Gesamt-Abgabenquote zu senken, indem die Effizienz der Einnahmenerzielung durch Regionalisierung erhöht wird. Die Übertragung von mehr Gesetzgebungs- und Regelungskompetenzen in der Steuerpolitik an die Regionen erzeugt jedoch die Gefahr, dass den BürgerInnen insgesamt eine höhere Steuerlast zugemutet wird, weil sich der Zentralstaat aufgrund seiner Verschuldung eine wesentliche Steuerentlastung gar nicht leisten kann. Art. 27 des Staatsgesetzes Nr. 42/2009 verpflichtet auch die autonomen Regionen zur Beteiligung am solidarischen Finanzausgleich nach Maßgabe ihrer Wirtschaftskraft, wobei jedoch ihre Sonderstatute und besondere Verfahren zur rechtlichen Umsetzung der Reform beachtet werden müssen (Peterlini 2010, 148–149). Die Umsetzung des Steuerföderalismus hat bei diesen Regionen im Einvernehmen zwischen Regierung und betroffenen Regionen zu erfolgen, das zur Anpassung der jeweiligen Statuten innerhalb des 21. Mai 2011 führen muss. Dabei können die autonomen Regionen auch zusätzliche, kosten-trächtige Aufgaben übernehmen, die bisher der Staat wahrgenommen hat (Art. 27, Absatz 3).

Mit dem neuen Steuerföderalismus, der mit dem Delegationsgesetz Nr. 42/2009 und dem Verordnungsentwurf der Regierung vom 7. Oktober 2010 immer konkretere Gestalt annimmt, zeichnet sich eine gewisse Entlastung der bisherigen *Melkkühe der Nation* ab, verbunden mit einer Ausweitung ihres steuerpolitischen Bewegungsspielraums (vgl. De Petris 2009, 19–36). Stärker als bisher wird deren Finanzierung an das jeweilige regionale Mehrwertsteueraufkommen geknüpft. So sollen die Normalregionen 45 Prozent des regionalen Aufkommens der IVA erhalten, also die Hälfte des Anteils, der den Regionen Trentino-Südtirol, Friaul-Julisch Venetien, Sardinien und Aosta zugestanden worden ist (Sizilien erhält 100 Prozent

der IVA). Dazu kommen die Einnahmen aus der IRAP und der regionale Aufschlag auf die Einkommenssteuer IRPEF. Dabei wird – wie auch für die autonomen Regionen angewandt – nicht das in der Region eingetriebene IVA-Aufkommen bemessen, vielmehr wird vom Anteil der Konsumausgaben jeder Region an den nationalen Konsumausgaben ausgegangen. Zudem können die Regionen den IRPEF-Satz (derzeit regionaler Zuschlag von höchstens 0,9 Prozent) um bis zu 2,9 Prozent erhöhen. Ab 2014 können die Regionen mit Normalstatut die IRAP senken oder völlig streichen. Es wird erwartet, dass dieser neue steuerpolitische Spielraum auch auf die autonomen Regionen ausgedehnt wird. Während die bisher unterfinanzierten Normalregionen die IRPEF-Erhöhungen und zusätzlichen IVA-Beteiligungen dringend benötigen, um das Ausgaben- und Leistungsniveau für ihre BürgerInnen zu verbessern, werden sich die autonomen Regionen dank ihrer günstigen Ausgangsposition weitere Steuererleichterungen wie etwa die Streichung des regionalen IRPEF-Zuschlags und IRAP-Senkungen erlauben können.

Der sich abzeichnende Steuerföderalismus wird den jährlichen Netto-Transfer an öffentlichen Ressourcen vom Norden an den Süden etwas reduzieren und die Normalregionen Südtaliens zwingen, mehr Effizienz und Selbstverantwortung bei der Finanzverwaltung walten zu lassen. Die Reform stellt demnach einen Kompromiss zwischen zentralistischen und föderalistischen Kräften dar. Angesichts des extrem hohen Schuldenstandes Italiens könnte der Zentralstaat eine weiterreichende Abtretung von Steueraufkommensanteilen an die Regionen aber kaum verkraften, weil dann ein echter Schuldenabbau erschwert würde. Darin liegt auch das strukturelle Dilemma Italiens: Effizienzgewinne in der öffentlichen Verwaltung sind nur bei wesentlicher Regionalisierung der Steuern zu erwarten, doch den Schuldenabbau kann nur der Zentralstaat betreiben. Es ist abzusehen, dass in Zeiten schrumpfender öffentlicher Haushalte auch der *interregionalen Solidarität* neue Grenzen gesetzt werden. Norditalien will eine Entlastung durchsetzen und seine neuen Kompetenzen im Sozial- und Gesundheitswesen besser wahrnehmen, und das kostet Geld. Der Staat muss seine Neuverschuldung im Verbund der Euroländer zurückfahren, eine steuerliche Entlastung der BürgerInnen anpeilen und den Gesamtschuldenstand abbauen. Das kostet auch viel Geld. Somit nimmt es nicht wunder, dass der Druck auf Südtalien steigt. Zunehmend wird der gewaltige Ressourcentransfer vom Norden in den Süden infrage gestellt: Sollen Regionen mit geringer Steuerleistung und hoher Schattenwirtschaft tatsächlich ein Recht auf Finanzausgleich haben? Ist nicht das weit geringere Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung Südtaliens auch eine Folge der Misswirtschaft, der geringeren Unter-

nehmerinitiative, des *Assistenzialismus*, der Unfähigkeit der Verwalter, der riesigen Steuerhinterziehung, der kriminellen Aktivitäten? Warum sollten solche Faktoren ein Anrecht auf dauerhafte Unterstützung begründen?

5. Das Mailänder Abkommen und die Folgen

Aufgrund des neuen Steuerföderalismus, grundgelegt im Delegierungsgesetz Nr. 42 von 2009, ist eine Anpassung der Finanzierungssysteme der Regionen mit Sonderstatut notwendig geworden. Gemäß Art. 27 dieses Gesetzes sind auch die autonomen Regionen zur Teilnahme am Finanzausgleich und zur Solidarität unter Einhaltung des Stabilitätspaktes verpflichtet. Allerdings wird nicht näher präzisiert wie dies zu erfolgen hat. Es wird auf die im Einvernehmen zwischen Regierung und betroffenen Regionen zu erlassenden Durchführungsbestimmungen verwiesen, die allesamt noch zu erlassen sind. Vor dem Hintergrund des geringen Verteilungsspielraums steigt die Autonome Region Trentino-Südtirol bei dem 2009 getroffenen Abkommen mit dem Staat zur Reform der Finanzierung der Region und der Provinzen noch ziemlich gut aus. Das *Mailänder Abkommen* vom 30.11.2009 bildet die Grundlage für die 2011 zu erlassenden Durchführungsbestimmungen, die nur im Einvernehmen zwischen Staat und Land getroffen werden können.⁴ Zwar muss gemäß Abkommen der neue Finanzierungsmodus eine Entlastung des Zentralstaats von insgesamt 1.500 Millionen Euro gewährleisten, doch konnte eine wesentliche Verschlechterung der bis 2009 geltenden Finanzierungsregeln verhindert werden (Valdesalici 2010, 95–114). Der Staat hat nämlich verfahrensrechtlich wenig Spielraum, die Finanzierungssysteme der autonomen Regionen strenger, einheitlicheren Regeln zu unterwerfen, weil die autonomen Regionen mit den in der Verfassung verankerten Statuten eine Sonderrolle einnehmen. Das Autonomiestatut kann zwar in Sachen Finanzen (Art. 69–86) mit einfachem Staatsgesetz abgeändert werden, doch im Unterschied zum restlichen Statut müssen die Durchführungsbestimmungen im Einvernehmen mit den beiden autonomen Provinzen verabschiedet werden.⁵

Was wird sich an den bisherigen Finanzierungsregeln für Südtirol ändern? Die Grundregel der Finanzierung der autonomen Provinzen bleibt die Zuteilung von 90 Prozent des im jeweiligen Gebiet verzeichneten Steueraufkommens der Staatssteuern. Gleichzeitig verzichten Trient und Bozen mit dem *Mailänder Abkommen* auf einen Teil ihrer Einnahmen – nämlich auf die variable Quote (301 Millionen Euro), den Ersatzbetrag auf die IVA auf den Import (337 Millionen Euro) und die Beteili-

gung an den Sektorengesetzen (62 Millionen Euro) (Peterlini 2010a, 150–151) – und verpflichten sich, weitere staatliche Aufgaben mit den damit verbundenen Ausgaben zu übernehmen. Zudem werden beide Provinzen dazu verpflichtet, 40 Millionen Euro für Projekte in Gemeinden in den Provinzen Belluno und Sondrio zu finanzieren. Rechtsgrundlage dafür ist der neue Art. 79 des Autonomiestatuts, in dem die Modalitäten definiert werden, mit welchen Region und Provinzen zum Finanzausgleich und der Solidarität zwischen den Regionen beitragen.

Das für Trentino-Südtirol so vorteilhafte 9/10-System wird trotz der nachdrücklichen Kritik der angrenzenden Regionen mit Normalstatut nicht nur gerettet, sondern durch Einschluss kleinerer Steuern sogar vervollständigt. Zudem ist vereinbart worden, die rückständigen Zuweisungen seitens des Staates in Jahresraten nachzuholen. Die Beteiligung der autonomen Provinzen an der IVA auf die Importe wird neu geregelt: Als Bezugsgröße für die Berechnung werden nun die Konsumausgaben für diese Güter als Anteil am italienischen Gesamtkonsum herangezogen. Die Kompetenzen, eigene Steuern einzuführen und Staatssteuern abzuändern, werden ausgeweitet. So kann zum Beispiel die Autosteuer jetzt mit Landesgesetz geregelt werden. Die autonomen Provinzen können auch neue Lokalsteuern einführen und den Steuerdruck bei einzelnen Staatssteuern verändern. Laut Art. 80 des neuen Statuts können Hebesätze innerhalb bestimmter Bandbreiten verändert werden, neue Abzüge, Freibeträge und Steuervergünstigungen eingeführt werden. Die Pflichten hinsichtlich der Einhaltung des Stabilitätspakts werden künftig von den Provinzen selbst festgelegt, die auch über deren Einhaltung durch die Gemeinden zu wachen haben. Es wird ein Mechanismus der direkten Überweisung der vom Staat geschuldeten Beträge an die Region und die Provinzen eingerichtet, der am 1.1.2011 in Kraft getreten ist. Auch die Kompetenzen der Provinzen bei der Festlegung der Steuerbemessungsgrundlage werden verstärkt. Dies liegt ja im Interesse der Provinzen, die von der 9/10-Beteiligung profitieren. Mehr Effizienz in der Steuereintreibung kommt zuallererst diesen zugute. Die Beträge der vom Staat für die Ausübung delegierter Funktionen geschuldeten Finanzzuweisungen (Schule, Zivilmotorisierung, Kataster, Staatsstraßen usw.) werden festgelegt und müssen in den kommenden 10 Jahren gezahlt werden.

Gemäß *Mailänder Abkommen* werden weitere Befugnisse vom Staat an die Provinzen übertragen: die Mobilitätskasse für Arbeitslose, die Universität Bozen und Trient, das Bozner Konservatorium, die Ausgaben für das Postwesen in Südtirol und weitere Infrastrukturen staatlicher Kompetenz, wie zum Beispiel der Neubau des Gefängnisses in Bozen und der Betrieb des Senders Bozen der RAI. Dazu kommen weitere Ausgabenverpflichtungen zulasten der beiden Provinzen bis zu ei-

nem Höchstmaß von 100 Millionen Euro. Die neuen Funktionen, die der Staat an die Provinzen abtritt, sind noch nicht definitiv festgelegt worden, was im Rahmen der Durchführungsbestimmungen in der 12er- und 6er-Kommission zu erfolgen hat. Jedenfalls stellen die damit verbundenen Ausgaben, im Verein mit abgeschafften Zuweisungen des Staats, den finanziellen Beitrag dar, den sich die autonomen Provinzen zur Entlastung des Staatshaushalts zu leisten verpflichtet haben. Dabei geht es weniger um die Übertragung echter autonomer Kompetenzen, als vielmehr um die Beteiligung der Provinzen an zentralstaatlichen Aufgaben und Ausgaben. Die finanzpolitischen Lasten sind jedenfalls schon mit 1.1.2010 überantwortet worden, was sich auf die Haushalte des Landes 2010 und 2011 auch schon ausgewirkt hat, die zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Autonomiestatuts einen leichten Rückgang erfahren haben. Oskar Peterlini weist auf die missverständliche Bestimmung des Punktes 8 des Mailänder Abkommens vom 30.11.2009 hin: „Der Inhalt des Vertrags wird in spezifischen Gesetzesbestimmungen überführt, die ab 2010 zu Einsparungen von 1.000 Millionen auf den zu finanzierenden Netto-Saldo und rund 500 Millionen Euro auf die Netto-Neuverschuldung führen.“ (Peterlini 2010a, 155). Jede Provinz müsste demgemäß auf jährlich 750 Millionen Euro gegenüber der heutigen Situation verzichten.

Das neue Finanzierungssystem der autonomen Provinzen behält das Grundprinzip, nämlich die Haupteinnahmequelle *Beteiligung am Aufkommen der Staatssteuern in der Provinz*, mit fixer Quote von 9/10, bei, wobei kleinere Einnahmen und die variable Quote abgeschafft worden sind. Damit kann die Regierung die jährlichen Einnahmen der Region und der Provinzen noch weniger als bisher beeinflussen, während diese auf stabile Ressourcen bauen, die nur vom Gesamtsteuersystem und der regionalen Wirtschaftsentwicklung abhängen. Die Unsicherheit bei der Feststellung der Einnahmen des Landes sinkt, die längerfristige Kalkulierbarkeit der Einnahmen steigt. Insgesamt kann das *Mailänder Abkommen* mit der damit eingeleiteten Reform der Finanzierung der Südtirol-Autonomie aus Südtiroler Perspektive als Erfolg gewertet werden. Hält man sich einerseits die Finanzierungsregelung von autonomen Regionen in anderen europäischen Ländern (mit Ausnahme der autonomen Inseln Finnlands und Dänemarks) vor Augen, zum anderen die bestehenden Ungleichgewichte und Konflikte im Gesamtsystem der Finanzierung der Regionen Italiens, stellen die mit dem *Mailänder Abkommen* erfolgten Korrekturen relativ geringfügige Einschnitte in der finanziellen Gesamtausstattung dar. Aus dem Blickwinkel des territorialen Finanzausgleichs gemäß der wirtschaftlichen und steuerlichen Leistungsfähigkeit ist eine 90-Prozent-Beteili-

gung der wohlhabendsten Provinzen Italiens am lokalen Steueraufkommen allerdings unhaltbar. Im Wesentlichen bedeutet dies, dass ihr Beitrag zum interregionalen Finanzausgleich eine vernachlässigbare Größe darstellen wird. Somit haben die beiden Autonomen Provinzen ihre Sonderrolle behaupten können. Mit dieser Regelung wird sich der Primär-Fiskalsaldo der beiden Provinzen (seit 2007 leicht positiv, also sind die beiden Provinzen Nettozahler in bescheidenem Ausmaß) leicht zugunsten des Zentralstaats erhöhen, das heißt die autonomen Provinzen werden bei konsolidierter Haushaltsrechnung einen höheren Beitrag zu den Staatsfinanzen insgesamt leisten müssen. Die beim *Mailänder Abkommen* beschlossenen Beiträge der Provinzen zur Entlastung des Staatshaushalts von jeweils 750 Millionen Euro werden jedoch von neuen Einnahmequellen teilweise aufgewogen. Voraussichtlich werden die autonomen Provinzen weiterhin über rund 5 Milliarden Euro im Landeshaushalt verfügen.

6. Perspektiven der zukünftigen Entwicklung bei Südtirols Finanzen

Der in den vorhergehenden Kapiteln dargelegte Umstand der strukturellen Benachteiligung Südtirols bei den öffentlichen Finanzen (negativer oder nur geringfügig positiver Primär-Fiskalsaldo) besteht nicht erst seit wenigen Jahren, sondern schon seit Anfang der 1980er-Jahre, spätestens jedoch seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Finanzregelung Nr. 386/1989. Diese Regelung war ein außerordentlicher Erfolg der Südtiroler Politik gegenüber Rom und hat zu einem im interregionalen Vergleich enormen Umfang an öffentlichen Ausgaben in Südtirol geführt. Mit dem *Mailänder Abkommen* vom 30. November 2009 ist die Substanz dieser Regelung bestätigt worden und bildet mittelfristig die Grundlage für die im Regionenvergleich Italiens weiterhin vorteilhafte Finanzierung der Südtirol-Autonomie. Einige wesentliche Vorteile dieser Regelung könnte man wie folgt zusammenfassen:

- Die insgesamt jährlich getätigten öffentlichen Ausgaben in Südtirol (konsolidiert, also alle Regierungsebenen ohne Doppelzählungen zusammengefasst) belaufen sich auf fast 50 Prozent des BIP, während sie in den norditalienischen Regionen mit Normalstatut bei 34–38 Prozent liegen. Die Südtiroler Wirtschaft stützt sich somit zur Hälfte auf die öffentlichen Ausgaben, was insgesamt zu einer spürbaren Abhängigkeit von der öffentlichen Hand führt.
- Die Abgabenquote, also alle Steuern und Pflichtsozialversicherungsbeiträge bezogen auf das BIP, liegt mit 36,3 Prozent über 4 Prozent unter dem gesamtitalienischen Wert, aber auch deutlich unter der Abgabenquote Österreichs, Deutsch-

lands und der EU insgesamt. Über ein wesentlich höheres Sozialleistungs- und Subventionsniveau sind die BürgerInnen Südtirols bereits heute gegenüber anderen Gebieten bei den Abgaben entlastet.

— Der Zufluss öffentlicher Mittel speist die Nachfrage der öffentlichen Körperschaften im Land auf allen Ebenen und damit die lokale Wirtschaft. Ein Teil des in Südtirol in den letzten 20 Jahren im Vergleich zu Restitalien verzeichneten höheren Wirtschaftswachstums ist auf diesen Faktor zurückzuführen.

— Die reichliche Ausstattung mit öffentlichen Mitteln führt zu einem höheren Beschäftigungsstand im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen sowie dank dieses Nachfrageelements zugunsten der Südtiroler Wirtschaft zu einer höheren allgemeinen Erwerbs- und Beschäftigungsquote.

— Das durch die permanent höheren Einnahmen ermöglichte öffentliche Investitionsniveau (zuletzt bei rund 20 Prozent) stützt das Wachstum, stabilisiert Konjunkturschwankungen und verhindert größere Krisen in der Beschäftigung, was in der Wirtschaftskrise 2008/09 bestätigt worden ist.

— Wenn gut verwaltet, erbringt die bisherige und im Wesentlichen bestätigte Regelung der 90-Prozent-Beteiligung an den Steuern einen *Circulus vitiosus* für die Wirtschaft: Das erhöhte Wirtschaftswachstum führt zu höheren Steuereinnahmen, die zu 90 Prozent im Land bleiben und wiederum über den Landeshaushalt und die übrigen Körperschaften die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erhöhen und die lokale Wirtschaft verstärken. Dies führt erneut zu höheren Steuereinnahmen usw.

— Im Standortwettbewerb zwischen den Regionen in der Nachbarschaft kann Südtirol sowohl bei den öffentlichen Ausgaben (erhöhtes Subventionsniveau, bessere Sozialleistungen, effizientere Infrastrukturen) als auch mit geringeren Landessteuern punkten, da für beides eine ausreichende Mittelausstattung der autonomen Provinz vorliegt.

— Auch für die ArbeitnehmerInnen bringt dieses öffentliche Finanzvolumen Vorteile, doch nicht in dem Maße, das unter veränderten steuer- und subventionspolitischen Bedingungen vorstellbar wäre. Zum einen führt dieser Mittelzufluss zu einer höheren Beschäftigung, geringeren Arbeitslosigkeit, mehr Arbeitsplätzen, höherem Lohnniveau im öffentlichen Dienst sowie einer breiteren Palette von Sozialleistungen. Ein beachtlicher Teil der öffentlichen Ausgaben kommt über die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen und Güter der Allgemeinheit zugute. ArbeitnehmerInnen im privaten Sektor können mit der Entwicklung der Wertschöpfung dennoch nicht mithalten und sind in der Aufbringung des Steueraufkommens benachteiligt (weniger Chancen zur Steuervermeidung, *gläserne Brieftasche*).

— Die mit dem *Mailänder Abkommen* getroffene Neuregelung, doch vor allem die mit dem Delegationsgesetz vom 7. Oktober 2010 ermöglichten neuen Spielräume in der Gestaltung der Hebesätze (IRPEF und IRAP) und anderer Bestimmungen der Besteuerung durch die Regionen werden auch den autonomen Regionen und damit Südtirol zugute kommen. Diese Verbesserung der steuerlichen Autonomie ist jedoch nicht zu verwechseln mit der Steuerhoheit, wie sie von verschiedener Seite in Südtirol gefordert wird. Eine volle Steuerhoheit für die autonomen Regionen ist bei den derzeit geltenden Finanzierungsregelungen (hohe Beteiligung am staatlichen Steueraufkommen in der Region, sehr geringer oder negativer Primär-Fiskalsaldo) kaum denkbar. Würde die mit einem solidarischen Finanzausgleich nicht vereinbare Finanzregelung der nördlichen autonomen Regionen fallen, stünde Südtirol vor der Aufgabe, den heutigen Umfang des Landeshaushalts mit eigenen Steuereinnahmen wettzumachen, um zumindest das heutige Niveau an Sozialleistungen aufrechtzuerhalten. Dies kann durch mehr Steuereffizienz (Ausschöpfung der Kompetenzen des Landes bei der Steuereinhebung bis zur vollen Übernahme dieses Dienstes, dadurch Eindämmung der Schattenwirtschaft) und durch Einhebung eigener autonomer Steuern (IRAP, Tourismusabgabe, IRPEF-Zuschläge, Kfz-Steuer, Baukostenabgaben usw.) erreicht werden.

Eine echte funktionierende Territorialautonomie benötigt eine solide Finanzierung, die Teil des Autonomiestatuts ist und nur mit erschweren Verfahren möglichst im Einvernehmen zwischen Zentralstaat und autonomer Einheit abgeändert werden können soll. Doch aus der Autonomieforderung lässt sich nur eine für das Funktionieren der Autonomie angemessene Mittelausstattung ableiten, nicht jedoch der Status eines finanziellen Nettoempfängers im heutigen Ausmaß. Die Regionen mit Normalstatut Norditaliens, die einzigen wirklich relevanten Nettozahler im heutigen Finanzsystem Italiens, pochen darauf, nach dem Vorbild von europäischen Bundesstaaten einen tragbaren und gerechteren Steuerföderalismus einzurichten, der in effizienter und gerechter Weise für beides sorgt: nämlich für eine ausreichende Finanzierung der Regionen, gleich ob mit Sonderstatut oder mit Normalstatut, und für einen Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen, jedoch unter Stärkung der Eigenverantwortung aller Regionen für die öffentlichen Einnahmen.

Allein aus den zusätzlichen autonomen Kompetenzen oder speziellen Erfordernissen der Autonomie lässt sich das bestehende Finanzierungssystem Südtirols und aller autonomen Regionen im Norden nicht rechtfertigen. Natürlich schließt eine

echte Regionalautonomie auch eine stabile und ausreichende Finanzierung ein, doch grundsätzlich ist es schwierig, daraus einen Anspruch auf einen Status als Nettoempfänger öffentlicher Finanzen abzuleiten bzw. sich aus einem gesamtstaatlichen Finanzausgleich auszuklammern. Ein rationaler und nachhaltiger Steuerföderalismus muss beide Prinzipien in Einklang bringen, den finanziellen Bedarf und die steuerliche Leistungsfähigkeit der Regionen. Er muss in effizienter und gerechter Weise für beides sorgen, nämlich für eine ausreichende Finanzierung aller Regionen, jener mit Sonderstatut wie jener mit Normalstatut, sowie für den Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen. Dies ist seit vielen Jahren ein Kernproblem der öffentlichen Finanzen Italiens. Es liegt natürlich nicht an Südtirol, das heutige, überaus vorteilhafte System zu ändern. Der derzeit erst in Grundzügen vorliegende neue Steuerföderalismus hat die Details der künftigen Regelung der Finanzen der autonomen Regionen noch offengelassen. Eine echte Korrektur der hier erläuterten finanzpolitischen Anomalie ist gegenüber Trentino-Südtirol nicht erfolgt und ist auch bei den übrigen autonomen Regionen wenig wahrscheinlich. Zudem genießen diese Regionen eine zusätzliche Sicherheit: Die Finanzbestimmungen der Autonomiestatute können zwar von einer einfachen Parlamentsmehrheit mit Staatsgesetz abgeändert werden, doch nur im Einvernehmen mit den betroffenen Regionen und Provinzen. Somit steht – aus Südtiroler Sicht – nicht zu befürchten, dass mit 2010 tatsächlich magere Jahre bei den öffentlichen Finanzen beginnen, sondern eher eine Konsolidierung auf hohem Niveau.

Anmerkungen

- 1 Um Missverständnissen vorzubeugen eine Randbemerkung vorab: In der Konkurrenz zwischen Gebietskörperschaften (zum Beispiel Regionen) um knappe öffentliche Mittel bilden die Verteidigung eines vorteilhaften Status quo bei den Einnahmen einerseits und die Bemühungen um mehr Verteilungsgerechtigkeit andererseits das legitime Verhalten der betroffenen politischen Akteure. Die Bevölkerung einer bestimmten Region wird im Sinne des eigenen Vorteils und Interesses auf einmal errungene Einnahmenniveaus nicht verzichten wollen; und kein politischer Vertreter kann öffentlich für Abstriche des eigenen Gebietes im Sinne eines vernünftigeren regionalen Finanzausgleichs plädieren, wenn er nicht bei Wahlen sofort abgestraft werden will. Gruppenegoismus ist der Normalzustand und spiegelt sich in der demokratischen Auseinandersetzung. Nicht nur regionale Medien, sogar wissenschaftliche Institutionen fügen sich in dieses Verhaltensmuster ein. Davon abweichend ist der Autor dieses Beitrags als Südtiroler zwar froh über jeden Euro, der Südtirol zum Wohl seiner Bevölkerung zufließt, und zweifelt nicht an der Notwendigkeit einer soliden Grundfinanzierung einer jeden echten Territorialautonomie. Allerdings hält er als Finanzwissenschaftler auch den distanzierten und ganz unparteiischen Blick des Wissenschaftlers auf die konkrete Sachlage für legitim, um zu einem unabhängigen Urteil zu gelangen.
- 2 Vgl. die Angaben für den Zeitraum 2005–2007 in: Dipartimento Politiche dello Sviluppo (2008).
- 3 Wie in meiner Dissertation nachgewiesen (Benedikter 1987), bestand dieser relative Vorteil bereits vorher, also seit den ersten Durchführungsbestimmungen zur Finanzierung der Autonomie, die bis 1989 in Kraft waren.
- 4 „Accordo di Milano per un riassetto del finanziamento dell'autonomia per l'attuazione del federalismo fiscale“. Vgl. Art. 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2009, Nr. 191, in Kraft getreten am 1.1.2010. Dabei ist nach dem im Autonomiestatut Art. 104 vorgesehenen Verfahren der Herstellung des Einvernehmens zwischen Region bzw. autonomen Provinzen und Regierung hinsichtlich der Abänderung der Finanzierungsregeln vorgegangen worden.
- 5 Das Autonomiestatut als solches steht in Verfassungsrang und kann nur mit entsprechenden Verfahren abgeändert werden. Die Finanzierungsregeln (Art. 69–83) der autonomen Provinzen und Region können jedoch mit einfachem Staatsgesetz geändert werden, vorausgesetzt, Staat und Länder haben in bilateralen Verhandlungen ein Einvernehmen dazu erzielt. Dies erfolgte 1989 (Gesetz Nr. 386 vom 30.11.1989) und 2009 (Gesetz Nr.191 vom 23.12.2009, basierend auf dem *Mailänder Abkommen*). Vgl. dazu auch Peterlini 2010, 150–151.

Literaturverzeichnis

- ASTAT (2010). Italien im Lichte der Öffentlichen Territorialen Konten. Die öffentlichen Finanzströme in der Autonomen Provinz Bozen, Bozen 2010. www.provinz.bz.it/cpt/de/456.asp (27.10.2010)
- ASTAT. Statistische Jahrbücher 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, Bozen. www.provinz.bz.it/astat/ (27.10.2010)
- ASTAT (2008). Die Konten der öffentlichen Verwaltung in Südtirol 2001–2005 (astat Schriftenreihe Nr. 142), Bozen. www.provincia.bz.it/astat/de/volkswirtschaft/599.asp?aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=262334 (27.10.2010)
- ASTAT (2005). Sozialprodukt und Wirtschaftsentwicklung in Südtirol 1990–2003 (astat Schriftenreihe Nr.122), Bozen. www.provinz.bz.it/pressnotes/module/pres_getimg.asp?imgID=213566 (28.10.2010)
- ASTAT (2005). Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 2003/2004 (astat Schriftenreihe Nr. 117), Bozen. www.provinz.bz.it/astat/de/service/846.asp?redas=yes8259_action=300&259_image_id=38320 (26.10.2010)
- ASTAT (1999). Konsolidierte Ausgaben der öffentlichen Körperschaften in Südtirol 1993–1996, ASTAT-Information Nr. 6
- Benedikter, Thomas* (2006). Armut verstehen – Armut entgegenwirken, hg. von der Caritas, Bozen: Caritas
- Benedikter, Thomas* (2008a). The Finance of the Autonomous Province of Bozen, in: *Woelk, Jens/Palermo, FrancescolMarko, Joseph* (Hg.). Tolerance through Law, Leiden/Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 105–119
- Benedikter, Thomas* (2008b). Esperienze europee di federalismo fiscale e di finanziamento delle Regioni a confronto con la realtà italiana, in: *Pfössl, Eva* (Hg.). Il Federalismo Fiscale, Rom, APES, 115–193
- Benedikter, Thomas* (2009). Südtirol – ein subventioniertes Land. Die finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Implikationen der strukturellen Nettoempfängerposition Südtirols bei den öffentlichen Finanzen. Studie im Auftrag des AFI-IPL, Bozen (unveröffentlicht)
- Benedikter, Thomas* (1987). Il finanziamento delle Regioni a statuto speciale. Tesi di laurea, Trient
- Bonell, Lukas/Winkler, Ivo* (2010). Südtirols Autonomie, hg. von der Autonomen Provinz Bozen, Bozen
- Brambilla, Alberto* (2005). La regionalizzazione del bilancio dello Stato, Rom: La Bancaria editrice
- De Petris, Andrea* (2010). La Legge delega n. 42/2009 sull’attuazione dell’art. 119 Cost. in materia di federalismo fiscale: aspetti procedurali e sostanziali, in: *Woelk, Jens* (Hg.). Federalismo fiscale tra differenziazione e solidarietà: profili giuridici italiani e comparati (EURAC book 55), Bozen: EURAC, 19–36
- Dipartimento Politiche dello Sviluppo* (2008). Conti Pubblici Territoriali CPT. www.dps.tesoro.it/cpt/cpt.asp (30.10.2010)
- Finanzassessorat der Autonomen Provinz Bozen*, Haushaltsvoranschläge 2003–2009. www.provinz.bz.it/finanzen (27.10.2010)
- EURAC (2002). Erfolgsfaktoren einer Region. Das „Modell Südtirol“, Bozen: Edition Raetia Bozen
- ISTAT (2010). Conti economici regionali. www.istat.it/salastampa/comunicati/non_calendario/20100928_00/testointegrale20100928.pdf (29.10.2010)
- Mahlknecht, Philipp* (2000). Die Finanzautonomie Südtirols. Politikwissenschaftliche Diplomarbeit, Innsbruck

- Macciotta, Giorgio* (2008). „Normalizzazione“ delle regioni a statuto speciale dal punto di vista delle entrate, Dipartimento delle Politiche di Sviluppo – Ministero dello Sviluppo Economico, Rom
- Ministero dello sviluppo economico* (2010). Dipartimento Politiche allo sviluppo, Conti pubblici territoriali, Rom. www.dps.tesoro.it/cpt/cpt.asp Im Speziellen: Albero statico della ricerca guidata, www.dps.tesoro.it/cpt/banca_dati-seriestorica_statico.asp sowie: Le monografie regionali. www.dps.tesoro.it/cpt/cpt.monografie.asp (1.10.2010)
- Peterlini, Oskar* (2008). *Evoluzione in senso federale e riforma costituzionale in Italia (FÖDOG 25)*, Innsbruck: Institut für Föderalismus
- Peterlini, Oskar* (2010b). *Föderalismus und Autonomien in Italien, Die Auswirkungen der Föderalismusentwicklung in Italien auf die Sonderautonomien und im Besonderen auf das Autonomiestatut von Trentino-Südtirol. Sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Dissertation*, Innsbruck
- Peterlini, Oskar* (2010a). *L'Autonomia che cambia*, Bozen: PRAXIS III
- Unioncamere Veneto* (2009) (Regione Veneto e Consiglio regionale del Veneto). *Responsabilità e federalismo*, Venezia. Quaderni di ricerca n. 11, settembre 2009. <http://osservatoriofederalismo.eu/publicazioni.asp?IN=ITA> (2.10.2010)
- Unioncamere Veneto* (2008) (Regione Veneto e Consiglio regionale del Veneto). *Spesa pubblica e federalismo*, Venezia. Quaderni di ricerca n. 9, marzo 2008. <http://osservatoriofederalismo.eu/publicazioni.asp?IN=ITA> (2.10.2010)
- Unioncamere Veneto* (2008a) (Regione Veneto e Consiglio regionale del Veneto). *Federalismo e competitività*, Venezia. Quaderni di ricerca n. 10, settembre 2008. <http://osservatoriofederalismo.eu/publicazioni.asp?IN=ITA> (2.10.2010)
- Unioncamere Veneto* (2007) (Regione Veneto e Consiglio regionale del Veneto). *I costi del „non federalismo“*, Venezia. Quaderni di ricerca n. 8, maggio 2007. <http://osservatoriofederalismo.eu/publicazioni.asp?IN=ITA> (2.10.2010)
- Unioncamere Veneto* (2008/2009) (Regione Veneto e Consiglio regionale del Veneto). *Bollettino Federalismo e dintorni. Annate 2008 e 2009*. www.unioncameredelveneto.it sowie: <http://osservatoriofederalismo.eu/publicazioni.asp?IN=ITA> (2.10.2010)
- Valdesalici, Alice* (2010). *L'intesa finanziaria per il Trentino-Alto Adige/Südtirol tra specialità e solidarietà*, in: *Woelk, Jens* (Hg.). *Federalismo fiscale tra differenziazione e solidarietà (EURAC book 55)*, Bozen: EURAC, 96–115
- WIFO/IRE* (2001). *Einnahmen und Ausgaben des Staates in Südtirol*, Handelskammer Bozen
- WIFO/IRE* (2008). *Wirtschaftsstandort Südtirol*, Handelskammer Bozen
- WIFO/IRE* (2009). *Öffentliche Einnahmen und Ausgaben in Südtirol – Jahre 1996–2007*, Handelskammer Bozen

Abstracts

Le finanze dell'Alto Adige: inizia il periodo di magra?

Con l'inizio del 2010 sono entrati in vigore il nuovo accordo sul finanziamento della Regione Trentino-Alto Adige e delle Province di Trento e Bolzano. In sostanza il sistema vigente dal 1990, basato sulla compartecipazione degli enti autonomi al gettito locale delle imposte erariali, è stato confermato e completato, apportando alcuni tagli a favore del bilancio dello stato e attribuendo alle due Province autonome nuovi compiti e responsabilità di spesa. Di conseguenza il volume dei bilanci provinciali nel 2010 e nel 2011 ha subito una leggera flessione, pur consolidandosi ad alto livello. L'autore parte da un'analisi dei dati dei "Conti Pubblici Territoriali" delle Regioni, che confermano la posizione di vantaggio relativo della due Province autonome, soffermandosi su alcuni effetti centrali che tali flussi finanziari comportano per le finanze pubbliche ed il sistema economico locale. Infine valuta le possibili conseguenze dell'"Accordo di Milano" del 30-11-2009 e trae alcune conclusioni, rassicuranti per la popolazione del Sudtirolo ma critiche se considerate sullo sfondo della necessità di razionalizzare la spesa pubblica italiana.

Les finances de Südtirol: mëtel ségn man i agn dles vaces megres?

Cun le mëteman dl 2010 é jü en forza l'acordanza nôia sön le finanziamënt dla Regiun Trentino-Südtirol y dles Provinzies de Trënt y de Balsan. En sostanza é gnü confermè y completè le sistem dl 1990, basè sön la compartecipaziun di ëncé autonomes ales entrades locales tres les cutes erariales, taian val' entrada a bëgn dl bilanz statal y ti assegnan ales döes provinzies autonomes compié nüs y responsabilités de spëisa. De consequënza é le volum di bilanc provinziai gnü n pü' mënder, mo al s' à impò consolidé sön n nivel alt. L'autur pëia ia da n' analisa di daé di „Cuné Publics Teritoriai“ dles regiuns, che confermëia la posiziun de vantaje relativ dles döes provinzies autonomes, analisan plü avisa n valgügn di efeé zentrali che chisc flusc finanziars à sön les finances publiches y sön le sistem economich local. Ala fin valutëia l'autur les consequënzes che l' „Acordanza de Milan“ di 30-11-2009 podess avëi y röia a n valgönes contlujiuns che po de un n vers i jì bun ala popolaziun de Südtirol, mo ché é critiches sc'an çiaara ala nezescité de razionalisé la spëisa publica taliana.

South Tyrol's Finances: Are the Lean Years Beginning Now?

In 2010, a new regulation of the financing of the Region Trentino-Alto Adige/Südtirol and the Provinces of Trent and Bozen came into force. The system applied since 1990, which is based on the participation of the autonomous provinces to the state's tax revenues collected on their territories, has been substantially confirmed and completed, although the provinces did have to accept some cuts on their revenues and to shoulder new responsibilities for public expenditures. Hence, the total volume of the provincial budget in 2010 and 2011 has been slightly reduced but substantially consolidated on a high level. But what does it mean for South Tyrol's economy and population to enjoy a "primary fiscal balance" that is close to zero? Which perspectives of development of its financial revenues does the Autonomous Province of Bozen face with the new system agreed upon in Milan on November 30th, 2009? The author starts from an analysis of the statistical data regarding Italy's regional public spending, which fully confirms the advantageous position of the two autonomous provinces in comparison with regions having ordinary status.



6. Der Südtirolterrorismus 1961–2011
Gli anni dal terrorismo sudtirolese 1961–2011

A series of horizontal dashed lines for writing.

Leopold Steurer

Südtiroler Publikationen zu den Bombenjahren zwischen kritischer Analyse, Apologie und Verharmlosung

1. Der Beginn der Aufarbeitung vor 20 Jahren

Angefangen hatte die Aufarbeitung des Themas der Bombenjahre Südtirols¹ mit dem zeitgeschichtlichen Lesebuch „Feuernacht“, das zum 30. Jahrestag des Ereignisses bei Raetia in Bozen erschien und von drei politisch engagierten wie historisch informierten JournalistInnen des Rai-Senders Bozen, nämlich Elisabeth Baumgartner, Gerhard Mumelter und Hans Mayr (1992), verfasst wurde.²

Vorwiegend auf der Auswertung von Zeitungsmeldungen und von Interviews mit Südtiroler Akteuren der Feuernacht beruhend, war die Publikation dem damaligen Kenntnisstand entsprechend durchaus seriös bearbeitet, wenngleich mit einer unverkennbaren, zwischen den Zeilen durchschimmernden Sympathie für die AttentäterInnen geschrieben. Vor allem aber lebte das Buch vom umfangreichen und zum ersten Mal in einem Band veröffentlichten Bildmaterial aus Archiven von Zeitungen und Fernsehanstalten in Italien, Österreich und Deutschland.

Da der Band, ein Jahr vor der offiziellen Streitbeilegungserklärung vor der UNO durch SVP und Wien, in eine politisch entspannte Zeit der Südtirolpolitik fiel und die Behandlung des Themas *Feuernacht* in Bezug auf die Gegenwart weitgehend eine sozusagen *hausinterne* Angelegenheit der SVP war, gab es auch kaum weitergehende Polemiken.

Dies änderte sich grundlegend, als 1999 der Innsbrucker Zeithistoriker Rolf Steininger seine insgesamt etwa 2.500 Seiten umfassende Trilogie „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969“ vorlegte. In diesem seinem vor allem diplomatiegeschichtlichen Werk vertrat Steininger aufgrund der erstmaligen Auswertung aller einschlägigen Akten zu Südtirol in den Außenministerien in Rom, Wien, Paris, London und Washington die These, dass der Weg zum Autonomiestatut von 1971, angefangen von der Einsetzung der Neunzehner-Kommission im Herbst 1961 über das Paket bis zu dessen Genehmigung in Bozen, Wien und Rom vom Dezember 1969, *nicht wegen, sondern trotz der Feuernacht* erfolgt sei.

Die Seele der sogenannten *patriotischen Szene* in Südtirol (Südtiroler Heimatbund, Union für Südtirol, Freiheitliche, Schützen) geriet ob dieser ketzerischen These in helle Aufregung. Da man aber der wissenschaftlich stringenten Argumentation Steiningers nichts entgegensetzen konnte, verlegte man sich auf billige politische Polemik: Der aus Deutschland stammende Herr Professor sei noch zu kurz in Innsbruck, verstehe daher zu wenig von der Mentalität der (Süd)Tiroler Patrioten und sei deshalb für die Bearbeitung eines derart brisanten Themas völlig ungeeignet.

2. Biografien: Sepp Kerschbaumer, Jörg Klotz, Luis Amplatz

Damit war aber auch der Startschuss gegeben für eine ganze Reihe von Publikationen, die beginnend mit dem Jahr 2000 in rascher Folge erschienen und freilich mehr oder weniger alle von Apologie und politischer Polemik anstatt von wissenschaftlicher Seriosität gekennzeichnet waren.

Darunter war die Biografie des charismatischen Anführers des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), des *einfachen Mannes aus dem Volke*, des Bauern und Kaufmannes aus Frangart, Sepp Kerschbaumer, noch die harmloseste und am wenigsten von politischen Zielsetzungen konditionierte Publikation. Denn Kerschbauers Mitstreiter Josef Fontana und der Journalist Hans Mayr (2000) zeichneten bei ihrer Ehrenrettung für die Männer des BAS von Kerschbaumer das Bild eines *philantropischen und christlichen Pazifisten*, der nur aus Verzweiflung über das Versa-

gen der Politiker und aus ehrlicher, berechtigter *Sorge um die Zukunft der Heimat* zur Gewalt gegriffen hatte. Dass er dabei auch noch peinlichst darauf bedacht gewesen war, Gewalt nur gegen Sachen, nicht aber gegen Menschen anzuwenden und ebenso zwischen den italienischsprachigen MitbürgerInnen und dem italienischen Unterdrückerstaat zu unterscheiden wusste, garantierte, dass dieser Figur eines *tragischen Helden* die Sympathie der LeserInnen gewiss war. Da im Buch auch die Differenzen in Bezug auf die anzuwendende Strategie zwischen Kerschbaumer und radikaleren, explizit antiitalienischen, gewaltbereiten und nationalistischen Vertretern des BAS bewusst heruntergespielt und verwischt wurden, war der Weg zur Legendenbildung über die *Feuernacht* endgültig beschritten und Kerschbaumer konnte, auf die Gegenwart übertragen, fast schon wie ein Vorläufer des *friedlichen Zusammenlebens* im Rahmen der neuen Autonomie erscheinen.

Aus gänzlich anderem politischen Stoff war da das von Sepp Mitterhofer und Günther Obwegs im Jahre 2000 herausgegebene Buch „Es blieb kein anderer Weg. Zeitzeugenberichte und Dokumente aus dem Südtiroler Freiheitskampf“. Es war dies ein richtiges Pamphlet, eine politische Streitschrift des Südtiroler Heimatbundes, vor allem seiner beiden Obmänner Hans Stieler und Sepp Mitterhofer. Weil Silvius Magnago 1957 auf Schloss Sigmundskron nur das *Los von Trient!* ausgerufen hatte, wurde die SVP denn auch offen der „politischen Dummheit und des unverzeihlichen Verrates an unserer Heimat“ (Mitterhofer, Obwegs 2000, 26) bezichtigt und ihr die eigene „Wahrheit“, nämlich das sofortige „Los von Italien!“ gegenübergestellt.

Dass sich Bruno Hosp als ehemaliger Landeskommandant der Schützen und damaliger Landesrat für Kultur sowie der Experte für die Ortsnamensfrage Egon Kühebacher zu einem Vorwort zur Verfügung stellten, unterstrich zudem die Brisanz und direkte Instrumentalisierung der Ereignisse der 60er-Jahre für das politische Tagesgeschehen.

Im Zentrum des Buches stand aber die Anklage gegen das „Unrechtsregime“ Italiens, angefangen bei dessen Versuch der angeblichen „systematischen Ausrottung“ durch die Zuwanderung und Nichtverwirklichung des Pariser Vertrages bis hin zu den Folterungen. Daher sind die Folterberichte von Häftlingen und die Schilderung des Leides und der schwierigen Umstände ihrer Familien vonseiten der Ehefrauen der Häftlinge zentraler Bestandteil des Bandes. So wie jahrhundertlang der Märtyrerkult in der katholischen Kirche, wird hier die Erinnerung an Folter und Tod von ehemaligen Mitstreitern zum moralischen Unterpfand für die Weiterführung des Kampfes bis zum bitteren Ende. Dieser Streit um das *politische Erbe Kerschbaumers* war spätestens seit Juli 1996 voll entbrannt, als nämlich

Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro als Geste des guten Willens und Zeichen der Versöhnung vonseiten Italiens alle in Südtirol lebenden ehemaligen Sprengstoff-AttentäterInnen begnadigte, was konkret hieß, dass alle noch auf ihnen lastenden Hypotheken rechtlicher Natur aus dem Strafregister gestrichen wurden und sie wiederum vollwertige BürgerInnen im Sinne des Gesetzes wurden. Während der Großteil der Betroffenen dieses Angebot annahm und damit, zumindest indirekt, die autonomiepolitische Linie der SVP befürwortete, lehnte eine kleine Gruppe um Sepp Mitterhofer mit der Begründung „Wir wollen nicht Gnade, sondern Recht!“ diese ausgestreckte Hand ab. Die unterschiedlichen politischen Zielsetzungen der Gegenwart hatten den Blick auf die Vergangenheit definitiv eingeholt und konditioniert.

Von daher erklärt sich also auch die unversöhnliche Sprache, in der das Buch insgesamt verfasst ist. Seine Aussagen sind kompromisslos und apodiktisch formuliert („Wahrheit“ gegen „Lüge und Verrat“) und so nimmt es eigentlich auch nicht weiter wunder, dass in dieser Optik sogar die im „Freiheitskampf“ getöteten Carabinieri und Finanziere ebenfalls auf das Konto des „italienischen Unrechtsstaates“ gehen, da „sie im Grunde Opfer der schlechten und verlogenen Politik ihres eigenen Staates geworden sind“ (Mitterhofer, Obwegs 2000, 330).

Der Titel des Buches entstammt übrigens einem Satz aus einem Brief, den der Sprengstoff-Attentäter der *Feuernacht*, ehemalige Hauptmann der Schützenkompanie Lana und damalige *politische Häftling* Jörg Pircher im Herbst 1966 aus dem Gefängnis an seine Mitstreiter richtete. Darin erklärt er – ganz in der Manier anderer terroristischer Organisationen – die Entscheidung von 1961 sowie die Fortsetzung des Kampfes als den einzigen richtigen Weg, um „von dem Joch der Unterdrückung loszukommen, der Kolonialherrschaft ein Ende zu setzen, der Assimilation im letzten Moment noch vorzubeugen und das Deutschtum im Süden zu retten“ (Mitterhofer, Obwegs 2000, 238f). Es gehe, so Jörg Pircher, „um Sein oder Nichtsein einer ganzen Volksgruppe“, um die letzte Rettung „im wahrsten Sinne des Wortes fünf Minuten vor zwölf“, bevor nämlich „das Land Andreas Hofers endgültig verwalscht wird und so für immer der deutsche Mutterlaut zwischen Eisack und Etsch verstummt!“. Dabei ergeht sich Jörg Pircher auch in wüsten Beschimpfungen gegen Bischof Joseph Gargitter („... auch der ‚walsche Seppl‘ seine dreckigen Hände mit im Spiel hat ...“) und Bundeskanzler Josef Klaus von der ÖVP-Alleinregierung („... schändlicher Verrat, den die Wiener Regierung dabei ist zu begehen ...“).

Nun könnte allenfalls jemand Ton und Inhalt dieses Briefes mit der damaligen Situation der Verzweiflung und Verbitterung Jörg Pirchers im Gefängnis zu entschuldigen versuchen und verständlich machen wollen. Dass dieser Brief jedoch im Jahre 2000 von Sepp Mitterhofer und Günther Obwegs als Titel und zentrales

Motto des Buches verwendet wurde, sagt eigentlich alles über die Unfähigkeit zu einer Versöhnung, über die Radikalität und den Fanatismus dieser ihrer politischen Gruppierung.

Hatten Hans Mayr und Josef Fontana in ihrem Buch versucht, den gesamten BAS und die politische Linie des 1974 als Organisation der ehemaligen *politischen Häftlinge* gegründeten Südtiroler Heimatbundes auf eine gemäßigte Linie im Sinne Sepp Kerschbauers *umzuinterpretieren*, so gingen Obwegs, Mitterhofer, Stieler & Co. nun den umgekehrten Weg: Sie versuchen den 1964 im Gefängnis verstorbenen Kerschbaumer in eine kontinuierliche Linie mit ihren Forderungen nach sofortiger *Selbstbestimmung* Südtirols in der Gegenwart zu bringen und so für sich zu vereinnahmen.

Nach dieser ausgiebigen Beschäftigung mit Kerschbaumer war es an der Zeit, dass auch zwei weitere Figuren des *Südtiroler Freiheitskampfes* ihre hagiografische Publikation erhielten. So veröffentlichte Eva Klotz 2002 unter dem Titel „Georg Klotz: Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols“ die Biografie ihres Vaters. Herausgekommen ist dabei das ziemlich friedvolle Bild eines besorgten Familienvaters, eines um sein Dorf Walten, sein Passeiertal, sein Südtirol besorgten Tiroler Patrioten. Da ist nichts zu finden von dem in „Feldweibel-Latein“ sprechenden und vom „bewaffneten Guerillakrieg“ zur Vertreibung der Italiener aus Südtirol schwärmenden Jörg Klotz, so wie es Claus Gatterer und andere Autoren oft und in richtiger Weise formulierten (Gatterer 1979). Präsentiert wird dem/r LeserIn vielmehr der tragische, am Ende nicht bloß vom Großteil seiner ehemaligen Freunde, sondern sogar vom *Vaterland Österreich* im Stich gelassene Held, der bis zum bitteren Ende, nämlich seinem einsamen und letztlich vom *Heimweh nach Südtirol* verursachten Tod im Exil in der Köhlerhütte im Jänner 1976, seinen Idealen treu blieb. Die Parallele zum Schicksal Andreas Hofers ist unverkennbar und dazu angetan, beim/bei der LeserIn Gefühle der Empathie wachzurufen. Dass sich der Wehrmachtssoldat und *Landsknecht* Klotz infolge seiner Unfähigkeit dazuzulernen selbst ins politische Abseits manövriert hat und die politische Entwicklung in Südtirol mit der Verwirklichung der Autonomie zum Zeitpunkt seines Todes längst über ihn hinweggegangen war, wird nicht weiter thematisiert.

Notwendig geworden war diese Biografie über Jörg Klotz aber nicht nur um ihn sozusagen aus dem Schatten Sepp Kerschbauers heraustreten zu lassen, sondern auch, weil bis dahin über Jörg Klotz nur die Publikation des im rechtsextremistischen Verlag Welsermühl gedruckte und vom Vorsitzenden der sogenannten *Volksbewegung für Südtirol*, Robert H. Drechsler, verfasste Biografie „Georg Klotz. Der Schicksalsweg des Südtiroler Schützenmajors 1919–1976“ aus dem Jahre

1976 existierte.³ Der ehemalige *Brandenburger* und spätere Rechtsextremist Drechsler, der aufgrund seines Deutschnationalismus konsequenterweise in Südtirol für die deutschsprachige Minderheit bis hin zur Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht, in Kärnten aber gegen die Rechte der slowenischsprachigen Minderheit, aktiv wurde, hatte sich in den 60er- und 70er-Jahren mit dem immer stärkeren Abgleiten der gesamten Südtirolaktivitäten in Österreich in das rechtsextremistische Fahrwasser massiv in die Südtirolpolitik eingebracht. Er wurde zum Freund und publizistischen Propagandisten der verschiedenen *Südtirol-AktivistInnen* nördlich und südlich des Brenners, die den Zug der Südtirolpolitik in Richtung Autonomie mit Bomben und Dynamit immer noch aufzuhalten versuchten.

So präsentierte denn Drechsler auch in seinem Buch von 1976 sowohl durch den Text wie durch viel Fotomaterial eben das Bild des *echten*, des Wehrmacht-Unteroffiziers, am liebsten militärisch-stramm und in Uniform mit all den Weltkriegsauszeichnungen auf der Brust auftretenden *Freiheitskämpfers* Jörg Klotz. All das konnte im Jahre 2002, als die Diskussion über die Nazi-Vergangenheit so mancher Vertreter des Südtiroler Schützenbundes längst begonnen hatte und nur mehr von den *Waffen des Geistes* im Kampf um die Selbstbestimmung gesprochen werden durfte, nur mehr peinlich sein und musste daher retuschiert werden.

Weitaus weniger spektakulär und Aufmerksamkeit erregend war dagegen die Biografie des Südtiroler-Heimatbund-Funktionärs Günther Obwegs „Luis Amplatz. Ein Leben für Tirol“ von 2004. Denn trotz seines tragischen Todes im September 1964 war Amplatz niemals derart zentral im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden wie etwa Klotz oder Kerschbaumer. Die Schwierigkeit für Obwegs lag allenfalls darin, dem/r LeserIn überzeugend zu erklären, wie die *Frohnatur* und der tolerante Lebemensch Amplatz den Schritt zum bewaffneten Kampf machen konnte. Auch wirkte der ausgesprochen betonte Italienerhass des Luis Amplatz im Jahre 2002 wahrscheinlich alles andere als sympathisch auf den/die LeserIn.

3. Ein wissenschaftlicher Schritt nach vorne

Einen bedeutenden wissenschaftlichen Schritt nach vorne erzielte Hans Karl Peterlini 2005 mit seinem fast schon monumental zu nennenden 388-Seiten-Werk „Südtiroler Bombenjahre – Von Blut und Tränen zum Happy End?“. Seitdem kann Hans Karl Peterlini zweifellos als so etwas wie der offizielle Experte zum Thema *Feuernacht in Südtirol 1961*, zu dessen Ursachen, Hintergründen und Auswirkungen gelten.

Christoph Franceschini, der seinerseits aufgrund mehrerer Artikel sowie einer umfangreichen Aktenkenntnis als ein Experte zu den Bombenjahren der 60er-Jahre gelten kann (Franceschini 1993), hatte 2005 eine sechsteilige, vor allem auf Interviews mit Protagonisten der Feuernacht basierende Filmreihe produziert (Franceschini/Lechthaler 2005). Da dieser Filmreihe aber jegliche kritische Distanz zum behandelten Objekt fehlt, die Informationen und Behauptungen der befragten Zeitzeugen einfach als für sich gültige Aussagen stehen gelassen werden und eine wissenschaftliche Aufarbeitung im Sinne eines interpretativen Musters nicht erfolgt, kann in diesem Falle nur von einer Art dokumentarischer Sammlung von Materialien gesprochen werden.

Franceschini hat damals das Buch Peterlinis als eine zwar mit Sachkenntnis geschriebene Arbeit bezeichnet, in seiner summarischen Beurteilung aber kritisch gemeint: „Viel Neues bringt das Buch allerdings nicht“ (Franceschini 2005a).

Dagegen hat Peterlini zu Recht eingewendet, dass sehr wohl viele neue Erkenntnisse rund um die Bombenjahre der 60er-Jahre darin enthalten seien. Er hat diese in insgesamt acht Punkten zusammengefasst (Peterlini 2005a). Die wichtigsten dabei waren, dass zum ersten Mal die „Geburts helferrolle“ des Alpenvereins für den Aufbau des BAS, die fließenden Übergänge von der *Stieler-Gruppe* Mitte der 50er-Jahre zum BAS aufgezeigt wurden, sodann die Bekenntnisse von BAS-Mitgliedern, dass es sich beim Anschlag auf den Journalisten Benno Steiner vom Sommer 1961 tatsächlich um einen versuchten „Mordanschlag von Mitgliedern des Meraner BAS“ gehandelt habe und auch der Mord am Carabiniere Vittorio Tiralongo sowie verschiedene andere Attentate im Pustertal tatsächlich „in die Verantwortung des BAS fallen“ (Peterlini 2005). Auch über das gesamte Umfeld des BAS in Österreich, über dessen Freunde und Unterstützer in den Bereichen von Staatsapparat (Justiz, Polizei), Presse und Politik bringt Peterlini viele neue Details.

Trotz all der vielen neuen Erkenntnisse sind aber auch Peterlinis „Südtiroler Bombenjahre“ mit einigen Schwachstellen behaftet und können wohl kaum als abschließendes Werk zu diesem Thema gesehen werden.

Da bleibt zunächst die Frage, warum der Autor die noch wichtigere „Geburts helferrolle“ des Südtiroler Kriegsoffer- und Frontkämpfer-Verbandes (SKFV) und vor allem des Südtiroler Schützenbundes (SSB) für den Aufbau des BAS nicht einmal erwähnt hat. Hier hätte allein schon ein Blick auf die Liste der Führungsgarnituren dieser beiden Verbände, abgesehen von weiteren Elementen wie gemeinsame Ideologie, historische und personelle Kontinuitäten bzw. Überschneidungen, den engen Zusammenhang mit dem BAS leicht und deutlich aufzeigen können.

So sehr man dem italienischen Staat und dessen Sicherheitsorganen bei ihrer Südtirolpolitik bis 1961 gelegentlich zu Recht Blindheit, Versäumnisse und Unverständnis sowie im Anschluss an die *Feuernacht* auch schwere Menschenrechtsverletzungen vorwerfen kann, irgendeine Logik, um nicht zu sagen *Berechtigung*, wird das Verbot des Schützenbundes durch Innenminister Mario Scelba vom April 1961 wohl doch gehabt haben: nämlich jene, dass von Rom spätestens seit den Andreas-Hofer-Feiern des Jahres 1959 im Schützenbund die gefährlichste Speerspitze des Pan-Tiroler Irredentismus erkannt worden war.

Allzu oft gehen bei Peterlini auch subjektives Einfühlungsvermögen und persönliche Sympathie gegenüber seinen Interviewpartnern aus dem BAS-Umfeld auf Kosten einer notwendigen objektivkritischen Distanz. So beschreibt Peterlini den Schmuggel von Waffen und die Planungen für Sprengstoffattentate gelegentlich geradezu in einer sprachlichen Form von Kriminal- oder Wildwestromanen. Hier als anschauliches Beispiel dafür die Darstellung der Rolle von Kurt Welser, der durch seinen ausgleichenden Charakter offenbar imstande war, die Ende 1960 bestehenden Zerwürfnisse innerhalb des BAS wieder zu glätten:

„Dass der Riss, obwohl an der Spitze lang nicht verheilt, kaum wahrgenommen wird, ist vor allem auch das Verdienst eines 1,90 Meter großen, strahlenden, begeisterten Tirolers, der mit einem forschenden Lächeln und einem kräftigen Schulterklopfen alle Fronten vereint: Kurt Welser. Er hält über alle Zerwürfnisse hinweg die Kontakte zu allen Lagern [...]. Überall im Lande taucht der Hüne auf [...]. Er verwendet unterschiedliche Decknamen [...]. Am Klotzhof in Passeier reicht das Phantom (Welser) der Frau von Jörg Klotz eine Ladung Gewehre mit Zielfernrohr durchs Fenster. Bei Luis Steinegger klopft es mitten in der Nacht an die Jalousien: ‚Mensch, einen Hunger hab ich‘. Während Steineggers Frau noch Polenta zu Spiegeleiern röstet, tuschelt Welser, ob Steinegger danach mitgehen könne. Sie essen und brechen noch einmal auf, es hat geschneit, Welser steckt Steinegger eine Pistole zu und sagt: ‚Fangen dürfen wir uns nicht lassen‘. Er hat 300 Kilo Sprengstoff, Zünder und Sprengkapseln im Auto, gemeinsam verstauen sie die Lieferung im doppelten Boden eines Stadels [...]. Eine andere Traminer Gruppe, jene von Richard und Luis Gutmann, versteckt den Sprengstoff gar in der Gruft der Kapelle auf Altenburg. Es sind nur einige von vielen Episoden zwischen Jahresende 1960 und Juni 1961 – der große Schlag rückt näher.“ (Peterlini 2005, 93f)

Der durch solche Beschreibungen erreichte Effekt des Herunterbrechens von Aktionen, die in der Folge eine Spirale der Gewalt in Gang setzten, die letztlich

kaum mehr zu bremsen war, auf eine rein *menschliche* Ebene, hat beim/bei der LeserIn unweigerlich zur Folge, dass Verständnis und Bewertung von Gewaltanwendung nicht mehr unter dem Aspekt ihrer politischen Implikationen gesehen, sondern nur mehr vom Gefühl der Antipathie oder Sympathie gegenüber den involvierten Akteuren abhängen.

Es ist in der Tat eine der grundlegenden Schwachstellen des Buches, dass Peterlini die moralisch-politische Frage nach der Berechtigung zur Anwendung von Gewalt im Südtirol des Jahres 1961 sich gar nicht stellt. Im Unterschied zu den AutorInnen offen *apologetischer* Natur, die diese Berechtigung, ja geradezu Notwendigkeit, ausdrücklich betonen, geht Peterlini dieser Problematik aus dem Weg – indem er sie aufgrund der damaligen Umstände einfach als gegeben annimmt, ohne dies *expressis verbis* zu erwähnen, und sie damit indirekt billigt und bejaht. Nur aus dem Kommentar Peterlinis zu den Bomben der 80er-Jahre, nämlich wenn er dazu feststellt, „sie erfolgen in einer Zeit, die Gewalt nicht mehr rechtfertigt“ (Peterlini 2005, 336), wird eindeutig klar, dass er hingegen die Attentate der gesamten 60er-Jahre von der Feuernacht bis hin zum Paket durchaus als legitim ansieht.

Ob es hier vielleicht nicht korrekter wäre zu sagen, seit der Einsetzung der Neunzehner-Kommission, der Bildung der Regierungen des *Centro-sinistra* in Rom und dem Kreisky-Saragat-Paket hatte sich die Situation der Südtirolpolitik bereits derart verändert, dass diese Bomben nur mehr den Zweck verfolgten, eine Lösung auf friedlich-diplomatischem Wege im Sinne der Autonomie zu torpedieren? Peterlini tut dies explizit nicht. Zwar muss auch er zugeben, dass für die *Ernsthaftigkeit* des Verhandeln von zwei Politikern wie Saragat und Kreisky die damaligen Bomben nur mehr „eine Belastung des Klimas“ (Peterlini 2005, 283) waren, und dem kann man nur zustimmen. Daran anknüpfend formuliert Peterlini aber die folgende weder leicht verständliche noch leicht nachvollziehbare Überlegung:

„Für Saragats Spielraum in Italien mochte der Spannungszustand in Südtirol unerbetenerweise doch hilfreich sein. Wohl zielen die Anschläge auf eine Verhinderung jeglicher Kompromisse zugunsten der Selbstbestimmung oder wenigstens einer Vollautonomie hin, torpedieren damit Kreisky und Saragats Paket. Zugleich aber liefern die Anschläge den Verhandlern auch Argumente, den Terror durch politische Lösungen zum Schweigen zu bringen“. (Peterlini 2005, 283)

Richtigerweise erwähnt Peterlini in diesem Zusammenhang, dass fast zeitgleich mit diesen Bomben des BAS (bzw. genauer gesagt als Reaktion auf diese Bomben) sich auch in Italien aus dem politisch rechten, nationalistisch bis neofaschistisch

orientierten Umfeld eine *Gegenstrategie* herausbildete, deren wahrscheinlich erste Aktion das Sprengstoffattentat in Ebensee (Salzburg) vom September 1963 war. Nun stimmt es klarerweise, dass es das Ziel dieser *Gegenstrategie* (der *Strategie der Spannung*) war, durch Eskalation „ein italienisches Nachgeben in der Südtirolfrage um jeden Preis zu verhindern“ (Peterlini 2005, 284).

Was Peterlini hier vergisst zu ergänzen, ist freilich, dass diese terroristische *Gegenstrategie* in der Öffentlichkeit ihre Existenz eben mit der *legitimen* Bekämpfung der *pangermanistischen und neonazistischen Gefahr* rechtfertigte, so wie umgekehrt die BAS-AttentäterInnen ihre Anschläge als *antifaschistische* Aktionen rechtfertigten, und dass sie vermittels der Eskalation in Südtirol überhaupt das Projekt des *Centro-sinistra* zu torpedieren versuchte, da deren BefürworterInnen der *Kapitulation in der Südtirolfrage* bezichtigt wurden.

Wie da die Bomben des BAS für Saragat und die Vertreter des *Centro-sinistra* *unerbetenerweise doch hilfreich* gewesen sein sollen – wo sie ja gerade in der Öffentlichkeit gegen die Kritik und Hetze der politischen Rechtskreise im Lande die Arbeiten der Neunzehner-Kommission als Grundlage für die diplomatischen Verhandlungen mit Wien durchsetzen mussten? Ob es hier nicht längst so war, dass aus unterschiedlichen, total entgegengesetzten Zielsetzungen heraus – nämlich Torpedierung der diplomatischen Verhandlungen für ein neues Autonomiestatut, um überhaupt jegliches neue Zugeständnis an Südtirol zu verhindern einerseits bzw. um die *Selbstbestimmung* zu erreichen andererseits – zwei extremistisch-terroristische Positionen sich gegenseitig in die Hände spielten? Warum sollen in dieser Phase Mitte der 60er-Jahre nur die Bomben der *Strategie der Spannung* als negativ bewertet, die Bomben des BAS hingegen weiterhin als *hilfreich* bezeichnet werden?

Peterlini jedenfalls bleibt dabei: „Der politische Schaden, der den Bombenlegern (des BAS, Anm. LS) vonseiten mehrerer Historiker angelastet wird, ist auch 1965 konkret nicht festzumachen“ (Peterlini 2005, 287).

Ob diese Bemerkung sozusagen als Feststellung *ex post* zu betrachten ist, nämlich, dass sich trotz dieser Bomben in Rom, Bozen und Wien die Stimme der Vernunft durchsetzte und das von diesen Bomben angepeilte Ziel eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen nicht erreicht wurde, oder dass diese Bomben tatsächlich auch im Jahre 1965 keinen politischen Schaden anrichteten, indem sie z. B. eine Lösung um Jahre verzögerten, Jahre, in denen es immerhin erneut Opfer und Tote gab?

Da Peterlini sich die Problematik von (eventuell) *legitimer Gewalt* im Südtirol des Jahres 1961 erst gar nicht stellt, dürfte es denn wahrscheinlich auch kein Zufall

sein, dass er wohl den Hirtenbrief von Bischof Joseph Gargitter vom August 1961 mit den darin enthaltenen Ermahnungen zur Ablehnung von Gewalt (und zugegebenermaßen wenig *glücklichen* Aussagen über die *Rolle des Kommunismus im Herzen Europas*) kennt und zitiert, nicht aber dessen Hirtenbrief vom Februar 1960. In diesem ausführlichen Dokument zu den Themen Staat, Gesellschaft, Minderheiten, Rechten und Pflichten der StaatsbürgerInnen waren ausdrücklich die Rechte von Minderheiten betont und die Unterstützung der Kirche für dieses Anliegen zugesichert worden – allerdings mit der ebenso unmissverständlichen Ermahnung, dass jegliche Gewaltanwendung zur Erreichung dieser Rechte mit der Sittenlehre der Kirche unvereinbar sei. Es ergibt also ein völlig einseitiges und verzerrtes Bild über die Person Gargitters, wenn Peterlini nur Verständnis zeigt über die empörte Kritik der verhafteten und gefolterten BAS-Mitglieder am Hirtenbrief vom Sommer 1961 (Peterlini 2005, 175), diese frühzeitigen Warnungen des Bischofs von 1960 aber gar nicht erwähnt.

Selbst wenn man mit Peterlini einer Meinung ist, dass ein Sepp Kerschbaumer und Verschiedene seiner Gruppe bei ihren Aktionen von *edlen Motiven* und dem Grundsatz der Schonung von Menschenleben geleitet gewesen sein mögen (vgl. Gehler 2006), dürfte es für einen Wissenschaftler nicht genügen, das Problem von Gewaltanwendung ausschließlich von einem Standpunkt der Gesinnungsethik und nicht auch von einem der Verantwortungsethik aus zu erörtern. Präsentierten gewisse italienische Publikationen die AttentäterInnen der *Feuernacht* oft alle unterschiedslos als blutrünstige Monster, so zeichnet dagegen Peterlini ein Bild lebenswürdiger Menschen und wagemutiger Patrioten, deren Aktivitäten beim/bei der LeserIn nichts anderes als Zustimmung, Bewunderung, Empathie erzeugen können.

4. Freiheitskämpfer auf der Couch

Nun hat Hans Karl Peterlini bei seinem Studium der Erziehungswissenschaft an der Universität Innsbruck das Thema *Feuernacht* auch zum Objekt seiner Diplomarbeit gemacht und dabei sein gesamtes Wissen und Material durch einen psychoanalytischen Raster gefiltert, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Was dabei unter dem Titel „Freiheitskämpfer auf der Couch“ (2010) dargelegt wird, ist der Versuch einer definitiven Antwort auf die Frage nach dem innersten Wesen und den tiefenpsychologischen Antrieben *der Tiroler Verteidigungskultur von 1809 bis zum Südtirol-Konflikt* der jüngsten Vergangenheit. Also ein fast metaphysisch anmutender Drang nach Erkenntnis der Substanz der (Süd)Tiroler Volks-

Seele und deren Handlungsmotiven im Verlauf der letzten 200 Jahre Tiroler Geschichte.

Ins Buch eingeführt wird der/die LeserIn durch eine geraffte, durchaus überzeugende Erklärung der wichtigsten Begriffe, Methoden und Zielsetzungen der Individualpsychologie, der Sozialpsychologie und der Ethnopsychologie, wobei eigentlich alle Koryphäen dieser Disziplinen von Sigmund Freud über Theodor W. Adorno, Erich Fromm, Mario Erdheim, Horst E. Richter bis Vamik D. Volkan zu Wort kommen.

Das als Zielsetzung für eine neue wissenschaftliche Erkenntnis angegebene Postulat einer Verbindung von „übergreifenden kollektiven Mustern“ mit den „einzelnen Attentäterbiografien“ (Peterlini 2010, 17) ist durchaus löblich und verspricht einiges. Enttäuschend ist lediglich, dass dieses Postulat nicht eingelöst wird, vor allem weil bei den Attentäterbiografien über das familiär-soziokulturelle Umfeld bzw. die politische Verortung so mancher BAS-Protagonisten in der Zeit vor 1945 (sprich: Nationalsozialismus, Weltkrieg und Drittes Reich) rein gar nichts Neues geboten wird.

Durchaus anerkennenswert ist auch die Idee des Autors, die Psychoanalyse in ihren verschiedenen theoretischen Ausformungen bis heute für die Erklärung und Beschreibung politischer Ereignisse der jüngsten Südtiroler Geschichte nutzbringend anzuwenden. Denn allzu oft wurde dieser Versuch von Historikern vorschnell und überheblich als ein Irrweg ins *Reich der reinen Spekulation* abgetan. So gelingen dem Autor gelegentlich auch gleichermaßen überzeugende wie höchst treffende Urteile, wie etwa jenes beim Vergleich der Persönlichkeit und des Regierungsstils von Silvius Magnago und Luis Durnwalder mit der Bezeichnung „Von Magnagos Triebverzicht zu Durnwalders Libido“ (Peterlini 2010, 173).

Allein schon das äußere Erscheinungsbild und der unterschiedliche Lebensstil der beiden Protagonisten – des asketischen Volkstumspolitikers und unbeugsamen Kämpfers für die Autonomie Magnago und des den Wohlstand und Reichtum dieser Autonomie genießenden und verwaltenden Pragmatikers Durnwalder – wären dazu geeignet, dem/r LeserIn die Richtigkeit eines derartigen Interpretationsmusters als zutreffend vor Augen zu führen.

Auch das psychoanalytische Deutungsmuster, dass sowohl Individuen wie soziale Gruppen angesichts plötzlich eintretender traumatischer Erlebnisse eigentlich nur drei Möglichkeiten der Reaktion – nämlich das *flight* (die Flucht), das *fight* (der verzweifelte Kampf) oder das *fright* (die Schutzstarre) – zeigen, lässt sich, wie Peterlini beschreibt (Peterlini 2010, 56 f.), mit einigem Gewinn auf verschiedene Ereignisse der jüngsten Südtiroler Vergangenheit anwenden.

Hier stellt sich freilich sogleich die Frage, inwieweit die Aufständischen von 1809 gleich wie die Bombenleger des BAS von 1961 und der folgenden Jahre bis 1969 angetrieben waren von denselben Motiven nach der *Selbstbestimmung* des Landes und inwieweit sie auf dieselbe *Volk-in-Not-Situation*, die ein Handeln auch mit den Mitteln der Gewalt rechtfertigte, ja sogar als notwendig erscheinen ließ, weil allein Gewalt *die-Not-wendend* war, reagierten.

Diese im Untertitel des Buches suggerierte 200-jährige Kontinuität politischer Reaktionsmuster in der Tiroler Geschichte und nicht weiter hinterfragte Gleichsetzung von 1809 und 1961 scheint doch etwas gewagt und simplifizierend. Der Autor versucht es jedenfalls durch das psychoanalytische Interpretieren und Vergleichen von Texten (z. B. des Abschiedsbriefes Andreas Hofers an Erzherzog Johann und eines Flugblattes Sepp Kerschbauers) bzw. durch die Beschreibung und Gegenüberstellung von Personen aus den Ereignissen von 1809 und 1961 dem/r LeserIn zu vermitteln.

Von einer derartigen linearen Gleichsetzung eines von edlen, ideellen Motiven geleiteten, aber leider verratenen bzw. verlorenen Freiheitskampfes von *Anno Neun* und der *Feuernacht 1961* sowie der Zelebrierung der dabei zu Tode gekommenen Helden lebte bisher in erster Linie die politische Propaganda und Publizistik der sogenannten *patriotischen Szene* (Freiheitliche, Union für Südtirol, Schützen, Südtiroler Freiheit usw.), einer Gruppierung, der der Autor Peterlini wohl nicht unbedingt zugerechnet werden kann.

Und allein die Tatsache, dass sich unter den BAS-Mitgliedern nördlich wie südlich des Brenners gar einige, von Wolfgang Pfaundler bis Eduard Widmoser in Innsbruck, von Sepp Kerschbaumer bis Jörg Klotz in Bozen, in der Rolle eines neuen Andreas Hofer gefielen, in ihren Flugblättern, Reden und Texten auch explizit darauf Bezug nahmen, dürfte für eine wissenschaftliche Analogsetzung der beiden Ereignisse doch wohl etwas zu wenig sein.

Fatal ist es freilich, wenn, wie im vorliegenden Fall geschehen, der psychoanalytische Ansatz zu einer Art *passerpartout* für die Interpretation von allem und für alles genommen wird. Diese Verengung zu einem monokausalen Politikverständnis ist denn auch die eigentliche *crux* und Schwachstelle des Buches von Peterlini.

Helmuth Schönauer hat in seiner Besprechung des Buches von Peterlini festgestellt: „Ein wenig ahnt man freilich, dass dieser psychologische Flug über die seelischen Untiefen der Menschen so gut wie für alles geeignet sein könnte. Man könnte zum Beispiel auch Verkehrssünder, Raucher oder SVP-Wähler mit dieser Methode des Ödipus-Komplexes und einer starken Geburtstraumatik überführen. Die Psychologie ist schließlich jene Wissenschaft, die alles erklären kann, weshalb

sie auch von so gut wie jedem mit erfolgreichem Abschluss studiert werden kann“ (Schönauer 2010).

Damit hat der Rezensent tatsächlich den Nagel auf den Kopf getroffen, denn nur mit einer nötigen Dosis Ironie und Humor lassen sich gelegentliche, fantasiereiche Interpretationen des Autors noch verkraften.

So etwa, wenn Wolfgang Pfaundler genau in der Phase der Planung der Sprengstoffattentate im Frühjahr 1961 durch eine Krankheit sowie vor allem durch die Entdeckung seines in einer Innsbrucker Wohnung angelegten und vonseiten des italienischen Geheimdienstes aufgedeckten Waffenlagers vorläufig, aber notwendigerweise, von den BAS-Aktivitäten ausgeschaltet wird und dies Peterlini tiefgründig psychologisch zu folgender Erklärung veranlasst: „Pfaundler hatte sich, so scheint es, durch Fehlleistung und Somatisierung selbst davon abgehalten, zerstörerisch zu wirken“ (Peterlini 2010, 85).

Nicht der von seinem Charakter her allen seinen Freunden als hochstaplerischer Prahlhans bekannte, mit traumwandlerischer Unbekümmertheit agierende und öffentlich vom *bewaffneten Kampf* à la Zypern oder Algerien schwadronierende Pfaundler wird hier als Motiv für dieses Missgeschick in Erwägung gezogen, sondern offenbar in seinem Unterbewusstsein agierende Kräfte.

Die Grenze des dem/r LeserIn Zumutbaren wird hingegen wohl eindeutig bei anderen derartig monokausalen, in diesem Falle *pan-sexualistischen*, Erklärungsversuchen überschritten. Da sind die Strommasten der italienischen Großindustrie nicht nur Symbole der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung Südtirols und daher Ziele terroristischer Aktionen, um durch deren Sprengung dem politischen Gegner einen größtmöglichen ökonomischen Schaden zuzufügen – so wie etwa im Konzept vieler terroristischer Organisationen von der baskischen ETA bis zur irischen IRA.

Nein, die Strommasten sind auch Symbole für den „Phallus“ des *verhassten Unterdrücker-Staates*, die Stauseen werden zum „Uterus“, so wie das Wasser hinter den Staumauern (im Unterbewusstsein der AttentäterInnen oder in der Fantasie Peterlinis?) zum „Fruchtwasser“ wird, das über die Druckrohrleitungen (den „Gebärkanal“) die Kraftwerke versorgt und deren Funktionieren garantiert (Peterlini 2010, 107).

Dass die Bombenleger des BAS letztendlich keine Druckrohrleitungen oder Staumauern sprengten, lag laut Peterlini nur *vordergründig* (!) daran, dass die dabei entstehende Gefahr für die darunter liegenden (ergänze: *auch deutschsprachigen!*) Dörfer als zu groß eingeschätzt wurde, sondern war, wenschon, entweder auf ein *Missgeschick* zurückzuführen oder hatte (schon wieder!) tiefer liegende, aus dem Unterbewusstsein der AttentäterInnen stammende Motive:

„Im Sinne von Freuds Theorie über die Fehlleistungen und vor dem Hintergrund von Ranks Traumatheorie könnte nun gedeutet werden, dass für das Sprengen von Uterus und Geburtskanal der Mut und die letzte Entschlossenheit fehlte, sodass die Aggression auf die phallischen Symbole des Staates umgelenkt wurde“ (Peterlini 2010, 107).

Schwer auszumalen, was angesichts dieser Interpretationen die so aufs Kreuz (besser: auf die Couch) gelegten BAS-AttentäterInnen wohl sagen, wenn sie selbst bisher felsenfest davon überzeugt waren, dass das einzige Motiv ihres damaligen Handelns ethnopolitischer Natur war, nämlich die *Bewahrung* bzw. *Rückeroberung* des *deutschen Charakters Südtirols*, während sie nunmehr Peterlini eines Besseren belehrt und über die wahren Hintergründe aufklärt.

Der schwächste Aspekt dieses Buches von Peterlini sind aber zweifellos die oft banalen Assoziationen sowie die vielen Fehler rein sachlicher Natur, die sich beim Versuch einer *psychoanalytischen* Interpretation von Texten bzw. politischen Karikaturen aus der Zeit der Südtirol-Attentate eingeschlichen haben. Einige Beispiele dazu:

— Da wird in einem Flugblatt Sepp Kerschbauers dem Wort *Herrschaft* folgende Interpretation untergeschoben: „Der **Herr**, im weitesten Sinn Gott, der Vater, der (fremde) Bauer, **Schaft**, in dem das Schwert/die Lanze steckt, phallisches Symbol. Der Phallus als väterliches Machtsymbol bzw. als Machtsymbol des Stiefvaterlandes, des (fremden) Bauern“ (Peterlini 2010, 118).

Da fragt sich der/die erstaunte LeserIn nur: Wenn hier statt *Herrschaft* das Wort *Knechtschaft* stehen würde, würde es dann vom Autor ebenso salopp und willkürlich in die beiden Teile *Knecht* und *Schaft* zerlegt und mit den entsprechenden Assoziationen verbunden?

— In einem Brief Sepp Kerschbauers heißt es unter anderem: „Sie (die Südtiroler, Anm. LS) werden sich dagegen zur Wehr setzen, koste es was es will.“

Diese, übrigens für fast alle Texte Kerschbauers typische, etwas dialektal gehaltene Ausdrucksweise ist für Peterlini Anlass zu einer Spekulation, in der das Pronomen *es* flugs zum Begriff des *Es* von Sigmund Freud mutiert:

„**Koste es, was es will.** Eigentlich: koste es, was es wolle. Das ‚will‘ deutet auf Wille, Aggression, Triebausübung. Sehr frei assoziiert: Koste es, was es will – ein unbewusstes Bekenntnis zum unterdrückten Triebleben, zur unterdrückten Aggression, die raus muss, was immer Es kostet (unbewusster Wunsch nach Lust und Triebausübung)“ (Peterlini 2010, 124).

— In den 60er- und 70er-Jahren verwendeten sowohl österreichisch-pantirolisch wie rechtsextrempangermanistisch orientierte Organisationen in ihren Veröffentli-

chungen zu Südtirol wiederholt als Logo ein in einem Kreis eingerahmtes T. Die Aussage dieser grafischen Symbolik wäre also eigentlich leicht zu entziffern und klar gewesen: Der Kreis als Symbol für Vollkommenheit, Einheit, Harmonie und Ganzheit stellte die Zielsetzung und Hoffnung der Wiedervereinigung Tirols dar. In der psychoanalytischen Interpretation bei Peterlini liest sich die Interpretation dieses Logos hingegen ganz anders:

„T im Kreis erinnert an Warntafel für Todesgefahr, könnte für Tod oder Todesgefahr in der engen, unterversorgten Heimat, im Mutterleib stehen; könnte auch auf die verdrängte und gelegnete Todesgefahr durch Anschläge hinweisen; Todesgefahr als universelle existenzielle Angst“ (Peterlini 2010, 126).

Angestrebte Wiedervereinigung als Hoffnung versus befürchtete Todesgefahr als Angst: Krasser könnte die total entgegengesetzte Aussage wohl kaum noch sein! So zeigt dieses Beispiel eines deutlich: wie leicht sich der reale Sinn einer Aussage durch vorschnelle Schlussfolgerungen psychoanalytischer Spekulation in sein Gegenteil verkehren kann, wenn grundlegende Informationen rein sachlicher Natur außer Acht gelassen werden.

— In den 60er-Jahren publizierte die Schweizer „Weltwoche“ (Abbildung in Peterlini 2010, 134) eine Karikatur zu Südtirol, in der dem/r LeserIn anschaulich die Unterdrückungspolitik verschiedener Staaten der Welt vermittelt wurde. Bildlich dargestellt war das Ganze durch das entsprechende Tier, das vom kulturhistorischen Diskurs her allgemein als nationales Symbol für das jeweilige Land bekannt war.

So hatte sich der französische Hahn Algerien, der russische Bär alle Ostblockstaaten, das südafrikanische Huftier die schwarze Bevölkerungsmehrheit, der chinesische Drache Tibet und die römische Wölfin eben Südtirol in der Form eines Mannes in Tracht und Lederhosen *einverleibt*. Nationalismus und Imperialismus also optisch leicht verständlich dargestellt und symbolisiert als regelrechtes *Gefressenwerden* der Kleinen und Schwachen durch die Großen und Starken.

Diese Karikatur mit dem „Tiroler im Mutterleib der Wölfin“ nimmt Peterlini zum Anlass einer auf den ersten Blick überzeugenden, geradezu raffiniert anmutenden Interpretation aus dem Repertoire der Psychoanalyse. Denn in dem auf dem Kopf der Wölfin befindlichen Hut mit Federn erkennt der Autor Folgendes: „Sie trägt einen Schützenhut mit Federn, ein als phallisch deutbares Symbol, das neben der Angst vor Einverleibung in den Mutterleib auch auf die Kastrationsangst schließen lässt (der Tiroler wurde nicht nur gefressen, die Wölfin trägt auch einen Phallus in Form eines Tirolerhutes auf dem Kopf, was sich so deuten lässt: Sie trägt den Phallus der von ihr entmannten Tiroler zur Schau)“ (Peterlini 2010, 134–135).

Doch schon bei etwas genauerem Hinsehen entpuppt sich die auf den ersten Blick intellektuell so scharfsinnig anmutende Interpretation als Flop – denn der auf dem Kopf der Wölfin befindliche Hut ist nämlich gar kein Tiroler Schützenhut, sondern ganz banal ein Bersaglieri-hut! Eben ein bekanntes und in der Literatur und Ikonografie immer wieder benutztes nationales Symbol Italiens aus der Zeit des *Risorgimento* und des Ersten Weltkrieges.

Insgesamt liegen die Schwachstellen des Buches von Peterlini vor allem in zwei Punkten begründet:

Es zeigt, auf welche Abwege es führt, wenn das gesamte politische Geschehen monokausal auf ein einziges theoretisches Interpretationsmuster (hier konkret: auf eine Art pan-sexualistische, psychoanalytische Erklärungsschiene) zurückgeführt werden möchte, und zum anderen, wie rasch Geschichtsschreibung zur Legitimationswissenschaft, zu einer nachträglichen Rechtfertigung des Geschehenen gerät, wenn der Wissenschaftler zum untersuchten Gegenstand nicht die nötige Distanz bewahrt, sondern an einer Art *Verliebtheit ins Objekt* leidet.

Kaum einmal, dass der Autor sich auch zu einer selbstständig-kritischen Bewertung der Aussagen seiner interviewten Protagonisten durchringt. Als ein eklatantes Beispiel dafür folgendes Zitat:

„Die Gegenwartigkeit des historischen Konfliktstoffes kam auch in einer Befragung junger Südtiroler Schützen zum Vorschein. Unter anderem wurden die jungen Leute danach gefragt, wovor sie Angst haben. Ein elfjähriger Bub, der in einer unbedrohten ländlichen Heimatidylle ohne italienische Dorfbevölkerung aufgewachsen ist, antwortete, er habe Angst vor einem Krieg. Wie es zu einem Krieg kommen könne: ‚Wenn Südtirol sich wehren muss gegen die Italiener.‘“ (Peterlini 2010, 182)

Anstatt die Aussage dieses Jungschützen als das zu bezeichnen, was sie real ist, nämlich als ein klassisches Beispiel für die Folgen politischer Indoktrination und Propaganda (man denke nur an das oft beschriebene Phänomen des *Antisemitismus ohne Juden* in der Vergangenheit oder an Formen von *Xenophobie* in der Gegenwart!), wird dieser junge Südtiroler vom Autor zu einer Art *Kronzeuge* für die *Gegenwärtigkeit des historischen Konfliktstoffes* hochstilisiert! Ganz so, als ob der kritische Journalist und Psychoanalyseexperte Peterlini noch nie etwas davon gehört hätte, dass in Südtirol wie in ganz Europa seit Langem gewisse Parteien ihre Wahlerfolge eben ihrer *Politik der Angst*, einer künstlich durch Propaganda geschaffenen, imaginären Angst vor *Überfremdung*, vor *Identitätsverlust*, vor *Verlust des Arbeitsplatzes* etc. verdanken würden.

Hatte man bei manchen bisherigen Publikationen, sowohl Peterlinis wie anderer AutorInnen, oft den Eindruck, ein abschließendes Urteil über Südtirols Bombenjahre sei erst dann möglich, wenn restlos und einwandfrei geklärt sei, wer wann welchen Masten gesprengt habe und welche Hintermänner für diesen oder jenen Bombenanschlag verantwortlich seien, so vermittelt dieses Buch einen ganz anderen, geradezu gegenteiligen Eindruck: Je fantasievoller die Methode der *freien Assoziation* bei der Interpretation von Texten, Bildern und Ereignissen rund um die Bombenjahre, umso tiefgründiger und wahrheitsgetreuer sei das Verständnis für die Motive und Zielsetzungen der AttentäterInnen. Die präzise Kenntnis von Fakten rein empirischer Natur als *eine* der wichtigen und notwendigen Voraussetzungen für historiografische Forschung gerät dadurch leider allzu oft zu einer Größe von nebensächlicher Bedeutung.

Der Autor liefert für jegliche Handlung seiner analysierten Protagonisten das tiefenpsychologische Unterfutter, um beim/bei der LeserIn wohlwollendes Verständnis und empathische Zustimmung zu wecken. Peterlinis „Freiheitskämpfer auf der Couch“ macht dem/r LeserIn bewusst, dass eben auch die harte *Knochenarbeit* des Studiums der Dokumente, im konkreten Falle etwa die Lektüre Tausender von Seiten wie jene der „Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969“ Rolf Steiningers (2005–2009), zum Handwerk des kritischen Wissenschaftlers gehört. Ohne selbstverständlich einer rein positivistisch orientierten Geschichts- und Politikwissenschaft das Wort reden zu wollen, kann deshalb die Antwort auf Peterlinis „Freiheitskämpfer auf der Couch“ nur lauten: Kehren wir aus dem luftigen Reich der tiefenpsychologischen Spekulationen wieder zurück auf den Boden der realen Fakten und Ereignisse und deren Einordnung in die politischen Hintergründe jener Zeit.

5. Apologie und Verharmlosung

Von gänzlich anderer Art als die Publikation Peterlinis zur *Feuernacht* sind die Memoiren eines der wichtigsten Zeitzeugen zu den Sprengstoffattentaten der 60er-Jahre, nämlich des (zeitweiligen) BAS-Chefs Günther Andergassen (2010). Das im Eigenverlag des Südtiroler Schützenbundes 2010 herausgegebene Buch „Ohne Opfer keine Freiheit. Autobiografie eines Musikers und Freiheitskämpfers“ ist gleichermaßen Rückblick auf das eigene Leben wie politisches Testament des Autors. Schon im Vorwort heißt es dazu: „Kampf den faschistischen Relikten“, natürlich nur mehr „mit friedlichen Mitteln und mithilfe des Wortes“ und nicht mehr mit Dynamit als Zukunftsprojekt und Rückblick auf die Vergangenheit, nämlich als

Abrechnung mit Faschismus und Nationalsozialismus. Dass dabei Ersteres den deutschsprachigen SüdtirolerInnen viel leichter fällt als Zweiteres, dafür ist auch Andergassen wieder einmal ein typisches Beispiel.

Die Informationen über den Faschismus sind ziemlich ausführlich und alle emotional aufgeladen, sodass dem/r LeserIn kaum noch Zweifel bleiben können über den verbrecherischen Charakter dieses Regimes. Dabei gibt es nicht nur Nachhilfeunterricht zur faschistischen Südtirolpolitik, sondern auch zu weiteren Verbrechen Mussolinis. Dass der *Kriegsverbrecher* Mussolini im Abessinienkrieg Völkermord beging, die Schuld für 700.000 Kriegstote trägt und „zu Hunderten koptische Mönche hinrichten und deren Köpfe aufgespießt zur Schau stellen ließ“, wird dem/r LeserIn gleich zweimal in der wörtlich fast gleich lautenden Fassung mitgeteilt (Andergassen 2010, 18, 76).

Spärlicher und weitaus unklarer sind hingegen die Informationen über Nationalsozialismus, Drittes Reich und Adolf Hitler – obwohl all dies im Leben der Op-
tanten- und Umsiedlerfamilie Andergassen eine genauso wichtige Rolle gespielt hat. Die Bezeichnung *Kriegsverbrecher* für Hitler sucht man dagegen vergeblich, auch die Kriegsverbrechen des Dritten Reiches werden nie genannt. Alles, was Andergassen Hitler konkret vorzuwerfen hat, ist, dass er „uns einmal hereingelegt“ hat (gemeint ist wohl mit der Anerkennung der Brennergrenze, Anm. LS) und dass er „durch die Option die Südtiroler zu entwurzeln versuchte“ (Andergassen 2010, Vorwort).

Es beginnt schon damit, dass uns Andergassen das Naheverhältnis (auch die Zugehörigkeit?) seines Vaters zur illegalen NS-Bewegung, nämlich dem Völkischen Kampfring Südtirol (VKS), verschweigt. Er schreibt nur, dass 1937 sein Onkel Emil Kobler von den Faschisten wegen des Singens „deutscher Volkslieder“ verhaftet worden sei (Andergassen 2010, 22). Dass Kobler damals auch ein wichtiges Mitglied der illegalen NS-Bewegung in Südtirol, nämlich der Kreisleiter des VKS-Kreises Unterland, gewesen war, wird nicht erwähnt.

In Bozen, wo Andergassens Vater unter anderem arbeitete und die Familie einige Zeit auch wohnte, erhielt der Volksschüler Günther Andergassen geheimen Deutschunterricht, und zwar in den Räumlichkeiten der „Katholischen Aktion“ in der Dr.-Streiter-Gasse „wo wir Kinder ‚Theater‘ spielen durften. Hier griffen die italienischen Behörden offenbar nicht ein“ (Andergassen 2010, 29). Warum es tatsächlich diese wohl nur für den aufmerksamen bzw. ein wenig besser informierten Leser verständliche, unterschiedliche Haltung der faschistischen Behörden gab, würde nur klar werden, wenn uns Andergassen auch mitteilen würde, dass Kobler eben damals der VKS-Kreisleiter des Kreises Unterland war. Aber nachdem er dies

nicht tut, wird der/die LeserIn im Unklaren gelassen und es zeigt sich an diesem Beispiel wieder einmal, dass halbe Wahrheiten (nämlich durch Verschweigen eines Teils der Wahrheit) des Teufels und nicht selten eine große Lüge sind.

Behandelt Andergassen das Thema Nationalsozialismus am Beispiel seines Vaters (von dem er z. B. explizit behauptet, dass er „keineswegs ein Nazi“ gewesen sei, aber nicht erwähnt, dass er bei seiner Arbeit als Goldschmied in Innsbruck 1940–1945 NS-Abzeichen in Email produzierte) vorwiegend mit der Methode des Verschweigens, so geht er bei der Schilderung seiner eigenen Schulzeit 1940–1945 einen Schritt weiter, nämlich den von der Beschönigung bis zur mehr oder weniger offenen, wenn auch plumpen Apologie.

Der Gymnasiast Andergassen gehörte 1942 zu jenen fünf Schülern aus dem Gau Tirol-Vorarlberg, die die Aufnahmeprüfung in die Adolf-Hitler-Schule auf der Anstalt Sonnenstein in Pirna bei Dresden schafften. Was Andergassen in dieser Eliteschule, von der es lediglich zwölf im gesamten Reichsgebiet gab, geboten bekam und lernen konnte, versetzt den/die heutige/n LeserIn wahrlich in Erstaunen, denn der Klassenvorstand, ein verwundeter Heimkehrer, war ein menschlicher Erzieher, in dessen Unterricht „für die Naziideologie kein Platz“ war:

„Da war nichts zu spüren von einer ‚politischen Erziehung‘ im Sinne des Nationalsozialismus. Dieses Fach war gar nicht eingerichtet. Bei aller Strenge ging es doch menschlich zu. Das Kameradschaftsgefühl wurde sehr gefördert. Das Eintreten des einen für den anderen und die Hilfe des Stärkeren für den Schwächeren galten an dieser Schule als Grundprinzip ... ‚Denken‘, nicht alles einfach so hinnehmen, wie es offiziell gemeldet wurde, sollten wir [...].“ (Andergassen 2010, 40–42)

Die Adolf-Hitler-Schule sozusagen als patentiertes Gütesiegel für eine Erziehung zum kritischen Denken, zu Demokratie und sozialer Verantwortung!

Nun war die sächsische Festung Sonnenstein in Pirna 1939–1941, also vor ihrer Umwandlung in eine Adolf-Hitler-Schule 1942, auch eine der Euthanasie-Stationen gewesen, in der im Rahmen der *Aktion T 4* und *Aktion 14 f 13* insgesamt etwa 15.000 geistig-körperlich Behinderte umgebracht wurden. Andergassen erwähnt dies gerade einmal andeutungsweise und in einem Halbsatz („... wo wir unsere Schule hatten [...] vorher Tausende Menschen als lebensunwert umgebracht worden“) (Andergassen 2010, 43), sodass ein/e historisch nicht gut informierte/r LeserIn wahrscheinlich die angedeutete Problematik gar nicht einmal bewusst wahrnimmt. Auch scheint dem Autor das nur zwei Seiten zuvor erwähnte, an der Schule angeblich praktizierte und erlernte „Grundprinzip des Stärkeren für den Schwäche-

ren“ in keinem Widerspruch zur Euthanasie-Aktion der Nazis zu stehen und daher nicht weiter erklärungsbedürftig zu sein.

Umso ausführlicher berichtet Andergassen hingegen von dem in der revisionistischen Geschichtsschreibung „klassischen Kriegsverbrechen der Alliierten“, nämlich der Bombardierung der Stadt Dresden im Februar 1945. Anhand einer ganzen Seite Text und des auf zwei Seiten reproduzierten, allseits bekannten Bildes über das zerbombte und ausgebrannte Dresden berichtet Andergassen über dieses Ereignis. Dass er dabei auch tatsächlich die längst widerlegten Aussagen und Bewertungen rechtsextremistischer Historiker wiedergibt, verwundert eigentlich gar nicht mehr:

„30.000 Tote gab man später offiziell als Opfer an. Aber es waren in Wirklichkeit an die 250.000 [...] Flüchtlinge aus dem Osten [...] und viele, viele Unschuldige aus Dresden und Umgebung, wo es weder eine Kriegs- noch eine Zivilindustrie zu zerstören gab – alle starben einen furchtbaren Tod“ (Andergassen 2010, 44).

Allein schon ein Blick ins Internet hätte den Autor und die für das Lektorat des Buches verantwortliche Historikerin Dr. Margareth Lun belehren können, dass (ganz unabhängig vom positiven oder negativen Urteil über die Bombardierung aus militärstrategischer Sicht!) derartige Behauptungen ganz einfach falsch sind und zum klassischen Repertoire der politischen Propaganda des Rechtsextremismus gehören. Denn Dresden war „im Februar 1945 die letzte noch intakte Garnisonsstadt im Rücken der Ostfront“ (Wikipedia 2010). Dresden war ein wichtiger Eisenbahnknotenpunkt, beherbergte auch verschiedene militärisch bedeutsame Rüstungsbetriebe, und die Höchstzahl der Opfer des alliierten Bombenangriffs wird mit 25.000 Toten angegeben.

Seit seiner Bestellung zum BAS-Chef in Innsbruck im Herbst 1961 und bis zu seiner Verhaftung im April 1964 beteiligte sich Andergassen wiederholt auch aktiv an Terroraktionen in Südtirol, und auf sein Konto gehen eine Reihe von gelungenen, halb gelungenen und nicht gelungenen Sprengstoffattentaten. Auch reiste er zusammen mit anderen Attentätern von der Schweiz aus nach Italien ein, um die Sprengung von Oberleitungsmasten der Bahnlinie Chiasso–Mailand vorzunehmen.

Die Übernahme dieser seiner Aufgaben 1961–1964 begründet er außer mit den Verhaftungen und Folterungen von BAS-Mitgliedern in Südtirol mit folgenden Worten: „Wir befürchteten, dass es in Südtirol wieder zu denselben Verhältnissen wie zur Zeit des Faschismus kommen könnte, denn die Diktion der führenden italienischen Politiker und Regierungen stand der der Mussolini-Zeit in nichts nach“ (Andergassen 2010, 86).

Diese wahrlich absurde Behauptung, dass sich in Südtirol seit dem Faschismus bis in die 60er-Jahre rein gar nichts geändert habe, wird von Andergassen identisch

und explizit gleich mehrmals wiederholt (Andergassen 2010, 73, 76), ja sie bildet überhaupt so etwas wie die Grundthese des ganzen Buches und wird damit als Rechtfertigung für die *Feuernacht* 1961 und die nachfolgenden Attentate genommen. Dass angesichts derartiger pauschalisierender Aussagen Andergassen in den letzten Jahren ein beliebter Gastredner bei verschiedenen Veranstaltungen des Südtiroler Schützenbundes, vor allem bei dessen Aufmärschen gegen *faschistische Relikte*, geworden ist, braucht daher nicht weiter zu verwundern. Pauschalisierung statt Differenzierung war immer schon die Methode aller extremistisch-fundamentalistisch orientierten politischen Bewegungen, um damit ihre Positionen als unangreifbar zu untermauern und daraus für ihr Handeln eine Art Rettungsaktion in letzter Minute abzuleiten und sie als einzig richtige Strategie („fünf vor zwölf“ bzw. „es blieb kein anderer Weg“) zu präsentieren.

Der Abschnitt über die Verhaftung 1964 in Venedig, den Prozess von 1966 in Mailand bis hin zur frühzeitigen Freilassung von 1970 bildet vor allem eine persönliche Abrechnung des Autors mit dem „Dolomiten“-Redakteur Franz Berger, der sich offenbar über seine Freundschaft mit Luis Amplatz im Auftrag des italienischen Geheimdienstes damals in den Führungskreis des BAS in Innsbruck eingeschlichen hatte und in der Folge Andergassen zum Verhängnis wurde.

Beschreibt Andergassen mit Stolz seine bis zur Verhaftung von 1964 aktive Teilnahme am *Freiheitskampf*, so kann der/die erstaunte LeserIn wenige Seiten später lesen, dass 1969 mit der Annahme des Pakets in Bozen, Rom und Wien „die Politik in die richtige Richtung“ lief (Andergassen 2010, 130) – wo er doch noch wenige Jahre zuvor selbst genau die Entwicklung in diese Richtung vehement mit Bomben und Dynamit bekämpft hatte! Aber damit nicht genug der Widersprüche und des *Zickzackkurses*, denn bis zum Zeitpunkt dieser Publikation im Jahre 2010 ist Andergassen längst wieder von der *richtigen Richtung* der Autonomienpolitik abgegangen und zur angeblich einzig richtigen Lösung, nämlich der *Selbstbestimmung* zurückgekehrt.

Geradezu locker und salopp aus dem Ärmel schüttelt Andergassen seine Urteile, wenn es um die Abrechnung mit ehemaligen politischen Gegnern oder die Bewertung der *Feuernacht* geht. Diese politischen Gegner von Andergassen in Südtirol waren damals die Richtung *Aufbau* in der SVP (*opportunistische Gegenbewegung*), die sich als Reaktion auf die *Feuernacht* herausgebildet hatte, und dann natürlich der SVP-Abgeordnete im römischen Parlament und Athesia-Chef Toni Ebner, der durch seinen Kommentar zur *Feuernacht* mit dem Titel „Geschändetes Herz-Jesu-Fest“ (Ebner, 1961) zum Feindbild schlechthin wurde.

Was hier Andergassen verharmlosend als eine „Abreibung“ (Andergassen 2010, 91) bezeichnet, war freilich der Plan eines weit gefährlicheren Anschlages, den BAS-

Aktivisten in ihrem Fanatismus auf das Leben bzw. die Gesundheit Toni Ebners entwickelten, der aber schließlich entweder aus Mangel an Gelegenheit oder aus Gründen einer noch rechtzeitigen Intervention vonseiten gemäßigter Kreise unterblieb.

Andergassen muss zwar zugeben, dass das primäre Ziel der *Feuernacht*, nämlich „die Lahmlegung der Hochöfen (der Bozner Industriezone, Anm. LS) nicht geklappt“ habe, dafür aber, so behauptet er ohne konkrete Angaben und unisono wie alle seine Freunde, dass damit „zumindest die künstliche Zuwanderung fürs Erste blockiert“ und die Weltöffentlichkeit „massiv auf die Südtirol-Problematik aufmerksam gemacht“ worden sei (Andergassen 2010, 79).

Diesen beiden Behauptungen stehen allerdings eindeutig einige Fakten und einige weitere, mögliche Fragen gegenüber. Da dem politischen Stellenwert dieser Behauptungen wegen ihrer oftmaligen Wiederholung in verschiedenen Publikationen bis heute eine gewisse Bedeutung zukommt, ist es notwendig, sich damit ein wenig ausführlicher zu befassen.

Die durch keinerlei statistische Daten untermauerte Behauptung, die *Feuernacht* habe als eindeutig *positive Auswirkung* unter anderem eine weitere italienische Unterwanderung Südtirols verhindert, bildete bereits in den 60er-Jahren eine Art *Kronzeugen-Theorie* für die moralische und politische Rechtfertigung der Akteure der *Feuernacht*. In der Öffentlichkeit verwendet hat diese absurde These zum ersten Mal der wegen seines allzu verbalradikalen und sorglosen Umgangs mit Informationen und Vorbereitungen für den *bewaffneten Kampf in Südtirol* im Dezember 1960 abgewählte BAS-Chef Wolfgang Pfaundler.

Gewissermaßen als nachträgliche Bestätigung für die Berechtigung dieser seiner Abwahl und zum Entsetzen aller BAS-Mitglieder nördlich und südlich des Brenners war denn auch im März 1961 das von Pfaundler in einer angemieteten Wohnung im Zentrum Innsbrucks angelegte Waffenlager der Öffentlichkeit bekannt geworden. Eine gerichtliche Untersuchung und Anklage gegen Pfaundler wegen des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz konnte trotz eines anfänglichen Vertuschungsversuches nicht mehr verhindert werden.

Dafür musste aber der im politischen und kulturellen Leben Tirols so bekannte Mann zumindest in der Gerichtsverhandlung aus politischen Überlegungen *gerettet* werden. Dies gelang auch. Kein Geringerer als Landeshauptmann Eduard Wallnöfer bestätigte nämlich im Zeugenstand unter Eid, dass die Behauptung Pfaunders, Waffen und Sprengstoff seien ihm vom italienischen Geheimdienst untergeschoben worden, richtig sei. Er, so Wallnöfer, wisse dies auch aus anderen Fällen, nur müsse das Gericht verstehen, dass er „mit Rücksicht auf meine Südtiroler Landsleute nicht imstande bin, genauere Angaben zu machen“ (Scrinzi 1996, 298).

Dem Geschworenengericht in Graz genügte diese politische Versicherung Wallnöfers und es sprach den Angeklagten Pfaundler mit 8:0 Stimmen von der Anklage frei. Pfaundler trat daraufhin triumphierend vor die Öffentlichkeit der Presse und behauptete dabei unter anderem, dass „durch diese Anschläge (der *Feuernacht*, Anm. LS) die italienische Unterwanderung gestoppt worden“ sei (Scrinzi 1996, 301). Pfaundler *wusste* über diesen Sachverhalt also offenbar schon 1962 Bescheid – ohne überhaupt die Entwicklung der 60er-Jahre und die Ergebnisse der Volkszählung von 1971 erst abwarten zu müssen!

In der Folge ist diese angeblich durch die statistischen Daten der Bevölkerungsentwicklung in Südtirol untermauerte Behauptung von einem weiteren Einwanderungsstopp der Italiener durch die *Feuernacht* von 1961 des Öfteren in *apologetischen* Publikationen wiederholt worden. Als *Beweis* dafür wird immer die *prozentuelle* Abnahme der Italiener an der Gesamtbevölkerung Südtirols von 34,3% bei der Volkszählung von 1961 auf 33,3% bei jener von 1971 gebracht. Doch allein dieser prozentuelle Rückgang der italienischen Sprachgruppe sagt noch nichts über die Ursachen dieser Veränderung aus, während die absoluten Zahlen der Sprachgruppen im Zeitraum 1961–1971 klar die These der obigen Behauptung widerlegen. Die deutsche Sprachgruppe stieg 1961 bis 1971 von 232.717 auf 260.351 Personen, aber auch die italienische Sprachgruppe von 128.271 auf 137.759 Personen. Entscheidend dabei war aber die demografische Entwicklung in der Landeshauptstadt Bozen.

Die Wohnbevölkerung der Stadt Bozen stieg laut Ergebnissen der offiziellen Volkszählungen von 88.799 im Jahre 1961 auf 105.757 Personen im Jahre 1971 und erreichte damit das bis heute nicht wieder erreichte Maximum an EinwohnerInnen. Nun dürfte es wohl klar sein, dass eine ins Gewicht fallende Zuwanderung deutschsprachiger SüdtirolerInnen aus den ländlichen Gemeinden nach Bozen erst seit dem Erlass des Autonomiestatuts von 1972 und den folgenden Durchführungsbestimmungen über Zweisprachigkeit und ethnischen Proporz bei öffentlichen Stellen im Verlauf der 70er-Jahre erfolgte. Diese Zunahme der Wohnbevölkerung der Stadt Bozen von 1961 bis 1971 beruhte also zum einen auf einer ganz natürlichen demografischen Entwicklung und zum anderen auf einer, so wie schon bisher in sehr beschränktem Ausmaße weiter stattfindenden, Einwanderung aus anderen Regionen Italiens. Das größere Wachstum der deutschen Sprachgruppe gegenüber jenem der italienischen insgesamt auf Landesebene war hingegen der weitaus höheren Geburtenrate der ländlich-bäuerlichen Bevölkerung gegenüber der städtisch-industriellen Bevölkerung zuzuschreiben, sodass der prozentuelle Anteil der ItalienerInnen geringfügig sank.

Andergassen und all seine *Feuernacht*-Freunde tun so, als ob *die Weltöffentlichkeit* bis 1961 von Südtirol keine oder zumindest kaum Notiz genommen hätte. Nun ist wohl eher das genaue Gegenteil wahr. Nicht nur die Presse Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, auch die großen Zeitungen und Magazine vieler europäischer Länder berichteten in den 50er-Jahren wiederholt über Südtirol. Zweifellos aber berichtete die internationale Presse im Sommer 1961 außerordentlich viel und oft über Südtirol – bis sich genau zwei Monate nach der *Feuernacht* mit dem Mauerbau in Berlin vom 13.08.1961 das gesamte politische Interesse auf den Kalten Krieg fokussierte und die Brennergrenze und deren Aufrechterhaltung zu einem wichtigen Baustein der NATO-Doktrin aufstieg. Eben ganz so, wie es sich die italienische Außenpolitik bereits seit Jahren gewünscht hatte!

Was dabei zu klären bleibt, wäre allerdings eine wichtige Frage:

War die Berichterstattung der internationalen Presse in den zwei Monaten des Sommers 1961 positiv zur Anwendung von Gewalt in Südtirol eingestellt und befürwortete sie das Selbstbestimmungsrecht der SüdtirolerInnen im Sinne einer Grenzänderung oder verurteilte sie bei aller ansonsten kritischen Beurteilung der Südtirolpolitik Roms ganz entschieden diesen Weg der Gewalt, weil sie darin einen möglichen Gefahrenherd ähnlich wie Zypern oder Algerien *mitten im Herzen Europas* befürchtete?

Auch ohne selbst eine empirische Überprüfung dieser Fragestellung vorgenommen zu haben, dürfte kaum ein Zweifel daran bestehen, dass ganz eindeutig die zweite Antwort zutrifft.

Anmerkungen

- 1 Publikationen zum Südtirol-Terrorismus, vor allem hagiografischer Art, hat es schon bald nach der Feuernacht von 1961 gegeben. In diesem Beitrag setze ich mich mit den wichtigsten, lange nicht allen, Publikationen zum Thema der letzten 20 Jahre auseinander, die aus der Feder Südtiroler AutorInnen stammen. Ausgeklammert bleiben beispielsweise Kofler 2003, Gehler 2006 oder Golowitsch 2009, aber auch die Attentate der 80er-Jahre (vgl. dazu Peterlini 1992). Auffallend ist, dass kaum seriöse Publikationen von italienischsprachigen AutorInnen vorliegen (vgl. dazu etwa Bianco 1963; Gretter 1977; Lojacano 1968).
- 2 Eine erste kritische Auseinandersetzung Steurers mit Publikationen rund um die Feuernacht erfolgte im Buch von Manuel Fasser: „Ein Tirol – Zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht“ (Fasser 2009, Steurer 2009).
- 3 Drechsler hatte schon 1968 ein erstes Buch über Georg Klotz unter dem Titel „Südtirols Passion 1918–1968. Georg Klotz – ein Tiroler Schicksal“ (Verlag der Wochenzeitung „Freiheit für Südtirol“, Wien) veröffentlicht. Das Wochen- bzw. spätere Monatsblatt „Freiheit für Südtirol“, herausgegeben von Robert Drechsler, erschien seit 1963 als Organ der *Volksbewegung für Südtirol in Österreich* und *Volksbewegung für Südtirol in Deutschland*, deren Vorsitzender ebenfalls Drechsler war. Das Logo dieser beiden Organisationen war ein T in einem Kreis als Symbol für das wiedervereinigte Tirol. Der politisch gleichermaßen fanatische wie naive Klotz, der nie ein Abgrenzungsproblem zur rechtsextremen Szene hatte, diente in seiner Rolle als Galionsfigur des *Südtiroler Freiheitskampfes* Drechsler immer wieder als Staffage für seine Auftritte in der Öffentlichkeit. Der ansonsten wegen seiner revidionistischen Bücher zum Dritten Reich und seines politischen Einsatzes für die Freilassung von Rudolf Hess und Walter Reder eindeutig als rechtsextrem eingestufte Drechsler konnte sich so bei seinen Südtirol-Aktivitäten dank der Freundschaft mit Klotz eine Art *demokratisches Mäntelchen* umhängen und als den Vertreter der *wahren Interessen Südtirols* ausgeben.

Literaturverzeichnis

- Andergassen*, Günther (2010). Ohne Opfer keine Freiheit. Autobiografie eines Musikers und Freiheitskämpfers, Neumarkt: Effekt-Buchverlag
- Baumgartner*, Elisabeth/*Mayr*, Hans/*Mumelter*, Gerhard (1992). Feuernacht – Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch, Bozen: Edition Raetia
- Bianco*, Gianni (1962). La guerra dei tralicci, Rovereto: Manfrini
- Drechsler*, Robert H. (1968). Südtirols Passion 1918–1968. Georg Klotz, ein Tiroler Schicksal, Wien: Verlag der Wochenzeitung „Freiheit für Südtirol“
- Drechsler*, Robert H. (1976). Georg Klotz, Wien: Südtirol-Informations-Zentrum
- Ebner*, Toni (1961). Geschändetes Herz-Jesu-Fest, in: Dolomiten, 13.06.1961, 1
- Fasser*, Manuel (2009). Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Fontana*, Josef/*Mayr*, Hans (2000). Sepp Kerschbaumer. Eine Biografie, Bozen: Edition Raetia
- Franceschini*, Christoph (1993). Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol, in: *Pelinka*, Anton/*Maislinger*, Andreas (Hg.). Handbuch zur Neueren Geschichte Tirols. Zeitgeschichte, Bd. 2, 1. Teil: Politische Geschichte, Innsbruck: Universitätsverlag Wagner, 467–507
- Franceschini*, Christoph/*Lechthaler*, Helmut (2005). Bombenjahre: die Geschichte der Südtirol-Attentate; ein Film, Terlan, Audiovison (2 DVD Video)
- Franceschini*, Christoph (2005a). ‚Blut, Tränen und Happy End‘, in: Neue Südtiroler Tageszeitung, 16.12.2005, 14
- Gatterer*, Claus (1981). Südtirol und der Rechtsextremismus, in: *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes* (Hg.). Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien: Österreichischer Bundesverlag, S. 250–269
- Gehler*, Michael (2006). „... dass keine Menschenleben geopfert werden sollten – das war der Plan.“ – Die Bozner „Feuernacht“ und die Südtirol-Attentate der 1960er Jahre, in: *Gehler*, Michael/*Ortner*, René (Hg.). Von Sarajewo zum 11. September – Einzelattentate und Massenterrorismus, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 205–256
- Golowitsch*, Helmut (2009). Für die Heimat kein Opfer zu schwer. Folter – Tod – Erniedrigung: Südtirol 1961–1969, o.O.: Edition Südtiroler Zeitgeschichte
- Gretter*, Maurizio (1977). La guerra dei tralicci, in: Controinformazione 9/10
- Klotz*, Eva (2002). Jörg Klotz: Freiheitskämpfer für die Einheit Tirols. Eine Biografie, Wien: Molden
- Kofler*, Astrid (2003). Zersprengtes Leben – Frauen in den Südtiroler Bombenjahren, Bozen: Edition Raetia
- Lojacano*, Vittorio (1968). Alto-Adige-Südtirol. Dal pangermanesimo al terrorismo, Milano: Mursia
- Mitterhofer*, Sepp/*Obwegs*, Günter (2000): „... es blieb kein anderer Weg ...“ – Zeitzeugenberichte und Dokumente aus dem Südtiroler Freiheitskampf, Auer: Varesco
- Obwegs*, Günther (2004). Freund, der du die Sonne noch schaust ... Luis Amplatz, ein Leben für Tirol, Bozen: Athesia
- Peterlini*, Hans Karl (1992). Bomben aus zweiter Hand – Zwischen Gladio und Stasi: Südtirols missbrauchter Terrorismus, Bozen: Edition Raetia

- Peterlini, Hans Karl* (2005). *Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happy End?*, Bozen: Edition Raetia
- Peterlini, Hans Karl* (2005a). ‚Eine Fülle von neuen Informationen‘, in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 23.12.2005, 5
- Peterlini, Hans Karl* (2010). *Freiheitskämpfer auf der Couch. Psychoanalyse der Tiroler Verteidigungskultur von 1809 bis zum Südtirol-Konflikt*, Innsbruck-Wien-Bozen: Studienverlag
- Schönauer, Helmut* (2010). ‚Freiheitskämpfer auf der Couch‘, in: *Neue Südtiroler Tageszeitung*, 4.4.2010, 9
- Scrinzi, Otto* (1996). *Chronik Südtirol 1959–1969*, Graz: Leopold-Stocker-Verlag
- Steininger, Rolf* (1999). *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror, 1947–1969* – Bd. 1: 1947–1959, Bd. 2: 1960–1962, Bd. 3. 1962–1969, Bozen: Athesia
- Steininger, Rolf* (2005–2009) (Hg). *Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969*, Bd. 1–4, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Steurer, Leopold* (2009). *Historische Hintergründe der Feuernacht. Über Ursachen, Verlauf und Konsequenzen der Südtirol-Attentate der 1960er Jahre*, in: *Fasser, Manuel. Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 163–186
- Unterkircher, Martin* (2003). „Unauslöschlich...“ – Südtirolaktivisten berichten über ihren Umgang mit Folter- und Haftbedingungen, Bozen/Innsbruck/Wien: Studienverlag
- Wikipedia* (2011). Dresden, <http://de.wikipedia.org/wiki/Dresden> (24.2.2011)

Abstracts

Le pubblicazioni in Alto Adige riguardo agli anni dei dinamitardi attraverso analisi critica; tra apologia e minimizzazione

Vent'anni fa iniziarono gli anni della critica ricostruzione e rielaborazione degli anni dei dinamitardi, seguiti dalla trilogia di Rolf Steiningers "Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969" (l'Alto Adige tra diplomazia e terrore 1947-1969), in cui elabora la tesi che l'autonomia non è stata raggiunta grazie a questo bensì a dispetto dei fatti del 1961. Ovviamente queste considerazioni scatenarono polemiche da parte dei "patrioti" e alla pubblicazione di una serie di biografie nelle quali l'elogio e l'esaltazione la fecero da padrona, anziché riferire ed analizzare i fatti sotto un punto di vista reale e socio-politico. Un importante passo in avanti avvenne grazie a Hans Karl Peterlini ed il suo „Südtiroler Bombenjahre – Von Blut und Tränen zum Happy End?“ (2005) (Gli anni dei dinamitardi in Alto Adige – Dalle lacrime ed il sangue al lieto fine?). Nonostante i passi in avanti, è da rilevare l'aspetto debole di questo libro, ovvero che non si risponde alla domanda morale se la violenza di tali fatti fosse legittima o meno. L'opera più recente di Peterlini „Freiheitskämpfer auf der Couch (2010)“ (Combattenti sul divano) si occupa, invece, di analizzare i fatti da un punto di vista psicologico. Ciò porta spesso ad associazioni alquanto banali. La biografia del terrorista Günther Andergassen (2010) risalta soprattutto per la sua abilità nel – non dire – e nel tacere.

Publicaziuns südtirolejes sön i agn dles bombes danter analisa critica, apologia y minimalisaziun

Avisa dan da 20 agn àn metü man por le pröm iade de se confrontè criticamënter cun la chestiu di agn dles bombes te Südtirol. Tosc dedô él gnü fora la trilogia de Rolf Steininger „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947 – 1969“, olache l'autur arata che le statut d'autonomia ne sides dessigü nia gnü a s'al dè dilan ai atentaç o ala „Feuernacht“ dl 1961, che é sta plü co ater n impedimënt. Chèsta tesa à portè a reaziuns dla „szena patriotica“ y ala publicaziun de na seria de biografies, che é plü o manco dotes caraterisades da apologia y polemica politica, plütosc co da seriosité scientifica. N vare inant important a nivel scientifich é gnü fat cun le liber de Hans Karl Peterlini „Südtiroler Bombenjahre – Von Blut und Tränen zum Happy End?“ (2005). Inçe sce chèsc liber presentèia tröpes descurides nöies, àl impò n punt debl, deach'al ne se dà nia jö cun la chestiu politic-morala dla legitimaziun dla violènza. L'ultimo liber de Peterlini „Freiheitskämpfer auf der Couch“ (2010) analisèia i agn dles bombes, pian ia da na prospetiva psicoanalitica. Chèsta porta gonot a assoziaziuns banales, acompagnades da tröc fai de natöra ogetiva. Döt val' d'ater é ala fin la biografia dl atentadù Günther Andergassen (2010), caraterisada dantadöt dal scutè y dal scutè ia.

South Tyrolean Publications on the Bombing Years: Between Critical Analysis, Apology, and Minimisation

Some twenty years ago, the first critical reappraisal of South Tyrol's "bombing years" began, followed by the Rolf Steininger's trilogy, entitled South Tyrol Between Diplomacy and Terror: 1947-1969, which set forward the thesis that autonomy was achieved not because of—but despite—the 1961 "Night of Fire". This led to reactions from supporters of the patriotic movement and to the publication of a series of biographies that were more or less all characterised by political polemic and apology rather than by scientific integrity. A major step forward took place, scientifically speaking, with Hans Karl Peterlini's South Tyrol's Bombing Years: from Blood and Tears to Happy Ending (2005). In spite of many revelations, though, the book's weakness lies in the fact that a moral and political justification for the use of force is not put forth. Peterlini's latest work, Freedom Fighters on the Couch (2010), approaches the bombing years from a psychoanalytic perspective. This often leads to trivial associations. The biography of the terrorist Günther Andergassen (2010) is characterised primarily by silence and concealment.

Hans Karl Peterlini

Das Unbehagen in der Geschichte

50 Jahre Feuernacht – eine Auseinandersetzung

1. Vorbemerkung: Das Unbehagen als Leitmotiv

Das Unbehagen war Sigmund Freud eine wertvolle Erkenntnisquelle, so sehr, dass er es in einer seiner wichtigen kulturtheoretischen Auseinandersetzungen in den Titel rückte: „Das Unbehagen in der Kultur“ (Freud 1974 [1930]). Mit Unbehagen näherte ich mich im Vorfeld eines Jubiläumsjahres einer Auseinandersetzung über die Feuernacht und ihre Folgen aus gegenwärtigem Blick – denn dies ist vielleicht das Wichtigste, was an diesem Thema noch zu tun ist: Die Taten sind verjährt, die Täter von einst sind zwar noch nicht alle rechtlich, aber gesellschaftlich weitgehend rehabilitiert, die Opfer von der Zeit nicht geheilt, aber mit dem Balsam des Vergessens bestrichen, die Rechnungen nicht alle beglichen, aber vergilbt. Die Dokumentationen sind üppig, vielfältig und teilweise schon vergriffen, erneuerte Auflagen angekündigt. Manche Klärung steht, zugegeben, noch aus: Der eine oder andere Masten trägt noch nicht die Plakette des oder der Attentäter (oder auch Attentäterinnen), die ihn in die Luft gejagt haben, der eine oder andere Mitwisser ist noch nicht restlos aufgefliegen, einige Täter gar nie bekannt geworden, was damals

ein Glück und heute beinahe ein Unglück ist, denn wie bei allen Kriegen will man nachher doch dabei gewesen sein. Vor allem die Blutbäder und kaltblütigen Morde der späten Phase sind noch von Zweifel und Verschwörungstheorien umrankt, aber für eine Einschätzung dessen, was zwischen 1956 und 1967 in Südtirol passiert ist, mit jenem Höhepunkt in der Herz-Jesu-Nacht 1961, liegt genug auf dem Tisch; wer es nicht wissen will, wird auch in Zukunft genug Zweifel finden, um dort Nebelbomben zu werfen, wo damals Bomben explodiert sind.

Was macht es dann aus, dass ein Ereignis sich im Abstand von 50 Jahren immer noch einem unbeschwerten Zugriff entzieht? Ich kann meine Momente des Unbehagens als eine Quelle der Erkenntnis dafür anbieten und daraufhin untersuchen, was an den *Bombenjahren* auch im Abstand von 50 Jahren noch nicht verdaut ist und damit quälend, irritierend, provozierend in unsere Gegenwart hineinwirkt. Das Unbehagen wird mir ein dreifacher Leitfaden sein: in der Darlegung der eigenen Betroffenheit, in der Auseinandersetzung mit der jüngeren wissenschaftlichen Aufarbeitung und in der Frage nach dem Unbehagen in unserer Kultur.

2. Die vergessenen Toten

Wenn ich vor Publikum aus meinem Buch über die „Südtiroler Bombenjahre“ (Peterlini 2005) lese, spüre ich die Stimmung – wie die ZuhörerInnen mitgehen, wie sie, etwa beim Kapitel über die Folterungen, die Augen senken, wie sie auch aufblühen, wenn manch erfrischende Geschichte über die Keckheit des Luis Amplatz und die Dreistigkeit der *Pusterer Buam* die Stimmung lockert. Komme ich dann zum Tod des jungen Carabinieri Vittorio Tiralongo, der zwei Tage vor seiner Ermordung noch seiner kleinen Tochter heimschrieb, leider habe er zum Geburtstag nicht frei bekommen, weil die *amici tirolesi* seine Pflicht vor Ort erforderten, ist die Stimmung meist: kalt, als würde die Luft stehen bleiben und alles Leben aus ihr entweichen. Tiralongos Ermordung ist nicht geklärt, die Schuld der *Pusterer Buam* weder gerichtlich bewiesen, noch faktisch wahrscheinlich, aber genauso gilt, dass ihr Wortführer Siegfried Steger selbst sich einmal nachdenklich geäußert hat, man könne nicht alles, was im Pustertal geschehen ist, dem Geheimdienst in die Schuhe schieben. Es habe mehrere Gruppen gegeben, seine sei es nicht gewesen, aber: „Ja, es hat so weit kommen müssen, dass es auch Tote gibt, leider“ (Peterlini 2005, 278f).

Wie billig liest sich gegen dieses Eingeständnis jene Fülle von Schlagzeilen, in denen regelmäßig der Triumph der Selbstgerechtigkeit durchklingt, dass Tiralongos Erschießung aus dem Hinterhalt eine mafiöse Abrechnung, ein Streit um ein

Mädchen oder ein geheimdienstliches Komplott gewesen sei. Die Wahrheit lässt sich schwer feststellen, aber die Frage ist: Was wiegt die Wahrheit gegen den Hohn, einem Toten der Südtiroler 60er-Jahre das Recht abzustreiten, ein Toter der 60er-Jahre zu sein? Was wiegt die Wahrheit gegen die Ehrabschneidung, die der Tochter Tiralongos und ihrer Mutter seit Jahrzehnten widerfährt, wenn davon die Rede ist, dass er von den Brüdern eines geschwängerten Mädchens erschossen worden sei, weil er es nicht heiraten wollte, dass dieser Mord aber auf keinen Fall, auf gar keinen Fall irgendetwas mit Südtirol und seinen Anschlägen zu tun habe: Franca Cornella aus einem Trentiner Bergdorf am Molvenosee hatte den in Rom aufgewachsenen Carabinieri Tiralongo kennengelernt, als er in Trient stationiert war, sie bekamen ein Kind, die kleine Dina, aber er war erst 24 und Carabinieri durften damals erst mit 30 heiraten. Als er zur Terrorbekämpfung ins Pustertal kam, begann er seinen Austritt aus der Carabinieri-Waffe vorzubereiten, um Franca heiraten zu können, aber er kam nicht mehr dazu. Dina Tiralongo, die er von Anfang an als seine Tochter anerkannt hatte, wuchs mit dem bedauernden Getuschel auf, das sei die Kleine, die keinen Vater habe (Peterlini 2005, 275ff).

Wer weiß etwas von der Familie des Giovanni Postal, den am Morgen nach der Feuernacht eine Sprengladung an jenem Baum in Salurn zerriss, der die von den Attentätern gewünschte Grenze zu Italien symbolisieren sollte?¹ Im Mailänder Prozess schauten auch die Kameraden weg, als – mit dem Montaner Hans Clementi – ein Unschuldiger verurteilt wurde. Über den wirklichen Täter wird auch 50 Jahre später nur gemunkelt und gerätselt. Die Familie des Opfers verweigerte sich der Öffentlichkeit, das Interesse an ihrem Leid war aber auch begrenzt – *selber schuld* klingt es in vielen Darstellungen durch, wenn einer so blöd ist, Hand an einen Sprengkörper zu legen statt die Polizei zu rufen. Was erinnert an den Soldaten Bruno Bolognese, der am Pfitscher Joch (23. Mai 1966) beim Öffnen der Tür eine Sprengfalle zündete, die ihn in Stücke riss; oder an die zwei in Gsies bei einem Feuerüberfall erschossenen Financer Salvatore Gabitta und Giuseppe D'Ignoti (24. Juli 1966); oder an Palmerio Ariu und Luigi De Gennaro in Sexten (26. August 1965), über die es ebenfalls gerne heißt, sie seien wohl einer süditalienischen Abrechnung zum Opfer gefallen, obwohl der eine aus Sardinien, der andere aus Bari kam? An der Porzescharte (25. Juni 1967), wo die Soldaten Armando Piva, Francesco Gentile, Mario di Lecce und Ulivo Dordi von den um einen gesprengten Masten ausgelegten Minenfallen getötet wurden, erinnerten lange nur billige, in die Erde gesteckte, bald umgefallene und verrostete Eisenkreuze an das Blutbad. So penibel die Prozesse geführt wurden, so erbärmlich war auch vonseiten des Staates die Erinnerungskultur, als wäre es das Beste, wenn Gras darüber wächst,

über eine Geschichte des gemeinsamen Unbehagens. Auf der Steinalm (9. September 1966) kam mit seinen Kommilitonen Martino Cossu und Franco Petrucci auch einer der damals noch raren Südtiroler Carabinieri, Herbert Volgger, ums Leben; auch seine Geschichte ist verweht. Die Liste der Anschläge ist beinahe vollkommen, die Liste der Toten eine vage Angelegenheit – rund 35 direkte und indirekte Opfer der Attentate insgesamt, darunter auch die an Folterfolgen gestorbenen Häftlinge, der Suizid mancher unschuldig Mitbetroffener, die Opfer von Überreaktionen oder von freundlichem Feuer nervöser Soldaten, aber auch der im Staatsauftrag ermordete Luis Amplatz.² Noch 2004 erzählte mir eine der Töchter von Luis Amplatz, sie habe die ganze Nacht durchgeweint, als sie – zum 40. Todestag – mein Porträt über Amplatz las, es sei das erste Mal gewesen, dass sie es geschafft habe, etwas über ihren Vater zu Ende zu lesen.

3. Die unerhörte Leichtigkeit der Mythenbildung

Dem Verdrängen des Schattens, den eine Zeit des gewaltsamen Aufstandes auf Familien, Kinder, Kindeskinde und auf alle Erben der Gewalt wirft, ist oft eine Pose der geschwellten Brust und des geschwollenen Hahnenkamms beige stellt – seltener bei jenen, die wirklich dabei waren, die das Risiko der Tat und die Last der Verantwortung auf sich genommen haben; da mag es höchstens sein, dass der Kopf hoch getragen wird, um ihn nicht senken zu müssen, dass Stolz behauptet wird, um Verletzlichkeit zu verdecken: Freiheit und Leben riskiert zu haben, im Gefängnis gewesen zu sein, Jahre der familiären Entbehrung und gesellschaftlichen Ächtung hingenommen zu haben, um sich am Ende anpöbeln zu lassen, wie dumm und sinnlos und schädlich das eigene Handeln war, muss niemandem zugemutet werden. Schön und kaum erreicht hat Albrecht Ebensperger in den 70er-Jahren mit seinem Theaterstück über einen Heimkehrer der 60er-Jahre die Kälte nachgezeichnet, die Menschen entgegenschlug, die geglaubt hatten, der Heimat einen Dienst zu erweisen („Südtirol – ein Niemandsland“). Eine Tochter von Hans Clementi trat 2010 nach einer Diskussion über die 60er-Jahre an mich heran und sagte, sie frage sich schon manchmal: „War es das wert?“ Sie hatte als Kind keinen Vater und als Heranwachsende einen Vater, der aus dem Gefängnis zurückkam und ihr wie ein fremder Mann vorkam. Aber noch schlimmer sei gewesen mitzuerleben, wie der Vater seinen Lebensknick nie ganz überwinden konnte.

Andere Momente sind: Eine Buchpräsentation für die Schützenkompanie Auer mit Rosa Klotz³ am Podium und ihren Kindern im Publikum – nacheinander ste-

hen sie auf und bekennen sich zur Tat des Vaters, zur Geschichte ihrer Familie. Oder: Siegfried Steger ballt bei einem Interview die Faust. Oder Sepp Innerhofer steht da, breit und unerschütterlich, zugleich mit einer Bescheidenheit, die nur auf einem beharrt: Es seien viele Fehler gemacht worden, man sei dilettantisch gewesen, ja, man sei auch radikal gewesen und rabiatiert, aber man habe in der Überzeugung gehandelt, dass etwas getan werden musste. Wer weiß, wie oft er vom Gefängnis zurück in die Kaserne geholt wurde, um weiter gefoltert zu werden, dass ihm Kunstvenen eingezogen werden mussten, um die grünblau geschlagenen Beine vor der Amputation zu retten, kann Achtung haben, auch wenn er manches anders bewerten mag. Schwerer fällt dies dann, wenn dieser Preis nicht gezahlt wurde, wenn aus der Sicherheit des Exils weitergehetzt wird oder das Nachdenken über die eigene Tat alles ausblendet, was sie auch angerichtet hat: Dann war die Feuernacht nur noch eine heilige Tat, die allein Südtirol gerettet hat, vor einer unheiligen staatlichen Politik, aber auch einer verdorbenen, nichtsnutzigen, verräterischen Südtiroler Politik und Diplomatie. Wenn mit Schaum vor dem Mund aufgerechnet wird, wie schändlich sich Landeshauptmann Silvius Magnago und Bischof Joseph Gargitter benommen hätten,⁴ wie sie – was sie nicht taten – weggeschaut hätten, während die AttentäterInnen gefoltert wurden, dann wird die berechnete Solidarität für Gefolterte und Niedergedrückte veruntreut durch Selbstgerechtigkeit und umgewandelt in politisches Kleingeld. Dann wird die Einsicht ausgespart, dass die Attentate verpufft oder in einer Endloskette der Gewalt eskaliert wären, hätte nicht eine um gerechte Sachlösungen ringende Politik und Diplomatie das Beste aus dem Druck gemacht, der von den Anschlägen ausgegangen ist. Eine solche Optik veredelt Gewalt als Alternative zu einer pauschal abgewerteten und damit delegitimierten Politik. Darin verrät sich eine – bei vielen Protagonisten allerdings sehr wohl geläuterte – Last des schlechten Gewissens: Je schlechter und verdorbener das Land und seine Politiker waren, desto nötiger war der Aufstand, desto heiliger die gewählten Mittel.

Im verwerfenden Schlechtreden von mäßiger und kompromissfähiger Politik, die durchaus mit kritisierbaren Mängeln behaftet sein mag, liegt ein Übel der Tiroler Verteidigungs- und Aufstandskultur – es reißt alle Schranken nieder, verpönt jede Mahnung und Widerrede, wandelt politisches Handeln zur brachialen Hetze. Das war in den Bauernaufständen gegen Napoleon 1809 so, als der Bischof und viele kluge Geistliche an der Seite des Anführers Andreas Hofer die Rebellion zu mäßigen versuchten (Blaas 2005, 52, 99), aber am Ende entweder mitgerissen wurden von der Wut der Aufständischen oder ins Abseits und unter Anklage des Volksverrats gerieten (Blaas 2005, 253, 260); das war im Kulturkampf in der zwei-

ten Hälfte des 19. Jahrhunderts so, als Reformen zur Verbesserung eines dürftigen Schulwesens bekämpft wurden, als kämen sie vom Teufel (Fontana 1978, 150–169); das war im Vorfeld des Ersten Weltkrieges so, als die Scharfmacher gegen alles Welsche den Jubel und die Wahlerfolge an sich rissen (Peterlini 1999, 230ff); das war in der Option so, als Mahner fürs Dableiben zu Volksverrätern wurden, die man nach dem Einmarsch der Deutschen 1943 denunzierte und ins KZ abschieben ließ (Lechner 2000, 282ff). Tiroler Massenbewegungen, die sich am Mythos eines guten, braven Kampfes gegen das Böse nähren, haben ihr eigenes Anliegen in der Regel weit mehr zerstört als jede vermeintliche Bedrohung durch Fremdes und Neues. Die Einordnung der Attentate der 1960er-Jahre in die Kultur des Freiheitskampfes mit Berufung auf Andreas Hofer, so sehr sie zum Teil darin wurzelt und so sehr sich die Protagonisten als neue Andreas Hofers fühlen mochten, tut ihrem Anliegen nichts Gutes: Hofers Aufstand hat Tirol drei glorreiche Siege, aber bitterste Niederlagen und Not gebracht, um am Ende doch wieder bei Bayern zu landen, nach wenigen Jahren ohnehin zu Österreich zurückzukommen und nun wieder unter Habsburg jene Reformen hinnehmen zu müssen, wegen der man gegen die Bayern gekämpft hatte.

Die Wahrnehmung der Attentate fällt leichter, wenn der Mythos gelichtet und darunter Menschen mit ihren Taten, Verantwortlichkeiten, Überzeugungen, Getriebenheiten, realen und unrealen Nöten gesehen werden.

4. Die guten und die bösen AttentäterInnen

In der Bewertung der Anschläge wurde früh eine gedankliche Schiene gelegt, die schwer zu verlassen ist und einen dankbaren Ausweg aus dem Unbehagen anbietet, dass zur Südtiroler Erfolgsgeschichte auch Kapitel der Gewalt, des Irrsinnigen und Versuchsens gehören: Es ist die klare Trennung der AttentäterInnen in gute und brave, sympathische und aufrechte versus unguete und böse, perfide und niederträchtige AttentäterInnen. Die – ethisch erforderte – Verurteilung der Gewalt fällt leichter, wenn zuvor jener Kreis der eigenen, gutmeinenden, braven, ehrbaren Südtiroler AttentäterInnen ausgeklammert wurde. Einer der Väter dieser messerscharfen Operation ist der Südtiroler Historiker und Journalist Claus Gatterer, der sich früh und beispielhaft, mit großem Einfühlungsvermögen und kritischem Blick mit der Zeit der Todesmarsch-Parole, dem staatlichen Unverständnis, der italienischen Angst und der angestauten Wut auf Südtiroler Seite auseinandersetzte. Den Südtirol-Terror unterteilt er in zwei Phasen, wobei die erste eine Phase *autochthonen*

Terrors gewesen sei: „Der durch den Namen Josef Kerschbaumers, des kleinen Dorfkaufmanns aus Frangart bei Bozen, gekennzeichnete Terrorismus vom Sommer 1961 war eine innertirolesche Angelegenheit, wobei die Partner aus Nordtirol teilweise alte, von einem Tirol von Kufstein bis Borghetto träumende Großtiroler, teilweise junge frustrierte Widerstandskämpfer gegen den Nazismus waren“ (Gatterer 1968, 1253). An anderer Stelle: „Der autochthone Südtiroler Terrorismus [wird] verkörpert durch den in der Haft verstorbenen Sepp Kerschbaumer. Diese Gruppe kämpfte in eigener Sache, auf heimatlichem Boden. Sie wollte Menschenopfer vermeiden.“ Dagegen sei der „rechtsextremistische Terrorismus [...]“ vorwiegend importiert“ worden (Gatterer 1979, 301). Zwar ist sich auch Gatterer bewusst, dass die Grenzen fließend waren, die Grundthese aber hält er aufrecht: „Die in verschiedenen Etappen nach Österreich geflüchteten Südtirol-Terroristen müssen zum autochthonen Südtirol-Terrorismus gezählt werden, obschon sie in Österreich und Deutschland von verschiedenen, zum Teil auch rechtsextremen Gruppen vereinnahmt und ‚eingesetzt‘ wurden. Sie blieben auch völkisch-konservativ (also ÖVP-nahe und in der Zielsetzung österreichisch), so lange sie von dieser Seite unterstützt wurden. Sie gerieten in rechtsextremes Fahrwasser, sobald die demokratische Betreuung aufhörte. [...] Viele von ihnen waren indessen durchaus demokratisch orientiert“ (Gatterer 1979, 301f).

Die Südtiroler AttentäterInnen kämpften somit auf eigenem Boden für die eigene Sache, wollten Menschenleben schonen und waren weitgehend demokratisch; ließen sie sich mit den *rechtsextremen Terroristen* ein, so waren sie *vereinnahmt* und *eingesetzt* und mangels Betreuung in falsches *Fahrwasser* geraten – ein passiver, letztlich unverschuldeter Vorgang. Es sind mildernde Umstände, die Gatterer den eigenen Leuten gewährt, nachvollziehbar aus seiner ursprünglichen Nähe zum beginnenden Autonomiekampf und dem späteren Erschrecken über manche Züge, die sich darin zeigten. Durch die scharfe Trennlinie, die er zwischen echten und rechtsextremen Attentätern zog, konnte er die Sympathie für den Kerschbaumer-Kampf auch in die intellektuelle Distanzierung davon hineinretten, konnte er sich umso deutlicher von jenen Entwicklungen distanzieren, die Gewalt so hässlich machen.

Bemerkenswert ist, wie sich dieses Konstrukt fortgepflanzt hat. So war die Gatter'sche Phaseneinteilung auch für den grünen Landtags- und späteren Europaabgeordneten Alexander Langer eine Möglichkeit, die Sympathie für einen ehrlichen Aufstand aufrechtzuerhalten bei gleichzeitiger Abscheu vor dessen Instrumentalisierung durch nationalistische Kreise (Langer 1988 und 1994). Hatte Gatterer noch unterschieden zwischen den Rechtsextremisten und den Nordtirolern, wurde im vielfältigen Rezeptions-Recycling bald eine Trennlinie zwischen

Südtirolern und Auswärtigen überhaupt gezogen, wobei die einen den redlichen und vernünftigen, die anderen den abenteuerlichen und schädlichen Kampf führten. Wie stark diese Matrix ist, lässt sich an einzelnen Beispielen zeigen, die nicht als Fehler (wie sie in jeder Aufarbeitung unvermeidlich sind) dargelegt werden sollen, sondern als exemplarische Beispiele einer allzu bequemen Denkfigur.

In der Absicht, Menschenleben zu schonen, waren sich im Befreiungsausschuss Südtirol (BAS) nicht alle so einig, wie der Mythos es möchte, und zwar weder auf Südtiroler Seite noch in Nordtirol und in Österreich, weder im *demokratischen* noch im *rechtsextremen* Lager: Der erste Nordtiroler BAS-Chef Wolfgang Pfaundler, verdienter Innsbrucker Volkskundler, Fotograf, Publizist und im Krieg Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, förderte Jörg Klotz massiv in seinem Ansinnen, die Strategie eines Partisanenkampfes mit offenen Schlachten durchzusetzen. Als der deutschsprachige „Alto Adige“-Journalist Benno Steiner, von den BAS-Leuten für einen Verräter gehalten, nach der Feuernacht giftige Kommentare über die *Fuierlemacher* schrieb, wurden gerade im Südtiroler BAS Mordpläne gegen ihn geschmiedet (Peterlini 2005, 143ff), ebenso wie gegen „Dolomiten“-Chefredakteur Toni Ebner, der die Feuernacht als „geschändetes Herz-Jesu-Fest“ brandmarkte (Peterlini 2005, 166–169). Während die Attentatspläne gegen Ebner von Kerschbaumer mit einem Machtwort verhindert wurden, aber trotzdem in heftige Nachstellungen übergingen, kam es gegen Steiner zum Mordanschlag durch einen Sprengsatz in seinem Auto, der nur durch Glück entdeckt wurde. Die Schuld wurde in den ersten Aufarbeitungen der Feuernacht (Baumgartner/Mayr 1995, 59f) zunächst den Nordtirolern gegeben, vorwiegend dem verstorbenen Kurt Welser und indirekt auch Helmut Heuberger, der anhand seines minutiös und redlich geführten, verschlüsselten Tagebuches nachweisen konnte, dass er gar nicht da war (Peterlini 2005, 144f). Von Heuberger angesprochen, räumte der Meraner BAS-Mann Sepp Innerhofer ein, dass es „jemand von uns war“, man habe halt dazu geneigt, die ungunstigen Sachen auf die Österreicher abzuschieben (Peterlini 2005, 146). Siegfried Carli, nach Innsbruck geflüchteter Attentäter der Meraner Gruppe, bestätigte, dass es „jemand von den Meranern“ war (Peterlini 2005, 146). Der Innsbrucker Politikwissenschaftler Manuel Fasser, dem diese Zurechtrückung im Buch „Bombenjahre“ (Peterlini 2005, 146) bekannt gewesen sein muss, weil er es kritisch rezipiert, hält auch 2009 unbeirrt daran fest, dass Innerhofer und Mitterhofer von einer „Innsbrucker Aktion“ reden und sie „in den Einflussbereich von Kurt Welser“ rücken würden (Fasser 2009, 62f), was zu diesem Zeitpunkt bereits widerlegt war – Innerhofer war von dieser Position öffentlich abgerückt. Mit Berufung auf den Bozner Attentäter Alfons Obermair, der im Unterschied zu Innerhofer

und Carli in die Meraner Geschehnisse nicht aus erster Hand eingeweiht war, gibt Fasser als neueste Version jene aus, dass von den zwei Tätern einer im Burggrafentamt, der andere in Nordtirol lebe (Fasser 2009, 63), was noch gar nichts besagt, weil viele Südtiroler, auch Meraner Attentäter, nach Nordtirol geflohen waren und dort *leben*. Fasser kennt die von Obermair genannten (und möglicherweise gar nicht zutreffenden) Namen, nennt sie aber nicht (Fasser 2009, 63, Fußnote 139). Dadurch und indem er die Herkunft der Täter ins Vage verwischt, ihm bekannte Quellen außer Acht lässt oder – im Falle Innerhofers – auf revidierten Standpunkten festnagelt, trägt er mit seiner Arbeit, die Günther Pallaver im Vorwort als Nebellichtung lobt (Pallaver 2009, 9-12), zu neuer Mythenbildung bei: In der bösen Tat sind Südtirol und Nordtirol, die Fasser mit seinem Buchtitel teilt („Ein Tirol – zwei Welten“), plötzlich doch vereint.

Eine ähnliche Umdeutung von Fakten war auch dem aus Innsbruck stammenden Historiker Michael Gehler trotz seines wissenschaftlich redlichen und sorgsamem, auch einfühlsamen Umgangs mit der Materie widerfahren. Auch bei diesem Beispiel geht es – in einem strukturalistischen Ansatz (Brügger/Vigsø 2008, 50ff; Barthes 1994, 88ff; Deleuze 1992, 9ff) – nicht um letztlich nebensächliche Irrtümer in den Fakten, sondern um die – nicht mehr nebensächliche – Bedeutung, mit der die Fakten aufgeladen werden: Gehler glaubte die Verhärtung der italienischen Verhandlungsposition, die Eskalation in den Fahndungen und damit auch die Folterungen darauf zurückzuführen, dass österreichische AttentäterInnen nach der Feuernacht den Radius der Anschläge auf Oberitalien ausgedehnt hätten (Gehler 2002, 22f). Nicht die Feuernacht hätte damit Leid über das Land und die Täter gebracht, sondern – implizit – das verantwortungslose Agieren der Österreicher. Ein Indiz für Gehler ist die nach den Anschlägen im Parlament erhobene Forderung nach einer Regelung für die Rückoptanten, die diesen das Heimatrecht in Südtirol entzogen hätte (Gehler 2002, 22f). Diese Forderung war allerdings auch schon in den Jahrzehnten davor und auch noch im Frühling 1961 als Druckmittel erhoben worden, ohne je angewandt zu werden (Peterlini 2005, 138). In der noch schwerwiegenderen Annahme, erst die oberitalienischen Anschläge hätten die Massenverhaftungen und Folterungen ausgelöst, irrt sich Gehler im Datum. Die Anschläge auf die Bahnlinien in Oberitalien waren in der Nacht vom 10. auf den 11. Juli verübt worden, die Massenverhaftungen aber kamen durch die Verhaftung und Folterung des Vinschgauer Kerschbaumer-Vertrauten Franz Muther schon am Nachmittag des 10. Juli in Gang. Ausgelöst wurde die Verhaftung Muthers genau von jenem Anschlag auf Benno Steiner, der – bis dahin zu Unrecht als Verräter verschrien – nun gegenüber der Polizei auspackte, er wisse, dass Muther mit Jörg Klotz vor Jahren

über Anschläge geredet hätte. Nicht die *bösen* Auswärtigen, wie es dem für Täter und Rezipienten angenehmeren Denkschema entspricht, haben die Eskalation verursacht, sondern jener Kreis von autochthonen Attentätern, die sich um Sepp Kerschbaumer scharten, dessen Mahnungen aber in den Wind geschlagen wurden. Als Nicht-Südtiroler ist Gehler natürlich nicht der Sympathie fürs Eigene erlegen, wohl aber – in Gatterers Denkschema – dem größeren Verständnis für autochthone Wehrhaftigkeit gegenüber der Einmischung von außen, als Nordtiroler möglicherweise auch jener Solidarität gegenüber Südtirol, die über Jahrzehnte hinweg eine Mischung aus selbstloser Hilfsbereitschaft und schier blinder Selbstverleugnung war (Peterlini 2008, 145ff).

Damit nicht der Eindruck kollegialen Fingerzeigens entsteht: Die Neigung, Schuld auszulagern, ist mir selbst vertraut, hat auch mir Fehler eingebracht, weil die angenehmere Version doch jene wäre, dass das *Eigene* im Guten liegt und das Böse anderswo versammelt ist. So hat mir Gehler umgekehrt nachweisen können, dass ich in der Vermutung, der Anschlag auf das Andreas-Hofer-Denkmal 1946 in Meran gehe auf italienische Geheimdienstkreise zurück (Peterlini 2005, 24), völlig falsch liege. Der spätere Botschafter und damalige Innsbrucker Widerstandskämpfer Ludwig Steiner hatte Gehler selbst bestätigt, dass er damals den Auftrag zum Anschlag gegeben habe (Gehler 1996, 227; Steurer 2000, 75f), um im Vorfeld der internationalen Entscheidung über Südtirols Schicksal den Eindruck zu erwecken, den Südtirolern würden auch im demokratisch werdenden Italien ihre Helden in die Luft gesprengt. Ich habe den Fehler in der zweiten Auflage korrigiert, die vermutlich italienische Täterschaft bei späteren Anschlägen auf die Andreas-Hofer-Denkmal in Mantua, Meran und Innsbruck jedoch aufrechterhalten.

Nun war es der Südtiroler Historiker Leopold Steurer, der mir deshalb ideologische Geschichtsschreibung vorwarf: Ich wolle nicht wahrhaben, dass Tiroler ihren Helden selbst in die Luft sprengen (Debatte in der Teßmann-Bibliothek, Bozen, 25.3.2010). Worauf aber gründet Steurer seine Sicherheit, dass der Anschlag auf das Andreas-Hofer-Denkmal in Innsbruck am 1. Oktober 1961 auf das Konto der rechtsextremen Terroristen ging, die – in der Denkschiene Gatterers – nach der ersten Phase den *autochthonen* Südtirol-Terror verdorben haben? Es ist eine simple Parallelität zum Anschlag von 1946: „Nicht anders verhielt es sich bei den politischen Rahmenbedingungen und Intentionen der Attentäter bei der Sprengung des Andreas-Hofer-Denkmal auf dem Bergisel 1961.“ Steurer argumentiert, dass der nur noch in Nordtirol tätige und dort verseuchte BAS vor allem durch die am Tag davor in den „Dolomiten“ veröffentlichte Forderung der *Aufbau*-Bewegung nach einer politischen Kursmilderung zu diesem symbolischen Anschlag geschritten sei.

Die AttentäterInnen seien nämlich unter Druck von der eigenen Seite geraten und hätten mit der Sprengung des Andreas-Hofer-Denkmal die politischen Verräter in den eigenen Reihen warnen wollen, unter anderem durch Hinterlegung einer Rasierklinge als „Selbstmörderwaffe“ (Steurer 2009, 183f). Schon die einzelnen Hinweise, die Steurer für die Notsituation des BAS kennzeichnet (Steurer 2009, 184f), sind kaum haltbar:

— Selbstbestimmungsbefürworter Franz Gschnitzer sei durch den mäßigen Botschafter Ludwig Steiner ersetzt worden. Es stimmt, Steiner war zu diesem Zeitpunkt gegen jede Gewalt und hatte offenbar aus dem Anschlag von 1946 die Lehre gezogen, dass Gewalt nichts bringt; es stimmt aber auch, dass auch der abgelöste Gschnitzer – nach ursprünglicher Sympathie – vor allem unter dem Einfluss von Viktoria Stadlmayer strikt gegen die Attentate war. Steurers Vermutung schlägt zudem völlig in den Wind, dass der BAS auf höchstem Niveau weiterhin Kontakte zur österreichischen Diplomatie hatte, so vor allem über Felix Ermacora.

— Seit dem 11. Juli sei der Großteil der in Südtirol lebenden BAS-Mitglieder in Haft oder nach Österreich geflüchtet, die SVP sei auf das Angebot der italienischen Regierung einer parlamentarischen Kommission zur Lösung der Südtirol-Frage eingegangen.

— Wichtige Protegés der AttentäterInnen in Nordtirol seien ins Abseits geraten, so Bergisel-Bundobmann Eduard Widmoser und Aloys Oberhammer: Während Widmoser zwar beim Aufbau des BAS eine Rolle spielte, aber in der operativen Phase zum Außenseiter wurde, stellte der erzwungene Rücktritt von Oberhammer als ÖVP-Obmann und Landesrat zwar einen Verlust dar, brachte den BAS in Nordtirol aber keinesfalls um die Unterstützung durch höchste politische Kreise, nämlich über andere Landesräte bis hin zum angehenden Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, der BAS-Leute auch in der späten Phase noch durch die Hintertür empfing. In Südtirol blieb der Kontakt zu Hans Dietl und Franz Widmann aufrecht, beide gerade in der Auseinandersetzung mit der *Aufbau*-Bewegung eine wichtige Stütze für Silvius Magnago.

Welches Motiv führt da die Feder? Dass der BAS nach den Verhaftungen schwer angeschlagen war, liegt auf der Hand; dass sich viele zurückzogen und nur ein kleiner Kreis weitermachen wollte, ist ebenso offensichtlich. Und dass diese wenigen zu schärferen Mitteln griffen, entspricht einer zwingenden Dynamik der Gewalt, zu dem auch das Wissen um die Folterungen beitrug. Warum aber sollte deshalb, wie 1946, ein Andreas-Hofer-Denkmal gesprengt werden? Dem BAS war vorher und nachher die Verübung solcher um die Ecke gedachten Anschläge völlig fremd, es

wurden stets genau jene Ziele getroffen, die der politischen Zielrichtung eins zu eins entsprachen – die Rohbauten als Symbole der Zuwanderung, die Strommasten als Symbole der staatlichen Macht, wirtschaftlichen Ausbeutung und Zuwanderungspolitik, Denkmäler als Symbole der faschistischen und postfaschistischen Unterdrückung. Die einzelnen Gruppen des BAS, lose miteinander verknüpft, hatten die Eskalation zudem lange vor dem *Aufbau*-Programm eröffnet – und zwar mit weit schärferen Methoden als mit der Sprengung eines Helden-Denkmal: am 22. August 1961 Maschinengewehrsalven auf Fahndungstruppen, die zu einem gesprengten Masten ins Passeier eilten, der Kinderkreuzzug am 8. und 9. September mit Brandbombenanschlägen in Rom, Trient, Verona, Rovereto und Monza, am 21. September 1961 Feuerüberfall auf das Stauwerk Rabenstein im Sarntal.

Für Steuerer ergibt sich das klare Täterprofil aus der zeitlichen Nähe zwischen der Veröffentlichung des *Aufbau*-Programms und dem Anschlag, der aber bereits in der darauffolgenden Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober um 4.15 Uhr in der Früh erfolgte. Die knappe Zeitspanne widerlegt Steuerer zwar nicht, zeigt aber die Unwahrscheinlichkeit seiner – als Sicherheit ausgegebenen – Vermutung auf, wenn allein berücksichtigt wird, dass die „Dolomiten“ nicht in aller Früh in Innsbruck publik gewesen sein dürften: Ein Anschlag lässt sich zwar improvisieren, aber die Festlegung eines so umstrittenen und zugleich subtilen Zieles – das Hofer-Denkmal als Warnung an die *Aufbau*-Bewegung, nebenbei mit italienischem Bekennerschreiben – setzt doch voraus, dass sich einige maßgebliche Leute erst einigen und aufeinander abstimmen müssen. Der BAS – und zwar durchaus auch sein autochthones Restgut – hatte vorher und nachher gegen vermeintliche Verräter in der Südtiroler Politik viel direktere Wege gewählt: „Dolomiten“-Chefredakteur, SVP-Parlamentarier und *Aufbau*-Mentor Toni Ebner wurde nachts bedrängt und bedroht, ein Anschlag auf ihn wurde geplant, wenn auch nicht ausgeführt; dem SVP-Parlamentarier und Jungstar der *Aufbau*-Bewegung Roland Riz brannte eine Garage ab.

Auch da geht es nicht nur um die Fakten, sie könnten auch offen bleiben. Es geht um die Methode der Bedeutungsstiftung: Woher nimmt Steuerer seine Sicherheit, wenn nicht aus einer ideologischen Konstruktion? Die Fakten müssen so sein, wie er sie haben will, damit seine These von der Panikaktion des BAS gegen eine vernünftige Politik, ja sogar gegen die Autonomieverhandlungen stimmt. Auf der Bedeutungsebene würde es genügen, das eigene Konstrukt im Gespräch mit einigen Beteiligten zu prüfen. Gewiss war Selbstbestimmung das Ziel und gewiss fiel es schwer, an Autonomie zu glauben, trotzdem ging es den meisten nicht um abstrakte Programmpunkte, sondern darum, die Lage Südtirols verbessern, der eige-

nen Ohnmacht zu entkommen. Auf der Ebene der Fakten fällt Steurers Annahme ganz in sich zusammen: Als 1964 die neofaschistische Gruppe „Giovane Italia“ wegen einiger Attentate auf linke Parteizentralen in Mailand ausgehoben wurde, fand man genau jene Sprengmaterialien und Bekennerbotschaften, die bei den Anschlägen in Österreich (Bergisel, Ebensee, Wien) verwendet worden waren.

Gut und Böse, Eigenes und *Importiertes* lassen sich in der Aufarbeitung der Südtirol-Anschläge nicht voneinander trennen, es sei denn durch ideologische Filter, gegen die niemand gefeit ist. Dass ein Attentat nicht klar oder falsch zugewiesen wird, ist in der Wirrnis der Ereignisse und der Widersprüchlichkeit der Erinnerungen mehr als normal. Verwunderlich sind die Sicherheiten, die sich 50 Jahre nach der Feuernacht da und dort fixieren, zu Grundannahmen werden, die nicht mehr hintergebar sind. Um die eigene Wahrnehmung einigermaßen (denn völlig geht es nicht) von Vorannahmen zu befreien, wäre es – nach Devereux (1988, 67) – nötig, dass diese reflektiert und auch offengelegt werden, so wie ich es in meinem psychoanalytischen Zugang zu den Attentaten als Reaktivierung der Tiroler Verteidigungskultur zumindest versucht habe (Peterlini 2010, 7ff). Als Steuerer mir in der Auseinandersetzung über diese Arbeit bei der Deutung einer Karikatur triumphierend den Fehler nachwies, dass ich einen Bersaglieri-Hut mit einem Schützenhut verwechselt hatte (Peterlini 2010, 134, wobei die Ähnlichkeit der Hüte auch schon aussagekräftig ist), hielt er mir nur etwas vor, was ich selbst offengelegt hatte: nämlich, dass ich gegenüber einer Kultur, in der ich auch aufgewachsen und sogar aktiv tätig war, nicht ohne Befangenheiten bin; ich habe – bei aller Distanzierung und Selbstreflexion – offenbar noch einen unsichtbaren Schützenhut auf: da, wo ich versuche nicht zu verurteilen, sondern zu verstehen, wie kulturelle Schutzhaltungen entstehen, sich verhärten und freigesprengt werden.

Aber legt Leopold Steuerer seine Vorannahmen offen? Was sucht er, wenn er die Sicherheit sucht, das Böse vom Guten klar zu scheiden? Ich mag nicht antworten, aber es wundert mich, dass diese Offenlegung nicht geschieht, dass keine Reflexion über die eigene ideologische Brille geschieht, die helfen würde, die eindeutigen Sicherheiten, die Steuerer vieldeutigen Fakten abringt, zu hinterfragen und ein Stück weit zu relativieren.

Manuel Fasser spricht eingangs in seinem Buch wohl Befangenheiten an, aber nicht seine eigenen, sondern jene, die man ihm als Nordtiroler gegenüber haben könnte (Fasser 2009, 13). Eine solche fehlende Reflexion der eigenen Befangenheit schlägt sich in Ton und Sprache überall dort nieder, wo Sicherheiten nicht durch Fakten aufgebaut, sondern durch Behauptung postuliert werden. Ein zentrales Anliegen von Fassers Arbeit ist die Definition der Südtirol-Attentate, also wie

man die Täter von damals benennen soll, ob sie nun Freiheitskämpfer oder Terroristen sind. Das Ergebnis ist, laut dem Vorwort von Günther Pallaver, eindeutig: „Fasser durchschneidet die Nebelwand und weist anhand sozialwissenschaftlicher Kategorien und konkreter Vergleiche nach, dass die Bombenleger der Feuernacht und die Mitglieder des Befreiungsausschusses Südtirol klare Merkmale einer terroristischen Bewegung aufweisen“ (Pallaver 2009, 10). Man darf, ja man muss, will man politisch korrekt bleiben, sie folglich Terroristen nennen, auch wenn sie sich lieber als Freiheitskämpfer sähen – beides hat etwas für sich, denn politische Gewalt erlaubt keine Beschönigung, während andererseits die subjektive Selbsteinschätzung ein Recht der Täter bleibt. Unglaublich an der Begriffsklärung aber ist, dass Fasser selbst die AttentäterInnen ungeachtet seiner akribischen Wissenschaftlichkeit das ganze Buch hindurch *Bumser* nennt. Wozu dann so viel Aufwand?

Eine Vermutung möchte ich äußern, weil sie über die Einzelfälle hinausgeht: Es ist offenbar quälend, mit dem Umstand umzugehen, dass Gut und Böse meist vermischt auftreten, dass Aggressives den Menschen von außen und von innen heraus verunsichert, ja dass selbst politische Gewalt in ihren Auswirkungen sich nicht so klar einordnen lässt, wie es Wissenschaft gerne hätte. Ambivalenzen sind schwer zu ertragen – eines der Hauptmotive für frühere und gegenwärtige Mythenbildung. Die Teilung der Attentate und AttentäterInnen in Gut und Böse ist ebenso ein solcher Mythos wie die klare Einteilung in Phasen, in Begriffe oder auch in Gruppen, wie es Fasser vielfach an den sich überschneidenden Realitäten vorbei in einer Grafik versucht (Fasser 2009, 48). Durch Einteilung wird das Unheimliche gebannt.

Gerade aber die Gut-Böse-Einteilung der Südtirol-AttentäterInnen nach Herkunft und Ideologie lässt sich nicht aufrechterhalten: Der rechtsextreme Universitätsassistent und spätere Präsidentschaftskandidat der Nationaldeutschen Partei (NDP) Norbert Burger war von Anfang an im BAS dabei, ohne seine StudentInnen wäre die Feuernacht nicht halb so spektakulär ausgefallen, manche waren deutsch-national, manche demokratisch, manche auch nur romantische Desperados, die es toll fanden, bei einem Aufstand mitzutun. Helmuth Heuberger war als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime auch für die *Rechtsextremen* eine wichtige Bezugsperson und er hat wiederholt gegen die einseitigen Zuweisungen Stellung bezogen: „Dass wir Menschenleben geschont und sie Menschen gemordet haben, das stimmt so nicht“ (Peterlini 2005, 192). Kurt Welser war als Nordtiroler ohne nationaldeutschen politischen Hintergrund die Seele des Aufstandes für die Südtiroler, aber auch für die Abenteurer aus Österreich und Deutschland; Wolfgang Pfaundler setzte als Widerstandskämpfer weniger auf die Kerschbaumer-Truppe als auf Jörg Klotz und dessen Vorstellungen eines zwangsläufig blutigen Guerilla-

kampfes. Der aus der rechtsnationalen Jugendszene zum BAS gekommene Oberösterreicher Peter Kienesberger rückte oft mit Klotz, aber oft auch mit Amplatz aus, der zu den engsten Leuten um Sepp Kerschbaumer gehörte.

5. Die Attentate haben geschadet. Wirklich?

Die Frage ist müßig, aber sie hat hohen akademischen Wert, als müsste – oder besser noch: als könnte – wissenschaftlich ein für alle Mal festgelegt werden, dass die Gewalt mit der Südtiroler Autonomie nichts zu tun hat: „Der Position: Ohne Attentate keine Autonomie, stehen die konsolidierten Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft entgegen. Diese weisen nach, dass die Attentate kontraproduktiv waren und dass die Autonomie nicht wegen, sondern trotz der Attentate verwirklicht werden konnte. [...]“, schreibt Günther Pallaver im Vorwort zum Buch von Manuel Fasser. *Konsolidierte Erkenntnisse, Geschichtswissenschaft, weisen nach* – eine Diskussion erübrigt sich, der Tatbestand ist restlos geklärt, das letzte Wort, das Urteil gesprochen: Die Attentate haben geschadet.

Als „Mann des Paradigmenwechsels“ rühmt Fasser (2009, 19) einleitend den seinerzeitigen Professor für Zeitgeschichte an der Universität Rolf Steininger, dem er in den Schlussbemerkungen „für die historische Beratung“ dankt. Fasser nimmt Steininger gegen den Vorwurf, seine These ebenfalls ideologisch herbeigezogen zu haben (Peterlini 2005, 344), in Schutz: „Steiningers Kritiker vergessen oder unterschlagen zwei entscheidende Umstände; der erste: Steininger geht es nicht zentral um die Verurteilung von Gewalt als solcher. Peterlini kritisiert, was Steininger so nicht geschrieben hat. Steininger sagt zwar, er sei Gegner von Gewalt, das sei in dieser Beurteilung jedoch nicht zentral. Das zweite Missverständnis: Steiningers These, wonach die Attentate dem politischen Prozess nicht geholfen, vermutlich geschadet hätten, ist nicht neu – und im Grunde auch nicht seine Kreation. Viktoria Stadlmayer etwa [...] äußerte sich bereits kurz nach den Attentaten in einem vertraulichen Dokument ablehnend.“ Wer Steininger wohl im Grundanliegen zustimmt (dass der Gewalt prinzipiell nicht als Mittel der Politik gehuldigt werden soll), aber in der ideologischen Beugung von Fakten widerspricht, *vergisst* oder *unterschlägt* – womit Fasser im selben Atemzug entweder vergisst oder unterschlägt, dass die Kritik an Steininger im Buch „Bombenjahre“ sachlich und ohne persönliche Angriffe durchargumentiert wurde, ebenso wie er auf Seite 131 vergisst oder unterschlägt, dass nicht Peterlini (der Stadlmayers Position längst rezipiert hatte), sondern er selbst auf Seite 19 Steininger als „Mann des Paradigmenwechsels“ feiert.

So wird die durchaus in gewogener Haltung vorgebrachte Kritik an Steininger zu *Hass und Abneigung* (von wem? Wer streut da Nebel gegen Unbekannt und Ungeannt?). So werden Repräsentanten von Gegenmeinungen zu *allerlei Politiker* abqualifiziert, die sich *bemüßigt* fühlten, Steiningers *These* zu dementieren. Ideologie verrät sich immer auch durch die Sprache, wenn Gegenmeinung semantisch abgewertet, moralisch diskreditiert oder lächerlich gemacht wird, die eigene Position aber in die kristalline Unangreifbarkeit von Wissenschaftlichkeit und These und Nachweis gehoben wird. Um die verdiente, intellektuell kluge und feinsinnige Viktoria Stadlmayer als Kronzeugin für Gewaltablehnung zu zitieren, hätte Fasser gar nicht erst *vertrauliche Schriften* von anno 1962 zitieren müssen. Stadlmayer hat ihren Standpunkt bis zum Tod öffentlich vertreten und solide argumentiert. Ebenso könnte man Ludwig Steiner zitieren, der sich überzeugt darüber aufregt, dass im Rücken jener, die am Verhandlungstisch saßen, Bomben hochgingen, von denen sie nichts wussten. Das sind subjektive, durchaus nachvollziehbare Einschätzungen von Protagonisten – aber sind es Beweise? Ebenso gibt es subjektive, nachvollziehbare Einschätzungen eines Protagonisten wie Silvius Magnago, der die Gewalt 1961 ebenfalls schärfstens verurteilte, ihr aber einen Anteil an seinem Autonomieerfolg nicht abstreiten wollte – als heftiger, von ihm verurteilter Anstoß zu den Verhandlungen (Peterlini 2007b,58-75). Es saßen damals auch Leute am Verhandlungstisch, die von den Bomben sehr wohl wussten, aus den Sitzungspausen heraus in Kontakt mit BAS-Leuten traten, um die nötigen Informationen für die nächsten Aktionen auszutauschen. So lassen alle Wertungen der Anschläge außer Acht, dass die AttentäterInnen von Anfang an nicht im luftleeren Raum agierten und schon gar nicht ohne politische Absprache handelten. Leopold Steurer bringt es fertig, ein ganzes Kapitel der „Realpolitik Bruno Kreiskys“ zu widmen, die „in bester sozialdemokratischer bzw. austromarxistischer Tradition“ gestanden habe, aber wie diese damit zu vereinbaren ist, dass Kreisky aktive und ermutigende Kontakte zu den Attentätern unterhielt, erwähnt er schlichtweg nicht. Nicht, dass dies durchgehend *vergessen* oder *unterschlagen* würde, die Fülle von Informationen über die Fäden zwischen Bomben, Politik und Diplomatie ist unübersehbar geworden, gerade bei und dank Steininger. Aber sobald es ans Urteil geht, stehen die AttentäterInnen allein im Gerichtssaal der Geschichts- und Politikwissenschaft.

So unbeholfen die Südtirol-AttentäterInnen wirken mögen und teilweise auch waren, so sehr bemühten sie sich von Anfang an, nicht einfach loszuschlagen, sondern sich politisch und diplomatisch abzustimmen. Schon der Bozner Buchdrucker Hans Stieler, der 1956 unabhängig vom BAS eine erste Attentäterbewegung anführte, knüpfte vorher Kontakte zum damaligen Tiroler ÖVP-Obmann Aloys Ober-

hammer und zu dem aus Tirol stammenden Außenamts-Staatssekretär Franz Gschnitzer. Stieler kam, wie er glaubhaft versicherte, mit „Verständnis ... und Einverständnis“ nach Hause. Bei Oberhammer verwundert es nicht, bei Gschnitzer schon. Auch lässt es sich nicht mehr beweisen, aber Stieler war ein grundehrlicher Mensch. Dass Gschnitzer später von der Gewalt abrückte, muss kein Widerspruch sein – auch Meinungen ändern sich. Die österreichische Politik und Diplomatie hatte in den Jahren vor der Feuernacht eine zwiespältige Haltung in der Frage zur Gewalt, verständlicherweise, denn auch die Zeiten waren nicht eindeutig. Einerseits wurden Spannungen als Druckmittel erkannt, andererseits war man sich auch im Klaren darüber, wie leicht Gewalt außer Kontrolle geraten kann.

Der BAS um Sepp Kerschbaumer und getrennt von diesem Jörg Klotz suchten ab 1960 Kontakte zu Bruno Kreisky, der im Jahr davor österreichischer Außenminister geworden war und – obwohl Sozialist – als neuer Hoffnungsträger auch der Südtiroler Patrioten galt. Den Kreisky-Termin für Klotz vermittelte Pfaundler, der auch schon den Medienkönig Fritz Molden und den späteren ORF-Generalintendanten Gerd Bacher mit Kerschbaumer und Klotz in Verbindung gebracht hatte. Der Kerschbaumer-Gruppe verhalf der Nordtiroler SPÖ-Politiker Rupert Zechtl zum Kontakt mit Kreisky. Zweimal verpasste Kerschbaumer einen Termin beim Außenminister, einmal, weil er sich – ganz allein nach Wien gefahren – im letzten Moment nicht mehr traute, ein zweites Mal, weil er und seine diesmal stattliche Delegation vom Portier abgefangen wurde. Es wäre für Kreisky ein Leichtes gewesen, es dabei zu belassen. Aber er lud Kerschbaumer und seine Leute in der Folge zu sich in die Wohnung in der Wiener Armbrustgasse 15 ein (Peterlini 2005, 71ff).

Die Versionen von dem, was mit Kreisky gesprochen wurde, sind unterschiedlich. Kreisky selbst gibt sich in seinen Aufzeichnungen keine Blöße, das Gespräch mit Klotz etwa handelt offiziell von der Förderung des Südtiroler Schützenwesens – man denke sich: auf Außenministerebene! Für das Gespräch mit Kerschbaumer werden zwei Darstellungen kolportiert. Gegenüber Sepp Innerhofer zitierte Kerschbaumer den Außenminister sinngemäß so: „Wenn ihr was macht’s, dann gefälligst was Ordentliches.“ Gegenüber Josef Fontana zitierte Kerschbaumer den österreichischen Politfuchs mit einer eher sibyllinischen Aussage: „Ich sage euch nicht, tut’s etwas, ich sage aber auch nicht, tut’s nix.“ Es kann auch beides zusammen stimmen: Ich sag euch nichts, aber wenn, dann macht was Ordentliches (Peterlini 2005, 72f).

Ein sicheres Indiz für Kreiskys Wissen um die Attentate ist Zechtls Vermittlungsrolle. Zechtl war in den Aufbau des Nordtiroler BAS voll eingeweiht. So zitiert Steininger Zechtl folgendermaßen: „Natürlich hat Kreisky von den Attentaten

gewusst“ (Steininger 1999, Bd. 3, 252). In Interviews bestätigte auch Fritz Molden mehrfach, dass Kreisky nicht nur eingeweiht war, sondern auch seine Zustimmung gab, „dass es ein bisschen tuschen muss, aber nicht zu viel“. In der Wiener „Presse“ zitierte Molden den Kreisky-Satz: „Auf a paar Masten mehr oder weniger soll's mir net ankommen“. Zitat Molden: „Ein berühmter Satz. Den hat er vor einem Dutzend Zeugen wiederholt. [...] Da wetteiferten der Wallnöfer und der Kreisky, wer mehr für die Südtiroler getan hat. Beide, der ‚Walli‘ und der Kreisky, waren überzeugt: Das war damals richtig. Beide waren natürlich traurig über jeden Toten. Aber noch höre ich Kreisky sagen: ‚Die Zyprioten haben auch Tote gehabt, und die Algerier‘“ (Peterlini 2005, 73).

Weitgehend unbestritten ist: Kreisky hatte die Bomben bis zum Sommer 1960 nicht nur nicht verurteilt, auch nicht nur gewünscht, sondern regelrecht „bestellt“ (Ludwig Steiner auf einer Tagung der Silvius-Magnago-Stiftung, Bozen, 2.10.2009). Kreisky war offenbar der Annahme, es bedürfe des Druckaufbaus, um Italiens rigide Haltung zu schwächen und auf der internationalen Bühne die österreichische Position zu stärken. Dafür kam der BAS, wie Günther Pallaver zu Recht bemerkt, zu spät (zit. n. Fasser 2009, 130). In dieser Phase war der BAS noch nicht so weit, rüstete auf, verstritt sich, es *menschelte*. Der Sprengstoff funktionierte nicht, die Leute waren nicht ausgebildet, es kam zu Führungsstreitigkeiten zwischen Nord- und Südtirol. Im Oktober 1960 aber vollbrachte Kreisky ohne jeden Bombenanschlag das politische Bravourstück, Südtirol vor die UNO zu bringen und eine Resolution herauszuholen, die beide Staaten – aber der Zaunpfahl galt natürlich Italien – zum Verhandeln aufforderte.

Nach Steurer war die UNO-Resolution für den BAS ein Anlass zu „tiefster Enttäuschung“ (Steurer 2009, 176), ohne dass man verstünde, woher er das weiß. Er begründet es mit einem logischen Beweis, nämlich damit, dass es dem BAS darum gegangen sei, die Verhandlungen zwischen Italien und Österreich endgültig zum Scheitern zu bringen, während die UNO-Resolution einen diplomatischen Weg vorzeichnete. Eine solche Hypothese lässt außer Acht, dass es Italien bis dahin nie akzeptiert hatte, mit Österreich zu *verhandeln*, sondern sich höchstens zu *Gesprächen* herabgelassen hatte, die letztlich auf *Pflanzerei* hinausliefen. Der BAS hatte sich nicht formiert, weil Österreich und Italien erfolgreich verhandelten und dies gestoppt werden musste, sondern weil eine politische Lösung des Südtirol-Konfliktes nicht absehbar war.

Allein die Dynamik der Ereignisse ist eine andere. Noch im Sommer 1960, unmittelbar vor der UNO-Mission, unternahm der frühere österreichische Generalkonsul in Mailand, Hans Steinacher, unter einem Decknamen den Versuch, den di-

lettantisch wirkenden BAS zu professionalisieren, er musste sich aber – bald Opfer von Gerede und Observation – zurückziehen (Peterlini 2005, 75f). Während der UNO-Verhandlungen stand der BAS abseits vom Geschehen und war vorwiegend mit sich selbst beschäftigt. Die Kerschbaumer-Gruppe brach mit dem Nordtiroler BAS-Chef Wolfgang Pfaundler, der zudem erkrankt war und sich schließlich zurückzog, er blieb aber ein politischer Förderer und Fürsprecher der AttentäterInnen auf höchster Ebene in Tirol. Molden und Bacher, für die Pfaundler der Gewährsmann gewesen war, dagegen sprangen ab, zweifellos ein Rückschlag für die Kontakte in Wien. In die Lücke sprangen in Nordtirol Leute, die ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft hatten und klar zu Kerschbaumer standen – Heinrich Klier und Helmuth Heuberger vor allem. Bemerkenswert ist, dass es erst jetzt – nach dem Absprung von Molden und Bacher und nach der UNO-Resolution – zum Treffen Kreiskys mit Kerschbaumer und der BAS-Spitze kam, auf Beharren Kreiskys, auf Vermittlung Zechtls.

Und erst im Anschluss daran begann die eigentliche Anschlagsserie, die über einen Frühling der *Nadelstiche* in der Feuernacht ihren Höhepunkt fand. Der Auftakt erfolgte Ende Jänner 1961 mit dem Anschlag auf das Reiterstandbild Mussolinis in Waidbruck, ein mit Kerschbaumer nicht abgesprochener Vorstoß der neuen Nordtiroler BAS-Führung um Klier und Heuberger, aber mithilfe Kerschbaumer-naher Kreise, etwa Kurt Welser und Sepp Innerhofer. Kreisky wurde ein Splitter des Aluminium-Duce zugespielt – wäre dies möglich gewesen, wenn es keine Verbindungen mehr gegeben hätte zwischen dem internationalen Strategen und den Nadelstichlern vor Ort? Der Anschlag erfolgte eindeutig nicht gegen Fortschritte der Verhandlungen, sondern unmittelbar nach der Konferenz von Mailand, als deren Scheitern klar war. Gerade die sonst so gern zitierte Attentatsgegnerin Viktoria Stadlmayer hat anerkannt, dass die Anschläge eskalierten, weil die erste UNO-Resolution nicht jene Ergebnisse zeitigte, die man sich – gewiss unrealistisch – von ihr erhofft hatte. Ungeduld wäre somit eine mögliche Kritik an den Attentätern, aber sie würde eines übersehen: die jahrelange Zeit des Zuwartens auf politische Besserung, in der es nur Rückschläge und Verhärtungen gab.

1957 und auch noch 1958 wären noch gute Jahre für eine rechtzeitige politische Lösung gewesen. Der BAS hatte sich schon formiert, Kerschbaumer aber war sich über die Strategie noch unschlüssig, setzte selbst – mit hohem Eigeneinsatz – auf demonstrative Aktionen: sein Hungerstreik gegen die Härte der Justiz im Falle der Pfunterer Buam⁵, seine Briefe, alle noch mit vollem Namen gezeichnet, seine regelmäßigen Auftritte auf der SVP-Landesversammlung, seine Vor- und Fürsprachen. Vor diesem Hintergrund mutet die Analyse, der BAS habe zu spät zugeschla-

gen, wieder etwas seltsam an, denn Kerschbaumer und viele junge Wagemutige taten in dieser Zeit genau das, was ihnen als Unterlassung angekreidet wird: Sie setzten friedliche Zeichen des Protestes, vom unerlaubten Fahnenhissen bis zur gewitzten Aktion des Luis Amplatz, am Tag von Sigmundskron⁶ vor dem Siegesdenkmal einen Kranz niederzulegen mit der Aufschrift „Dem Verfechter der Grenze bei Salurn Cesare Battisti – die Südtiroler“ (Peterlini 2005, 60). Der Bozner Quästor Renato Mazzoni, der mit Hängen und Würgen auch die Kundgebung auf Sigmundskron schlussendlich genehmigte, hatte schon im März 1957 in einem Bericht an das Innenministerium zu politischem Einlenken geraten, wenn nicht aus Gerechtigkeit, so zumindest aus Schlaueit, da man sonst irgendwann den SüdtirolerInnen mehr als das *Gebührende* werde gewähren müssen. Nach Sigmundskron und der Aufregung in der italienischen Presse wurde er versetzt. Die Regierung blieb auf ihrem Kurs, im April 1959 stellte sie selbst die bis dahin wenigstens pro forma aufrechterhaltenen Kontakte mit den österreichischen Delegierten ein. Es ist die Zeit, in der Kreisky Südtirol auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen setzt und dafür politischen Druck wünscht, Kerschbaumer beginnt sich mit dem Griff zum Dynamit zu befassen.

Wie ein Witz klingt es, wenn Rolf Steininger glaubt, dass die Feuernacht die Chance auf Selbstbestimmung verbrannt hätte, dass also ohne Attentate die Selbstbestimmung möglich gewesen wäre. Diese Chance hatte Kreisky nie gesehen, höchstens als Druckmittel erwogen, aber davon nie Gebrauch gemacht. Er war sich mit Magnago im politischen Ziel einig: eine Autonomie. Es mag sein, dass in dieser Optik die AttentäterInnen ihr deklariertes und gefühltes Ziel, die Selbstbestimmung, verfehlt hatten. Aber politische Entwicklungen sind kein Multiple-Choice-Bogen mit drei falschen und einer richtigen Antwort: Was damals von jenen, die im Gefängnis saßen, als Misserfolg gesehen wurde, kann sich aus der Distanz der Jahre durchaus als Erfolg ausnehmen – als Erreichung eines Ziels auf andere Weise, als sie geplant oder erhofft war. Der Subtext aller deklarierten Ziele war doch, dass Südtirol jener Ohnmacht entwächst, die in den 1950er-Jahren die Stimmung prägte. Auch Kerschbaumer, so sehr sein Herz für die Selbstbestimmung schlug, war Realist genug, um – nicht nur aus Not vor Gericht, sondern in ehrlichen Gesprächen etwa mit Mithäftling Fontana – neben dem erträumten Höchstziel auch über Zwischen- und Unterziele nachzudenken (Peterlini 2005, 208f).

Die Schadensliste Steiningers, die er den AttentäterInnen vorlegt, ist lang und teilweise kurios: So nennt er „die Schaffung der ‚Aufbau-Bewegung‘ in Südtirol“ als „Folge der ‚Bomben-Politik““ (Steininger 1999, Bd. 2, 657), als wären Toni Ebner, Roland Riz, die SVP-Senatoren erst in der Feuernacht zu jener Gemeinschaft

zusammengewachsen, die sie im Oktober als *Aufbau* auftreten ließ. Der *Aufbau* wurzelt, wie Franz Widmann anhand von parteiinternen Protokollen nachweist, bereits in der Gegenbewegung der alten Führung zur Palastrevolte von 1956, mit der – neben der Wahl Magnagos zum SVP-Obmann – der *radikale* Flügel um Hans Dietl, Peter Brugger, Alfons Benedikter, Friedl Volgger, Franz Widmann die Parteiführung übernahm und die alte *Garde* samt den meisten Parlamentariern ins Abseits drängte (Widmann 1998, 316ff, 341ff, 355ff, 407ff); schon unmittelbar danach gab es schwere Krisen, die Gefahr und die Pläne der Parteispaltung sowie den Versuch, Magnago wieder zum Rücktritt zu zwingen. Der 1961 organisiert auftretende *Aufbau* war dann gewissermaßen ein Aufstand der alten abgesetzten Führung mit verjüngtem Personal, durchaus auch von Sorge um die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Lande und der Ablehnung der Gewalt getragen, von Magnago – der Gewalt ablehnte – aber ebenso berechtigt auch als machtpolitischer Angriff auf seine Position verstanden und entsprechend zurückgewiesen. Letztlich führte der *Aufbau* umgekehrt für einige Jahre wieder den bereits ins Abseits gedrängten Hans Dietl, einen politischen Verbindungsmann des BAS, mit Silvius Magnago zusammen (Peterlini 2007a, 218ff).

Ein anderer Vorwurf lautet: Österreich war mit der Feuernacht und der daraufhin von Innenminister Scelba installierten 19er-Kommission vom Verhandlungstisch weggebombt worden. Tatsächlich eröffnete die 19er-Kommission erstmals einen inneritalienischen Verhandlungsweg zwischen Bozen und Rom – aber wo liegt der Schaden? Erstmals wurde die politische Vertretung der Südtiroler ernst genommen, wenngleich es langen Mühens bedurfte, um aus einer wahrscheinlich als Abwiegung gedachten Kommission eine ernsthafte Verhandlungsplattform zu machen – aber es gelang. Ein Schaden wäre es vielleicht gewesen, wenn Italien im selben Zug die Verhandlungen mit Österreich abgebrochen hätte, aber das tat es weder nach der Feuernacht noch nach den schwerwiegendsten Blutbädern der späten Phase. Kreisky gelang es sogar, nach der Feuernacht – und trotz des Baus der Berliner Mauer als weltpolitisch alles andere an den Rand drängendes Ereignis im Sommer 1961 – das weltpolitische Randproblem Südtirol im Herbst 1961 ein zweites Mal hintereinander auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen zu setzen und eine zweite Resolution zu erwirken, mit Müh und Not, aber immerhin. Wo ist der Schaden? Die Art, wie die Attentate in New York gewirkt haben mögen, war freilich nicht geplant und sicher nicht gewollt: Kreiskys Hinweise auf die Folterungen unmittelbar nach dem Tod von Franz Höfler, dem jener von Anton Gostner folgen sollte, machte vor den Vereinten Nationen großen Eindruck, wie der damalige SVP-Beobachter Alfons Benedikter an Hans Dietl schrieb (Widmann 1998, 640f).

Auch Steininger und Fasser räumen ein, dass die Folterungen und – alles überraffend – vor allem der Mailänder Prozess Wirkungen zeigten. Er beeinflusste vielleicht weniger, wie oft mythologisierend übertrieben wird, die *Weltöffentlichkeit*, wohl aber die Stimmung in Italien. Aber lassen sich die Taten von den Bedeutungen trennen, die sie stiften? Können wir die Anschläge isolieren und von den Folterungen und den Gerichtsprozessen absondern wie Bakterienkulturen in einem Reagenzglas? Solche gedankliche Operationen sind möglich, aber sie verwechseln Geschichtsschreibung mit einer exakten Wissenschaft (die so exakt dann auch wieder nicht ist) und erliegen dem Charme monokausaler Erklärungsstränge: Die Formel, die Anschläge hätten politisch klar geschadet, ist nur die Negation der Formel, dass die Anschläge genutzt haben – sie bewegt sich auf derselben kausalistischen, vereinfachenden, die Komplexität der Wirklichkeit aussparenden Denkschiene. Der Mythos wird nicht dekonstruiert, wird nicht leichter und durchschaubarer gemacht, sondern mit dem Hammer von Gegenmythen zertrümmert – und dadurch erst recht gestärkt.

Beides ist wahr und beides ist unwahr: Die Anschläge haben geschadet, den AttentäterInnen selbst, sie haben die Politik großen Belastungen ausgesetzt, sie haben das Verhandeln erschwert, sie waren zum Teil – vor allem in der Schlussphase – auch gegen die Verhandlungen gerichtet, weil faule Kompromisse befürchtet wurden und auch weil der Blick von Gejagten und Jägern zu eng wird für weite politische Lösungen. Die Anschläge haben großes Leid über alle Betroffenen gebracht, manches davon ist noch nicht verjährt. Die Anschläge haben, mit welcher blauäugigen guten Absicht sie auch begonnen wurden, unweigerlich jene Eskalation erfahren, die der Gewalt innewohnt – staatliche Gegengewalt, Verschärfung der Mittel bei den AttentäterInnen, Verschärfung der Mittel bei den Fahndern bis hin zu Mord und Terror auf beiden Seiten. Dies nicht zu sehen hieße, Gewalt als zulässiges und bewährtes Mittel von Politik zu etablieren. Die Anschläge hatten aber auch ihre Wirkungen – auf die italienische Regierung, auf die Verhandlungen, die nun nicht mehr nur zum Schein geführt wurden, sie haben den Ernst der Lage und die Notwendigkeit einer politischen Lösung klar gemacht, sie haben gewirkt durch das Bekanntwerden der Folter, weil es Unrecht in krasser Weise sichtbar machte, sie haben gewirkt in den Auftritten der AttentäterInnen selbst im Mailänder Prozess (vgl. beispielsweise Gandini 1995, 154ff; Canestrini 1995, 147ff). Dort waren es nicht Diplomaten, nicht Politiker, nicht ideologische Hetzer, sondern die einfachen Leute um Kerschbaumer und dieser allen voran, die Eindruck machten – lässt sich das loslösen von dem, was sie getan haben? Ja wären sie überhaupt dort gewesen, wenn sie nicht etwas getan hätten?

Die Autonomie ist kein Kind der Anschläge, aber die Anschläge gehören zu ihrer Geschichte, sind ein Kind des Ringens um Autonomie, das auch beigetragen hat zum Autonomieprozess. Die AttentäterInnen mögen alles andere gewollt haben, aber sie haben sich in diese Geschichte eingetragen. Wer heute die Autonomie genießt, kann nicht so tun, als hätte es da eine großartige politische Leistung gegeben und daneben irgendwo ein paar Knallfrösche am Spielfeldrand der Geschichte. Er muss damit leben, dass zu dieser Autonomie auch ein gewaltsamer Übergang gehört, der in einer Endloskette der Gewalt hätte enden können, zum Glück aber politisch beendet wurde. Die Autonomie ist Kind einer – im Rückblick – begnadet besonnenen und vernünftigen Strategie, die den Druck der Anschläge zu nutzen wusste, ohne sich davon korrumpieren und unter Druck setzen zu lassen – zu nennen ist an erster Stelle Silvius Magnago, mit ihm aber auch die österreichische Politik und Diplomatie und der Verantwortungssinn der maßgeblichen italienischen Politiker der Mitte-links-Regierungen ab Ende 1963, allen voran Giuseppe Saragat und Aldo Moro.

6. Die Kultur des zivilen Widerstandes gegen die Kultur der Freiheitskämpfe

Ein Denkspiel: Würden wir trotz allem die Sicherheit haben, dass die Anschläge ein Fehler waren und nur Schaden anrichteten – wer sollte dafür verantwortlich gemacht werden? Die AttentäterInnen? Sepp Kerschbaumer, der jahrelang zögerte, bevor er schweren Herzens den Befehl zum Zuschlagen gab, weil es ihm sonst wohl auch entglitten wäre? Oder die Diplomaten und Politiker und Förderer, von denen einige zu den klügsten Köpfen ihrer Zeit gehörten und auch keinen besseren Rat wussten, als dass es Unruhe geben müsse in Südtirol, um Italiens Politik aus ihrer Unbekümmertheit zu wecken? Wer sollte da vor das moralisch-wissenschaftliche Gericht? Die Frage ist nicht lächerlich, denn wo Fehler sind, muss Verantwortung aufgezeigt werden, sonst war die Frage nach Schaden oder Nutzen das, als was sie sich häufig verrät: müßig. Die Anschläge sind nicht aus Launen heraus passiert, sondern aus einer damals subjektiv gefühlten – und daher objektiv nachträglich nicht widerlegbaren – Ohnmachtssituation.

Wenn die Frage, ob die Anschläge gut waren oder nicht, nicht müßig sein soll, dann muss sie im Kontext der politischen Kultur des Landes beantwortet werden, in der die TäterInnen ebenso agierten wie jene, die nicht TäterInnen waren, weil sie nichts taten. Es gibt viele Hinweise, dass die AttentäterInnen – warum nennt

man sie eigentlich nicht einfach nach dem, was sie getan haben? – dass also jene, die Attentate verübten, dies in einer Tradition taten, die bis auf Andreas Hofer zurückgeht: das Land durch Aufstand der kleinen Leute zu befreien, den Feind aus dem Land zu werfen durch Überfälle und Überraschungsschläge, vermeintlich zumindest im Dienst des turnusmäßigen Kaisers oder Kreiskys. Die Attentatsbewegung zog Kraft aus dem Gedenkjahr 1959 an die Freiheitskämpfe von 1809, aus den Hofer-Schauspielen, aus dem Landesfestumzug in Innsbruck, aus der Revitalisierung einer bis dahin resignierten Stimmung. Kerschbaumer, Amplatz, auch Klotz wurden, als man sie ins Grab legte, als jeweils neuer *Andreas Hofer* apostrophiert. Mythen sind Handlungs- und Rollenangebote an immer neue Generationen, sie verarbeiten die Geschichte eines Landes zu einem Drehbuch auch für die Zukunft, dem schwer zu entrinnen ist: In den Kampf gezogen seien 1809 und 1961 die Bauern und Handwerker, die Städter seien jeweils daheim geblieben, sagt Sepp Innerhofer, der in Meran in einem Hofer-Schauspiel mitspielte (Peterlini 2005, 122).

In der Aussage liegt, unbewusst, auch eine Blickverschiebung, weg von den Aufständischen, hin zu einem kulturellen gesellschaftspolitischen Muster. *Unruhen* hatte sich auch Viktoria Stadlmayer gewünscht, es lag auf der Hand, dass Südtirol sonst nie etwas bekommen würde, sie wählte dafür die eigenwillige Formulierung: „Ein tätiges, aber nicht kriminelles Sich-nichts-mehr-gefallen-Lassen“ (Peterlini 2005, 57). Kerschbaumer war ein einsamer Kämpfer in dieser Übung: sein Hungerstreik, seine Bittbriefe, die landesweiten Aktionen, die verbotene Tiroler Fahne zu hissen oder Felswände rot-weiß zu bestreichen, schließlich das verbotene Fahnenhissen bei hellichtem Tag, um verhaftet und verurteilt zu werden und den Staat dadurch ins Unrecht zu versetzen. Sein Scheitern mag darin liegen, dass er schließlich der Versuchung des Befreiungsschlages erlegen ist, er war ein gottesfürchtiger, frommer Mann, aber kein Gandhi – er ließ sich, wie übrigens auch Andreas Hofer, treiben vom Ruf nach Gewalt.

Wer nachträglich vom besseren Weg des zivilen Widerstandes schwärmt, muss doch die Frage stellen: Warum ist Kerschbaumer allein geblieben? Sigmundskron war eine Massendemonstration, ein starkes Signal, aber in der SVP wurde es von den Kräften der späteren *Aufbau*-Bewegung zum Anlass, Silvius Magnago zu einer Kursmilderung zu zwingen; auf Sigmundskron folgte wenig, was Italien wirklich zum Einlenken bewegt hätte, noch 1960 wurden in Bozen an einem Sonntagmorgen Kirchgänger niedergeknüppelt, weil sie trotz untersagter Andreas-Hofer-Feier das Andreas-Hofer-Lied anstimmten. Die Empörung wurde geschluckt, die Proteste versiegten. Die AttentäterInnen dafür verantwortlich zu machen, dass sie „kei-

nen anderen Weg“ mehr sahen (Mitterhofer/Obwegs 2000, Seite?), blendet den Anteil aller anderen aus, die Zivilcourage vermissen ließen. Als die Schreie der Gefolterten in Eppan, in Neumarkt, in Meran auf die Straße drangen, blieben die SüdtirolerInnen in ihren Betten. Die Verantwortung dafür, was 1961 explodiert ist, liegt auch bei einer Kultur, die den zivilen Widerstand nicht nur nie gewürdigt, sondern meist schwer geächtet hat. Tirol/Südtirol hatte (und hat weitgehend noch) keine Kultur der Zivilcourage, sondern eine Kultur des langwährenden Schluckens und eruptiven Ausbruchs, das Land der Freiheitskämpfe hat eine äußerst eingeschränkte Kultur zivilgesellschaftlichen Handelns. Die Grundhaltung ist Hinnehmen und Zurechtkommen, Sich-Arrangieren, die Veränderung wird an einige wenige delegiert, im Normalfall an die politische Klasse, im Ausnahmezustand an den Helden vom Dienst. Tausende Kerschbaumers, die Einzahlungen verweigern, wenn der Postschein nur italienisch ausgestellt ist, die der Polizei auf Deutsch antworten, die deutsche Lieder singen und sich schlagen lassen, die zivilen Widerstand leisten, die sich vor Gefängnisse stellen – das wäre zweifellos die schönere Variante der Südtiroler Geschichte gewesen. Aber das war es nicht: So bleibt das Unbehagen in der Geschichte und auch in der Kultur.

Anmerkungen

- 1 Schon am 27.3.1961 war, neben anderen BAS-Attentaten in derselben Nacht, an einem Baum in Salurn (wo die Grenze zwischen Südtirol und Trentino verläuft) an der Staatsstraße eine Sprengladung angebracht worden. Der Straßenwärter Giovanni Postal entdeckte sie und rief die Carabinieri. Als er am Morgen nach der Feuernacht wieder eine Ladung sah, versuchte er sie selbst vom Baum zu holen.
- 2 Der Mord wurde von dem in den BAS eingeschleusten Christian Kerbler mit einer Polizeiwaffe und in staatlichem Auftrag in der Nacht vom 6. auf den 7. September 1964 unter dem Eindruck (3.9.1964) der Ermordung des Carabinieri Vittorio Tiralongo verübt; Amplatz-Begleiter Jörg Klotz wurde von Kerbler schwer verletzt, konnte sich aber mit einem Gewaltmarsch über die Grenze retten.
- 3 Ehefrau des vom österreichischen Exil aus agierenden Attentäters Jörg Klotz. Um Druck auf ihren Mann auszuüben, wurde Rosa Klotz, trotz sechs zum Teil noch kleiner Kinder, vom Oktober 1966 bis Weihnachten 1967 in Untersuchungshaft gehalten.
- 4 Magnagos Wahl zum SVP-Obmann 1957 wurde von radikalen Kräften in der SVP im Sinne einer Ablösung der als zu schwach empfundenen Gründergeneration mitgetragen; Magnago wurde in der Folge auch Landeshauptmann und blieb es, als dominierende Persönlichkeit der Autonomieverpolitik, bis 1989. Die Attentate lehnte er strikt ab. Gargitter wurde 1952 zum Bischof geweiht, seine Versöhnungsbotschaft trug ihm in den patriotischen Kreisen den Schimpfnamen walscher Seppl ein.
- 5 Infolge eines Streites zwischen Bauernbuben und Finanzer, die lange friedlich miteinander gezecht hatten, kam in der Nacht vom 15. auf den 16. August 1956 der italienische Finanzbeamte Raimondo Falqui ums Leben. Fünf der Bauernburschen, die nie politisch aufgetreten waren, wurden zu unglücklichen Protagonisten einer politisch aufgeheizten Justizgeschichte. Die Härte der Vorgangsweise und Urteile gegen die Pfunderer Buam war einer der Auslöser für die Bildung des BAS in Nordtirol.
- 6 Die Kundgebung von Sigmundskron am 17. November 1957 war mit der Forderung des Los von Trient und der eindrucksvollen Beteiligung von 35.000 Menschen der Auftakt zum politischen Autonomiekampf.

Literaturverzeichnis

- Barthes*, Roland (1994). *Mythen des Alltags*. (Übers. Helmuth Scheffel), Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Baumgartner*, Elisabeth/*Mayr*, Hans (1995). Die Feuernacht, in: *Baumgartner*, Elisabeth/*Mayr*, Hans/*Mumelter*, Gerhard (1995). *Feuernacht. Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, 3. Auflage, Bozen: Raetia, 39–61
- Baumgartner*, Elisabeth/*Mayr*, Hans/*Mumelter*, Gerhard (1995). *Feuernacht. Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, 3. Auflage, Bozen: Raetia
- Blaas*, Mercedes (Hg.) (2005). *Der Aufstand der Tiroler gegen die bayerische Regierung 1809 nach den Aufzeichnungen des Zeitgenossen Josef Daney (Schlernschriften 328)*, Innsbruck: Universitätsverlag Wagner
- Brügger*, Niels/*Vigsø*, Orla (2008). *Strukturalismus*, Paderborn: Wilhelm Fink Verlag
- Canestrini*, Sandro (1995). Von Cesare Battisti zur Feuernacht. Wie ich die Südtiroler Befreiungsbewegung verstehen lernte, in: *Baumgartner*, Elisabeth/*Mayr*, Hans/*Mumelter*, Gerhard (1995). *Feuernacht. Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, 3. Auflage, Bozen: Raetia, 147–151
- Deleuze*, Gilles (1992). *Woran erkennt man den Strukturalismus?*, Berlin: Merve Verlag
- Devereux*, Georges (1988). *Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Gandini*, Umberto (1995). Wachsendes Unbehagen. Die Attentate und die italienische Öffentlichkeit, in: *Baumgartner*, Elisabeth/*Mayr*, Hans/*Mumelter*, Gerhard (1995). *Feuernacht. Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, 3. Auflage, Bozen: Raetia, 154–157
- Fasser*, Manuel (2009). *Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht von 1961*, Innsbruck: Studienverlag
- Fontana*, Josef (1978). *Der Kulturkampf in Tirol (1861–1892)*, Bozen: Athesia
- Freud*, Sigmund (1974) [1930]. *Das Unbehagen in der Kultur*. Studienausgabe Bd. IX, Frankfurt a. M.: Fischer
- Gatterer*, Claus (1968). *Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien*, Wien: Europa Verlag
- Gatterer*, Claus (1979). Südtirol und der Rechtsextremismus, urspr. in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.). *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Wien, 336–353, hier in: *Gatterer*, Claus (1991). *Aufsätze und Reden*, Bozen: Raetia, 285–310
- Gehler*, Michael (Hg.) (1996). *Verspielte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage 1945/1946 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation*, Innsbruck: Universitätsverlag Wagner
- Gehler*, Michael (2002). Von New York nach Kopenhagen. Der Weg zum historischen Kompromiss, in: *Solderer*, Gottfried (Hg.) (2002). *Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Autonomie und Aufbruch*, 5 Bd., Bd. IV 1920–1939, Bozen: Raetia, 12–41
- Heiss*, Hans/*Pfeifer*, Gustav (Hg.) (2000). *Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Bd. 10)*, Innsbruck: Studienverlag

- Langer, Alexander (1988). Zum Terrorismus: Institutionalisierte Polarisierung, in: *Stadlmayer, Viktoria/Langer, Alexander (Hg.) (1988). Terrorismus in Südtirol und seine Auswirkungen auf den Alltag der Bevölkerung.* www.alexanderlanger.org/de/199/1211 (1.12.2010)
- Langer, Alexander (1994). Auf dem rechten Auge blind, in: *südtirol profil* vom 7.11.1994. www.alexanderlanger.org/de/199/1203 (1.12.2010)
- Mitterhofer, Sepp/Obwegs, Günther (Hg.) (2000). *Es blieb kein anderer Weg ... Zeitzeugenberichte und Dokumente aus dem Südtiroler Freiheitskampf*, Auer: Arkadia
- Lechner, Stefan (2000). Gehen oder bleiben. Die Option 1939, in: *Solderer, Gottfried (Hg.) (2000). Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Faschistenbeil und Hakenkreuz*, 5 Bd., Bd. II 1920–1939, Bozen: Raetia, 282–296
- Pallaver, Günther (2009). Die Lichtung der Nebelwände. Vorwort, in: *Fasser, Manuel (2009). Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht von 1961*, Innsbruck: Studienverlag, 9–12
- Peterlini, Hans Karl (1999). Kampf der Nationalitäten. Der ethnische Konflikt spitzt sich zu, in: *Solderer, Gottfried (Hg.) (1999). Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Abschied vom Vaterland*, 5. Bd., Bd. I 1900–1919, Bozen: Raetia, 230–249
- Peterlini, Hans Karl (2005) [2. Auflage 2006]. *Südtiroler Bombenjahre. Von Blut und Tränen zum Happy End?*, Bozen: Raetia
- Peterlini, Hans Karl (2007a). Hans Dietl. Biografie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen. Mit Auszügen aus seinen Tagebüchern, Bozen: Raetia
- Peterlini, Hans Karl (Hg.) (2007b). *Silvius Magnago. Das Vermächtnis. Bekenntnisse einer politischen Legende*, Bozen: Raetia
- Peterlini, Hans Karl (2008). *Tirol – Notizen einer Reise durch die Landeseinheit*, Innsbruck: Haymon
- Peterlini, Hans Karl (2010). *Freiheitskämpfer auf der Couch. Psychoanalyse der Tiroler Verteidigungskultur von 1809 bis zum Südtirol-Konflikt*, Innsbruck: Studienverlag
- Solderer, Gottfried (Hg.) (1999). *Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Abschied vom Vaterland*, 5. Bd., Bd. I 1900–1919, Bozen: Raetia
- Solderer, Gottfried (Hg.) (2000). *Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Faschistenbeil und Hakenkreuz*, 5 Bd., Bd. II 1920–1939, Bozen: Raetia
- Solderer, Gottfried (Hg.) (2002). *Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Autonomie und Aufbruch*, 5 Bd., Bd. IV 1920–1939, Bozen: Raetia
- Steininger, Rolf (1999). *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Darstellung in drei Bänden*, Bozen: Athesia
- Steurer, Leopold (2000). Südtirol 1943–1946: Von der Operationszone Alpenvorland zum Pariser Vertrag, in: *Heiss, Hans/Pfeifer, Gustav (Hg.) (2000). Südtirol – Stunde Null? Kriegsende 1945–1946 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs, Bd. 10)*, Innsbruck: Studienverlag, 48–106
- Steurer, Leopold (2009). Historische Hintergründe zur Feuernacht. Über Ursachen, Verlauf und Konsequenzen der Südtirol-Attentate der 1960er Jahre. Nachwort, in: *Fasser, Manuel (2009). Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht von 1961*, Innsbruck: Studienverlag, 163–185
- Widmann, Franz (1998). *Es stand nicht gut um Südtirol. 1945–1972. Von der Resignation zur Selbstbehaftung. Aufzeichnungen der politischen Wende*, Bozen: Raetia

Abstracts

Il disagio nella storia. 50 anni di fuochi – un dibattito ancora aperto

Nella notte tra l'undici al dodici giugno 1961, esplosero in Alto Adige circa quaranta ordigni collocati con l'intento di distruggere altrettanti simboli e sovrastrutture dello Stato italiano. I tralicci distrutti furono trentasette. Fu il culmine di un'azione violenta del "Movimento per la liberazione del Sudtirolo" che si firmava con la sigla BAS (Befreiungsausschuss Südtirol). Già negli anni e soprattutto nei mesi precedenti la protesta contro la politica del governo ritenuta repressiva e ingiusta si era manifestata in attentati dinamitardi. Nel messaggio di rivendicazione, il BAS accusò il governo di "metodi fascisti" e reclamò il diritto all'autodecisione per l'Alto Adige. Gli organi di sicurezza, dopo una fase di disorientamento riuscirono ad arrestare nel giro di poche settimane quasi la metà dei "bombaroli", ricorrendo anche alla tortura. La maggior parte di coloro che si salvarono dagli arresti abbandonò il BAS, ma un gruppo ristretto, sostenuto da militanti austriaci e tedeschi, continuò la lotta armata, sempre più esasperata dall'esilio in Austria.

La "notte dei fuochi" è entrata nei miti politici della storia sudtirolese. Anche a distanza di cinquant'anni il dibattito sugli attentati degli anni Sessanta è segnato da valutazioni che oscillano tra la piena riabilitazione politica e pesanti riserve per un terrorismo che, nonostante il suo intento "soft" causò gravissime sofferenze alle vittime, alle loro famiglie e agli attentatori stessi.

Le malester tla storia. 50 agn dala „Feuernacht“ – na confrontaziun

Tla nôt danter i 11 y i 12 de jügn dl 1961, olach'al gnô do tradiziun impié sö i füc por la festa dl Cör de Gejù, él gnü fat jì ciarà 40 cíaries de esplosif te Südtirol. 37 stanges dla löm é gnüdes desdrütes. Chësc é stè le punt culminant di atentaç y dles aziuns de violënza dl „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS), metüdes man bele ti agn denant y portades inant cíamò ti agn dedô. Cun chëstes aziuns orô i mëmbri dl BAS protestè cuntra les „metodes de dominanza fascista“ dl stat democratich talian y ghiré le dërt de autodeterminaziun por Südtirol. Do la malsegurëza dles unitês antiteroristiches dl stat che ne savò te n pröm momënt nia co s'astilé, él gnü sarè ia arbitrariamënter cotan de porsones, olache n valgönes porsones inozëntes à messü lascè la vita por i maltratamënc comanà dal alt. Insciö é le BAS impröma gnü sarè ia y spo desdrüt te püices edemes.

La „Feuernacht“ alda pro i avenimënc dla storia jona de Südtirol incër chi ch'al s'à cherié n valgügn míc. Le confrunt cun chisc avenimënc porta val' iade a orëi plü ion s'ai desmentié y ai lascè sön na pert; da val' pert vëgni condanà y da val' atra pert vëgni tignis dër alalt. Ai 11/12 de jügn dl 2011 sarà avisa passè 50 agn dala „Feuernacht“.

The Discomfort of History. Fifty Years After the Night of Fire: a Debate

On the night of June 11th, 1961, more than 40 explosive devices blew up in South Tyrol during the Feast of the Sacred Heart, in which symbolic fires are traditionally set on the mountainsides. There were 37 power poles destroyed in the attacks. The series of attacks, which had been preceded by terrorist actions over the years and by more strikes in South Tyrol and northern Italy in the days and weeks that followed, was the culmination of the violent actions of the Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), or South Tyrolean Liberation Committee, which had been protesting against the “methods of the fascist dictatorship” in democratic Italy at the time, calling for self-determination for South Tyrol. After initial uncertainty on the part of the Italian state's anti-terror units, arbitrary arrests, and innocent victims of nightly shooting orders, the BAS was crushed, for the most part—only weeks after the first arrest.

The Night of Fire is one of the mythical and myth-building events in the recent history of South Tyrol: its reappraisal ranges from repression to condemnation to homage. The night of June 11th, 2011 marks the 50th anniversary of the Night of Fire.

Die Befriedung des Südtirol-Terrorismus

Verhandlungen, Konkordanzdemokratie und Machtteilung

1. Einleitung

Südtirol gilt heute als Musterbeispiel, wie ein ethnischer Minderheitenkonflikt friedlich und im Konsens gelöst werden kann (Di Michele/Palermo/Pallaver 2007). Allerdings sind diesem Vorzeigemodell von heute Jahre der politischen Auseinandersetzungen vorausgegangen, die in den 60er-Jahren zur Anwendung von Gewalt durch die deutschsprachigen Südtiroler geführt hat, mit Terror-Nachwirkungen bis in die 80er-Jahre (Peterlini 1992, 2007)

Der Südtirol-Terrorismus war ein Akt des gewaltsamen Protestes gegen die Nicht-Durchführung der Autonomie und des Minderheitenschutzes, gegen die Angst des Identitätsverlustes, welche der deutsch- (und indirekt) der ladinischsprachigen Minderheit in der Provinz Bozen mit dem international zwischen Österreich und Italien abgeschlossenen Pariser-Vertrag von 1946 eingeräumt worden waren (Baumgartner/Mayr/Mumelter 1992). Es handelte sich um einen gewaltsamen Konflikt zwischen einer substaatlichen territorialen Einheit gegen den Zentralstaat, um einen Konflikt der Peripherie gegen das Zentrum. Mit der terroristischen Ge-

waltanwendung sollte die Sezession Südtirols von Italien und die Wiedervereinigung mit Österreich erreicht werden. Mit den Terrorakten sollte die Selbstbestimmung herbeigebombt werden (Fasser 2009).

Es war aber nicht nur ein innerstaatlicher Konflikt zwischen Peripherie und Zentrum, sondern ein grenzüberschreitender und somit ein internationaler Konflikt, weil sich an den Terroranschlägen nicht nur Südtiroler, sondern auch Österreicher, vor allem Nordtiroler, beteiligten, in der zweiten und dritten Phase auch Bundesdeutsche. Auf der Anklagebank Italiens saßen deshalb nicht nur Südtirol, sondern (unausgesprochen) auch Nordtirol und die Wiener Bundesregierung. Es war aber auch deshalb ein von Terrorakten begleiteter Konflikt, weil im Rahmen des Kalten Krieges Geheimdienste des Westens und des Ostens versuchten, die jeweiligen Konfliktgegner im jeweiligen Eigeninteresse gegeneinander auszuspielen (Pallaver 2008a).

Von der Typologie her betrachtet, kann man beim Südtirol-Terrorismus folgende Unterscheidungen vornehmen: Es handelte sich um einen ethnischen Konflikt, der nicht von zusätzlichen ideologischen oder konfessionellen Konflikten überlagert war. Es war auf politischer Ebene auch kein antagonistischer Konflikt, bei dem sich die beiden Gegner völlig unversöhnlich gegenüberstanden. Solche Konflikte sind nicht durch Kompromisse lösbar, sondern nur mit der Niederlage eines Konfliktgegners. Schließlich handelte es sich um einen asymmetrischen Konflikt, der sich zwischen zwei ungleichen Gegnern abspielte.

Bei der Analyse des Südtirol-Terrorismus und seiner Befriedung gehe ich von fünf zentralen Grundthesen aus:

1. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) als die alles dominierende politische Vertretung der deutschsprachigen Minderheit, aber auch die Kirche und die deutschsprachigen Medien lehnten jede Art von Gewalt ab, um eine Lösung herbeizuführen.
2. Die Lösung wurde auf dem Wege der Verhandlungsdemokratie gefunden, bei der alle Akteure Rom, Bozen, Innsbruck und Wien (im Hintergrund auch die UNO) einen Kompromiss erarbeiteten, der auf der Logik der Konkordanzdemokratie aufbaute und somit auf der politischen Inklusion aller Sprachgruppen im Sinne des *power sharing*.
3. Der Staat Italien hat seinerseits über relativ milde Gerichtsurteile versucht, die tiefen Gräben zuzuschütten und hat im Laufe der Jahre die ehemaligen Attentäter weitgehend amnestiert.
4. In Südtirol wurden die ehemaligen Attentäter gesellschaftlich integriert und deren Leistung für das Land seit Mitte der 70er-Jahre von der offiziellen Politik anerkannt.

5. Der Südtirol-Terrorismus wird heute kontrovers diskutiert, wobei die Bruchlinien des Diskurses innerhalb der deutschsprachigen SüdtirolerInnen heftiger sind als zwischen den Sprachgruppen.

Der Faktor Zeit spielt bei solchen Befriedungsprozessen eine wichtige Rolle. In Südtirol hat es 30 Jahre gedauert, bis der Streit zwischen Italien und Österreich vor der UNO als beendet erklärt wurde. Der historische und politische Streit rund um den Terrorismus ist allerdings noch offen.

Einleitend sollen einige theoretische Fragen über Versöhnungsstrategien nach einer terroristischen Phase behandelt werden und dabei auf internationale Fallbeispiele verwiesen werden.

2. Aussöhnung¹

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird dieses von einigen bereits als *Jahrhundert des Terrorismus* bezeichnet. Zwischen 1996 und 2005 sind die politischen Attentate sprunghaft angestiegen, von 237 auf 4.925, und damit auch die Anzahl der Toten von 570 auf 8.161 (Tosini 2007, IX, XI). Auf internationaler Ebene ist der *Krieg gegen den Terrorismus*, mit der Zerstörung der Twin-Towers im Jahre 2001 ausgerufen, nach wie vor im Gange, ohne dass es bislang eindeutige Sieger oder Besiegte gibt. Auf nationaler Ebene gibt es nach wie vor zahlreiche Konfliktzonen. In Kolumbien setzt die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) ihren Kampf gegen den Staat fort, in Spanien agiert die ETA (Euskadi Ta Askatasuna) nach wie vor mit Gewalt für einen unabhängigen Baskenstaat, um nur zwei Beispiele zu nennen.² Dabei ist auch die Typologie des Terrorismus zu unterscheiden, der national-separatistisch, ideologisch oder konfessionell motiviert sein kann, sich sehr oft aber auch überlappt, etwa separatistisch-konfessionell.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Anzeichen dafür, dass ein Friedensprozess mit Terroristen möglich ist, wie das Beispiel IRA (Irish Republican Army) in Nordirland zeigt. Besonders das Fallbeispiel Südafrika zeigt, dass vormalige terroristische Organisationen wie der African National Congress (ANC) zu einem anerkannten politischen Akteur mutieren kann.

Gerade die beiden letzten Beispiele führen zur Frage, wie eine Aussöhnung zwischen ehemaligen Gegnern, die die Auseinandersetzung mit terroristischen Mitteln geführt haben, möglich ist. Dabei blicken wir auf die substaatliche Ebene, wo sich ein Staat und ein substaatlicher Akteur gegenüberstehen.

Unter Aussöhnung kann man die Verbesserung oder Wiederherstellung einer unterbrochenen Beziehung zwischen antagonistischen Parteien verstehen. Die Konsequenz davon wäre, dass man den früheren Gegner nicht lieben muss ihm vergibt oder die Vergangenheit vergisst, sondern mit ihm koexistiert (Bloomfield 2005, 12). Man kann darunter auch die Wiederherstellung einer Gemeinschaft zwischen den früheren Unterdrückern und Unterdrückten verstehen. Ziel der Aussöhnung ist in jedem Falle die Schaffung einer funktionierenden Gesellschaft, die sowohl Opfer als auch Täter umfasst und die es beiden erlaubt auf einem gemeinsamen Gebiet in gegenseitiger Anerkennung zu leben.

Eine Reihe von AutorInnen geht von der These aus, dass die Voraussetzung dafür eine weitreichende soziale Transformation ist, verstanden als emotionale und psychologische Wende der Konfliktparteien hin zu einem gegenseitigen Verständnis, zu Anerkennung und Legitimation. Beide Konfliktparteien haben dazu ihre Einstellungen und Haltungen zum Konflikt selbst zu ändern und dabei vor allem die Negierung des anderen zu beseitigen. Gewaltakte hinterlassen individuelle und kollektive Verletzungen und Traumata, die es gilt durch die Beseitigung von Angst, Isolation, Schweigen und durch das Sprechen über das Leiden und die Wiederherstellung von sozialer Partizipation zu überwinden (Renner/Spencer 2010).

Ein zentrales Problem bei Prozessen der Aussöhnung ist das Spannungsverhältnis zwischen dem moralischen Anspruch auf Gerechtigkeit und dem politischen Anspruch auf Frieden. Von einem rechtsstaatlichen Standpunkt aus betrachtet, geht es um die Bestrafung von Akteuren, die im Regelfall Menschenrechte verletzt haben. Auf der anderen Seite geht es um eine moralische Dimension, wie sie es in Südafrika Mitte der 90er-Jahre im Prozess des *truth-telling* gegeben hat. Dieses Sprechen über und zur Wahrheit wurde dort als moralisch höherstehender Weg angesehen als das Streben nach Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien, Gerechtigkeit und Revanche (vgl. Wilson 2011). Amnestie und das Sprechen über die Wahrheit werden nach den Erfahrungen in Südafrika nicht nur als möglich erachtet, sondern als notwendig und als alternative Form der Gerechtigkeit, als *restaurative Gerechtigkeit*, angesehen. Nicht Bestrafung, sondern Aussöhnung gilt als Königsweg zum Frieden (Renner/Spencer 2010, 9).

Die Aussöhnung mit den Terroristen selbst beruht im Wesentlichen immer auf zwei Ebenen: auf der Ebene von Maßnahmen, um den Konflikt und die Gewalt zu beenden und um zu einer zumindest minimalen Übereinkunft zwischen den Konfliktparteien zu kommen. Darunter fallen etwa Maßnahmen wie Verhandlungen, Amnestieangebote, erste strukturelle Anpassungen wie die Entwaffnung und politische Integration. Nach dieser ersten Phase beginnt die zweite Phase der Aussöh-

nung auf einer möglichst weitreichenden psychologischen Ebene und auf einer möglichst breiten sozialen Basis, die zu einer grundsätzlichen Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen führt (Renner/Spencer 2010, 10).

International gesehen gibt es für alle Schritte Beispiele. Kontaktgespräche und Verhandlungen zwischen der Regierung und terroristischen Organisationen gab es in Nordirland (IRA) genauso wie in Spanien (ETA).³ Amnestieangebote gab es in der Türkei (PKK/Partîya Karkerén Kurdîstan), in Nordirland (IRA) oder Frankreich (FLNC/Fronte di Liberazione Naziunale Corsu). Politische Konzessionen zur Konfliktlösung gab es in Nordirland genauso wie in Korsika oder in Südafrika, wobei Südafrika auch für die Entwaffnung und politische Integration der ANC steht.

Maßnahmen zur Aussöhnung können auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen erfolgen. Auf individueller Ebene geht es darum, ehemalige Terroristen wieder in die Gesellschaft zu integrieren, um diese aus ihrer sozialen Isolierung und dem persönlichen Trauma herauszulösen. Dazu gehört auch die *track-two-diplomacy*-Strategie, bei der Akteure der beiden ehemaligen antagonistischen Lager zusammengeführt werden, um sich gegenseitig den jeweiligen Standpunkt zu erläutern. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen solcher Gruppen können wiederum ihre Gruppe beeinflussen und dadurch einen Beitrag zur psychologischen Befriedung des Konflikts leisten. Dabei arbeiten solche *Wahrheits-Kommissionen* auf einer individuellen wie auf einer gesellschaftlichen Ebene. Als Paradebeispiel kann hier nochmals die South African Truth and Reconciliation Commission (TRC) genannt werden. Solche Versuche gab es zudem in Nordirland, aber auch zwischen Israelis und Palästinensern, auch wenn es über die Erfolge solcher *community relations* unterschiedliche Meinungen gibt.

Neben diesen individuellen Maßnahmen gibt es Maßnahmen zur Aussöhnung auf einer gesellschaftlichen und politischen Ebene. Dazu wird die Aufarbeitung der Geschichte gezählt, das Sprechen über die Ereignisse, nicht die Verdrängung aus dem öffentlichen Diskurs. Dabei sollen alle Standpunkte mit einfließen, um die Möglichkeit einer eventuellen kollektiven Erinnerung zu schaffen (Renner/Spencer 2010, 16–20).

3. Der Fall Südtirol

Wie es im Einzelnen zur Befriedung des Südtirol-Terrorismus gekommen ist, soll ausgehend von den soeben angeführten theoretischen Zugängen anhand von den eingangs genannten fünf Thesen diskutiert werden.

These 1:

Die Südtiroler Volkspartei (SVP) als die alles dominierende politische Vertretung der deutschsprachigen Minderheit, aber auch die Kirche und die deutschsprachigen Medien lehnten jede Art von Gewalt ab, um eine Lösung herbeizuführen.

Im Gegensatz zu Nordirland oder dem Baskenland gab es in Südtirol nur für eine kurze Zeit eine Untergrundorganisation. Der *Südtiroler Befreiungsausschuss* (BAS) wirkte nur von 1957 bis 1961. Mit dem Jahr 1961 kann bereits sein Ende datiert werden, nachdem fast alle seine Mitglieder nach der größten Attentatswelle im Juni 1961 vom italienischen Polizeiapparat verhaftet wurden. Nur relativ wenige konnten sich durch die rechtzeitige Flucht nach Österreich der Verhaftung entziehen. Der BAS hatte sich zu Beginn seiner Tätigkeit von einer defensiven Motivation leiten lassen, vom Einsatz gegen die Unterdrückungsmaßnahmen durch den italienischen Staat, gegen die Ent-Heimatung der Südtiroler. Die Aktionen des BAS können als Kampf gegen den *inneren Kolonialismus* angesehen werden.

In der Anfangsphase stießen die Aktionen (Protestaktionen, Flugblätter, erst später Attentate) auf eine breite Sympathie innerhalb der Südtiroler Bevölkerung. Die Sympathie wurde auch vom Umstand gespeist, dass der BAS bei der Anwendung von Gewalt mit eigenem, etwas naivem Anspruch lediglich Attentate gegen Sachen verüben wollte, was aber nicht verhinderte, dass es trotzdem Tote zu beklagen gab. Die Hoffnung der Attentäter, vor allem jener aus Nordtirol, die Anschläge würden als Signal für einen Volksaufstand verstanden werden, verwirklichte sich aber nicht (Peterlini 2005, 128, 147).

Der Grund für diese attendistische Haltung der SüdtirolerInnen muss in ihrer Führung gesucht werden. Die Südtiroler Volkspartei, als ethnische Sammelpartei der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler 1945 gegründet, besaß bis 1964 das alleinige Vertretungsmonopol der Minderheit. Keine andere deutschsprachige Partei war bis zu jenem Zeitpunkt im Landtag vertreten. Seit den ersten Landtagswahlen im Jahre 1948 hat die SVP immer die absolute Mehrheit der Mandate erobert und immer den Landeshauptmann und die absolute Mehrheit der Regierungsmitglieder gestellt. Sie kann somit als demokratisch-hegemonische Partei im Südtiroler Parteiensystem bezeichnet werden (Pallaver 2010).

Auch wenn es einige Exponenten der SVP gab, die regen Kontakt zum BAS hatten (Peterlini 2005, 160), so gab es zwischen der Untergrundbewegung und der SVP keine akzeptierte, direkte Verbindung. Die SVP hat die Anwendung von Gewalt immer strikt abgelehnt. Das hatte mehrere Gründe. Der charismatische Leader der SVP Silvius Magnago (1914–2010), der die Partei von 1957–1991 anführte und von 1960–1989 Landeshauptmann von Südtirol war, war ein Realist. Die Wiedererrichtung Österreichs in den festgelegten Grenzen von 1938, der wichtige Nato-Partner Italien und der Ost-West-Konflikt hatten ihn zur Erkenntnis gebracht, dass eine Änderung der Staatsgrenzen nicht realistisch war und dass die einzige Chance für das Überleben der Minderheit darin bestand, eine substanziell ausgehandelte, finanziell abgedeckte, international abgesicherte Autonomie zu verwirklichen. Die Anwendung von Gewalt zur Forderung von Selbstbestimmung sah er als kontraproduktiv an. Vor allem hegte Magnago die berechtigte Befürchtung, der italienische Staat könnte die Attentate zum Vorwand nehmen, die SVP aufzulösen. Dies hätte bedeutet, dass die Minderheit ohne politische Vertretung dagestanden wäre und die Minderheit keine Verhandlungen mehr hätte führen können. Deshalb verurteilte Magnago noch am selben Abend der größten Attentatswelle (Juni 1961) die Anschläge mit ungeahnter Schärfe (Peterlini 2005, 131–132).

Zudem war der politische Verhandlungsprozess mit den beiden UNO-Resolutionen von 1960 und 1961 bereits eingeleitet worden. Italien hatte außerdem schon vor der Attentatswelle im Juni 1961 die Einrichtung einer Verhandlungskommission angedacht, mit der die Probleme der Autonomie und des Minderheitenschutzes in Südtirol neu diskutiert werden sollten. Das Ergebnis dieser 19er-Kommission, bestehend aus Vertretern des Staates und aller drei Sprachgruppen des Landes, war ein Maßnahmenpaket, das 1969 unter dem Namen *Paket* im Einvernehmen mit der SVP verabschiedet und Grundlage für das Zweite Autonomiestatut von 1972 wurde, das die Autonomie, den Minderheitenschutz und den wirtschaftlichen Aufschwung Südtirols einleitete.

Der Erfolg dieser Strategie geht unter anderem auch darauf zurück, dass eine verhältnismäßig sozial homogene, vor allem bäuerliche Bevölkerung loyal hinter ihrer Führung und den politischen Eliten insgesamt stand.

Diese Eliten, die alle in der SVP organisiert waren, hatten klare politische Ziele formuliert (Territorialautonomie), traten mit diesen Zielen in Verhandlungen mit Italien ein, zeigten sich flexibel und waren erfolgreich, wenn es galt, die erreichten Kompromisse bei der Bevölkerung auch zur Akzeptanz zu bringen. In strukturell heterogenen Gesellschaften wird eine solche Kompromissbereitschaft der politischen Eliten sehr erschwert. Denn radikale und um Einfluss konkurrierende Eliten,

die mit den ausgehandelten Kompromissen unzufrieden sind, nutzen solch soziale und politische Heterogenitäten aus, um die ausgehandelten Kompromisse zum Kippen zu bringen, die verhandlungsführende/n Partei/en zu spalten und eventuelle Konkurrenzunternehmungen ins Leben zu rufen.

Der SVP ist es letztlich gelungen, auch dank ihrer starken Leadership, für ihre Politik eine maximale Loyalität in der Bevölkerung zu erzielen. Die starke Verankerung der Partei auf dem Territorium verhinderte, dass Vertreter extremer Positionen gesellschaftliche Schichten mobilisierten oder bei Verhandlungen extreme Positionen vertreten konnten. Auch darf nicht vergessen werden, dass die Eliten in Südtirol, vor allem aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus, an einem Kompromiss mit Italien interessiert waren (Pallaver 2002, 98–99).

Die Position der SVP wurde durch zwei weitere wichtige gesellschaftliche Akteure unterstützt. Die katholische Kirche war in der Südtiroler Gesellschaft stark verankert und besaß eine geistige Führungsfunktion. Die Kirche lehnte Gewalt als Konfliktlösungsinstrument aber strikt ab. Das Südtiroler Kirchenoberhaupt, Bischof Josef Gargitter, nahm gegenüber den römischen Regierungsstellen kein Blatt vor den Mund und forderte den Schutz der sprachlichen, kulturellen, politischen und sozialen Identität der SüdtirolerInnen, ließ aber politische Hardliner sowie die Terroristen von allem Anfang an wissen, dass die Kirche jede Gewaltanwendung ablehne und vom Rechtsweg nicht abzugehen bereit sei (Steurer 2009, 169).

Schließlich spielte auch die einzige deutschsprachige Tageszeitung „Dolomiten“ eine zentrale Rolle. Das Blatt, hinter dem als Mehrheitseigentümerin die Kirche stand, aber auch einflussreiche Wirtschaftskreise, verurteilte von Anfang an den Terrorismus. Die mediale Aufarbeitung ging nicht in Richtung Aufheizung des politischen Klimas, sondern in Richtung Abkühlung (Peterlini 2005, 165).

Österreich, vor allem Tirol, stand anfänglich den Attentaten in Südtirol emotional positiv gegenüber, doch hat Wien offiziell die Attentate nie unterstützt und immer verurteilt (Kreisky 1988, 158).

These 2

Die Lösung des Südtirolproblems wurde auf dem Wege von Verhandlungen angestrebt, in die alle betroffenen Akteure eingebunden wurden. Das Ergebnis war eine Konkordanzdemokratie, die auf dem Prinzip der politischen Inklusion aller Sprachgruppen beruht. Eine weitreichende Autonomie und deren großzügige finanzielle Absicherung führte dazu, dass die dominierte zur dominanten Minderheit aufstieg.

Sowohl die Regierung Österreichs als auch die politische Führung der Südtiroler Volksgruppe setzten auf Verhandlungen. Schon 1957 hatte der Obmann der

SVP, Silvius Magnago, nicht das *Los von Rom*, sondern das *Los von Trient* ausgerufen, also nicht Selbstbestimmung, sondern Autonomie.

Österreich hatte das Südtirolproblem 1960 und 1961 vor die UNO gebracht, wo die Anliegen der Minderheit vor allem von den Staaten der Dritten Welt unterstützt wurden. Mit dem Argument, es handle sich um ein rein inneritalienisches Problem, hatte Italien mit allen Mitteln zu verhindern versucht, dass das Südtirolproblem auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt würde. Der Umstand, dass dies aber erfolgte, war für Italien eine politische Niederlage (Egen 1997).

Die UNO war für die Pazifizierung des Südtirolkonflikts aus mehreren Gründen von großer Bedeutung. In erster Linie für die Minderheit selbst, weil die höchste internationale Instanz von ihr Kenntnis genommen hatte, weil die Minderheit das Gefühl hatte, für die Zeit einer Debatte in der Generalversammlung im Mittelpunkt des Weltinteresses zu stehen und somit nicht allein zu sein. Dies war für die Südtiroler Minderheit ein äußerst wichtiger psychologischer Faktor.

Die UNO hatte Italien und Österreich aufgefordert, sich an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu setzen, um das Problem zu lösen. Damit hatte die UNO im Gegensatz zur These Italiens Österreich als legitime Schutzmacht der SüdtirolerInnen sowie die Eingeschränktheit der territorialen Souveränität Italiens über Südtirol anerkannt. Südtirol hatte dadurch jederzeit die Möglichkeit, sich an die Schutzmacht Österreich zu wenden. Der Beschluss der UNO legitimierte so die Position Österreichs als Verhandlungspartner Italiens in der Südtirolfrage.

Obgleich Italien in New York eine politische Niederlage erlitten hatte, weil die Südtirolfrage nicht als rein nationales, sondern als internationales Problem anerkannt worden war, hatte es die schlimmste Befürchtung überstanden. Italien hatte nämlich befürchtet, Österreich werde die Selbstbestimmung für Südtirol im Sinne der Sezession von Italien verlangen. Obgleich die SüdtirolerInnen und Teile der politischen Klasse Österreichs auf dieses Ziel hinsteuerten, war Außenminister Kreisky Realist genug, um davon Abstand zu nehmen. Für ihn war die Verwirklichung einer substanziellen Autonomie für Südtirol, wie sie im Pariser Vertrag von 1946 verankert war, politisch durchsetzbar, die Selbstbestimmung nicht.

Ganz entscheidend war aber, dass die UNO die beiden Länder Österreich und Italien zu bilateralen Gesprächen führte. Beide Seiten mussten erhebliche Anstrengungen aufbringen, um die Komplexität des Problems zu erfassen, vor allem auch, um mit dem politischen Blick des jeweils anderen Kompromisslösungen vorzuschlagen und zu akzeptieren (Gehler 2003, Steininger 2006).

Die UNO blieb bis 1992 formell der Wächter über den Fortgang der Konfliktlösung, als der Streit zwischen Italien und Österreich in New York offiziell als been-

det erklärt wurde. Die UNO hatte vor allem in den beiden Debatten 1960 und 1961 eine wichtige Rolle gespielt, weil das diplomatische Eis zwischen Italien und Österreich gebrochen werden konnte. Politisch und vor allem psychologisch hatte die UNO bei der Lösung des Südtirolkonflikts eine friedensstiftende Funktion ausgeübt (Steininger 1995).

Selbst in Zeiten der kommunikativen Funkstille zwischen Italien und Österreich, wie in der Phase der Terroranschläge, gab es jenseits der UNO eine Plattform, wo sich Vertreter beider Akteure regelmäßig trafen. Das 1949 abgeschlossene *Accordino* zum bevorzugten Warenaustausch zwischen der Region Trentino-Südtirol und den beiden Bundesländern Tirol und Vorarlberg bildete so eine institutionalisierte Plattform, wo ein permanenter Dialog stattfand. Solche permanente Dialog- und Verhandlungsforen sind wichtige Instrumente für den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen.

Trotz anfänglicher Ablehnung, den Status quo der Südtiroler Autonomie zu diskutieren, setzte der italienische Staat im September 1961 die sogenannte 19er-Kommission ein, der die Aufgabe übertragen wurde, die Südtirolfrage unter allen Gesichtspunkten zu studieren und Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Die Kommission setzte sich aus sieben Südtirolern, einem Ladinern und elf Italienern zusammen. Die Zusammensetzung war Ausdruck des neu eingeschlagenen Weges der Verhandlungsdemokratie und des Einschlusses aller direkt betroffener Akteure (Gatterer 1968, 1256).

Wenn es zu dieser neuen Logik der Verhandlungsdemokratie in Italien gekommen ist, dann in erster Linie deshalb, weil sich das Parteiensystem nach einer rund zehnjährigen Phase des *Centrismo*, bei der die *Democrazia Cristiana* öfters von außen vom neofaschistischen MSI unterstützt worden war, zum *Centro-Sinistra* entwickelt hatte. Die Mitte-links-Koalitionen ab 1963 legten eine viel größere Sensibilität gegenüber (ethnischen) Minderheiten an den Tag als dies die Mitte-rechts-Regierungen getan hatten. Außerdem hatte auch das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) vor allem unter den Katholiken in Italien diese Sensibilität gegenüber Minderheiten gefördert. Wie auf gesamtstaatlicher Ebene kam es innerhalb der italienischen politischen Eliten auch auf Ebene der Region Trentino-Südtirol und der Provinz Bozen zu minderheitenfreundlichen Einstellungen (Steurer 2009, 172).

Die 19er-Kommission war zwar eine rein inneritalienische Einrichtung, die Einbindung Österreichs erfolgte aber auf zwei Ebenen. Die SVP informierte Wien und Innsbruck laufend über die Ergebnisse der Verhandlungen, alle politischen Schritte wurden mit Österreich abgesprochen. 1964 legte die Kommission ihre Ergebnisse vor, die schließlich nach weiteren Verhandlungen zwischen Wien und

Rom 1969 im sogenannten Südtirol-Paket mündeten. Es handelte sich um 137 Maßnahmen zum besseren Schutz der Südtiroler Minderheit und zum Ausbau der territorialen Autonomie (Steininger 1997, 501).

Aufschlussreich ist, dass die Attentate zwischen der Südtiroler Feuernacht 1961 und der Annahme des Pakets durch die SVP im Jahre 1969 ganz eindeutig gegen eine Lösung im Sinne einer Autonomie gerichtet waren. Die Terroristen dieser zweiten Phase waren mehrheitlich Österreicher, vor allem Nordtiroler, aber auch bundesdeutsche Neonazis, die nach wie vor die Sezession Südtirols anstrebten und sich nicht scheuten, auch Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Die Attentate erfolgten in der Regel immer im Vorfeld der Verhandlungen zwischen Italien und Österreich und sollten Italien dazu verleiten, die Verhandlungen mit Österreich abzubrechen (Peterlini 2005, 187).

Trotz dieser gewaltsamen Provokationen gelang es den Terroristen nicht, die politische Führung der SVP, von Innsbruck, Wien und Rom von ihrem Weg der Verhandlungsdemokratie abzubringen. Das Ergebnis war 1972 das sogenannte *Zweite Autonomiestatut*, das auf den Maßnahmen des Südtirol-Pakets beruhte.

Die neue Landesverfassung legte die Grundlagen für eine gut funktionierende Autonomie fest, dessen politisches System der Typologie nach der Konkordanzdemokratie entspricht (*consociational democracy*).

Das Modell der Konkordanzdemokratie reduziert den politischen Wettbewerb und das Mehrheitsprinzip und betont stärker die Kooperation (Lehmbruch 1967; Lijphart 1977, 1984).

Dieses Modell geht von der Zusammenarbeit verschiedener Parteien und politischer Lager aus, die durch das Vetorecht der Minderheiten und durch einen Elitenkonsens gekennzeichnet ist. Mehrheit und Minderheit teilen sich die politische Macht, wobei die Zuteilung politischer Macht nur eingeschränkt das Ergebnis von Wahlen ist. Die Verteilung der Macht wird in Südtirol durch die Wahlen und durch den ethnischen Proporz geregelt. Dadurch soll keine Sprachgruppe von der politischen Macht und von den wirtschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen werden.

Dieses Grundprinzip des *power sharing* (Sisk 1996) weist auf vier Grundprinzipien hin, die in ethnisch fragmentierten Gesellschaften eine besondere Ausgestaltung finden.

1. Beteiligung aller relevanten Sprachgruppen an der (Regierungs-)Macht und an nachgeordneten verschiedenen Subsystemen. Es handelt sich dabei um das Prinzip der Inklusion aller Sprachgruppen.

2. Entscheidungsautonomie der jeweiligen Sprachgruppen in Fragen, die nicht von gemeinsamem Interesse sind. Im Wesentlichen betrifft dies den Gruppenschutz im Bereich der Kultur- und Schulautonomie.
3. Verhältnismäßige Vertretung der einzelnen Sprachgruppen in politischen Organen (über das Verhältniswahlssystem), bei Einstellungen im öffentlichen Dienst (ethnischer Proporz) und bei der Zuweisung von öffentlichen Geldern.
4. Vetorecht der jeweiligen Sprachgruppe, wenn es um die Verteidigung zentraler Interessen des Gruppenschutzes geht und die vereinbarten Formen der Konfliktregelung nicht greifen.

Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines solchen Konkordanzmodells in ethnisch fragmentierten Gesellschaften ist ein Klima der Toleranz und des Dialogs, die sogenannte „institutionelle Gleichheit“ (Pallaver 2008).

Die Grundelemente dieses Konkordanzmodells lassen sich in Südtirol zwischen den Eliten der deutschen (sowie ladinischen) und italienischen Sprachgruppe feststellen, wie auch auf internationaler Ebene und im Verhältnis zwischen dem Staat Italien und Südtirol.

Diesem Elitenkonsens kam die gemeinsame ideologische Basis noch entgegen. Die beiden dominanten Parteien dieses Elitenkonsenses waren katholisch. Die SVP bezeichnete sich, obwohl als Sammelpartei aller SüdtirolerInnen zu innerem politischen Pluralismus verpflichtet, seit 1964 auch offiziell als eine Partei, die sich christlich-sozialen Grundsätzen verpflichtet fühlte. Auf der anderen Seite stand die Democrazia Cristiana, die sich als katholische Volkspartei verstand.

Trotz der vielen Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Autonomie, trotz einer Ablösung der eher liberalen Kräfte innerhalb der SVP durch eine bäuerlich-konservative Elite Ende der 50er-Jahre und der damit eingeschlagenen *schärferen Tonart*, trotz der Terroranschläge die ganzen 60er-Jahre hindurch, verließ die deutschsprachige politische Elite niemals den Weg der Legalität und hielt am Pakt mit den italienischen, im Wesentlichen katholischen Eliten fest.

Dasselbe gilt für die italienischen Eliten, die trotz vieler Vorbehalte gegen die Autonomie den Weg des Dialogs nie aufgaben. (Berloffia 2004) Trotz des auf beiden Seiten sehr bald wieder einsetzenden Nationalismus in den 80er-Jahren wurde dieser soziale Dialog nie mehr abgebrochen. Dieser Elitenkonsens schlug sich im Verfahren zur Autonomie und in der Substanz der konkreten Ausgestaltung der Autonomie nieder und bedeutete, dass in wesentlichen Fragen keine Entscheidung gegen das Veto einer Sprachgruppe erfolgen kann. Diese innenpolitische Dimension auf Landesebene wird durch die außenpolitische Dimension im weiteren Sinne ergänzt. Die Durchführung von Maßnahmen zur Südtirol-Autonomie erfolgt nach

wie vor über eine Reihe von Kommissionen, in denen Exponenten des Staates, der Region bzw. der Provinz und der Minderheiten vertreten sind. Österreich als offizielle Schutzmacht der Südtiroler Minderheit wird kontinuierlich über alle Fragen die Minderheit und die Autonomie betreffend informiert.

Diese Verhandlungsdemokratie im Rahmen des erfolgreichen Konkordanzmodells, in dem keine relevante Gruppe ausgeschlossen ist, hat den Attentätern jegliche politische Legitimation und breitere Sympathien entzogen.

These 3

Der Staat Italien hat seinerseits über relativ milde Gerichtsurteile versucht, die tiefen Gräben zuzuschütten und im Laufe der Jahre die ehemaligen Terroristen weitgehend amnestiert.

Zwei Jahre nach der Feuernacht im Juni 1961 begann gegen 94 Personen ein Gerichtsverfahren. Angeklagt waren 87 Südtiroler, sechs Österreicher und ein Bundesdeutscher. 68 davon befanden sich in Haft. Den Angeklagten wurden Anschläge auf Leitungsmasten, Wohnhäuser im Rohbau und militärische Einrichtungen zur Last gelegt. Es gab eine Kollektivanklage wegen Mordes, da ein Straßenwärter beim Hantieren an einer Sprengladung getötet worden war, vor allem aber gab es eine Anklage wegen Hochverrats (Steininger 1997, 493).

Es gab zwar einige hohe Haftstrafen – bis zu 25 Jahre – aber im Durchschnitt fielen die Strafen relativ milde aus.

Die Urteile fielen auch deshalb weniger hart und weniger hoch aus, weil der Präsident des Schwurgerichts die von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklage wegen *Anschlag auf die Einheit des Staates und Anschlag auf die Verfassung*, worauf lebenslänglich stand, fallen ließ, genauso wie die kollektive Anklage wegen Mordes. Dadurch änderten sich die Straftatbestände und die damit verbundenen Strafen.

Dies war aber nur deshalb möglich gewesen, weil die Angeklagten auf Anraten ihrer Verteidiger als Ziel ihrer Anschläge nicht die Selbstbestimmung und somit die Sezession Südtirols angaben, sondern die Verwirklichung der Autonomie. Die *milden* Urteile waren aber nicht nur wegen der Änderung der Straftatbestände erfolgt, sondern auch, weil die italienische Regierung interveniert hatte. Dies wurde von den Angeklagten, von der SVP und von Österreich als Zeichen des guten Willens interpretiert. Viele der verurteilten Südtiroler wurden später auch vorzeitig aus der Haft entlassen (Steininger 1997, 493–494).

Der Prozess in Mailand hatte aber auch eine über seine strafrechtlichen Aspekte hinausgehende Funktion der Aufklärung. Wegen der großen medialen, gesamtitali-

enischen Resonanz, die der erste Mailänder Sprengstoffprozess hatte, wurde den ItalienerInnen über die Medien *Nachunterricht* über Südtirol erteilt. Dadurch konnten Unwissenheit und Vorurteile gegenüber Südtirol abgebaut werden. Der Staat zeigte auch dadurch Entgegenkommen, dass er die Verurteilten im Laufe der Jahre von verschiedenen Gefängnissen in Oberitalien ins Gefängnis nach Trient verlegen ließ, wo die Verwandten die Straftäter leichter und ohne großen Zeitaufwand besuchen konnten.

Wenn durch das Mailänder Gericht eine erste Geste der Versöhnung erfolgt war, die auch vom Staat unterstützt wurde, so hatte eben derselbe Staat seine Kreditwürdigkeit durch die Folterungen verspielt, die gleich nach den Verhaftungen im Juni 1961 erfolgt waren und wegen derer einige Attentäter bleibende körperliche Schäden erlitten oder sogar den Tod gefunden hatten. Die Prozesse gegen die Peiniger endeten alle mit Freisprüchen oder die Straftaten fielen unter Amnestie (Gatterer 1968, 1254–1255).

Im Zuge der Annahme des Pakets (1969) und der Verabschiedung des Zweiten Autonomiestatuts (1972) – Ergebnis der politischen Verhandlungen zwischen Südtirol, Italien und Österreich – wollte der italienische Staat ein weiteres Zeichen der Versöhnung setzen und erließ zwar keine Generalamnestie, aber eine Reihe von Gnadenakten. Sie wurden als vertrauensbildende Maßnahmen verstanden, die für die Stimmung im Lande wichtig waren (Peterlini 2005, 315–316). Die verschiedenen Versuche seitens Österreichs und der SVP, alle in Gewaltakte involvierten Attentäter zu amnestieren, schlug insofern fehl, als Italien bisher nur jene ehemaligen Attentäter amnestiert hat, denen keine Tötung von Menschen zur Last gelegt wird.

These 4

In Südtirol wurden die ehemaligen Attentäter gesellschaftlich integriert und deren Leistung für das Land seit Mitte der 70er-Jahre anerkannt.

Die offizielle Politik verurteilte die Attentate mit aller Entschiedenheit, auch wenn informell dafür Sympathien zum Ausdruck gebracht wurden (Peterlini 2005, 158). Innerhalb der einfachen Bevölkerung gab es aber eine breite, zum Teil auch offene Sympathie für die Attentäter, auch wenn sich diese Sympathie nicht zur Rekrutierung neuer Attentäter entwickelte. Dafür gab es eine Reihe von Gründen: Die Attentäter hatten in den Augen der Bevölkerung aus idealistischen Gründen gehandelt, hatten Anschläge auf Objekte, nicht auf Personen verübt. Die Gründe für die Attentate, die sich gegen den in Autonomiefragen säumigen Staat Italien richteten, waren nachvollziehbar. Die *nationale Befreiung* durch die Sezession lag weit höher

im Kurs als die Autonomie. Schließlich waren es in der Anfangsphase der Attentate eigene Landsleute, nicht Personen, die von außen kamen.

Die Sympathie für die Attentäter kam auf verschiedene Art und Weise auch öffentlich zum Ausdruck. Die Häftlinge wurden so gut es ging von außen unterstützt. Die Prozesskosten wurden über Tarnwege vom österreichischen Staat oder vom Bundesland Tirol übernommen. Den Frauen der Häftlinge, die die Familie weiterbringen und den Hof bewirtschaften mussten, kam Nachbarschaftshilfe und finanzielle Unterstützung zugute (Kofler 2003). In Südtirol wurden Spendenaktionen von Privatpersonen und verschiedenen Organisationen durchgeführt, auch Vereinigungen im deutschsprachigen Ausland riefen zu Hilfsaktionen auf. Die aus der Haft entlassenen Häftlinge wurden in den Dörfern freudig empfangen, oft von den Bürgermeistern, oft spielte die Musikkapelle auf (Peterlini 2005, 217–218). Als der Anführer des BAS, Sepp Kerschbaumer, 1964 im Gefängnis von Verona starb, nahmen mehr als 30.000 Personen am Begräbnis teil. Unter ihnen befand sich auch Landeshauptmann Magnago (Fontana/Mayr 2000, 216).

Obgleich vielfach ihrer politischen, zum Teil auch ihrer bürgerlichen Rechte verlustig gegangen, wurde den Attentätern nach ihrer Freilassung von Personen aus der Zivilgesellschaft, aber auch aus der Politik (wenn auch nicht offiziell) vielfach geholfen, um sich wieder eine Existenz aufbauen zu können.

Diese Sympathie wurde allerdings nur den Attentätern der ersten Phase entgegengebracht, nicht mehr den Terroristen, die nach der Feuernacht 1961 zu Bomben und Maschinengewehren griffen. Die Politik hatte den Attentaten allmählich den Boden abgegraben.

Die Politik, namentlich die SVP, äußerte sich erstmals 1976 positiv über die Attentäter der Feuernacht. Zwei Jahre zuvor, 1974, war nämlich der *Südtiroler Heimatbund* gegründet worden, die Vereinigung der Südtiroler politischen Häftlinge (Der Südtiroler Heimatbund 2010), der die Autonomiepolitik der SVP immer schärfer angriff und wieder den Ruf nach Selbstbestimmung erhob. Vor allem in den 80er-Jahren entfernten sich viele der ehemaligen politischen Häftlinge und ihre Sympathisanten immer mehr von der SVP, die nach wie vor die konkrete Forderung nach Selbstbestimmung ablehnt.

Als Wahlverband des Heimatbundes unterstützten die ehemaligen Häftlinge ihre Kandidaten bei den Parlamentswahlen unter dem Parteilog *Süd-Tirol* im Jahre 1983 gegen die SVP (4,24 Prozent). Die Liste zog im November mit Eva Klotz, der Tochter des Terroristen Jörg Klotz, in den Südtiroler Landtag (2,54 Prozent). 1988 wiederholte Klotz mit der in Südtiroler Heimatbund (SHB) umbenannten Bewegung ihren Wahlerfolg (2,29 Prozent). Seit den Landtagswahlen von 2008 ist die

Partei unter ihrem neuen Namen *Süd Tiroler Freiheit* mit zwei Abgeordneten im Südtiroler Landtag vertreten (Pallaver 2007, 609, Pallaver 2010).

Die Einschätzung der politischen Lage und der Zukunft des Landes ist heute allerdings längst nicht mehr einhellig, sondern sehr unterschiedlich, was auch immer wieder zu Auseinandersetzungen unter den ehemaligen Attentätern führt.

Auf der Grundlage einer Befragung ehemaliger Attentäter von 1961 im Jahre 2009 lassen sich heute im Wesentlichen vier Positionen festhalten.

1. Kämpfer für das Tirolertum: Die größte Gruppe versteht sich als national-kämpferisch, als Bewahrer des Tirolertums. Diese stehen nach wie vor zur Forderung nach Selbstbestimmung und betrachten die Autonomie höchstens als Übergangslösung.

2. Stille Separatisten: Es ist jene Gruppe, die mit der erreichten Autonomie zwar im Wesentlichen zufrieden ist, diese aber nicht als optimale Lösung betrachtet, gleichzeitig aber nicht laut nach Selbstbestimmung ruft und sich auch aus dem Kampf mit friedlichen Mitteln für die Wiedervereinigung Tirols zurückgezogen hat.

3. Die Wahrer der Autonomie: Ein beachtlicher Teil der ehemaligen Attentäter befürwortet die Autonomie und deren Weiterentwicklung. Diese Gruppe hat sich von der Forderung nach Selbstbestimmung verabschiedet. Sie lehnt die Wiedervereinigung Tirols zwar nicht ab, hält dies aber für nicht realistisch.

4. Anhänger der Europaregion: Für diese kleinste Gruppe ist die politische Verwirklichung einer grenzüberschreitenden Europaregion *Tirol/Südtirol/Trentino* der europäische Ersatz für die Selbstbestimmung Südtirols (Fasser 2009, 104–120).

These 5

Der Südtirol-Terrorismus wird heute kontrovers diskutiert, wobei die Bruchlinien des Diskurses innerhalb der deutschsprachigen SüdtirolerInnen heftiger sind als zwischen den Sprachgruppen.

Wie kontrovers und emotionsgeladen die historische Aufarbeitung des Südtirol-Terrorismus und dessen politische Einschätzung nach wie vor ist, kommt schon dadurch zum Ausdruck, dass in der Alltagssprache und in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Begriffe zur Bezeichnung der Südtirol-Attentäter verwendet werden: Freiheitskämpfer, Terroristen, Attentäter, Aktivisten, *Bumser*. Hinter diesen Bezeichnungen stehen semantische Machtfragen. Wer die Fähigkeit besitzt, Begriffe inhaltlich zu besetzen, übt Macht aus, zumal Inhalte, die sich in diesem spezifischen Falle durchsetzen, über die Legitimation der Gewaltanwendung entscheiden.

Deshalb wird heute im offiziellen Diskurs immer häufiger der schwammige Begriff des *Aktivisten* verwendet. Dadurch werden die *guten* Aktivisten von den *bösen* Terroristen abgegrenzt, während der Begriff *Bumser* die Anschläge eher verharmlost und romantisiert. Hinter dieser semantischen Nebelwand lässt sich zugleich vieles verstecken, vor allem der Umstand, dass es beim Südtirol-Terrorismus unschuldige Tote auf beiden Seiten gegeben hat. (Pallaver 2009). Werden sozialwissenschaftliche Kategorien angewandt, so weisen die Mitglieder des BAS und die späteren Bombenleger in den Jahren zwischen 1962 und 1988 klare Merkmale einer terroristischen Bewegung auf (Waldmann 1998).

In der Beurteilung der Terroranschläge von damals muss zwischen den Positionen der deutsch- und italienischsprachigen SüdtirolerInnen differenziert werden. Die Haltung der italienischen Politik und Zivilgesellschaft ist so gut wie nicht kontrovers und drückt sich in der eindeutigen Verurteilung der Attentäter von damals aus, zumal auch weniger zwischen den verschiedenen Phasen der Terroranschläge und deren Motivation unterschieden wird. Die Verurteilung ist auch deshalb so eindeutig und bleibt meist ohne Hinterfragung der Motive, weil die Attentate nicht nur gegen den Staat, sondern im übertragenen Sinne gegen die ItalienerInnen in Südtirol gerichtet waren. Diese Wahrnehmung hat sich über all die Jahre auch deshalb kaum geändert, weil ehemalige Terroristen und diesen nahestehende Kreise und Organisationen den oft schon in der dritten und vierten Generation im Lande lebenden ItalienerInnen nach wie vor das Heimatrecht vorenthalten wollen.

Während es unter aufgeklärten italienischen Historikern längst differenzierte Positionen gibt (Romeo 2004), folgen solche vereinzelt auch schon auf politischer Ebene. Als 2009 der Südtiroler Landtag einen Beschlussantrag verabschiedete, mit dem eine Amnestie für die noch flüchtigen Attentäter gefordert wurde, stimmte ein italienisches Mitglied der Landesregierung dafür, ein anderes dagegen. Solche Ereignisse finden auf gesamtstaatlicher Ebene immer wieder große Medienresonanz (Selva 2009).

Was die deutschsprachige Seite betrifft, so hat sich die Beschäftigung mit dem Terrorismus und der öffentliche Diskurs darüber im Laufe der Zeit geändert. Schon in den 60er-Jahren gab es eine reichhaltige apologetische Literatur, erst relativ spät setzten sich vor allem Historiker und Historikerinnen kritisch mit den Bombenjahren auseinander. Die aktuelle Literatur bewegt sich zwischen eindeutiger Legitimation (z.B. Golowitsch 2009), kritischer Distanz mit menschlichem Verständnis bis Sympathie (z.B. Peterlini 2005, 2010) und historisch-politischer Kontextualisierung, die den Terrorismus negativ beurteilt (z.B. Steininger 1999, Fasser 2009, Steurer 2009).

Seit längerem dreht sich die Debatte vor allem um die Frage, welchen Stellenwert die Attentate für den Minderheitenschutz der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung gehabt haben. In dieser Frage stehen sich zwei Positionen diametral gegenüber. Die ehemaligen Bombenleger und ihnen nahestehende Kreise behaupten, dass ihr unmittelbares Ziel, nämlich die Verwirklichung der Selbstbestimmung und die damit verbundene Sezession Südtirols von Italien zwar nicht erreicht werden konnte, dass es aber nur dank der Attentate eine Initialzündung und politische Schubkraft in Richtung Verwirklichung der Autonomie gegeben habe. Indirekt sollte damit eine ex-post Legitimation der Terrorakte herbeigeführt werden, nachdem die damalige Machtriad in Südtirol (Politik, Kirche, Medien) die Attentate mit aller Deutlichkeit verurteilt hatte (Mitterhofer/Obwegs 2000).

Der Position *ohne Attentate keine Autonomie* stehen die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft entgegen. Auf die Attentate folgte eine Militarisierung Südtirols, Einschüchterungen und Folterungen der Verhafteten. Das Einlenken des Staates erfolgte nicht wegen des Drucks, den die Gewalt angeblich ausgeübt hatte, sondern weil sich die politischen Rahmenbedingungen geändert hatten.

Die Anschläge sollten unter anderem die von der UNO eingeforderten bilateralen Verhandlungen wiederum zum Stillstand bringen. Doch auf diese *Einbahnstraße* ließ Italien sich nicht ein. Bei den ersten Expertengesprächen nach der Feuernacht zwischen Österreich und Italien erwähnten die Italiener mit keinem Wort die Anschläge. Sie wollten weiterverhandeln und den Hardlinern keinen Grund liefern, die Gespräche abzubrechen. Einen Abbruch der Gespräche, wie von vielen Hardlinern in Süd- und Nordtirol gefordert, lehnte auch Österreich ab. Mit der Organisation der *Feuernacht* wurde genau das Gegenteil von den geplanten Zielen erreicht: keine Selbstbestimmung, kein Rückzug Italiens, Fortsetzung der Gespräche mit Österreich.

Die These schließlich, dass die Anschläge Italien veranlasst hätten, die 19er-Kommission einzurichten, deren Ergebnisse dann ins Paket und dadurch ins Zweite Autonomiestatut münden sollten, geht auch ins Leere. Der damalige italienische Innenminister Mario Scelba wollte diese Kommission, um Österreich und den Südtirolern zuvorzukommen. Sollten diese wiederum vor die UNO treten, wie dies 1961 der Fall war, konnte Italien auf seine Bereitschaft zu Gesprächen verweisen. Und in der Tat, auch der zweite Gang vor die UNO hatte nicht geholfen, sondern nur eine Wiederholung der Resolution von 1960 gebracht. Italien hatte seine 19er-Kommission ausgiebig ausgeschlachtet (Steininger 2007). Nach den Regierungen des *Centrismo*, bei denen die Democrazia Cristiana (DC) zum Teil von außen auch von den Neofaschisten unterstützt wurde, kam es in den Jahren zwischen 1960 und

1963 zur Öffnung der DC hin zu den Mitte-links-Parteien, die 1963 in der ersten Mitte-links-Koalition Italiens mündete. Sozialisten und Sozialdemokraten wie linke Katholiken brachten den Minderheiten ein weit größeres Verständnis entgegen als die ehemaligen Mitte-rechts-Regierungen. Auch das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) hatte zu dieser Sensibilisierung der (italienischen) Katholiken gegenüber Minderheiten beigetragen.

Rund um diese beiden antagonistischen Positionen kommt es zu immer wiederkehrenden Auseinandersetzungen im öffentlichen Diskurs. Tendenziell befindet sich der Südtirol-Terrorismus der ersten Phase (1957–1961) auf dem Weg der Verklärung, zu dem auch Filme beigetragen haben, die ein eher romantisches und Abenteuer-Bild der Ereignisse von damals zeichnen (Franceschini/Lechthaler 2005). Damit wird der Südtirol-Terrorismus immer mehr in eine unkritische, heroische Ecke geschoben, Gewalt wird dadurch (indirekt) legitimiert.

4. Resümee

Der Südtirol-Terrorismus war separatistisch ausgerichtet; er war nicht für die Demokratie, sondern griff zwecks nationaler Befreiung zur Gewalt und erlebte 1961 mit der *Feuernacht* seinen Höhepunkt. Die zweite Phase des Terrorismus während der gesamten 60er-Jahre und die dritte Phase in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts waren zwar blutiger als die erste Phase, sind aber im Wesentlichen schlechte Kopien der *Feuernacht*. Die Attentate fanden ohne Rückhalt in der Bevölkerung statt und schon gar nicht mit Unterstützung der politischen Eliten Südtirols und Österreichs.

Wenn man die Gewaltphasen, vor allem die erste rund um die *Feuernacht*, analysiert, so lassen sich aus den historischen Ereignissen einige Grundthesen für eine Aussöhnung nach der Phase des Terrorismus in Südtirol herausarbeiten.

Eliten: Der Vorteil im Südtirolkonflikt bestand in den politischen Rahmenbedingungen. Eine davon war eine kompakte politische Elite, die im Rahmen der Südtiroler Volkspartei imstande war, ihre Entscheidungen durchzusetzen. Die SVP erfüllte damals alle Voraussetzungen, von denen Nordlinger (1972) in seiner Arbeit über Konfliktregelungsmechanismen ausgeht, um sicherzustellen, dass die Vorherrschaft der Eliten gegenüber ihrer Gefolgschaft gewährleistet wird. Dazu gehören unpolitische Massen, eine folgebereite Bevölkerung gegenüber ihren Eliten, stabile *Patron-Klient*-Beziehungen und die Integration der Bevölkerung in modernen Massenparteien. Die Präsenz dieser Rahmenbedingungen verhinderte, dass Vertreter

extremer politischer Positionen Teile der Gesellschaft mobilisieren oder bei Verhandlungen extreme Positionen vertreten konnten. Die SVP und mit ihr die stark in der Gesellschaft verwurzelte Katholische Kirche sowie die relevanten Medien der Minderheit lehnten Gewaltanwendung als Mittel zur Konfliktlösung ab. Die Attentäter der *Feuernacht* konnten auf Sympathien in der Bevölkerung zählen, aber nicht mehr.

UNO: Den politischen Eliten Südtirols, aber auch Italiens und Österreichs ist es zu verdanken, dass nach den Attentaten ein langer Prozess von Verhandlungen eingeleitet worden ist. Wenn es dazu gekommen ist, so kann die Rolle der UNO nicht hoch genug eingeschätzt werden. Österreich brachte das Südtirol-Problem vor die UNO, verzichtete aber auf die Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit oder der Rückkehr Südtirols zu Österreich. Mit dem Argument, Südtirol sei ein rein inneritalienisches Problem, versuchte Italien zu verhindern, dass das Thema auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt würde. Die UNO klärte einige strittige, aber zentrale Fragen: Der Südtirol-Konflikt sollte auf dem Wege von Verhandlungen gelöst werden. Österreichs Rolle als Schutzmacht für Südtirol, begründet im Pariser Vertrag von 1946, wurde anerkannt. Der Südtirolkonflikt galt als internationales, nicht als rein nationales Problem. Bei allen Schwächen und Unzulänglichkeiten der UNO bildete diese eine Arena für die Weltöffentlichkeit, die Prestige und Anerkennung der einzelnen Staaten beeinflusst. Die Kraft der politischen Autorität hatte einen starken Einfluss auf das Verhalten der beiden Konfliktgegner Italien und Österreich. Wichtig war, dass die Kommunikation zwischen Österreich und Italien nie abbrach. Die Aufforderung der UNO, das Südtirol-Problem auf dem Verhandlungswege zu lösen, förderte diesen Kommunikationsprozess.

Verhandlungsdemokratie: Alle am Konflikt beteiligten Akteure wurden in die Verhandlungen mit einbezogen: Südtirol selbst, Italien und Österreich, im Hintergrund die UNO. Damit wurden alle Gruppen in das *power sharing* System integriert und das Prinzip der Gleichheit unter den Akteuren eingeführt und akzeptiert. Die Inklusion aller relevanten Akteure in den Befriedigungsprozess führte dazu, dass aus den Verhandlungen nur ein *win-win*-Ergebnis hervorkommen konnte. Die Kompromisse mussten für alle akzeptabel sein, wollte man nicht durch das Ausscheiden eines Akteurs Gefahr laufen, externe Konkurrenten zu schaffen. Das bedeutete lange und schwierige Verhandlungen. Wurde aber einmal eine Entscheidung im Konsens getroffen, besaß diese ein solides Fundament. Dies führte im Laufe der Zeit zum Aufbau von Vertrauen unter den Verhandlungspartnern, das eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg in schwierigen Konflikten anzusehen ist, wie Judith Renner und Alexander Spencer (2010) nachweisen. Dieses Prinzip

der Verhandlungsdemokratie und der daraus folgenden *consociational democracy* ist auch im politischen System Südtirols institutionalisiert worden.

Das Verhalten des Staates: Schon wenige Tage nach der *Feuernacht* wurden die meisten Südtiroler Attentäter verhaftet. Einigen gelang die Flucht nach Österreich, wo sie mit den verbleibenden Nordtiroler BAS-Leuten und angereichert durch neue, rechtsextreme Exponenten den Kampf um die Befreiung Südtirols weiterführten. In dieser zweiten Phase konnten die Terroristen bereits kaum noch mit der Sympathie oder gar Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Es waren nicht mehr *ihre* Landsleute, die im Untergrund wirkten. Im Gegenteil, die Attentate wurden insbesondere von den politischen Eliten als störend und kontraproduktiv für den weiteren Verlauf der Verhandlungen angesehen.

Die Prozesse gegen die Südtirol-Terroristen gaben mehrere Signale. Staatspräsident Giuseppe Saragat, ein Freund des österreichischen Außenministers Bruno Kreisky, ließ erkennen, dass er einen fairen und entschärften Prozessverlauf wünschte. Die Prozesse wurden in einer Art und Weise geführt, dass sie als eine Art Nachhilfeunterricht für die italienweite Öffentlichkeit in der Südtirolfrage angesehen werden können. Die Anklage wegen Hochverrats, auf die lebenslänglich steht, wurde fallen gelassen. Damit kam es zu mildereren Strafen. Am Ende waren die Strafen zwar hart, aber der Prozess und noch mehr das Häftlingsleben haben bewirkt, dass die Attentäter die Unterscheidung zwischen italienischem Staat und Italienern vornahmen. Die Institution, nicht die Personen wurden abgelehnt. Es brauchte nicht lange und die Südtiroler Häftlinge genossen das Vertrauen der Haftungsleitung. Auch fühlten sie sich nicht im Stich gelassen. Österreich bezahlte im Wesentlichen die Prozesskosten, Familienbesuche fanden statt, die Kontakte zu Südtirol waren intensiv. Amnestie und Strafnachlass beendeten dieses Kapitel. Der Staat wollte einlenken. Dadurch wurde zwar kein neues Vertrauen aufgebaut, aber die Konzilianz gefördert und die psychologische Stimmung verbessert. Es war keine Taktik des Staates, sondern sein ernsthaftes Bemühen, dieses Kapitel abzuschließen.

Gesellschaftliche Reintegration: Die Südtirol-Attentäter der *Feuernacht* genossen bei vielen Sympathie. Deshalb war es auch kein Problem, diese nach Beendigung ihrer Haftstrafen wieder ins gesellschaftliche Leben zu integrieren. Der Reintegrationsprozess wurde auf privater Ebene wie auf offiziöser Ebene gefördert. Die meisten kehrten in ihre alten Berufe zurück, einige wandten sich neuen Lebensaufgaben zu. Eine soziale Isolierung hat es im Allgemeinen nicht gegeben. Dieser Integrationsprozess in die Normalität des Alltags führte bei vielen ehemaligen Attentätern zu einer politischen Deeskalation, wenn auch nicht bei allen. Die späte

offizielle Anerkennung der idealistischen Ziele durch die Politik förderte die externe und interne Wertschätzung der ehemaligen Attentäter. Ein Teil davon hat sich aus dem öffentlichen Leben völlig zurückgezogen, ein anderer engagiert sich nach wie vor für die Selbstbestimmung Südtirols.

Der Ausbau der Autonomie, die heute zu einem Vorzeigemodell geworden ist, wie ethnische Konflikte friedlich gelöst werden können, und die internationale Garantie für die Minderheiten im Lande haben einen gesellschaftlichen, vor allem auch ökonomischen Transformationsprozess eingeleitet, welcher der Südtiroler Minderheit *Sicherheit* gegeben hat. Trotz der Kontroversen um den Stellenwert der Gewaltanwendung in der Geschichte des Landes, um die nach wie vor immer wieder auftretenden ethnischen Konflikte und zahlreichen Apologeten, die an die heroischen Zeiten wieder anknüpfen möchten, befindet sich der Südtirol-Terrorismus auf dem Wege der Historisierung. Alle haben ihren Beitrag dazu geleistet: Die pragmatische politische Führung Südtirols, der italienische Staat, Österreich, die internationale Gemeinschaft, zum Teil die ehemaligen Terroristen selbst, die nach einem persönlichen, selbstkritischen Reflexionsprozess personelle Gewalt heute ablehnen. Der gordische Knoten zwischen Gerechtigkeit und Frieden scheint in Südtirol gelöst worden zu sein. Ausständig ist nur noch das schwierigste von allen Unterfangen: die Aussöhnung.

Anmerkungen

- 1 Dieses kurze Kapitel, das sich lediglich als eine Annäherung an die vielen theoretischen Fragen zu Aussöhnung und Terrorismus versteht, stützt sich im Wesentlichen auf das *paper* von Renner/Spencer (2010). Für eine Vertiefung der Frage sei auf deren Buch „Reconciliation after Terrorism: Strategy, Possibility, or Stupidity“ verwiesen (erscheint im Herbst 2011 im Verlag Routledge).
- 2 Auf die Typologie von terroristischen Bewegungen wird hier nicht näher eingegangen. Nur soviel sei angefügt, dass zwischen national-separatistischem, ideologischem und religiösem Terrorismus unterschieden werden kann, wobei es oft zu Überlappungen kommt. Die RAF in Deutschland war eine ideologische Terrororganisation, die Liberation Tigers of Tamil Eelam ist eine national-separatistische Bewegung, die terroristische Mittel anwendet. (Daase 2001). Auch wird hier nicht auf die kontroverse Begrifflichkeit des „Freiheitskämpfers oder Terroristen“ eingegangen. (Vgl. Fasser 2010, 52–66; Waldmann 1998.)
- 3 Hier erhebt sich für jede demokratisch gewählte Regierung die Frage, inwieweit solche Verhandlungen für die eigene Legitimation verkräftbar sind, wenn eine bewaffnete Minderheit einer Mehrheit den eigenen Willen aufzwingen kann. Die These, dass sich ein Staat der Gewalt einer Minderheit nicht beugt, ist beispielhaft im Fall Aldo Moro genauso wie im Fall der bundesdeutschen RAF nachlesbar.

Literaturverzeichnis

- Baumgartner, Elisabeth/Mayr, Hans/Mumelter, Gerhard* (1992). *Feuernacht – Südtirols Bombenjahre. Ein zeitgeschichtliches Lesebuch*, Bozen: Edition Raetia.
- Berloff, Alcide* (2004). *Gli anni del Pacchetto. Ricordi raccolti da Giuseppe Ferrandi*, Bolzano: Editino Raetia.
- Bloomfield, David* (1997). *Peacemaking strategies in Northern Ireland. Building complementary in conflict management theory*, London: Macmillan
- Bloomfield, David* (2005). „Reconciliation: An Introduction“, in: *Bloomfield, David/Barnes, Teresa/Huyse, Luc* (Hg.). *Reconciliation After Violent Conflict. A Handbook*, Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance – IDEA, 10–18
- Daase, Christopher* (2001). *Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien. Ergebnisse und Probleme sozialwissenschaftlicher Forschung*, in: *Die Friedens-Warte*, Bd. 76, Nr. 1/55–79
- Der Südtiroler Heimatbund* (2010). http://www.suedtiroler-freiheitskampf.net/index.php?option=com_content&task=view&id=34&Itemid=44 (1.11.2010)
- Di Michele, Andrea/Palermo, Francesco/Pallaver, Günther* (Hg.) (2003). *1992. Fine di un conflitto. Dieci anni dalla chiusura della questione sudtirolese*, Bologna: il Mulino
- Egen, Alexander von* (1997). *Die Südtirol-Frage vor den Vereinten Nationen. Rechtsgeschichte und Dokumente – mit einer Zusammenfassung in italienischer und englischer Sprache* (Europäische Hoch-

- schulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, vol. 741), Frankfurt u. a.: Peter Lang
- Fasser, Manuel* (2009). Ein Tirol – zwei Welten, Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Fontana, Josef/Mayr, Hans* (2000). Sepp Kerschbaumer. Eine Biographie, Bozen: Edition Raetia.
- Franceschini, Christoph/Lechthaler, Helmut* (2005). Bombenjahre: die Geschichte der Südtirol-Attentate; ein Film, Terlan, Audiovison (2 DVD Video)
- Gatterer, Claus* (1968). Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien: Europaverlag
- Gehler, Michael* (2003): Compimento del bilateralismo come capolavoro diplomatico-giuridico: la chiusura della vertenza sudtirolese fra Italia e Austria nel 1992, in: *Di Michele, Andrea/Palermo, Francesco/Pallaver, Günther* (Hg.). 1992. Fine di un conflitto. Dieci anni dalla chiusura della questione sudtirolese, Bologna: il Mulino, 23–119
- Golowitsch, Helmut* (2009). Für die Heimat kein Opfer zu schwer. Folter – Tod – Erniedrigung: Südtirol 1961–1969, o. O.: Edition Südtiroler Zeitgeschichte
- Kofler, Astrid* (2003). Zersprengtes Leben – Frauen in den Südtiroler Bombenjahren, Bozen: Edition Raetia
- Kreisky, Bruno* (1988). Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil, Wien: Kremayer & Scherian
- Lehmbruch, Gerhard* (1967). Proporzdemokratie. Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen: J. C. B. Mohr
- Lijphart, Arend* (1977). Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration, New Haven/ London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend* (1984). Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries, New Haven/London: Yale University Press
- Mitterhofer, Sepp/Obwegs, Günter* (2000). „... es blieb kein anderer Weg...“ – Zeitzeugenberichte und Dokumente aus dem Südtiroler Freiheitskampf, Auer: Varesco
- Nordlinger, Eric A.* (1972). Conflict Regulation in Divided Societies, Cambridge: Harvard University Press
- Pallaver, Günther* (2002). Determinanten ethnischer Konfliktlösungen. Ein Vergleich zwischen Südtirol, Nordirland und dem Baskenland, in: Canadian Review of Studies in Nationalism 1–2, University of Prince Edward Island, 95–104
- Pallaver, Günther* (2007). Südtirols politische Parteien 1945–2005, in: *Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther* (Hg.). Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen (Grenzen/ Confini 5/1), Trento: Muso Storico in Trento, 589–628
- Pallaver, Günther* (2008). South Tyrol's Consociational Democracy: Between Political Claim and Social Reality, in: *Woelk, Jens/Palermo, Francesco/Marko, Joseph* (Hg.). Tolerance through Law. Self Governance and Group Rights in South Tyrol (European Academy Bozen/Bolzano), Leiden-Boston: Martinus Nijhoff Publishers, 303–327
- Pallaver, Günther* (2008a). The South Tyrolean minority and the Cold War. Paper presented at the Third British Academy workshop on Ethnic Politics in the Cold War, Oldenburg, 14–15 March 2008a
- Pallaver, Günther* (2009). Die Lichtung der Nebelwände, in: *Fasser, Manuel*. Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 9–12

- Pallaver, Günther* (2010). Parteien und Parteiensystem in Südtirol. Zwischen ethnischen Bruchlinien und gesellschaftlichen Transformationsprozessen, in: *Kreisel, Werner et. al.* (Hg.). Südtirol/Alto Adige. Eine Landschaft auf dem Prüfstand/Un paesaggio al banco di prova, Lana: Tappeiner Verlag, 210–220
- Peterlini, Hans Karl* (1992). Bomben aus zweiter Hand – Zwischen Gladio und Stasi: Südtirols missbrauchter Terrorismus, Bozen: Edition Raetia
- Peterlini, Hans Karl* (2005). Südtiroler Bombenjahre – von Blut und Tränen zum Happyend, Bozen: Edition Raetia
- Peterlini, Hans Karl* (2006). Die Minen der Vergangenheit. Die Attentate der 80er Jahre, in: *Ferrandi, Giuseppe/Pallaver, Günther* (Hg.). Die Region Trentino-Südtirol im 20. Jahrhundert. I. Politik und Institutionen (Grenzen/Confini 5/1), Trento: Museo Storico in Trento, 453–468
- Peterlini, Hans Karl* (2010). Freiheitskämpfer auf der Couch. Psychoanalyse der Tiroler Verteidigungskultur von 1809 bis zum Südtirol-Konflikt, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Romeo, Carlo* (2003). Alto Adige/Südtirol XX Secolo. Cent'anni e più in parole e immagini, Bozen: Edition Raetia
- Renner, Judith/Spencer, Alexander* (2010). Reconciliation after Terrorism: Reconciling the Irreconcilable? Paper presented at the SGIR 7. Pan-European Conference on IR, 9, 11 September 2010
- Renner, Judith/Spencer, Alexander* (2011). Reconciliation after Terrorism: Strategy, Possibility, or Stupidity Routledge, London: Routledge (im Erscheinen)
- Selva, Andrea* (2009). Frattini: toglieremo i fucili agli Schuetzen, in: *la repubblica*, 11.5.2009, 4 <http://ricerca.repubblica.it/repubblica/archivio/repubblica/2009/05/10/frattini-toglieremo-fucili-agli-schuetzen.html> (1.11.2010)
- Sisk, Timothy. D.* (1996). Power sharing and international mediation in ethnic conflicts, Washington DC: United States Institute of Peace Press
- Steininger, Rolf* (1995). 75 Years After: The South Tyrol Conflict Resolved. A contribution to European Stability and a Model for Solving Minority Conflicts, in: *Bischof, Günter/Pelinka, Anton/Steininger, Rolf* (Hg.). Austria in the Nineteen Fifties, New Brunswick (New York): Transaction Publishers, 189–206
- Steininger, Rolf* (1997). Südtirol im 20. Jahrhundert, Innsbruck: Studienverlag
- Steininger, Rolf* (1999). Südtirol zwischen Diplomatie und Terror, 1947–1969 – Bd. 1: 1947–1959, Bd. 2: 1960–1962, Bd. 3: 1962–1969, Bozen: Athesia
- Steininger, Rolf* (2006) (Hg.). Akten zur Südtirol-Politik 1959–1969. 1960 – Vor der UNO, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag
- Steurer, Leopold* (2009). Historische Hintergründe der Feuernacht. Über Ursachen, Verlauf und Konsequenzen der Südtirol-Attentate der 1960er Jahre, in: *Fasser, Manuel*. Ein Tirol – zwei Welten. Das politische Erbe der Südtiroler Feuernacht, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag, 163–186
- Tosini, Domenico* (2007). Terrorismo e antiterrorismo nel XXI secolo, Roma-Bari: Editori Laterza
- Waldmann, Peter* (1998). Terrorismus – Provokation der Macht, München: Murrmann Verlag
- Wilson, Richard A.* (2001). The Politics of Truth and Reconciliation in South Africa, Cambridge: Cambridge University Press

Abstracts

Pacificazione dopo il terrorismo sudtirolese Trattative, democrazia consociativa e spartizione del potere

È da molto tempo che la letteratura cerca di analizzare come sia possibile trovare un equilibrio tra i partiti coinvolti nel conflitto, soprattutto visto il terreno violento e di terrore da cui è nato e cresciuto. Si parte da cinque tesi, riguardo agli anni del terrore in Alto Adige, per dimostrare come fu congelato il terrore: la Südtiroler Volkspartei, la chiesa così come i media di lingua tedesca hanno da sempre respinto ogni tesi che mirasse all'uso della violenza per sopprimere il conflitto, mirando a trovare una soluzione attraverso le trattative. Il risultato fu una democrazia di accordo, che si basa sull'inserimento politico di ogni gruppo linguistico coinvolto. Lo Stato italiano tentò di mitigare la situazione attraverso condanne piuttosto lievi, con la speranza di sotterrare il tutto, controllando così gli attentatori che non furono mai esclusi dalla realtà altoatesina. Ancora oggi il terrorismo altoatesino è punto di partenza di molte polemiche e discussioni, il cui punto di rottura all'interno della cerchia delle donne altoatesine appartenenti al gruppo linguistico tedesco è ancora maggiore rispetto ai gruppi linguistici.

L'apajada dl terorism südtirolesc. Tratatives, democrazia de concordanza y spartizium dl podëi

La literatöra scientifica se dà bele jö da tröc agn cun la domanda co ch'an fej da reconzi-lié grups en conflit te na realté de violënza y de teror. Al vëgn tut en conscidraziun cin'teses sura i agn dl teror te Südtirol, che messass mostrè sò sciöche la violënza é gnüda „dlaciada ite“: la SVP, la Dlijia y i media todësc à refusé vigni forma de violënza. Sön na strada de tratatives, pro chëres ch'al é gnü stlüt ite dötes les perts, éi gnü chirì na solu-zium. Le resultat é stè na democrazia de concordanza, che se basëia sön le prinzip dla in-tlujiun politica de düc i grups linguistics. Da süa pert à le Stat talian porvè de curì pro i sfossà soç cun sentënzes iudiziales relativamënter morjeles y cun le passè di agn ti àl scialdi conzedü l'amnistia ai ex-auturs di atentaç, che n'é te Südtirol mai gnüs stluc fora dala sozieté. Dl terorism de Südtirol vëgnel al dedaincö baié te manires controverses y les lignes de rotöra dl discurs é plü granes danter i südtirolesc y les südtirolejes dl grup linguistich todësch co danter i grups linguistics.

The Pacification of South Tyrolean Terrorism: Negotiations, Consensus Democracy, and Power Sharing

The scientific literature has been grappling with an important question already for a long time: when a real-life situation is marked by violence and terror, can a reconciliation between the conflicting parties be achieved? This paper about the years of terror in South Tyrol has its genesis in five theses that focus on illustrating how the violence has been frozen: the South Tyrolean People's Party, the church, and the German media have quelled every type of violence to resolve the conflict. Negotiations—in which all involved parties participated—paved the way to a solution. The end result was a consensus democracy based on the principle of political inclusion of all linguistic groups. The State of Italy, for its part, has tried to heal deep rifts through relatively lenient judicial decisions and has, over the years, given amnesty to most of the former terrorists—who were never excluded from South Tyrolean society. Today, South Tyrolean terrorism is hotly debated; the fault lines of the discourse within the German-speaking inhabitants of South Tyrol are more heated than those between the language groups.

7. Politische Bildung
Educazione politica

A series of horizontal dashed lines spanning the width of the page, intended for writing.

Paul Mecheril/Oscar Thomas-Olalde
Unter Mitarbeit von Lore Hayek

Migration und schulische Bildung. Tiroler und sonstige Facetten¹

1. Migration und schulische Bildung – allgemeine Anmerkungen

Migrationsphänomene gehen mit Herausforderungen für nationalstaatliche Schulsysteme einher, weil sie Bildungsinstitutionen mit den in sie eingelagerten Normalitätskonstruktionen konfrontieren. Dass diese Herausforderungen nach wie vor auch im österreichischen Bildungssystem existieren und zentrale Aufgaben für Bildungspolitik, Schulorganisation und für das pädagogische Handeln von LehrerInnen markieren, darf als Indiz dafür gelten, dass es der österreichischen Schule in den letzten Jahrzehnten letztlich nicht gelungen ist, auf die *Migrationstatsache* in einer Weise zu reagieren, die eine angemessene Bildungsbeteiligung von SchülerInnen, die als SchülerInnen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden, ermöglicht hätte.

Da ein allgemeinbildender Schulabschluss und die erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung entscheidende Bedingungen aussichtsreicher Teilhabe an den sozialen Ressourcen und Prozessen (trans-)nationalstaatlicher Kontexte darstellen,

weisen vorliegende Daten zur Bildungsbeteiligung von SchülerInnen, die aufgrund ihres Sprachvermögens und ihres natio-ethno-kulturellen Status einer Normalitätskonstruktion des Bildungssystems nicht entsprechen, auf drastisch eingeschränkte Teilnahmevoraussetzungen gegenüber anderen Kindern und Jugendlichen hin.

Mittlerweile hat sich in der deutschsprachigen Öffentlichkeit, von *wohlmeinenden Milieus* ausgehend, die Vokabel *Menschen mit Migrationshintergrund* als eine allgemein verständliche Praxis der Bezeichnung von Personen etabliert, die in der Migrationsgesellschaft in einer spezifischen Weise als Andere gelten. Früher sagte man *Ausländer*, jetzt *Menschen mit Migrationshintergrund*. Mit dem Wandel des Vokabulars hat sich allerdings keine grundlegende Veränderung des Status und der symbolischen Positionen ergeben, die den als natio-ethno-kulturell anders Geltenden in der Migrationsgesellschaft zukommen. Da unseres Erachtens der sehr unterschiedliche lebensgeschichtliche Zusammenhänge pauschalisierend auf einen Begriff bringende Ausdruck *Menschen mit Migrationshintergrund* eher Teil eines zentralen Problems der Migrationsgesellschaft ist, nämlich die fortwährende diskursive, politische und pädagogische Erzeugung Anderer, sowie der Differenz zwischen Anderen und Nicht-Anderen, machen wir unseren Vorbehalt im vorliegenden Text durch entsprechende sprachliche Distanznahmen deutlich.

Im österreichischen Kontext haben PISA, TIMSS, PIRLS und weitere Studien festgestellt, dass SchülerInnen aus Familien mit *Migrationshintergrund* im Vergleich zu SchülerInnen „ohne transnationalen Migrationshintergrund“ schlechtere Ergebnisse erzielen und – so heben einige Studien hervor – benachteiligt werden (Bundesministerium für Inneres 2009, 42; Binder 2004; Weiss/Unterwurzacher 2007; Herzog-Punzenberger/Unterwurzacher 2009; OECD 2009). Den empirischen Studien liegen allerdings unterschiedliche Verständnisse und Kriterien von *Migrationshintergrund* und *Migration* zugrunde. Die Kriterien variieren von a) dem Geburtsort der SchülerInnen, b) dem Geburtsort der Eltern beziehungsweise einen Elternteils, c) Staatsangehörigkeit und d) den Sprachpraxen der Familien der SchülerInnen (vgl. Biffi/Steinmayr/Wächter; Herzog-Punzenberger/Unterwurzacher 2009, 163). Trotz dieser methodischen Unterschiedlichkeit lassen sich vor dem Hintergrund dieser Studien einige empirische Regelmäßigkeiten erkennen, die auf Muster einer schulischen Unterscheidungspraxis verweisen, die nicht nur die Kategorien mit und ohne *Migrationshintergrund* hervorbringt, sondern so, dass die Kategorie *Ohne Migrationshintergrund* mit einer Privilegierung korrespondiert: — In Österreich wiederholen SchülerInnen, die als *mit Migrationshintergrund* bezeichnet werden, im Durchschnitt überproportional oft eine Klasse (Unterwurzacher 2007);

- sie werden vermehrt auf Schulformen wie die Sonderschule oder die Hauptschule verwiesen (Bundesministerium für Inneres 2009, 42; Unterwurzacher 2007, 71–72), deren Abschlüsse für den Anschluss angesehener und vielversprechender Berufsausbildungsgänge oftmals nicht ausreichen;
- nach Abschluss der Grundschule sind SchülerInnen, die als *mit Migrationshintergrund* bezeichnet werden, in Sonder- und Hauptschulen dementsprechend überrepräsentiert. Dies impliziert eine schulisch-berufliche Sackgasse beziehungsweise Einschränkung oder zumindest vorübergehend viele Probleme für die schulische Laufbahn (Unterwurzacher 2007);
- SchülerInnen, die als *mit Migrationshintergrund* bezeichnet werden, verfügen seltener über die Möglichkeit, eine schulische Laufbahn mit höherem Bildungsabschluss zu verfolgen und diesen zu erwerben, da am Ende der Grundschule die Überweisungsempfehlungen auf eine AHS (Allgemeinbildende Höhere Schule oder Gymnasium) für diese SchülerInnen-Gruppe rarer sind;
- ein weiteres Problem ist, dass SchülerInnen, die als *mit Migrationshintergrund* bezeichnet werden, wenn sie einen guten Schulabschluss auf einem Gymnasium oder einer AHS erlangt haben, mehr als mehrheitsangehörige Jugendliche Probleme bekommen, einen Job und vor allem eine angemessene Arbeitsstelle zu finden (vgl. Biffl 2007; Biffl/Steinmayr/Wächter 2009).

Diese Schlechterstellung durch das Bildungssystem kann als *produktive Positionierung* verstanden werden, die *Andere* schafft. Gleichzeitig und komplementär werden die Anderen der Anderen, die *Nicht-MigrantInnen*, durch das Schulsystem positioniert. Diese Positionierungen müssen als Wirkungen einer gesellschaftlichen Unterscheidungspraxis zwischen MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen verstanden werden, die der Schule über- und vorausgelagert ist (Mecheril et al. 2010), in und von der Schule aber aufgegriffen und bestätigt wird.

Dies geschieht nicht nur dadurch, dass die Schule einen Beitrag zu einer Verteilung schulischer Abschlüsse leistet, die statistisch mit dem Kriterium Migrationsgeschichte korreliert. Darüber hinaus wird in der Schule der Habitus der *Migrationsanderen* und der Habitus der Nicht-Migrationsanderen profiliert und bekräftigt². In der Schule lernen die Kinder, was es in Österreich heißt, MigrantIn beziehungsweise *Nicht-MigrantIn* zu sein. Das Schulsystem in Österreich kann insofern als Beitrag zur Erzeugung *Migrationsanderer* verstanden werden, die nicht nur anders, sondern auch in einer deklassierten und, mit Bezug auf die Teilhabewege des gesellschaftlichen Raumes, deplatzierten Weise *anders* sind.

2. Migration und Schule in Tirol

Seit den 1970er-Jahren artikulieren auch Pädagoginnen und Pädagogen innerhalb der Bildungseinrichtungen in Österreich Forderungen nach pädagogischen Konzepten, Weiterbildungsmaßnahmen, gesicherten personellen und finanziellen Rahmenbedingungen und wissenschaftlicher Praxisbegleitung (vgl. Wroblewski/Herzog-Punzenberger 2010, 106). Institutionelle und gesetzliche Veränderungen reagierten mit einer beträchtlichen Verzögerung auf die Handlungsaufforderungen aus der pädagogischen Praxis. Diese Entwicklung ist nicht nur für den Bereich der Bildung bezeichnend, vielmehr zeigt sich hier eine allgemeine Tendenz, die unterschiedliche politische Bereiche betrifft. Was für die Frage nach pädagogischen und institutionellen Antworten auf die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft Gültigkeit besitzt, gilt auch für den gesamten Bereich der Integrationspolitik in Österreich: Auf Bundesebene findet die politische Thematisierung von Migration und (seit einigen Jahren diskursdominanten, aber semantisch und politisch unterbestimmten) *Integration* einerseits auf dem Terrain der parteipolitischen und wahlkampfaktischen Positionierungsdebatten und andererseits unter dem Topos der Sicherheitspolitik statt. *Migration* und *Integration* beziehungsweise das, was diskursiv darunter subsumiert wird, werden bundespolitisch auf einer gewissermaßen abstrakten Ebene thematisiert. Dies steht im Spannungsverhältnis mit einem auf Landes- und kommunaler Ebene artikulierten Bedarf nach umsetzbaren Maßnahmen und politischer Gestaltung von Integration (vgl. Bischof et al. 2007, 165–185). Im Bereich der Bildung und der Schule ist genauso eine nicht nur zeitliche, sondern auch inhaltliche Divergenz zwischen Problemwahrnehmung, Handlungsoptionen, institutioneller und gesetzlicher Maßnahmen zu konstatieren.

Gerade in Bildungspolitik und Bildungspraxis werden in Österreich und im gesamten deutschsprachigen Raum Plädoyers für eine Erneuerung, Re-Orientierung und Anpassung des Bildungssystems an die *veränderte Wirklichkeit*, die mit der *Tatsache der Migration* einhergeht, formuliert. Es geht um die *Reaktion* von Bildungsinstitutionen auf eine wie auch immer bezeichnete neue gesellschaftliche Realität. *Bezeichnendes* und *Bezeichnetes* ist hier von Bedeutung. Denn pädagogische und bildungspolitische Konzepte, Maßnahmen und Institutionen stellen eine Antwort auf eine bestimmte, freilich differenziell bestimmte und umkämpfte Frage dar. Um Bildung im Kontext der Migrationsgesellschaft Österreich analytisch zu thematisieren, ist es deshalb sinnvoll, in einem ersten Schritt zu erörtern, auf welche Frage die bildungspolitischen Maßnahmen und pädagogische professionelle Praxis Antworten zu geben versuchen. Bildungspolitische Maßnahmen, welche die

durch Migration geprägten Transformationsprozesse in der Gesellschaft in den Blick nehmen, sind also nie als bloße Steuerungsinstrumente zu verstehen, sondern zugleich als Einsätze in „Kraft- und Kampfarenen“ (Bourdieu 1987) und Spiegel politischer, gesellschaftlicher und forschungspolitischer Auseinandersetzung um die Wahrnehmungs-, Deutungs- und Normierungshoheit über gesellschaftliche Verhältnisse.

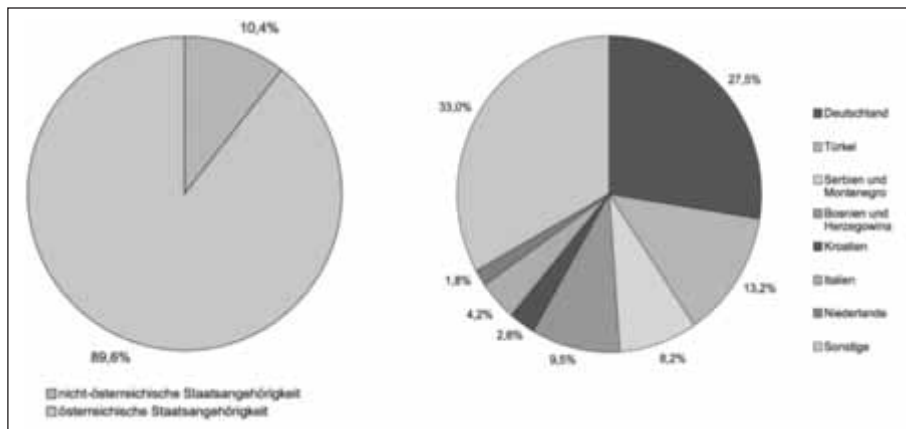
Tirol ist wie ganz Österreich ein Einwanderungsland, oder terminologisch und bezeichnungspolitisch angemessener: ein Migrationskontext (der Begriff *Migration* ist weiter als der der *Einwanderung* oder *Zuwanderung* und wird dadurch dem weiten Spektrum an Wanderungsphänomenen gerecht). Quer durch die politische Landschaft auf Bundesebene, aber auch in medialen Debatten fällt die Anerkennung der Migrationstatsache nach wie vor schwer. Österreich, so könnte man sagen, ist ein Land mit Migrationshintergrund, das sich schwertut, sich selbst anzuerkennen, ein Land also, das Identitätsprobleme hat. In welcher Weise dieses Identitätsproblem zu einer unangemessenen Bildungspolitik und schulischen und außerschulischen Bildungspraxis beiträgt, scheint die eigentlich relevante Frage zu sein, die freilich durch die iterativ, permanent und nahezu beschwörend gestellte Frage nach der Integration der *Menschen mit Migrationshintergrund* eher verdeckt wird.

Die Statistik und die gesellschaftliche Realität sind im Hinblick auf die Frage, ob Österreich ein Migrationskontext ist, eindeutig: Über 17 Prozent der Wohnbevölkerung Österreichs besitzt keine österreichische Staatsbürgerschaft oder wurde im Ausland geboren (Statistik Austria 2010). Die Weigerung, die migrationsgesellschaftliche Realität anzuerkennen, ist bezeichnend für eine bestimmte diskursive und politische Thematisierung beziehungsweise Dethematisierung von Migration, die in den letzten Jahren einen abrupten Wandel vollzog und von der Nicht-Einwanderungs-Rhetorik zur scheinbar unhinterfragbaren Integrationsaufforderung übergang. Während über die *Tatsache der Migration* geschwiegen wird, scheint über *Integration* längst ein breiter Konsens zu herrschen. Auf der Kommunal- und Landesebene lässt sich freilich seit einiger Zeit eine Veränderung in der politischen Haltung beobachten. Das Integrationskonzept des Landes Tirol (JUFF 2006) spricht zum Beispiel von Österreich als *De-facto-Zuwanderungsland*. Diese ansetzende Differenz in der politischen Haltung ist womöglich der Tatsache geschuldet, dass Länder und Kommunen einen Gestaltungs- und Handlungsbedarf wahrnehmen, der eine realistische Sensibilisierung für die Bedingungen von (migrations-) gesellschaftlichen Verhältnissen erfordert. Gleichwohl stellt sich die statistische Datenlage noch als sehr lückenhaft und wenig differenziert dar. Dies gilt für den Bereich der (schulischen) Bildung in besonderem Ausmaß. Anhand der Bundes-

und Landesstatistik lässt sich eine recht allgemeine statistische Darstellung der migrationsgesellschaftlichen Bevölkerungsverhältnisse in Tirol vornehmen:

Der Anteil von in Tirol wohnhaften Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft („AusländerInnen“ nach der Definition der Statistik Austria) betrug am 31. Dezember 2009 10,4 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung Tirols (706.873 in absoluten Zahlen). Berücksichtigt man die Staatsangehörigkeit der ausländischen Bevölkerung in Tirol, so ergibt sich ein Gesamtbild, das vor allem von inner-europäischen Migrationsbewegungen geprägt ist. Staatsangehörige eines Landes aus der Europäischen Union (EU 27) machen einen Anteil von 5,5 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Die größte Gruppen (27,5 Prozent; fast ein Drittel der ausländischen Bevölkerung Tirols) stellen deutsche Staatsangehörige dar, etwas weniger als ein Viertel (20,3 Prozent) stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Serbien und Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Kroatien) und ein Sechstel (13,4 Prozent) aus der Türkei.

Abbildung 1: Wohnbevölkerung Tirols nach Staatsbürgerschaft



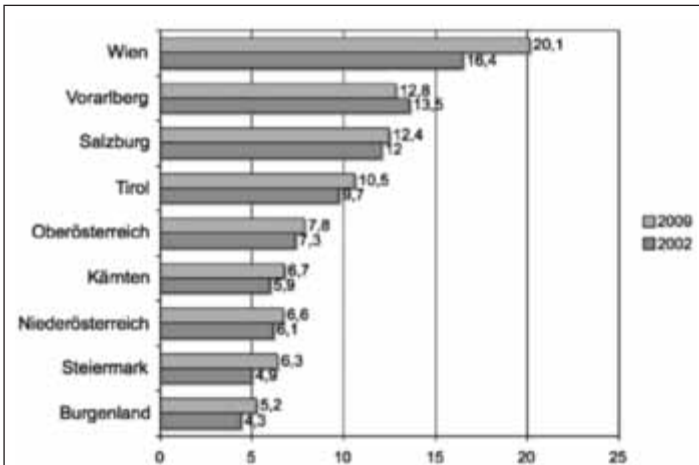
Quelle: Landesstatistik Tirol (2007)

Somit liegt Tirol im österreichischen Durchschnitt (10 Prozent) und knapp über dem EU-Durchschnitt (7,2 Prozent: 2004).

Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Tirol zeigt drei Tendenzen: a) Der Anteil der ausländischen Bevölkerung aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei geht zurück, was erstens mit einem deutlichen Rückgang des Zuzugs aus diesen Ländern und zweitens mit Einbürgerungen erklärbar ist, obwohl die Einbürgerungsraten für BürgerInnen aus dem ehemaligen

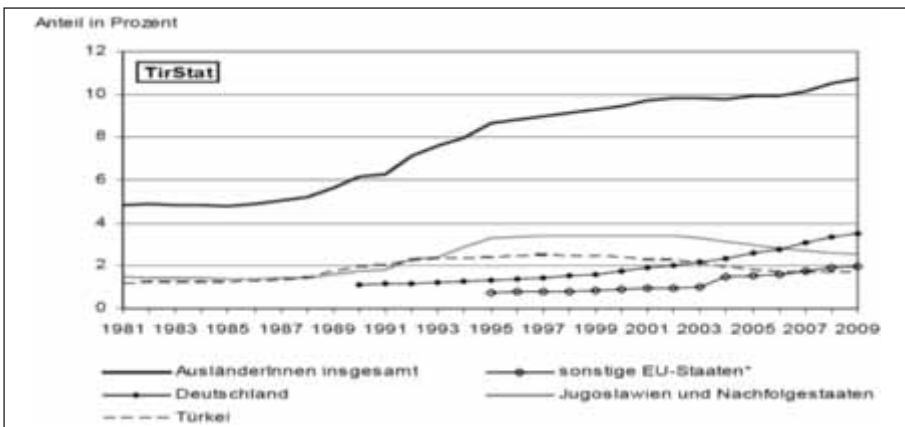
Jugoslawien und aus der Türkei seit 2004 drastisch zurückgehen, was mit der Verschärfung der Gesetzeslage (Fremdenrechtspaket 2005) in Zusammenhang gebracht werden kann. b) Der Zuzug aus europäischen Staaten und besonders aus Deutschland nimmt zu, wodurch c) eine relativ konstante Zunahme der ausländischen Bevölkerung in Tirol bedingt wird.

Abbildung 2: Anteil nichtösterreichischer StaatsbürgerInnen nach Bundesländern



Quelle: Statistik Austria (2009)

Abbildung 3: Entwicklung der Tiroler Wohnbevölkerung mit einer anderen Staatsbürgerschaft als der österreichischen



Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung (2010)

Laut Statistik Tirol haben 113.000 Menschen in Tirol – 16 Prozent der Bevölkerung – einen *Migrationshintergrund*:

„Geht man nun davon aus, dass der österreichische Bevölkerungsteil mit Geburtsort im Ausland und der ausländische Bevölkerungsteil in Summe die EinwohnerInnenzahl mit Migrationshintergrund bilden, so ergibt sich in Tirol derzeit ein Stand von 113.130 Zugewanderten der ersten und zweiten Generation, das sind 16,0 Prozent der Gesamtbevölkerung. Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung vom ersten Quartal 2009 (Statistik Austria) sind 73,9 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Privathaushalten ZuwanderInnen der ersten und 26,1 Prozent der zweiten Generation. Übertragen auf die zuvor erwähnten 113.000 Personen resultiert daraus, dass zum 31.12.2009 in Tirol 83.600 Zugewanderte der 1. Generation und 29.500 der 2. Generation wohnhaft waren“. (Amt der Tiroler Landesregierung 2010).

Bereits in der Datenerhebung und -darstellung zeigt sich, dass die statistische Wahrnehmung von migrationsgesellschaftlicher Wirklichkeit einerseits unzulänglich ist, weil sie auf die juristische Kategorie der Staatsbürgerschaft allzu sehr fokussiert und andererseits weil sie gesellschaftlich und lebensweltlich relevante Verhältnisse nicht zu widerspiegeln vermag, von denen Menschen aufgrund gesellschaftlicher und diskursiver Markierungen betroffen sind. So sind viele Menschen aufgrund ihrer sprachlichen Praxen (Mehrsprachigkeit), aufgrund ihrer Herkunft, der Herkunft ihrer Eltern, aufgrund an rassistischen Konstruktionen anschließender, diskriminierender Praxen von Differenzierungspraktiken betroffen, die ihnen Nicht-Zugehörigkeit oft essentialistisch zuschreiben. In den letzten Jahren etabliert sich in der Datenerfassung und in der Datenanalyse ein Ansatz, der darauf abzielt, den *Migrationshintergrund* unabhängig von der Staatsangehörigkeit zu ermitteln. Diese Praxis ist keineswegs einheitlich: Der *Migrationshintergrund* wird anhand der Staatsangehörigkeit der Eltern (oder eines der Elternteile; dadurch wird zwischen einer ersten und einer zweiten Generation von MigrantInnen unterschieden), anhand der individuellen Migrationsgeschichte (vollzogene transnationale Wanderung) oder anhand von sprachlicher Praxis (Mehrsprachigkeit, *Muttersprache*, Deutsch als zweite Sprache – wobei diese Kategorisierung einem monolingualen Einsprachigkeitsmodell verhaftet ist) ermittelt.

Besonders lückenhaft ist die Datenlage im Hinblick auf den Themenkomplex *Migration und Bildung*. Inhaltlich differenzierte Regionalstatistiken fehlen weitgehend. Dies erschwert beträchtlich die Analyse der Situation von Kindern und Jugendlichen mit sogenanntem *Migrationshintergrund* im Bildungssystem. Die unzureichende Erfassung in den amtlichen Statistiken lässt ein gewisses Desinteresse

für die Bildungsabläufe und die Verbesserung der Bildungssituation von SchülerInnen im Schulsystem erkennen, die von der natio-ethno-kulturellen Normalitätskonstruktion abweichen und als SchülerInnen mit *Migrationshintergrund* bezeichnet werden (vgl. Weiss/Unterwurzacher 2007, 228).

In der Schulstatistik wird einerseits auf die gängigen (staatsangehörigkeitsbezogenen) Erhebungskategorien rekurriert, andererseits wird in der Schulstatistik und in den meisten Studien dem Faktor *Sprache* eine große Bedeutung beigemessen. So wird neben der Staatsbürgerschaft der SchülerInnen vor allem ihr *Sprachvermögen*³ zum analytischen und in der Folge zum strategisch und bildungspolitisch wirksamen Differenzierungsmerkmal (zumeist wird in den Studien allerdings im Sinne der ausländerpädagogischen Logik *Deutsch* zum alleinigen Standard der Abschätzung des Sprachvermögens).

Analytisch und methodisch konsistente Studien, die sozioökonomische Hintergründe, Bildungsabläufe und Langzeiteffekte von bildungspolitischen Maßnahmen untersuchen, sind kaum vorhanden. Dies kontrastiert mit dem Interesse an dem Schulerfolg von *SchülerInnen mit Migrationshintergrund*, die gerade im Zuge der öffentlichen und politischen Diskussion von internationalen Studienergebnissen (vor allem Pisa) als *Leistungshemmer* im österreichischen Bildungssystem thematisiert werden. Der in österreichischen und deutschsprachigen Diskursen geläufigen Figur der *Ausländerklasse* als Problemklasse stehen die positiven Ergebnisse aus anderen Staaten mit ähnlichem oder höherem Anteil an SchülerInnen, denen der Status zukommt, ethnisch, kulturell oder lingual Andere zu sein, gegenüber (vgl. Klemm 2004; Gomolla 2009). Auch damit muss gegenüber der *Integration von SchülerInnen mit Migrationshintergrund* die Frage nach dem Selbstverständnis und den Logiken des Schulsystems selbst zum Thema werden. Wir kommen hierauf im letzten Abschnitt des vorliegenden Textes zu sprechen.

Mit diesen Vorbemerkungen können allgemeine Daten zu SchülerInnen mit *Migrationshintergrund* (schulstatistisch: mit einer anderen Erstsprache als Deutsch) vorgestellt werden: Im Schuljahr 2008/2009 stellten in Tirol Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Umgangssprache 10,2 Prozent der gesamten Schülerschaft im Regelschulwesen dar. Somit liegt der Anteil der SchülerInnen mit nicht deutscher Erstsprache in Tirol deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (16,9 Prozent); nur in Kärnten (8,7 Prozent) und in der Steiermark (9,1 Prozent) ist der Anteil niedriger. Wie in ganz Österreich ist diese Zahl in den letzten Jahren angestiegen (im Schuljahr 2000/2001 wurden 7,6 Prozent SchülerInnen mit nicht deutscher Umgangssprache in allen Tiroler Schulen erfasst), was durch die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur insgesamt erklärt werden kann.

Was die Verteilung von SchülerInnen mit einer anderen Umgangssprache als Deutsch auf die unterschiedlichen Schultypen anlangt, so weist Tirol weniger Besonderheiten auf im Vergleich zur gesamtösterreichischen Entwicklung. Dabei ist der überproportional höhere Anteil von SchülerInnen, die als SchülerInnen mit Migrationshintergrund gelten, in Hauptschulen (13 Prozent) und vor allem in Sonderschulen und Sonderklassen (20,09 Prozent) verortet. Auf der anderen Seite sind SchülerInnen mit sogenanntem Migrationshintergrund in allgemein höher bildenden Schulen mit einem Anteil von nur 5,9 Prozent eindeutig unterrepräsentiert (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur 2009, z.T. eigene Berechnungen). Diese Zahlen sprechen in Tirol wie in ganz Österreich dafür, dass SchülerInnen, denen der Status zukommt, natio-ethno-kulturell Andere zu sein (*mit Migrationshintergrund*), aufgrund der frühen Selektion im österreichischen Schulsystem, bei der ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital der Familienhaushalte vermutlich eine zentrale Rolle spielen (Burtscher 2004), im Hinblick auf weitere Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten benachteiligt sind. Dafür sprechen auch die Ergebnisse aus der Armutsforschung, die eine deutliche Benachteiligung im Bildungssystem von Kindern und Jugendlichen aus armutsgefährdeten Haushalten belegen. Haushalte, in denen die Elternteile entweder nichtösterreichische StaatsbürgerInnen oder im Ausland geboren sind, zählen zu den überdurchschnittlich von Armut gefährdeten Haushalten (15 Prozent bei einem Durchschnitt von fünf Prozent in Österreich; vgl. Wroblewski/Herzog-Punzenberger 2010, 109). Hervorzuheben in Tirol ist der eindeutig niedrige Anteil von außerordentlichen SchülerInnen mit *Migrationshintergrund*. Sechs Prozent aller SchülerInnen in Österreich werden als außerordentliche SchülerInnen geführt; die Einstufungspraktiken für Kinder und Jugendliche mit einer anderen Erstsprache als Deutsch in Tirol weichen markant von gesamtösterreichischen Werten ab: Während in Oberösterreich 45,6 Prozent der außerordentlichen SchülerInnen einen *Migrationshintergrund* aufweisen, sind es in Tirol nur ca. sieben Prozent (OECD 2009). Eine Untersuchung der langfristigen Effekte dieser Gleichbehandlungspraxis in Tirol steht noch aus.

Migration und Schule: Bundesstaatliche Prinzipien und lokale Politiken

Die *Reaktionen oder Antworten* der Bildungspraxis auf die *Fragen* der österreichischen Migrationsgesellschaft können mit Blick auf den *Ort der Antwort* geordnet werden. In Österreich zeigt sich hierbei eine ausgeprägte *föderalistische Kluft* (Thränhardt 2001⁴): Während budgetäre, personelle, konzeptionelle und strategi-

sche Kompetenzen beim Bund liegen, verfügen Schulen auf Landes- und Kommunalebene kaum über eigenständige Mittel und Gestaltungsmöglichkeiten. Vor allem jene thematische, aber auch begriffliche Macht, welche Instanzen und AkteurInnen legitimiert, bestimmte Fragen relevant zu setzen (z. B. die Frage nach dem *richtigen Sprachstand* von SchülerInnen mit mehreren Umgangssprachen in der gesellschaftlich dominanten Sprache) und andere nicht zu stellen (z. B. die Frage nach dem Platz von Mehrsprachigkeit in der Schule oder nach institutionellen Diskriminierungspraxen), ist unter den AkteurInnen im Feld der Bildung (SchülerInnen und Eltern, Lehrpersonen, zivilgesellschaftliche AkteurInnen, Schulleitungen, Landes- und Bundesbehörden) ungleich verteilt.

Die auf Bundesebene mit verbindlichem Charakter verankerten Maßnahmen zur Förderung und *Integration* von SchülerInnen mit sogenanntem Migrationshintergrund gliedern sich in drei Bereiche: *Sprachförderung*, *muttersprachlicher Unterricht* und *interkulturelles Lernen als Unterrichtsprinzip*.

1) Sprachförderung findet statt als frühe sprachliche Förderung im Kindergarten, im Rahmen von Sprachförderkursen für als außerordentlich geführte SchülerInnen (seit dem Schuljahr 2006/2007) sowie *Deutsch als Zweitsprache* in den allgemeinbildenden Pflichtschulen und in den allgemeinbildenden höheren Schulen. Die frühe sprachliche Förderung hat die *Behebung sprachlicher Mängel* – diagnostiziert aufgrund von Sprachstandsfeststellung im Kindergarten selbst – vor dem Schuleintritt zum Ziel. Sprachförderkurse werden seit dem Schuljahr 2006/2007 als zusätzliches Angebot zu den Maßnahmen im Bereich *Deutsch als Zweitsprache* für SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch, die aufgrund geringer Deutschkenntnisse in Volksschulen, Hauptschulen und polytechnischen Schulen als außerordentliche SchülerInnen aufgenommen wurden (die Figur des *außerordentlichen Schülers* ist in § 4 Abs. 2 lit. a des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl. Nr. 472/1986 verankert), veranstaltet. Das Ziel dieser Maßnahme ist die *Behebung sprachlicher Mängel*, damit SchülerInnen, die sich qua pädagogischer Beurteilung (Unfähigkeit, dem Unterricht zu folgen) in einem *außerordentlichen Status* befinden, diesen mit Hilfe pädagogischer Kompensation hinter sich lassen können. *Deutsch als Zweitsprache*: Seit dem Schuljahr 1992/1993 sind die Fördermaßnahmen für SchülerInnen mit einer anderen Erstsprache als Deutsch in bildenden Pflichtschulen (Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, polytechnische Schulen) im Regelschulwesen verankert. Das Ziel der Fördermaßnahmen besteht laut dem Fachlehrplan für Deutsch für die Hauptschule und AHS-Unterstufe darin, SchülerInnen, für die Deutsch die Zweit- (Dritt- oder Viert-)Sprache ist, „im Anschluss an die Lern- und Lebenserfahrungen ihrer sprachlichen und kulturellen So-

zialisierung so [zu] fördern, dass damit eine grundlegende Voraussetzung für deren schulische und gesellschaftliche Integration geschaffen wird“ (BMUKK 2009a, 17).

2) Der muttersprachliche Unterricht wurde mit Beginn des Schuljahres 1992/1993 an den allgemeinbildenden Pflichtschulen (Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, polytechnische Schulen) ins Regelschulwesen übergeleitet. Als Ziel werden genannt: „Entfaltung der Bikulturalität und die Entwicklung sowie Festigung der Zweisprachigkeit, sowie die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Identitätsbildung der betreffenden SchülerInnen“ (BMUKK 2009a, 32). Die Etablierung des muttersprachlichen Unterrichts steht im österreichischen bildungspolitischen Diskurs vor allem im Zusammenhang mit dem (sprachwissenschaftlich begründeten) Argument, dass die Festigung der ersten Sprache eine Voraussetzung für den Erwerb der zweiten Sprache darstellt. Diese Position, die Mehrsprachigkeit funktionalistisch behandelt, findet Unterstützung in solchen bildungspolitischen und integrationspolitischen Diskursen, die kulturelle Vielfalt als Bereicherung thematisieren.

3) *Interkulturelles Lernen* wurde als allgemeines Unterrichtsprinzip im Schuljahr 1991/1992 in den allgemeinbildenden Pflichtschulen und den allgemeinbildenden höheren Schulen eingerichtet.⁵ Das Prinzip soll fachübergreifend und als Querschnittsmaterie für die Unterrichtsgestaltung verstanden werden. Auch wenn das allgemeine Bildungsziel des Unterrichtsprinzips *Interkulturelles Lernen* gesondert darauf hinweist, dass die pädagogische und didaktische Gültigkeit des Prinzips nicht von der Präsenz von SchülerInnen mit *Migrationshintergrund* abhängt, weisen die Zielformulierungen darauf hin, dass dieses eine pädagogische Antwort auf die durch Migration bedingte Andersartigkeit von bestimmten SchülerInnen verstanden werden kann:

„Interkulturelles Lernen beschränkt sich nicht bloß darauf, andere Kulturen kennenzulernen. Vielmehr geht es um das gemeinsame Lernen und das Begreifen, Erleben und Mitgestalten kultureller Werte. Aber es geht auch darum, Interesse und Neugier an kulturellen Unterschieden zu wecken, um nicht nur kulturelle Einheit, sondern auch Vielfalt als wertvoll erfahrbar zu machen. Interkulturelles Lernen soll in diesem Zusammenhang einen Beitrag zum besseren Verständnis bzw. zur besseren gegenseitigen Wertschätzung, zum Erkennen von Gemeinsamkeiten und zum Abbau von Vorurteilen leisten.“ (BGBl. 439/1991 – Volksschule, Sonderschulen).

Das Prinzip *Interkulturelles Lernen* verbindet theoretische und didaktische Annahmen, die sich auch in wissenschaftlichen Positionen finden, zeigt sich aber in didaktischen Formulierungen eher vage in einer Mischung aus *Friedenserziehung*, unsystematischem *globalen Lernen* und *Begegnungspädagogik*. Strukturell gese-

hen ist das Unterrichtsprinzip sowohl was die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrpersonal, als auch was Richtlinien für seine Implementierung und seine professionelle Evaluierung anlangt, schwach verankert. *Interkulturelles Lernen* ist letztlich nur als Wahlfach in der LehrerInnenausbildung vorgesehen. Für die didaktische Implementierung werden vom *Referat für Migration und Schule des Bundesministeriums* didaktische Handreichungen und Zeitschriften herausgegeben, die vor allem den Umgang mit Mehrsprachigkeit im Unterricht unter die Lupe nehmen. Im Zusammenhang mit *Interkulturellem Lernen* liegt ein vierter institutionalisierter Handlungsraum im Kompetenzbereich der Bundesbehörde: die Förderung von Schulprojekten im Rahmen der Aktion *Interkulturalität und Mehrsprachigkeit*. Durch diese Maßnahme verlagert sich die Gestaltung von *interkulturellen Inhalten und Ansätzen* auf die regionale und schulische Ebene. Das Referat für *Migration und Schule* bestimmt über die Förderungswürdigkeit der Projekte.

Insgesamt weist das Drei-Säulen-Modell *Interkulturelles Lernen, Muttersprachlicher Unterricht und Deutsch als Zweitsprache* grundsätzlich in eine interessante Richtung. Abgesehen von finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass aufgrund eines Mangels an Ausbildung in diesem Bereich die Qualifikation von Lehrerinnen und Lehrern nicht wirklich ausreichend ist, den sich in dem Modell artikulierenden Ansatz, Unterschiedlichkeit der SchülerInnen mindestens im Ansatz systematisch zu beachten, umzusetzen.

Die Praxis im Bereich Migration und Bildung auf Landes- und Kommunalebene spiegelt das *föderale Ungleichgewicht* wider; ein Wort, das sich zwar nur partiell für die Beschreibung von Bildungspraxen in der Migrationsgesellschaft eignet, aber eine erste Strukturierung des Feldes ermöglicht. Der Vergleich der Akteure auf Bundes- und Landesebene macht eine erste Disparität deutlich: Während auf der bildungspolitischen Ebene der Staat (das Bundesministerium) alleinig die gesetzgebende und regulierende Kompetenz innehat, diversifiziert sich auf Landes- und Kommunalebene das Feld der Akteure bedeutend. Neben lokalen Schulbehörden (Landesschulrat mit einer Servicestelle für *Ausländerberatung*) sind Schulen, das Integrationsreferat des Landes⁶, LehrerInnen, berufsspezifische oder interdisziplinäre Projekt- und Arbeitsgruppen, NGOs, Vereine, Sozialpartner, Elternverbände, soziale Einrichtungen, kirchliche (religiöse) und karitative Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Plattformen unter anderem als Akteure zu betrachten. Von ihnen werden in Tirol jenseits der nationalstaatlichen bildungspolitischen Maßnahmen für die Schule Initiativen, Projekte und Aktionen zu Fragen von Migration und Bildung, *interkultureller Bildung*, Sprachförderung, Mehrsprachigkeit usw. geplant und durchgeführt. Es entsteht somit ein neues bildungspolitisches Aktions-

und Interaktionsfeld, dessen Konturen anhand des letzten Berichtes zur Umsetzung des Tiroler Integrationskonzepts 2009 (JUFF 2009) folgendermaßen charakterisiert werden können:

- die Maßnahmen entstehen auf Initiative der einzelnen Akteure
- die Maßnahmen werden erfasst und mitgefördert vom Integrationsreferat des Landes, bei einigen wenigen Maßnahmen übernimmt das Integrationsreferat eine koordinierende Funktion
- umgesetzt wurden einzelne Maßnahmen in den Bereichen interkulturelle Aus- und Fortbildung für MitarbeiterInnen in Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, interkulturelle Elternbildung für MigrantInnen mit Schwerpunkt Bildung und Erziehung, Qualitätssicherung im muttersprachlichen Unterricht, Sprachförderung
- ein Großteil der Maßnahmen (36 von 57 durchgeführten Maßnahmen) widmet sich der Sprachförderung
- die Maßnahmen werden außerhalb der Schule (Vereine, Initiativen) durchgeführt und verstehen sich als subsidiäre und kompensatorische Maßnahmen zu schulpolitisch verankerten Maßnahmenbündeln
- Maßnahmen zu Aus- und Weiterbildung pädagogischen Personals finden meistens unter der Semantik der *interkulturellen Bildung* statt
- durch Förderung, Vernetzungsarbeit und durch die Aufnahme und die Veröffentlichung von Projekten und Initiativen seitens des Integrationsreferats werden die Maßnahmen (zu über 80 Prozent initiiert von zivilgesellschaftlichen Akteuren) in den Kontext der Integrationspolitik gestellt und als Umsetzung des Tiroler Integrationskonzepts gekennzeichnet
- mittels Einbettung, Mitfinanzierung und Kennzeichnung der Initiativen wird postuliert, dass *Integration* als Bildungsziel zu sehen sei.

Es ist die diskursive Verschränkung von Bildung und *Integration*, die aktuelle politische Debatten bestimmt. *Bildung* wird – in parteipolitischen oder offiziellen Positionspapieren – als alleiniger *Schlüssel zur Integration* besprochen. Was das anzustrebende Ziel, die *Integration* von Migrationsanderen, ist, bleibt weitgehend unbestimmt. *Migration* scheint in diesem Zusammenhang für die *Ursache* des pädagogischen und steuerungspolitischen Bedarfs und Problems zu stehen, während *Integration* irgendwie die Lösung des Problems zu versprechen scheint.

Ohne hier eine tiefer gehende Analyse liefern zu können, vertreten wir die Auffassung, dass *Integration*, sowohl in der politischen Auseinandersetzung als auch in der medialen Berichterstattung, als ein bedeutungsoffener Begriff untersucht wer-

den kann, mit dem unterschiedliche normative, disziplinierende und an rassistische Unterscheidungen anschließende Vorstellungen und Praxen verbunden sind (vgl. Mecheril/Thomas-Olalde 2011). Semantisch wird *Integration* in der öffentlichen Debatte mittels Negativbildern konturiert, sei es unter dem Postulat der *Desintegration* (vgl. Geisen 2010) oder durchsetzt von unterschiedlichen *Narrativen des Scheiterns*: Getto, Parallelgesellschaft, Integrationsunwilligkeit, Integrationsprobleme, etc. (vgl. Lanz 2007).

Integration ist hierbei gleichwohl produktiv. Sie erzeugt eine als homogen verstandene, nicht differenzierte, sondern nur schemenhaft im Begriff adressierte *Gruppe*, indem sie eigentlich nicht thematisiert wird: jene Gruppe der *Menschen mit Migrationshintergrund*. Menschen, denen (unter Anwendung von sehr heterogenen Kategorisierungspraxen) dieser *Hintergrund* als gesellschaftlich relevantes Merkmal zugeschrieben wird, werden zu *Menschen mit Migrationshintergrund*. *Integration* ist also ein besetzter Begriff; es gibt Subjekte, die zweifellos und ohne Alternative als jene erscheinen, die der Begriff adressiert. *Integration* bezieht sich auf jene Subjekte, die unwidersprochen als die zu *Integrierenden* gelten. Während die migrationsgesellschaftliche Realität diskursiv und politisch selten anerkannt und analytisch nicht differenziert thematisiert wird, werden Subjekte mittels diskursiver Dominanz zu *Betroffenen* eines Integrationsimperativs, das sie in erster Linie als zu integrierende Elemente eines ansonsten vermeintlich integrierten Gesamtzusammenhangs kennzeichnet, gesellschaftlich positioniert und in ihren alltags- und lebensweltlichen Bezügen diszipliniert.

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, über alternative Bezugspunkte einer regulativen Perspektive auf eine migrationsgesellschaftliche Realität nachzudenken. Anstelle von *Integration* stellt unseres Erachtens der Topos einer reflexiven und kritischen Anerkennung eine Referenz pädagogischer Arbeit und Denkens dar, die ertragreicher und angemessener sein könnte. *Reflexive Anerkennung* als regulative Referenz heißt hierbei, dass die Gestaltung der migrationsgesellschaftlichen Wirklichkeit von der Idee getragen wird, Bildungsräume zu offerieren, in denen Anerkennungserfahrungen maximiert und Missachtungserfahrungen minimiert werden.

3. Die Schule der Migrationsgesellschaft: Differenzfreundlich und differenzreflexiv

Als Fazit aus den Ergebnissen der bemerkenswert wenigen Studien im Hinblick auf die schulische Bildungsbeteiligung von SchülerInnen, die als SchülerInnen mit *Migrationshintergrund* gelten, sowie den landes- und lokalpolitischen Stellungnahmen kann festgehalten werden, dass es dem Schulsystem im Mittel in Tirol *gelingt*, erstens SchülerInnen mit *Migrationshintergrund* anders zu behandeln als *SchülerInnen ohne Migrationshintergrund* und zweitens dies so zu machen, dass es erstens eher zum Nachteil und zweitens zum relativen Vorteil gereicht.

Wer womöglich in der Absicht der Änderung der Verhältnisse danach fragt, aufgrund welcher Zusammenhänge und Voraussetzungen die Schlechterstellung und Benachteiligung von SchülerInnen, die als SchülerInnen mit Migrationshintergrund gelten, im und durch das Schulsystem in Tirol erklärt werden können, findet keine wissenschaftliche Untersuchung, die darauf Antworten zu geben versucht – geschweige denn eine Antwort geben kann. In diesem Mangel an empirischen Studien kommt die für das Land Tirol und den Nationalstaat Österreich geltende *Zurückhaltung* zum Ausdruck, sich differenziert mit der Migrationstatsache auseinanderzusetzen. Der Versuch, sich den Gründen der Schlechterstellung von Migrationsanderen im Tiroler Bildungssystem anzunähern, muss mithin in einer gewissen Weise spekulativ bleiben; freilich gibt es begründete Spekulationen, da die Frage nach Gründen für die Differenz der Bildungsverläufe zwischen *Migrationsanderen* und *Nicht-Anderen* in anderen Untersuchungen der Bildungsforschung im deutschsprachigen Raum auch für Tirol relevante Hinweise findet. In Bezug auf die angesprochene Frage kann analytisch und in einiger Vereinfachung zwischen außer- und innerschulischen Gründen unterschieden werden. Bei den innerschulischen Gründen können zwei Typen der Herstellung von Ungleichheit unterschieden werden: Ungleichheit durch Gleichbehandlung und Ungleichheit durch Ungleichbehandlung. Ein Beispiel für den ersten Typ findet sich darin, dass auch im Tiroler Bildungssystem in gewisser Weise gleiche Ausgangsbedingungen zur Verfügung gestellt werden, diese aber aufgrund der Heterogenität der SchülerInnen manche bevorteilen, andere benachteiligen – die differenziell *ansprechende Sprache* der Schule ist hier zu nennen. Ethnisierungen von SchülerInnen, Kulturalisierungen ihrer Handlungsweisen durch LehrerInnen, die für SchülerInnen als Hindernisse im Bildungsprozess wirken, stellen Beispiele für Ungleichheit durch Ungleichbehandlung dar.

Insgesamt ist die Schlechterstellung von *Migrationsanderen* im und durch das System Schule als komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher, ineinandergrei-

fender Phänomene zu verstehen. Seit mehr als drei Jahrzehnten wird in der Debatte über das Thema Migration und Bildung im deutschsprachigen Bereich darauf hingewiesen, dass eine Veränderung des schulischen Bildungssystems unerlässlich ist. Hierbei kann als Motto der seit langer Zeit für notwendig erachteten Umorientierung gelten: Nicht *Migrantenkinder* stellen das Problem und die Ursache der Bildungsmisere dar, sondern das Selbstverständnis und die Handlungsrouniten, die die Bildungseinrichtungen kennzeichnen. Damit wird etwa in der LehrerInnenbildung die Einübung eines Blicks bedeutsam, der nicht die Mängel der *Migrantenkinder* ins Auge fasst, sondern in der Lage ist, das *dissonante Zusammenspiel* von Disponiertheit und Vorgaben des schulischen Kontextes zu erkennen. Gegenüber einem ethnizierenden und kulturalistischen Wissen über *die Anderen* ist damit, um ein zweites Beispiel zu nennen, ein Wissen zu bevorzugen, das die Mechanismen ethnischer Diskriminierung kennt.

In den erziehungswissenschaftlichen Fachdebatten wird als zentrale Leitlinie der konzeptuellen Neuorientierung der Schule in der Migrationsgesellschaft das Erfordernis diskutiert, Differenz und Heterogenität anzuerkennen. Vor dem Hintergrund der angeführten Gründe der Schlechterstellung *Migrationsanderer* durch innerschulische Faktoren seien hier nun Perspektiven skizziert, unter denen einige zentrale Ansatzpunkte dieser Neuorientierung, die über das österreichische Drei-Säulen-Modell „Interkulturelles Lernen, Muttersprachlicher Unterricht und Deutsch als Zweitsprache“ hinausgehen, zusammengefasst werden können: die differenzfreundliche Schule und zuschreibungsreflexive Schule.

4. „Differenzfreundlich“

Die Anerkennung unterschiedlicher kultureller Lebensformen und -praxen kann als normativer Kern inter- und multikultureller Ansätze gelten. In kulturell und lingual pluralen Gesellschaften, die von einer Vielzahl zum Teil voneinander abweichender und widersprüchlicher Lebensentwürfe geprägt sind, kommt der Schule die Aufgabe zu, SchülerInnen nicht nur Wissen über die kulturelle Pluralität zu vermitteln; vielmehr machen es Differenzverhältnisse erforderlich, sich reflexiv so mit dem Verhältnis von Eigenem und Fremdem auseinanderzusetzen, dass der Geltungsanspruch des/der jeweils Anderen mindestens erkannt, respektiert und fair geprüft wird. So wichtig die Berücksichtigung kultureller Differenz und die Kritik ethnozentrischer und dominanzkultureller Haltungen auf der Ebene des Habitus der LehrerInnen und der didaktischen und curricularen Ebene ist, so schwierig ist

eine Auffassung von kultureller Differenz, die diese in nationalen und ethnischen Kategorien festschreibt und kulturelle Differenz ausschließlich oder vorrangig in Bezug auf *Migrationsandere* geltend macht.

Das Bildungsziel des anerkennenden Umgangs mit kultureller Differenz, das für Schulen gegenwärtiger Gesellschaften von Bedeutung ist, steht immer in der Gefahr, durch die Festschreibung von Differenzen Bilder und Beziehungen zwischen als kulturell unterschiedlich geltenden Personen zu bestärken, die in einer beunruhigenden Form der Kritik als kulturrassistisch bezeichnet werden. Differenzfreundlichkeit als Bildungsziel umfasst konsequenterweise auch das Wissen um dieses machtvolle Potenzial des auf den ersten Blick *freundlichen* Bezugs auf Differenzen.

Da kulturelle und linguale Normalitätserwartungen von Schulen sich auf jene, die diesen Erwartungen nicht ohne Weiteres entsprechen, als erschwerte Bildungsvoraussetzungen auswirken können, stellt die Forderung nach Erweiterung und Flexibilisierung der Erwartungen einen weiteren Strang von (reflektierter, nicht festschreibender) Differenzfreundlichkeit dar. Döbert analysiert Merkmale der Schulen erfolgreicher PISA-Teilnehmerstaaten. Die Wertschätzung und positive Wahrnehmung der kulturellen Vielfalt, die die SchülerInnen mit Migrationshintergrund mitbringen, sei allen diesen Schulen gemeinsam (Döbert 2003, 48). Aus den Untersuchungen zur Effektivität unterschiedlicher Modelle lassen sich Grundlinien für eine erfolgreiche sprachliche Bildung in multilingualen Schulen ableiten (Reich/Roth et al. 2002), die von zahlreichen anderen Untersuchungen (es handelt sich dabei vor allem um Untersuchungen qualitativer Art) bestätigt und weiter ausdifferenziert werden (etwa Cummins 2008):

- Verzahnung von Sprach- und Fachunterricht
- Berücksichtigung des Deutschen als Zweitsprache in allen Unterrichtsfächern
- Schullaufbahnübergreifende Unterstützung im Deutschen als Zweitsprache (mindestens sechs bis acht Jahre)
- Förderung der nichtdeutschen Erstsprachen
- Nutzung der nichtdeutschen Erstsprachen als Medium des Unterrichts
- Verzahnung des Lehrens und Lernens in den Erstsprachen mit der Zweitsprache
- Notwendigkeit des expliziten Grammatiklernens für die Sicherung der Nachhaltigkeit der Lernfortschritte im Deutschen als Zweitsprache.

5. „Zuschreibungsreflexiv“

Der Erklärungsansatz der *institutionellen Diskriminierung* (Gomolla/Radtke 2003) macht deutlich, dass Ansätze, die auf kulturelle Andersheit insistieren, dazu neigen, von der Bedeutung der gewissermaßen hinter dem Rücken der schulischen Akteure wirksamen Diskriminierungsmechanismen abzulenken. Da *ethnische Diskriminierung* im Schulsystem weder auf absichtliche Diskriminierung noch auf Vorurteile zu reduzieren ist, kann sich die Reflexion von ethnisierenden und *Migrationsandere* auf Anderssein festschreibenden Zuschreibungen im schulinstitutionellen Rahmen nicht auf die Aufklärung von individuellen Voreingenommenheiten und Engstirnigkeiten beschränken – obwohl auch diese Reflexion unverzichtbar ist.

Mit Bezug auf Interventionsmöglichkeiten zur Veränderung von Diskriminierung empfiehlt der Ansatz der institutionellen Diskriminierung ein mehrschrittiges Programm der *Aufklärung*. „Es kommt darauf an, dass man lernt, die eigene Praxis unter dem Gesichtspunkt zu beobachten, wo versteckte latente Mechanismen der Diskriminierung bisher nicht wahrgenommen werden konnten“ (Gomolla/Radtke 2007, 292).

Mechtild Gomolla verweist auf das *ethnische Monitoring* zur Bekämpfung bestehender Ungleichheiten innerhalb des Bildungssystems: „Ethnisches Monitoring meint das statistische Erfassen und kontinuierliche Beobachten von disproportionalen (Miss-)Erfolgsquoten in Schule, Berufsausbildung und auf dem Arbeitsmarkt, differenziert nach den Kriterien ethnischer Herkunft, sozialer Schichtzugehörigkeit und Geschlecht“ (Gomolla 2003, 99).

Unter der Perspektive, dass Ungleichbehandlung und die ungleiche Bildungsbeteiligung nicht vertretbar sind und die Aufgabe der Schule darin besteht, über ihren Beitrag zu ungleichen Bildungsprozessen nachzudenken, ist im Rahmen eines reflexiven Ansatzes die Auseinandersetzung mit dem *Status quo*, das heißt *mit jeder* und *in jeder* Schule, notwendig (Quehl 2002, 172). Neben dem *Willen* zur Selbstbeobachtung durch die Schule gibt es zwei weitere Voraussetzungen für die Realisierung einer institutionellen Selbstreflexion. Zum einen muss die Institution über ein Beobachtungsinstrument verfügen, und zum anderen muss sie in der Lage sein, aus Beobachtungen Schlüsse zu ziehen, die sie umsetzen kann. Der Begriff der institutionellen Diskriminierung spielt Institutionen ein Selbstbeobachtungsinstrument in die Hand. Sie werden in die Lage versetzt, ihre eigene Praxis der Auswahl und Entscheidung zu beobachten, ohne kulturalistische Begründungen und Legitimationen zu bemühen.

Anmerkungen

- 1 Die Abschnitte I, III und IV des vorliegenden Beitrags gehen auf Passagen des Buches „Migrationspädagogik“ (Mecheril et al. 2010) zurück.
- 2 *Migrationsandere* ist eine Bezeichnung, die, wie jede andere Bezeichnung von Personengruppen auch, pauschalisierend und festschreibend wirkt. Allerdings ist das Kunstwort *Migrationsandere* eine Bezeichnung, die das Problem der Pauschalisierung und der Festschreibung anzeigt. Denn *Migrationsandere* ist ein Wort, das zum Ausdruck bringt, dass es *MigrantInnen* und *AusländerInnen* und komplementär *Nicht-MigrantInnen* und *Nicht-AusländerInnen* nicht an sich, sondern nur als relationale Phänomene gibt. *Migrationsandere* stellt eine Konkretisierung politischer und kultureller Differenz- und Dominanzverhältnisse dar, mit denen sich Pädagogik dann beschäftigt, wenn sie sich Migrationsphänomenen zuwendet. *Migrationsandere* ist eine Formulierung, die auf Charakteristika der Prozesse und Strukturen verweist, die *Andere* herstellen. *Migrationsandere* kann somit als Begriff bezeichnet werden, mit dem Prozesse und Phänomene der Konstruktion, Bewältigung, Bewahrung und Veränderung natio-ethno-kultureller Differenz unter bestimmten Bedingungen in den Blick kommen (vgl. Mecheril et al. 2010).
- 3 Im Begriff *Sprachvermögen* kommt zum Ausdruck: Mündliche und schriftliche Sprachpraxis sind nur angemessen als eine Frage der Kompetenz *und* des Wertes der Anerkennung, der dieser Sprachpraxis in einem bestimmten gesellschaftlichen Raum zukommt, zu verstehen. Die (migrations-)pädagogische Konsequenz dieser Einsicht besteht unter anderem darin, ein kritisches Verhältnis zu der Struktur, in der der Wert der Sprachen hierarchisch geordnet ist, einzunehmen (Mecheril/Quehl 2006; Mecheril et al. 2010, 99–129)
- 4 Bereits 2001 machte Thränhardt auf die Disparität zwischen nationalstaatlicher Gesetzgebung und der kommunalen *Verantwortung* bzw. dem kommunal wirksamen Handlungsimperativ in integrationspolitischen Maßnahmen aufmerksam (vgl. Thränhardt 2001; 2009).
- 5 In den Lehrplänen der Volks- und Hauptschulen seit dem Schuljahr 1991/1992 (Bundesgesetzblatt 439/1991). Seit 1992/1993 findet es sich im Lehrplan der Sonderschulen (BGBl. 528/ 1992) und polytechnischen Schulen (BGBl. 616/ 1992, zuletzt geändert durch BGBl. 236/1997); seit 1993/1994 auch im Lehrplan der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) (vgl. Binder 2002, 425).
- 6 Seit fast 10 Jahren findet die Integrationspolitik des Landes eine eigenständige institutionelle, operative und politische Einbettung. 2001 wurde das Referat für Integration als Teil der gesellschaftspolitischen Abteilung des Landes Tirol (JUFF) implementiert. Mit dem Integrationsreferat gewann das Land eine operative Stelle, die auf kommunale und regionale Umsetzung abgestellte integrationspolitische Agenden fördert, koordiniert oder begleitet. Nach Selbstdarstellung umfasst der Arbeitsbereich der Integrationsabteilung die Beschäftigung mit folgenden Themen: „Die Bewusstseinsbildung zur Integrationsfrage betreffend Risiken und Chancen für Bevölkerung und Zuzügler, Spracherwerb und Bildung, Maßnahmen der sozialen Gleichstellung, Modelle der Partizipation, Impulse zu bürgerschaftlichem Engagement, Mediation von Konflikten, Projekte und Studien, Subventionen, Maßnahmen zur Erwerbstätigkeit u. a.“ (JUFF Fachbereich Integration, Webseite). Begrifflichkeit und Breite des angegebenen Aufgabenbereiches sind bezeichnend für die institutionelle, aber auch für die diskursive Einbettung der *Integrationspolitik* selbst als neues und immer relevanter werdendes Politikfeld.

Literaturverzeichnis

- Amt der Tiroler Landesregierung* (2010). Demografische Daten Tirol 2009, www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/zahlen-und-fakten/statistik/downloads/BEV2009.pdf, (16.09.2010)
- Biffl, Gudrun* (2007). Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit: die Bedeutung von Einbürgerung, Herkunftsregion und Religionszugehörigkeit, in: *Fassmann, Heinz* (Hg.). 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt: Drava, 265–282
- Biffl, Gudrun/Steinmayr, Andreas/Wächter, Natalia* (2009). Lebens- und Erwerbssituation arbeitsmarktfremder Jugendlicher mit Migrationshintergrund in Tirol. http://content.tibs.at/pix_db/documents/Studie_Lebens%20Erwerbssituation_JugendlicherMigrantInnen_LANG.pdf (04.05.2010)
- Binder, Susanne* (2002). Schule und Migration. Einblicke in die Praxis des interkulturellen Lernens, in: *SWS-Rundschau*, 42. Jg., Heft 4, 422–440
- Binder, Susanne* (2004). Interkulturelles Lernen aus ethnologischer Perspektive. Konzepte, Ansichten und Praxisbeispiele aus Österreich und den Niederlanden, Wien: Lit Verlag
- Bischof, Karin/Halbmayer, Brigitte/Lercher, Kerstin/Liegl, Barbara* (2007). Integration als kommunales Politikfeld: Entstehungsbedingungen, Problemlagen und Modelle, in: *SWS-Rundschau*, 47. Jg., Heft 2, 164–185
- Bourdieu, Pierre* (1987). Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Bundesministerium für Inneres* (2009). Migration und Integration Zahlen. Daten. Fakten 2009, Wien: Bundesanstalt Statistik Österreich
- BMUKK: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur* (2009a). Fachlehrpläne für den muttersprachlichen Unterricht: Unterrichtsprinzip „Interkulturelles Lernen“. Informationsblätter des Referats für Migration und Schule Nr. 6/2009, 17. Lehrplanbestimmungen für Deutsch als Zweitsprache (DaZ), in: www.bmukk.gv.at/medienpool/15067/nr6_09.pdf (12.09.2010)
- BMUKK: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur* (2009b). Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung in Österreich. Quelle: Statistik Austria. www.bmukk.gv.at/medienpool/18975/zahlenspiegel_2009.pdf (13.09.2010)
- Burtscher, Simon* (2004). Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse der internationalen Bildungsstudie PISA 2003 – mit einem Fokus auf das Abschneiden der SchülerInnen migrantischer Herkunft. www.okay-line.at/file/656/pisa2003.pdf (13.01.2011)
- Cummins, Jini* (2008). Total Immersion or Bilingual Education? Findings of International Research on Promoting Immigrant Children’s Achievement in the Primary School, in: *Ramseger, Jörg/Wagener, Matthea* (Hg.). Chancenungleichheit in der Grundschule. Ursachen und Wege aus der Krise, Jahrbuch Grundschulforschung, Band 12, Wiesbaden: VS Verlag, 45–55
- Döbert, Hans* (2003). Was kennzeichnet bei PISA erfolgreiche Schulsysteme? Ergebnisse eines vertiefenden Vergleichs der Schulsysteme ausgewählter PISA-Teilnehmerstaaten, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 11, 47–50
- Gomolla, Mechthild* (2003). Fördern und Fordern allein genügt nicht! Mechanismen institutioneller Diskriminierung von Migrantenkindern und Jugendlichen im deutschen Schulsystem, in: *Auernheimer,*

- Georg (Hg.). Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, Opladen: Leske + Budrich, 97–112
- Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2007). Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag
- Gomolla, Mechthild (2009). Schulentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft: Strategien gegen institutionelle Diskriminierung in England, Deutschland und der Schweiz, Münster: Waxmann
- Herzog-Punzenberger, Barbara/Unterwurzacher, Anne (2009). Migration – Interkulturalität – Mehrsprachigkeit. Erste Befunde für das österreichische Bildungswesen, in: *Specht, Werner* (Hg.). Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009. Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen, Band 2, Graz: Leykam, 161–182
- JUFF, Amt der Tiroler Landesregierung, Fachbereich Integration (2010). www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/aufgaben/ (16.09.2010)
- JUFF, Amt der Tiroler Landesregierung, Fachbereich Integration (2006). Integrationskonzept des Landes Tirol mit Maßnahmenempfehlungen. www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/integrationskonzept/ (13.09.2010)
- JUFF, Amt der Tiroler Landesregierung, Fachbereich Integration (2009). Bericht zur Umsetzung des Integrationskonzeptes 2009. www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/integrationskonzept/ (16.09.2010)
- Klemm, Klaus (2004). Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im Spiegel neuer Schulleistungsstudien, in: *Karakaşoğlu, Yasemin/Lüddecke, Julian* (Hg.). Migrationsforschung und Interkulturelle Pädagogik. Aktuelle Entwicklungen in Theorie, Empirie und Praxis, Münster: Waxmann, 205–214
- Landesstatistik Tirol (2007). Darstellung: Informations- und Monitoring Zentrum für Migration und Integration in Tirol, Stichtag 31.12.2007, www.imz-tirol.at (27.09.2010)
- Lanz, Stephan (2007). Berlin aufgemischt. Abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt, Bielefeld: Transcript
- Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar (erscheint 2011). Integration als (Bildungs-)Ziel? Kritische Anmerkungen, in: *Spanning, Reingard/Arens, Susanne/Mecheril, Paul* (Hg.). bildung – macht – unterschiede: Facetten eines Zusammenhangs, Innsbruck: Studia
- Mecheril, Paul/Quehl, Thomas (2006). Sprache und Macht. Theoretische Facetten eines (migrations-)pädagogischen Zusammenhangs, in: *Mecheril, Paul/Quehl, Thomas* (Hg.). Die Macht der Sprachen. Englische Perspektiven auf die mehrsprachige Schule, Münster: Waxmann, 355–381
- Mecheril, Paul (2010). Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive, in: *Mecheril, Paul/Castro Varela, María do Mar/Dirim, Inci/Kalpaka, Annita/Melter, Claus/Hurrelmann, Klaus/Andresen, Sabine/Schröer, Wolfgang/Palantien, Christian* (Hg.). Bachelor/Master: Migrationspädagogik, Weinheim: Beltz, 7–22
- OECD, Thematic Review on Migrant Education (2009). Country Background Report for Austria. www.oecd.org/dataoecd/8/26/42485003.pdf (05.07.2010)
- Quehl, Thomas (2002). Institutioneller Rassismus – ein Lackmустest auch für die Schule?, in: *Jäger, Margarete/Kauffmann, Heiko* (Hg.). Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland, Duisburg: DISS, 165–201

- Reich, Hans H./Roth, Hans-Joachim (2002). Spracherwerb zweisprachig aufwachsender Kinder und Jugendlicher. Ein Überblick über den Stand der nationalen und internationalen Forschung, Behörde für Bildung und Sport, Hamburg
- Reich, Hans H. (2005). Forschungsstand und Desideratenaufweis zu Migrationslinguistik und Migrationspädagogik, in: *BMBF* (Hg.). Anforderungen an Verfahren der regelmäßigen Sprachstandsfeststellung als Grundlage für die frühe und individuelle Förderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, Bildungsreform, Band 11, Bonn, 121–169
- Statistik Austria (2009). Darstellung: Informations- und Monitoring Zentrum für Migration und Integration in Tirol, www.imz-tirol.at (22.09.2010)
- Statistik Austria (2010). Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland. www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html. (10.09.2010)
- Thränhardt, Dietrich (2001). Zuwanderungs- und Integrationspolitik in föderalistischen Ländern, in: *Akgün, Lale/Thränhardt, Dietrich* (Hg.). Integrationspolitik in föderalistischen Systemen, Münster: Lit Verlag
- Thränhardt, Dietrich (2009). Integrationspolitik als Herausforderung von Bund, Ländern und Gemeinden, in: *Gesemann, Frank/Roth, Roland* (Hg.). Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag, 267–278
- Unterwurzacher, Anne (2007). „Ohne Schule bist du niemand!“ – Bildungsbiographien von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in: *Weiss, Hilde* (Hg.). Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation, Wiesbaden: VS Verlag, 71–96
- Weiss, Hilde/Unterwurzacher, Anne (2007). Soziale Mobilität durch Bildung, in: *Fassmann, Heinz* (Hg.). 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001–2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Klagenfurt: Drava, 227–241.
- Weiss, Hilde (2007). Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation, Wiesbaden: VS Verlag
- Wroblewski, Angela/Herzog-Punzenberger, Barbara (2010). Wann kommt die Vielfalt endlich in den Köpfen an? Eine Bestandsaufnahme zum Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt im österreichischen Schulwesen, in: *Langthaler, Herbert* (Hg.). Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde, Innsbruck: Studienverlag

Abstracts

Migrazione ed educazione scolastica. Aspetti tirolesi ed altro

In questo scritto si approfondirà l'aspetto istituzionale e pedagogico sulla realtà sociale in Austria e specialmente in Tirolo. Si sostiene che la posizione sfavorevole di studentesse con un bagaglio cosiddetto "di migrazione" non è necessaria, ma semplicemente il risultato sociale (come l'educazione) di una routine istituzionale. La scuola e la pedagogia riportano coloro che vengono etichettati come "diversi" per i quali poi vengono adottate misure apposite. In un secondo tempo si darà una risposta pedagogica alla luce della realtà migratoria in Austria.

Migraziun y educaziun scolastica. Fassêtes tirolejes y d'atres

Tl articul vëgnel tratè les respostes istituzionales y pedagogiches ala realté soziała, ch'an podess tra adöm cun la parora migraziun, tl'Austria y dantadöt tl Tirol. Al vëgn sostignì la tesa che le fà fora i scolars imigrà plü stleç ch'ai ne n'è, n'è nia na nezescité, mo le resultat de na rutina soziała y istituzionala (p.ej. dles istituziuns educatives). La scora y la pedagogia alza fora i sogec che vëgn conscidrà „atramënter“, por chi ch'al vëgn spo tut mosöres pedagogiches y istituzionales

Migration and Schooling. The Tyrolean Aspect and Other Facets.

This article focuses first and foremost on institutional and pedagogical answers to social realities, which are mirrored by the word “migration” in Austria, especially in Tyrol. We elucidate the argument that poor school performance of—and difficult conditions for—pupils with a “background of migration” is not a necessary or ineluctable phenomenon, but an effect of social and institutional routines. Mechanisms and traditions of differentiation are significant within the education system in Austria. The article explicates that school and education create subjects marked as being different by means of particular routines. For this pupil, special pedagogical and institutional measures are subsequently designed. In the second part of the article, a pedagogical answer to questions concerning the migration reality in Austria is set forth.



8. Politische Persönlichkeit des Jahres 2010
Personalità dell'anno 2010

A series of horizontal dashed lines for writing.



Guido Bocher – Foto Hannes Senfter

Hannes Senfter

Guido Bocher: Ein Bürgermeister mit Signalwirkung

„Pronto, hallo Bocher.“ Mit diesen Worten meldet sich der neue Toblacher Bürgermeister Guido Bocher am Telefon, was schon viel darüber aussagt, wofür er steht: Bocher ist nicht nur Bürgermeister der italienischsprachigen Bevölkerung im Dorf. Er ist der Bürgermeister seiner Bürger und Bürgerinnen, egal welcher Sprachgruppe sie angehören.

Dass Bocher zum Bürgermeister von Toblach, der bekannten Pustertaler Gemeinde, gewählt worden ist, hat verschiedene Ursachen. Ein Quäntchen Glück gehörte auch dazu. Dabei lässt sich das Toblacher Phänomen von April bis zur Abstimmung über das Verwaltungsprogramm Mitte Juni des vergangenen Jahres in zwei Phasen unterteilen.

Die erste Phase betrifft die Zeit von Mitte April bis Mitte Mai. Die Vorwahlzeit zu den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2010 lässt es schon erahnen. Guido Bocher ist langjähriger Politiker der Bürgerliste *Lista Indipendenti – Tre Cime* und gleichzeitig auch Bürgermeisterkandidat. Es handelt sich um eine zweisprachige Liste, die zum Großteil aus italienischsprachigen Kandidaten besteht. Es sind insgesamt 16 Kandidaten, die mit einem ähnlichen Ergebnis wie bei den Wahlen 2005 rechnen. Damals hatte die Liste 337 Stimmen oder 16,8 Prozent erreicht und war mit drei Mandaten in den Gemeinderat eingezogen.

Im Frühjahr 2010 sieht die Situation ähnlich aus, aber es gibt einen Unterschied: die Anzahl der Bürgermeisterkandidaten. Es ist das erste Mal, dass in Toblach gleich vier Kandidaten für das höchste Amt in der Gemeinde antreten. Grund dafür war der Umstand, dass Bernhard Mair, der langjährige und beliebte Bürgermeister der Südtiroler Volkspartei (SVP), wegen der gesetzlichen Mandatsbeschränkung nicht mehr für das Amt kandidieren durfte.

Somit musste die SVP nach Alternativen suchen, was nicht so leicht war, wie man es sich vorgestellt hatte. Denn innerhalb der SVP gab es gar einige Unstimmigkeiten. Auch in der Bevölkerung hatte die Edelweißpartei nicht mehr den Rückhalt wie früher. Einer der Gründe dafür war das neue Langlaufstadion, ein Projekt, das Dorf und Politik gespalten hat (Hinterwaldner 2010). Strippenzieher war der Hotelier und damalige SVP-Tourismusreferent Herbert Santer. Er hat das Projekt auch ohne große Zustimmung im Dorf umgesetzt. Gleichzeitig ist es zu Problemen im örtlichen Tourismusverein gekommen. In einer Tourismus-Gemeinde wie Toblach hat dieser Verein politisches Gewicht.

Herbert Santer als mächtiger Lokalpolitiker hätte gerne selbst für das Bürgermeisteramt kandidiert. Zur Überraschung aller wird Herbert Santer aber nicht nominiert. Im Rahmen der Vorwahlen durch die örtlichen Verbände werden der Schlosser Gert Lanz und der Bauer Anton Tschurtschenthaler zu geeigneten SVP-Kandidaten erklärt (Hinterwaldner 2010a).

Einen weiteren Bürgermeisterkandidaten stellt die Bürgerliste *Freie Wählergemeinschaft – Liste Toblach* mit Walter Mair. 2005 war diese Liste mit vier Gemeinderäten die stärkste Oppositionskraft. 2010 treten neben der SVP weitere vier Listen an, die alle den Einzug in den Gemeinderat schaffen.

In der Wahlkampfphase rechnen nur einige wenige mit einem möglichen Sieg von Guido Bocher bei den Gemeinderatswahlen. Es ist für Toblach, wo 16 Prozent der Bevölkerung Italiener sind, nicht sehr wahrscheinlich, dass ein Italiener zum Bürgermeister gewählt wird. Und trotzdem kommt es dazu.

Guido Bocher erzielt am 14. Mai ein historisches Ergebnis: Er wird der erste italienischsprachige Bürgermeister in einer Südtiroler Gemeinde, die zum Großteil von einer deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt wird. Ganze 37 Prozent der Bürgermeisterstimmen kann er auf sich vereinen (Gemeindewahl 2010). Er erhält als Bürgermeisterkandidat 715 Stimmen – fast doppelt so viele wie seine Liste. Daraus lässt sich unzweideutig schließen: Viele Deutschsprachige haben den *walschen* Guido gewählt. Schätzungen sprechen von bis zu 400 Stimmen (Senfter 2010b).

Erste Reaktionen ließen eher auf eine Protestwahl als auf eine überzeugte Entscheidung zugunsten von Bocher schließen. Das wird sich aber in den Wochen

nach der Wahl ändern. Auch Bocher selbst hat sich Gedanken gemacht, weshalb er plötzlich so viele Stimmen auf sich vereinen kann. „Ich bin keine Person, die Privatinteressen verfolgt“, sinniert er, „ich komme aus der öffentlichen Verwaltung, habe alles erreicht und bin einfach unabhängig. Zudem kenne ich viele Menschen und jeder kennt mich“ (Bocher 2011). Er fühlt sich in erster Linie von seinen Mitbürgern und Mitbürgerinnen gewählt. Und das nicht als Italiener, sondern als ganz normaler Mitbürger, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.

Die SVP sucht die Fehler für die verlorene Bürgermeisterwahl innerhalb der eigenen Reihen. Das Langlaufstadion wird vorgeschoben und die Tatsache, dass es zu viele Kandidaten für das oberste Amt in der Gemeinde gegeben hat (Hinterwaldner 2010). In dieser Phase ist für die SVP eine Sache ganz klar: Wir werden Bocher sicher nicht unterstützen, sondern alles daran setzen, dass es zu Neuwahlen kommt. So auch Landeshauptmann Luis Durnwalder: Er verlangte Neuwahlen, da es seiner Ansicht nach in einem „deutschsprachigen Dorf keinen italienischsprachigen Bürgermeister“ geben könne (Senfter 2010b).

Nach und nach erhält das Toblacher Wahlergebnis immer größere Aufmerksamkeit. Die gesamtstaatlichen Medien werden auf das *Wunder von Toblach* aufmerksam und begeistern sich am Sonderfall. In den zwei Wochen nach der Wahl gibt es nur wenige Zeitungen auf gesamtstaatlicher Ebene, die Bocher nicht wenigstens eine halbe Seite widmen. Und alle kommen zum gleichen Schluss: Der Wählerwille ist zu respektieren.

Diese Stimmung breitet sich allmählich auch im Dorf aus und trägt dazu bei, dass es zur zweiten Phase des Phänomens Bocher kommt. Nach der anfänglichen Überraschung will die Bevölkerung nun an ihrer Entscheidung festhalten. Bocher selbst sieht es gelassen. Einige Male ist er von den Zeitungsartikeln sogar enttäuscht. „Die Zeitungen machen mich immer zum ‚Walschen‘“, so Bocher, „für mich gelten diese ethnischen Grenzen nicht. Mir ist es wichtig, den Bürgern eine positive Antwort auf meine Wahl zu geben. Und darum will ich mit jedem reden und vor allem jeden gleich behandeln“ (Bocher 2011).

Anfang Juni wird es immer wahrscheinlicher, dass Guido Bocher Bürgermeister bleiben wird. Mittlerweile legt er sich aber in einem Punkt fest. „Ich möchte eine Integrationsfigur sein“, sagt Guido Bocher in einem Zeitungsinterview (Hinterwaldner 2010c). Die Debatte über Bocher breitet sich nicht nur über die Printmedien aus, sondern auch über das Internet. Im Speziellen über Facebook, wo eine eigene Gruppe mit dem Namen *GUIDO BOCHER NEUER BÜRGERMEISTER: NUTZEN WIR DOCH DIESE MÖGLICHKEIT!!!* gegründet wird. Mit beinahe täglichen Beiträgen wird auf die Diskussion in den vier Wochen nach den Gemeinde-

ratswahlen eingegangen. Immerhin zählt die Gruppe 419 Mitglieder (Stand vom 19. Februar 2011).

Guido Bocher wird zum Symbol des gelungenen Zusammenlebens. Es rückt immer mehr der Umstand in den Mittelpunkt, dass Bocher nicht nur als Bürgermeister der italienischsprachigen Toblacher gewählt wurde, sondern auch von der Mehrzahl der Deutschsprachigen gewollt war. Immer mehr verlagert sich die Diskussion weg von der ethnischen hin zu einer ganz persönlichen Dimension: Bocher ist gewählt, egal von welcher Sprachgruppe. Darum sollte er seine Heimatgemeinde regieren und verwalten, wenn auch innerhalb einer Minderheitenregierung. Diese Wahrnehmung wurde letztlich auch zum tragenden Element der Debatte. In der Dorfzeitung „Toblach Info“ vom 2. Juni 2010 wird diesem Meinungsumschwung bereits Rechnung getragen und Guido Bocher in seinem Amt willkommen geheißen. Das, obwohl Bocher seine Regierungsmannschaft erst am 9. Juni präsentieren wird und noch gar nicht klar ist, ob eine Mehrheit hinter ihm steht.

Guido Bocher ist das Paradebeispiel eines zweisprachigen Südtirolers. 1947 wurde er in Toblach geboren. Er ist der Sohn zweier Trentiner, die in der Zeit des Faschismus 1927 nach Toblach gekommen waren. Seine Mutter hat lange Zeit im Gemeindeamt gearbeitet, während sein Vater in Bozen für viele Toblacher die Behördengänge erledigte. Guido war das einzige Kind und hat nach der Grundschule in Toblach die Mittelschule in Ala besucht. Danach machte er den Abschluss an der Geometerschule in Bozen. Es folgte ein Studium der Forstwirtschaft in Padua. Als hervorragender Student schloss er sein Studium mit der höchsten Punktzahl 110 cum laude ab. Anschließend bewarb er sich um eine Landesstelle bei der Südtiroler Forstverwaltung. Zunächst war er im Pustertal tätig. Schon bald stieg der junge und engagierte Bocher auf und wurde Amtsdirektor der Landesforst- und Domänenverwaltung in Bozen. Bevor der Forstverwalter Bocher in Pension ging, leitete er noch als Ressortdirektor unter Landesrat Luigi Cigolla die Arbeitsbereiche des geförderten Wohnbaus und der italienischen Schule und Kultur. Den Kontakt zu seiner Heimatgemeinde hat er nie aufgegeben. Selbst während seiner langjährigen Tätigkeit in Bozen wohnte er weiterhin in Toblach.

Dass er ein Paradebeispiel für die mehrsprachige Südtiroler Gesellschaft ist, beweist auch sein Privatleben. Bocher heiratete 1986 seine Frau Klara Hofer. Heute ist Bocher Vater dreier Söhne: Manuel, Rudi und Patrick.

Die politische Karriere Bochers hat 1990 in Toblach begonnen. Als Politiker der Mitte war er für eine Bürgerliste in den Gemeinderat eingezogen. Vier Amtsperioden lang war Bocher stets Mitglied des Gemeindevorstandes. Er vertrat in diesen zwei Jahrzehnten die Interessen der italienischen Sprachgruppe und war von

der SVP stets als zuverlässiger Partner angesehen worden (Toblach Info Nr. 2). Von Gemeindepolitikern wird er sogar als der natürliche Nachfolger von Langzeitbürgermeister Mair angesehen (Hinterwaldner 2010b). Bocher: „Wir haben immer sehr gut zusammengearbeitet. Es herrschte ein korrektes Klima und jeder hat sich besondere Kompetenzen in seinen Arbeitsbereichen erarbeitet“ (Bocher 2011).

Nach dem Wahlsieg Mitte Mai hatte Guido Bocher wenig politischen Spielraum. Ihm blieb nur die Möglichkeit, sich mit der SVP einzulassen. Denn sein politisches Gewicht ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse gering. Seine Liste hat nur 15,9 Prozent der Stimmen. Interessanterweise war das Wahlergebnis schlechter als jenes von 2005. Damals erhielt seine Liste beinahe einen Prozentpunkt mehr, nämlich 16,8. Damit lassen sich nicht große Forderungen stellen. Aber einen Rückzieher konnte sich die SVP in den ersten Junitagen schon nicht mehr leisten, längst war die Stimmung zugunsten Bochers gekippt. Dadurch konnte ein Regierungsprogramm ausgearbeitet werden, das laut Bocher beide Gemeindelisten, seine und jene der SVP, in der besten Weise ergänzt. „Es ist ein Regierungsprogramm“, erklärt Bocher, „eine gute Synthese, die von 18 auf 20 Räten mitgetragen wird. Dies spricht für sich“ (Bocher 2011).

Da sich der italienischsprachige Bürgermeister innerhalb seiner Koalition klar in der Minderheit befindet, ist Durchsetzungsvermögen gefragt. Aber Bocher ist kein Mensch, der mit dem Kopf durch die Wand muss. Er ist ein Denker, der auf dem Verhandlungswege und im Gespräch mit Argumenten und seiner zurückhaltenden Art zu überzeugen imstande ist.

Einen ersten politischen Erfolg kann er mittlerweile bereits verzeichnen. Toblach leidet seit Jahrzehnten an einem Verkehrsproblem: Die beiden Ortsteile Alt- und Neutoblach sind durch die Staatsstraße getrennt. Eine Ampel regelt den Verkehr. In der touristischen Hochsaison kommt es dort regelmäßig zu kilometerlangen Staus. Jetzt wird die Bevölkerung über die geeignete Lösung entscheiden: Bocher hat eine Volksabstimmung angesetzt. Und das ohne Quorum, das für Referenden abgeschafft wurde. Bocher dazu: „Wir haben einige wichtige Schritte in Richtung direkte Demokratie getan. Der Verkehr ist ein wichtiges Thema des Dorfes und soll vom Volk entschieden werden“ (Bocher 2011).

Hat die Toblacher Entscheidung für Guido Bocher Signalwirkung für die anderen Gemeinden Südtirols? Könnte es bald schon landauf und landab Bürgermeister und Bürgermeisterinnen unabhängig von der jeweiligen Sprachgruppe und ethnischen Zuordnung geben? Für Guido Bocher ist dies eine Kernfrage. Er will sich selbst und seinen Bürgerinnen und Bürgern in Toblach beweisen, dass gute Arbeit nicht von der Sprachgruppe abhängig ist. Seine Bürgernähe kommt auch dadurch

zum Ausdruck, dass ihn alle telefonisch erreichen können. Die zukünftige Entwicklung ist für Bocher eindeutig: Die Südtiroler Politik findet immer mehr einen gemeinsamen Nenner fernab von Sprachgruppenzugehörigkeit und ethnischer Einordnung. Die Werte der Autonomie werden für die Bürger und Bürgerinnen immer wichtiger und werden laut Bocher die Grundlage des Zusammenlebens bilden.

Ob er 2015 wieder antreten wird, daran will er im Moment noch nicht denken: „Mein Ziel ist es, jeden Tag gut zu arbeiten.“ Seine Wahl hat jedenfalls innerhalb und außerhalb Südtirols für Gesprächsstoff gesorgt. Gleichzeitig hat sie ihn aber auch unter Druck gesetzt. Er muss jetzt beweisen, dass er der richtige Mann auf dem richtigen Posten ist. „Sollte es mir nicht gelingen, unsere Ziele umzusetzen“, meint ein selbstkritischer Bocher, „dann fällt das in meine Verantwortung“ (Bocher 2011).

Literaturverzeichnis

Bocher, Guido (2011). Persönliches Gespräch, 24.02.2011

Hinterwaldner, Silke (2010). Wiederholte Geschichte, in: Neue Südtiroler Tageszeitung, 16.05.2010, 19

Hinterwaldner, Silke (2010a). Alpenrosen und Edelweisse, in: Neue Südtiroler Tageszeitung, 14.04.2010, 27

Senfter, Hannes (2010b). Angst vor Neuwahlen, in: Neue Südtiroler Tageszeitung, 21.05.2010, 2

Hinterwaldner, Silke (2010c). „Ich möchte Integrationsfigur sein“, in: Neue Südtiroler Tageszeitung, 18.05.2010, 27

Strobl, Wolfgang (2010). Guido Bocher: Erster Bürger Toblachs, in: Toblach Info, Nr. 2, 2.6.2010, 7

Gemeindewahl (2010). Südtirol 16.–30. Mai. www.gemeindewahlen.bz.it/8446/index_ld_vg.htm (24.2.2011)

Begründung der Jury

Guido Bocher Politische Persönlichkeit des Jahres

Die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirool hat anlässlich ihrer Generalsversammlung am 3. Februar 2011 Herrn Guido Bocher mit großer Mehrheit zur politischen Persönlichkeit des Jahres gewählt.

Guido Bocher ist Bürgermeister der Gemeinde Toblach. Laut Volkszählung 2001 wohnen in Toblach 86 Prozent deutschsprachige und 14 Prozent italienischsprachige SüdtirolerInnen.

In Südtirol ist das politische System stark durch das ethnische *cleavage* geprägt, genauso wie auch das Wahlverhalten, das entscheidend von der ethnischen Zugehörigkeit bestimmt ist. Dennoch hat der Italiener Bocher die Direktwahl für das Amt des Bürgermeisters in der fast rein deutschsprachigen Gemeinde Toblach für sich entscheiden können.

Wenn Bocher zur Persönlichkeit des Jahres gewählt wurde, so wird dadurch nicht nur sein persönlicher Erfolg geehrt, sondern auf die starke Symbolik verwiesen, die in dieser Wahl zu sehen ist, und nicht nur Bocher, sondern die gesamte Bevölkerung von Toblach in diese Ehrung mit einbezieht.

Bocher hat als Bürgermeisterkandidat weit mehr Stimmen erhalten als seine italienische Liste. Das bedeutet, dass er als Persönlichkeit auch das Vertrauen der deutschsprachigen Bevölkerung genießt. Nach seiner Wahl hatte es vereinzelt Stimmen gegeben, die einen italienischsprachigen Bürgermeister in einer fast rein deutschsprachigen Gemeinde für nicht tragbar hielten. Angesichts solcher Forderungen haben weder Bocher noch die übergroße Mehrheit der Toblacher Bevölkerung nicht *ethnisch*, sondern demokratisch argumentiert: Die demokratische Wahl einer Person ist unabhängig von ihrer Sprachgruppenzugehörigkeit zu respektieren.

Die Wahl Bochers und die Haltung der Bevölkerung von Toblach sind ein wichtiges Signal für die weitere Entwicklung in Südtirol, für das friedliche und konstruktive Zusammenleben der Sprachgruppen sowie für das im Autonomiestatut verankerte Prinzip der Sprachgruppenkonkordanz. Es ist wie eine Botschaft, dass auch in Südtirol die Qualität einer Person ausschlaggebend ist, unabhängig von ihrer Sprachgruppenzugehörigkeit. Und es ist ein gelebtes Beispiel für den politischen und gesellschaftlichen Einschluss und gegen den Ausschluss von Sprachgruppen bei der Verwaltung und Gestaltung der *res publica*.

Motivazione della giuria

Guido Bocher Personalità politica dell'anno

La Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/Sozieta de scienza pulitica de Sudtirool, in occasione della sua assemblea generale, il 3 febbraio 2011 ha eletto a larga maggioranza Guido Bocher personalità politica dell'anno.

Guido Bocher è Sindaco del Comune di Dobbiaco. Secondo il censimento del 2001 a Dobbiaco abitava l'86% di altoatesini di madrelingua tedesca e il 14% di madrelingua italiana.

In Alto Adige il sistema politico è fortemente permeato dalla frattura etnica, che si ripercchia anche nell'orientamento elettorale, che viene fortemente determinato dall'appartenenza etnica. Eppure il candidato di lingua italiana Bocher è riuscito ad assicurarsi l'elezione diretta alla carica di Sindaco nel Comune di Dobbiaco, quasi totalmente di lingua tedesca.

Quando Bocher è stato eletto personalità dell'anno, non si intendeva onorare solo il suo successo personale, ma rimandare al forte simbolismo che si scorge in questo voto: questa onorificenza non premia soltanto Bocher, ma include l'intera popolazione di Dobbiaco.

Bocher, in qualità di candidato sindaco ha ricevuto molti più voti di quelli della sua lista italiana; questo significa che grazie alla sua personalità ha goduto anche della fiducia della popolazione di lingua tedesca.

Dopo la sua elezione ci sono state voci isolate che consideravano insostenibile avere un sindaco di lingua italiana in un Comune quasi totalmente di lingua tedesca. Di fronte a queste pretese, sia Bocher sia la stragrande maggioranza dei cittadini di Dobbiaco ha argomentato non in senso *etnico*, ma in senso democratico: il voto democratico di una persona va rispettato indipendentemente dalla sua appartenenza linguistica.

La scelta di Bocher e il comportamento dei suoi cittadini sono un segnale importante per il futuro sviluppo dell'Alto Adige, tanto per la convivenza pacifica e costruttiva dei gruppi linguistici quanto per il principio della democrazia consociativa fissata nello statuto di autonomia. È un messaggio che testimonia come anche in Alto Adige la qualità di una persona sia decisiva, indipendentemente dalla sua appartenenza linguistica. È inoltre un esempio concreto di inclusione sociale, contro l'esclusione dei gruppi linguistici dall'amministrazione e dalla costruzione della *res publica*.

Motivaziuns dla iuria

Guido Bocher Personalité politica dl'ann

La Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft/ Società di Scienza Politica dell'Alto Adige/ Sozietà de scienza pulitica de Sudtiroi à en ocasiun de süa sentada generala di 3 de forà 2011 lité a gran maioranza Guido Bocher sciöche personalité politica dl ann.

Guido Bocher é ombolt dl comun de Toblach. Aladò dla cumpèda dla jènt tl 2001 ê i abitané a Toblach por l'86% dl grup linguistich todësch y por le 14% dl grup linguistich talian.

Te Südtirol é le sistem politich dassënn influenzé da n *cleavage* etnich y les lites é influenzades cotan dala portignënza etnica. Impò à Bocher, che fej pert dl grup linguistich talian, davagné la lita, deventan ombolt te n comun oramai daldöt todësch sciöche Toblach.

See Bocher é gnü nominé personalité politica dl ann, spo n'ôn nia evidenzié so suzès personal, mo plütosc le significat simbolich plü ampl. Cun süa litaziun ne vëgnel nia ma onorè Bocher, mo dōta la popolaziun de Toblach.

Sciöche candidat da ombolt à Bocher ciafè trö' deplü usc co süa lista taliana. Chësc ô di ch'al à incé la crëta dla popolaziun dl grup linguistich todësch. Do süa litaziun êl n valgügn che ne cherdò nia ch'ara foss jüda bun cun n ombolt talian te n comun præsc ma todësch. A chëstes provocaziuns n'à Bocher y i abitané de Toblach nia respognü cun argomëné etnics mo democratics: la litaziun democratica de na porsona é da respetè independentemënter dala portignënza al grup linguistich.

La litaziun de Bocher y la posiziu dala popolaziun de Toblach é n segnal important por le svilup de Südtirol tl dagnì, por la convivënza pazifica y costrutiva di grups linguistics, sciöche incé por le prinzip dala concordanza di grups linguistics reportè tl statut d'autonomia. Al é n messaje important, che nes dij che incé te Südtirol é dantadöt la cualité de na porsona dezisiva, independentemënter da süa portignënza al grup linguistich. Implü é n ejëmpl vivënt de intlujiun politica y sozuala y contra la estlujiun pro la gestiun y la realisaziun dala *res publica*.

9. Rezensionen und Hinweise
Recensioni e schede

A series of horizontal dashed lines for writing.

**Stepanek, Friedrich (2010). „Ich bekämpfte jeden Faschismus“.
Lebenswege Tiroler Spanienkämpfer, in: Schreiber, Horst/
Weiss, Alexandra (Hg.). Studien zu Geschichte und Politik, Bd. 13,
Innsbruck: Studienverlag**

Eine Besonderheit des Spanischen Bürgerkriegs der Jahre 1936–1939 besteht darin, dass er bis zum heutigen Tag eine beträchtliche Anzahl an SchriftstellerInnen in seinen Bann gezogen hat. Der Abwehrkampf einer von Faschisten bedrohten Republik, die breite internationale Solidaritätswelle zu ihren Gunsten und nicht zuletzt das Scheitern einer politischen Vision bilden die Projektionsfläche für Erzählungen der Weltliteratur, die aus der Feder von unmittelbaren Kriegsteilnehmern wie etwa Ernest Hemingway oder George Orwell stammen. Auch spätere Autor(inn)en und Filmemacher haben das romantische Sujet Spaniens immer wieder aufgegriffen; so etwa Hans Magnus Enzensberger in seinem historischen Roman „Der kurze Sommer der Anarchie“ aus dem Jahr 1972.

Der Geschichtswissenschaft ist es vor allem in den letzten Jahren gelungen, das literarische Bild des Spanischen Bürgerkriegs durch sachliche Analysen zu ergänzen, es mit Sicherheit auch ein wenig zu entzaubern, dafür aber wichtige Fakten zum besseren Verständnis von Ursachen, Verlauf und Folgen des Konflikts zu liefern. Die weiten geografischen Ausläufer der damaligen Auseinandersetzung zeigen sich vor allem anhand jüngerer Studien, die sich mit den Schicksalen der Freiwilligen in den Reihen der Internationalen Brigaden beschäftigen. In Italien erschien diesbezüglich bereits 1996 eine umfangreiche biografische Sammlung unter dem Titel „La Spagna nel nostro cuore“, in Österreich veröffentlichten Hans Landauer und Erich Hackl 2003 ein mittlerweile überarbeitetes „Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer“, für die Schweiz erschien 2009 unter dem Titel „Die Schweizer Spanienfreiwilligen“ ein Äquivalent.

Friedrich Stepanek ist mit seiner Publikation zur Thematik nunmehr bis in den Tiroler Raum vorgedrungen, wo er die Biografien von rund 40 freiwilligen Spanienkämpfern recherchiert hat. In einem ersten Teil des Buches verbindet er die zentralen Facetten der Einzelschicksale zu einer Kollektivbiografie, der er ein standardisiertes Sozialprofil der Tiroler Spanienkämpfer zugrunde legt. Dieses zeigt mögliche Beweggründe für den freiwilligen Kriegseinsatz, ermöglicht aber auch einen bescheidenen Einblick in die sozialen und politischen Verhältnisse der Zwischenkriegszeit, die von steigender Arbeitslosigkeit und politischer Radikalisierung geprägt waren. Aus akribisch recherchiertem Archivmaterial rekonstruiert Stepanek weiters die unterschiedlichen Reiserouten der Tiroler nach Spanien und gibt Einblicke in ihre Erfahrungen vom Kriegseinsatz, die er anhand persönlicher Briefe treffend veranschaulicht.

Den weitaus größeren Raum seiner Arbeit widmet er allerdings den Ereignissen nach Kriegsende, die in literarischen Betrachtungen vielfach ausgeklammert bleiben. Auch für viele Tiroler endete die Flucht aus Spanien vorerst in französischen Auffanglagern, später in Gestapo-Haft und deutschen Konzentrationslagern, aus denen die Überlebenden schwer gezeichnet in ihre Heimat zurückkehrten. Private, berufliche und politische Schicksale der Spanienkämpfer stehen für die Zeit nach 1945 allerdings im Hintergrund; vielmehr illustriert Stepanek juristische Schwierigkeiten und Schikanen, die den Überlebenden in Österreich lange Jahre eine Anerkennung als aktive Antifaschisten und Opfer des Nationalsozialismus vorenthielten.

Im zweiten Teil des Buches wird die Kollektivbiografie durch einen anschaulichen Vergleich von fünf Auswahlbiografien aufgebrochen, wodurch einzelne Spanienkämpfer als Personen greifbar werden. Ebenso geht es Stepanek darum, den außergewöhnlichen Lebensweg des Max Bair, der bereits 1938 von Egon Erwin Kisch literarisch verarbeitet wurde, mit anderen Schicksalen zu kontrastieren. Die Biografie des *Berufssöldners* Johann Fuchs zeigt diesbezüglich ebenso unromantische Seiten des Kriegseinsatzes in Spanien wie das tragische Schicksal von Paul Gasser, der 1948 einem jugoslawischen Schauprozess zum Opfer fiel.

Einen Gesamtüberblick über die umfangreichen Rechercheergebnisse gibt Stepanek in einem abschließenden Personenlexikon, in dem unter anderem sechs gebürtige Südtiroler genannt werden. Dadurch liefert das Buch auch interessante Ergänzungen zur Arbeit von Andrea Di Michele, Marina Miquel und Margarida Sala, die 2007 die Geschichte des Südtirolers Guglielmo Sandri publiziert haben, der als italienischer Söldner in Spanien aufseiten der Putschisten in den Krieg gezogen war.

Stepanek bleibt über den gesamten Verlauf des Buches sehr nahe an den gezeigten Biografien, wodurch ihm eine detaillierte Darstellung der porträtierten Menschen und ihrer Lebenswege gelingt. Für die Einbettung in den historischen Kontext im regionalen wie internationalen Rahmen beschränkt er sich auf die Darstellung wesentlicher Rahmenbedingungen und stützt sich dabei auf eine fundierte Bibliografie. Das Buch besticht jedoch vor allem durch die umfangreiche Recherche auf wissenschaftlich noch weitgehend unbearbeitetem Neuland. Stepanek hat diesbezüglich eine anschauliche Darstellung der recherchierten Fakten vorgelegt, die das Tiroler Geschichtsbild um eine wichtige Facette ergänzt.

Joachim Gatterer

Joachim.Gatterer@student.uibk.ac.at

Karlhofer, Ferdinand/Pallaver, Günther (Hg.) (2010). Politik in Tirol. Jahrbuch 2011, Innsbruck: Studienverlag

Die dritte Auflage von „Politik in Tirol“ stellt das Themenfeld *Migration* in den Mittelpunkt und beleuchtet dieses aus verschiedenen Perspektiven anhand von fünf externen Beiträgen aus den Parteizentralen Tirols und einigen gesammelten Aufsätzen von Experten. Viel ist dabei von Integration, Dialog und Toleranz die Rede. Wer jedoch diese Wörter allzu leichtfertig in den Mund nimmt, begibt sich auf ein Minenfeld und so macht es in „Politik in Tirol“ gar einige Male gehörig *Bumm*. Den amüsanten und gleichzeitig entlarvenden Einstieg in das Labyrinth der Migration besorgt der bekannte Tiroler Journalist Rudolf Nagiller, der fein säuberlich seinen Stammbaum durchforstet und am Ende feststellt: „Ich bin ein Migrationshintergrund.“ Entlarvend deshalb, weil auch er sich – obwohl er in seinem „Brief an Tirol“ den Mythos des *waschechten Österreichers* gründlich und glaubwürdig zerlegt – der ethnisch-nationalen Logik nicht zu entziehen vermag, indem er die BewohnerInnen des Trentino, woher sein Urgroßvater stammte, als ethnische Italiener bezeichnet; genauso *waschechte Italiener* wahrscheinlich, wie Nagiller mit seiner alemannischen Mutter und seinem Trentiner Urgroßvater ethnischer Österreicher ist. Fazit: Die Idee des Nationalstaates ist absurd. Eine Erkenntnis, die eine gute Voraussetzung wäre, dass Migration und in der Folge Integration auch funktionieren könnte. Johann Gstir, dem Fachbereichsleiter für Integration im Amt der Tiroler Landesregierung, blieb es dann vorbehalten, das nationalstaatliche Dilemma in seinem Beitrag auf den Punkt zu bringen, indem er die politisch auch so korrekte Begrifflichkeit *Migrationshintergrund* grundsätzlich hinterfragt: „Damit passiert aber genau diese vereinfachte Zuschreibung einer Identität, die wir andererseits so kritisieren. Wir bestimmen, wer einen Migrationshintergrund hat und ziehen dieses Merkmal als Kriterium für unsere Interventionen heran.“

Damit nehmen wir die Haltung der Gesellschaft ein, die dieses Merkmal als wesentlich hervorhebt. Dieser ‚Migrationshintergrund‘ stellt also – mit unserer Unterstützung – zunehmend ein Hindernis für echte Integration auch seitens der Mehrheitsgesellschaft dar. Wir müssen uns daher die Frage stellen, ab wann wir Menschen als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft sehen. [...] Ich bin mir allerdings des Dilemmas wohl bewusst, dass wir eine Definition unserer Zielgruppe brauchen, die gleichzeitig unsere Ziele konterkariert.“

Andere wiederum sind in ihrer Selbsteinschätzung weit weniger treffsicher und versteigen sich in abenteuerliche Widersprüche. Aus der Parteizentrale der Grünen beispielsweise hören wir von Christine Baur erst ein wunderschönes Plädoyer für Toleranz und gegen Verallgemeinerung. Dies hindert die Landtagsabgeordnete in der Folge allerdings nicht, pauschalierend über ihre Landsleute herzufallen, indem sie meint, dass MigrantInnen sich mit einer Gesellschaft konfrontiert sähen, „die besonders in Tirol die traditionellen Werte hochhält und in patriarchalen Strukturen festgefahren ist“. Weniger in die Kategorie „Die Intoleranz der Toleranten“ als vielmehr in die „Red’ viel aber sag’ nix“-Liga fällt der Beitrag der SPÖ. Die Aufforderung der Herausgeber, lösungsorientierte Ansätze zu übermitteln, wurde geflissentlich ignoriert. Gerhard Reheis beschränkt sich in seinem Aufsatz auf eine Beschreibung vergangener und gegenwärtiger Phänomene. Die FPÖ hingegen versäumte es gar, ihren Beitrag fristgerecht einzureichen, was Zynikern wohl im ersten Moment ein leises und leicht spöttisches „Schade!“ entlocken wird, da das Thema Migration ja die Existenzgrundlage der Partei bildet und die Expertenmeinungen aus ihren Reihen ohne Zweifel erhellend gewesen wären. Die Enttäuschung wird jedoch sogleich von Hannes Rauch gelindert, da die Positionen der ÖVP ohnehin in den meisten Punkten inhaltlich deckungsgleich mit den von den Freiheitlichen propagierten sind. Pragmatisch sieht die Liste Fritz die ganze Angelegenheit. Sie sind „gekommen um zu bleiben“, zitieren die Helden des einfachen Mannes aus einem „Wir sind Helden“-Lied. Daher sei Integration sowohl eine Hol- als auch eine Bringschuld, bedürfe es sowohl des Willens zur als auch der Chance auf Integration.

Aber auch abseits der Parteipolitik tut man sich in „Politik in Tirol“ schwer, konsequent jenen Werten zu folgen, die man selbst zu vertreten beansprucht. Ali Cemal Güler, Dursun Ali Camyurdu und Agalar Candan, Vertreter der Alewiten in Tirol, können sich gerade einmal zu so viel Toleranz durchringen, die anderen monotheistischen (!) Religionen und deren Glaubensbücher als gleichwertig zu sehen, während für Luise Müller, die Superintendentin der evangelischen Kirche Salz-

burg-Tirol, die Grenzen der Toleranz dort gegeben sind „wo es gegen Gott und gegen den Nächsten geht“. Da die Religionsfreiheit aber auch für jene gilt, die nicht an eine transzendente Instanz glauben, müssen doch auch Aussagen, die sich gegen die Existenz Gottes richten, erlaubt sein? Es wäre doch eine Herabwürdigung der *Religion der Nichtreligiösen*, wenn Gott als gegeben und unantastbar angenommen werden würde? Sogar Pallaver und Attanasio greifen hin und wieder begrifflich daneben und sind wohl Opfer Freud'scher Versprecher, wenn sie behaupten: „Die Ausländer in den EU-Staaten sind hingegen im Durchschnitt jünger als die EU-Bewohner.“ Die AusländerInnen in der EU sind vielleicht keine EU-BürgerInnen im unionsbürgerlichen Sinne, EU-BewohnerInnen sind sie aber allemal.

Eine Einschätzung, welche sich sowohl in den Expertenaufsätzen als auch in den Kommentaren aus den Parteistuben zeigt, ist jene, dass *wir Zuwanderung brauchen*. Lediglich über das Ausmaß ist man sich nicht einig. *Wir brauchen Zuwanderung* zur Rettung unserer Pensionen, zur Aufrechterhaltung unseres Gesundheitssystems im Pflegebereich, für den Fortbestand der Tourismuswirtschaft. Dass dabei allein schon die Formulierung „Wir brauchen Zuwanderung“ Manifest eines unsäglichen Egoismus ist, der die Bereitschaft zum Dialog von vornherein ausschließt, scheint niemandem wirklich aufzufallen. Was wir brauchen, haben wir uns in guter alter europäischer Tradition nämlich schon immer geholt. Abgesehen von den Wanderbewegungen, die die Menschen seit jeher aus Neugier, Abenteuerlust und Eroberungsdrang tätigten, passiert Massmigration meist aus einer Notsituation heraus. Die schlechte politische oder wirtschaftliche Lage, die in vielen Fällen von den zukünftigen Zielländern mit verschuldet wurde, zwingt Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen, um völlig entwurzelt irgendwo anders ein neues Leben zu beginnen – und das noch dazu mit meist wesentlich schlechteren Startbedingungen was Bildung und finanzielle Situation betrifft, als sie die angestammte Bevölkerung vorfindet.

Auf der anderen Seite steht das *notleidende* Europa, das das systemimmanente Versagen seines Pensionssystems und die Unfähigkeit seiner Bildungseinrichtungen, nach dem notwendigen Bedarf zu *produzieren*, durch Zuwanderung auszugleichen versucht. Das ist nicht nur im höchsten Maße unmoralisch und pervers, sondern auch dumm. Eine Gesellschaft, die sich nicht mehr selbst reproduziert und überlebensnotwendigen Berufsgruppen so wenig Wertschätzung – in finanzieller wie auch sozialer Hinsicht – entgegenbringt, dass ganze Berufsfelder *importiert* werden müssen, hat ein internes Problem, welches sich nicht durch *externe Faktoren*, wie die Zuwanderung einer ist, lösen lässt. Die im Buch angeführten Statistiken zeigen nämlich, dass die Geburtenrate sowie die Bereitschaft, imagemäßig und

finanziell wenig reizvolle Arbeiten zu erledigen, sich bei den ZuwanderInnen relativ schnell jenen der *Einheimischen* anpassen; vor allem dann, wenn Bildungsprogramme greifen und die Integration erfolgreich verläuft, was sich ja alle wünschen. Der Schluss daraus ist also, dass das Überleben Europas von Integrationsunwilligen bzw. *Noch-nicht-Integrierten* abhängig ist, von denen wir dann immer wieder neue brauchen, um unser System aufrechtzuerhalten, gesetzt den Fall, dass die Integration der zuvor Eingewanderten funktioniert.

Einzig der Bürgerclub Tirol um Fritz Gurgiser zeigt in seinen Ausführungen dahingehend Ansätze, dass er Ursache und Wirkung zu erkennen vermag, indem er die Wirtschaftspolitik als jenen Faktor ins Treffen führt, an dem es anzusetzen gilt:

„Läuft es nicht mehr so gut, so wird die ‚Ausländerkarte‘ gezogen und die Konflikte in Gemeinden mit hohem ‚Ausländeranteil‘ steigen und werden zum Teil künstlich erzeugt (auch wenn sie [sic!] längst die österreichische Staatsbürgerschaft haben!). Auch hier gilt unser Ansatz, sich um nicht diskriminierende wirtschaftliche Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaftsbetriebe zu engagieren, statt mit dem ‚Ausländer- oder Zuwandererthema‘ von dieser Problematik abzulenken und in den Dörfern Unfrieden, Streit, Neid und Hader zu verbreiten.“

Alle anderen Beiträge beschränken sich leider auf die inzwischen zwar notwendige, aber langfristig nicht zielführende Symptombekämpfung und *versündigen* sich selbst der eingangs von Gstir kritisierten Stigmatisierung.

Apropos: Nagiller, Karlhofer, Exenberger, Nussbaumer, Gstir, Oppitz-Plörer, Troger, Attanasio und Pallaver (beide Südtiroler), Gärtner, Hopfgartner, Barbislander, Achatz, Murat, Niederwieser, Stopfner und Vorhofer lauten die Nachnamen der AutorInnen der im Buch veröffentlichten Beiträge. Abgesehen von zwei Randnotizen innerhalb des Beitrages der Grünen und eines Interviews mit Glaubensvertretern verschiedenster Konfessionen (darunter unter anderem auch *migrantische*) kommen jene, um die es in „Politik in Tirol“ hauptsächlich geht, also nicht zu Wort. Wenngleich der Dialog und die Integration in nahezu allen Beiträgen eingefordert werden, scheitert das Buch selbst am vielfach gestellten Anspruch. Es leidet am „*Nahost-Quartett-Syndrom*“. Es wird mehr über jemanden als mit jemandem gesprochen. Ob das hilft, die oftmals als bedrohlich-anonyme, etwas abseits stehende, vermeintlich homogene Masse dargestellte Gruppe der ZuwandererInnen besser zu verstehen?

Harald Knoflach
h.knoflach@tirol.com

Toggenburg, Gabriel N./Rautz, Günther (2010). ABC des Minderheitenschutzes in Europa, Wien/Köln/Weimar: Böhlau UTB

Vielfalt hat Hochkonjunktur. Davon profitieren auch die Minderheiten, in erster Linie ethnische, aber auch sexuelle und religiöse Minderheiten. Das war nicht immer so, im Gegenteil. Bis sich das Bewusstsein, wenn auch längst nicht flächendeckend, durchgesetzt hat, dass Minderheiten in modernen Gesellschaften die Regel und nicht die Ausnahme bilden, hat es Jahre und Jahrzehnte benötigt. Und wir sind noch lange nicht am Endziel angelangt, das *Normalität* heißt.

Das kann man besonders gut nachvollziehen, wenn man die Entwicklungsschübe des Minderheitenschutzes von Sprachgruppen in Europa ansieht. Jeder Schritt zu mehr Anerkennung, zu mehr Schutz und zum Diskriminierungsverbot war zögerlich. Das kommt auch im Lissabonner Vertrag zum Ausdruck, der nur verschämt auf die Charta der Grundrechte verweist. Dennoch finden wir erstmals Minderheitenschutzklauseln in einem EU-Vertragswerk, welche die EU verpflichten, die *Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen* zu achten.

Nicht nur diese neuesten Entwicklungen auf EU-Ebene kann man im Buch „ABC des Minderheitenschutzes in Europa“ von Günther Rautz und Gabriel N. Toggenburg nachlesen. Denn die beiden Wissenschaftler an der Europäischen Akademie Bozen haben in der Art eines Lexikons eine Reihe von zentralen Begriffen, von A wie Autonomie bis Z wie Zensus, behandelt, die über die reine EU-Ebene hinausgehen. Das Buch beinhaltet allgemein theoretische Fragen wie etwa, was überhaupt eine Minderheit ist (die Meinungen gehen hier natürlich stark auseinander) oder was man unter Gleichheit und ihrer Abwesenheit verstehen kann, wobei zwischen Gleichheit und Gleichberechtigung differenziert wird. Diesen allgemeinen Überlegungen fügen die beiden Autoren immer reichhaltiges Anschauungsmaterial bei, welches die abstrakten Überlegungen durch praktische Beispiele mit Le-

ben erfüllt. Dieses Schema, das eingangs einen allgemeinen Zugang zum Thema liefert, um dann den konkreten Fall zu erläutern, wird auch bei der Behandlung von Fallstudien beibehalten. Das gilt etwa für die indigenen Völker Europas, für Sami und Inuits, für die Rätoromanen oder die Roma in Europa.

Was die konkreten Fallbeispiele betrifft, so liegt der Schwerpunkt bei den autochthonen ethnischen Minderheiten in den drei Ländern Österreich, Deutschland und Schweiz, weil sich das Buch aufgrund der Sprache vorwiegend an ein deutschsprachiges Lesepublikum wendet.

Allgemein gesprochen ist vor allem der Vergleich eine wichtige Quelle für neue Erkenntnisse. Die vielen politischen *issues*, die im Buch angesprochen werden, weisen darauf hin, dass Minderheiten nicht immer von denselben Vorstellungen über ihren rechtlichen und praktischen Schutz ausgehen. Das sehen wir besonders klar im Bildungssystem, wo es je nach qualitativer und quantitativer Befindlichkeit der Minderheit unterschiedliche Schulmodelle geben kann, die im Wesentlichen in ein einsprachiges oder mehrsprachiges Unterrichtssystem münden.

Wie unterschiedlich die Wahlsysteme ausgestaltet sind, um Minderheiten am politischen System teilnehmen zu lassen oder sie davon auszuschließen, weist in der Regel immer auf die Einstellung der Mehrheit zur Minderheit hin. Dennoch ist es selbst bei gutem Willen nicht immer leicht, eine Lösung zu finden, wie etwa bei der Wahlrechtsreform 1993 in Italien, wo versucht wurde, der verstreut lebenden autochthonen Minderheit der Albaner ein parlamentarisches Vertretungsrecht zu garantieren.

Dass es eine Rangordnung der angeblichen *Gefährlichkeit* von Minderheiten gibt, kann im Kapitel über „Homo- und Transsexualität: Die ‚anderen‘ Minderheiten“ nachgelesen werden. Diese Minderheiten sind einer Reihe von Diskriminierungen ausgesetzt, gegen die zwar der Gesetzgeber immer mehr versucht vorzugehen, denen aber die Zivilgesellschaft noch lange nicht zu folgen geneigt scheint.

Das gilt auch für religiöse Minderheiten, wobei die Problematik heute nicht mehr zwischen den beiden großen Konfessionen, der katholischen und der protestantischen, besteht, sondern mit den muslimischen Gläubigen. Das Paradebeispiel *Kopftuch* zeigt ganz besonders, wie schwer sich die europäische Gesellschaft damit tut. Das positiv ausgegangene Referendum über das Verbot von Minaretten in der Schweiz belegt dies recht eindringlich. Das Fallbeispiel *Kopftuch* und die Debatten rund um religiöse Symbole zeigen, dass selbst Europa noch einen langen Weg vor sich hat, um Vielfalt nicht nur zu akzeptieren, sondern als *Normalität* zu leben.

Südtirol ist in diesem ABC immer wieder prominent vertreten. Das betrifft etwa den Diskurs der Territorialautonomie, der Sprachenpolitik, der politischen Partizi-

pation (hier vor allem der Ladin) oder der Volkszählung. Auch in diesem Falle gilt, was bereits vorher gesagt wurde: Der Vergleich mit der Situation anderer Minderheiten öffnet die oft egozentrische Sichtweise und gibt so manchen Anstoß, den aktuellen *Status quo* kritisch zu hinterfragen. Dass Minderheitenrecht und Minderheitenschutz nicht etwas Statisches sind, lässt sich recht gut nachvollziehen, wenn wir – auch am Fallbeispiel Südtirol – das Spannungsverhältnis zwischen Gruppenrecht und individuellen Grundrechten sehen. In der Vergangenheit standen die Gruppenrechte im Vordergrund, heute versteht man unter einem modernen Minderheitenrecht tendenziell stärker ein Menschenrecht, das individuell garantiert ist.

Das Buch ist, wie die Autoren selbst schreiben, nicht auf Vollständigkeit aus, sondern soll eher anregen, sich mit den Minderheiten auseinanderzusetzen. Dennoch darf der Wunsch geäußert werden, bei einer ergänzten Neuauflage etwa beim Stichwort Partizipation nicht auf die politischen Akteure der Minderheiten zu vergessen, nämlich auf die Parteien. Auch manche Formulierung ist nicht immer ganz glücklich (dies gilt etwa für die Option der Südtiroler im Jahre 1939). Aber insgesamt ist es ein gelungenes Buch, das übersichtlich gegliedert ist und eine Sprache wählt, die trotz langer juristischer Passagen verständlich bleibt.

Günther Pallaver

guenther.pallaver@uibk.ac.at

Werner Kreisel/Flavio V. Ruffini/Tobias Reeh/Karl-Heinz Pörtge (Hg.) (2010). Südtirol – Alto Adige: Eine Landschaft auf dem Prüfstand/ Un paesaggio al banco di prova. Entwicklungen – Chancen – Perspektiven/Sviluppi – Opportunità – Prospettive, Lana: Tappeiner-Verlag

Großformatig präsentiert sich die kleine Region Südtirol in dem Sammelband „Südtirol – Alto Adige. Eine Landschaft auf dem Prüfstand“. Über 30 Fachleute aus den verschiedensten Wissenschaftsbereichen versammeln sich rund um das vierköpfige Herausgeberteam (Werner Kreisel, Tobias Reeh und Karl-Heinz Pörtge/Georg-August-Universität Göttingen sowie Flavio V. Ruffini/Europäische Akademie Bozen), um der Vielfalt einer 7.400 Quadratkilometer großen Landschaft mitten in Europa gerecht zu werden. Kleines Land Südtirol ganz groß.

Aus der ehemals unterentwickelten, ärmlichen Alpenlandschaft ist heute eine der reichsten Regionen Europas geworden. Dass der Reichtum des Landes aber mehr ist als bloß monetärer Natur, dies wollen die AutorInnen unter Beweis stellen. So schreibt Schulamtsleiter Peter Höllrigl etwa über das deutsche Schulsystem in Südtirol, Waltraud Kofler-Engl über die Denkmalpflege, Zeithistoriker Rolf Steininger über die Südtirolfrage, Politologe Günther Pallaver zur Parteienlandschaft Südtirols oder Flavio V. Ruffini, Mitherausgeber und Direktor des Ressorts über Raumordnung, Umwelt und Energie der Autonomen Provinz Bozen, über Südtirol als Transitregion, um nur einige Südtiroler AutorInnen zu nennen. Die Riege bundesdeutscher AutorInnen wird besetzt durch NaturwissenschaftlerInnen, ArchitektInnen oder Landschafts- und TourismusforscherInnen.

Neues und Ungeschriebenes darf man sich in dem zweisprachigen (Deutsch/Italienisch) 360-Seiten-Sammelband nicht erwarten, aber er verdeutlicht dank seines interdisziplinären und vielseitigen Zugangs die Vielfalt und den Reichtum die-

ser Alpenlandschaft. Nebenbei illustrieren die teils doppelseitigen Landschaftsaufnahmen die Naturschönheit des Landes.

Auch Spannungen, Umbrüche, Entwicklungen kommen in den Aufsätzen zur Sprache, es ist eine Landschaft, die mitsamt ihre Gletschern und Menschen in Bewegung bleibt. Gesellschaftlich und politisch hat die kleine Region Südtirol seit den 1970er-Jahren riesige Veränderungen durchlebt, Wohlstand und Frieden sicherten das Zweite Autonomiestatut ebenso wie die stetig steigenden Übernachtungen der SüdtiroltouristInnen. Doch die Veränderungen bringen bis dato ungelöste Probleme mit sich: den Klimawandel, die Umweltbelastung durch den zunehmenden Verkehr, die Frage der Raumordnung zwischen wirtschaftlichen Interessen, zunehmender Zersiedelung und deren Grenzen. Demografisch konnten sich die deutsche und die ladinische Minderheit in Südtirol zwar beispielhaft sichern, wie aber geht es weiter, wenn Zuwanderung und Globalisierung sicher gemeinte Modelle infrage stellen? Für Buchautor Hans Heiss stehen das Land und seine Menschen am Scheideweg zwischen Öffnung und Abschottung.

Am Ende des Sammelbandes steht der Aufruf nach Öffnung, Innovation, der Bereitschaft, neue Modelle anzudenken und die reichen Voraussetzungen entsprechend einzusetzen; Stillstand kommt einem Untergang in einer rasant sich verändernden (Wirtschafts-)Welt gleich. Und so lautet die finale Botschaft: Große Veränderungen machen auch vor kleinen Landschaften nicht halt.

Johanna Prader

johanna.prader@athesia.it

**Joachim Gatterer (2009). „rote milben im gefieder“.
Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative
Partei politik in Südtirol. Innsbruck: Studienverlag**

Eine übersichtliche Gesamtdarstellung linker Parteiengeschichte fehlte bisher. Neben unveröffentlichten Diplomarbeiten und Dissertationen sowie einer überschaubaren Menge an publizierter Literatur zum Thema (meist Aufsätze, Einzeldarstellungen oder Biografien) liefert eine solche nun Joachim Gatterer mit seiner veröffentlichten Diplomarbeit. Er bleibt dabei nicht im Deskriptiven verhaftet, sondern analysiert auf der Basis einer politikwissenschaftlichen Herangehensweise, warum es linke Politik in Südtirol so schwer hat. Die geschichtlichen Ursprünge liegen im Habsburgerreich, im noch geeinten und landwirtschaftlich geprägten Tirol: Trotz fehlender Basis eines Industrieproletariats kommt es 1890 zur Gründung der Landesorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Innsbruck, welche bis 1914 ihre Aktivität bis Südtirol ausdehnt. Es ist dies der Ausgangspunkt für alle späteren Parteigründungen auf deutschsprachiger Seite in Südtirol, weshalb sie Gatterer auch im selben Kapitel behandelt: 1919 die Sozialdemokratische Partei Deutsch Südtirols, 1966 die Südtiroler Fortschrittspartei (SFP) des Egmont Jenny, 1972 die Sozialdemokratische Partei Südtirols (SPS) des ehemaligen SVP-Hardliners Hans Dietl, der auch Silvio Flor beitrifft – jener Südtiroler Kommunist, der enttäuscht vom Unverständnis der italienischen Kollegen gegenüber der Südtirolproblematik die KPI verlassen hat. Alle diese Projekte scheitern, wofür Gatterer auch die Gründe anführt, welche von den fehlenden sozialen Voraussetzungen für linke Politik in einem Agrarland über das alleinige Engagement einzelner Aktivisten („eine Ansammlung persönlicher Schicksale, die oftmals nur mit Fantasie zu einer Parteiengeschichte weitergedacht werden können“, Gatterer, S. 69) bis hin zur Gründung der Arbeitnehmer in der Südtiroler Volkspartei 1975 führen, welche die

hegemoniale Stellung der Sammelpartei stärkt. Im zweiten Teil widmet sich Gatterer den lokalen Ablegern der großen linken Parteien Italiens, welche die gesamtstaatlichen Probleme (von sozialen Fragen bis hin zu parteipolitischen Querelen) nach Südtirol importieren und damit die lokalen Fragestellungen (sprachgruppenübergreifende Zusammenarbeit, Integration der italienischen Industriearbeiter usw.) überlagern. Eine eigenständige Position und entsprechende Lösungsansätze, wie der ethnische Grabenkampf in Südtirol überwunden werden kann, liefert in den 70er-Jahren Alexander Lager. Seine 1978 gegründeten Neuen Linken/Nuova Sinistra, Vorgänger der heutigen Grünen-Verdi-Vërc, verbinden Umwelt- und Gesellschaftspolitik und setzen sich bedingungslos für eine Befriedung des ethnischen Konflikts ein. Sie sind somit die einzigen, die auf die klassische „nationale Frage“ der Austromarxisten Karl Renner und Otto Bauer eine Antwort gefunden haben. Doch auch sie bleiben im ethnisch segmentierten Wählermarkt auf ihre Nische begrenzt

Thomas Kager

thomas.kager@raetia.com



Neues Logo für „Politika“

Das neue Logo für „Politika. Die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft“ stammt von Christoph Mich. Zu Beginn des Entwicklungsprozesses begab sich der Schüler auf die Suche nach Schlüsselworten aus der Politik und entschied sich für „Kommunikation“, „Konversation“, „Gegensätze“, „Dialoge“. Augenzwinkernd fügte er dem auch noch das Wort „Blablabla“ hinzu.

Die Bedeutung dieser Begriffe unterstrich Mich grafisch mit Anführungszeichen in verschiedener Anordnung. Um der mehrsprachigen Gesellschaft in Südtirol gerecht zu werden, werden diese Schlüsselwörter von den Anführungszeichen des „deutschen“ und des „italienischen“ Schriftbildes begleitet.

Dieser Weg führte ihn schlussendlich zum neuen Logo. Der erste und der letzte Buchstabe des Wortes „Politika“ erhielt die Form der von ihm neu entworfenen Anführungszeichen. Der reduzierte und eingängige Schriftzug in burgunderrot kann auch als Aufruf der Jugend an die Politik verstanden werden: Konzentration auf das Wesentliche.

Die „Die Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft“ bedankt sich bei der 4. Klasse „Spezialisierte Fachkraft für Multimediagegestaltung“ an der Landesberufsschule Gutenberg und bei den beiden Professoren Roby Attisano und Georg Mair für die Bereitschaft mitzumachen. In der Folge präsentieren wir die weiteren Vorschläge der SchülerInnen, um auf das hohe Niveau der Wettbewerbseinreichungen hinzuweisen.

Der Wettbewerbssieger: Christoph Mich


kommunikation

“
konversation

“ ”
gegensätze

dialoge

“ blablabla ”

“ politik ”

Die weiteren Einreichungen:

Christoph Aichner



Julia Da Ponte Becher



Stephanie Berkati



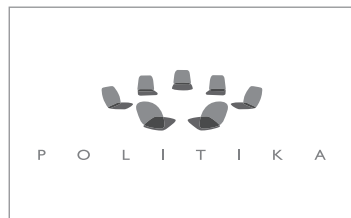
Magdalena Egger



Frederik Eisendle



Karmen Höllrigl



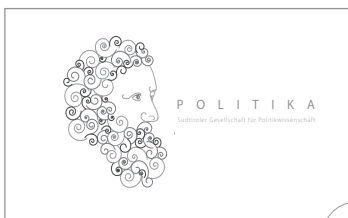
Miriam Kollmann



Tobias Marmsoler



Christien Muzzatti



Martin Theiner



10. AutorInnen
Autori

A series of horizontal dashed lines for writing.

Paolo Attanasio, è nato a Roma nel 1957. Laurea in giurisprudenza presso l'Università degli Studi La Sapienza di Roma. Dopo quindici anni di lavoro in Italia e all'estero nel settore della cooperazione internazionale, si dedica ormai da diversi anni allo studio del fenomeno migratorio e all'attività di ricerca e consulenza nel settore. Dal 2002 è redattore del Dossier statistico immigrazione della Caritas, e dal 2007 referente regionale per la Provincia Autonoma di Bolzano. Ha al suo attivo diverse pubblicazioni e rapporti di ricerca. Nel 2009 è uscito presso la casa editrice Ananke (TO) il libro "Ladri di lavoro", cui ha contribuito con un saggio sui diritti degli stranieri.

paolo.attanasio@virgilio.it

Thomas Benedikter, geboren 1957 in Bozen, Volkswirt und Sozialforscher, arbeitet als Lehrer für Rechtskunde in der Landesfachschiule für Sozialberufe „Hannah Arendt“ in Bozen sowie in der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung. Seit 1983 in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sowie in Menschenrechtsorganisationen mit Schwerpunkt ethnische Minderheiten aktiv (Lateinamerika, Balkan, Südasien). Von 1992 bis 1998 leitete er die Südtiroler Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker. Von 2003 bis 2009 Zusammenarbeit mit dem Institut für Minderheitenrecht der EURAC Bozen. Ständige Mitarbeit bei verschiedenen Zeitschriften sowie bei der Initiative für mehr Demokratie.

thomas.benedikter@dnet.it

Marco Brunazzo, è nato nel 1972, è ricercatore di Scienza politica presso l'Università di Trento. Le sue ricerche riguardano le politiche pubbliche e il policy-making dell'UE, il governo locale e la composizione della classe politica italiana. È autore di due monografie intitolate "Le regioni italiane e l'Unione europea" (Carrocci, 2005) e "Come funziona l'Unione europea. Istituzioni, processi decisionali, le politiche" (Laterza, 2009). Ha pubblicato su diverse riviste nazionali e internazionali tra cui Regional and Federal Studies, Modern Italy, Rivista italiana di scienza politica, Rivista italiana di politiche pubbliche, World Political Science Review.

marco.brunazzo@unitn.it

Florian Castlunger, geboren 1980. Studium der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck mit den Schwerpunkten politische Kommunikation, Medien-, PR- und Öffentlichkeitsarbeit. Studien- und Arbeitsaufenthalte in New Orleans und Rom. 2000–2003 journalistische Tätigkeit bei einem Südtiroler Bezirksblatt. Seit 2003 bei MediaWatch – Institut für Medienanalysen GmbH in Innsbruck, seit 2009 dort Senior Analyst, seit 2010 stellvertretender Abteilungsleiter Datenanalyse und Projektmanagement.

florian.castlunger@apa-mediawatch.at

Andrea Di Michele, studiiert in Bologna und Torino, ist Doktor der Forschung in der Geschichte der Gegenwart. Arbeitet im Archiv der Provinz Bolzano und ist Dozent an der Fakultät für die Geschichte der Gegenwart an der Fakultät für Soziologie der Universität der Studien von Trento. Unter seinen Arbeiten: „Geschichte der Italienischen Republik 1948–2008“, (Milan, 2008) und „Die unvollständige Italianisierung. Die öffentliche Verwaltung des Oberen Adige zwischen liberaler Italien und Faschismus“, (Alessandria, 2003) (deutsch: „Die unvollständige Italianisierung. Politik und Verwaltung in Südtirol 1918–1943“, Innsbruck 2008).

Andrea.Di-Michele@provincia.bz.it

Maurizio Ferrandi ist geboren in Bolzano am 11. Januar 1954. Absolvent der Jurisprudenz. Journalist und Publizist bei privaten Medien, und bei den Tageszeitungen „L’Adige“ und „Alto Adige“. Chefredakteur ab 1999 der Redaktionen in italienischer und ladinischer Sprache der RAI in Bolzano. Autor von verschiedenen historischen Werken über die Ereignisse in Südtirol. Insbesondere: „Ettore Tolomei, der Mann, der die Provinz des Oberen Adige“ (Trento, 1986).

mautiz@katamail.com

Joachim Gatterer, geboren 1980, Studium der Politikwissenschaft an den Universitäten Innsbruck und Bologna mit den Forschungsschwerpunkten Politisches System Italiens und Geschichte der Arbeiterbewegung. 2007/2008 Lehrtätigkeit an der Fachhochschule für Soziales in Meran. Seit 2008 Lehramtsstudium für Deutsch und Geschichte an der Universität Innsbruck. Seit 2009 laufendes Dissertationsvorhaben zur Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens. Mitglied der Forschungsplattform Politik – Religion – Kunst an der Universität Innsbruck.

joachim.gatterer@involved.it

Lore Hayek, Doktorandin und Predoc Researcher im Rahmen der Österreichischen Nationalen Wahlstudie (AUTNES) an der Universität Innsbruck, Institut für Politikwissenschaft. Studium der Politikwissenschaft in Innsbruck und Masterstudiengang in Social Research Methods an der London School of Economics. Forschungsschwerpunkte: Wahlkampfforschung, Parteienforschung, Wahlverhalten.

lore.hayek@uibk.ac.at

Paul Mecheril, Univ.-Prof. an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Er leitet das Institut für Erziehungswissenschaft an der Fakultät für Bildungswissenschaften. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Cultural Studies, Methodologie interpretativer Forschung, Pädagogische Professionalität, Interkulturelle Bildung, Migrations- und Rassismusbeforschung.

paul.mecheril@uibk.ac.at

Andreas Obexer, geboren 1978, lebt in Tils bei Brixen. Studium der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, Abschluss mit der Diplomarbeit zum Thema „Die Gemeinderatswahlen 2010 in Südtirol im Vergleich mit den Gemeinderatswahlen 2005“.

a_obexer@yahoo.de

Günther Pallaver, geboren 1955 in Bozen, ist Universitätsprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Studium der Rechtswissenschaften (Dr. jur.), Geschichte und Politikwissenschaft (Dr. phil.) an den Universitäten Innsbruck, Salzburg, Wien, Verona und London. Von 1987–1994 Journalist bei der Tageszeitung „Alto Adige“ (Deutsches Blatt) und beim Südtiroler Wochenmagazin „ff“ in Bozen. Seit 1995 am Institut für Politikwissenschaft in Innsbruck. Gründer der Forschungsgruppe MediaWatch (Innsbruck). Präsident der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft.

*<http://www.uibk.ac.at/politikwissenschaft/mitarbeiterinnen/pallaver/>
guenther.pallaver@uibk.ac.at*

Hans Karl Peterlini, aufgewachsen im Südtiroler Unterland, lebt und arbeitet in Bozen, langjähriger Chefredakteur der Wochenzeitschrift „ff“, danach freier Autor. Abschluss in psychoanalytischer Pädagogik an der Universität Innsbruck (2006) mit der Untersuchung „Freiheitskämpfer auf der Couch“, Abschluss des psychotherapeutischen Propädeutikums (2007), Abschluss des Forschungsdoktorats an der bildungswissenschaftlichen Fakultät Bozen/Brixen mit einer Arbeit über „Heimat zwischen Lebenswelt und Verteidigungspsychose“, mehrere Monografien über die Südtiroler Zeit- und Autonomiegeschichte.

hanskarl.peterlini@kreidekreis.com

Alessandro Piras, geboren 1973 in Bozen, wohnhaft in Brixen. Studium der Politikwissenschaften in Innsbruck mit Schwerpunkt Interessenverbände. Begann seine berufliche Tätigkeit 1999 beim Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) im Bereich Arbeitsrechtsberatung. Von 2002 bis 2004 in der Landesverwaltung als Verwaltungsinspektor im Bereich Industrie tätig. Seit 2004 im ASGB verantwortlich für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Zusatzrentenberatung und die Sektoren Handel, Dienstleistungen und Tourismus. Seit Juni 2009 stellvertretender Vorsitzender des ASGB.

apiras@asgb.org

Arnold Schuler, geboren 1962 in Meran, wohnhaft in Plaus. Besuch der Landwirtschaftsschule, von Beruf Obstbauer. Verheiratet, drei Kinder. Von 1982 bis 1985 Mitglied des Gemeindeausschusses, von 1985 bis 2008 Bürgermeister von Plaus. 2003–2005 Mitglied des Rates der Gemeinden und des Verwaltungsrates des Gemeindenverbandes, von 2005–2010 dessen Präsident. 2005–2008 Mitglied des Ausschusses der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt. Seit 2008 Mitglied des Südtiroler Landtages, der 1. und 2. Gesetzgebungskommission des Landes und der 1. Gesetzgebungskommission der Region.

info@arnoldschuler.com

Gilg Seeber, Mag. rer. nat., Dr. techn., ao. Universitätsprofessor. Studium der Mathematik an den Universitäten Innsbruck und Linz, post-graduales Studium am Institut für Höhere Studien in Wien. Habilitation für das Fach Statistik. Forschungs- und Lehrtätigkeit u.a. an den Universitäten München, Wien, Florida, Harvard und Minnesota. Seit 2006 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Statistische Methoden in den Sozialwissenschaften, Wahlen, öffentliche Meinung.

gilg.seeber@uibk.ac.at

Hannes Senfter, geboren 1983, wohnhaft in Innichen. Nach der Oberschule in Bruneck Studium der Politikwissenschaft und Philosophie in Innsbruck. Während des Studiums Mitglied der Südtiroler HochschülerInnenschaft, nach Abschluss des Studiums der Politikwissenschaft im Jahre 2008 als hauptamtlicher Mitarbeiter dort tätig. Seit 2010 Redakteur bei der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“. Gemeinderat der oppositionellen Bürgerliste in Innichen.

hannes.senfter@gmx.net

Leopold Steurer, geboren 1946 in Sterzing, Studium der Geschichte, Philosophie, Germanistik und Politikwissenschaft an den Universitäten Wien und Bonn. 1976 Eintritt in den Unterrichtsdienst an Südtiroler Oberschulen, von 1981 bis 2010 Lehrer für Geschichte und Philosophie am Realgymnasium in Bozen, derzeit freier Publizist. Zahlreiche Publikationen zu Themen der Südtiroler Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

poldi@ines.org

Oscar Thomas-Olalde, Univ. Ass. am Institut für Erziehungswissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Interkulturelle (Erwachsenen-)Bildung, Cultural Studies und Integrationsdiskurse.

oscar.thomas-olalde@uibk.ac.at

Christian Traweger, Dr. soc. oec., Ass.-Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck. Honorarkonsul der Philippinen für Tirol und Vorarlberg. Wissenschaftlicher Berater bei IMAD-Marktforschung. Koordinator der Summerschools Asia: Philippinen, Vietnam. *Bevorzugte Forschungs- und Tätigkeitsbereiche*: Empirische Sozial-, Markt- und Meinungsforschung, Politforschung, Wahlforschung, Statistische Datenanalysen.

christian.traweger@uibk.ac.at

Hannes Vorhofer, geboren 1975. Studium der Politikwissenschaft und Geschichte mit Schwerpunkt politische Kommunikation an den Universitäten Innsbruck und Frankfurt am Main. Seit 2001 bei MediaWatch Institut für Medienanalysen GmbH tätig. Seit 2008 Geschäftsführer der MediaWatch. Vorhofer hält fachspezifische Seminare und Gastvorlesungen zu den Themenbereichen Kommunikations-Controlling und Reputations-Management an diversen österreichischen Fachhochschulen und anderen Bildungseinrichtungen.

hannes.vorhofer@apa-mediawatch.at

Politika12

Informationen zur nächsten Ausgabe von *Politika* finden Sie auf der Seite der Südtiroler Gesellschaft für Politikwissenschaft: www.politika.bz.it

Per informazioni sulla prossima edizione di *Politika* vedi il sito della Società di Scienza Politica dell'Alto Adige: www.politika.bz.it

Informazioni per la prossima edizione de *Politika* pudëis giapé sun la plata dla Società de scienza pulitica de Sudtiroi: www.politika.bz.it

Information on the next issue of *Politika* can be found on the website of the South Tyrolean Political Science Association: www.politika.bz.it

Gottfried Solderer (Hrsg.)

Das 20. Jahrhundert in Südtirol

Aufregend war das letzte Jahrhundert mit all seinen Widersprüchen. Kriege hat es hervorgebracht, aber auch den Sieg der modernen Technik. Höher, schneller, weiter hieß es im Sport und geradezu sprunghaft entwickelte sich der Tourismus. Ob in der Landwirtschaft oder in der Industrie, im gesellschaftlichen Leben oder im kulturellen Bereich: Überall hat das 20. Jahrhundert tief greifende Spuren hinterlassen. Ihnen nachzuspüren, sie zu entziffern war die faszinierende Aufgabe dieses fünfbändigen Werkes. Dabei entstand kein wissenschaftliches Handbuch, sondern eine im besten Sinne populäre Geschichte Südtirols. Gut lesbar, anregend, umfassend und unterhaltend, aber auch auf der Höhe des wissenschaftlichen Forschungsstandes. Leserfreundlichkeit, Informiertheit und optimale visuelle Präsentation waren die Forderungen, die das Autorenteam erfüllen wollte.

Sorgfältig ediert, mit hervorragendem Fotomaterial ausgestattet und graphisch exzellent gestaltet.
Südtiroler Tageszeitung

*Lese- und vor allem
augenfreundlich.*
Zett

*Ein Buch, das hineinschauen
lässt in die Stuben und Köpfe der
Großeltern und Eltern.*
FF – Südtiroler Wochenmagazin

*Selten ist die Bilanz eines langen
Jahrhunderts so gelungen vorgelegt
worden.*
Hannes Obermair, Kulturelemente

Gottfried Solderer (Hrsg.)

Das 20. Jahrhundert in Südtirol

21,5 x 30,5 | Hardcover mit Schutzumschlag

Alle fünf Bände im Schubert

Euro [D/A] 206; [I] 196 | sFr 296

Einzelbände Euro [D/A] 48; [I] 46 | sFr 79,40

ISBN 978-88-7283-137-3



Carlo Romeo

Alto Adige/Südtirol XX Secolo

Nel suo ruolo di “cerniera” tra mondo tedesco ed italiano, l’Alto Adige/Südtirol ha vissuto con risvolti particolari e spesso drammatici i grandi fenomeni storici del XX secolo: dalle lotte nazionali all’interno del Tirolo asburgico all’annessione al Regno d’Italia, dalla politica di assimilazione del fascismo alla penetrazione del nazionalsocialismo, dalla rivendicazione di un’autonomia speciale dentro gli scenari della “guerra fredda” fino alle sue attuali sfide nel contesto dell’integrazione europea e della globalizzazione.

Con un approccio che unisce correttezza scientifica e chiarezza divulgativa, il volume presenta organici percorsi di storia politica, sociale, economica e del costume, sulla scorta della ricerca storiografica più aggiornata, avvalendosi inoltre di un ricco corredo iconografico.

Carlo Romeo

Alto Adige/Südtirol XX Secolo

Cent’anni e più in parole e immagini

21,5 x 30,5 | cartonato | 400 pagine

Euro [D/A] 62; [I] 59 | sFr 100

ISBN 978-88-7283-197-7

È un evento.

Alto Adige

Un testo completo, ma di agile lettura, dal dichiarato intento divulgativo.

Valentina Bergonzi, Sisso

Il volume costituisce un aggiornato ed efficace strumento nelle mani del lettore sia locale che nazionale e permette di affrontare la complessità della storia dell’Alto Adige/Südtirol, per troppo tempo sviluppata solo in chiave etnica e controversistica.

Roberto Antolini, Storia e regione

Edizione accuratissima, opera completa ed equilibrata. È una vera e propria “enciclopedia” storica, preziosa ed opportuna.

Libri ribelli

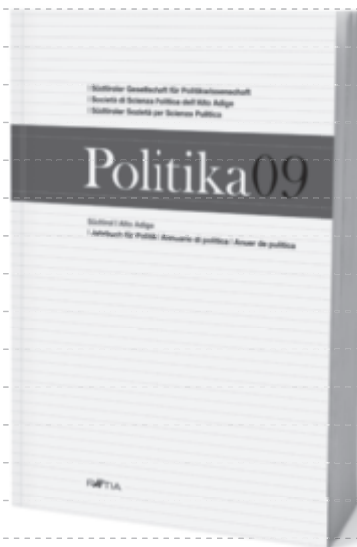


Politika9

Das Wahljahr 2008 bildet den Schwerpunkt der ersten Ausgabe des Südtiroler Jahrbuches für Politik „Politika“. Neben detaillierten Analysen der Parlaments- und Landtagswahlen werden viele weitere damit zusammenhängende Themen erörtert: der Wahlkampf im Internet, die Veränderungen des Parteiensystems, der Aufstieg des Rechtspopulismus, das Zustandekommen der neuen Landesregierung, die Wahlen in Bayern, in Tirol und im Trentino. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Glaube und Nicht-Glaube in Zusammenhang mit der „Frosch“-Debatte des vergangenen Sommers, mit der Situation von AusländerInnen in Südtirol, mit dem neuen Kollektivvertragssystem oder mit der Chancengleichheit im Südtiroler Bildungssystem. Die Rubrik Politische Bildung sowie die Kür der politischen Persönlichkeit des Jahres (2008 ist dies die Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Monika Hauser), runden das über 500 Seiten starke Werk ab.

Le elezioni provinciali del 2008 sono al centro della prima edizione di „Politika“. Oltre a dettagliate analisi delle elezioni politiche e provinciali, approfondimenti sono dedicati ad altre tematiche legate alle elezioni: la campagna elettorale su internet, il sistema dei partiti, l'ascesa del populismo di destra, la formazione della nuova giunta. Alcune analisi sulle elezioni provinciali in Baviera, Tirolo e Trentino offrono la possibilità di un confronto con le altre province alpine. Altri contributi analizzano il rapporto tra fede e laicità con particolare riferimento alla nota vicenda della “rana”, la situazione dei migranti in Alto Adige e le pari opportunità nel sistema formativo altoatesino. Il volume di oltre 500 pagine si chiude con la rubrica Educazione politica e con un ritratto del Personaggio dell'anno (Monika Hauser, vincitrice del Premio Right Livelihood).

576 Seiten | pagine
Euro [D/A] 30,90; [I] 29,90 | sFr 52,50
ISBN 978-88-7283-333-9



AutorInnen | Autori | Autores
Elisabeth Alber | *Marco Angelucci* |
Paolo Attanasio | *Hermann Atz* |
Erwin Bernhart | *Marco Brunazzo* |
Isabella Cherubini | *Giuseppe De*
Cesare | *Gabriele Di Luca* | *Stefano*
Fait | *Mauro Fattor* | *Philipp Frener* |
Rainer Girardi | *Thomas Kager* |
Ferdinand Karlhofer | *Harald*
Knoflach | *Kathia Nocker* | *Francesco*
Palermo | *Günther Pallaver* |
Michael Peer | *Hans Karl Peterlini* |
Armin Pircher | *Erika Pircher* |
Johanna Prader | *Werner Pramstrahler*
| *Georg Schedereit* | *Brigitte Schnock* |
Michaela Steiner | *Stephani Streloke* |
Heinz Tschigg | *Paolo Valente* |
Iris Maria Vinatzer | *Hannes Vorhofer* |
Claudius Wagemann

Politika10

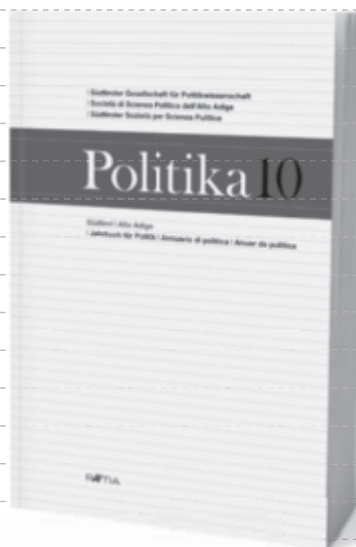
Das Schwerpunktthema von „Politika10“ ist der direkten Demokratie gewidmet – dem heißen Eisen der Südtiroler Politik anno 09. Ausgehend von einer überregionalen Einbettung des Themenkomplexes wird eine eingehende Untersuchung sowohl der Entwicklung der direkten Demokratie in Südtirol als auch der Referenden vom Oktober 2009 angestrebt. Abseits des Jahresthemas soll zudem eine kritische Bewertung des Hofer-Gedenkjahres, eine Analyse der EU-Wahlen in Südtirol, die Erörterung von Fragen der Selbstbestimmung, Toponomastik, Gerichtsbarkeit als auch des Modellfalls Südtirol erfolgen. Die Rubrik Politische Bildung, die Kür der politischen Persönlichkeit des Jahres (Stephan Lausch/Initiative für mehr Demokratie) sowie ein Rezensionsteil runden die Jahresschrift ab.

La democrazia diretta, al centro del dibattito politico altoatesino nel corso del 2009, è l'argomento principale trattato all'interno di "Politika 2010". Partendo dallo studio di questa forma di democrazia oltre i confini, viene poi condotta un'accurata analisi sia dello sviluppo della democrazia diretta in Alto Adige, sia del referendum dell'ottobre 2009. Oltre al tema dell'anno, vengono affrontate altre tematiche di rilievo, tra cui l'analisi critica in occasione dell'anno di commemorazione di Andreas Hofer, le elezioni europee in Alto Adige, le domande relative all'autodeterminazione, la toponomastica, la giurisdizione ed il "modello" Alto Adige. Il volume si chiude con la rubrica Educazione politica; con un ritratto del Personaggio dell'anno (Stephan Lausch/Iniziativa per più democrazia) ed una sezione dedicata alle recensioni.

538 Seiten | pagine

Euro [I] 24,90; [D/A] 26,90 | sFr 46,70

ISBN 978-88-7283-362-9



AutorInnen | Autori | Autores

*Elisabeth Alber | Hermann Atz |
Ulrich Becker | Roland Benedikter |
Guido Denicolò | Gabriele Di Luca |
Andreas Franzelin | Philipp Frener |
Joachim Gatterer | Christoph Gögele |
Hans Heiss | Karl Hinterwaldner |
Harald Knoflach | Manuel Massl |
Lidia Brisca Menapace |
Francesco Palermo | Günther Pallaver |
Anton Pelinka | Walter Pichler |
Madeleine Rohrer | Jürgen
Runggaldier | Pier Vincenzo Uleri |
Andrej Werth*





STIFTUNG SÜDTIROLER SPARKASSE

FONDAZIONE CASSA DI RISPARMIO DI BOLZANO

1854

Wir stiften Kultur
Promuoviamo cultura

